

Europäisierung politischer Parteien?

Optionen und Restriktionen am Beispiel der *Parti socialiste* von 1971 bis 2005

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades
der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

vorgelegt von
Christina Rüther aus München

2009

Referenten:

Prof. Dr. Klaus Schubert, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Deutschland

Prof. Dr. Gilles Richard, Institut d'Études Politiques de Rennes, Frankreich

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juli 2009

Danksagung

Eine erfolgreiche deutsch-französische Kooperation im Hochschulbereich hängt an erster Stelle von der Flexibilität und Offenheit der Hochschulen und ihrer Vertreter ab. Sie erfordert die Bereitschaft aller Beteiligten, sich auf die akademische Kultur des Partnerlandes einzulassen und gegebenenfalls eigene Gepflogenheiten zu relativieren. Die *Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt* (KU) sowie die *Université Rennes 2 Haute-Bretagne* haben mir für mein binationales Promotionsverfahren ein ideales Umfeld geboten.

An erster Stelle habe ich meinen Doktorvätern, Prof. Dr. Klaus Schubert von der KU sowie Prof. Dr. Gilles Richard vom *Institut d'Études Politiques de Rennes* (IEP Rennes), zu danken, dass sie sich auf eine *cotutelle de thèse* eingelassen und diese unterstützt haben. Die binationale Betreuung einer Doktorarbeit bedeutet einen erheblichen Mehraufwand. Prof. Dr. Klaus Schubert und Prof. Dr. Gilles Richard haben mein Promotionsvorhaben intensiv begleitet und mir die Freiheit gelassen, meinen eigenen Weg innerhalb der zwei akademischen Kulturen zu finden. Ohne die Zuversicht und das Vertrauen meiner beiden Doktorväter wäre diese Dissertation nicht zustande gekommen.

Darüber hinaus möchte ich Prof. Dr. Klaus Schubert, aber auch Prof. Dr. Gilles Richard – stellvertretend für das IEP Rennes – danken, dass sie es mir ermöglicht haben, mein Forschungsvorhaben mit der Arbeit für den *deutsch-französischen integrierten Studiengang Politikwissenschaft* zwischen der KU und dem IEP Rennes zu verbinden. Die Koordination des Studiengangs hat mir einen intensiven Einblick in die deutsch-französische Hochschulkooperation gegeben. Diese jahrelange Zusammenarbeit hat es mir erlaubt, mit weiteren Wissenschaftlern am IEP Rennes Kontakt aufzunehmen – wie insbesondere Dr. Dominique Maliesky. Sie hat meine Dissertation – und vor allem das französische Resümee – kritisch und konstruktiv begleitet.

Ferner möchte ich der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät an der KU danken. In der Schlussphase meiner Dissertation haben sich das Dekanat und der seinerzeitige Dekan Prof. Dr. Jürgen Malitz intensiv für einen erfolgreichen und fristgerechten Abschluss des Verfahrens eingesetzt. Ich danke ferner den Prüfern für das Rigorosum im Juli 2009 sowie insbesondere den Mitgliedern der Jury für die deutsch-französische Verteidigung der Doktorarbeit (*soutenance*), die im Oktober 2009 in Eichstätt stattfand. Neben den Vertretern der KU, Prof. Dr. Klaus Schubert und Prof. Dr. Frank E. W. Zschaler, danke ich der Delegation aus Rennes mit Dr. Dominique Maliesky und Prof. Dr. Gilles Richard vom IEP Rennes sowie

Prof. Dr. Jacqueline Sainclivier von der *Université Rennes 2*. Sie scheuten nicht die lange Reise nach Eichstätt und brachten ein Stück akademische Kultur aus Frankreich an die KU.

Im Entstehungsprozess der Arbeit habe ich viel Zuspruch und Unterstützung während meiner Archivaufenthalte in Paris erfahren. Zunächst danke ich dem *Deutschen Akademischen Austauschdienst* für das Forschungsstipendium. Beim *Centre d'archives socialistes* der *Fondation Jean-Jaurès* haben Emmanuelle Jouineau sowie Thierry Mérel mir nicht nur den Zutritt zu den Archivmaterialien gewährt, sondern auch immer ein offenes Ohr für die Fortschritte meiner Arbeit gehabt. Danken möchte ich auch dem *Office Universitaire de Recherche Socialiste* und hier insbesondere Frédéric Cépède. Schließlich möchte ich allen Interviewpartnern in Paris, Brüssel und Straßburg für Ihre Bereitschaft danken, dass sie sich meinen Fragen gestellt haben. Dies gilt insbesondere für Maurice Braud und Henri Nallet, die mir intensive Einblicke in das Innenleben der *Parti socialiste* ermöglicht haben.

Ist die Dissertation einmal abgeschlossen, so ist man geneigt, die vielen Diskussionen, quälenden Fragen und Mühen der Ebene im Entstehungsprozess zu verdrängen. Ich habe es jedoch nicht vergessen, dass ich es meinem Mann, Markus Rüther, zu verdanken habe, dass die Dissertation zu einem erfolgreichen Ende gekommen ist. Er hat mich über die Jahre hinweg angespornt weiterzumachen, Entscheidungen eingefordert und damit die Arbeit wesentlich vorangetrieben.

Schließlich geht mein Dank an meine Freunde, die die Höhen und Tiefen der Entstehungsphase ebenfalls miterlebt haben. Ich danke Andrea Rau und Verena Hafner für die Korrektur meiner Arbeit und die moralische Unterstützung beim Endspurt vor der Abgabe. Auch Alexis Fourmont danke ich für die Hilfe beim Verfassen des französischen Resümees der Arbeit. Besonders danke ich meinen Eltern, die immer an mich geglaubt und an der Fertigstellung der Arbeit keinen Zweifel hatten. Auch meinen Schwiegereltern möchte ich an dieser Stelle für ihren Zuspruch danken.

München, im Februar 2010

Einleitung: Parteien zwischen Prozessen der nationalen Öffnung und Schließung _____ 4

I. Europäische Integration und Europäisierung als Gegenstand der Theoriebildung _____ 10

1.1 Die Rolle politischer Parteien bei der Integration Europas _____	10
1.1.1 Die drei Phasen der Integrationsforschung _____	10
1.1.2 Föderalismus und die Konstitutionalisierung Europas _____	12
1.1.3 Neofunktionalismus und die Bedeutung der supranationalen Ebene _____	14
1.1.4 Intergouvernementalismus und der Vorrang nationaler (ökonomischer) Interessen _____	17
1.2 Die Vielzahl neuer Akteure im politischen System der Europäischen Union _____	20
1.2.1 Politische Willensbildung auf mehreren Ebenen _____	20
1.2.2 Fusionstrend und Europäisierung der nationalen Akteure _____	21
1.3 Der Einfluss europäischer Ideen auf die nationalen Interessen der Akteure _____	22
1.3.1 Europäisierung als Folge von Kalkül oder Einbindung in internationale Institutionen _____	22
1.3.2 Der (un-)abhängige Einfluss von europäischen Institutionen _____	25
1.4 Die Europäisierungsforschung als Perspektivwechsel auf die nationale Ebene _____	29
1.4.1 Europäisierung zwischen Anpassungsdruck und nationalem Widerstand _____	29
1.4.2 Europäisierung als eigenständige Theorie oder zu erklärendes Phänomen _____	30
1.4.3 Europäisierung von Identitäten als Folge von Kalkül oder normativer Überzeugung _____	32
1.5 Fazit: Die gewachsene Bedeutung von Ideen und Identitäten in Europa _____	35

II. Europäisierung politischer Parteien und des politischen Wettbewerbs _____ 37

2.1 Parteien in Frankreich: Eine <i>exception française</i>? _____	37
2.1.1 Historisches Erbe der französischen Parteien _____	37
2.1.2 Einmaligkeit des französischen politischen Systems und die Sonderrolle der Parteien _____	40
2.1.3 Parteien und Wahlen in der V. Französischen Republik _____	42
2.1.4 Das französische Misstrauen gegenüber dem Europäischen Parlament _____	44
2.2 Parteien in der Gesellschaft und als soziale Organisationen _____	46
2.2.1 Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Konfliktlinien _____	46
2.2.2 Parteien und ihre Funktion in der Gesellschaft _____	48
2.2.3 Innerparteiliche Machtstrukturen und Wandel der Parteien _____	49
2.3 Parteien in der Krise: Gesellschaftlicher Wandel und Kartellbildung _____	51
2.3.1 Indikatoren der Krise und mögliche Reaktionsstrategien _____	51
2.3.2 Kartellbildung und Reduktion von Wählererwartungen _____	54
2.4 Europäisierung und Globalisierung als Ursache für die Krise der Parteien? _____	57
2.4.1 Europäisierung und Globalisierung als gesellschaftliche Konfliktlinie _____	57
2.4.2 Politisierung des politischen Wettbewerbs in Europa _____	62
2.4.3 Europäisierung der nationalen Solidarität und Öffentlichkeit _____	64
2.5 Fazit: Europäisierung als Antwort auf die Globalisierung _____	68

III. Geschichte und Identität der Parti socialiste	70
3.1 Die französischen Sozialisten und die historischen Besonderheiten	70
3.1.1 Die soziale, politische und nationale Frage vor dem Ersten Weltkrieg	70
3.1.2 Die französischen Sozialisten vor der kommunistischen Herausforderung	74
3.1.3 Die französischen Sozialisten und die Synthese ihrer Widersprüche	78
3.2 Die französischen Sozialisten als südeuropäische Nachzügler	82
3.3 Fazit: Eine internationalistische Partei und ihre nationale Prägung	84
IV. Die Parti socialiste zwischen Prozessen der nationalen Öffnung und Schließung	85
4.1 Analyserahmen für die Europäisierung von Parteien	85
4.2 Die europäische Identität Frankreichs und der Sozialisten bis 1971	91
4.2.1 Frieden, Modernisierung und nationale Größe als Leitlinien der französischen Europapolitik	91
4.2.2 Eine loyale und wenig sozialistische Europapolitik unter Guy Mollet	95
4.3 Europäisierung und das Streben nach Regierungsfähigkeit von 1971 bis 1981	98
4.3.1 Parteipolitik: Taktische Bündnisse für den Wahlerfolg	98
4.3.2 Europapolitik: Parallele Aufwertung intergouvernementaler und supranationaler Institutionen	101
4.3.3 Programmatik: Bewahrung des nationalen Handlungsspielraums	105
4.3.4 Parteienwettbewerb: Einfluss des Bündnisses mit den Kommunisten	111
4.3.5 Organisation: Proportionale Repräsentation der Strömungen	119
4.3.6 Transnationales: Differenzen zwischen der Sozialdemokratie in Nord- und Südeuropa	122
4.3.7 Fazit: Europa zwischen nationaler Bündnisstrategie und Sozialismus	126
4.4 Europäisierung und die Bewahrung sozialistischer Identität von 1981 bis 1984	129
4.4.1 Parteipolitik: Das Experiment des <i>socialisme à la française</i>	129
4.4.2 Europapolitik: Pragmatischer Politikansatz bis zur Kehrtwende 1983/84	132
4.4.3 Programmatik: Schweigen der Partei in der Europapolitik	136
4.4.4 Parteienwettbewerb: Europawahlen als Wendepunkt für das französische Parteiensystem	141
4.4.5 Organisation: Dominanz des französischen Staatspräsidenten	147
4.4.6 Transnationales: Niedergang der Sozialdemokratie?	152
4.4.7 Fazit: Die <i>double langage</i> als Grundlage der parteipolitischen Europapolitik	154
4.5 Europäisierung und die Neudefinition nationaler Interessen von 1984 bis 1992	155
4.5.1 Parteipolitik: Hochkonjunktur des Liberalismus und Sinnentleerung der Politik	155
4.5.2 Europapolitik: Vollendung des Binnenmarkts und Gründung der Europäischen Union	161
4.5.3 Programmatik: Europa als Frankreichs Zukunft, aber nicht als heilige Vorhersehung	167
4.5.4 Parteienwettbewerb: Nachlassende Bindung der Wähler an die Partei	178
4.5.5 Organisation: Professionalisierung der PS und Einrichtung eines Europasekretariats	182
4.5.6 Transnationales: Gründung der Sozialdemokratischen Partei Europas	185
4.5.7 Fazit: Stärkung Europas im Interesse Frankreichs	187

4.6 Europäisierung und der Rückzug in franko-französische Debatten von 1992 bis 1997	189
4.6.1 Parteipolitik: Referendum als Motor der Krise	189
4.6.2 Europapolitik: Ernüchterung nach dem Vertrag von Maastricht	196
4.6.3 Programmatik: Europa als Ursache und Ausweg aus der Krise	200
4.6.4 Parteienwettbewerb: Entfremdung von den unteren Bevölkerungsschichten	205
4.6.5 Organisation: Direktdemokratische Elemente und neue Formen politischen Engagements	213
4.6.6 Transnationales: Sozialdemokratie und ein begrenzter nationaler Handlungsspielraum	216
4.6.7 Fazit: Der wachsende Einfluss des Euroskeptizismus	219
4.7 Europäisierung zwischen Realismus und Voluntarismus von 1997 bis 2002	223
4.7.1 Parteipolitik: Linksrepublikanische Erneuerung und Rückschlag bei den Wahlen 2002	223
4.7.2 Europapolitik: Sozialpolitischer Voluntarismus und realpolitische Ernüchterung	227
4.7.3 Programmatik: Einzug des Euroskeptizismus in die Partei	234
4.7.4 Parteienwettbewerb: Strukturierung um die Europafrage	241
4.7.5 Organisation: Ausweitung der innerparteilichen Debatte	251
4.7.6 Transnationales: Jospins linker Realismus und Blairs Dritter Weg	253
4.7.7 Fazit: Europa als Antwort auf die Globalisierung – aber welches Europa?	260
4.8 Europäisierung und die Spaltung der sozialistischen Partei von 2002 bis 2005	263
4.8.1 Parteipolitik: Das Trauma vom 21. April 2002	263
4.8.2 Europapolitik: Europäische Verfassung und Osterweiterung	264
4.8.3 Programmatik: Spaltung der Partei über Europa	268
4.8.4 Parteienwettbewerb: Re-Nationalisierung der Europawahlen	277
4.8.5 Organisation: Einbindung der Euroskeptiker	283
4.8.6 Transnationales: Die französischen Sozialisten in der europäischen Isolation	287
4.8.7 Fazit: Europa der Kompromisse oder Europa <i>à la française</i> ?	291
<i>Fazit: Die Europäisierung der Parti socialiste angesichts inner- und zwischenparteilicher Konflikte</i>	294
<i>Literaturverzeichnis</i>	301
<i>Anhang</i>	333

„Notre parti doit se réconcilier résolument avec le thème européen, qu'il a trop longtemps maintenu sous embargo, avec pour conséquences une sous-information chronique de ses militants et l'émergence de réflexes de repli, souverainistes ou conservateurs, en contradiction avec son histoire et ses valeurs internationalistes.“¹

Einleitung: Parteien zwischen Prozessen der nationalen Öffnung und Schließung

Je größer der Einfluss der Europäischen Union auf die Politik ihrer Mitgliedstaaten geworden ist, umso mehr ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Integrationsprozess gesunken. Der im Jahr 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht zur Gründung der Europäischen Union stellte einen Wendepunkt dar. Das Fortschreiten des Europäischen Integrationsprozesses wurde in der Folge zu einem Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Die stillschweigende Zustimmung der Öffentlichkeit, die auf einem „permissiven Konsens“ ohne wahrhaftige Überzeugung beruhte, konnte nicht mehr vorausgesetzt werden.²

Die öffentliche Meinung ist nach dem Vertrag von Maastricht kritischer geworden. So lehnten die deutsche und die französische Bevölkerung beispielsweise die Osterweiterung mehrheitlich ab. Unter den deutschen Parteien herrscht jedoch ein pro-europäischer Konsens.³ Europakritische Stimmen – wie beispielsweise der Christlich-Sozialen Union (CSU) oder der 2007 gegründeten Linkspartei⁴ – haben es aus innen- und außenpolitischen Gründen schwer. Angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit ist die Europäische Integration Teil der Staatsräson. Zudem ist sie im Zuge der Deutschen Einheit eine Bedingung für die Zustimmung der internationalen Partner gewesen.⁵ Wenn der sozialdemokratische Parteichef Franz Müntefering den Linken eine nationale soziale Politik vorwirft, so schwingt diese historische Assoziation bewusst mit.⁶

Während die deutschen Eliten mit der Europäischen Integration die „Lehre aus ihrer eigenen Geschichte zogen“, bedeutete sie für viele Franzosen die „Verlängerung der eigenen Geschichte“.⁷ Die Franzosen wurden durch ihre hohe Zustimmungsraten zum Europäischen Integrationsprozess Ende der 1980er Jahre zu Vorreitern der europäischen Idee. Nachdem sich die Bedingungen für die französische Europapolitik mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, der

¹ Contributions thématiques: Parti socialiste: L'Europe au coeur! Pour en finir avec le déficit démocratique de l'Union européenne (Gilles Savary, Bernard Poignant u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 143

² Vgl. zum permissiven Konsens Lindberg, Scheingold 1970; vgl. auch Perrineau, Ysmal 1995, S. 14

³ Vgl. die Darstellung des „Elite-Public-Gap“ im Jahr 1996 bei Hooghe, Marks 2009, S. 11: Von den damals 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist die Differenz zwischen Elite und öffentlicher Meinung in Irland am geringsten (Platz 1), Frankreich liegt auf Platz 9 und Deutschland auf Platz 14. Nur in Schweden ist die Differenz noch größer.

⁴ Vgl. Interview mit Oskar Lafontaine: „Wir wollen kein Europa der Konzerne“. Oskar Lafontaine verteidigt Nein der Linken zum Lissabon-Vertrag und beklagt eine Kampagne gegen seine Partei. In: Süddeutsche Zeitung, 26. Februar 2009, S. 5; vgl. zu der Position Peter Gauweilers (CSU) auch Helmut Kerscher: Macht, die andere ohnmächtig macht. In den Klagen gegen den Reformvertrag werden vor allem die zusätzlichen Kompetenzen für Brüssel auf Kosten der nationalen Parlamente gerügt. In: Süddeutsche Zeitung, 10. Februar 2009, S. 2.

⁵ Vgl. die empirische Analyse bei Schild 2002b; vgl. auch Bouillaud 2005

⁶ Vgl. Nico Fried: Lafontaines Schuld. In: Süddeutsche Zeitung, 11. März 2009, S. 4

⁷ Schild 2003, S. 33; Zbigniew Brzezinski formulierte es 1997 wie folgt: „A travers la construction européenne, la France vise la réincarnation, l'Allemagne sa rédemption“, zitiert nach Lefebvre 2007, S. 28

Deutschen Einheit und der Osterweiterung veränderten, sind die Zustimmungsraten allerdings deutlich gesunken. Für französische Parteien ist die Europäische Integration immer Gegenstand inner- und zwischenparteilicher Konflikte gewesen. Die Bestimmungsfaktoren für die Haltung zur Europäischen Integration liegen somit in innerparteilichen Flügelkämpfen und im Parteienwettbewerb.⁸ Mit dem Aufstieg der rechtsextremen *Front national*⁹ seit den Europawahlen 1984 ist eine neue Konfliktlinie entstanden, die die französische Gesellschaft entlang der Bereitschaft zur europäischen Öffnung und dem Rückzug in nationale Grenzen und Errungenschaften spaltet.

Die lange Zeit dominierende Frage bezüglich der Übertragung nationalstaatlicher Souveränität auf die Europäische Union hat sowohl im rechten als auch im linken Lager für innerparteiliche Auseinandersetzungen gesorgt. Die Konflikte verliefen quer durch die Parteien, betrafen aber in besonderer Weise die Parteien im rechten Lager. Im linken Lager stellten die französischen Sozialisten nach dem Parteiaustritt des linksrepublikanischen Flügels den Souveränitätstransfer nicht mehr in Frage. Die Spaltung der französischen Gesellschaft und das Erstarren der sozialen Bewegungen, die sich für den Erhalt der nationalen sozialen Errungenschaften einsetzten, entfremdeten jedoch die unteren Gesellschaftsschichten von der *Parti socialiste*. 2005 führte die fehlende soziale Dimension des Integrationsprozesses zum offenen Konflikt in der sozialistischen Partei. Die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags machte deutlich, dass die Hoffnungen auf Wachstum und Beschäftigung, die mit der Europa-euphorie Ende der 1980er Jahre verknüpft waren, nicht eingelöst worden waren.¹⁰

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Frage nach der Europäisierung von politischen Parteien am Beispiel der französischen Sozialisten von ihrer Neugründung 1971 bis zum Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag 2005. Es wird untersucht, wie die sozialistische Partei die Europäische Integration wahrgenommen und auf diese reagiert hat. Als Mitglied der international orientierten sozialdemokratischen Parteienfamilie¹¹ weist sie ein hohes Europäisierungspotential auf. Eine Europäisierung kann jedoch auch ihren Zielen zuwiderlaufen, da die nationale Öffnung den Handlungsspielraum des Wohlfahrtsstaats einschränkt. Die Partei wird mit nachlassender Gestaltungskraft des Staats eines ihrer wertvollsten Mittel beraubt, um auf soziale Ungleichheiten reagieren zu können.

⁸ Zu dieser Überlegung auch Ross 2000

⁹ Im Folgenden wird für die französischen Bezeichnungen der Parteien wie im deutschen Sprachgebrauch immer der weibliche Artikel gewählt – die *Parti socialiste*, die *Front national*, die *Rassemblement pour la République* – auch wenn im Französischen eigentlich der männliche Artikel verwendet wird.

¹⁰ Vgl. Ivaldi 2006, S. 59

¹¹ Im Folgenden wird von sozialdemokratischen Parteien gesprochen, wenn generelle Entwicklungen in Bezug auf die Partiefamilie in Europa gemeint sind. Dies entspricht dem deutschen Sprachgebrauch, wie auch die Übersetzung der SPE mit „Sozialdemokratische Partei Europas“ zeigt. Im französischen Sprachgebrauch handelt es sich eigentlich um sozialistische Parteien (siehe auch PSE als „*Parti socialiste européen*“). Wenn explizit von der *Parti socialiste* die Rede ist, dann wird auch im Deutschen das Wort „sozialistisch“ verwendet.

Eine potentielle Regierungspartei wie die *Parti socialiste* hat zwei Möglichkeiten: Sie kann entweder konsequent eine Strategie der Öffnung wählen und ihre Gestaltungskraft auf europäischer Ebene zurückerlangen. Oder sie wählt eine Strategie der nationalen Schließung, um die nationalen sozialen Errungenschaften zu sichern. Als Regierungspartei tendiert sie zur ersten Strategie, als Wählerpartei zur zweiten. Die *Parti socialiste* fürchtet, durch ein offenes Bekenntnis zur Europäischen Union und ihren innenpolitischen Konsequenzen, Wählerstimmen zu verlieren. Die zahlreichen inner- und zwischenparteilichen Konflikte der *Parti socialiste* oszillieren zwischen der Europäisierung als Ausweg aus der Krise und der Kritik, vor äußeren Zwängen zu resignieren und die sozialen Errungenschaften des Nationalstaats zu opfern.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht die These, dass inner- und zwischenparteiliche Konflikte eine Europäisierung der *Parti socialiste* erschwert haben. Sie sind die Ursache dafür, dass die Parteiführung die innerparteilichen Debatten über Europa von der realen Entwicklung des Integrationsprozesses abkoppelt. Umstrittene europäische Fragen werden über Formelkompromisse oder über eine idealistische Europavision gelöst. In einer ideologisch stark fragmentierten Partei wie der *Parti socialiste* hat der innerparteiliche Zusammenhalt Priorität. Organisatorische Strukturen tragen nur wenig zur Verstärkung der europapolitischen Debatte innerhalb der Partei bei. Im Parteienwettbewerb verstärken Wahlabsprachen und Bündnisse mit euroskeptischen Parteien die Tendenz, europapolitische Fragen aus den Debatten auszuklammern.

Während die französischen Sozialisten – ebenso wie die etablierten Parteien im rechten politischen Lager – durch inner- und zwischenparteiliche Konflikte blockiert sind, stellt der anhaltende Wahlerfolg der *Front national* eine typisch französische universalistische Weltsicht in Frage. Auch die Globalisierungskritiker und die sozialen Bewegungen schließen sich dem heterogenen Lager der Euroskeptiker an. Die politischen Eliten haben es versäumt, ihnen einen positiven Diskurs entgegenzusetzen und die europapolitische Willensbildung innerhalb von Partei und Gesellschaft zu fördern.

„Il est une leçon à tirer impérativement: afin de créer un espace de référence européen, il faut d’abord éduquer, non pas tant les masses populaires, que les élites elles-mêmes.“¹²

Bevor also Überlegungen zur Rolle politischer Parteien als Katalysatoren des Europäischen Integrationsprozesses oder als Baustein einer europäischen Öffentlichkeit angestellt werden können, lohnt die Analyse der politischen Optionen und Restriktionen der Europäisierung. Trotz eines hohen Europäisierungspotentials können spezifische nationale, ideologische und strukturelle Gründe eine Europäisierung der parteipolitischen Identität verhindern. In der

¹² Frank 2007, S. 472

Konsequenz wird zwar nach außen eine europäische Fassade aufrecht erhalten, die jedoch auf der Grundlage von Formelkompromissen oder verhinderten Debatten zustande gekommen ist. Diese fragile Europäisierung kann in Zeiten der parteipolitischen Krise in Frage gestellt werden und zu einem *repli sur soi*, also zu einem Rückzug in franko-französische Debatten, führen.

Die Analyse der Europäisierung von politischen Parteien muss diese als Akteur im politischen Wettbewerb begreifen. Eine politische Partei nimmt an Wahlen teil, sie bietet ihren Mitgliedern Karrierechancen und ermöglicht eine ideologische Identifizierung. Die Partei ist eine komplexe Organisation, die die innerparteilichen Machtstrukturen in Einklang bringen muss, um ein Auseinanderbrechen zu verhindern. Die genannten Faktoren können Optionen und Restriktionen für die Europäisierung der *Parti socialiste* sein und sind in diesem Zusammenhang noch nicht systematisch untersucht worden. Auch der Fokus der vorliegenden Arbeit ist neu: Es soll in erster Linie gezeigt werden, was die Europäisierung der Partei erschwert hat. Die Forschungsarbeiten zur *Parti socialiste* und zu Europa lassen sich in drei Bereiche einteilen: die *Parti socialiste* und die französischen Linken, der Sozialismus in vergleichender europäischer Perspektive sowie der Einfluss der Europäischen Integration auf die *Parti socialiste* und die Parteiensysteme.

Die Sammelbände von Jean-Jacques Becker und Gilles Candar umfassen historische Analysen renommierter Autoren zur französischen Linken. Alain Bergounioux analysiert als Mitglied des Parteivorstands gemeinsam mit Gérard Grunberg die Geschichte der *Parti socialiste* seit ihren Anfängen. Sie vertreten die These, dass die *Parti socialiste* wegen ihres ambivalenten Verhältnisses zur Macht eine Sonderstellung innerhalb der europäischen Sozialdemokratie einnimmt. Frédéric Sawicki folgt einem soziologischen Ansatz und untersucht die gesellschaftliche Verankerung der Partei, wobei er eine wechselseitige Beeinflussung von nationalen und lokalen Faktoren vermutet. Rémi Lefebvre hat seinen Schwerpunkt auf die lokale Verankerung der *Parti socialiste* gelegt.¹³ Im Hinblick auf die Kultur des Sozialismus sind die Monographien von Hugues Portelli, Marc Sadoun und Michel Winock bedeutsam.¹⁴ Darüber hinaus gibt es zahlreiche Studien über die PS als Regierungspartei.¹⁵ Kritische Analysen zu aktuellen Ereignissen sind zu finden beispielsweise bei Adolf Kimmel, Hans Manfred Bock, Joachim Schild, Alistair Cole oder Pascal Perrineau.¹⁶

Unter den zahlreichen Veröffentlichungen über die europäische Sozialdemokratie ist Wolfgang Merkel hervorzuheben. Er klassifiziert die europäische Sozialdemokratie nach unter-

¹³ Becker et al. 2004a; Becker et al. 2004b; Bergounioux, Grunberg 2005; Kergoat 1997; Lefebvre, Sawicki 2006; Sawicki 1997

¹⁴ Portelli 1980b; Sadoun 1993; Winock 1999

¹⁵ Schäfer 1989; Bell, Criddle 1984; Favier, Martin-Roland 1990, 1991, 1996, 1999; Portelli 1998; Boy 2003

¹⁶ Kimmel 2007; Bock 1992; Bock 2005; Schild 2005; Cole 2002

schiedlichen Typen, zeichnet ihre Entwicklung nach und untersucht die zentralen Herausforderungen seit der Debatte über den Niedergang der Sozialdemokratie.¹⁷ Bei der Frage nach einer möglichen Sonderrolle der französischen Sozialisten sind diese Analysen aufschlussreich, da sie empirisch vorgehen. Auch thematisieren sie den Einfluss von Europäisierung und Globalisierung als Herausforderungen für sozialdemokratische Regierungsparteien in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die Entwicklung der Sozialdemokratie in Europa untersuchen ferner Pascal Delwit, Alain Bergounioux und Gérard Grunberg, Zaki Laïdi, Marc Lazar, Gerassimos Moschonas oder Michel Winock.¹⁸

Auch haben sich bereits Untersuchungen mit dem Einfluss der Europäischen Integration auf die *Parti socialiste* befasst. Markus Jachtenfuchs, Pascal Delwit oder Christian Krell analysieren die Programmatik politischer Parteien, darunter auch der französischen Sozialisten, in vergleichender Perspektive.¹⁹ Sabine Jung hat die europapolitischen Debatten in der französischen Nationalversammlung ausgewertet und die Entwicklung zentraler europapolitischer Ideen bei den Sozialisten nachgezeichnet.²⁰ Ulrike Guérot und Geneviève Lemaire-Prosche konzentrieren sich vor allem auf die Programmatik der PS, die sie anhand der Parteitage darstellen.²¹ Ihre Analysen enden jedoch 1990 bzw. 1995 und behandeln den parteipolitischen Wettbewerb nur am Rande.

Der Einfluss der Europäischen Integration auf die nationalen Parteiensysteme wurde anfangs gering bewertet. Unter Hinzunahme der indirekten Effekte der Europäisierung – hiermit ist der eingeschränkte nationale Handlungsspielraum gemeint – ließen sich jedoch durchaus Effekte auf die Parteiensysteme beobachten.²² Die Forschung ist in der Folge über die Europäisierung hinausgegangen und hat die Auswirkungen der Globalisierung mit einbezogen. Es geht um die Frage nach Öffnung bzw. Schließung nationaler Gesellschaften und die entstehenden Konfliktlinien.²³

Die *Parti socialiste* hat sich laut Laurent Olivier transnationalisiert.²⁴ Sie habe ihre historischen Besonderheiten verloren und eine Sozialdemokratisierung durchlaufen. Die transnationale Dimension steht auch bei Robert Ladrech im Vordergrund.²⁵ In vergleichender Perspektive betont er die strategische Rolle der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) für die nationalen Parteien in den 1990er Jahren. Ladrech hat die Debatte um die Europäisierung so-

¹⁷ Merkel 1993; Merkel et al. 2006; Clift 2003 oder Cuperus et al. 2001b

¹⁸ Delwit 2004; Bergounioux, Grunberg 1996; Grunberg 1997; Laïdi 2001; Lazar 1996; Moschonas 2002; Winock 1992

¹⁹ Jachtenfuchs 2002; Delwit 1995; Krell 2009

²⁰ Jung 1999

²¹ Guérot 1996; Lemaire-Prosche 1990

²² Mair 2000; Mair 2007

²³ Zur Globalisierung besonders: Gordon, Meunier 2001; zu den Konfliktlinien: Grunberg, Schweisguth 2003; Hooghe et al. 2002; Marks 2004

²⁴ Olivier 2005

²⁵ Ladrech 1993; Ladrech 2000; Ladrech 2002a; Ladrech 2002b; Ladrech 2004 oder Ladrech et al. 1999

zialdemokratischer Parteien geprägt und regelmäßig auf Frankreich Bezug genommen. Die strategische Dimension der SPE für die PS betont auch David Hanley in seinem Aufsatz vom Verhältnis der Europäischen Integration zur Globalisierung.²⁶ Tanja Wielgoß hat allerdings anhand der Analyse der Interaktionsstrukturen von SPD und PS gezeigt, wie schwierig bereits eine binationale Verständigung unter sozialdemokratischen Parteien sein kann.²⁷

Die hier dargestellte Literatur steht in enger Verbindung mit zwei weiteren Forschungskontexten zu den Themengebieten Europa und Wahlen in Frankreich. Für die französische Europapolitik sind die Monographien von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet und Gérard Bossuat einschlägig.²⁸ Im Hinblick auf die französischen nationalen und europäischen Wahlen ist auf die Chroniken des *Centre d'études de la vie politique française* (CEVIPOF) zu verweisen, die ab 1992 regelmäßig die französischen Wahlen analysieren.²⁹ In allen Chroniken wird nach der Bedeutung der Europäischen Integration für den jeweiligen Wahlausgang gefragt. Ferner ist an dieser Stelle auf die Wahlanalysen von Pierre Bréchon zu verweisen.³⁰

Durch den vorliegenden Anspruch, möglichst viele Faktoren bei der Erklärung des parteipolitischen Verhaltens heranzuziehen, muss eine Vielzahl an Forschungskontexten beachtet werden. Diese können teilweise nur gestreift und nicht ausführlich diskutiert werden. Vorrangig ist eine akteursspezifische Perspektive. In Gesprächen mit ehemaligen und aktuellen Mitgliedern des Parteivorstands der PS aus dem internationalen und europäischen Bereich, mit Europaabgeordneten und dem Generalsekretär der SPE, mit Wissenschaftlern und Experten sowie mit einigen wenigen Vertretern der konservativen politischen Parteien wurden in erster Linie die Optionen und Restriktionen der Europäisierung aus Sicht der *Parti socialiste* herausgefiltert. Hierfür war auch die Analyse der parteiinternen Presse hilfreich.³¹

In den ersten zwei Teilen der Arbeit wird die Europäisierung von politischen Parteien aus Sicht der Europa- und der Parteienforschung diskutiert. Nach einem kurzen historischen Abriss zur Identität der *Parti socialiste* schließt sich im vierten Teil das Herzstück der Analyse der Europäisierung der *Parti socialiste* von 1971 bis 2005 an. Jeder der sechs Zeitabschnitte folgt einem Analyseraster, das die Partei- und Europapolitik, die Programmatik, den Parteienwettbewerb, die organisatorischen Veränderungen und die transnationalen Beziehungen umfasst. Dieses Vorgehen erlaubt, die Optionen und Restriktionen der *Parti socialiste* bei der Europäisierung abzuwägen und einzuschätzen.

²⁶ Hanley 2001

²⁷ Wielgoß 2002

²⁸ Müller-Brandeck-Bocquet 2004; Bossuat 2005; vgl. auch Bitsch 2007

²⁹ Habert et al. 1993; Perrineau 1995; Perrineau 1998a; Perrineau 1999; Perrineau 2003; Perrineau 2005b; Perrineau 2008

³⁰ Bréchon 2008; Bréchon et al. 2000

³¹ Vgl. die Liste der Interviewpartner und der analysierten Dokumente im Anhang

I. Europäische Integration und Europäisierung als Gegenstand der Theoriebildung

Die Europäisierung hat zwei Gesichter:³² Das eine beschreibt die Institutionalisierung der Europäischen Union; das andere die Rückwirkungen der europäischen Institutionen und Dynamiken auf die politischen, normativen und repräsentativen Strukturen auf nationaler Ebene.³³ Die Analyse dieser Rückwirkungen bildet das Kernstück der Europäisierungsforschung. Im Folgenden werden die unterschiedlichen Theorien zur Europäischen Integration, zur Analyse des politischen Systems der Europäischen Union sowie zur Europäisierung diskutiert.

Nach einem Überblick über die drei Phasen der Integrationsforschung werden die zentralen Integrationstheorien – Föderalismus, Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus – kurz vorgestellt und die Bedeutung der politischen Parteien in den jeweiligen Ansätzen herausgearbeitet. In einem zweiten Schritt wird die Rolle der Parteien im europäischen Mehrebenensystem diskutiert. Auf einer grundsätzlichen Ebene wird anschließend nach den zentralen Erklärungsfaktoren für den Integrationsprozess und das Verhalten der politischen Parteien gefragt: Vertreten nationale Akteure ihre jeweiligen Interessen oder unterliegen die Interessen dem Einfluss von europäischen Institutionen und Ideen? Ausgehend von dieser Debatte zwischen rationalen und konstruktivistischen Erklärungsmustern für das Verhalten von Akteuren und den Einfluss von Institutionen werden die Forschungsansätze zur Europäisierung – insbesondere der nationalen Identitäten – erörtert.

1.1 Die Rolle politischer Parteien bei der Integration Europas

1.1.1 Die drei Phasen der Integrationsforschung

Das Ziel von europäischen Integrationstheorien ist die systematische Reflexion über die Intensivierung der politischen Kooperation in Europa, die Entwicklung von gemeinsamen politischen Institutionen und das daraus resultierende System.³⁴ Abhängig von dem dominierenden Erkenntnisinteresse, von den jeweiligen Grundannahmen sowie dem realpolitischen Fortschritt des Integrationsprozesses lassen sich unterschiedliche Phasen der Integrationsforschung erkennen. Die Einteilung in Phasen ist wegen ihres verallgemeinernden Charakters zwar immer wieder der Kritik ausgesetzt, jedoch erlaubt sie eine Verortung der Europäisierungsforschung in der Integrationsforschung.

Es können drei Phasen unterschieden werden:³⁵ Bis in die 1980er Jahre dominierte das Ziel, den Europäischen Integrationsprozess erklären zu wollen. Die Studien gehen der Frage nach,

³² Vgl. Mair 2004, S. 340 f.

³³ Vgl. Radaelli 2000, S. 1

³⁴ Vgl. Diez, Wiener 2005, S. 3

³⁵ Diese Phasen geben die einflussreichsten Tendenzen der Forschung wieder, was nicht bedeutet, dass nicht bereits in der ersten Phase Ansätze der zweiten oder dritten Phase angedacht worden sein könnten, vgl. Diez, Wiener 2005

warum Staaten Handlungskompetenzen abgeben und analysieren die Motive und den Verlauf des Integrationsprozesses. Die Forschung wird von der Debatte zwischen Intergouvernementalisten und Neofunktionalisten dominiert und orientiert sich dabei an den Theorien der Internationalen Beziehungen.³⁶

Mit den zentralen Integrationsfortschritten nach Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 geht die Integrationsforschung in eine zweite, analytisch geprägte Phase über, die sich mit den Formen des Regierens in Europa und dem politischen System der Europäischen Union beschäftigt. Anstelle des alten Gegensatzes von Intergouvernementalismus und Neofunktionalismus tritt eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze. Es werden klassische Theorien wieder aufgegriffen und die Forschung gewinnt durch den Neoinstitutionalismus und die Mehrebenenanalyse neue Impulse. Auch die Europäisierungsforschung beginnt in dieser zweiten Phase. Die Forschungsansätze werden stärker von der Vergleichenden Politikwissenschaft beeinflusst. Dies bedeutet, dass die Europäische Union nicht mehr als eine internationale Organisation gesehen wird, deren Hauptakteure die Nationalstaaten sind, sondern als ein Regierungssystem.³⁷

In der dritten Phase zu Beginn der 1990er Jahre stellen kritische und konstruktivistische Ansätze die klassischen Theorien in Frage und betonen die Relevanz von Normen, Ideen, Institutionen und Identitäten. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes haben dominierende Machtverhältnisse und Gewissheiten an Bedeutung verloren. So konnten klassische Theorien der Internationalen Beziehungen den Untergang der Sowjetunion und den weitreichenden Einfluss des „neuen Denkens“ eines Michael Gorbatschows nicht erklären.³⁸ In der Europafor- schung haben sich wegen der sinkenden Zustimmung der Bevölkerung zum Integrationsprozess seit dem Vertrag von Maastricht 1992 konstruktivistische Ideen etabliert und zu einer Debatte über die Politisierung Europas beigetragen.³⁹ Die bereits in der zweiten Phase begonnene Suche nach neuen Begrifflichkeiten, die einen regionalen Integrationsprozess jenseits von nationalstaatlich geprägten Konzepten beschreiben, wurde mit Ansätzen aus der dritten Phase fortgesetzt.

Die Europäisierungsforschung kann nicht unabhängig von der Integrationsforschung betrachtet werden. Die folgende Diskussion der Integrationstheorien zeigt, dass die Grundannahmen aus der ersten Phase der Integrationsgeschichte in den späteren Phasen fortgeschrieben wurden. Auch werden Brückenschläge zwischen den unterschiedlichen Erklärungsansätzen gefordert.

³⁶ Vgl. Rhodes et al. 1995, S. 7

³⁷ Vgl. Rhodes et al. 1995, S. 7; vgl. Hix, Lord 1997, S. 201ff.

³⁸ Vgl. Krell 2004, S. 347

³⁹ Vgl. Schweltnus 2006, S. 321

1.1.2 Föderalismus und die Konstitutionalisierung Europas

Der Föderalismus war der dominierende Integrationsansatz in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴⁰ Um die nationalstaatlichen Egoismen zu überwinden, die in den vorangegangenen Jahrzehnten wiederholt zu Kriegen geführt hatten, wurde über einen europäischen Bundesstaat diskutiert. Die Mitgliedstaaten einer föderalen europäischen Gemeinschaft müssten hierfür ihre nationalstaatliche Souveränität auf einen europäischen Bundesstaat übertragen.

Innerhalb der föderalen Bewegung standen Jean Monnet, Leiter der französischen Planungsbehörde zum wirtschaftlichen Aufbau, und Altiero Spinelli, Generalsekretär der italienischen föderalistischen Bewegung, für zwei unterschiedliche Wege zu einem europäischen Bundesstaat. Spinelli war Anhänger eines demokratischen Radikalismus. Er schlug die Wahl einer Versammlung vor, um einen Verfassungsentwurf für Europa auszuarbeiten. Jean Monnet sprach sich hingegen für einen indirekten Weg zu einem europäischen Bundesstaat aus. Kleine, konkrete und vor allem wirtschaftliche Vereinbarungen sollten in einem föderalen Europa kulminieren.⁴¹ Monnet wollte eine Debatte über einen europäischen Bundesstaat, der die nationale Souveränität direkt in Frage stellen würde, vermeiden.⁴² Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Europäischen Politischen Gemeinschaft im Jahr 1954 setzte sich die funktionale *méthode Monnet* durch.

Der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Carl Joachim Friedrich belebte in den 1960er Jahren die Föderalismusforschung neu und eröffnete mit einem als Prozess verstandenen Föderalismus eine analytische Perspektive.⁴³ Konstitutionelle Fragen wie die Entstehung einer Verfassung oder die Verteilung der Kompetenzen interessierten Friedrich weniger als soziologische Aspekte. Beim Vergleich mit anderen Föderalstaaten fiel ihm der schwache sozio-politische Unterbau in Europa auf.⁴⁴ Die Kooperation unter politischen Parteien war für Friedrich ein Wegbereiter, um Unterstützung für den Integrationsprozess zu gewinnen.⁴⁵ Er stellte fest, dass sich in Reaktion auf die supranationale Regierungsstruktur in der Europäischen Gemeinschaft bereits supranationale Parteiorganisationen gebildet hatten.⁴⁶

⁴⁰ Victor Hugo sprach schon 1849 von den „Vereinigten Staaten von Europa“, in der Zwischenkriegszeit gründete Graf Richard von Coudenhove-Kalergi 1922 die Paneuropa-Union und während des Zweiten Weltkriegs spielte die föderale Idee im Widerstand eine bedeutende Rolle. Winston Churchill griff das Leitbild der „Vereinigten Staaten von Europa“ in seiner Züricher Rede am 19. September 1946 wieder auf. In dem darauf folgenden Jahr kristallisierten sich neben den einen Bundesstaat anstrebenden Föderalisten weitere Strömungen innerhalb der europäischen Bewegung heraus wie die intergouvernemental ausgerichteten Unionisten und eine fließende Gruppe aus wirtschaftlichen Vereinigungen sowie den großen politischen Lagern. Nach der Zahl ihrer Mitglieder waren die Föderalisten die bedeutendste Gruppe. Vgl. Giering 1997, S. 34; vgl. Brunn 2005, S. 52ff.; vgl. den Auszug aus der Rede Churchills bei Brunn 2005, S. 317

⁴¹ Vgl. Burgess 2005, S. 32; Für Jean Monnet blieb die wirtschaftliche Integration jedoch nur die drittbeste Lösung, die der politischen Union und der Integration des Sektors für Atomenergie nachgeordnet war. Vgl. Hooghe, Marks 2009, S. 5

⁴² Vgl. Burgess 2005, S. 35

⁴³ Vgl. Große Hüttmann, Fischer 2006, S. 43

⁴⁴ Vgl. Große Hüttmann, Fischer 2006, S. 49f.

⁴⁵ Vgl. Friedrich 1968, S. 49

⁴⁶ Vgl. Friedrich 1970, S. 366

Ein rousseauistisches Repräsentationsverständnis hielt Friedrich jedoch für unvereinbar mit dem Föderalismus.⁴⁷ Das Streben nach der *volonté générale*, dem unteilbaren Gemeinwillen in einer Demokratie, widerspreche der föderalen Tatsache, so Friedrich, dass der Wille einer nationalen Wählerschaft durch den Willen anderer nationaler Wählerschaften in Europa durchkreuzt werden könne. Für Anhänger eines rousseauistischen Repräsentationsverständnisses – wie die radikalen Demokraten unter den europäischen Sozialisten – sei der Sozialismus auf europäischer Ebene schwieriger zu verwirklichen.⁴⁸ Dieser setzt nämlich voraus, dass ein europäischer Gemeinwille für den Sozialismus entstehen müsste.

Mit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 und dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde erneut über eine Verfassung für Europa diskutiert.⁴⁹ Mit jeder Kompetenzerweiterung, die in den Europäischen Verträgen festgeschrieben wurde, erfuhr die Europäische Union de facto eine „schleichende Konstitutionalisierung“.⁵⁰ Diese führte auch zu einem gewachsenen Bedürfnis nach Legitimation der europäischen Politik, die unter anderem über politische Parteien gesichert werden sollte. Das Ziel eines europäischen Bundesstaats wirkte jedoch überholt, da der tatsächliche Zustand der Europäischen Union eher einem „unaufgelösten Formelkompromiss“ zwischen souveränen Nationalstaaten und gemeinschaftlicher Repräsentation entsprach.⁵¹ 2001 wurde das Projekt einer Verfassungsgebung in die Tat umgesetzt und 2003 ein Vertragsentwurf über eine Europäische Verfassung vorgelegt. Die staatsähnlichen Symbole des Verfassungsvertrags – wie eine europäische Hymne, eine europäische Fahne oder einen europäischen Feiertag – trugen jedoch dazu bei, dass der Verfassungsvertrag bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 scheiterte.

Neben der theoretischen Debatte war der Föderalismus immer Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Wegen der Assoziation mit einem europäischen Bundesstaat wurde er mit einem Tabu belegt. In den Verträgen der Europäischen Gemeinschaft bzw. späteren Union wurde die Referenz auf eine föderale Zielsetzung vermieden, auch wenn man de facto feststellen kann, dass

„in einem richtig verstanden Föderalismus [...] gleichwohl genau jene Schwebestände [herrschen], wie sie für die europäische Integration charakteristisch sind“.⁵²

Das „dirty ‚F‘-word“⁵³ konnte nicht nur den Widerstand von Mitgliedstaaten wie Großbritannien oder Frankreich hervorrufen, sondern auch innenpolitische Kräfte provozieren. Dies führte beispielsweise den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl 1992 dazu, sich von der

⁴⁷ Vgl. Friedrich 1964, S. 174; Rousseau stand föderalistischen Vorstellungen jedoch nicht kritisch gegenüber, vgl. Pfetsch 2007, S. 53

⁴⁸ Vgl. Friedrich 1964, S. 174

⁴⁹ Vgl. Diez, Wiener 2005, S. 10

⁵⁰ Vgl. Oeter 2003, S. 95

⁵¹ Vgl. Oeter 2003, S. 88

⁵² Bieber 2004, S. 126

⁵³ Oeter 2003, S. 60

Formel der „Vereinigten Staaten von Europa“ zu distanzieren.⁵⁴ Die französischen Sozialisten haben sich hingegen 2003 zu einer europäischen Föderation bekannt. Ihr Wunsch nach einem europäischen Bundesstaat unterliegt jedoch der von Friedrich beschriebenen Gefahr, die von einem rousseauistischen Repräsentationsverständnis ausgeht. Die im Jahr 2008 zur Parteivorsitzenden gewählte Sozialistin Martine Aubry prägte hierfür den Begriff der Euroglückseligkeit, einer *eurobéatitude*, die nach immer mehr Europa rufe.⁵⁵ Die weitere Analyse wird zeigen, dass einige Sozialisten dazu tendieren, existierende Realitäten und Widerstände zu ignorieren und französische Vorstellungen auf Europa zu übertragen. Ihr Ruf nach einem linken Europa weckt beim politischen Gegner – wie beim ehemaligen Europaminister Alain Lamassoure – Bedenken, da für ihn die Debatte über ein linkes Europa eine antieuropäische Debatte ist. In einer Demokratie könne schließlich auch die politische Rechte die Mehrheit in Europa stellen.⁵⁶

1.1.3 Neofunktionalismus und die Bedeutung der supranationalen Ebene

Ernst B. Haas, der zentrale Vertreter des Neofunktionalismus, distanzierte sich von einem als normativ-ideologisch und deskriptiv verstandenen Föderalismus⁵⁷ und argumentierte mit der Nützlichkeit der Kooperation in bestimmten Politikfeldern. Die Integration erfolgt für Haas funktional und bedarfsorientiert.⁵⁸ Der ursprünglich von David Mitrany entwickelte funktionale Ansatz geht davon aus, dass vor allem ein unpolitischer Sektor nicht Gegenstand fundamentaler Interessenkonflikte wird, der Entscheidungsprozess inkremental verläuft und die Suche nach einer Problemlösung die ideologischen Debatten überlagern muss.⁵⁹ Im Gegensatz zu Mitrany stützte der Neofunktionalist Haas seine Analyse auf unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen wie Parteien oder Interessenverbände und betonte die Bedeutung politischer Akteure auf supranationaler Ebene.

Durch die pluralistische Interessenstruktur einer Gesellschaft entsteht nach Haas sozialer Problemdruck, für den konkrete politische Problemlösungen herbeigeführt werden müssen.⁶⁰

⁵⁴ Vgl. Schmalz 2002, S. 57

⁵⁵ Contributions générales: Construisons un autre monde (Martine Aubry u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 62.

⁵⁶ Vgl. Rüter – Alain Lamassoure 21.09.2006

⁵⁷ Vgl. Giering 1997, S. 77f.

⁵⁸ Vgl. Schmitter 2005, S. 56; Implizit kann man in den Arbeiten von Haas jedoch eine normative Aussage lesen. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs hielt Haas den Nationalstaat und die Nationalismen für „die zentrale Gefahr für Frieden und Menschenrechte“. Vgl. Wolf 2006, S. 74

⁵⁹ Vgl. Giering 1997, S. 46; In den 1970er Jahren bediente sich auch die Interdependenzforschung der (neo-)funktionalistischen Annahmen. Die Interdependenzforschung geht von einer globalen Perspektive aus und subsumiert die Integrationsforschung als Teil eines weiterreichenden Prozesses. Die Zusammenarbeit in Westeuropa ist aus dieser Perspektive eine Folge der wachsenden Interdependenz der Märkte durch beispielsweise internationalen Handel, multinationale Konzerne und Kapitalfluss. Auch Umweltprobleme, Kriminalität oder Krankheiten können zur verstärkten Zusammenarbeit von Staaten führen. Auf diese Art und Weise entstehen internationale Regime: Regierungen kooperieren in einem Regime und verständigen sich auf gemeinsame Regeln, Normen, Verfahren und Institutionen. Im Fokus der Untersuchungen steht allerdings die Fähigkeit zur Problemlösung innerhalb eines globalen Netzwerkes. Der Regimeansatz kann somit als eine Symbiose des Intergouvernementalismus und des Funktionalismus betrachtet werden. Er kann aber auch als eine durch den Neoinstitutionalismus modifizierte Form des Neofunktionalismus betrachtet werden. Vgl. Giering 1997, S. 116

⁶⁰ Vgl. Wolf 2006, S. 67

Es kommt zur Kooperation in ausgewählten Politikfeldern, die sich auf weitere Politikfelder ausweiten kann. Dieser sogenannte *Spill-Over*-Effekt schließt auch den Übergang vom technokratischen zum politischen Bereich ein: Bei der Vergemeinschaftung von Kohle und Stahl, so Haas, müsse man sich notgedrungen auch mit den national unterschiedlichen Sozialstandards der Bergleute und Stahlkocher befassen, weil diese sich auf die Preisstruktur des jeweiligen Standorts auswirkten.⁶¹ Haas geht davon aus, dass die nationalen Akteure ihre Erwartungen und Loyalitäten im Laufe der Zeit auf die supranationale Ebene übertragen werden. Der Lernprozess von Eliten ist – neben dem *Spill-Over*-Effekt – für ihn ein weiterer zentraler Erklärungsfaktor, warum Staaten bereit sind, Souveränität abzugeben.

Am Beispiel der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) analysierte Haas das Potential der europäischen Idee für die politischen Parteien.⁶² Er kam zu dem Schluss, dass Parteien aller Länder sowohl Anhänger als auch Gegner Europas vereinten. Außer in der Verteidigung der europäischen Idee, seien die Ansichten der Befürworter äußerst heterogen. Damit sei der Europäismus eher unspezifisch und als integrative Kraft ideologisch zumindest fragwürdig.⁶³ Eine europäische Mehrheit beruhe auf konvergierenden Interessen und nicht auf einem gemeinsamen Willen. Der nicht vorhandene parteipolitische Konsens erleichterte für Haas allerdings die Verhandlungen:

„If a uniform consensus within each national unit had existed at the onset of the integration step, ideological realignments would be made more difficult because of the pre-existing rigidities in outlook and expectations, some of which are bound to be disappointed as integration goes forward.“⁶⁴

Die europäischen supranationalen Bewegungen der Christdemokraten oder der Sozialisten entwickelten zwar ideologische Positionen, jedoch folgten die einzelnen Parteien in Europa dieser Einschätzung in ihrer alltäglichen Politik kaum, so Haas.⁶⁵ Wie schwer der Europäismus zu definieren und einzuordnen sei, habe das Debakel der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gezeigt.⁶⁶ Voraussetzungen für transnationale Zusammenschlüsse seien die Bereitschaft der nationalen Parteien zu einer Neuausrichtung von Loyalitäten auf supranationaler Ebene sowie entsprechende Institutionen, die diese Neuausrichtung steuern könnten. Supranationale Institutionen sind für Haas zentral, weil sie die Kooperation stabilisieren und beschleunigen. Trotz der ersten Zusammenschlüsse politischer Parteien auf europäischer Ebene

⁶¹ Vgl. Wolf 2006, S. 72

⁶² Vgl. Haas 1968, S. 19ff.

⁶³ „‘Europe’ is far too nebulous a symbol to act as an integrating device for developing a political doctrine“; Haas 1968, S. 27

⁶⁴ Haas 1968, S. 158, vgl. hierzu auch die Ausführungen bei Haas zur Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls: Haas 1968, S. 9f.

⁶⁵ Vgl. Haas 1968, S. 25f.

⁶⁶ Vgl. Haas 1968, S. 155

blieben für ihn jedoch die konvergierenden Interessen bei der Europäischen Einigung dominant.⁶⁷

Im Vorwort der Neuauflage seiner zehn Jahre zuvor erstmals erschienen Studie über die Europäische Gemeinschaft verwies Haas 1968 auf die Lektionen, die ihm die Politik des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle erteilt habe.⁶⁸ So führte dessen „Politik des leeren Stuhls“ zu einer Blockade der Europapolitik, die mit dem 1966 verabschiedeten Luxemburger Kompromiss, der wichtige nationale Interessen vor Mehrheitsentscheidungen im Rat schützt, beendet wurde. Zwar hielt Haas die französische Entwicklung unter de Gaulle für einen Ausnahmefall, der französische Staatspräsident habe jedoch gezeigt, dass ein politischer Prozess, der auf pragmatischen Interessen beruhe, zerbrechlich sei. Pragmatische Interessen ohne ideologischen oder philosophischen Bezug seien kurzlebig.⁶⁹

Die Grundannahmen des Neofunktionalismus – der *Spill-Over*-Effekt und der Lernprozess von politischen Eliten – unterliegen damit Bedingungen. Ein entscheidender Faktor ist die Anpassungsfähigkeit der gesellschaftlichen und politischen Eliten. Die Wahrscheinlichkeit eines *Spill-Overs* kann demnach durch Staatsmänner wie de Gaulle oder unvorhergesehene Ereignisse gestört werden. Eine Integrationstheorie muss deswegen auch die Möglichkeit vorsehen, dass es zu keiner Integration kommt.⁷⁰

Philippe Schmitter entwickelte den Neofunktionalismus weiter und differenzierte den *Spill-Over*-Effekt unter Berücksichtigung von Akteursinteressen weiter aus. Beim Integrationsprozess einigten sich laut Schmitter Akteure aufgrund ungleicher Motive auf gemeinsame Ziele. Diese Ziele würden von den Akteuren in der Regel unterschiedlich bewertet. In der Konsequenz suchten die Akteure nach alternativen Strategien und erweitern entweder die Kooperation auf andere Politikfelder (*scope*) oder vertiefen das Niveau der Integration in bestehenden Bereichen (*level*).⁷¹ Ein Neofunktionalist muss nach Schmitter die Frage beantworten, ob die Konsequenzen aus einmal getroffenen Entscheidungen zu einer Neudefinition von Akteursstrategien führen. Die Antwort auf diese Frage sollte nach Schmitter auch eine fehlende Neudefinition oder sogar einen Rückschritt, einen sogenannten *Spill-Back*, im Integrationsprozess vorsehen.⁷²

⁶⁷ Vgl. Haas 1968, S. 292

⁶⁸ Vgl. Haas 1968, S. xiv–xv

⁶⁹ Vgl. Haas 1968, S. xxiii

⁷⁰ Vgl. Schmitter 2005, S. 47

⁷¹ Vgl. Giering 1997, S. 80ff.

⁷² Vgl. Schmitter 2005, S. 54; Schmitter hat eine Vielzahl an Analysekatoren entwickelt: Ein *Spill-Over* umfasst sowohl „*scope*“ als auch „*level*“. Ein „*Spill-Around*“ betrifft lediglich den „*scope*“ der Integration, aber nicht das „*level*“, ein „*Build-up*“ den „*level*“, aber nicht den „*scope*“. Mit dem „*Spill-Around*“ wird die intergouvernementale Integrationsmethode beschrieben, das heißt das Ausmaß der Integration wird erweitert auf weitere Politikfelder, ohne die Integration zu vertiefen. Neben dem „*Spill-Back*“, das heißt dem Rückfall hinter erreichte Integrationsfortschritte, sieht Schmitter auch eine sogenannte „*Encapsulation*“ vor, das heißt Änderungen in unwichtigen Bereichen, um vom tatsächlichen Handlungsbedarf abzulenken. Vgl. Giering 1997, S. 82f.

Schmitter ist der Ansicht, dass die Neofunktionalisten die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Integrationsprozess unterschätzten. Letztere hätten durch den 1974 geschaffenen Europäischen Rat ihren Einfluss dauerhaft gestärkt. Für Schmitter schätzte der Neofunktionalismus auch die Politisierung des Europäischen Integrationsprozesses falsch ein. Diese sei nicht nur viel später als erwartet eingetreten, sondern vor allem durch euroskeptische Züge geprägt worden. Auf die nationalen Parteiensysteme habe der Integrationsprozess desintegrierend gewirkt.⁷³ Es kam zum Beispiel zur Spaltung von nationalen Parteien und dem Aufstieg von rechtsextremen Parteien.

Mit den Fortschritten im Europäischen Integrationsprozess Ende der 1980er Jahre wurden auch Elemente des Neofunktionalismus wieder als Erklärungsfaktoren herangezogen.⁷⁴ Wayne Sandholtz und John Zysman griffen beispielsweise die Analysen zum *Spill-Over*-Effekt wieder auf. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurden auch die Rahmenbedingungen für ein verstärktes Engagement der europäischen Parteien geschaffen. Damit schien Haas' Theorie nicht so veraltet, wie er sie selbst in den 1970er Jahren dargestellt hatte.⁷⁵

„The development of transnational party activities was probably stimulated more by reforms to the institutions of the Union during the 1980s and 1990s than by changes in the character of political parties. The problem with early optimism about the prospects for transactional party development was that it had assumed institutional contexts that simply did not exist during the first thirty years of the EU.“⁷⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Neofunktionalismus der supranationalen Ebene besondere Bedeutung beimisst und als zentralen Mechanismus zwischen nationaler und supranationaler Ebene den *Spill-Over*-Effekt sieht. Als Katalysatoren fungieren Eliten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Entscheidungen auf europäischer Ebene, so lauten die Schlussfolgerungen bei Haas und Schmitter, sind jedoch das Ergebnis von ungleichen Motiven und unterschiedlichen Interessen. Ein rousseauistisches Repräsentationsverständnis ist somit nur schwierig auf europäische Ebene zu übertragen.

1.1.4 Intergouvernementalismus und der Vorrang nationaler (ökonomischer) Interessen

Vor dem Hintergrund der durch de Gaulle ausgelösten europäischen Krise in den 1960er Jahren rückte der Neofunktionalist Haas von seinen Grundannahmen ab: Was einmal wie ein eigener supranationaler Politikstil ausgesehen habe, erscheine nun mehr als ein riesiges regionales bürokratisches Anhängsel einer intergouvernementalen Konferenz, die permanent ta-ge.⁷⁷ Der tatsächliche Verlauf des Integrationsprozesses hatte gezeigt, dass Nationalstaaten

⁷³ Vgl. Schmitter 2005, S. 56

⁷⁴ Vgl. Neuss 2007, S. 144

⁷⁵ Vgl. Haas 1976

⁷⁶ Hix, Lord 1997, S. 14

⁷⁷ Vgl. Wolf 2006, S. 80

zwar bereit waren, Souveränität abzugeben, aber die nationalen Interessen nicht durch *Spill-Over*-Effekte, supranationale Institutionen oder unbeabsichtigte Konsequenzen außer Kraft gesetzt wurden. Im Gegensatz zum Neofunktionalismus rückten die Intergouvernementalisten daher den Nationalstaat wieder in den Vordergrund.

Die Anhänger der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen konnten auf diese Art und Weise mit dem Integrationsprozess versöhnt werden.⁷⁸ Für sie war es erstaunlich gewesen, dass Nationalstaaten freiwillig auf einen Teil ihrer Souveränität verzichtet hatten. Stanley Hoffmann erklärte in den 1960er Jahren, dass der Nationalstaat aufgrund von drei Faktoren überlebensfähig war: das nationale Bewusstsein, die nationale Situation sowie die Priorität der nationalen Anliegen.⁷⁹ De Gaulle lieferte das Anschauungsbeispiel für nationale Ambitionen, die die Neigung zur Supranationalität zurückdrängten.

„Die Logik des *Spill-Over*-Konzepts findet dort ihre Grenzen, wo nationale Schlüsselinteressen betroffen sind, in denen die Nationalstaaten eine langfristige Gewährleistung der Verwirklichung ihrer Entscheidungen wünschen.“⁸⁰

Die Europaforschung wurde bis Ende der 1970er Jahre von der Debatte zwischen Neofunktionalisten und Intergouvernementalisten dominiert. Nachdem Haas den Neofunktionalismus selbst in Frage gestellt hatte, stagnierte die Theoriebildung. Mit der Wiederbelebung des Integrationsprozesses durch die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 erfuhr nicht nur der Neofunktionalismus eine Neubewertung sondern auch der Intergouvernementalismus. Andrew Moravcsik bereicherte diesen um den politischen Liberalismus. Im Gegensatz zur realistischen Schule bezieht er die innerstaatlichen Debatten über nationale Präferenzen mit ein.⁸¹ Nach außen tritt der Nationalstaat bei internationalen Verhandlungen jedoch weiterhin geschlossen auf.

Bei den innerstaatlichen Debatten spielen politische Parteien für Moravcsik eine wichtige Rolle. Ihre Haltung wird in entscheidendem Maße von den jeweiligen Regierungsvertretern geprägt – wie zum Beispiel von dem Sozialisten Guy Mollet, der die Römischen Verträge aushandelte. Die französischen Sozialisten stimmten laut Moravcsik den Römischen Verträgen zu, weil sie Europa eher für wirtschaftlich unvermeidbar als für politisch gewünscht hielten.⁸² Kein diffuser Europäismus sondern ökonomische Interessen dominieren daher laut Moravcsik den Integrationsprozess.

Anstelle von technokratischen Erklärungsmustern, politischen Ideen oder der Schwäche des Nationalstaats, sieht Moravcsik im Europäischen Integrationsprozess eine moderne Form von

⁷⁸ Vgl. Steinhilber 2006, S. 169f.; vgl. auch Hoffmann 1966

⁷⁹ Vgl. Giering 1997, S. 70

⁸⁰ Giering 1997, S. 71

⁸¹ Vgl. Moravcsik 2003, S. 22

⁸² Vgl. Moravcsik 2003, S. 104ff.

Machtpolitik auf Grundlage von wirtschaftlichen Interessen.⁸³ Für ihn ziehen sich drei Motive wie ein roter Faden durch die Geschichte der Europäischen Integration: der wirtschaftliche Nutzen, die relative Verhandlungsmacht von Regierungen und der Anreiz, die Zuverlässigkeit von zwischenstaatlichen Zugeständnissen zu erhöhen.⁸⁴ Letzteres erlaubt, das Verhalten anderer Akteure einschätzen zu können. Für ihn ist der Integrationsprozess „normale“ Interessenpolitik:

„The integration process did not supercede or circumvent the political will of national leaders; it *reflected* their will. (...) To be sure, technocratic imperatives, geopolitical concerns, and European idealism each played a role at the margin, but none has consistently been the decisive force behind major decisions. (...) Today no claim appears more radical than the claim that the behavior of EC member governments is *normal*“.⁸⁵

Den Einfluss von supranationalen Institutionen und Akteuren schätzt Moravcsik gering ein. Geopolitische und ideologische Interessen hingegen seien zwar sekundär, aber trotzdem bedeutsam.⁸⁶ So dominierten in den 1980er Jahren in Frankreich die wirtschaftlichen Interessen bei der Ausbildung der Präferenzen. Die geopolitischen Interessen des Integrationsprozesses hätten jedoch den Staatsmännern die Gelegenheit geboten, die Aufmerksamkeit auf die Europäische Union und sie selbst als große Europäer zu lenken.⁸⁷

Für Moravcsik hat der Integrationsprozess die nationalen Exekutiven gestärkt. In den Worten von Alan Milward hat der Integrationsprozess sogar den Nationalstaat gerettet. Der Integrationsprozess hat für Milward die wirtschaftliche Modernisierung erleichtert und dazu beigetragen, dass die Bürger diese akzeptierten.⁸⁸ Robert Ladrech sieht eine Stärkung der Exekutiven nur so lange wie eine schweigende Zustimmung zum Integrationsprozess existierte.⁸⁹ Die zunehmend kritischer werdende öffentliche Meinung erlaubt den politischen Eliten hingegen nicht mehr, die europäische Politik allein mit der ökonomischen Effizienz des Integrationsprozesses zu legitimieren.⁹⁰

„The period since 1991 might be described, by contrast, as one of constraining dissensus. Elites, that is, party leaders in positions of authority, must look over their shoulders when negotiating European issues. What they see does not reassure them.“⁹¹

⁸³ Vgl. Moravcsik 2003, S. 5

⁸⁴ Vgl. Moravcsik 2003, S. 3

⁸⁵ Moravcsik 2003, S. 4f.

⁸⁶ Vgl. Moravcsik 2003, S. 477

⁸⁷ Vgl. Moravcsik 2003, S. 345; „Though nearly every possible argument was aired, the German threat played a role in the Maastricht referendum debates that was relatively minor compared to macroeconomic policy and general concerns about sovereignty. (...) Domestic discourse and cleavages appear also to have run along lines of economic beliefs and interests rather than partisan or personal commitment to the European idea.“ Moravcsik 2003, S. 414

⁸⁸ Vgl. Milward 1994; vgl. auch Hooghe, Marks 2009, S. 5

⁸⁹ Vgl. Ladrech 2000, S. 25f.;

⁹⁰ „Die Besonderheit des Legitimationsanspruchs von EU-Institutionen beruhte bislang auf einer anspruchsvollen Form legitimer Selbstbegründung; sie gründete auf dem Legitimationsglauben, der auf nichts anderes setzt als auf den Erfolg.“ Eder 2003, S. 95

⁹¹ Hooghe, Marks 2009, S. 5

1.2 Die Vielzahl neuer Akteure im politischen System der Europäischen Union

1.2.1 Politische Willensbildung auf mehreren Ebenen

Auch Vertreter des Mehrebenen-Ansatzes weisen die These der Stärkung der nationalen Exekutiven zurück. Sie gehen davon aus, dass der Integrationsprozess die nationalen Regierungen geschwächt und die politische Macht auf verschiedene Ebenen verteilt hat.⁹² Die nationale Ebene hat somit das Monopol der Interessenrepräsentation und -artikulation verloren.⁹³

Ein Mehrebenensystem verlangt im Unterschied zum Föderalismus nicht notwendigerweise die Staatsqualität der einzelnen Ebenen, um diese und ihre Akteure an der Entscheidungsfindung im System zu beteiligen. Beispielsweise bilden die Regionen in Europa eine Ebene dieses Systems, obwohl sie in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht den Status wie ein deutsches Bundesland mit eigener Exekutive, Legislative und Judikative haben.⁹⁴ Für Politiker hat die Vorstellung eines Mehrebenensystems gegenüber einer Föderation einen weniger „verbotenen und bedrohlichen“⁹⁵ Charakter, denn ein Europäisches Mehrebenensystem weckt nicht die Assoziation eines europäischen Bundesstaats.

Gegenstand der Forschung sind die Interaktionen zwischen den unterschiedlichen Ebenen, mögliche Entscheidungsblockaden, die Rolle von Schnittstellenakteuren, der Organisations- und Koordinationsaufwand für staatliche und intermediäre Akteure, die Möglichkeiten des Lernens, des Verschiebens von Verantwortung und die Legitimation der Entscheidungen.⁹⁶

Im engen Zusammenhang mit der Analyse der Europäischen Union als Mehrebenensystem steht der Begriff des Regierens bzw. der *Governance*. Dieser vieldeutige Begriff wird am ehesten verständlich, wenn man ihn von Regierung bzw. *Government* abgrenzt. Bezieht sich letzterer auf das staatliche Machtmonopol zur Durchsetzung verbindlicher Entscheidungen, so schließt das Konzept der *Governance* auch das nicht institutionalisierte und informelle Regieren mit ein.⁹⁷ Die Formen des Regierens sind zahlreich – polykratisch, kollektiv oder im Netzwerk. Es gibt also nicht mehr eine zentrale Ebene, die das Entscheidungsmonopol hat.

Die Besonderheit des Regierens im Europäischen Mehrebenensystem ist die Notwendigkeit, verschiedene politische Willensbildungsstränge zu einem Gesamtprozess zusammenzuführen.⁹⁸ Beate Kohler-Koch spricht in diesem Zusammenhang von der für die Europäische Union charakteristischen Form des Regierens in Netzwerken. Diese können Akteure unter Anpassungsdruck setzen und tragen dazu bei, die institutionelle Struktur der Europäischen Union

⁹² Vgl. Oppermann 2008, S. 49

⁹³ Vgl. Marks et al. 1996

⁹⁴ Vgl. Holzinger 2005, S. 554

⁹⁵ Vgl. Schmitter 2005, S. 49

⁹⁶ Vgl. Holzinger 2005, S. 554

⁹⁷ Vgl. Schultze 2005, S. 324.

⁹⁸ Vgl. Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 14, 23

und die Verfassungswirklichkeit zu verändern. Dies muss nicht immer intendiert sein, sondern kann auch inkrementell erfolgen. Durch das Regieren in Netzwerken und die neuen Akteure, die in den Prozess eingebunden werden, ändert sich die Rolle des Staates vom Regulator zum Moderator.⁹⁹

Mit der Rollenverschiebung des Staates müssen auch wissenschaftliche Analysekategorien neu gedacht werden. Zahlreiche Begriffsdefinitionen sind noch immer stark vom staatstheoretischen Denken beeinflusst, das von einer territorial differenzierten Welt von Staaten und einem jeweils geschlossenen gesellschaftlichen Raum ausgeht. Das theoretische Konzept der Entgrenzung macht jedoch deutlich, dass Grenzen im Laufe der Europäischen Integration aufgehoben, verschoben und umgedeutet werden.¹⁰⁰ Ein jahrhundertelanger Prozess der Grenzkonstruktion wird revidiert und bietet Individuen, die zuvor national gebunden waren, Ausstiegsmöglichkeiten.¹⁰¹ Die Grenzverschiebung verändert damit die Rahmenbedingungen für politisches Handeln und die normativen – häufig territorial gebundenen – Vorstellungen der Demokratie. In der Konsequenz muss ein europafähiges Demokratiemodell entwickelt werden, das nicht auf räumlicher Begrenzung beruht.¹⁰²

1.2.2 Fusionstrend und Europäisierung der nationalen Akteure

Das Regieren jenseits des Nationalstaats ist nach Wolfgang Wessels durch einen Fusionstrend gekennzeichnet. Er geht davon aus, dass die verschiedenen Instrumente zur Problemlösung der europäischen Staaten auf Dauer zusammenwachsen. Der einzelne Nationalstaat könne angesichts von Europäisierung und Globalisierung Probleme nur noch effizient lösen, indem er auf europäischer Ebene mit anderen Staaten kooperiere. Die europäische Entscheidungsfindung bleibe für Nationalstaaten die einzige Möglichkeit, um nationalen politischen Einfluss – vor allem auf ihre Wohlfahrtssysteme – zurückzuerlangen. Der gesellschaftliche Bedarf an allokativen und regulativen Politiken sei umso mehr gestiegen, wie die Fähigkeit der Regierungen und politischen Parteien nachgelassen habe, auf diese einzuwirken.¹⁰³ Auch wenn die Nationalstaaten das Ziel verfolgten, ihren nationalen Handlungsspielraum zurückzugewinnen, so führt der Fusionstrend nach Wessels doch zur Erosion des Nationalstaats:

„In order to guarantee expected performance the state must, however, undermine some fundamental pillars of its own constitutional foundation. For the sake of its own political stability, the state has to promote a process which leads to its very erosion.“¹⁰⁴

⁹⁹ Vgl. Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 38

¹⁰⁰ Vgl. Kohler-Koch 1998, S. 11ff.

¹⁰¹ Vgl. Stefano Bartolini zitiert nach Hooghe, Marks 2009, S. 5; vgl. auch Bartolini 2005

¹⁰² Vgl. Zürn 2005; vgl. auch die Idee von Ulrich Beck und Edgar Grande zum „kosmopolitischen Europa“; Beck, Grande 2004

¹⁰³ Vgl. Wessels 1997, S. 286

¹⁰⁴ Wessels 1997, S. 286

Das politische System der Europäischen Union ist laut Wessels durch eine hochdifferenzierte Mischung der politischen Steuerung auf unterschiedlichen Ebenen gekennzeichnet.¹⁰⁵ Nationale Akteure durchlaufen dabei eine Europäisierung¹⁰⁶ und suchen verstärkt Zugang zum politischen System der Europäischen Union: „The political space in Brussels is not only created by but also filled with national politicians and civil servants“.¹⁰⁷ Für politische Parteien gilt dies nur mit Einschränkungen.

Während die Zahl der Lobbygruppen, die Interessen artikulieren, stetig wachse, könne ein analoger Prozess für Parteien, die Interessen aggregieren, nicht beobachtet werden, so Wessels. Den europäischen Parteizusammenschlüssen gelinge es nicht, die nationale und europäische Ebene erfolgreich zu vernetzen und den jeweiligen Vertretern Zugang und Einfluss zu ermöglichen. Auf die Politikgestaltung innerhalb der Europäischen Union hätten die Parteizusammenschlüsse nur geringen Einfluss. Im Unterschied zur nationalen Ebene werden laut Wessels die kollektiven Akteure im politischen System der Europäischen Union – wie Lobbygruppen oder politische Parteien – asymmetrisch eingebunden.¹⁰⁸ Das ist für Wessels kein demokratietheoretisches Problem. Die Legitimation der politischen Entscheidungen wird durch die Vielzahl der involvierten Akteure sichergestellt:

„This view sees in the fusion process the Europeanization of many ‘representatives’ of the citizen. From the highest political authorities in the European Council to the sectoral interest groups, the actors within the EC/EU system bring their respective legitimacy into the new polity. Without replacing one level, several functional, legal and political sources of legitimacy are merged.“¹⁰⁹

1.3 Der Einfluss europäischer Ideen auf die nationalen Interessen der Akteure

1.3.1 Europäisierung als Folge von Kalkül oder Einbindung in internationale Institutionen

Nationale politische Parteien sind im Europäischen Mehrebenensystem ein Akteur neben anderen und zählen wegen der asymmetrischen Form der Einbindung eher zu den Verlierern des Integrationsprozesses. Föderalisten und Neofunktionalisten attestierten den politischen Parteien zwar großes Integrationspotential, mussten jedoch bei ihren Analysen feststellen, dass diese nur in begrenztem Maße bereit waren, Loyalitäten zu übertragen und ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Die realpolitische Entwicklung hat gezeigt, dass nationale Strukturen widerstandsfähiger waren als anfangs vermutet.

¹⁰⁵ Vgl. Wessels 1997, S. 279

¹⁰⁶ Vgl. Wessels 1997, S. 270ff.

¹⁰⁷ Wessels 1997, S. 281

¹⁰⁸ Vgl. Wessels 1997, S. 284

¹⁰⁹ Wessels 1997, S. 291

Betrachtet man die politischen Parteien im Geflecht des Mehrebenensystems, so stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis Akteure wie politische Parteien zu den europäischen Strukturen stehen. Welche Rolle spielen europäische Normen und Werte im Vergleich zu materiell definierten nationalen Interessen?¹¹⁰ Kann die Einbindung in europäische Institutionen die Identität eines Akteurs verändern oder bleiben rational ausgebildete nationale Präferenzen von europäischen Normen und Werten unberührt?

Sowohl Neofunktionalisten als auch Intergouvernementalisten gehen von rational agierenden Akteuren aus.¹¹¹ Beim Neofunktionalismus wägen Akteure die Vor- und Nachteile der Vergemeinschaftung eines Politikfelds ab. Im Gegensatz zu rationalistischen Ansätzen kann es nach der Vergemeinschaftung eines Politikfelds jedoch zu nicht beabsichtigten Konsequenzen und einem *Spill-Over*-Effekt kommen. Haas spricht von „sanfte(r) Rationalität“.¹¹²

Eine derartige „unsichtbare Hand“ würden Anhänger einer rationalen Theorie zurückweisen.¹¹³ Moravcsik argumentiert mit Kosten-Nutzen-Kalkülen, die die individuellen Handlungen der Akteure erklären.¹¹⁴ Er verfolgt damit einen sogenannten methodologischen Individualismus,¹¹⁵ da er Zusammenhänge auf der Makroebene durch handelnde Individuen auf der Mikroebene erklärt. Moravcsik negiert nicht die Rolle von Ideen. Ideen seien wie die Luft zum Atmen, aber sie seien nicht die Ursache für eine Entwicklung und damit nur epiphänomenal.¹¹⁶

Kritiker werfen Moravcsik vor, dass er sich nur auf die zentralen Momente des Integrationsprozesses wie die Vertragsabschlüsse konzentriere und für das alltägliche Regieren, wie es im *Governance*-Ansatz behandelt werde, betriebsblind sei. Darüber hinaus seien die Regierungen nur ein Akteur unter vielen. Moravcsik berücksichtige jedoch weder weitere nationale Institutionen noch die Wechselwirkungen zwischen Verhandlungsprozessen und innenpolitischen Auseinandersetzungen.¹¹⁷ Auch blieben die Interessen und die ihnen zugrundeliegenden Ideen und Präferenzen theoretisch unerklärt, da sie als exogen und damit als gegeben betrachtet würden.¹¹⁸

Im Konstruktivismus, der sich in Abgrenzung zum Rationalismus entwickelt hat, spielen Ideen eine große Rolle. Die Identität eines Akteurs hängt davon ab, in welche sozialen Struk-

¹¹⁰ Vgl. Steinhilber 2006, S. 172

¹¹¹ Vgl. Diez, Wiener 2005, S. 8

¹¹² Schmitter 2005, S. 55

¹¹³ Vgl. Wolf 2006, S. 68; 76

¹¹⁴ Vgl. Checkel 2001b, S. 553

¹¹⁵ Vgl. Steinhilber 2006, S. 172

¹¹⁶ „Existing rationalist theories claim only something far more modest, namely that ideas are causally epiphenomenal to more fundamental underlying influences on state behavior.“ Moravcsik 1999, S. 674

¹¹⁷ Vgl. Steinhilber 2006, S. 190

¹¹⁸ Vgl. Caporaso, Keeler 1995, S. 44

turen und Sinnzusammenhänge dieser eingebettet ist.¹¹⁹ Im Gegensatz zum Intergouvernementalismus sind für Konstruktivisten materielle Interessen gegenüber ideellen Faktoren zweitrangig. Erst ideelle Faktoren schrieben materiellen Interessen Bedeutung zu, Entscheidungen könnten nur vor dem Hintergrund von Regeln, Normen, Kultur und Diskurs verstanden werden. Konstruktivisten betrachten Interessen nicht als exogen, sondern sie gehen davon aus, dass diese durch die Teilnahme am Integrationsprozess einem Wandel unterliegen. Akteure agierten nicht allein auf der Grundlage strategischer Kalküle, sondern ihr Handeln werde durch Regeln und Normen begrenzt und ihre Identität definiert. Die Europäische Integration wird

„als sozialer Prozess konzeptionalisiert, in dem über Interaktion und Kommunikation vermittelte Ideen, Identitäten und Normen die europäische Politik auf verschiedenen Ebenen beeinflussen und die Interessen und formalen Institutionen prägen, die in vielen anderen Integrationstheorien als gegeben hingenommen werden.“¹²⁰

Rationalistisch orientierte Kritiker des konstruktivistischen Ansatzes fordern, Konstruktivisten müssten die unabhängige Wirkung von Ideen nachweisen und belegen. Sie sollten empirisch nachprüfbar Aussagen darüber treffen, welche Ideen und Diskurse welche Politiken unter welchen Umständen beeinflussen und welche politische Krise unter welchen Umständen zum Wandel von welchen Ideen und Diskursen führe.¹²¹ Moravcsik attestiert Konstruktivisten einen charakteristischen Unwillen, ihre Ergebnisse dem Risiko einer empirischen Überprüfung auszusetzen.¹²² Für Konstruktivisten wirken Ideen und Normen jedoch nicht unabhängig von Interessen, sondern reglementieren oder konstituieren diese und können nicht unabhängig nachgewiesen werden. In der jüngeren Theoriedebatte finden sich immer wieder Appelle an einen Brückenschlag zwischen beiden Perspektiven:

„Much of European integration can be modeled as strategic exchange between autonomous political agents with fixed interests; at the same time, much of it cannot. Constitutive dynamics of social learning, socialization, routinization and normative diffusion, all of which address fundamental issues of agent identity and interests, are not adequately captured by strategic exchange or other models adhering to strict forms of methodological individualism.“¹²³

Die hier diskutierten Grundannahmen von Rationalismus und Konstruktivismus – vereinfacht gesagt zwischen Interessen und methodologischem Individualismus einerseits sowie Ideen und gegenseitiger Konstituierung von Akteuren und Strukturen andererseits – werden die weitere Forschungsdebatte begleiten. Überträgt man diese Überlegungen auf die Europäisierungs-

¹¹⁹ Risse 2003, S. 106; Haas rückt den Neofunktionalismus in die Nähe des Konstruktivismus: Haas 2001

¹²⁰ Schwellnus 2006, S. 324

¹²¹ Vgl. Moravcsik 1999, S. 671

¹²² Vgl. Moravcsik 2001, S. 177

¹²³ Checkel 15.08.1998, S. 545; Konstruktivisten versuchen den Brückenschlag zwischen akteurszentrierten, rationalistischen Ansätzen einerseits und interpretativen, strukturalistischen Ansätzen andererseits und besetzen damit das Mittelfeld („seize the middle ground“), vgl. Checkel 1999b, S. 546

forschung, die sich mit den Rückwirkungen der europäischen Institutionen auf nationaler Ebene befasst, so ist grundlegend zu fragen, ob europäische Institutionen die Identität eines Akteurs verändern oder ob die parteipolitischen Akteure die Rückwirkungen des Europäischen Integrationsprozesses strategisch steuern können. Der Neoinstitutionalismus bietet Erklärungsmodelle für beide Alternativen.

1.3.2 Der (un-)abhängige Einfluss von europäischen Institutionen

Realisten und Intergouvernementalisten haben dem Institutionalismus eine „föderalistische Ideologie“¹²⁴ vorgeworfen. Dieser geht nämlich davon aus, dass die Transnationalisierung von Politik, Wirtschaft und Kommunikation zu internationaler staatlicher Kooperation und Institutionenbildung führt. Realisten und Intergouvernementalisten minimieren jedoch die Rolle der Institutionen im Vergleich zum Machtstreben der Staaten. Auch die Neofunktionalisten betrachten Institutionen als abhängige Variable.¹²⁵ Aus diesen Gründen spielte der Institutionalismus in der Europaforschung lange nur eine untergeordnete Rolle. Weder Intergouvernementalisten noch Neofunktionalisten haben falsifizierbare Hypothesen entwickelt, um zu erklären unter welchen Umständen und in welcher Form supranationale Institutionen einen unabhängigen Einfluss im Europäischen Integrationsprozess ausüben.¹²⁶

Heute bezeichnet sich nahezu jeder Europaforscher als Institutionalist.¹²⁷ Dies erklärt sich auch damit, dass die Europäische Union seit dem Vertrag von Maastricht ein qualitativ neues Niveau der Institutionalisierung erreicht hat.¹²⁸ Der Neoinstitutionalismus basiert auf einem breiten Institutionenbegriff, der über die Bezugnahme auf Institutionen im engeren Sinne oder rein formale Regelsysteme wie Verfassungen und Geschäftsordnungen hinausgeht. Institutionen werden verstanden als formelle und informelle Prozesse, Routinen, Normen und Konventionen, die Teil der organisatorischen Struktur der Politik sind.¹²⁹ In der Politikwissenschaft werden drei neoinstitutionalistische Ansätze unterschieden: der rationalistische, der soziologische und der historische.

Der rationale Neoinstitutionalismus geht davon aus, dass Akteure auf der Basis feststehender Präferenzen agieren und sich strategisch-instrumentell verhalten.¹³⁰ Politik wird nicht als Machtkampf oder Lernprozess gesehen, sondern als eine Reihe von kollektiven Handlungsdiagrammen. Es ist demnach zu prüfen, ob ein individuell optimales Verhalten kollektiv suboptimal

¹²⁴ Moravcsik zitiert nach Wessels 2001, S. 20

¹²⁵ Vgl. Caporaso, Keeler 1995, S. 49

¹²⁶ Vgl. Pollack 2005, S. 142

¹²⁷ „The most important sign of theoretical convergence is, of course, that almost any Europeanist with a minimal level of self-respect flags herself as an ‘institutionalist’ at the moment.” Aspinwall, Schneider 2000, S. 2

¹²⁸ Vgl. Caporaso 2007, S. 25; Der sogenannte Neoinstitutionalismus ist jedoch nicht in dem Bereich der Europaforschung entwickelt worden, sondern reflektiert vielmehr eine graduelle Wiederentdeckung von Institutionen in einer Vielzahl von Theorien. Vgl. als Referenzen March, Olsen 1984, Scharpf 1985; vgl. Pollack 2005, S. 137

¹²⁹ Vgl. Hall, Taylor 1996, S. 938

¹³⁰ Vgl. Hall, Taylor 1996, S. 944f.

mal ist. Die Interaktion wird von den Annahmen eines Akteurs über das Verhalten der anderen beeinflusst und Institutionen helfen, Unsicherheiten über das Verhalten anderer zu minimieren. Letztere entstehen, weil sie bestimmte Funktionen für die Akteure erfüllen und ihnen nützlich sind.

Für den soziologischen Neoinstitutionalismus hingegen, der Ende der 1970er Jahre innerhalb der Organisationstheorie entstand, stellen Institutionen kognitive Denkmuster zur Verfügung, die das Handeln eines Akteurs leiten. Sie beeinflussen nicht nur das mögliche sondern auch das vorstellbare Handeln eines Akteurs.¹³¹ Der Begriff der Kognition ist im soziologischen Neoinstitutionalismus zentral und bezieht sich auf mentale Phänomene wie Denken, Sinn, Wahrnehmung oder Erinnerung.¹³² Rationales, zweckgebundenes Verhalten kann ebenso wie Regeln und Normen durch soziale Konstituierungsprozesse entstehen und kann also auch allein auf Vorstellungen über rationales Verhalten beruhen.¹³³ Es geht nicht um sachliche Richtigkeit oder effizientes Handeln sondern um soziale Angemessenheit des Handelns und die Sicherung von Legitimität.¹³⁴ Vor diesem Hintergrund kann beispielsweise analysiert werden, wann Akteure Regeln und Normen, die auf europäischer Ebene definiert wurden, als „richtig“ betrachten.¹³⁵

Der dritte neoinstitutionalistische Ansatz, der historische Neoinstitutionalismus, ist eklektizistisch und basiert auf Annahmen des rationalen und des soziologischen Ansatzes.¹³⁶ Die historischen Neoinstitutionalisten berücksichtigen strategisches rationales Verhalten von Akteuren genauso als Erklärungsfaktoren wie Routinen, Verhaltensmuster und Fragen der Wahrnehmung. Die Präferenzen eines Akteurs können exogen, also unabhängig von den Institutionen gebildet werden. Letztere reduzieren dann Unsicherheit für die Akteure. Präferenzen können aber auch endogen sein, das heißt sie werden durch Institutionen beeinflusst, die die Identität der Akteure verändern können.

Im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Ansätzen führt der historische Neoinstitutionalismus eine zeitliche Dimension in die Forschungsdebatte ein. Nach dem sogenannten Konzept der Pfadabhängigkeit gelten Institutionen als relativ dauerhaft und als zentrale Faktoren, die die historische Entwicklung eines Akteurs entlang eines Pfads steuern.¹³⁷ Historische Neoinstitutionalisten weisen funktionale Erklärungen und die These einer „effizienten Geschich-

¹³¹ Vgl. Hall, Taylor 1996, S. 948

¹³² Vgl. Senge 2006, S. 38ff.

¹³³ Vgl. Tacke 2006, S. 90ff.; „Organisationen sind (...) zwar Adressaten wie Träger institutionalisierter Rationalitätsvorstellungen, das Handeln in Organisationen hat mit Rationalität aber allenfalls insoweit zu tun, als die Teilnehmer durch ‚ritual commitments‘, ‚face work‘ und andere dramaturgische Leistungen zur Aufrechterhaltung von Fassaden organisatorischer Rationalität beitragen.“ Tacke 2006, S. 95

¹³⁴ Vgl. Tacke 2006, S. 90

¹³⁵ Vgl. Schwellnus 2006, S. 328ff.

¹³⁶ Vgl. Hall, Taylor 1996, S. 938ff.

¹³⁷ Vgl. Hall, Taylor 1996, S. 941

te” zurück. Im Sinne der effizienten Geschichte ist der Lauf der Geschichte bestimmt und vorhersehbar durch die Umweltbedingungen, an die Akteure sich anpassen müssen. Historische Prozesse beseitigen dabei Verhaltensregeln, die nicht zur Lösung eines Problems führen. Geschichte wird damit als Fortschritt verstanden.¹³⁸

In der Annahme einer „ineffizienten Geschichte“ wird der langwierige Prozess der Anpassung an Umweltbedingungen sowie die Unwahrscheinlichkeit eines Gleichgewichts betont. Institutionelle Entwicklung hängt nicht allein von der Optimierung eines gegenwärtigen Problems ab, sondern auch von den Ursprüngen, der Entwicklung und der internen Dynamik einer Institution.¹³⁹ In Europa ist ein permanentes Ringen zwischen europäischen und nationalen Institutionen sowie Akteuren zu beobachten. Dies führt zu einer ständigen Transformation Europas, ohne dass seine Grenzen, seine institutionelle Architektur sowie die politische Finalität bestimmt sind. Einen europäischen „Masterplan“ gebe es nicht.¹⁴⁰

Relativ unbedeutende Ereignisse können hingegen weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen.¹⁴¹ Das Projekt des Europäischen Binnenmarkts wurde beispielsweise zunächst als eine ideologisch neutrale Idee vorgestellt, auch wenn mit dessen Realisierung de facto politisch-kulturelle und soziale Implikationen verbunden waren.¹⁴² Entscheidungen der Vergangenheit können somit überdauern und die Akteure im Laufe der Zeit formen oder sogar beschränken.

„All these features stand in sharp contrast to prominent modes of argument and explanation in political science, which attribute ‘large’ outcomes to ‘large’ causes and emphasize the prevalence of unique, predictable political outcomes, the irrelevance of timing and sequence, and the capacity of rational actors to design and implement optimal solutions (given their resources and constraints) to the problems that confront them.”¹⁴³

Auch kann es passieren, dass sich supranationale Institutionen gegenüber den Mitgliedstaaten im Zuge der Routinepolitik verselbständigen¹⁴⁴ und sich von den ursprünglichen Präferenzen der Mitgliedstaaten entfernen. Historische Neoinstitutionalisten erklären diese Verselbständigung nicht mit dem *Spill-Over*-Effekt, sondern anhand zeitlicher Entwicklung. So handeln politische Akteure eher kurzfristig, orientieren sich an nationalen Wahlrhythmen und beachten nicht die langfristigen Konsequenzen von politischen Entscheidungen. Letztere sind für diese nur schwer abzuschätzen, da sie durch Rückkoppelungsmechanismen unerwartet auftreten. Dieser Kontrollverlust der Mitgliedstaaten wird selten durch einen Austritt aus institutio-

¹³⁸ Vgl. March, Olsen 1984, S. 737ff.

¹³⁹ Vgl. March, Olsen 1998, S. 954f.

¹⁴⁰ Vgl. Beck, Grande 2004, S. 17; 67

¹⁴¹ Vgl. Pierson 2000, S. 251

¹⁴² Vgl. Weiler 1992

¹⁴³ Pierson 2000, S. 251; Pierson vergleicht die Pfadabhängigkeit in Anlehnung an Margaret Levi mit einem Baum. Von einem Baumstamm gehen viele verschiedene Äste ab. Auch wenn es möglich sei, von einem zum anderen Ast zu wechseln, so sei es doch wahrscheinlich, dass ein Kletterer dem Ast folge, auf dem zu klettern er begonnen habe. Desto weiter der Kletterer fortgeschritten sei, desto unwahrscheinlicher werde es, dass er seinen eingeschlagenen Weg verlasse. Es handele sich um sich selbst verstärkende Rückkoppelungsmechanismen. Vgl. Pierson 2000, S. 252f.

¹⁴⁴ Vgl. Morisse-Schilbach 2006, S. 275ff.

nellen Vereinbarungen beantwortet, da dieser hohe Exit-Kosten verursacht. Diese Exit-Kosten können beispielsweise Reputationsverlust, Missbilligung, Entzug von Kooperation oder soziale Ächtung sein.¹⁴⁵ Im Unterschied zum Neofunktionalismus wird weniger die freiwillige Abgabe von Kompetenzen und Souveränität betont als die sukzessive Einschränkung von Handlungsalternativen durch das entstehende politische System.

Kritiker des Ansatzes der Pfadabhängigkeit wenden ein, dass dieses Konzept auf die Frage, wie und wann es zu Wandel kommt, nur unzureichend antwortet. Wie kann man aus der historischen Pfadabhängigkeit ausbrechen?¹⁴⁶ Historische Neoinstitutionalisten erklären Wandel durch kritische Augenblicke, in denen Kontinuität durchbrochen wird. Es kommt zu einer „Abzweigung“ und die historische Entwicklung verläuft entlang eines neuen Pfads.¹⁴⁷ Moravcsik hält die Annahme der unbeabsichtigten Konsequenzen des historischen Neoinstitutionalismus für nicht überzeugend. Die Vertragsverhandlungen und nicht vermeintlich unbeabsichtigte Nebenfolgen hätten zur Fortführung des Europäischen Integrationsprozesses geführt. Die wirtschaftliche Modernisierung sei die Hauptantriebskraft für die Mitgliedstaaten und ihre Regierungen gewesen – auch wenn es zu unerfreulichen Nebeneffekten gekommen sei:

„Nearly all governments were generally well aware of the likely short- and long-term policy consequences of integration, good and bad.“¹⁴⁸

Die normative Dimension der Institutionen, die der soziologisch orientierte historische Neoinstitutionalismus hervorhebt, bezeichnet Moravcsik als „philosophische Spekulation“.¹⁴⁹ Antje Wiener erklärt hiermit jedoch die unerwarteten Konsequenzen. So werden beispielsweise in Bezug auf die Europäische Verfassung verschiedene Verfassungsmodelle, aber nicht die dazugehörigen Normen diskutiert, die Wiener als „assoziative Konnotationen“ bezeichnet. Letztlich seien es diese assoziativen Konnotationen, die die unerwarteten Konsequenzen von Institutionenbildung forcierten.¹⁵⁰ Wiener zufolge gehen nationale Akteure in supranationalen Verhandlungen von ihrer national geprägten Lebenswelt und den entsprechenden Normen aus. Zwar käme es zu Überschneidungen mit supranational ausgehandelten Normen, diese seien jedoch anfällig für national unterschiedliche Interpretationen. Aus diesem Grund könnten insbesondere Formelkompromisse auf europäischer Ebene zu Deutungskonflikten führen.¹⁵¹ Zu Deutungskonflikten kann es auch innerhalb einer ideologisch fragmentierten Partei wie der *Parti socialiste* kommen, wenn sie ihre Geschlossenheit über Formelkompromisse herstellt.

¹⁴⁵ Vgl. Fritz W. Scharpf zitiert nach Lepsius 2004, S. 321

¹⁴⁶ Vgl. Greener 2005, S. 64

¹⁴⁷ Vgl. Hall, Taylor 1996, S. 942

¹⁴⁸ Moravcsik 2003, S. 491

¹⁴⁹ Steinhilber 2006, S. 189

¹⁵⁰ Vgl. Wiener 2003, S. 141

¹⁵¹ Vgl. Schweltnus 2006, S. 335f.

1.4 Die Europäisierungsforschung als Perspektivwechsel auf die nationale Ebene

1.4.1 Europäisierung zwischen Anpassungsdruck und nationalem Widerstand

Die Europäisierungsforschung kam im Zuge der institutionalistischen Wende der Europafor- schung auf. Heute lassen sich viele Fragestellungen der Politikwissenschaft ohne Einbezie- hung von Europäisierungstrends nicht mehr diskutieren.¹⁵² Europäisierung und Globalisierung werden als gültige Erklärung herangezogen, um nationalen Wandel zu erklären.¹⁵³ Ob es sich hierbei um eine Schwächung des Nationalstaats oder um ein neues Betätigungsfeld für soziale und politische Akteure handelt, bleibt jedoch umstritten.¹⁵⁴

Die Europäisierungsforschung stellt in erster Linie einen Perspektivwechsel dar,¹⁵⁵ denn die Rückwirkungen des Integrationsprozesses auf die nationale Ebene sind zuvor nicht systema- tisch untersucht worden oder waren lediglich ein Instrument, um die Politik auf europäischer Ebene zu verstehen. So untersuchen Neofunktionalisten und Intergouvernementalisten zwar das Wechselspiel zwischen nationaler und europäischer Ebene, jedoch liegt das Erkenntnisin- teresse bei der Frage, warum europäische Vereinbarungen und Strukturen entstehen.¹⁵⁶ Die Europäisierungsstudien gehen hingegen vom Beharrungsvermögen nationaler Strukturen aus.¹⁵⁷

In dem grundlegenden Analysemodell führt die Vergemeinschaftung von Politikfeldern im Rahmen der Europäischen Integration zu Anpassungsdruck, auf den die nationalen Institutio- nen oder Akteure je nach Anpassungsfähigkeit und -voraussetzung (*Goodness of Fit*) reagie- ren.¹⁵⁸ Eine Diskongruenz zwischen nationaler und europäischer Ebene erzwingt jedoch nur eine Reaktion, wenn Institutionen und Regeln nicht kompatibel sind.¹⁵⁹

Die Europäisierungsforschung hat sich zunächst auf die Implementation von europäischen Politiken auf nationaler Ebene konzentriert.¹⁶⁰ In Abkehr von den *top-down*-Ansätzen analy- sieren *bottom-up*-Ansätze jedoch zunehmend, wie ein Akteur mit europäischen Einflüssen umgeht, ob Lernprozesse einsetzen oder sich Veränderungen über die Zeit ergeben.¹⁶¹ Euro- päisierung ist demnach ein aktiv zu gestaltender Prozess, der von politischen Akteuren ge-

¹⁵² Vgl. Wessels 2001, S. 26

¹⁵³ Vgl. Mair 2004, S. 338f.

¹⁵⁴ Vgl. Graziano, Vink 2007, S. 4

¹⁵⁵ Bereits Ende der 1970er Jahre dachte Peter Gourevitch in seinem Artikel „The second image reversed“ über einen Perspektivwechsel nach, indem er nationale Politikergebnisse als Folge internationalen Drucks interpretierte. Vgl. Gourevitch 1978, vgl. hierzu auch: Mair 2004, S. 338

¹⁵⁶ Vgl. Eising 2003, S. 397ff.; Vgl. Graziano, Vink 2007, S. 3

¹⁵⁷ Vgl. Eising 2003, S. 399ff., vgl. auch Checkel 2005, S. 802; 806

¹⁵⁸ Vgl. Caporaso 2007, S. 27

¹⁵⁹ Vgl. Eising 2003, S. 413; Alternativ haben Christoph Knill und Dirk Lehmkuhl ein Drei-Mechanismen-Modell entwickelt, das zwischen positiver, negativer und rahmengebender Integration unterscheidet. Abhängig von den europäischen Vorgaben kommt es zu unterschiedlichen Europäisierungsmechanismen: von der Anpassung an ein institutionelles Modell bei positiver Integration über einen Wandel der Verteilung von Macht und Ressourcen bei negativer Integration bis zu einem Identitätswandel bei rahmengebender Integration. Vgl. die Übersicht bei Knill, Lehmkuhl 1999, S. 3

¹⁶⁰ Vgl. Graziano, Vink 2007, S. 11

¹⁶¹ Vgl. Radaelli, Pasquier 2007, S. 41

steuert werden kann: „Europeanization is, what political actors make of it“.¹⁶² So tragen beispielsweise nationale Akteure durch Institutionenbildung auf europäischer Ebene zu dem späteren Einfluss auf nationaler Ebene bei.¹⁶³ Politische Parteien galten lange Zeit als relativ resistent gegenüber europäischen Einflüssen. Das Bedürfnis der Parteien, sich an ein neues politisches Umfeld anzupassen und die Wahrnehmung einer immer handlungsfähigeren Europäischen Union haben diese Einschätzung jedoch verändert.¹⁶⁴

Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union und jeder Akteur verfolgt in der Regel unterschiedliche nationale Lösungsansätze und nur in seltenen Fällen führt die Europäisierung zu Konvergenz oder Harmonisierung.¹⁶⁵ Die Europäisierungsforschung sollte somit erklären, warum es gerade nicht zu Konvergenz kommt oder anders formuliert, warum nationale Strukturen überdauern können.¹⁶⁶ Die jeweiligen nationalen Opportunitätsstrukturen eines Akteurs – wie die Vetospieler, das politische System oder die politische Kultur – sowie der historische Pfad seiner Entwicklung spielen hierbei eine Rolle.

Die Analyse des Gründungsmoments einer Institution kann Aufschluss über das nationale Beharrungsvermögen geben. Die Bedingungen, unter denen eine Institution entstanden ist, sowie die anfangs formulierten Ziele bestimmen die weitere Entwicklung.¹⁶⁷ Die französischen Sozialisten verfolgten beispielsweise 1971 das Ziel, regierungsfähig zu werden. Hat die Europäisierung, so die abzuleitende Frage, das Ziel der Regierungsfähigkeit beeinflusst?

Die Analyse der geschichtlichen Entwicklung der *Parti socialiste* wird zeigen, dass das Verhältnis der Partei zu ihrem Gründungsmoment und ihren historischen Errungenschaften ambivalent ist: Die *Parti socialiste* ist stolz auf ihre Geschichte und möchte ihre historischen Errungenschaften bewahren. Diese haben sich jedoch auch zu einem Hindernis entwickelt. Die Europäisierung der Partei kann somit zu einer Strategie werden, um sich historischer Schwächen zu entledigen und sich von der Last der Vergangenheit zu befreien.¹⁶⁸

1.4.2 Europäisierung als eigenständige Theorie oder zu erklärendes Phänomen

Es gibt weder eine zentrale Theorie der Europäisierung, noch eine einzige Zusammenfassung von Annahmen über Wandel, Institutionen und Akteure, die die Komplexität des europäischen Transformationsprozesses erfassen.¹⁶⁹ Bis heute ist umstritten, ob die Europäisierung überhaupt ein dauerhafter Teil der Integrationsforschung oder nur vorübergehender Natur

¹⁶² Radaelli, Pasquier 2007, S. 35

¹⁶³ Vgl. Radaelli, Pasquier 2007, S. 38; Tanja Börzel spricht in diesem Zusammenhang von up- und download. Vgl. Bulmer 2007, S. 48

¹⁶⁴ Vgl. Graziano, Vink 2007, S. 5

¹⁶⁵ In einzelnen Politikfeldern kann es jedoch aufgrund von Europäischen Direktiven oder der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu Konvergenz und rechtlicher Harmonisierung kommen. Vgl. Lehmkuhl 2007, S. 347

¹⁶⁶ Radaelli, Pasquier 2007, S. 39

¹⁶⁷ Vgl. Lehmkuhl 2007, S. 346

¹⁶⁸ Vgl. zum Verhältnis zur Vergangenheit Olsen 2002, S. 934

¹⁶⁹ Vgl. Olsen 2002, S. 944

ist.¹⁷⁰ Eigentlich handelt es sich nicht um eine Theorie, sondern um ein Phänomen, das erklärt werden muss.¹⁷¹ Zur Beantwortung der Frage ob, wann und wie die Europäische Union einen Wandel auslöst, greift die Europäisierungsforschung auf die etablierten Theorien und Ansätze der Politikwissenschaft zurück.¹⁷²

Was genau bezeichnet nun das Konzept der Europäisierung? Zwei der am häufigsten zitierten Definitionen stammen von Robert Ladrech und Claudio Radaelli. Ladrech definiert Europäisierung als

„an incremental process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economical dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making.“¹⁷³

Ladrech setzt seine Analyse bei dem Anpassungsprozess von Organisationen an eine veränderte oder sich verändernde Umwelt an. Hierbei handelt es sich um einen inkrementellen Prozess und nicht um eine Entwicklung, die ein bestimmtes Ziel verfolgt. Radaelli orientiert sich an Ladrechs Vorarbeiten, begrenzt seine Definition jedoch nicht allein auf Organisationen, sondern bezieht Strukturen der Interessenrepräsentation wie die Parteiensysteme, Fragen der Wahrnehmung und Normen mit ein. Radaelli interessiert sich besonders für die indirekten Effekte der Europäisierung, die er mithilfe des soziologischen Neoinstitutionalismus untersucht.¹⁷⁴ Er definiert Europäisierung als

„process of (a) construction (b) diffusion and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‘ways of doing things’ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU decisions and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures and public policies.“¹⁷⁵

Beate Kohler-Koch definiert Europäisierung als eine Erweiterung des Wahrnehmungshorizonts und des Handlungsspielraums um die europäische Dimension.¹⁷⁶ Der französische Politikwissenschaftler Pierre Muller sieht die Europäische Gemeinschaft bzw. Union als Bezugssystem oder Interpretationsrahmen (*référentiel*) für nationale Akteure. Die Europäische Union übe nicht per se Einfluss aus, sondern müsse über Sozialisation oder konkrete Richtlinien an Bedeutung gewinnen.¹⁷⁷ Muller unterscheidet zwischen normalen Phasen, in denen der Interpretationsrahmen der Umwelt nicht hinterfragt wird und anormalen Phasen, in denen dieser

¹⁷⁰ Vgl. Graziano, Vink 2007, S. 6

¹⁷¹ Vgl. Radaelli 2004, S. 2ff.

¹⁷² Sie reiht sich in die dominanten Fragestellungen der Politikwissenschaft ein wie die Anpassung von Institutionen, Veränderungen von Politikinhalt, Prozessen und Diskursen, Umverteilung von Macht und neue Formen des Regierens. Fragen der Legitimität und Identität beschäftigen die Politikwissenschaft seit Aristoteles. Vgl. Auel 2006, S. 296, vgl. auch Featherstone et al. 2003, S. 333

¹⁷³ Ladrech 1994, S. 69

¹⁷⁴ Vgl. Auel 2006, S. 297

¹⁷⁵ Radaelli 2000, S. 4

¹⁷⁶ Vgl. Kohler-Koch 2000, S. 22

¹⁷⁷ Vgl. Radaelli, Pasquier 2007, S. 37

Rahmen es nicht mehr erlaubt, die Umwelt zu erfassen. Sollte der Interpretationsrahmen seine Gültigkeit verlieren, so kann es zu einem Präferenzwandel des Akteurs kommen.¹⁷⁸

Die Schwierigkeit der Operationalisierung ist ein Schlüsselproblem der Europäisierungsforschung. Europäisierung ist ein andauernder Prozess, den man nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt beobachten kann. Auch die Maßgeblichkeit des Europäischen Integrationsprozesses ist analytisch schwer zu fassen. Europäisierung erfolgt unter den Bedingungen von Multikausalität und Multikollinearität. Verschiedene Faktoren können zum Wandel führen und hängen über die Zeit zusammen. Allein die stetige Präsenz der europäischen Institutionen führt zu einer permanenten Europäisierung, ohne dass diese auf ein bestimmtes Ereignis zurückzuführen ist.¹⁷⁹ Auch die häufig in einem Atemzug genannten Effekte von Europäisierung und Globalisierung verdeutlichen, dass eine analytische Trennung von Prozessen der nationalen Öffnung schwer ist.¹⁸⁰

Fragt man nach dem Umgang eines Akteurs mit der Europäisierung, verlieren die tatsächlichen Rückwirkungen des Europäischen Integrationsprozesses im Vergleich zur Wahrnehmung durch den Akteur an Bedeutung. Allein die angenommene Maßgeblichkeit des Europäischen Integrationsprozesses kann als Europäisierung verstanden werden. Vor diesem Hintergrund sind die Fragen, die mit der Sozialisationsforschung verbunden sind, besonders aufschlussreich. Wann schaffen internationale Institutionen ein Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl? Welche Prozesse lösen einen derartigen Wandel aus? Und welche Mechanismen bringen Akteure dazu, europäische Normen und Regeln zu akzeptieren?¹⁸¹ In einem zweiten Schritt wäre zu fragen, in welcher Art und Weise Akteure zur Diffusion der europäischen Normen und Regeln beitragen.

1.4.3 Europäisierung von Identitäten als Folge von Kalkül oder normativer Überzeugung

Unter Sozialisation versteht man einen Prozess, der Akteure in neue Normen und Regeln einer Gemeinschaft einführt¹⁸² und damit zur Europäisierung der Identität eines Akteurs beiträgt. Die Sozialisation erfolgt auf der Grundlage bestimmter Mechanismen und unterliegt Rahmenbedingungen, die auch als nationale Opportunitätsstrukturen verstanden werden können. Diese erklären, ob ein Akteur bereit ist, europäische Normen und Regeln zu akzeptieren und diese in die Breite zu tragen.

¹⁷⁸ Vgl. Müller 2000, S. 193–194

¹⁷⁹ Vgl. Eising 2003, S. 408

¹⁸⁰ Kontrafaktisches Denken, die Einbeziehung von Kontrollgruppen, das heißt von Nicht-EU-Mitgliedstaaten sowie das process tracing können helfen, die Maßgeblichkeit des Integrationsprozesses nachzuweisen. Vgl. Haverland 2007, S. 62

¹⁸¹ Vgl. Checkel 2005, S. 802ff.

¹⁸² Vgl. Zürn, Checkel 2005, S. 1050

Jeffrey Checkel und Michael Zürn schlagen vor, rationalistische und konstruktivistische Erklärungsmuster zu berücksichtigen.¹⁸³ Das typische europäische Schnüren von Verhandlungspaketen (*bargaining*), das bei Moravcsik im Mittelpunkt steht und auf Kosten-Nutzen-Kalkül beruht, ist ein ebenso gültiger Mechanismus wie das Argumentieren, das auf Überzeugung basiert. Fasst man beide Erklärungsmuster als primäre und sekundäre Mechanismen auf, so kann sich beispielsweise aus primärem Kalkül eine (sekundäre) normative Überzeugung entwickeln. Dieses Vorgehen folgt einer doppelten Interpretation, das heißt Mechanismen und Rahmenbedingungen werden sowohl aus rationalistischer als auch aus konstruktivistischer Perspektive betrachtet.¹⁸⁴ Auch hierbei handelt es sich um eine Form des kontrafaktischen Denkens und der Suche nach alternativen Erklärungsmustern.

Trigger	Mechanisms	Effect	Scope conditions
International Institutions	Strategic calculation	Socialization: Inducting actors into the norms, rules and modes of behavior of a given community, either in the form of role playing or via internalization	Institutional design / setting of the interaction
	Role playing		Properties of the actor to be socialized
	Normative suasion		Properties of the socializing actor

Quelle: Zürn, Checkel 2005, S. 1050

Checkel und Zürn sprechen von drei Mechanismen: Strategisches Kalkül, Rollenspiel und normative Überzeugung. Während ersteres rationalistisch begründet wird und einer sogenannten „Logik des Konsequentialismus“ folgt, unterscheidet Checkel mit dem Rollenspiel und der normativen Überzeugung zwei Formen der „Logik der Angemessenheit“: Das strategische Kalkül kann durch eine bewusste Übernahme einer Rolle ersetzt werden. Die Bereitschaft, die entsprechende Rolle einzunehmen, beruht auf dem Wissen, um die soziale Erwünschtheit und nicht auf Überzeugung. Wird ein Akteur hingegen überzeugt, dann akzeptiert er sein Handeln als „richtig“ und hält es für selbstverständlich. Die Angemessenheit des Handelns wird nicht mehr hinterfragt.¹⁸⁵

Betrachtet man die Rahmenbedingungen bzw. die jeweiligen Opportunitätsstrukturen, so geht es darum, dass zunächst ein Akteur überzeugt wird und dann der Prozess in die Breite getragen wird. Es ist demnach zentral, dass es einen angesehenen individuellen Vertreter gibt, der seine eigenen Überzeugungen in allgemein geteilte Annahmen übersetzen kann. Auch können sogenannte *advocacy coalitions* helfen, den Prozess in die Breite zu tragen.¹⁸⁶ Die Wahr-

¹⁸³ Vgl. Zürn, Checkel 2005

¹⁸⁴ Vgl. Zürn, Checkel 2005, S. 1057

¹⁸⁵ Vgl. Checkel 2005, S. 804

¹⁸⁶ Vgl. Beck, Grande 2004, S. 249f; Jeffrey Checkel verweist auf den Untergang der Sowjetunion. Michael Gorbatschow habe durch seine Berater seine Präferenzen gewandelt und neue Ideen in die Internationale Politik eingebracht. Mit dem Untergang der Sowjetunion und der Ablösung von Gorbatschow seien diese Ideen jedoch verschwunden: „Put differently, absent social learning among a larger group of

scheinlichkeit, dass ein Akteur überzeugt wird, steigt, wenn er außerhalb von direktem politischen Druck steht.¹⁸⁷ Auch sollten die neuen Normen und Werte mit den existierenden Grundüberzeugungen des Akteurs konsistent sein. Eine Situation der Unsicherheit oder ein unlösbares Problem bieten ferner günstige Gelegenheiten, um Akteure von neuen Normen zu überzeugen. Hierunter kann man auch einen Risikoschock verstehen, das heißt, dass ein unvorhersehbares Ereignis deutlich gemacht hat, dass nationale Lösungen an ihre Grenzen gekommen sind.¹⁸⁸ Vivien Schmidt hat die hohe Bedeutung des Diskurses für die Veränderung der Wahrnehmung von Akteuren und zur Auflösung von blockierten Prozessen herausgearbeitet.¹⁸⁹ Ein überzeugender Diskurs muss sowohl die Notwendigkeit eines Wandels vermitteln, als auch dessen zugrundeliegende Werte. Relevanz, Eindeutigkeit und Widerspruchsfreiheit sind nur drei Anforderungsmerkmale an einen überzeugenden Diskurs.¹⁹⁰

Neben der innerparteilichen Willensbildung spielen für politische Parteien auch die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft als institutionelle Opportunitätsstrukturen eine bedeutende Rolle. In einem korporatistischen föderalen System wie Deutschland werden die gesellschaftlichen Anforderungen bereits bei der Politikformulierung berücksichtigt. In Frankreich hingegen sind die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft nur schwach institutionalisiert und gesellschaftliche Interessenvertreter werden bei der Politikformulierung in der Regel nicht beteiligt. Entscheidungen können somit innerhalb der politischen Elite zentral und institutionell hierarchisch getroffen werden. Die Gesellschaft fordert jedoch auf alternativen und unkonventionellen Wegen Zugang zum System: Es kommt zu Demonstrationen und Protesten, die dazu führen, dass Veränderungen in Frankreich in der Regel in einem Klima der Konfrontation realisiert werden.¹⁹¹ Die politische Elite gewinnt vor diesem Hintergrund eine besondere Rolle bei der Vermittlung europäischer Normen – beispielsweise in Form eines überzeugenden Diskurses.¹⁹² Die Fähigkeit der französischen Eliten, einen entsprechenden Diskurs zu führen, ist allerdings nur schwach ausgeprägt. So wies Alain Juppé beispielsweise bei den Sozialreformen 1995 zwar auf die Notwendigkeit dieser hin, verknüpfte sie jedoch nicht mit Werten. Lionel Jospin hingegen legitimierte seine Reformen mit deren Effizienz und hob als zentralen Wert die Gerechtigkeit hervor.¹⁹³

actors – that is, the development of norms – the particular ideas held by specific agents had no real staying power.“ Checkel 2001a, S. 57

¹⁸⁷ Vgl. Checkel 2001a, S. 54

¹⁸⁸ Vgl. Beck, Grande 2004, S. 247

¹⁸⁹ Vgl. Radaelli, Schmidt 2004, S. 195; vgl. als Beispiel für eine Diskursanalyse auch Diez 2001 oder im Hinblick auf die Wahrnehmung der Globalisierung Rosamond 2001

¹⁹⁰ Vgl. Schmidt 2007, S. 27

¹⁹¹ Vgl. Uterwedde 2004, S. 67; vgl. zum Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich auch Schmidt 1999

¹⁹² Vgl. Checkel 1999a, S. 90

¹⁹³ Vgl. Schmidt 2007, S. 20f.

1.5 Fazit: Die gewachsene Bedeutung von Ideen und Identitäten in Europa

Die Europäische Integration stellte nach dem Zweiten Weltkrieg unbestritten einen Weg zur dauerhaften Sicherung des Friedens dar. Diesem Ziel verpflichtet folgte die *méthode Monnet* nach dem Scheitern des föderalen Ansatzes einem unpolitischen Vorgehen, das die Thematisierung zentraler Konfliktgegenstände vermied. Die Politik legitimierte sich über ihre *Output*-Dimension, ihre ökonomische Effizienz. Die wirtschaftliche Modernisierung war eine der zentralen Antriebskräfte des Integrationsprozesses.

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 setzte eine Politisierung ein. Der schleichend vorangeschrittene Prozess der Europäischen Integration begann, Rückwirkungen auf nationaler Ebene zu zeigen. Kommissionspräsident Jacques Delors vermutete Ende der 1980er Jahre, dass in den folgenden zehn Jahren 80 Prozent der die Bürger betreffenden Politiken auf die europäische Gesetzgebung zurückgehen würden.¹⁹⁴ Der 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht weckte das öffentliche Bewusstsein für die Rückwirkungen des Europäischen Integrationsprozesses auf nationaler Ebene. Mit dem ausbleibenden Wirtschaftswachstum und der steigenden Arbeitslosigkeit Anfang der 1990er Jahre wurde jedoch nicht nur die *Output*-Dimension hinterfragt, sondern auch die Forderung nach dem Schutz des nationalen Wohlfahrtsstaats erhoben und die Folgen für die nationale Identität diskutiert.

Politische Parteien haben vor allem in der Regierungsverantwortung zum Fortschreiten des Integrationsprozesses beigetragen. Angesichts einer zunehmend kritischer werdenden öffentlichen Meinung mussten sie die europäische Politik – und ihre Nebenfolgen – verteidigen. Auch wenn die Institutionalisierung Europas durch nationale Akteure gesteuert und kontrolliert wird, so kann sie sich doch verselbständigen. Einmal getroffene Vereinbarungen führen dann zu unerwarteten Konsequenzen und einem „Europa der Nebenfolgen.“¹⁹⁵ Für politische Parteien können gerade diese Nebenfolgen die Vermittlung der europäischen Politik erschweren. Eine Europäisierung ihrer Identität könnte dazu beitragen, bestehende Widersprüche aufzulösen.

Die Wiederentdeckung institutionalistischer Ansätze hat nicht nur der gewachsenen Bedeutung der europäischen Institutionen Rechnung getragen, sondern auch den Institutionenbegriff um „weiche“ Komponenten wie Ideen, Identitäten und Normen erweitert.¹⁹⁶ Es stellt sich demnach die Frage, ob und warum Akteure ihre Wahrnehmung verändern. Interessengeleitete und ideenbasierte Mechanismen können helfen, die mögliche Sozialisation von Parteien zu verstehen. Moralische Unternehmer, ein unpolitischer Kontext sowie eine Krisensituation –

¹⁹⁴ Vgl. Ladrech 2002b, S. 47

¹⁹⁵ Vgl. Beck, Grande 2004, S. 78

¹⁹⁶ Vgl. zur Unterscheidung von harten und weichen Institutionen Wiener 2003

das sind nur drei Rahmenbedingungen, die die Wahrscheinlichkeit der Europäisierung erhöhen.

Bevor man jedoch der Gefahr unterliegt, die politische Partei in einer „Zwangsjacke normativer Wünsche“¹⁹⁷ einzuengen, sollten ihre Entstehungsbedingungen berücksichtigt werden. Institutionen entstehen, um bestimmte Funktionen zu erfüllen und effizient zu sein. Diese Funktionen müssen zwar auch legitim sein, aber betrachtet man die Neugründung der *Parti socialiste* 1971 so ist gerade ein leitendes Motiv, dass die Partei nicht mehr nur sich selbst genügen sollte, sondern ein neues Ziel hatte: die Regierungsübernahme. Diese setzte innerparteiliche Geschlossenheit und zwischenparteiliche Bündnisse voraus.

¹⁹⁷ Murswieck 1999, S. 116

II. Europäisierung politischer Parteien und des politischen Wettbewerbs

Die Europäisierung von Parteien wurde bislang aus einer europäischen Perspektive betrachtet. Im Folgenden werden von einer nationalen Perspektive ausgehend die Grundannahmen der Parteienforschung dargestellt sowie die Europäisierung des politischen Wettbewerbs diskutiert. Peter Mair erkennt gerade hier ein Defizit der Forschung:

„Political science scholarship seems increasingly likely to translate problems of politics into those of administrative efficiency or institutional appropriateness. Thus we can have an otherwise very valuable and comprehensive volume devoted to the politics of Europeanization which has no single reference to elections or to voters in its index, and which has just two references to political parties. In this sense, while Europeanization may well be flavour of the month within the contemporary literature, the politics of Europeanization (...) continues to be neglected.“¹⁹⁸

Häufig gibt es naheliegende Gründe und damit alternative Erklärungsmuster, warum politische Akteure beispielsweise nicht gegen die Depolitisierung der europäischen Ebene vorgehen. Möglich ist, dass sie das Konfliktpotential des Europathemas erkannt haben oder sich aus taktischen Gründen zurückhalten. Im Prinzip begleitet die Frage der Politisierung den Integrationsprozess von Beginn an. So kritisierte schon Altiero Spinelli die funktionale Integrationsmethode, da sie nicht die Organisation von politischer Macht auf der europäischen Ebene berücksichtige.¹⁹⁹ Claudio Radaelli und Romain Pasquier halten die Begriffe der Politisierung und der Sozialisation für Konzepte mit beachtlichem Analysepotential.²⁰⁰

2.1 Parteien in Frankreich: Eine *exception française*?

2.1.1 Historisches Erbe der französischen Parteien

Das historische Erbe der französischen Parteien kann Aufschluss geben über die Pfadabhängigkeit ihrer Entwicklung und stellt ein Element ihrer nationalen Opportunitätsstrukturen dar. Es steht in enger Verbindung zur französischen politischen Kultur, die geprägt ist von einer Koexistenz von Misstrauen gegenüber dem Staat und einem Glauben an dessen Allzuständigkeit, der Vorstellung der Nation als Identitäts- und Einheitsstifterin, den fehlenden Bindegliedern zwischen Individuum und Staat und einer daraus folgenden Kluft zwischen Bürgern und politischen Eliten sowie einer großen Meinungsvielfalt, die mit einer fragmentierten Konfliktstruktur und -intensität einhergeht.²⁰¹

Die Koexistenz von Misstrauen gegenüber dem Staat und dem Glauben an seine Allzuständigkeit zeigt sich einerseits in der bereits erwähnten französischen Protestkultur gegen staatli-

¹⁹⁸ Mair 2004, S. 344f.

¹⁹⁹ Vgl. Burgess 2005, S. 37

²⁰⁰ Vgl. Radaelli, Pasquier 2007, S. 44

²⁰¹ Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 22ff.

che Entscheidungen und Maßnahmen. Andererseits äußert sie sich in der Erwartung an den Staat, Lösungen für Probleme und Missstände zu finden, die die Gesellschaft nicht beheben kann. In den Worten von Stanley Hoffmann wollen die Franzosen lieber regiert werden, als sich selbst zu regieren.²⁰² Wegen der geringen Fähigkeit der Gesellschaft, sich selbst zu organisieren, der sogenannten *société bloquée*,²⁰³ fällt eine Vielzahl von Problemen in den Aufgabenbereich des Staates.

Für die politischen Parteien ergibt sich daraus eine hohe Erwartungshaltung an ihre Problemlösungsfähigkeit – insbesondere für weite Teile einer „staatsgläubigen französischen Linken“.²⁰⁴ Die Vorstellung der politischen Sinnstiftung „von oben“ ist zwar im linken Lager besonders verbreitet, jedoch ist dieser zentralistische Politikstil in allen politischen Lagern anzutreffen und lässt sich auf das französische Streben nach effizientem Regieren und die französische Tradition des *Colbertisme* zurückführen. Auch die schon im *Ancien Régime* bestehende Skepsis gegenüber intermediären Gewalten hat hierzu beigetragen.²⁰⁵

Seit dem Ende des 12. Jahrhunderts haben der französische Staat und der Zentralismus einen Beitrag zur Vereinheitlichung Frankreichs geleistet und die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und linguistischen Differenzen auszugleichen versucht. Mit der Französischen Revolution kam die Vorstellung auf, dass eine starke nationale Identität integrierend auf die fragmentierte Gesellschaft wirken könnte. Die Idee der Staatsnation als Identitäts- und Einheitsstifterin wurde stark von der Philosophie Jean-Jacques Rousseaus beeinflusst. Sie machte die vom Volk ausgehende Souveränität zum zentralen Element des Strebens nach Einheit und Geschlossenheit.²⁰⁶ Die Volkssouveränität war für Rousseau nicht nur unteilbar, sondern auch nicht delegierbar.²⁰⁷ Er strebte nach Herstellung des Gemeinwillens (*volonté générale*), der bestehende Widersprüche aufheben und über die Summe der Einzelwillen hinausgehen sollte. Gruppen gleicher Interessen waren hingegen für die Herstellung des Gemeinwillens hinderlich.²⁰⁸

Das von den Revolutionären 1791 erlassene *Loi Le Chapelier*, das jede Form von Zünften und Koalitionsbildung untersagte, trug die Züge der rousseauistischen Staatsphilosophie.²⁰⁹ Wegen diesem Gesetz konnten sich die ersten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände erst 1884 gründen, die Bildung politischer Parteien erfolgte sogar erst mit dem Vereinsgesetz von

²⁰² Vgl. Stanley Hoffmann zitiert nach Murswieck 1999, S. 110

²⁰³ Crozier 1970

²⁰⁴ Schild, Uterwedde 2006, S. 24

²⁰⁵ Vgl. Schubert 2004, S. 161

²⁰⁶ Vgl. Söllner 2007, S. 407

²⁰⁷ Vgl. Reinhard 2003, S. 344

²⁰⁸ Vgl. Maier 2007, S. 70

²⁰⁹ Im Gesetz hieß es: „Die Beseitigung aller Arten von Vereinigungen von Bürgern desselben Standes oder desselben Berufs ist eines der Grundprinzipien der französischen Verfassung, und es ist verboten, sie wieder zu errichten, unter welchem Vorwand und in welcher Form auch immer.“ Tümmers 2006, S. 157

1901. Verbände, Vereine und politische Parteien sahen sich noch lange der Kritik ausgesetzt, die Fragmentierung der Gesellschaft zu fördern und die Verwirklichung des Gemeinwillens und der Gleichheit zu verhindern.²¹⁰ In der Konsequenz konnten Parteien sich nie wirklich als Bindeglieder zwischen Bürgern und politischen Eliten etablieren. Bis heute ist Frankreich von einem hohen Individualismus geprägt. Dieser zeigt sich in der geringen Bereitschaft, sich in Parteien oder Verbänden zu engagieren.

Politische Parteien gründeten sich in Frankreich nicht nur vergleichsweise spät, sondern waren auch deutlich schwächer organisiert. Honoratioren- und Wählerparteien dominierten anfangs die französische Parteienlandschaft. Die Bedeutung der politischen Honoratioren ging auf das 1848 eingeführte Männerwahlrecht zurück, das erlassen wurde, bevor sich Parteien oder Klassenidentitäten herausgebildet hatten. Lokale Honoratioren bauten in der Folge ihre Netzwerke auf, die später in den Parteien aufgingen. Diese blieben jedoch in erster Linie lose strukturierte Wahlvereine. Als erstes begann sich die politische Linke in den 1920er Jahren zu organisieren.²¹¹ Die Entstehung einer Arbeiterpartei nach deutschem Vorbild erschwerte jedoch neben der frühen Einführung des Männerwahlrechts der langsame Verlauf der industriellen Revolution. Frankreich hatte Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einen sozio-ökonomischen Entwicklungsrückstand. Die Anzahl der Arbeiter und Angehörigen des neuen Mittelstands war vergleichsweise gering, wohingegen die Anzahl von Selbständigen, Kleingewerbetreibenden und Bauern noch immer hoch war.²¹² Bis in die 1880er Jahre sicherten weiterhin die traditionellen Sektoren, darunter vor allem die Landwirtschaft, den Großteil des französischen Wirtschaftsaufschwungs.²¹³ Die Entstehung einer Arbeiterpartei nach deutschem Vorbild verhinderte auch die Konkurrenz zwischen kommunistischer und sozialistischer Partei seit 1920. Die kommunistische Partei entwickelte sich in der Folge zur einzigen wirklichen Massenpartei Frankreichs.

Die Parteien unterlagen in Frankreich aufgrund ihrer schwach ausgebildeten Organisationsstruktur einem ständigen Wandel und wechselten ihre Namen im Vergleich mit deutschen Parteien häufig. Politische Einstellungen und Verhaltensmuster hingegen blieben „Permanenzphänomene“.²¹⁴ Französische Parteien bewahrten bis in die 1980er Jahre den Charakter von Weltanschauungs- und Interessenparteien. In Frankreich herrschte immer eine große Meinungsvielfalt. Die zentrale Konfliktlinie hatte sich 1789 entlang des Gegensatzes zwischen Rechts und Links herausgebildet. Die Abgeordneten der konstituierenden französischen

²¹⁰ Vgl. Tümmers 2006, S. 158

²¹¹ Vgl. Kreuzer, Stephan 1999, S. 163f.

²¹² Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 32

²¹³ Ursachen hierfür waren einerseits die Umwälzungen durch die Französische Revolution sowie andererseits die seit dem Ancien Régime dominierenden *petits paysans propriétaires* und die mächtigen Berufsverbände. Vgl. Noiriel 1986, S. 43

²¹⁴ Hüser 2000, S. 22

Nationalversammlung hatten am 22. August 1789 abgestimmt, indem sie sich rechts und links vom Vorsitzenden platzierten.²¹⁵

Bis zur republikanischen Synthese Anfang der 1880er Jahre war die Ausdifferenzierung dieses Gegensatzes jedoch an eine wechselvolle Geschichte der politischen Regime gekoppelt. Die jeweiligen Machthaber beanspruchten für sich, die nationale Einheit zu verkörpern. Anstelle von sozio-ökonomischen Fragestellungen setzten sich Vertreter der politischen Rechten und der Linken mit Fragen wie Monarchie oder Republik, Klerikalismus oder Laizismus und Status quo oder Fortschritt auseinander. Ideologische Debatten hatten einen höheren Stellenwert als der Machterwerb und erschwerten die Ausbildung einer Kultur des Regierens. Der stetige Rekurs auf die Vergangenheit und die Französische Revolution förderte die dogmatischen Kontroversen und die Konfrontation des rechten und linken Lagers.²¹⁶

Die schwach organisierten intermediären Gewalten und Parteien sind in Frankreich durch direktdemokratische Elemente wie beispielsweise Referenden sowie durch starke politische Führungsfiguren ersetzt worden. Mit der Einführung der Direktwahl des französischen Staatspräsidenten war es Charles de Gaulle 1962 gelungen, das politisch einflussreichste Amt im französischen Staat als das eines Schiedsrichters zu konzipieren, der nicht in die Niederungen der Parteien- und Interessenpolitik herabsteigen sollte. Die Franzosen sollten nicht von einem beliebigen Parteiführer geeint werden, sondern von einer Persönlichkeit, die sich glaubwürdig als Retter Frankreichs präsentieren konnte.²¹⁷

Zusammenfassend kann man festhalten, dass es französischen Parteien verhältnismäßig wenig gelungen ist, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Die politischen Parteien, so Hugues Portelli, wurden in dieser spezifischen französischen Konstellation Gegenstand ständiger Krisen:

„Les partis politiques sont en France, plus que dans tout autre État d’Europe occidentale, le théâtre de bouleversements permanents. La faiblesse du tissu militant, la minceur des structures bureaucratiques, l’absence d’enracinement dans la société civile les mettent sans cesse à la merci de crises, d’origine interne ou externe, qui peuvent s’avérer mortelles.“²¹⁸

2.1.2 Einmaligkeit des französischen politischen Systems und die Sonderrolle der Parteien

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt: Im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten gelten die französischen Parteien als besonders schwach, der Staat als besonders einflussreich und der Präsident als besonders machtvoll. Diese bei weitem nicht vollstän-

²¹⁵ Vgl. Richard 2006, S. 158f.

²¹⁶ Vgl. Hüser 2000, S. 16ff; vgl. auch Bréchon 2005, S. 8

²¹⁷ Vgl. hierzu ausführlich Schubert 2004, S. 280ff.

²¹⁸ Portelli 1998, S. 7

dige Aufzählung der französischen Besonderheiten hat in Frankreich zu der Annahme einer *exception française* geführt: Danach lässt sich das französische politische System nicht in politikwissenschaftliche Typologien einordnen und ist nicht geeignet für den internationalen Vergleich.²¹⁹ In der Folge hat sich die französische Politikwissenschaft weitgehend isoliert von der international vergleichenden Politikwissenschaft entwickelt und eine frankozentrierte Sichtweise gefördert.²²⁰ Ende der 1980er Jahre ist eine langsame Abkehr von dieser Annahme eingetreten, auch wenn die tradierten Konzepte weiter als Referenz dienen.

Die französische Politikwissenschaft wird vor allem durch die politische Soziologie dominiert, in der die Analyse des Wahlverhaltens eine bedeutende Rolle spielt. Ferner sind die Analysen zum Zusammenhang von Verfassungs- und Parteienwandel von Bedeutung. Fragen der Repräsentation und der Rolle der Parteien als Vermittler demokratischer Legitimation spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.²²¹ Die französische Politikwissenschaft hat mit dem Konzept der *parti présidentiel* einen eigenen Beitrag zur Parteienforschung geleistet, der auf das System der V. Französischen Republik zugeschnitten ist. Durch die 1962 per Referendum beschlossene Direktwahl des französischen Staatspräsidenten ist dieser zur bestimmenden politischen Figur geworden. Eine *parti présidentiel* richtet sich demnach personell, strukturell und inhaltlich auf die Eroberung bzw. den Erhalt des Präsidentenamts aus.²²²

Die innerparteiliche Macht konzentriert sich beim Parteiführer, dem *présidentiable*, der durch seine persönlichen Beraterteams parallele Strukturen aufbaut. Die Präsidentschaftskandidatur und der Wahlkampf werden zu seiner persönlichen Angelegenheit, da er sich direkt dem Volk zur Wahl stellt. Diese individuelle Strategie führt zu einer ideologischen Entleerung der Parteien, deren Programmatik hinter der Person des Präsidentschaftskandidaten zurücktritt.²²³

Auch die innerparteilichen Konkurrenzmuster orientieren sich an den möglichen *présidentiabiles* und nicht an politischen Werten und Zielen. Ein *présidentiable* wird zum Erfolgsgaranten für das Überleben einer politischen Strömung.²²⁴ Die lokalen Honoratioren haben für dieses Amt ausgedient, da der Weg an die Parteispitze direkter und technokratischer geworden ist. In der Regel kommen die Kandidaten aus den französischen Eliteschulen oder der Verwaltung.²²⁵

In ihrer kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept der *parti présidentiel* erinnert Christine Pütz daran, dass die V. Französische Republik trotz der dominierenden Rolle des Staatspräsidenten ein parlamentarisches System ist, weil die Regierung vom Parlament politisch

²¹⁹ Vgl. Perrineau 1998b, vgl. auch Pütz 2004, S. 41

²²⁰ Vgl. Favre 1996

²²¹ Vgl. Favre 1996, S. 28, vgl. auch Pütz 2004, S. 42

²²² Vgl. Pütz 2004, S. 50f, vgl. auch Portelli 1980a

²²³ Vgl. Kimmel 1991, S. 336

²²⁴ „Faute de présidentiable, un courant politique n'existe pas.“ Portelli 1980a, S. 100

²²⁵ Vgl. Portelli 1980a, S. 104f.

abhängig und damit abberufbar ist.²²⁶ Jeder Präsident benötigt eine stabile parlamentarische Mehrheit, um eine Kohabitation und die mit ihr verbundene Einschränkung seiner Machtfülle zu vermeiden.²²⁷ Pütz beobachtet bei den französischen Parteien ein Wechselspiel zwischen Tradition und Anpassung.²²⁸ Das französische Parteiensystem hat mit der Einführung der Direktwahl des französischen Staatspräsidenten im Jahr 1962 zwar einen massiven Wandel erfahren, aber – so kann man aus den Analysen von Pütz schlussfolgern – keine Stunde Null erlebt.

2.1.3 Parteien und Wahlen in der V. Französischen Republik

Unbestritten dominieren die Präsidentschaftswahlen das politische Leben in Frankreich und verweisen alle anderen Wahlen in den Status von nachrangigen Wahlen. Allerdings können auch die Parlamentswahlen – im Falle einer drohenden Kohabitation – den Status von erstrangigen Wahlen annehmen. Beide tragen zur nationalen Machtverteilung bei und können aus diesem Grund als erstrangig eingestuft werden.²²⁹ In Frankreich wird neben der nationalen Ebene auf vier weiteren Ebenen gewählt: in der Gemeinde, im Departement (bzw. Kanton), in der Region und für Europa. Hinzu kommen nationale Referenden.²³⁰ Bei den Wahlsystemen dominiert die absolute Mehrheitswahl mit zwei Wahlgängen in Ein-Personen-Wahlkreisen,²³¹ bei den Regional- und Europawahlen wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt (auch bei Kommunalwahlen in kleineren Gemeinden).

Das Wahlrecht ist nach Maurice Duverger der entscheidende Faktor für die Entstehung und Entwicklung eines Parteiensystems.²³² Die nach dem Mehrheitswahlrecht durchgeführte Direktwahl des französischen Staatspräsidenten hat zur Ausbildung eines bipolaren und stabilen Parteiensystems geführt. Wahlsysteme haben jedoch nicht nur Einfluss auf das Parteiensystem, sondern verändern auch die Strategien von Parteien.²³³ So hat das dominierende Mehrheitswahlrecht zur Stärkung der großen Parteien beigetragen und bildet einen Anreiz für Wahlbündnisse, um nach Absprachen den jeweils aussichtsreichsten Kandidaten im zweiten Wahlgang zu unterstützen und gegebenenfalls den eigenen Kandidaten zurückzuziehen. Durch die Einer-Wahlkreise wird ferner eine direkte Verbindung des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis gefördert.

²²⁶ Vgl. Pütz 2004, S. 54ff.

²²⁷ Vgl. zur Entwicklung des Präsidentschafts unter Einfluss der Kohabitation Messerschmidt 2003 und Kimmel 2004

²²⁸ Vgl. Pütz 2004, S. 238

²²⁹ Vgl. Parodi 1992, S. 272

²³⁰ Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 120ff.; vgl. auch die Informationen des französischen Innenministeriums:

www.interieur.gouv.fr/sections/a_votre_service/elections/les_elections_en_france/differentes-elections (zuletzt geprüft: 19.03.2009)

²³¹ Schon in der III. Französischen Republik wurde nach dem sogenannten romanischen Mehrheitswahlrecht gewählt. Im Gegensatz zur III. Republik entwickelte sich in der V. Republik jedoch ein stabiles Parteiensystem. Der entscheidende Faktor war die Direktwahl des französischen Staatspräsidenten. Vgl. Kimmel 1994, S. 304

²³² Vgl. Wiesendahl 2007, S. 103

²³³ Vgl. Knapp 2004, S. 25; Knapp relativiert jedoch die direkte Beziehung zwischen Wahlrecht und Parteiensystem: „In practice the relationship [between electoral system and party system] is rarely a simple one.“

Die Europa- und die Regionalwahlen wurden erstmals 1979 bzw. 1986 durchgeführt. Das bei ihnen zur Anwendung kommende Verhältniswahlrecht hat eine Fragmentierung des Parteiensystems gefördert. Jean-Luc Parodi hat hierfür das Bild eines sich öffnenden Wahlakkordeons geprägt.²³⁴ So zeigen beispielsweise die Europawahlen, dass das Verhältniswahlrecht kleineren Parteien wie der *Front national* oder den Grünen zum Aufstieg verhelfen kann. Diese steigende Anzahl kleinerer Parteien ist ein Charakteristikum des von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt geprägten Analysemodells zur Europawahl.²³⁵ Die sogenannten „Second-order-elections“ zeichnen sich zudem durch die geringe Wahlbeteiligung, die Dominanz der nationalen Themen sowie die Tendenz, der Regierung einen Denkkzettel verpassen zu wollen, aus. Eine der zentralen Aussagen des Modells ist, dass es sich bei den Europawahlen nicht um europäische Wahlen handelt, sondern um gleichzeitig stattfindende nationale Wahlen.²³⁶

Auch wenn es sich um zweitrangige Wahlen handelt, können diese Rückwirkungen auf das nationale Parteiensystem haben. Nach Parodi lässt sich das einmal geöffnete Wahlakkordeon bei den nächsten erstrangigen Wahlen schwierig schließen. Auch die Wähler stehen dem Europäischen Integrationsprozess nicht indifferent gegenüber. So vertreten Cees van der Eijk und Mark Franklin die These, dass die pro- und anti-europäischen Einstellungen der Wähler eine Art „schlafender Riesen“ darstellen. Dieser habe das Potential, das Wählerverhalten zu beeinflussen, wenn er „aufgeweckt“ werde.²³⁷ Liesbet Hooghe und Gary Marks kommen zu dem Schluss, dass die Sichtweise des Europäischen Integrationsprozesses Rückwirkungen auf das nationale Wahlverhalten hat und mit den zentralen Konfliktlinien, die die europäischen Gesellschaften strukturieren, in Verbindung steht.²³⁸

Um die Tendenz zur Fragmentierung bei den Europa- und Regionalwahlen einzuschränken, wurden in Frankreich beide Wahlsysteme geändert. Für die Europawahlen schlugen der sozialistische Premierminister Lionel Jospin und der neo-gaullistische Staatspräsident Jacques Chirac 1998 vor, die 5-Prozent-Hürde auf eine 10-Prozent-Hürde zu erhöhen. Auch sollte es statt einem nationalen Wahlkreis mehrere geben. Dies hätte den Einzug der *Front national* in das Europäische Parlament deutlich erschwert, da ihr Wählerpotential ungefähr bei zehn Prozent liegt.²³⁹ Erst Premierminister Raffarin konnte jedoch 2003 eine Reform durchsetzen, nach der die 5-Prozent-Hürde zwar beibehalten, jedoch Frankreich in acht Wahlkreise eingeteilt wurde.²⁴⁰ Nun konnten kleinere Parteien nicht mehr ihre Wahlergebnisse in ganz Frankreich addieren und auf diese Weise die 5-Prozent-Hürde überspringen, sondern mussten in jedem der

²³⁴ Vgl. Parodi 1992, S. 280f.

²³⁵ Vgl. Reif, Schmitt 1980

²³⁶ Vgl. Déloye 2005, S. 221

²³⁷ Vgl. Franklin, van der Eijk 2004, S. 32; vgl. auch Frogner 2000; Déloye 2005, S. 222

²³⁸ Vgl. Hooghe, Marks 2009, S. 7;

²³⁹ Vgl. Kauppi 2000, S. 7

²⁴⁰ Vgl. Knapp 2004, S. 27

acht Wahlkreise mindestens fünf Prozent der Stimmen erreichen. Für die Regionalwahlen wurde 1999 bzw. 2003 das Verhältniswahlrecht in zwei Wahlgängen eingeführt, um den Einfluss der *Front national* zu verringern. Zuvor hatten sich mehrere Vertreter der Liberalkonservativen mit den Stimmen der *Front national* zum Regionalpräsidenten wählen lassen. Die Mehrheitsbildung sollte bei den folgenden Regionalwahlen 2004 durch zwei Wahlgänge und eine „Mehrheitsprämie“ erleichtert werden.²⁴¹

Die beschriebenen Reformen machen den großen Einfluss des Wahlrechts auf den politischen Wettbewerb deutlich. Das Wahlrecht stellt auch für die Europäisierung der französischen Parteien eine Option bzw. Restriktion dar. Das Mehrheitswahlrecht zwingt die Parteien dazu, Bündnisse einzugehen und mögliche Konfliktthemen – wie beispielsweise die Europäische Integration – für den nationalen Machterwerb auszuklammern. Das Verhältniswahlrecht bei den Europawahlen hat hingegen kleineren Parteien Zutritt zum politischen Wettbewerb ermöglicht und ihnen ein neues Betätigungsfeld eröffnet.

2.1.4 Das französische Misstrauen gegenüber dem Europäischen Parlament

Der zweitrangige Charakter der Europawahlen in Frankreich wird nicht nur anhand der niedrigen Wahlbeteiligung deutlich, sondern auch in dem Verhältnis der politischen Eliten zum Europäischen Parlament. Die französische Praxis der Ämterhäufung sowie die geringe Wertschätzung für das Mandat eines Europaabgeordneten zeigen ein spezifisches Misstrauen gegenüber dem Europäischen Parlament und eine französische Neigung zur Nabelschau (*nombrilisme*).²⁴²

Die Ämterhäufung (*cumul des mandats*) – die gleichzeitige Ausübung mehrerer Mandate – hat sich bereits im 19. Jahrhundert in der Julimonarchie entwickelt und ist in der V. Französischen Republik noch immer die Regel.²⁴³ In keinem europäischen Land ist die Praxis, politische Mandate und Ämter auf unterschiedlichen Ebenen gleichzeitig auszuüben, so verbreitet wie in Frankreich – eine weitere *exception française*.²⁴⁴ Die Ämterhäufung wurde in Frankreich allerdings mit zwei Gesetzen im Dezember 1985 und zwei Gesetzen im April 2000 eingeschränkt.²⁴⁵ Ein Europaabgeordneter kann seit 2000 nicht mehr gleichzeitig ein Mandat in der Nationalversammlung oder im Senat wahrnehmen. Auch untersagte das Gesetz die Ausübung einer lokalen exekutiven Funktion. Mit dem Gesetz vom April 2003 ist letzteres jedoch

²⁴¹ Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 126

²⁴² Vgl. Schubert 2004, S. 326

²⁴³ Vgl. Janicot 2007, S. 71; vgl. Marrel 2005, S. 147

²⁴⁴ Vgl. Manière 2006, S. 3; vgl. Knapp 2004, S. 8

²⁴⁵ Vgl. Janicot 2007, S. 71; Das Gesetz des Jahres 2000 erleichterte auch eine Neuregelung auf europäischer Ebene, die nun seit den Europawahlen von 2004 europaweit die gleichzeitige Ausübung eines nationalen und eines europäischen Mandats untersagt, ein lokales Mandat bleibt allerdings weiterhin kompatibel mit einem europäischen. Der Europäische Rat entschied am 25. Juni und 23. September 2002, die Regelung aus dem Jahr 1976 entsprechend zu ändern. Vgl. Marrel 2005, S. 148ff.

wieder möglich.²⁴⁶ Diese Rücknahme stellte eine Angleichung an die Situation der nationalen Parlamentarier dar, wurde jedoch von Kritikern als Rückschritt empfunden.²⁴⁷ In ihren Augen sichert die Reform der Wahlkreise für die Europawahlen den Abgeordneten eine regionale Basis und erfordert nicht mehr die Ausübung einer lokalen exekutiven Funktion.

Frankreich fällt es bis heute schwer, das Europäische Parlament als Ort der politischen Einflussnahme zu akzeptieren, auch wenn dieses mit jeder Revision der europäischen Verträge eine Aufwertung erfahren hat. Diese Aufwertungen stellen jedoch die französische Nationalversammlung als alleinigen Ort der Volkssouveränität in Frage.²⁴⁸ Es ist somit nicht verwunderlich, dass die Wertschätzung für einen französischen Europaabgeordneten und das Europäische Parlament im Vergleich mit der Nationalversammlung bis heute gering ist. Frankreich könnte laut Willy Beauvallet ein Musterbeispiel für das Fehlen einer politischen europäischen Klasse sein.²⁴⁹ Dieses Defizit wird nicht nur im Ausland zum Teil mit Verwunderung wahrgenommen, sondern führt auch zu einer Schwächung des französischen politischen Einflusses in Europa. Selbst wenn der Einfluss der europäischen Ebene für die nationale Politikgestaltung zunehmend erkannt worden ist, so scheint die maßgebliche Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Politikformulierung und -entscheidung kaum eine Rolle zu spielen.²⁵⁰ Frankreich versucht hingegen, über die Regierung im Ministerrat und über die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen.

Auch wenn der französische Einfluss in Europa seit Beginn des Integrationsprozesses sowohl auf politischem, administrativem als auch linguistischem Niveau hoch ist, zeigt ein Bericht der *Assemblée nationale* aus dem Jahr 2004 die Schwächen Frankreichs bei der parlamentarischen Interessenvertretung.²⁵¹ Gemessen an der Anwesenheit der französischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (und auch im Ministerrat) lag Frankreich in der Europäischen Union der 15 Mitgliedstaaten auf dem vorletzten Platz. Innerhalb des Europäischen Parlaments verteilten sich in der Legislaturperiode von 1999 bis 2004 die 84 Europaabgeordneten auf sieben verschiedene Fraktionen, wobei nur 40 unter ihnen zu den drei großen und ein-

²⁴⁶ Vgl. Marrel 2005, S. 152; vgl. Janicot 2007, S. 73; vgl. kritisch hierzu auch Bertoncini, Chopin 2004, S. 99f; François Hollande engagierte sich in seinem Leitantrag beim Parteitag von Dijon 2003 dafür, dass mit den Europawahlen 2004 kein Kandidat mehr ein europäisches Mandat und gleichzeitig eine lokale exekutive Funktion ausüben dürfe. Trotzdem kandidierten 2004 Marie-Noëlle Lienemann, Robert Navarro, Guy Bono und Gilles Savary, alle Vize-Präsidenten eines Regional- bzw. Departementrats. Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 120

²⁴⁷ Vgl. Bertoncini, Chopin 2004, S. 99

²⁴⁸ Die Widerstände gegenüber geteilten Repräsentationsvorstellungen drücken sich nicht nur in Form der Europäisierung, sondern auch der Dezentralisierung aus. So hat beispielsweise ein Projekt der Regierung Jospin, das der Versammlung in Korsika legislative Kompetenzen übertragen wollte, Ende der 1990er Jahre zu dramatischen Debatten und dem Rücktritt von Innenminister Jean-Pierre Chevènement geführt. Vgl. Beauvallet 2007, S. 14; Als weiteres Beispiel kann eine gemeinsame Sitzung von Repräsentanten des europäischen und der nationalen Parlamente in Rom im November 1990 angeführt werden. Alle sozialistischen Parteien stimmten einem Text zu, der sich für das Mitentscheidungsverfahren zwischen Europäischen Parlament und Ministerrat aussprach. Nur die PS stimmte dagegen. Vgl. Cole 1996, S. 77

²⁴⁹ Vgl. Beauvallet 2007, S. 16; zum geringen Ansehen eines Europaparlamentarierers vgl. auch Rütther – Alain Lamassoure 21.09.2006

²⁵⁰ Vgl. Bertoncini, Chopin 2004, S. 7

²⁵¹ Vgl. zum Folgenden das Resümee des Berichts von Jacques Floch für die *Assemblée nationale*: Floch 2004, S. 7ff; vgl. hierzu auch die Analyse bei Bertoncini, Chopin 2004 oder Ziller 2008

flussreichen Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Europäischen Sozialdemokraten und der Europäischen Liberalen gehörten. Zudem konzentrierten sich die Abgeordneten auf die prestigereichen Kommissionen, bei denen das Parlament allerdings kein Mitentscheidungsrecht besitzt – wie zum Beispiel in der Außenpolitik. Auch bei den Berichten, die einzelne Abgeordnete im Laufe einer Legislaturperiode verfassen und damit Einfluss auf das Entscheidungsverfahren nehmen, lagen die französischen Abgeordneten mit 1,36 im Vergleich zu drei Berichten eines deutschen Abgeordneten zurück.

Die Präsenz von französischen Lobbygruppen oder Medienvertretern ist ebenfalls weniger ausgeprägt. 70 akkreditierten französischen Journalisten stehen 147 deutsche Journalisten gegenüber. Die französische Berichterstattung konzentriert sich darüber hinaus auf die großen europäischen Ereignisse, wie vor allem die Treffen der Staats- und Regierungschefs. Für Florence Autret ist dies – selbst in Brüssel – ein Ausdruck des französischen *élyséocentrisme*,²⁵² das heißt der Präsidentialisierung des französischen politischen Systems.

Der Bericht der *Assemblée nationale* fordert die politischen Parteien dazu auf, ihre Verantwortung während der Europawahlen wahrzunehmen.²⁵³ Die Tatsache, dass weniger als die Hälfte der französischen Europaabgeordneten von 1999 bis 2004 zu den einflussreichen Fraktionen im Europäischen Parlament gehörten, zeigt auch die Defizite der großen französischen Parteien, den Wählern den Einfluss ihrer Wahlentscheidung auf die europäische Politik deutlich zu machen.²⁵⁴

2.2 Parteien in der Gesellschaft und als soziale Organisationen

2.2.1 Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Konfliktlinien

Zum historischen Erbe der Parteien gehören eine fragmentierte Konfliktstruktur und eine hohe Konfliktintensität. Dabei hatte kein anderes System der politischen Identifikation die Ausdrucksstärke und Überlebensdauer wie der Gegensatz zwischen Rechts und Links.²⁵⁵ Diese übergeordnete Konfliktlinie kann in ihrem Bedeutungsinhalt jedoch nur relativ bestimmt werden.²⁵⁶ Mögliche Unterscheidungskriterien für politisch Rechts und politisch Links könnten die Definition der Gleichheit (als Gleichheit der Chancen oder der Ergebnisse) oder die Sichtweise der Geschichte (als in der Tradition verwurzelt oder als Fortschritt) sein. Ohne geschichtlichen Bezug kommt eine Klassifizierung aus, nach der die politische Rechte diejenigen umfasst, die mit der sozialen Ordnung zufrieden sind und die politische Linke diejenigen, die die soziale Ordnung verändern wollen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der

²⁵² Autret 2008, S. 21

²⁵³ Vgl. Floch 2004, S. 13

²⁵⁴ Vgl. Bertoincini, Chopin 2004, S. 67f.

²⁵⁵ Vgl. Charlot 1994, S. 39

²⁵⁶ Vgl. Bernard 2007, S. 201

Rechts-Links-Gegensatz häufig mit der Wirtschaftspolitik und der Haltung zu mehr oder weniger staatlichen Eingriffen verbunden.²⁵⁷ Nichtsdestotrotz gibt es in beiden Lagern extreme und gemäßigte Positionen, sodass man nicht von der Rechten (*la droite*) und der Linken (*la gauche*) sprechen, sondern den Plural (*les droites et les gauches*) verwenden sollte.²⁵⁸

Ausgehend von dieser übergeordneten Konfliktlinie haben sich in den westeuropäischen Gesellschaften sozialstrukturelle Gruppen mit politisch-ideologischen Überzeugungen weiter ausdifferenziert und die Entstehung von politischen Parteien sowie das Verhalten der Wähler entlang diverser Interessenkonflikte befördert. Ausgehend von dem Klassenkonflikt Arbeit versus Kapital haben Seymour Lipset und Stein Rokkan weitere Konfliktlinien wie Stadt versus Land, Kirche versus Staat sowie Zentrum versus Peripherie herausgearbeitet.²⁵⁹ Die Konfliktlinien können in Gesellschaften entweder aufgelöst werden, fort dauern oder sich sogar überkreuzen. Wenn viele Konflikte fort dauern und sich überkreuzen, dann kann es zu einem zersplitterten Vielparteiensystem kommen. In Frankreich überlagerten sich die Konfliktlinien von klerikal versus anti-klerikal, von Anhängern und Gegner des politischen Systems sowie der wirtschaftlichen Ordnung.²⁶⁰

Die einmal entstandenen Parteiensysteme, so eine der zentralen Thesen von Lipset und Rokkan, seien seit den 1920er Jahren „eingefroren“.²⁶¹ Der in den 1970er Jahren einsetzende Wertewandel hat in den 1980er Jahren jedoch eine neue Konfliktlinie geschaffen: Materialistische Wertorientierungen wie wirtschaftliche und physische Sicherheit stehen seitdem post-materialistischen Werten gegenüber, die der individuellen Selbstverwirklichung, der Teilhabe am politischen Prozess sowie Umwelt- und Menschenrechtsschutz höhere Bedeutung beimessen. Diese Konfliktlinie hat in westeuropäischen Ländern die Gründung grüner Parteien begünstigt.²⁶² Im Unterschied zu den vorab genannten Konfliktlinien basiert diese nicht mehr auf den Interessengegensätzen sozialer Gruppen, sondern grenzt Wertegemeinschaften voneinander ab.²⁶³

²⁵⁷ Vgl. Hooghe et al. 2002, S. 66

²⁵⁸ Vgl. Richard 2006; Im Folgenden werden beispielsweise die Front national als rechtsextrem und die Parti des travailleurs, die Ligue communiste révolutionnaire und die Lutte ouvrière als linksextrem eingestuft. In der wissenschaftlichen Debatte bezieht sich Extremismus auf extreme ideologische Positionen an den Rändern des politischen Spektrums, wohingegen Radikalismus mit der Ablehnung institutionalisierter politischer Verfahrensweisen einhergeht. Das verfassungsrechtliche Verständnis geht von der gegenteiligen Interpretation aus. Wie im französischen Sprachgebrauch wird jedoch im Folgenden von extremen Parteien im Sinne der wissenschaftlichen Definition gesprochen. Vgl. zur Definition Bendel 2005; vgl. zum französischen Sprachgebrauch Ivaldi 2005 und Pina 2005

²⁵⁹ Vgl. Lipset, Rokkan 1967

²⁶⁰ Vgl. Tümmers 2006, S. 114

²⁶¹ Vgl. von Alemann 2003, S. 100

²⁶² Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 27; Diese Konfliktlinie wird deshalb auch bezeichnet als „Green / Alternative / Libertarian (GAL)“ versus „Traditionalism / Authority / Nationalism (TAN)“. Vgl. Hooghe, Marks 2009, S. 16; Joachim Schild vergleicht in seiner Dissertation soziopolitische Konfliktlinien in Deutschland und Frankreich zu Themen der „alten Politik“ mit Konfliktlinien zu Themen der „neuen Politik“, wie beispielsweise den Umweltschutz. In Deutschland haben Themen der „neuen Politik“ eine höhere Bedeutung für die Protestneigung als in Frankreich. Vgl. Schild 2000; In Frankreich gab es beispielsweise keine starke Friedens- oder Umweltbewegung. Vgl. Ancelovici 2008, S. 74; Vgl. zum Einfluss von neuer und alter Politik in Frankreich auch Marthaler 2008

²⁶³ Vgl. Pappi 2005, S. 103

Der Wertewandel hat dazu beigetragen, dass die traditionellen Parteimilieus erodiert sind.²⁶⁴ Auch die Verankerung und Integrationskraft der *Parti socialiste* hat in ihren Milieus seit Anfang der 1980er Jahre nachgelassen.²⁶⁵ Zu den von Frédéric Sawicki als „anthropologische Verankerung der Parteien“²⁶⁶ bezeichneten Milieus gehörten Wähler, Sympathisanten, Anhänger und Mitglieder, aber auch der Partei nahestehende Organisationen oder Intellektuelle, die die Werte der Partei vertreten haben.²⁶⁷ Innerhalb dieser Milieus gab es verschiedene Querverbindungen und Doppelmitgliedschaften. Diese nicht formalisierte Struktur der Milieus lässt sich daher am besten als Netzwerk beschreiben.²⁶⁸ Der Partei ist es jedoch nicht gelungen, die nachlassende Verankerung in den traditionellen Milieus seit den 1980er Jahren durch neue Verbindungen zu kompensieren.²⁶⁹

2.2.2 Parteien und ihre Funktion in der Gesellschaft

Parteien geben nicht nur gesellschaftlichen Konflikten und sozialen Kräften Ausdruck. Anhand der Viersektorenanalyse Winfried Steffanis werden im Folgenden drei weitere Funktionen vorgestellt und kurz diskutiert.²⁷⁰

1. Ausdruck sozialer Kräfte; ideologischer und/oder programmatischer Ziele und Forderungen
2. Interessengruppe und Karrierevehikel
3. Instrumente der Machtausübung
4. Vermittler demokratischer Legitimation²⁷¹

Parteien spiegeln soziale Kräfte in der Regel in ihrer Programmatik wider. Häufig wird die Diskrepanz zwischen Programmatik und politischem Handeln kritisiert. Niklas Luhmann verwies schon in den 1970er Jahren auf die spezifische Funktion eines Parteiprogramms, das eben nicht als Regierungserklärung missverstanden werden dürfe. Parteiprogramme sollten Zukunft und Werte vermitteln. Werte dienen als Kommunikations- und nicht als Entscheidungsvoraussetzung.²⁷² Die ökonomische Theorie der Politik relativiert den programmatischen Beitrag der Parteien und sieht in ihnen in erster Linie eine Interessengruppe und ein Karrierevehikel. Parteien streben nach politischem Überleben, Erfolg und Ansehen und bieten ihren Mitgliedern die Möglichkeit einer politischen Karriere.²⁷³ Die Karrierechancen haben sich mit Einführung der Europawahlen 1979 erhöht. In Frankreich stieg die Anzahl der zu

²⁶⁴ Vgl. von Alemann 2003, S. 107

²⁶⁵ Vgl. Sawicki 2004, S. 46f.: „A la veille de son centenaire et en dépit des droits importants qu’il reconnaît à ses adhérents, le Parti socialiste peine ainsi à susciter un réel engouement militant et à renouveler ses élites, faut d’être suffisamment ancré dans les mobilisations sociales qui traversent la société française, faute aussi sans doute d’avoir jamais réussi à se doter de réels instruments de formation et de promotion militantes en direction des classes populaires.“

²⁶⁶ Sawicki 1996, S. 57

²⁶⁷ Zu den gemeinsamen Werten gehören der Laizismus, der Humanismus, die Verteidigung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit, der Pazifismus, der Internationalismus und der kulturelle Liberalismus. Vgl. Sawicki 2004, S. 40

²⁶⁸ Vgl. Sawicki 1997, S. 17; vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 123f.

²⁶⁹ Vgl. Sawicki 2004, S. 46f.

²⁷⁰ Vgl. zu weiteren Funktionskatalogen Mittag 2006, S. 54f.

²⁷¹ Vgl. Steffani 1988, S. 550

²⁷² Vgl. Luhmann 1977, S. 169ff.

²⁷³ Vgl. von Alemann 2003, S. 210; vgl. Steffani 1988, S. 559

besetzenden politischen Ämter um zehn Prozent.²⁷⁴ Im Vergleich zur nationalen Ebene bleiben die Europawahlen jedoch zweitrangig für die politische Karriere, denn Parteien streben als Instrumente der Machtausübung nach Regierungsführung oder -teilhabe. Die Vermittlung demokratischer Legitimation, die vierte Funktion politischer Parteien, bezieht sich auf das politische System und die innerparteiliche Willensbildung.²⁷⁵

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland definiert die Funktion der politischen Parteien als Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes.²⁷⁶ Im vierten Artikel der französischen Verfassung wird dagegen lediglich die Beteiligung der politischen Parteien an Wahlen erwähnt. So heißt es: „Les partis et groupements politiques concourent à l'expression du suffrage“.²⁷⁷ Der Vertrag von Maastricht, der 1992 erstmals auf europäischer Ebene die politischen Parteien erwähnt, orientiert sich stärker an dem deutschen Modell und weist den Parteien einen Beitrag zur politischen Willensbildung zu: „Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration in der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“²⁷⁸ Die politische Willensbildung und die Teilnahme an Wahlen sind demnach zwei zentrale Funktionen.

2.2.3 Innerparteiliche Machtstrukturen und Wandel der Parteien

Für Angelo Panebianco liegt der Schlüssel zur Analyse von Parteien in dem Kampf um die Vorherrschaft in der Parteiorganisation.²⁷⁹ Dabei spielen in Anlehnung an den historischen Neoinstitutionalismus die ersten Kämpfe um die Vorherrschaft in der Partei und die ersten grundlegenden Entscheidungen in dem bereits erwähnten Gründungsmoment eine prägende Rolle.²⁸⁰ Panebianco analysiert somit die Machtstrukturen innerhalb der Partei. Dabei versteht er Macht als eine Form der Interaktion, die in der Regel asymmetrisch zwischen der Parteit Spitze und den Parteimitgliedern stattfindet.²⁸¹ Neben diesen vertikalen Machtstrukturen gibt es auch horizontale innerhalb der Parteiführung.

Die zentralen Funktionen von Parteien – die politische Willensbildung und die Teilnahme an Wahlen – überführt Panebianco in ein Dilemma zwischen kollektiven und selektiven Anreizen.²⁸² Während die Gruppe der *believers* Solidarität und Ideologie nachfragt, suchen die *careerists* in einer Partei selektive Anreize wie Macht, Status oder materiellen Gewinn. Parteien

²⁷⁴ Vgl. Kauppi 2000, S. 3

²⁷⁵ Vgl. Steffani 1988, S. 558

²⁷⁶ Vgl. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

²⁷⁷ Conseil Constitutionnel – Constitution du 4 octobre 1958

²⁷⁸ Europäische Union - Amt für Veröffentlichungen: Vertrag über die Europäische Union

²⁷⁹ Vgl. Panebianco 1988, S. xii

²⁸⁰ Vgl. Panebianco 1988, S. xiii

²⁸¹ Vgl. Panebianco 1988, S. 21ff.

²⁸² Vgl. Panebianco 1988, S. 21ff.

müssen sowohl selektive als auch kollektive Anreize bieten. Als Karrierevehikel streben Parteien nach organisatorischer Kontinuität und Stabilität. Sie sind jedoch auch freiwillige Zusammenschlüsse, die sozialen Kräften Ausdruck verleihen und auf freiwilliger Teilnahme beruhen. Die Ideologie verschafft der Organisation eine Identität und schafft damit kollektive Anreize. Sie verschleiert jedoch auch die – häufig asymmetrische – Verteilung der selektiven Anreize. Letzteres gilt nicht nur für diejenigen, die nicht von den selektiven Anreizen profitieren, sondern in besonderem Maße für diejenigen, die davon profitieren.²⁸³ Damit erfüllt die Ideologie auch eine Alibifunktion.

Allerdings, so betont Panebianco, entstehen kollektive Anreize nur, wenn die Ideologie mehr ist als eine bloße Fassade. Denn die Loyalität der *believers* basiert auf der Überzeugung, dass die Organisation sich für ihre Ziele einsetzt. Demnach fordern kollektive Anreize auch nach einer Veränderung der Umwelt, wohingegen die *carrierists* daran interessiert, dass sich die Organisation an ihre Umwelt anpasst, um den persönlichen politischen Erfolg zu sichern.²⁸⁴ Dieses Dilemma tritt in besonderer Weise bei sozialistischen Parteien in Regierungsverantwortung auf, die sich in der Regel mit einer reformistischen Praxis an die Umwelt anpassen. Die revolutionäre Rhetorik gibt hingegen weiterhin vor, die Verhältnisse verändern zu wollen.²⁸⁵

Der Ausgleich zwischen selektiven und kollektiven Interessen hängt von den primären Zielen einer Partei ab. Diese bestimmen, wie eine Partei ihre Umwelt wahrnimmt. Wie bereits im Rahmen des historischen Neoinstitutionalismus ausgeführt wurde, sind die Kosten für einen Wandel hoch. Politische Parteien sind daher letztlich konservative Organisationen, die Wandel zu verhindern suchen. Ein Wandel oder Lernprozess muss zunächst eine „Mauer des Widerstandes“²⁸⁶ überwinden und bedarf – wie die Ausführungen zur Sozialisation gezeigt haben – guter Argumente und einer Koalition von Unterstützern.

„Given that parties are basically conservative organizations, a stimulus would presumably have to catch the attention of someone in the party who would see fit to argue that adaptive change would be needed in order for the party to ‚do better‘ in some way than it would otherwise do.“²⁸⁷

Den Willen, am Bestehenden festzuhalten, sowie das Kalkulieren von Kosten und Nutzen des Wandels sind zwei zentrale Annahmen, die Robert Harmel und Kenneth Janda aus ihren Überlegungen ableiten.²⁸⁸ Es kann zu einem Wandel kommen, wenn der dominierende Flügel

²⁸³ Vgl. Panebianco 1988, S. 10

²⁸⁴ Vgl. Panebianco 1988, S. 13

²⁸⁵ „Daily reformist praxis is, in fact, always justified with the explanation that reforms do not deviate from, but are rather intermediate steps towards socialism“. Panebianco 1988, S. 17

²⁸⁶ Vgl. Harmel, Janda 1994, S. 261

²⁸⁷ Harmel, Janda 1994, S. 267

²⁸⁸ Vgl. Harmel, Janda 1994, S. 278ff.

innerhalb der Partei seine Macht konsolidieren möchte oder die Ziele der Partei nicht mehr realisieren kann. Die Präsidentialisierung der französischen Parteien ist ein Beispiel für einen innerparteilichen Wandel, der zur Realisierung der politischen Ziele beitragen sollte.

Die französischen Parteien haben sich nach 1958 bzw. 1962 an veränderte politische Rahmenbedingungen angepasst und ihre innerparteiliche Organisation auf den Gewinn der Präsidentschaftswahlen ausgerichtet. Dabei wurden die organisatorischen Besonderheiten der Partei nicht aufgehoben, sondern die zentrale Funktion der innerparteilichen Strömungen transformiert und angepasst. Die Eroberung des Amtes des französischen Staatspräsidenten kann als das primäre Ziel der sozialistischen – wie jeder anderen französischen – Partei gesehen werden.²⁸⁹ Innerhalb der sozialistischen Partei gibt es jedoch immer wieder Strömungen, die diese Präsidentialisierung ablehnen und das politische System verändern möchten. Die Auseinandersetzung zwischen *carrierists* und *believern* dauert also an.

„Die Sozialistische Partei hat sich in einen gefährlichen Widerspruch begeben, indem sie einerseits ihre interne Funktionsweise präsidentialisiert, andererseits aber weiterhin eine Systemänderung zur Begrenzung der Macht des Präsidenten fordert. Dieser Widerspruch ist es, der die Partei sowohl politisch als auch moralisch untergräbt.“²⁹⁰

2.3 Parteien in der Krise: Gesellschaftlicher Wandel und Kartellbildung

2.3.1 Indikatoren der Krise und mögliche Reaktionsstrategien

Die zuvor beschriebenen Funktionen der Parteien stellen zugleich einen Anforderungskatalog an diese dar und haben sie in die Kritik gebracht. Die Debatte in Deutschland schwankte zwischen Parteien als „allumfassende Kraken“ oder – so die Gegenposition – als „ratlose Riesen“.²⁹¹ In Frankreich führten Anfang der 1990er Jahre vor allem Finanzskandale zur Diskreditierung der ohnehin schwachen politischen Parteien.

Auch empirisch lassen sich Belege für eine Krise der Parteien finden. Diese ist auf Ebene der Gesellschaft, der Wähler, der Parteiorganisation und des politischen Systems zu beobachten.²⁹² Konkret äußern sich diese Krisenerscheinungen in sinkenden Mitgliederzahlen der Parteien, einer rückläufigen Wahlbeteiligung, einem nachlassenden Konzentrationsgrad der Parteien, einer zunehmenden Volatilität, einer steigenden Anzahl politischer Skandale, einer Entfremdung der Jugendlichen von der Politik, einem sinkenden Vertrauen in die Politik und die Parteien sowie Stimmgewinnen für Protestparteien.²⁹³ Als Ursache werden das Entstehen einer neuen Mittelschicht, der Wertewandel und die damit verbundene Individualisierung des sozialen Verhaltens gewertet.

²⁸⁹ Vgl. Crespy 2008, S. 27

²⁹⁰ Grunberg 2009, S. 9

²⁹¹ Vgl. von Alemann 2003, S. 182f.

²⁹² Vgl. von Beyme 2000, S. 10; vgl. Poguntke 2000

²⁹³ Vgl. von Alemann 2003, S. 188f.

Die Theorie des *de-* bzw. *realignments* erfasst diese Krisenerscheinungen. *Alignment* ist zunächst einmal zu verstehen als die Bindung einer Gruppe von Wählern an eine bestimmte Partei oder politische Richtung, der sie in Wahlen regelmäßig und überdurchschnittlich häufig ihre Stimme gibt. Ein *realignment* bedeutet, dass eine Gruppe von Wählern ihre Bindung an eine bestimmte Partei oder politische Richtung dauerhaft zugunsten einer anderen Partei aufgibt und sich neu bindet. Beim *dealignment* gibt eine Gruppe von Wählern ihre Bindung an eine Partei generell auf. Es kann auch zu einem *dealignment* kommen, wenn zum Beispiel ein bestimmtes Thema nicht mehr relevant für die Wähler ist. Das war 1981 mit dem Antikommunismus der Fall. Dieser beeinflusste nicht mehr das Wahlverhalten zugunsten der politischen Konservativen. Dahingegen wurde in Frankreich das Thema der Einwanderung zu Beginn der 1980er Jahre politisch bedeutend, wovon die *Front national* profitierte.²⁹⁴ Jedoch beeinflusst nicht jede Frage politischer Ordnung das Wählerverhalten. Politische Relevanz setzt voraus, dass das Thema dem Wähler bekannt ist, dass es bei ihm eine Reaktion hervorruft und dass der Wähler eine Partei wahrnimmt, die zu diesem Thema eine Position vertritt, die seiner eigenen entspricht.²⁹⁵

Beim *de-* und *realignment* handelt es sich um einen radikalen, bedeutsamen und dauerhaften Wandel des Wählerverhaltens.²⁹⁶ Den französischen Parteien blieb kaum Zeit sich zu modernisieren, bevor in den frühen 1980er Jahren diese Krisenphänomene auftraten.²⁹⁷ Bis Anfang der 1980er Jahre ließ sich das französische Parteiensystem mit der sogenannten *quadrille bipolaire* beschreiben. Diese erreichte eine Hochphase bei den Parlamentswahlen von 1978 mit zwei etwa gleich starken Blöcken aus Sozialisten und Kommunisten im linken Lager und Gaullisten und Liberale im konservativen Lager.²⁹⁸ Von Mitte der 1980er Jahre bis 2002 differenzierte sich das Parteiensystem angesichts der hier beschriebenen Krisenphänomene aus. Es kam zum Niedergang der kommunistischen Partei bei gleichzeitigem Aufstieg der rechts-extremen *Front national*. Kleinere Parteien traten in Erscheinung, inner- und zwischenparteiliche Konflikte nahmen zu, die Volatilität der Wähler sowie die Unzufriedenheit mit der traditionellen Politik und den großen Parteien wuchsen. Erreichten die *Parti socialiste* (PS), die *Parti communiste français* (PCF), die *Rassemblement pour la République* (RPR) und die *Union pour la démocratie française* (UDF) 1978 insgesamt noch etwa 90 Prozent der Wählerstimmen, so waren es etwa 20 Jahre später nur noch 67 Prozent.²⁹⁹

²⁹⁴ Vgl. Martin 2000, S. 27ff.

²⁹⁵ Vgl. Martin 2000, S. 39f.

²⁹⁶ Vgl. Martin 2000, S. 15f.

²⁹⁷ Vgl. Knapp 2004, S. 24; vgl. Knapp 1999, S. 164ff.

²⁹⁸ Vgl. zu den Phasen Schild, Uterwedde 2006, S. 43; vgl. auch Cole 2000, S. 37; Duverger 06.04.1979

²⁹⁹ Vgl. Cole 2000, S. 39

Die spezifische französische Wahrnehmung einer ökonomischen Krise, die in Frankreich mit einem ausgeprägten kulturellen Pessimismus und der Angst vor dem *déclin* einhergeht, wirkte besonders destabilisierend auf das französische Parteiensystem.³⁰⁰ Seit den Präsidentschaftswahlen von 2002, bei denen der Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen von der *Front national* den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin den Einzug in den zweiten Wahlgang verwehrte, ist eine erneute Konzentration des Parteiensystems zu beobachten, mit jeweils einer dominanten Parteien im rechten (*Union pour un mouvement populaire* – hervorgegangen aus RPR und UDF) sowie im linken Lager (PS).

Die Rolle und Stellung von Parteien im politischen System beeinflusst ihre Wahrnehmung und ihre möglichen Reaktionen in der Krise. Haben sie ohnehin eine schwache Ausgangsposition, in der sie sich bereits an volatiles Wählerverhalten gewöhnt haben, dann kann es dazu führen, dass sie kaum reagieren. Dies trifft beispielsweise auf Frankreich zu, wo die Parteien Wählerschwankungen in der Regel mit taktischen Notbehelfen beantworten.³⁰¹ Das Verhalten der Parteien kann auch je nach beobachteter Arena – Parlament, Regierung oder verschiedene regionale Ebenen – variieren. Trotz des französischen Zentralismus spielt in der Parteipolitik die regionale Ebene eine große Rolle, die sich vor allem in der Anhäufung von Mandaten (*cumul des mandats*) auf verschiedenen Ebenen zeigt.

Ein möglicher Katalog von Indikatoren für eine bzw. keine veränderte Wahrnehmung präsentieren Peter Mair, Wolfgang C. Müller und Fritz Plasser.³⁰²

1. Nicht-Reaktion: Parteien beurteilen ein Problem nicht als relevant und nehmen ein gewisses Maß an Wählerfluktuation in Kauf.
2. Partei-Organisation: Die Reorganisation ist oft eine der ersten Reaktionen. In besonderer Weise wird die Kommunikationsarbeit restrukturiert, um ein vermeintliches Vermittlungsproblem zu lösen.
3. Kandidaten: Ein Kandidat kann die Bereitschaft zum Wandel personalisieren. So kann beispielsweise eine mediengewandte Persönlichkeit eine Aufbruchsstimmung erzeugen.
4. Wählerschaft: Teil der Strategie kann es sein, neue Wählergruppen anzusprechen oder alternativ die Beziehungen zu traditionellen Zielgruppen zu vertiefen.
5. Andere Parteien: Die Beziehungen zu den Mitbewerbern können neu definiert werden. Dies kann von einer negativen Kampagne bis hin zu Absprachen führen.
6. Programmatik, Ideologie, Politikfelder: Die Partei kann bestimmte Themen – wie zum Beispiel den Umweltschutz – ansprechen oder versuchen, mit einer „catch-all“-Strategie Wähler an sich zu binden.
7. Politische Institutionen: Parteien können selbst ihre Rahmenbedingungen festlegen und beispielsweise die Wahlsysteme und die staatliche Parteienfinanzierung ändern oder den öffentlich-rechtlichen Medienzugang steuern. Auch rhetorisch können sie sich auf eine weitere Demokratisierung des politischen Systems konzentrieren.

³⁰⁰ Vgl. Cole 2000, S. 47

³⁰¹ Vgl. Knapp 1999, S. 155

³⁰² Vgl. Mair et al. 1999b, S. 19ff.

Diese Reaktionsstrategien lassen sich auch auf die Europäisierung – als mögliche Krisenerscheinung – übertragen. Wie haben Parteien die Europäisierung wahrgenommen, wann und wie haben sie auf diese reagiert? Bewerten sie die Europäisierung als Chance oder Gefahr? Wie verlief die innerparteiliche Meinungsbildung und kam es zu Lernprozessen?³⁰³

2.3.2 Kartellbildung und Reduktion von Wählererwartungen

Bei den Reaktionen der Parteien in Westeuropa lassen sich einige generelle Trends ablesen.³⁰⁴

Peter Mair und Richard Katz fassen diese Entwicklungen in dem Modell der Kartellpartei zusammen,³⁰⁵ Panebianco und von Beyme sprechen von der professionalisierten Wählerpartei, darüber hinaus gibt es noch Bezeichnungen wie Medien- oder Rahmenpartei sowie Minimalpartei.³⁰⁶ Prinzipiell kann man sagen, dass sich diese Typenbezeichnungen auf einige allgemeine Entwicklungen beziehen: Die Politik hat sich professionalisiert und der hohe Anteil der Berufspolitiker hat zur Entstehung einer politischen Klasse mit staatlich finanziertem Einkommen geführt. Gleichzeitig hat sich die Bindung an die Wähler gelockert. Das Verständnis der Politik ist pragmatischer und weniger ideologisch geworden.³⁰⁷

Die Kartellpartei these geht davon aus, dass für Parteien effektives Regieren im Vordergrund steht. Die gelockerte Bindung an den Wähler bzw. die Gesellschaft wird durch eine Annäherung an den Staat kompensiert. Wurden die Parteien in vorhergehenden Analysen als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft gesehen, so dringen sie jetzt in die Sphäre des Staates ein.³⁰⁸ Vor allem die staatliche Finanzierung der Parteien hat diese Entwicklung begünstigt. In Frankreich hängt das Budget der *Parti socialiste* seit 1993 zu ungefähr zwei Dritteln von öffentlichen Zuwendungen ab und nur zu einem Drittel von den Beiträgen der Mitglieder und Mandatsträger.³⁰⁹ Zudem legen Parteien als Gesetzgeber selbst die Regeln und Höhe der Subventionen fest.³¹⁰

Die sogenannte politische Klasse, die Regierung und Opposition umfasst, geht eine bewusste Kooperationsstrategie ein, um ihr organisatorisches Überleben zu sichern. Es entsteht ein Kartell, so die Theorie von Katz und Mair, das über die programmatische Annäherung der Volksparteien nach Otto Kirchheimer hinausgeht.³¹¹ Das Kartell kann neuen Parteien den Zugang erschweren oder sie in das Kartell aufnehmen. Populistische Parteien hingegen entstehen als

³⁰³ Vgl. Mair et al. 1999b, S. 26

³⁰⁴ Vgl. Mair et al. 1999a, S. 392ff.

³⁰⁵ Vgl. Katz, Mair 1995

³⁰⁶ Vgl. Panebianco 1988, S. 262ff., vgl. von Beyme 2000, S. 35

³⁰⁷ Vgl. von Beyme 2000, S. 36f.; vgl. Katz, Mair 1995, S. 19

³⁰⁸ Vgl. Katz, Mair 1995, S. 8ff.

³⁰⁹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 305

³¹⁰ Vgl. Katz, Mair 1995, S. 15

³¹¹ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 39, vgl. auch Helms 2001, S. 700

Anti-Kartellparteien.³¹² Aus diesen Entwicklungen erklären sich die hochprofessionalisierten Wahlkämpfe sowie innerparteilich die Zentralisierung von Entscheidungsmacht und die lose Bindung von Parteispitze und Basis. Zwar haben die Formen der direkten Beteiligung von Parteimitgliedern zugenommen, jedoch haben sie weniger Einfluss. Auch die ideologische Anziehungskraft lässt nach, da an der Parteispitze zunehmend Kompetenzen eines Managers gefragt sind.³¹³

Die Entstehung der Kartellparteien ist auf die finanziellen Grenzen der Politik der Volksparteien zurückzuführen. Den Volksparteien standen in Zeiten des nachlassenden Wirtschaftswachstums keine Mittel mehr zur Verfügung, um finanzielle Anreize zu setzen und Wählerstimmen zu gewinnen. Dies hängt auch mit der Globalisierung zusammen, die den Spielraum für Staat und Parteien verkleinert und einseitig nationales Handeln nahezu unmöglich gemacht hat. Die nationalen Wirtschaften sind zunehmend abhängig vom Export und Marktmechanismen.³¹⁴ Aus diesen Gründen sind Parteien gezwungen – im Gegensatz zu der von John Maynard Keynes wirtschaftspolitisch inspirierten Ära der Volksparteien – Wählererwartungen zu minimieren. Linke Regierungsparteien haben einen „Dritten Weg“ oder die „Neue Mitte“ gesucht, um sich mit den Mechanismen des Marktes zu versöhnen. Konservative Volksparteien haben sich dagegen des neoliberalen Diskurses bedient.³¹⁵

Ein weiteres Indiz für die Kartellbildung ist die Abgabe von Verantwortung in bestimmten Politikfeldern – wie beispielsweise an die politisch unabhängige Europäische Zentralbank. Neben der Integration im Rahmen der Europäischen Union kann es sich auch um Strategien der Privatisierung oder der Dezentralisierung handeln.³¹⁶ Voraussetzung hierfür sind jedoch Absprachen in einem Kartell. In Folge der Kartellbildung sind die Parteien daran interessiert, den Status Quo beizubehalten und lehnen einen Wandel ab. Denn sie haben eine Strategie gefunden, die für sie den politischen Wettbewerb berechenbarer macht.³¹⁷ Katz und Mair haben 1995 die staatliche Parteienfinanzierung als zentrales Argument für die Kartellbildung angeführt. In dem 2005 verfassten Aufsatz gehen Mark Blyth und Katz hingegen vor allem auf die Herausforderungen der Globalisierung ein, die in ihren Augen dazu geführt hat, dass Parteien selbst ihre Handlungsoptionen eingeschränkt haben.³¹⁸

Ruud Koole kritisiert die Kartellparteienthese wegen ihrer strikten analytischen Trennung von Staat und Gesellschaft.³¹⁹ Eine größere Identifikation mit dem Staat müsse nicht zur Distan-

³¹² Vgl. Katz, Mair 1995, S. 24

³¹³ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 46

³¹⁴ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 40f.

³¹⁵ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 43

³¹⁶ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 54

³¹⁷ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 44f.

³¹⁸ Vgl. Blyth, Katz 2005, S. 53

³¹⁹ Vgl. Koole 1996

zierung von der Gesellschaft führen, auch habe der parteipolitische Wettbewerb nicht abgenommen. Katz und Mair haben diese Einwände Kooles nicht zurückgewiesen, jedoch halten sie daran fest, „dass Parteien von einer gesellschaftlichen Entfremdung weniger als [noch] vor einigen Jahrzehnten zu befürchten hätten“.³²⁰

Auch Herbert Kitschelt bezweifelt, dass es zu einer Kartellbildung der Parteien kommt. Kitschelt geht davon aus, dass Repräsentationsbeziehungen zwischen Parteien und Gesellschaft weiterhin lebendig sind und lehnt die Vorstellung von Politikern als professionellen Karriere-risten ab.³²¹ Die zunehmende Distanz zwischen Gesellschaft und Parteien müsse nicht zu Verbrüderung der Politiker über Parteigrenzen hinweg führen:

„The critical problem of democratic satisfaction in contemporary democracies has little to do with the collusion among politicians and their integration in the state, but the maturing of welfare states that have organized the class compromise and the disappearance of a radical socialist alternative to capitalism both in the perception of political elites and of mass audience.“³²²

Die Antwort der Parteien sei eben nicht die Kartellbildung, sondern die permanente Wählerbeobachtung und ein harter Wettbewerb um die Repräsentation der Wähler. So ist es durchaus zu einem Wandel der Parteien gekommen – nämlich in der Art und Weise, wie sie Wähler mit ihrer Politik überzeugen und zufrieden stellen können – aber laut Kitschelt nicht in Form der Annäherung an den Staat. Parteien änderten ihre Strategie in unterschiedlicher Weise, die je nach politischem System, dem innerparteilichen Willensbildungsprozess und der Wählerschaft variieren könne.³²³

Ein politisches Kartell ist in Frankreich schwer vorstellbar, da die französische politische Kultur von ideologisch aufgeladenen Debatten und einer starken Lagerbildung geprägt ist.³²⁴ Die Europäische Integration könnte jedoch ein Thema sein, bei dem die Regierungsparteien ein gemeinsames Interesse verfolgen, die Konsequenzen für die nationale Politikgestaltung aus der politischen Debatte auszuklammern. Die *Front national* kann als Anti-Kartellpartei verstanden werden, die die unter Verschluss gehaltenen Themen – wie die Europäische Integration – auf die politische Agenda bringt.³²⁵

³²⁰ Helms 2001, S. 704

³²¹ Vgl. Kitschelt 2000

³²² Kitschelt 2000, S. 160f.

³²³ Vgl. Kitschelt 2000, S. 164ff.; Vgl. zu einer ausführlichen Würdigung und Kritik der Kartellpartei these auch Aucante et al. 2008

³²⁴ Allein das Wort Kartell ist im Französischen mit politischen Assoziationen verbunden wie *cartel des gauches* oder *cartel des non*. Es ist aus diesem Grund schwierig, einer ökonomischen Vorstellung eines Kartells zu folgen, das im politischen Sinne alle Regierungsparteien umfasst. Deswegen schlägt Bacot vor: „*Partitocratie monopoliste d’Etat*“. Vgl. Bacot 2008, S. 67ff.

³²⁵ Vgl. Knapp 2004, S. 21; Die Analysen zur *Front national* haben jedoch in nur sehr begrenztem Umfang auf die Kartellpartei these Bezug genommen. Dies erklärt Alexandre Dézé damit, dass die Analysen zur *Front national* das von Katz und Mair beschriebenen Phänomen der Antipolitik der extremen Rechten bereits berücksichtigt hätten. Vgl. Dézé 2008

2.4 Europäisierung und Globalisierung als Ursache für die Krise der Parteien?

2.4.1 Europäisierung und Globalisierung als gesellschaftliche Konfliktlinie

Die Globalisierung ist zu einem zentralen Erklärungsfaktor der Kartellparteienthese geworden und kann als eine Ursache für die Krise der Parteien gewertet werden. Zusammen mit der Europäisierung bildet sie eine kritische Konstellation (*critical juncture*) für das Auftreten von Konflikten in Europa.³²⁶ Ernst B. Haas hatte in den 1970er Jahren den Neofunktionalismus auch deshalb in Frage gestellt, weil die Handlungsmuster der Akteure zunehmend von globalen Interdependenzen beeinflusst wurden.³²⁷

Sowohl die Globalisierung als auch die Europäisierung symbolisieren Prozesse der Öffnung nationaler Gesellschaften. Diese Prozesse können sich gegenseitig verstärken oder ihre jeweiligen Effekte abmildern. Analytisch ist die Öffnung auf drei Ebenen zu fassen: 1) eine wirtschaftliche Öffnung, die in Verbindung mit der Globalisierung und den wirtschaftlichen sowie finanziellen Transaktionen steht; 2) eine politische Öffnung, die sich im Europäischen Integrationsprozess und der zunehmenden Entwicklung einer supranationalen Ebene in den internationalen Beziehungen ausdrückt sowie 3) eine kulturelle und soziale Öffnung mit wachsenden Migrationsströmen, einer wachsenden Mobilität der Bevölkerungen und einem zunehmend multikulturellen Charakter der nationalen Gesellschaften.³²⁸

Nach Ulrich Beck und Edgar Grande führen Europäisierung und Globalisierung die Gesellschaft von der ersten in die zweite Moderne. Diese sogenannte reflexive Modernisierung löst die erste Moderne nicht ab, sondern transzendiert diese. Sie setzt die Errungenschaften der ersten Moderne wie den Staat, die Industrie, die Demokratie oder die Wissenschaft voraus, denn eigentlich ist sie eine Konsequenz der Erfolge der ersten Moderne.³²⁹ Die zweite Moderne löst allerdings nicht die Probleme der ersten, sondern deckt ihre Widersprüche auf. Die Spannungen und Widersprüche zwischen Transnationalisierung, Renationalisierung und Kosmopolitismus, die soziale Akteure erfahren, sind daher laut Beck und Grande jenseits von gängigen nationalen Begriffen zu interpretieren.³³⁰

Wie nimmt jedoch ein nationalstaatlicher Akteur das Verhältnis von Europäisierung und Globalisierung wahr? Verstärkt die regionale Integration die Globalisierung oder kann sie als eine politische Antwort auf diesen Prozess gesehen werden? Klaus von Beyme hält die Europäisie-

³²⁶ Vgl. Hooghe, Marks 2009, S. 5; vgl. auch Kriesi et al. 2006

³²⁷ Vgl. Haas 2001, S. 29; Auch wenn argumentiert wird, dass die Märkte sich schon im 19. Jahrhundert internationalisiert hätten, so hat die Zunahme der Kommunikationsprozesse, des Reiseverkehrs, des Kapitalverkehrs ab den 1960er und 1970er Jahren doch im Hinblick auf den Grad, die Intensität, die Geschwindigkeit, den Umfang sowie die geographische Reichweite eine qualitativ neue Stufe erreicht. Vgl. Reese-Schäfer 2007, S. 196; vgl. auch Gordon, Meunier 2001, S. 6

³²⁸ Vgl. Perrineau 2002, S. 14

³²⁹ Vgl. Beck, Grande 2004, S. 52

³³⁰ Vgl. Beck, Grande 2004, S. 33

rung für das politische System und die politischen Parteien für partiell steuerbar, wohingegen die Globalisierung einen unkontrollierbaren Prozess darstellt.³³¹ Die Wahrnehmung der Globalisierung bleibt jedoch ausschlaggebend für die Rückschlüsse, die ein Akteur über seinen strategischen Standort, seine Interessen und seine Identität zieht.³³²

Politische Parteien müssen im Besonderen auf die national geprägten Wählererwartungen in den Wohlfahrtsstaaten reagieren. Der lange Zeit dominierende Klassenkonflikt hat unter den Einflüssen der Globalisierung einen massiven Wandel erfahren und die Rahmenbedingungen der Arbeit haben sich verändert: Arbeitsintensive Tätigkeiten wurden ins Ausland verlagert und das klassische Bild des Industriearbeiters hat sich zu einer „class of flexible, less unionized, post-Fordist workers“ gewandelt.³³³ Sophie Meunier vertritt die These, dass die Globalisierung die strukturellen Präferenzen der Wähler verändert hat, weil sie die soziale Unsicherheit ausgeweitet hat.³³⁴

Die Globalisierung hat auch Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auf den Plan gerufen, wie beispielsweise die 1992 gegründete Gruppe von Lissabon. Sie spricht von den Grenzen des unkontrollierten Wettbewerbs, mit dem sich die langfristigen Weltprobleme wie sozioökonomische Ungleichheiten oder ökologische Probleme nicht lösen lassen. Die These der Globalisierungsfalle kritisiert die nachlassende Möglichkeit des Nationalstaats, in die Wirtschaft einzugreifen. Der Staat verliere demnach seine Legitimation, da er nur noch auf übergeordnete Sachzwänge verweisen könne. Auf transnationaler Ebene sei hingegen keine soziale Absicherung erfolgt.³³⁵

1998 gründete sich in Frankreich die Organisation ATTAC (*Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens*). Diese globalisierungskritische Bewegung fand ihren Nährboden in der Debatte anlässlich des Referendums über den Vertrag von Maastricht, die Uruguay Runde der GATT-Verhandlungen 1994 sowie den massiven Streiks 1995 gegen die Sozialreformen in Frankreich. Im internationalen Vergleich ist die globalisierungskritische Bewegung in Frankreich besonders gut organisiert und findet ein großes publizistisches Echo.³³⁶ Die Auseinandersetzung um die Folgen für die politische und soziale Kohäsion wird in Frankreich intensiv geführt.³³⁷ Im französischen Verständnis wird Globalisie-

³³¹ Vgl. von Beyme 2000, S. 10, 12

³³² Vgl. Rosamond 2001, S. 164

³³³ Meunier 2004, S. 133

³³⁴ „In the context of global economy, however, the threat of unemployment becomes generalized to all classes and occupations, including white-collar workers, salaried professionals, and managerial employees.“ Meunier 2004, S. 134

³³⁵ Vgl. hierzu Reese-Schäfer 2007, S. 200ff.

³³⁶ Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 29

³³⁷ Vgl. Beilecke 1999, S. 97; vgl. auch Gordon, Meunier 2001, S. 8ff.

rung häufig mit Amerikanisierung gleichgesetzt und weckt Ängste vor dem Verlust des politischen Einflusses, aber auch der eigenen kulturellen Identität.³³⁸

Gelang es der *Parti socialiste* in der Vergangenheit, soziale Bewegungen wie beispielsweise *SOS Racisme* an sich zu binden und ihre zentralen Figuren wie Harlem Désir in die Parteiführung zu integrieren, ist ähnliches bei der globalisierungskritischen Bewegung nicht zu beobachten.³³⁹ Sie übt von außen Druck auf die politischen Parteien aus. Es ist gerade eine Besonderheit der Globalisierung, dass sie die Möglichkeiten, Anreize und Grenzen des politischen Engagements verändert hat. In einer kosmopolitischen Gesellschaft stehen neue Mittel und Kommunikationswege für Gruppen zur Verfügung, um die politischen Debatten zu beeinflussen.³⁴⁰

Bis Mitte der 1990er Jahre richtete sich der Protest gegen die Europäische Integration und erst dann zunehmend gegen die Globalisierung. Zentral bleibt jedoch die Wahrnehmung des Zusammenhangs von Europäisierung und Globalisierung:

„Je stärker sich die erweiterte Europäische Union als ökonomisch liberale und außenpolitisch atlantisch orientierte politische Gemeinschaft präsentiert, desto weniger dürfte zukünftig zwischen Europäisierung und Globalisierung unterschieden werden, sodass die Zustimmung bzw. Ablehnung der äußeren Öffnung des französischen Nationalstaates sich zu einer dauerhaften Spaltung in der französischen politischen Kultur verfestigen kann.“³⁴¹

Ein Teil der französischen Bevölkerung sieht in der politischen, ökonomischen und kulturellen Öffnung des Landes einen Vorteil.³⁴² Vor allem soziokulturelle Faktoren erklären diese Bereitschaft zur Öffnung wie beispielsweise die Höhe des Haushaltseinkommens, aber – das haben empirische Untersuchungen gezeigt – auch in besonders signifikanter Art und Weise das Bildungsniveau.³⁴³ Diejenigen, die hingegen nicht die kognitiven Ressourcen haben, um die Öffnung des Nationalstaats zu verstehen und zum eigenen Vorteil zu nutzen, ziehen sich zurück in ihre bekannten Referenzsysteme. Sie neigen dazu, den Analysen des rechtsextremen Jean-Marie Le Pen über den sogenannten *euromondialisme* zu folgen.³⁴⁴ Sie haben Angst vor

³³⁸ „This is one of the reasons why globalization poses particular problems to France, which has long competed with the United States for world influence and, like the United States, has always seen itself as something of a model for the rest of the world.“ Gordon, Meunier 2001, S. 7f. In der Tat gab es schon in den 1980er Jahren Beobachter, für die Frankreich wegen der Europäischen Integration und der Einbindung in eine angelsächsisch geprägte Kultur zu einem „der am meisten ‚amerikanisierten‘ europäischen Länder“ geworden war. Vgl. Schubert 2004, S. 318

³³⁹ Vgl. zu *SOS Racisme* Ancelovici 2008, S. 86ff.

³⁴⁰ „Therefore globalization has enabled the emergence of international non-governmental organizations and networks that support social movements and act as pressure for policy change.“ Meunier 2004, S. 142; Hierzu zählen zum Beispiel das Weltsozialforum, das 2001 in Porto Alegre in Brasilien ins Leben gerufen wurde oder das Europäische Sozialforum 2003 in Paris. Vgl. Ancelovici 2008, S. 84

³⁴¹ Schild, Uterwedde 2006, S. 29

³⁴² Vgl. Perrineau 2002, S. 14

³⁴³ Schild 2002b, S. 101, vgl. Zur Bedeutung des Bildungsniveaus auch Cautrès, Denni 2000, S. 332: „Le niveau de diplôme constitue, avec la position sociale, une ‚variable lourde‘ explicative des attitudes européennes.“

³⁴⁴ Vgl. Perrineau 2007b, S. 402

allem, was nicht französisch ist, aber Frankreich durch unbekannte Fremde – in Europa oder der Welt – diktiert werden könnte.³⁴⁵

In Frankreich haben Globalisierung und Europäisierung zu einer Polarisierung zwischen einem nationalpopulistischen und einem universalistischen Teil der Bevölkerung geführt.³⁴⁶ Die politischen Extreme im linken und rechten Lager haben das Protestpotential erkannt und die Öffnung des Landes zum Prüfstein für innenpolitische Auseinandersetzungen gemacht. Vor allem bei links- und rechtsextremen Parteien findet man klare, in der Regel ablehnende Positionen zur Europäisierung und Globalisierung.³⁴⁷ Im Gegensatz zu den Regierungsparteien haben sie ein Interesse daran, die Protestmuster neu zu strukturieren und den Parteienwettbewerb zu verändern.³⁴⁸ Sie haben dazu beigetragen, die wachsende Unsicherheit in Europa zu politisieren³⁴⁹ und sind damit eine indirekte Kraft der Erneuerung. Sie zwingen die Regierungsparteien, bestimmte Themen aufzugreifen,³⁵⁰ was diese eigentlich verhindern wollen.

Die anhaltende Bedeutung der *Front national* interpretieren Etienne Schweisguth und Gérard Grunberg als Folge der postmateriellen Konfliktlinie, die sie unter dem Gegensatz von Universalisten und Anti-Universalisten subsumieren. Werte wie Entfaltung und Entwicklung des menschlichen Individuums werden als universalistisch betrachtet, unabhängig von Ethnie, nationaler oder sozialer Herkunft sowie sexueller Orientierung werden alle Menschen als gleich angesehen. Werte wie Tradition und Gruppenzugehörigkeit hingegen gelten als anti-universalistisch.³⁵¹ Die Verbindung von postmaterieller Konfliktlinie und Europäischer Integration hat sich als einflussreich herausgestellt. Die rechtsextreme Parteifamilie weist den höchsten Grad an Euroskeptizismus auf und stellt den anti-universalistischen Pol der Konfliktlinie dar. Auf der gegenüberliegenden Seite der Konfliktlinie haben beispielsweise grüne Parteien ihren Euroskeptizismus gemäßigt.³⁵² Anlässlich des Referendums über den Vertrag von Maastricht waren die Grünen in Frankreich 1992 noch gespalten und die Parteiführung gab keine Wahlempfehlung ab.³⁵³

Grunberg und Schweisguth sehen den Zusammenhang von postmaterieller Konfliktlinie und dem Rechts-Links-Gegensatz der französischen Politik in einer Dreiteilung des politischen Raums.³⁵⁴ Zwischen den gemäßigten Rechten und den Linken bleibe der Rechts-Links-

³⁴⁵ Vgl. Meunier 2004, S. 137; Ein konsequent nationalstaatliches Denken hingegen, so Reese-Schäfer, sei Samurai-Ethik einer verschworenen Gemeinschaft, die ausziehe, um den Weltmarkt zu erobern. Vgl. Reese-Schäfer 2007, S. 197

³⁴⁶ Vgl. Schild 2002b, S. 97

³⁴⁷ Vgl. Schild, Uterwedde 2006, S. 29

³⁴⁸ Vgl. Hooghe et al. 2002, S. 968f.

³⁴⁹ Vgl. de Vries, Edwards 2009, S. 22

³⁵⁰ Vgl. Charlot 1994, S. 128

³⁵¹ Vgl. Grunberg, Schweisguth 2003, S. 346

³⁵² Dies hat auch eine Expertenbefragung aus dem Jahr 1999 unter der Leitung von Gary Marks, Marco Steenbergen, David Scott und Carole Wilson gezeigt, vgl. Hooghe et al. 2002, S. 977ff.

³⁵³ Charlot 1994, S. 41

³⁵⁴ Vgl. zu der Dreiteilung auch Kriesi 2006, 950

Gegensatz weiterhin strukturierend. Die postmaterielle Konfliktlinie führe hingegen zu einer Konfrontation der extremen Rechten auf der einen Seite und den gemäßigten Rechten und Linken auf der anderen Seite. Die Autoren halten es für nicht geboten, die extreme Linke von den gemäßigten Linken zu unterscheiden, weil sie im Gegensatz zu den rechtsextremen Parteien nur graduelle, keine grundsätzlichen Differenzen erkennen. Aus diesem Grund sprechen sie nicht von einer Vierteilung des französischen politischen Raums.³⁵⁵

Der Rechts-Links-Gegensatz der nationalen Politik ist jedoch nicht sekundär für die Haltung zur Europäischen Integration. Prinzipiell lassen sich drei Modelle zum Zusammenhang der Positionierung auf der Rechts-Links-Achse und der Einstellung zur Europäischen Integration unterscheiden:

- Das Regulierungs-Modell: Die Position auf der Rechts-Links-Achse entspricht der Haltung zur Europäischen Integration und ihren Politiken. So fordern linke Parteien mehr Regulierung auf europäischer Ebene und rechte Parteien weniger Regulierung.
- Das Hix-Lord-Modell: Die Position auf der Rechts-Links-Achse ist unabhängig von der Haltung zur Europäischen Integration. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Aufgabe der nationalen Souveränität.
- Das Hooghe-Marks-Modell: Die Position auf der Rechts-Links-Achse entspricht der Haltungen zur Europäischen Integration, wenn Politiken der Umverteilung und der Regulierung der Wirtschaft betroffen sind.³⁵⁶

Es gibt sowohl Belege für das Hooghe-Marks-Modell als auch das Hix-Lord-Modell. Die Positionierung auf der Rechts-Links-Achse und die Haltung zum Europäischen Integrationsprozess spielt also in Abhängigkeit von den betroffenen Politikfeldern eine Rolle. Betrachtet man hier das linke politische Lager, so kann man festhalten, dass linksextreme Parteien euroskeptisch eingestellt sind, weil sie eine neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union kritisieren. In den Augen der extremen Linken können regulative Politiken nicht mehr die grundsätzlich neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union verändern. Auf diese Art und Weise kommen linksextreme Parteien auf einer anderen Grundlage zu denselben Schlussfolgerungen wie rechtsextreme Parteien.³⁵⁷ Die gemäßigte Linke hingegen sieht gerade in europäischen Politikfeldern – wie beispielsweise der Beschäftigungspolitik – einen spezifischen Weg, um nationale Defizite auf europäischer Ebene auszugleichen.

Bei institutionellen Fragen lassen sich die Haltungen von politischen Parteien jedoch weniger mit der Rechts-Links-Achse, als mit dem Modell von Hix-Lord erklären.³⁵⁸ Hix und Lord formulieren die These, dass sich die Europäische Integration nicht mit dem Rechts-Links-

³⁵⁵ Vgl. Grunberg, Schweisguth 2003, S. 346ff.; vgl. zur Rolle der Front national im politischen Wettbewerb auch die Debatte nach den Regionalwahlen 1998 und ein entsprechendes Dossier in *Le Monde* vom 21. April 1998; vgl. auch die Ausführungen von Christadler zu der Frage „Beeinflusst der Front national den nationalrepublikanischen Diskurs?“, vgl. Christadler 1999, S. 46ff.

³⁵⁶ Vgl. Hooghe et al. 2002, S. 971

³⁵⁷ Vgl. Hooghe et al. 2002, S. 974; vgl. hierzu auch die Analyse von de Vries, Edwards 2009

³⁵⁸ Vgl. Hooghe et al. 2002, S. 972

Gegensatz erfassen lässt, da sie quer durch die Parteien verläuft.³⁵⁹ Neben der postmaterialistischen Konfliktlinie und der Rechts-Links-Achse bildet also die pro- bzw. anti-europäische Konfliktlinie eine dritte Dimension, um die politische Auseinandersetzung mit der Europäischen Integration zu erklären. Die postmaterialistische Konfliktlinie zeigt jedoch, dass neben ökonomischen Präferenzen Identitätsfragen an Bedeutung gewonnen haben.³⁶⁰

2.4.2 Politisierung des politischen Wettbewerbs in Europa

Politische Parteien stehen vor einer doppelten Herausforderung: Sie müssen auf den gesellschaftlichen Wandel im Nationalstaat reagieren und ihr territorialer Bezugsrahmen und Handlungsspielraum werden aufgrund von Globalisierung und Europäisierung in Frage gestellt. Die Bildung eines Kartells auf nationaler Ebene kann eine mögliche Antwort auf beide Herausforderungen darstellen, läuft jedoch Gefahr, die Legitimität der Parteien zu untergraben. Auf europäischer Ebene besteht de facto ein solches Kartell der großen Parteien. Dies beruht auf einer bewussten Kooperationsstrategie der politischen Akteure und gleichzeitig auf institutionellen Zwängen des politischen Systems der Europäischen Union.

Die Europäische Union zeichnet sich durch „low partyness“³⁶¹ aus. Die Europäische Kommission versteht sich als apolitisch und technokratisch, der Ministerrat ist durch die stetigen Regierungswechsel faktisch eine Allparteienregierung und das Europäische Parlament ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse immer wieder zu großen Koalitionen gezwungen.³⁶² Entscheidungen werden im Europäischen Parlament in der Regel mit absoluter Mehrheit getroffen. Es gibt keine Regierungsmehrheit und Opposition, sondern wechselnde Koalitionen je nach politischer Debatte. Auch beruht die Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments in der Regel auf Absprachen zwischen den politischen Lagern und führt zu einem Wechsel nach der Hälfte der Legislaturperiode.

Das Europäische Parlament ist nicht der alleinige Gesetzgeber. Vielmehr fallen Entscheidungen in interinstitutionellen Verhandlungen. Die Kommission, der Ministerrat und das Parlament sind an diesem *bargaining* beteiligt, das Parlament tritt dort als ein geschlossener Akteur gegenüber Rat und Kommission auf.³⁶³ Im Ministerrat erleichtert das politikfeldübergreifende Geben und Nehmen in Form von Verhandlungspaketen die Einigung. Auch fühlen sich die Regierungsvertreter im Ministerrat weniger an ihre nationalen Parteien gebunden als auf nationaler Ebene. Sie können sich sogar mit dem Hinweis auf die Konsenszwänge der europäi-

³⁵⁹ „There is one cleavage in EU politics that cannot be squeezed into the single left-right dimension: the division between interests that support European integration, and interests that are adamantly opposed. (...) A more fundamental reason for the stubbornness of the ‚integration-sovereignty‘ cleavage is that it inherently undermines the cohesion of the main party families.“ Hix, Lord 1997, S. 26

³⁶⁰ Vgl. hierzu das Schaubild bei Hooghe, Marks 2009, S. 9

³⁶¹ Richard S. Katz zitiert nach: Hix, Lord 1997, S. 74

³⁶² Vgl. Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 26

³⁶³ Vgl. Mittag 2006, S. 32

schen Politik innerstaatlichem Druck entziehen.³⁶⁴ Hix und Lord sehen damit in den Regierungsvertretern die größte Konkurrenz für politische Parteien bei der Politikgestaltung auf europäischer Ebene.³⁶⁵ Moravcsik leitet hieraus seine These der Stärkung der nationalen Exekutiven ab. Denn Regierungs- und Oppositionsparteien sind aufgefordert, der eigenen Regierung zu folgen und ihr bei den europäischen Verhandlungen im Rat den Rücken zu stärken.³⁶⁶ Die Vertreter des *Governance*-Ansatzes lehnen Moravcsiks These zwar ab, allerdings findet auch für sie die Politikformulierung ohne parteipolitischen Einfluss statt. Für den europäischen Willensbildungsprozess dienen die zahlreichen Ausschüsse im System der Europäischen Union als Vehikel der Kommunikation und als Forum für Dialog und Argumentation. Wegen der fehlenden parteipolitischen Konkurrenz könnten sie effizient arbeiten und versuchten einen Konsens unter allen Mitgliedstaaten herbeizuführen. Angesicht der unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Mitgliedstaaten besteht für Markus Jachtenfuchs die Kunst allein schon darin, ein Problem überhaupt erst einmal präzise zu definieren.³⁶⁷ Die Unabhängigkeit der internationalen Technokraten von politischer Kontrolle steht laut Jachtenfuchs deutlich im Kontrast mit „der provinziellen Welt politischer Parteien“.³⁶⁸

Demokratiethoretisch ist der Apolitismus problematisch. Der mögliche Effizienzgewinn durch flexible Politikformulierung bedeutet gleichzeitig einen Verlust an parlamentarischer Kontrolle. Europäische Politik gerät in ein „Verhandlungs-Verantwortungs-Dilemma“ zwischen effizientem Entscheiden und mangelnder demokratischer Legitimation durch Parlamente und Parteien.³⁶⁹ Vor diesem Hintergrund wird eine Politisierung des Wettbewerbs auf europäischer Ebene als Möglichkeit gesehen, das Vertrauen der Bürger in die europäische Politik wiederzugewinnen. Eine fehlende Politisierung, so fürchtet zum Beispiel Simon Hix, könnte zu einer weiteren Abkehr der Bürger von der europäischen Politik und ihrem „bürokratischen Despotismus“³⁷⁰ führen.

Eine Politisierung des Wettbewerbs wird in der Regel mit der Behebung des europäischen Demokratiedefizits und der Forderung nach einer Parlamentarisierung der Europäischen Union in Verbindung gebracht. Kritiker wie Moravcsik halten diese Forderungen für verkürzt und idealisiert, da weder ein europäisches Volk noch ein europäischer Willensbildungsprozess existierten. Zudem seien Rolle und Funktion der Europäischen Union zu betrachten. Sie bearbeite komplexe Politikthemen, die oft auf das Desinteresse der Wähler stießen. Auch in „rei-

³⁶⁴ Vgl. Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 28; Edgar Grande spricht von dem „paradox of weakness“.

³⁶⁵ Vgl. Hix, Lord 1997, S. 75

³⁶⁶ Vgl. Stroh 2004, S. 19

³⁶⁷ Vgl. Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 23ff.

³⁶⁸ Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 39

³⁶⁹ Vgl. Jachtenfuchs, Kohler-Koch 2003, S. 24, vgl. auch Benz 2003

³⁷⁰ Hix, Bartolini 2006, S. 28

fen“ politischen Systemen gebe es Politikbereiche, in denen der demokratische Schutz schwächer ausgeprägt sei. Die Europäische Union stellt für Moravcsik keine Ausnahme dar.³⁷¹

Gegen eine Politisierung spricht zudem, dass die fehlende parteipolitische Profilierung gerade in transnationalen Parlamenten die Herstellung eines breiten Konsenses unter allen Mitgliedsstaaten unterstützt. Feste politische Mehrheiten könnten hingegen Staaten von der Europäischen Union entfernen.³⁷² Die regionale Integration bleibt nach Philipp Schmitter ein innovativer und experimenteller Prozess, der in einer Situation beträchtlicher Unsicherheit und Angst stattfindet. Die Akteure hätten keine Gewissheit über die möglichen Effekte von gemeinsamen Entscheidungen.³⁷³

Den nationalen politischen Eliten fällt es selbst schwer, die Legitimität und Autorität der europäischen Institutionen zu akzeptieren, auch wenn sie diese selbst geschaffen haben und in ihnen arbeiten. Die Anreizstrukturen sind gering, da die Mobilisierung der Wähler an den Erwerb politischer Macht gebunden ist und europäische politische Programme ohne direkte Relevanz nur schwer zu vermitteln sind.³⁷⁴ Der permanente Kampf des Europäischen Parlaments um Anerkennung als das Gewissen der Europäischen Union, als die Stimme der europäischen Völker und als ein großes europäisches Forum entspricht nicht der Wahrnehmung von außen – zumindest in der Deutung von Juliet Lodge.³⁷⁵

Simon Hix hält jedoch eine moderate Politisierung für möglich und vor dem Hintergrund der Kluft zwischen Bürgern und Eliten auch für geboten. Mögliche negative Effekte würden durch das politische System der Europäischen Union begrenzt, das mehr als jedes andere moderne Regierungssystem auf Konsens ausgerichtet sei.³⁷⁶

2.4.3 Europäisierung der nationalen Solidarität und Öffentlichkeit

Die fehlende Europäisierung der Öffentlichkeit kann eine Politisierung der Europäischen Union erschweren. Sie ist jedoch nicht nur normativ erwünscht, sondern zugleich notwendig. Das als Dilemma von Verhandlung und Verantwortung beschriebene Problem zwischen Effizienz und Legitimität der europäischen Politik kann in einer Situation brisant werden, in der die Ausrichtung der europäischen Politik den nationalen Zielen zuwiderläuft. Mit der Einführung der qualifizierten Mehrheit kann ein Mitgliedsstaat im Ministerrat in wichtigen politi-

³⁷¹ Vgl. Moravcsik 2002; vgl. auch Strohmeier 2007; vgl. zu einer kritischen Einschätzung auch Stefano Bartolini: Aufgabe der Europäischen Union sei es, auf europäischer Ebene Probleme zu lösen. „Grâce à la séparation des critères de rationalité économique (réservés à l’UE) des autres objectifs, politique, culturel et social (réservés à l’État nation), l’UE a joui d’une position privilégiée, choisissant de laisser ces derniers problèmes hors de sa compétence.“ Bartolini hält die Voraussetzungen für eine Politisierung für zahlreich und in ihren Konsequenzen für unwägbar. Vgl. Hix, Bartolini 2006, S. 49; 46

³⁷² Vgl. Hix, Lord 1997, S. 117

³⁷³ Vgl. Schmitter 2005, S. 59

³⁷⁴ Vgl. eine Liste mit Mängeln bei Lodge 1996, S. 21

³⁷⁵ Vgl. Lodge 1996, S. 29

³⁷⁶ „Le système européen compte tant de poids et contrepoids pour protéger les intérêts des minorités et veiller à la construction de grandes coalitions qu’un soupçon de contestation politique ne risque pas de perturber le cadre institutionnel de base. Un surcroît de politique au sein de l’UE a peu de chances de se produire.“ Hix, Bartolini 2006, S. 13; 28

schen Fragen überstimmt werden oder der Europäische Gerichtshof eine nationale Bestimmung wegen des Vorrangs des europäischen Rechts außer Kraft setzen.³⁷⁷ Zudem bedarf eine gestaltende europäische Politik, die über die Beseitigung von Wettbewerbshindernissen hinausgeht, eines gemeinsamen Willens und der Zustimmung der Bürger.³⁷⁸

Eine fehlende europäische Öffentlichkeit und Identität birgt Konfliktpotential, das sich in Zeiten der Krise entladen kann. So lösen fiskalische Umverteilungsmaßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Befürchtungen und Rivalitäten aus und der Zustrom von Arbeitskräften weckt Ängste vor Beschäftigungsverlust. Gegenwärtig befindet sich die Europäische Union in einem „friedlichen Naturzustand“³⁷⁹ zwischen ihren Mitgliedstaaten. Zur Überwindung des Naturzustandes, so fordert Claus Offe, müsse neben die negative Integration zur Schaffung der Märkte und zur Beseitigung von Wettbewerbshindernissen, die positive Integration treten. Nur diese könne den Grundstein einer europäischen Gesellschaft legen.³⁸⁰

Das Vertrauen in die Steuerungsmöglichkeiten und Organisationsleistungen des Staates gegenüber dem Markt bildet ein identitätsstiftendes Merkmal der europäischen Nationalstaaten.³⁸¹ Europäischen Gesellschaften ist es gelungen, ihre industriellen Konflikte auf institutionalisiertem Weg zu lösen, Mitbestimmung zu gewähren und die soziale Sicherung über den Wohlfahrtsstaat zu garantieren.³⁸² Die identitätsstiftende Wirkung des europäischen Sozialmodells hat die Europäische Kommission unter Leitung des Franzosen Jacques Delors bereits Mitte der 1980er Jahre erkannt. Der Begriff tauchte erstmals in den Berichten der Kommission auf, und es wurde eine soziale Dimension für den europäischen Binnenmarkt gefordert.³⁸³ Das Problem der positiven Integration in Europa – die eben nicht nur Wettbewerbshindernisse abbaut, sondern gemeinsame Regelungen auf europäischer Ebene festschreiben will – bleibt jedoch die enorme Interessendivergenz der Mitgliedstaaten. So ist allein die Definition des Europäischen Sozialmodells bis heute ambivalent und vage.

Die Erweiterung der Europäischen Union auf inzwischen 27 Mitglieder hat die Herausbildung einer europäischen Solidargemeinschaft weiter erschwert. Anstelle einer „sentimentalen Ver-

³⁷⁷ Vgl. Schild 2003, S. 32

³⁷⁸ Vgl. Habermas, Derrida 2003, S. 878

³⁷⁹ Offe 2001, S. 432

³⁸⁰ Vgl. Offe 2001, S. 433

³⁸¹ Vgl. Habermas, Derrida 2003, S. 880; vgl. insbesondere die Rolle der osteuropäischen Beitrittsländer (damals noch): von Lucke 2003, S. 803; vgl. Schulze 2002, S. 41

³⁸² Offe 2001, S. 427

³⁸³ Vgl. Milner 2005, S. 107; Die Europäische Kommission definierte die Sozialpolitik 1993 als die volle Bandbreite der Politiken im sozialen Bereich, einschließlich der Arbeitsmarktpolitik. Zu den Politiken im sozialen Bereich gehören Fragen der sozialen Sicherheit, der interpersonellen Einkommensumverteilung, Maßnahmen der interregionalen Umverteilung sowie der sozialen Regulierung wie beispielsweise Schutz von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie Industrie- und Arbeitsmarktpolitiken. Die Verbesserung der Lebensqualität im Bereich von Umwelt- und Verbraucherschutz wird nicht zur Sozialpolitik gezählt. Vgl. Wielgoß 2002, S. 74

gangenheitsschwärmerei³⁸⁴ wird eine realistische Sichtweise der Europäischen Union gefordert, denn finanzielle Transferleistungen und wachsende Arbeitsmigration sind bereits absehbar.³⁸⁵ Der Versuch, den „Pflug des Sozialmodells vor das Rind der Identitätssuche“³⁸⁶ zu spannen, vernachlässigt die Sorgen der Bürger der Europäischen Union. Die besondere Herausforderung der europäischen Sozialpolitik ist in der Tat, dass sie etwas voraussetzt, das sie selbst erst erzeugen soll.³⁸⁷ Portugiesen und Deutsche, Österreicher und Griechen müssten bereit sein, sich gegenseitig als Bürger desselben politischen Gemeinwesens anzuerkennen³⁸⁸ und zur europaweiten Umverteilung bereit sein. Der nationalstaatlich verwurzelte Begriff der Solidarität müsste europäisiert und die territoriale Verbundenheit durch „Solidarität unter Fremden“³⁸⁹ ersetzt werden.

Eine europäische Öffentlichkeit kann helfen, gemeinsame Problemwahrnehmungen und Relevanzstrukturen herzustellen. Europäische Öffentlichkeit kann sich dadurch auszeichnen, dass sie eben nicht auf einem europäischen Volk basiert, sondern ein Netzwerk aus individuellen und kollektiven Akteuren bildet.³⁹⁰ Hierzu bedarf es keiner vorpolitischen Gemeinschaft, denn die kollektive Identität geht laut Jürgen Habermas aus dem demokratischen Prozess hervor.³⁹¹ Der Demos wird in der öffentlichen Kommunikation immer wieder hergestellt. Eine europäische Öffentlichkeit wäre gegeben, wenn in verschiedenen Mitgliedstaaten zeitgleich eine Diskussion zwischen gleichberechtigten Akteuren unterschiedlicher Nationalitäten über dieselben Themen auf der Basis derselben Grundvorstellungen stattfinden würde.³⁹² Jürgen Habermas und Jacques Derrida werten die europaweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg im Februar 2003 als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit.³⁹³ Zur Herstellung von gemeinsamen Relevanzstrukturen und Problemwahrnehmungen kann nach Habermas unabhängig von Sprachbarrieren jede nationale Zeitung beitragen, indem sie Debatten

³⁸⁴ Weidenfeld 2002, S. 38f.

³⁸⁵ Vgl. Schild 2002b, S. 103; Die Problematik verdeutlicht auch dieses Zitat aus dem Economist: „Individual EU governments set their own (very different) tax rates and run their own (equally diverse) welfare systems. Unemployment is a national problem. National public accounts will end up groaning under the weight of public debt. But thanks to the EU's single market, the gains from a return to growth will not remain within one country's borders, nor will that growth be controlled by any one government. Such paradoxes make many national politicians anxious.“ Charlemagne: Fingers in the Dyke. The Economist, 19. März 2009. Vgl. auch Lamping: „Das EU-Erweiterungsdilemma besteht darin, dass der Beitritt der mittel-osteuropäischen Staaten die Annahme gemeinsamer sozialpolitischer Standards ganz zu schweigen von redistributiven Politiken verunmöglicht hat, gleichzeitig jedoch aufgrund des rüden innereuropäischen Standortwettbewerbs die Notwendigkeit gemeinsamer Entscheidungsfindung auf sozialpolitischem Gebiet noch gewachsen ist.“ Lamping 2008, S. 611

³⁸⁶ Bouvet 2008, S. 171

³⁸⁷ Vgl. Lamping 2008, S. 615

³⁸⁸ Vgl. Habermas, Derrida 2003, S. 805

³⁸⁹ Reese-Schäfer 2007, S. 209; Die Geschichte der Arbeiterbewegung dient Reese-Schäfer als Beispiel für die Solidarität unter Fremden, in diesem Falle unter Genossen.

³⁹⁰ Vgl. Eder 2003, S. 115f.

³⁹¹ Vgl. Habermas 2001; In der wissenschaftlichen Debatte gibt es allerdings kein Konsens, ob die kollektive Identität aus dem demokratischen Prozess hervorgeht, oder ob eine gemeinsame europäische Identität Voraussetzung für eine europäische Demokratie und Öffentlichkeit ist. Vgl. Mittag 2006, S. 30

³⁹² Vgl. Thomas Risse, Marianne Van de Steeg, zitiert nach Kurpas 2008, S. 206

³⁹³ Vgl. Habermas, Derrida 2003, S. 877

aus den Nachbarländern aufgreift.³⁹⁴ Eine europäische Öffentlichkeit ist eben keine projektive Vergrößerung der innerstaatlichen Öffentlichkeit:

„Sie kann nur so entstehen, dass sich die intakt bleibenden Kommunikationskreisläufe der nationalen Arenen füreinander öffnen.“³⁹⁵

Das zugrunde liegende Modell der sich in einer europäischen Öffentlichkeit vollziehenden europäischen Identität und Solidarität ist das einer Staatsnation nach dem französischen Vorbild. Sie beruht auf einem Bekenntnis zu einer politischen Willensgemeinschaft und ist keine Abstammungsgemeinschaft.³⁹⁶ Die von der Zugehörigkeit zur Nation getrennte Identität müsste jedoch utilitaristisch begründet werden. Was nützt es den Staatsbürgern, sich einer europäischen Gesellschaft anzuschließen?³⁹⁷ Eine mögliche Antwort könnte beispielsweise sein, dass die Herausforderungen der Globalisierung ein geeintes Europa erfordern.

Sein offenes Nationenkonzept erleichtert es Frankreich prinzipiell, eine europäische Identität als eine Erweiterung der eigenen Identität aufzufassen. Europa kann somit zu einem neuen Raum für die eigene nationale Identität, Geschichte und Kultur werden. In der Tat gelang es Frankreich und vor allem der politischen Linken in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, das historische und kulturelle Erbe des Nationalstaats auf Europa zu übertragen und die zivilisatorische Mission von Frankreich auf Europa auszuweiten.³⁹⁸ Der Gaullismus erfuhr auf diese Art und Weise eine Europäisierung.³⁹⁹

Frankreichs gewachsene Europaskepsis kann als eine unbewusste Reaktion auf den Verlust des universalistischen Gesellschaftsprojekts gesehen werden.⁴⁰⁰ Wäre Europa nach französischem Vorbild geformt worden, dann wäre es eine Großmacht (*Europe puissance*) und die Politik wäre der Wirtschaft übergeordnet (*Europe sociale*). Die Exekutive würde dominieren und geographisch wäre Europa ein territorial definiertes und begrenztes Projekt.⁴⁰¹ Das Vermögen, die eigene Nation jenseits der Landesgrenzen zu sehen, hängt somit auch von der Vorstellung der Gemeinschaft jenseits dieser Grenzen ab.⁴⁰² In der Regel wird diese von den französischen Eliten als ein größeres Frankreich gezeichnet.

„Ces derniers [les dirigeants français] masquent une réalité politique sur laquelle ils échouent de plus en plus à exercer leur influence, s’attribuent le mérite d’une Europe

³⁹⁴ Vgl. Habermas 2001

³⁹⁵ Habermas 2001

³⁹⁶ Vgl. Habermas 1994, S. 13; vgl. Bouvet 2008, S. 172f.

³⁹⁷ Vgl. Ferry 1994, S. 38ff.; vgl. Bouvet 2008, S. 172f.

³⁹⁸ Vgl. Marcussen et al. 2001, S. 107; So schrieben sie 1991 in ihrem sozialistischen Projekt für das Jahr 2000: „Le XXI^e siècle semble menacer une manière traditionnelle de concevoir notre pays et sa place dans le monde. Mais la France n’a jamais été une réalité achevée, une donnée figée de la nature et de l’histoire. (...) Il n’existe pas une unité nationale ethnique mais une identité historique et culturelle. (...) En France, le civisme républicain peut constituer le plus court chemin vers l’universel. L’attachement au sol, à une ethnie, à une religion y compte moins que l’adhésion aux valeurs universelles de l’intelligence, illustrée par une grande tradition culturelle.“ Parti Socialiste 1992, S. 100f.

³⁹⁹ Vgl. Schubert 1989

⁴⁰⁰ Vgl. Bossuat 2007, S. 24

⁴⁰¹ Vgl. Schild 2008, S. 7

⁴⁰² Vgl. Schild 2002b, S. 82f.

idéale qui n'existe que dans leurs discours et privent en définitive ceux qu'ils sont censés représenter de la possibilité de s'approprier la réalité européenne. Leur impéritie alimente l'euroscpticisme qu'ils font mine de déplorer.⁴⁰³

2.5 Fazit: Europäisierung als Antwort auf die Globalisierung

Das Ende des permissiven Konsenses hat zu einer Politisierung der Europäischen Integration geführt. In Frankreich wirkte das Referendum über den Vertrag von Maastricht wie ein Katalysator. Die Politisierung hat die latenten Konfliktlinien über den Integrationsprozess auf die politische Tagesordnung gebracht. Die Konfliktlinie über die weitere Übertragung nationalstaatlicher Souveränität hat sich ausdifferenziert. Die europapolitischen Konflikte verlaufen nun auch entlang der Rechts-Links-Achse der Politik sowie entlang universalistischer und anti-universalistischer Wertvorstellungen.

Die Politisierung des Integrationsprozesses und die Zunahme an Konflikten erklären, warum politische Parteien sich europäisieren müssen. Angesichts der Überlagerung der Konflikte der Europäischen Integration mit denen der Globalisierung entspricht die Europäisierung von Parteien nicht nur einer normativen Forderung, sondern ist eine realpolitische Notwendigkeit. Der ökonomisch gesteuerte Prozess der Globalisierung verlangt in den Augen der Wähler nach einem sozialen Ausgleich. Ein allein an ökonomischer Effizienz orientierter europäischer Integrationsprozess greift zu kurz, um den Erwartungen der Wählerschaft zu entsprechen. Die Prozesse der nationalen Öffnung – sei es auf europäischer oder globaler Ebene – betreffen sie inzwischen in ihrem alltäglichen (Arbeits-)leben und beeinflussen ihr Wahl- und Protestverhalten. Es muss im ureigenen Interesse der politischen Parteien liegen, die Europäische Union als ein Schutzschild gegen die Globalisierung darzustellen.

Parteiübergreifend lässt sich jedoch auch ein Interesse beobachten, Wählererwartungen zu minimieren und die Folgen von Europäisierung und Globalisierung nicht zu thematisieren. Der politische Wettbewerb soll vor dem Hintergrund von Individualisierung und Volatilität der Wähler berechenbar bleiben. Diese bei den Regierungsparteien zu beobachtende Tendenz wird jedoch durch die Anti-Kartellparteien wie die rechtsextreme *Front national* und im geringeren Maße die linksextremen Parteien sowie die globalisierungskritische und soziale Bewegung herausgefordert.

Das Dilemma der Regierungsparteien – Europa inklusive seiner Nebenfolgen zu verteidigen und den soziopolitischen Unterbau des Integrationsprozesses zu stärken – ist angesichts der realpolitischen Entwicklung der Europäischen Union und des Wertewandels weiter erschwert worden. Die Vertiefung des Integrationsprozesses wurde immer weiter hinausgezögert, wohingegen die Erweiterung der Europäischen Union vollzogen wurde. Der Wertewandel hat

⁴⁰³ Autret 2008, S. 29f.

darüber hinaus dazu geführt, dass die Repräsentationsfunktion der Parteien und ihre Bindewirkung nachgelassen haben. Parteien haben sich professionalisiert, streben den Machterhalt an und haben sich von der Gesellschaft entfernt.

Die Europäisierung von Parteien muss also unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Trotz aller Nebenfolgen, die für sozialdemokratische Parteien wegen der dominierenden ökonomischen Integration besonders schwer wiegen, müssen sie sich als Regierungspartei loyal zu dem Integrationsprozess verhalten. Gleichzeitig müssen sie jedoch für eine neue Ausrichtung des Integrationsprozesses eintreten. Der geringe parteipolitische Einfluss auf europäischer Ebene erschwert eine Strategie der Europäisierung. Die innerparteiliche Mauer des Widerstandes ist schwer zu überwinden, wenn keine überzeugenden Argumente im Hinblick auf ein soziales Europa vorgebracht werden.

III. Geschichte und Identität der *Parti socialiste*

Der historische Neoinstitutionalismus betont die Bedeutung des Gründungs Moments einer Organisation für ihre gegenwärtige Entwicklung. Der Umgang eines Akteurs mit aktuellen Herausforderungen erklärt sich demnach mit dem historischen Pfad, den dieser einmal eingeschlagen hat. Für die *Parti socialiste* sind ihre historische Entwicklung und die damit verbundenen sozialistischen Werte immer eine Referenz geblieben und haben ihre Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft nachhaltig beeinflusst.⁴⁰⁴

3.1 Die französischen Sozialisten und die historischen Besonderheiten

3.1.1 Die soziale, politische und nationale Frage vor dem Ersten Weltkrieg

Drei Fragen haben die Entstehung sozialdemokratischer Parteien in Europa beeinflusst: die soziale, die politische und die nationale Frage.⁴⁰⁵ Abhängig von der Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie den nationalen Rahmenbedingungen gaben die sozialdemokratischen Parteien jedoch unterschiedliche Antworten. Wirkten diese Fragen somit einerseits identitätsstiftend für die Parteifamilie, haben sie andererseits auch zur Herauskristallisierung einzelner Typen der Sozialdemokratie beigetragen und ihnen eine nationale Prägung verliehen.

Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung war in Frankreich außergewöhnlich groß.⁴⁰⁶ Ideologische Grundsatzfragen, die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen und die Haltung zu den Gewerkschaften bildeten die Hauptstreitpunkte zwischen den zentralen Vertretern Jules Guesde, Édouard Vaillant und Jean Jaurès. Der Wunsch der Zweiten Internationale nach einer starken und vereinten sozialistischen Partei in Frankreich führte schließlich zur Einigung der französischen Arbeiterbewegung. 30 Jahre nach dem Gothaer Einigungsparteitag der deutschen Sozialdemokraten gründete sich 1905 die *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO).

Die Partei erbt die organisatorischen Besonderheiten des von Guesde geprägten Vorläufers mit einer Vielzahl an politischen Strömungen, einer dezentralen Organisationsstruktur und einem schwachen innerparteilichen Zusammenhalt.⁴⁰⁷ Die Zersplitterung der sozialistischen Bewegung war und blieb ein Merkmal der Partei. Die SFIO teilte sich nur zwei Jahre nach Parteigründung wieder in ihre verschiedenen Strömungen auf, die in der ständigen Verwal-

⁴⁰⁴ „Les militants, les élus et les dirigeants, dans la façon dont ils gèrent les changements politiques et sociétaux, réagissent avec des instruments et des cadres cognitifs largement modélés par l'histoire de l'institution partisane.“ Lefebvre, Sawicki 2006, S. 42

⁴⁰⁵ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 59

⁴⁰⁶ Vgl. hierzu ausführlich: von Oppeln 1986, S. 588, vgl. Fenske et al. 2003, S. 456, vgl. Kergoat 1997, S. 8ff.

⁴⁰⁷ Vgl. Panebianco 1988, S. 96

tungskommission der Partei proportional vertreten waren.⁴⁰⁸ Die Strömungen existierten eigenständig und versammelten sich bei den Kongressen getrennt. Die Parteiführung übte nur wenig Macht aus. Diese lag bei den Vorsitzenden der großen Föderationen und entsprach der Honoratiorenstruktur der SFIO. Das politische Zentrum der Partei befand sich – entsprechend der bedeutenden Rolle des Parlaments in der III. Republik – bei der parlamentarischen Fraktion unter der Führung von Jean Jaurès.⁴⁰⁹ Die schwachen Parteistrukturen drückten sich auch in den Mitgliederzahlen aus. Während die deutsche Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg rund 1.685.000 Mitglieder zählte, hatte die SFIO 1914 nur etwa 93.000 Anhänger.⁴¹⁰

Die soziale Frage stellte sich in Frankreich unter anderen Voraussetzungen als in Deutschland oder in Großbritannien. In Deutschland war die Arbeiterklasse eine anteilmäßig starke Bevölkerungsgruppe und die Gewerkschaften eine mächtige und vereinte Bewegung, die die politische Repräsentation durch die Sozialdemokratie akzeptierte. Die ab 1872 einsetzende Verfolgung der sozialistischen Organisationen und ihre ersten Wahlerfolge trugen zur Einheit der Bewegung bei. Das britische Modell wurde durch die frühen Kontakte der Gewerkschaften zum parlamentarischen System und zur liberalen Partei geprägt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wuchs bei den britischen Gewerkschaften die Überzeugung für eine eigene parlamentarische Repräsentation, die 1906 zur Gründung der Arbeiterpartei führte. Im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie fehlten ihr allerdings marxistische und revolutionäre Bezüge.⁴¹¹

Die industrielle Revolution setzte in Frankreich zwar früh ein, schritt aber nur langsam voran. Eine disziplinierte Arbeiterpartei konnte wegen des fehlenden industriellen *take-off* nicht entstehen.⁴¹² Im Unterschied zu Großbritannien und Deutschland lehnten Arbeiter und Gewerkschaften darüber hinaus die Zusammenarbeit in einer Arbeiterpartei ab. Die französischen Arbeiter misstrauten der politischen Interessenvertretung. Die politische Auseinandersetzung war nicht nur gefährlich, wie die Revolution von 1848 und die Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 gezeigt hatten, sondern auch ambivalent, weil die demokratischen Eliten des Bürgertums diese auch zu ihrem eigenen Nutzen vorantrieb.⁴¹³ Die Niederschlagung der Kommune führte zu einer grundlegenden Enttäuschung der Arbeiter über die parlamentarische Demokratie.⁴¹⁴

⁴⁰⁸ Vgl. Caron, Favier 1991, S. 488

⁴⁰⁹ Vgl. Portelli 1998, S. 11ff; Stephan 2001, S. 37

⁴¹⁰ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 37; 51

⁴¹¹ Vgl. Grunberg 1997 17ff., Bergounioux, Grunberg 1996, S. 27–57

⁴¹² Vgl. Hüser 2000, S. 19

⁴¹³ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 22

⁴¹⁴ Bei der Pariser Kommune handelte es sich zwar um keine Revolution der Arbeiter, aber für die Arbeiterschaft war die Erfahrung traumatisch, weil 78,4 Prozent der verhafteten Kommunarden und 81,4 Prozent der Deportierten Arbeiter waren. Vgl. zu der Einordnung und Bedeutung der Niederschlagung der Kommune Bergounioux, Grunberg 2005, S. 20, Kergoat 1997, S. 3ff; Portelli 1980b, S. 17, Noiriol 1986, S. 75; Grunberg 1997, S. 11

Nach der Niederschlagung der Kommune verteidigten Sozialisten und republikanische Radikale gemeinsam die noch junge III. Republik gegen die Restauration der Monarchie.⁴¹⁵ Erst als die republikanische Staatsform sich um 1880 durchsetzte und die soziale Frage auch in Frankreich an Bedeutung gewann, distanzierte sich die sozialistische Bewegung von den bürgerlichen Radikalen. Es gilt als allgemein anerkannt, dass die Natur des französischen Sozialismus im republikanischen Radikalismus liegt.⁴¹⁶ Der Partei fehlten sozialdemokratische Strukturen, da sie nicht in der Arbeiterschaft verankert und mit den Gewerkschaften verbunden war.⁴¹⁷ Bergounioux und Grunberg warnen jedoch davor, die politische Identität der Sozialisten losgelöst von ihrem Diskurs zu analysieren, mit dem diese sich selbst in die Tradition des Sozialismus stellen. Die Abwesenheit sozialdemokratischer Strukturen reiche nicht aus, um der *Parti socialiste* den sozialistischen Charakter abzusprechen.⁴¹⁸

Nach der republikanischen Synthese um 1880 blieb der Stellenwert der Republik für die Verfolgung der sozialistischen Ziele länger als in anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien umstritten. In Abgrenzung von den republikanischen Radikalen beanspruchten die Sozialisten die Vertretung einer sozialen Klasse, die sich nicht auf der Grundlage von parlamentarischen Mehrheiten oder Minderheiten bildete.⁴¹⁹ Das 1848 in Abwesenheit von Partei- und Klassenidentitäten eingeführte allgemeine Männerwahlrecht war nicht unangreifbar, wie die in den Diskursen der Guesdisten immer wieder auftauchende Formel „mit dem Stimmzettel oder dem Gewehr“⁴²⁰ zeigte.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Guesde, Vaillant und Jaurès über den Stellenwert der Republik erschwerten die Antwort auf die sich stellende demokratische Frage.⁴²¹ Jean Jaurès führte 1908 auf dem Parteitag von Toulouse eine Synthese herbei, die einerseits die Teilnahme an Wahlen als eine wesentliche Aufgabe des Sozialismus sah, jedoch andererseits den revolutionären Charakter der Partei bekräftigte.⁴²² Jaurès löste die Konflikte zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum sowie zwischen den Anhängern der Republik und der alten Ordnung auf: Als offensives Element sah er den Klassenkampf und als defensives Element die Verteidigung der Republik. Auf diese Weise ermöglichte Jaurès eine Integration der französischen Sozialisten in das politische System.⁴²³

⁴¹⁵ Die 1877 von Jules Guesde gegründete Zeitung „L'Égalité“ trug noch den Untertitel „republikanisch, atheistisch, sozialistisch“, vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 25

⁴¹⁶ Vgl. Portelli 1998, S. 23; vgl. auch Goetschel, Morin 2007, S. 4

⁴¹⁷ Vgl. Portelli 1998, S. 17

⁴¹⁸ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1992, S. 11

⁴¹⁹ Vgl. Kergoat 1997, S. 3

⁴²⁰ „Par le bulletin ou par le fusil“: Bergounioux, Grunberg 2005, S. 21

⁴²¹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 53

⁴²² Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 23

⁴²³ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 70; 78

Der sich seit 1890 bei den Sozialisten abzeichnende politische Reformismus triumphierte paradoxerweise in dem Moment, als in der Arbeiterklasse die antiparlamentarischen Tendenzen einen wachsenden Erfolg erzielten.⁴²⁴ Für die französischen Gewerkschaften gab es keinen Grund, der sozialistischen Bewegung eine Führungsrolle zu überlassen. Sie reagierten auf die antiparlamentarischen Tendenzen in der Arbeiterschaft mit einer revolutionären Strategie, die keiner politischen Vermittlung bedurfte.⁴²⁵ Die Gewerkschaften misstrauten der Politik und verabschiedeten 1906 auf dem Kongress von Amiens die sogenannte *Charte d'Amiens*, die die Neugestaltung der Gesellschaft unabhängig vom parlamentarischen Sozialismus vorsah. Die Gründung einer sozialdemokratischen Partei nach deutschem Vorbild war damit ausgeschlossen und der sozialistischen Partei fehlte durch die mangelnde Gewerkschaftsanbindung ein moderierendes und legitimierendes Element im Verhältnis zu den Parteimitgliedern und zur Arbeiterschaft.

Neben der sozialen und demokratischen Frage wurde die sozialistische Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts mit der nationalen Frage konfrontiert, die die Sozialisten zu einem Ausgleich zwischen dem Internationalismus und den nationalen Realitäten herausforderte. Der Internationalismus hatte die Parteien der sozialdemokratischen Bewegung seit ihren Ursprüngen zu Parteien *sui generis* gemacht.⁴²⁶ Der Internationalismus basierte auf der Annahme des Marxismus, dass das Proletariat von nationalen Ressentiments frei sei, sobald es einmal von der Notwendigkeit des Klassenkampfes überzeugt sei.⁴²⁷ Die Sozialisten hielten zwar an ihrer internationalen Doktrin fest, die die Nationen zu einem vorübergehenden Phänomen erklärte, arrangierten sich jedoch mit der politischen Realität, die ihre Integration in das nationale politische System vorantrieb. Der Internationalismus der Sozialisten war demnach im eigentlichen Wortsinne „inter-national“.⁴²⁸ Jaurès versuchte den Widerspruch zwischen Internationalismus und Nation aufzulösen, indem er erklärte, dass ein wenig Internationalismus vom Vaterland entferne, viel Internationalismus aber wieder zurückführe.⁴²⁹

Nach der Ermordung von Jean Jaurès am 31. Juli 1914 traten die französischen Sozialisten am 2. August 1914 der *Union sacrée* bei. Im Moment der nationalen Gefahren und des Ausnahmezustands bekannten sie sich zu ihrer republikanischen Gesinnung: Aus der sozialistischen Bewegung waren in Europa nationale Parteien hervorgegangen, die ihre internationalen Zielsetzungen den politischen Realitäten unterordneten.⁴³⁰ Noch heute ist der Internationalismus,

⁴²⁴ Vgl. Portelli 1980b, S. 16.

⁴²⁵ Vgl. Portelli 1980b, S. 15f.

⁴²⁶ Vgl. von Beyme 1982, S. 86. Beyme führt zwei zentrale Gründe für seine These an: Die Entstehung außerhalb des Parlaments und der Anspruch auf eine internationale Bewegung.

⁴²⁷ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 77

⁴²⁸ Vgl. Devin 1996, S. 414

⁴²⁹ „Un peu d'internationalisme éloigne de la patrie, beaucoup d'internationalisme y ramène.“ Bergounioux, Grunberg 2005, S. 32

⁴³⁰ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 76

verstanden als Solidarität zwischen sozialen Gruppen verschiedener Nationalstaaten, jedoch Wert und Praxis der Sozialisten zugleich.⁴³¹

„Le besoin de croire, de produire des espérances, de les renouveler, conforte l’engagement, le déclenche pour parti, le stimule ensuite. La remarque vaut tout particulièrement pour les tenants du socialisme démocratique qui doivent sans cesse justifier leurs pratiques réformistes en démontrant qu’ils ne renoncent pas à des perspectives plus ambitieuses. L’internationalisme remplit cette fonction compensatrice. Il maintient un lien avec des idéaux partagés qui font vibrer le militant.“⁴³²

3.1.2 Die französischen Sozialisten vor der kommunistischen Herausforderung

Die strukturellen Schwächen des französischen Sozialismus ebneten dem Kommunismus den Weg und machten letzteren nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 1970er Jahre zur dominierenden Kraft im linken Lager. Der französische Kommunismus sprach nicht nur Intellektuelle und Linke an, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung, die ihre revolutionären Ambitionen nicht aufgegeben hatte. Die Kommunisten dominierten die Gewerkschaften, in denen die Sozialisten zu einer Minderheit wurden.⁴³³

Die Oktoberrevolution von 1917 hatte in Frankreich revolutionäre und internationalistische Identitäten geweckt.⁴³⁴ Viele vom Bolschewismus faszinierte Männer traten in der Folge der SFIO bei. Die Mitgliederzahl wuchs von etwa 57.000 zu Beginn des Jahres 1919 auf 180.000 Anhänger am Ende des Jahres 1920. Im Dezember 1920 kam es allerdings auf dem Parteitag von Tours zur Spaltung der SFIO. Etwa zwei Drittel der Mitglieder wechselten zur *Section française de l’Internationale communiste*, mit 50.449 Parteimitgliedern fiel die SFIO in etwa wieder auf das Niveau aus dem Jahr 1919 zurück.⁴³⁵

Das Verhältnis der Sozialisten zu den Kommunisten war in der Folge geprägt von Faszination und Ablehnung. Léon Blum hoffte 1920, dass es nur ein Familienstreit sei und dass die vom Weg Abgekommenen unter das gemeinsame Dach zurückkehrten.⁴³⁶ Er betonte die gemeinsamen Ziele von Kommunisten und Sozialisten.⁴³⁷ Die kommunistische Organisationsform des demokratischen Zentralismus wurde von den Sozialisten jedoch entschieden abgelehnt. Auch gab es in den 1920er Jahren immer eine antikommunistische Strömung, die sich vor allem gegen die stalinistische Politik richtete. Wegen des ursprünglichen Zusammengehörigkeitsgefühls blieb das Verhältnis zum Kommunismus ambivalent.⁴³⁸

Die Integration der SFIO in das politische System schritt nach der Abspaltung der Kommunisten voran. Trotz des massiven Mitgliederschwunds wurde die SFIO ab 1928 wieder zur

⁴³¹ Vgl. Devin 1996, S. 413

⁴³² Devin 1996, S. 418

⁴³³ Vgl. von Beyme 1982, S. 93

⁴³⁴ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 105

⁴³⁵ Vgl. Portelli 1998, S. 14 und Brunet 2003, S. 1155

⁴³⁶ Vgl. Winock 1999, S. 204

⁴³⁷ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 522

⁴³⁸ Vgl. Portelli 1998, S. 29

wählerstärksten Partei der Linken. Die Mandatsträger waren zu einem großen Teil der SFIO treu geblieben. 1936 bildeten SFIO und die Radikalsozialisten (*Parti républicain, radical et radical-socialiste*) mit Unterstützung der Kommunisten die Volksfrontregierung.⁴³⁹ Die *Front populaire* blieb für Jahrzehnte eine Referenz für die Einheit der Linken und für die Möglichkeit tiefgreifender sozialer Reformen. Auch zeigte sie, dass eine linke Politik mit der Akzeptanz des parlamentarischen Systems einhergehen konnte.⁴⁴⁰ Blum hatte hierfür die theoretische Grundlage geliefert und unterschied zwischen der Eroberung und der Ausübung der Macht.⁴⁴¹ Diese Differenzierung erlaubte, die revolutionären Ambitionen der SFIO zu bewahren und gleichzeitig die Integration in das politische System fortzusetzen.

Nach Billigung des Hitler-Stalin-Pakts 1939 durch die kommunistische Partei stimmte die SFIO der Aufhebung der Abgeordnetenrechte der Kommunisten zu. Der Antikommunismus der Sozialisten erreichte mit dem Hitler-Stalin-Pakt einen Höhepunkt.⁴⁴² Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs und der Etablierung des Vichy-Regimes existierte die SFIO nur noch im Untergrund und ein Teil der sozialistischen Anhänger schloss sich den existierenden Widerstandsgruppen an.⁴⁴³ Der Widerstand gegen das Vichy-Regime erlaubte den Sozialisten, die Ideen von Republik und Sozialismus erneut zu vereinen und die Verteidigung der Republik wurde zum vorrangigen Ziel.⁴⁴⁴

Die Kommunisten zählten zu einer der einflussreichsten Gruppen der *Résistance* in Frankreich und waren für den Führer des Widerstands, General Charles de Gaulle, unumgänglich. Diese bedeutende Rolle im Widerstand erklärt die Attraktivität der Kommunisten nach dem Zweiten Weltkrieg. Darüber hinaus konnten sie nach Ablösung des Vichy-Regimes und durch das Herausdrängen der Kollaborateure viele Einzelgewerkschaften und Dachverbände unter ihre Kontrolle bringen, wie zum Beispiel die *Confédération générale du travail* (CGT). Die SFIO schloss hingegen die Parlamentarier, die 1940 für die Übertragung der Vollmachten auf Marschall Philippe Pétain gestimmt hatten, aus der Partei aus und erklärte sie für nicht wählbar.⁴⁴⁵ Die SFIO musste nach der Befreiung Frankreichs ihr Verhältnis zur dominanten kommunistischen Partei neu bestimmen. Der Vorschlag, eine gemeinsame französische Arbeiterpartei zu gründen, wurde im Juni 1945 von den Sozialisten abgelehnt.⁴⁴⁶ Sie wussten, dass ein Zusammenschluss sich allein zugunsten der Kommunisten ausgewirkt hätte.

⁴³⁹ Vgl. ausführlich Morin, Richard 2008

⁴⁴⁰ Vgl. Winock 2007, S. 15

⁴⁴¹ Vgl. Winock 1999, S. 190; vgl. Sadoun 1993, S. 53; vgl. auch Mayeur 1970

⁴⁴² Vgl. Portelli 1998, S. 28ff.

⁴⁴³ Vgl. Brunet 2003, S. 1157f., vgl. auch: Bergounioux, Grunberg 2005, S. 167

⁴⁴⁴ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 156

⁴⁴⁵ Vgl. Rémond, Sirinelli, S. 404, vgl. auch Duhamel 2003a, S. 1210

⁴⁴⁶ Vgl. Weisenfeld 1997, S. 34f.

Bis zum Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung im Mai 1947 bildeten diese gemeinsam mit der SFIO und der 1944 gegründeten christdemokratischen Partei *Mouvement républicain populaire* (MRP) die Regierung des *tripartisme*.⁴⁴⁷ Das Jahr 1947 war das Jahr der Entscheidungen: Mit Beginn des Kalten Kriegs kam es zum Bruch zwischen den Sozialisten und den Kommunisten, obwohl eine Mehrzahl der Parteimitglieder diesen eigentlich nicht wollte. Nach dem Austritt der Kommunisten aus der Regierung beteiligte sich die SFIO bis 1951 an den Regierungen der *troisième force*. Diese dritte Kraft bildeten alle Parteien, die die IV. Republik gegenüber der doppelten Opposition von Kommunisten und Gaullisten verteidigten.⁴⁴⁸ Die Sozialisten waren innerhalb der Koalition jedoch den Parteien der Mitte und der Rechten unterlegen und mussten konservative Entscheidungen mittragen.

Léon Blum sprach sich nach dem Krieg für eine gründliche Überarbeitung des Parteiprogramms aus. Er scheiterte jedoch, weil sich die Partei gegen jede Form des Revisionismus wehrte.⁴⁴⁹ 1946 wurde Guy Mollet, der Vertreter des militanten Flügels und Symbolfigur einer doktrinären Tradition, Generalsekretär der Partei. Ihm gelang es in den folgenden Jahren, die zentrale Autorität in der Partei zu werden und einen revolutionären Diskurs zu etablieren. Identitätsstiftend wurde ein starker Antikommunismus.

Während viele europäische sozialdemokratische Parteien sich nach dem Krieg durch die Übernahme der Regierungsverantwortung ideologisch mäßigten,⁴⁵⁰ trug der Machterwerb bei den französischen Sozialisten zur Radikalisierung bei. Als Guy Mollet 1956 das Amt des Premierministers übernahm, wurde der *molletisme* zum Synonym für die Diskrepanz von Regierungspraxis und -theorie.⁴⁵¹ Ein großer Teil der Sozialisten lehnte vor allem Mollets Unterstützung des Algerienkriegs ab. Durch die Teilnahme Mollets als Minister in der Regierung der „Nationalen Einheit“ unter Charles de Gaulle 1958 wurde die Regierungspraxis stark diskreditiert.⁴⁵²

Von 1947 bis Anfang der 1960er Jahre hatte die SFIO die Hälfte ihrer Wählerschaft und mehr als drei Viertel ihrer Mitglieder verloren.⁴⁵³ Ende der 1950er Jahre hatten sich zahlreiche neue Clubs, Bewegungen und Parteien im linken politischen Spektrum gegründet. Der Kampf gegen den Kolonialismus und gegen den Algerienkrieg hatten diese von der SFIO entfernt. Die kommunistische Partei bot für sie keine Alternative, weil sie deren Moskauhörigkeit ablehnten. 1964 schlossen sie sich teilweise zur *Convention des institutions républicaines* (CIR) zusammen, die einen gemäßigten Sozialismus vertrat und zu deren Führern François Mitterrand

⁴⁴⁷ Vgl. Rémond, Sirinelli, S. 439, vgl. Lévêque 1997, S. 127

⁴⁴⁸ Vgl. Duhamel 2003a, S. 1210

⁴⁴⁹ Vgl. Lévêque 1997, S. 130f.

⁴⁵⁰ Vgl. Merkel 1993, S. 12

⁴⁵¹ Vgl. Rémond, Sirinelli, S. 446, vgl. auch Stephan 2001, S. 34

⁴⁵² Vgl. Bell, Criddle 1984, S. 21

⁴⁵³ Vgl. Schäfer 1989, S. 86

zählte. Bei den Präsidentschaftswahlen 1965 vereinte sich ein Teil der nicht-kommunistischen Linken – wie die SFIO, die CIR und ein Teil der Radikalsozialisten – unter der Dachorganisation der *Fédération de la gauche démocrate et socialiste* (FGDS).⁴⁵⁴ Mitterrand erzielte als ihr Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1965 einen Achtungserfolg gegenüber dem Präsidenten Charles de Gaulle.⁴⁵⁵

Von der 68er-Bewegung konnten hingegen weder die Kommunisten, noch die FGDS unter Mitterrand politisch profitieren. Nach dem Sieg der Gaullisten bei den Parlamentswahlen vom Juni 1968 löste sich die FGDS auf.⁴⁵⁶ Für die extreme Linke bedeutete der Mai 1968 „eine glorreiche Stunde“.⁴⁵⁷ Die Mobilisierung und die Konfrontation auf der Straße wurden zu einer ihrer privilegierten Ausdrucksformen. Zu dieser extremen Linken gehörte beispielsweise die *Parti socialiste unifié* (PSU), die Marxisten, desillusionierte Sozialisten, linksgerichtete Katholiken und Anhänger des ehemaligen Premierministers Pierre Mendès-France anzog. Ein Teil ihrer Mitglieder um Michel Rocard trat 1974 der neu gegründeten *Parti socialiste* bei und setzte sich dort für die Idee der Selbstverwaltung (*autogestion*) ein, die innerhalb der PSU entwickelt worden war. Auch Mitglieder anderer linksextremer Parteien traten bis Anfang der 1990er Jahre vereinzelt der PS bei, wie etwa Julien Dray von der *Ligue communiste révolutionnaire* oder Jean-Christophe Cambadélis von der *Parti communiste internationaliste*, der 400 weitere Anhänger mitbrachte.⁴⁵⁸

Ende der 1960er Jahre blieb das Verhältnis zu den Kommunisten die zentrale Herausforderung für die Sozialisten. Nach der Auflösung der FGDS leitete Guy Mollet auf den Parteitag in Alfortville und Issy-les-Moulineaux im Mai und Juli 1969 die Neuausrichtung der SFIO ein. Der im Mai gegründeten *Nouveau Parti socialiste* (NPS) traten nach der verheerenden Wahlniederlage von Gaston Defferre bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1969 die *Union des groupes et des clubs socialistes* (UGCS) um Jean Poperen bei. Innerhalb der SFIO gab es verschiedene Ansätze zur Reform.⁴⁵⁹ Das 1966 gegründete *Centre d'études, de recherches et d'éducation socialistes* (CERES) unter der Leitung von Jean-Pierre Chevènement und Didier Motchane befürwortete die Kooperation mit den Kommunisten. Das *Centre d'études et de promotion* (CEDEP) unter der Federführung von Pierre Mauroy strebte eine Umgestaltung der SFIO nach dem Vorbild der europäischen Sozialdemokratie an.

Für die sozialistische Partei stellte sich damit am Ende der 1960er Jahre die Frage nach der politischen Ausrichtung – weiter links oder näher zur Mitte – und damit auch nach der Bünd-

⁴⁵⁴ Vgl. Schäfer 1989, S. 88

⁴⁵⁵ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 191

⁴⁵⁶ Vgl. Knapp 2004, S. 41; 120f.

⁴⁵⁷ Pina 2005, S. 185

⁴⁵⁸ Vgl. Knapp 2004, S. 121f.; vgl. auch Pina 2005, S. 183ff.

⁴⁵⁹ Vgl. Schäfer 1989, S. 87f.

nisstrategie gegenüber den Kommunisten, der dominierenden Kraft im linken Lager. Der Vorsitzende der NPS Alain Savary befürwortete eine Annäherung von Sozialisten und Kommunisten auf der Grundlage einer umfassenden ideologischen Debatte. Dieses Vorgehen wurde von François Mitterrand kritisiert. Er setzte sich für ein Bündnis von Kommunisten und Sozialisten ohne offene ideologische Auseinandersetzung ein.⁴⁶⁰ Mitterrand wurde auf dem Parteitag von Épinay-sur-Seine 1971 von einer Minderheit der SFIO aus Notabeln um Pierre Mauroy und Gaston Defferre, den Anhängern des linken CERES-Flügels und den ehemaligen Mitglieder der CIR unterstützt. Es gelang ihm, gegen den Widerstand der alten Parteispitze die Führung der PS zu übernehmen.⁴⁶¹ Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden traten drei entscheidende Veränderungen ein:

- die Institutionen der V. Republik und die Präsidentschaftswahl wurden einer Neubewertung unterzogen,
- die Partei wurde zum Mittel der Machteroberung und war kein Selbstzweck mehr,
- die leidenschaftlichen Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialisten wurden durch ein abgekühltes, pragmatisches und strategisches Verhältnis ersetzt.⁴⁶²

3.1.3 Die französischen Sozialisten und die Synthese ihrer Widersprüche

Die Identität der französischen Sozialisten kann anhand der Suche nach einem Ausgleich zwischen *carrierists* und *believern* beschrieben werden. Diese Konfliktlinie ist – wie Panebianco gezeigt hat – nicht spezifisch für die französischen Sozialisten, jedoch wurde sie vor dem Hintergrund der französischen Geschichte von diesen besonders schmerzhaft erlebt.⁴⁶³ Wegen der fehlenden zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Verankerung der Partei kommt für Portelli der Ausgleich der Widersprüche einer Quadratur des Kreises gleich.⁴⁶⁴ Seit der Neugründung der Partei 1971 wird bereits über das Ende der historischen Besonderheiten der Partei diskutiert.

Die Französische Revolution gilt als die Geburtsstunde der französischen Linken und hat ihren revolutionären Charakter geprägt.⁴⁶⁵ Das Streben nach Kompromissen ist der revolutionären Kultur fremd und so fiel es den französischen Linken schwerer als ihren Schwesterparteien in Großbritannien oder Deutschland, sich den jeweiligen politischen Rahmenbedingungen anzupassen. Der Begriff der Sozialdemokratie wurde vor diesem Hintergrund mit einem Ver-

⁴⁶⁰ Vgl. von Schenck 1978, S. 378f.

⁴⁶¹ Vgl. Portelli 1998, S. 51, Stephan 2001, S. 35; 55: „Sie [die ‚conjurés de l’antimolletisme‘] verfügten über eine Mehrheit von ca. 52% der Delegiertenstimmen (Defferre-Mauroy 28,5%, Mermaz-Pontillon (CIR) 15%, CERES 8,5% gegenüber Savary-Mollet 34%, Popereen 12%).“ Mitterrand hatte keinen eigenen Antrag gestellt.

⁴⁶² Vgl. Bergounioux, Grunberg 1992, S. 254

⁴⁶³ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 512

⁴⁶⁴ Vgl. Portelli 1998, S. 144

⁴⁶⁵ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 513; „Le socialisme français, c’était surtout la volonté d’achever la Révolution, de pousser la République jusqu’à son achèvement social. Si l’on veut chercher l’originalité du socialisme français, c’est de ce côté-là, sans doute, qu’il faut creuser.“ Winock 1992, S. 99

zucht auf revolutionäre Ambitionen oder auf eine besondere politische Gestaltungskraft verbunden.

„Elle [la culture de gauche en France] n'est pas une culture social-démocrate. Le Parti socialiste a ainsi toujours vécu sous le regard soupçonneux voire accusateur de la culture de la gauche française. C'est toujours par rapport à elle qu'il a ressenti le besoin de se justifier pour conserver à ses propres yeux sa légitimité de gauche.“⁴⁶⁶

Bei jeder Neuausrichtung oder -gründung vermied die Partei eine reformistische Orientierung und erklärte, dass ihr Ziel nicht die Reform der bestehenden Gesellschaft sei, sondern die Vorbereitung der Revolution, die die Gesellschaft von Grund auf erneuere.⁴⁶⁷ Für Winock leitet ein „revolutionäres Überich“ die Mitglieder und Führungskräfte der Partei. Auch wenn die Partei keine Revolution vorbereitete, so wolle sie doch den Glauben aufrecht erhalten, dass diese eine Option bleibe.⁴⁶⁸

Der Revisionismus erfolgte in der PS immer versteckt und implizit. Er war in der Regierungsverantwortung zu erkennen, wurde aber von der Mehrzahl der Parteikongresse zurückgewiesen. Dort bemühte man sich, die Geschlossenheit der Partei wieder über das Bekenntnis zu einer linken Politik herzustellen.⁴⁶⁹ Die für SFIO und PS charakteristische innerparteiliche Zersplitterung verringerte ihre Anpassungs- und Konfliktfähigkeit.⁴⁷⁰ Sowohl die Regierungserfahrung als auch die Revision der Ideologie konnten die Geschlossenheit der Partei gefährden.⁴⁷¹ Die ideologischen Angebote bzw. kollektiven Anreize für die *believer* führten immer wieder zu Spannungen mit den selektiven Anreizen der *carrierists*.

„Diese Doppelnatur erklärt das Spannungsverhältnis, das ihre ganze Geschichte kennzeichnet: Als Wählerpartei kann die PS radikale Revisionen (1971, 1983) unternehmen, um ihren Einfluss zu bewahren, als Mitgliederpartei behält sie eine interne Arbeitsweise, die heute überholten Traditionen zugeschrieben wird.“⁴⁷²

Schon vor der Regierungsübernahme 1981 hatten die Sozialisten auf lokaler Ebene Regierungsverantwortung getragen und die lokalen Honoratioren waren stärker an ihrer Wiederwahl interessiert als an ideologischen Debatten. Nach 23 Jahren Oppositionszeit übernahm die Partei schließlich erstmals auf nationaler Ebene die Regierungsverantwortung.⁴⁷³ Zwar hatte sie schon in der III. und IV. Republik auf nationaler Ebene regiert, aber diese Erfahrungen hatten nicht zu einer Kultur des Regierens geführt. Bis zur politischen Wende 1984 wiesen die Sozialisten jegliche Anspielung auf eine derartige Kultur zurück und blieben in ihrem Kern

⁴⁶⁶ Bergounioux, Grunberg 2005, S. 522f.

⁴⁶⁷ Vgl. Moreau 1998, S. 24f., vgl. hierzu auch Bergounioux, Grunberg 2005, S. 512

⁴⁶⁸ Vgl. Winock, Nickel 2006, S. 176

⁴⁶⁹ Vgl. Winock, Nickel 2006, S. 167; „En 2007, après l'échec de Ségolène Royal à la présidentielle, ce même discours 'de gauche' s'est ébauché à nouveau: la candidate socialiste aurait perdu parce qu'elle n'aurait pas été 'suffisamment de gauche', parce qu'elle aurait révélé son 'tropisme vers le centre'.“ Vgl. Winock 2007, S. 11

⁴⁷⁰ Vgl. Egle 2005, S. 98

⁴⁷¹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 517

⁴⁷² Portelli 1998, S. 9

⁴⁷³ Vgl. Portelli 1998, S. 111

eine Oppositionspartei, die die Machtausübung begrenzen wollte.⁴⁷⁴ Erst nach der Wende von 1984 akzeptierte sie ihre Rolle als Regierungspartei, aber das Spannungsverhältnis zwischen Ambitionen und Gewissensbissen – so Bergounioux und Grunberg – blieb bestehen und kennzeichnet die Partei bis heute:

„D’où une démarche cahotante très particulière, faite de pas en avant vers le pouvoir – l’ambition – suivis par un retour aux sources exprimant le refus de toute révision doctrinale véritable – le remords.“⁴⁷⁵

Die PS suchte einen Ausgleich zwischen *ambition* und *remords*, indem sie unterschiedliche Dimensionen der Identität bediente und koexistieren ließ: Die gemeinsame Identität, die nach außen getragen wurde; die substantielle Identität, die durch Werte, gemeinsame Regeln und Überzeugungen intern hergestellt wurde sowie die reflexive Identität, anhand derer sich die Organisation selbst vergewisserte.⁴⁷⁶

Diese Selbstvergewisserung fand immer durch die Bekräftigung der revolutionären Ambitionen der Partei statt.⁴⁷⁷ Der Diskurs spielte eine herausragende Rolle zur Herstellung der reflexiven Identität und reichte bis zum „verbalen Exzess“.⁴⁷⁸ Da die französischen Sozialisten nicht ihre Identität wie andere sozialdemokratische Parteien aus der Verankerung der Partei im Arbeitermilieu ziehen konnten, mussten sie über den Diskurs ihre Wähler mobilisieren und über symbolische Aktionen Präsenz zeigen.⁴⁷⁹

Die substantielle Identität der Partei wurde über ihre gemeinsamen Regeln hergestellt. Vorrangig waren das Prinzip der innerparteilichen Demokratie und die Anerkennung der innerparteilichen Strömungen. Diese wurden in den Führungsgremien proportional repräsentiert. Ferner gehörte zur substantiellen Identität eine besondere Wertschätzung der Parteimitglieder, die die höhere Moral der Sozialisten verkörperten. Für diese stellte die PS trotz Schwierigkeiten, Krisen, Neugründungen und Regierungsbeteiligungen einen Ort der Legitimität dar. Die Parteimitglieder sahen sich selbst als Repräsentanten des engagierten Staatsbürgers.⁴⁸⁰

Die gemeinsame Identität konnte nur ein charismatischer Führer herstellen. Er musste die existierenden Widersprüche in einer Synthese zusammenzuführen und die Einheit der Partei nach außen verkörpern.⁴⁸¹ So erklärte Jean Jaurès Anfang des 20. Jahrhunderts den Klassenkampf zum offensiven Element und die Verteidigung der Republik zum defensiven Ele-

⁴⁷⁴ Vgl. Portelli 1998, S. 105ff.

⁴⁷⁵ Bergounioux, Grunberg 2005, S. 9

⁴⁷⁶ Vgl. Seidl 2005, S. 67ff.

⁴⁷⁷ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 297

⁴⁷⁸ Vgl. Sadoun 1993, S. 13

⁴⁷⁹ Vgl. Garraud 1978, S. 265; „Les cyniques, qui ne manquent pas au PS, vous diront que les motions ou les programmes de congrès ne sont pas faits pour être suivis ou réalisés; leur fonction est de ressouder les rangs du parti.“ Winock, Nickel 2006, S. 170

⁴⁸⁰ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1992, S. 287

⁴⁸¹ Vgl. zur Bedeutung eines charismatischen Führers auch Sadoun 1993, S. 15

ment.⁴⁸² François Mitterrand ersetzte hingegen das leidenschaftliche Verhältnis zu den Kommunisten durch ein strategisches und konnte mit einem revolutionären Diskurs gleichzeitig Hoffnungen auf einen Wandel der Gesellschaft aufrecht erhalten. Gegensätzliche Positionen ließ er nebeneinander stehen.⁴⁸³

Die Widersprüche der Partei wurden zu einer ganz besonderen Form der Synthese zusammengeführt, die unterschiedliche Identitäten auf unterschiedlichen Ebenen miteinander verknüpfen konnte – häufig in Form von Formelkompromissen. Die Partei war Wähler- und Mitgliederpartei zugleich. Sie strebte nach der Macht, wollte aber der Ideologie treu bleiben. Die Synthese stellt somit etwas anderes als einen Kompromiss dar:

„Or l’entre-deux socialiste n’est pas le centre, il ne désigne pas une politique moyenne et opportuniste, un mélange sans identité propre ; il n’est même pas à équidistance de ses extrêmes ; il a la nature des produits hybrides où ne se reconnaissent plus les éléments qui les composent.“⁴⁸⁴

Die Debatte über das Ende der historischen Besonderheiten wird durch drei Daten strukturiert: Die Neugründung der Partei unter Vorsitz von Mitterrand, die Regierungspraxis seit 1981 sowie das Ende des Ost-West-Konflikts. Hebt man die Bedeutung der historischen Traditionen in Frankreich hervor, dann konnte sich die PS 1971 nur in Anknüpfung an diese neu gegründet haben.⁴⁸⁵ Auch institutionell lässt sich mit Kontinuität argumentieren: Die Hälfte der Mitglieder der SFIO besaß 1968 ein Mandat, sodass die zahlreichen linken Clubs die SFIO nicht einfach ersetzen konnten. Die Wiedergeburt des Sozialismus fand demnach entlang der Struktur der SFIO und ihrem ideologischen Erbe statt.⁴⁸⁶ Betrachtet man jedoch das Ausmaß des Wandels in Organisation, Strategie und Programmatik der Partei nach 1971, dann handelt es sich um eine neue Partei, die mit der SFIO nur noch wenig gemeinsam hatte.⁴⁸⁷

Marc Sadoun datiert das Ende der historischen Besonderheiten auf das Jahr der Regierungsübernahme, weil der Sozialismus kaum an der Macht jene Konzepte und Formeln aufgegeben habe, die ihm einst Gestalt gegeben hätten.⁴⁸⁸ Die Sozialisten seien lange ein schwer einzuordnendes Objekt der Geschichte gewesen, bis sie sich in der Anonymität der ordinären Formationen aufgelöst hätten.⁴⁸⁹ Auch Hugues Portelli sieht mit der Regierungsübernahme das Ende der historischen Besonderheiten. Die Partei ersetzte in der Folge ihren politischen Vo-

⁴⁸² Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 70; 78.

⁴⁸³ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 241

⁴⁸⁴ Sadoun 1993, S. 171

⁴⁸⁵ Vgl. von Schenck 1978, S. 377

⁴⁸⁶ Vgl. Sawicki 2004, S. 37

⁴⁸⁷ Vgl. Bell, Criddle 1984, S. 53ff.

⁴⁸⁸ Vgl. Sadoun 1993, S. 167, vgl. auch von Beyme 1982, S. 14

⁴⁸⁹ Vgl. Sadoun 1993, S. 167, vgl. auch von Beyme 1982, S. 20

luntarismus durch Pragmatismus.⁴⁹⁰ Moreau sieht das Ende des revolutionären Mythos – und damit einer zentralen historischen Besonderheit der PS – mit der Neufassung der Prinzipien-erklärung der Partei, die auf dem Parteitag von Rennes 1990 verabschiedet wurde.⁴⁹¹

Alain Bergounioux und Gérard Grunberg erkennen noch immer Elemente der Kontinuität. Sie führen das bis heute ambivalente Verhältnis der Partei zur Macht auf den Grundkonflikt zwischen der Gründung 1905 und der Synthese von Jaurès 1908 zurück. Dieser Gründungs-moment beeinflusse die Orientierung der Partei bis heute. In diesem Moment sei die Art und Weise der Anpassung und der Integration der Sozialisten in das nationale politische System festgelegt worden.⁴⁹² Für die *Parti socialiste* ergibt sich daraus laut Michel Winock eine doppelte Schlussfolgerung:

„Son histoire et sa mémoire l’embarassent plus qu’elles ne l’aident dans le nouveau rôle qui lui est imparti, mais cette culture résiduelle qu’elles lui donnent garde une fonction identitaire dont bien d’autres formations politiques sont dépourvues.“⁴⁹³

3.2 Die französischen Sozialisten als südeuropäische Nachzügler

Die Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie lässt sich in vier Phasen einteilen. Nach der Konstituierung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs kam es in der folgenden Phase zur Abspaltung der Kommunisten und zu ersten Regierungsbeteiligungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte das „goldene Zeitalter“ der Sozialdemokratie mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats ein. Mit dem ausbleibenden Wirtschaftswachstum in den 1970er Jahren kam es in der vierten Phase zu einer Debatte über den Niedergang der Sozialdemokratie. Das Ende des Ost-West-Konflikts und des real existierenden Sozialismus sowie die Folgen von Globalisierung und Europäisierung haben in den 1990er Jahren zu Neu- und Umorientierungen der europäischen Sozialdemokratie und einer möglichen fünften Phase geführt.⁴⁹⁴

Der Vergleich der sozialdemokratischen Parteien in Europa zeigt, dass die französische sozialistische Partei einen eigenen Typus darstellt.⁴⁹⁵ In verschiedenen Typologien wurde sie als Partei der Oppositionssozialisten, als Klassenpartei oder als Partei des romanischen Typs bezeichnet. Wohingegen die *Parti socialiste* mit der Regierungsübernahme den Oppositionssozialismus überwunden hat und sich auch nicht mehr als Klassenpartei versteht, kann man weiterhin von einem romanischen Typ sprechen.⁴⁹⁶ Gérard Grunberg unterscheidet drei Typen der europäischen Sozialdemokratie: die britische *Labour Party*, die deutschen Sozialdemokra-

⁴⁹⁰ Vgl. Portelli 1998, S. 117ff.

⁴⁹¹ Vgl. Moreau 1998, S. 292

⁴⁹² Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 521f.

⁴⁹³ Winock 1999, S. 214

⁴⁹⁴ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 25

⁴⁹⁵ Vgl. Merkel 1993, S. 63

⁴⁹⁶ Vgl. Merkel 1993, S. 64

ten und die französische *Parti socialiste*. Dabei berücksichtigt er die jeweiligen Entstehungsbedingungen, das Verhältnis zu den Gewerkschaften und die Position im linken Lager.⁴⁹⁷

Wolfgang Merkel differenziert diese Typologie weiter aus und unterteilt den Typus der deutschen Sozialdemokraten in den pragmatischen Koalitionstyp und den Wohlfahrtsstaatstyp. Neben den genannten Kriterien führen bei ihm die Ideologie und das Ausmaß der Regierungsmacht zu dieser weiteren Unterscheidung. Er kommt auf Grundlage dieser Kriterien zu folgender Einteilung:

Labour Typ Großbritannien Irland	Pragmatischer Koalitionstyp Belgien Deutschland Finnland Niederlande Schweiz
Wohlfahrtsstaatstyp Österreich Dänemark Norwegen Schweden	Mediterraner Typ Frankreich Griechenland Italien Portugal Spanien

Quelle: Merkel 1993, S. 67

Der Labour-Typ, der pragmatische Koalitionstyp und der Wohlfahrtsstaatstyp haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg parallel entwickelt, da sie vor ähnlichen Herausforderungen standen. Die Jahre des Wirtschaftswachstums riefen innerhalb der sozialistischen Bewegung Widersprüche hervor, da die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards und die Ausweitung der sozialen Sicherungssysteme die sozialen Gleichgewichte in der Gesellschaft verändert hatten. Die Arbeiterklasse gliederte sich weiter auf, da die Tätigkeiten im tertiären Sektor zunahmen und das Bildungsniveau anstieg.⁴⁹⁸

Die sozialdemokratischen Parteien verstärkten nach 1945 ihren reformorientierten Kurs und schlossen ihre ideologischen Revisionen weitgehend ab. Die SPD in Deutschland erfuhr eine Serie von Wahlniederlagen in den 1950er Jahren und stand in der Zeit des Wirtschaftswunders in Opposition zu einer erfolgreichen Regierungspolitik. Die absolute Mehrheit von CDU/CSU bei den Bundestagswahlen von 1957 führte auf dem Sonderparteitag von Bad Godesberg zum Ausgleich zwischen Revisionisten und den traditionellen Parteigängern. Die SPD verzichtete in der Folge auf die Bezüge zum Marxismus und akzeptierte den demokratischen Pluralismus.⁴⁹⁹

⁴⁹⁷ Vgl. Grunberg 1997, S. 17

⁴⁹⁸ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 185

⁴⁹⁹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1996, S. 186ff.

„Politischer Liberalismus, gemischtwirtschaftliches System, keynesianische Steuerung, der Ausbau des Wohlfahrtsstaates waren das Erfolgsprogramm sozialdemokratischer Regierungen der ‚goldenen‘ Nachkriegsjahrzehnte.“⁵⁰⁰

Mitterrands Erneuerung des französischen Sozialismus fand Anfang der 1970er Jahre zu einem Zeitpunkt statt, an dem das Erfolgsprogramm der etablierten Sozialdemokratie seine Wirkung verlor. Die französischen Sozialisten begannen hingegen in diesem Jahrzehnt erst, ihren Rückstand aufzuholen, der sie zu den Nachzüglern unter den Sozialdemokraten im Nachkriegseuropa gemacht hatte.⁵⁰¹ Zwar zählt die SFIO nicht zu den klassischen südeuropäischen Nachzüglern, da Frankreich einerseits kulturell gesehen süd- und nordeuropäische Regionen vereint⁵⁰² und die SFIO bereits in der IV. Republik an der Regierungsführung beteiligt war. Jedoch erlebte sie nach Gründung der V. Republik 1958 einen massiven Zerfall. Als Wissenschaftler wie Ralf Dahrendorf Anfang der 1980er Jahre vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ sprachen,⁵⁰³ steuerten die Sozialisten in Frankreich, Spanien und Griechenland gerade auf die Regierungsübernahme zu.

3.3 Fazit: Eine internationalistische Partei und ihre nationale Prägung

Die Analyse der Geschichte und Identität der Partei hat gezeigt, dass sie trotz internationaler Ausrichtung bis zum Ersten Weltkrieg eine nationale Prägung erfahren hat. Sie hat sich aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte, dem Verhältnis zu den Gewerkschaften, der Position im linken Lager, der Ideologie und der Regierungserfahrung zu einem von vier unterschiedlichen Typen der Sozialdemokratie in Westeuropa entwickelt.

Wie auch andere sozialdemokratische Parteien suchte die *Parti socialiste* den Ausgleich zwischen ihren politischen Ambitionen als Wählerpartei und den ideologischen Vorbehalten der Parteimitglieder. Ihre organisatorische Schwäche, die ideologische Fragmentierung und die Präsenz einer starken kommunistischen Partei haben jedoch dazu geführt, dass dieser Konflikt für sie besonders schwer wog. Der heterogenen Partei gelang es nur anhand einer für sie typischen Form der Synthese eine innerparteiliche Geschlossenheit herzustellen. Der Diskurs und die Ideologie spielten für die parteiinterne Geschlossenheit eine große Rolle, stellten aber auch einen Weg dar, um der Konkurrenz im linken politischen Lager die sozialistische Identität unter Beweis zu stellen.

Die Sozialisten des Südens kamen an die Macht als für die europäische Sozialdemokratie eine Zeit der Krise begann. Die auslösenden Faktoren der Krise – wie das Ende des Wirtschaftswachstums, der Wertewandel und die Ausdifferenzierung der Arbeiterklasse – trafen die So-

⁵⁰⁰ Merkel 1993, S. 14

⁵⁰¹ Vgl. Merkel 1993, S. 74

⁵⁰² Vgl. Merkel 1993, S. 67, 254

⁵⁰³ Vgl. Merkel 1993, S. 36ff.

zialisten des Südens umso stärker, da sie gerade erst begonnen hatten, eine Kultur des Regierens zu entwickeln. Kamen die französischen Sozialisten 1981 mit einem stark ideologisch geprägten Programm an die Macht, so standen sie nur wenige Jahre später vor zentralen wirtschaftlichen, politischen und internationalen Herausforderungen. Die 1980er Jahre zeigten die Grenzen der nachfrageorientierten Politik auf, die Partei musste die Folgen der Regierungspraxis verarbeiten und das Ende des Ost-West-Konflikts änderte ihren internationalen Referenzrahmen und verstärkte die Auswirkungen von Europäisierung und Globalisierung.

IV. Die *Parti socialiste* zwischen Prozessen der nationalen Öffnung und Schließung

Im Laufe ihrer Geschichte musste sich die europäische Sozialdemokratie wiederholt an veränderte Rahmenbedingungen anpassen, sodass die Revision ihrer Doktrin für sie im Prinzip kein neues Phänomen darstellt.⁵⁰⁴ Die Anpassungsleistungen werden im Folgenden angesichts des Europäischen Integrationsprozesses und der parteipolitischen Entwicklung analysiert. Die Europäisierung der *Parti socialiste* stellt dabei einen interaktiven Prozess dar, denn die französischen Sozialisten mussten sich nicht nur an eine neue Umwelt anpassen, sondern haben selbst zu deren Institutionalisierung beigetragen.

Zunächst wird der Analyserahmen dargelegt und die Grundlagen der französischen und sozialistischen Europapolitik dargestellt. Die Analyse beginnt mit dem Aufstieg der *Parti socialiste* Anfang der 1970er Jahre. In sechs Zeitabschnitten wird bis zum Jahr 2005 die Europäisierung der *Parti socialiste* anhand des partei- und europapolitischen Kontexts, der Programmatik, des Parteienwettbewerbs, der Organisation sowie der transnationalen Beziehungen analysiert. Vor dem Hintergrund der beschriebenen Krisenerscheinungen der europäischen Sozialdemokratie sowie der nur schwach ausgeprägten Konflikt- und Anpassungsfähigkeit der französischen Sozialisten gewinnt die Europäisierung nicht nur als Antwort auf das Ende des permissiven Konsenses und auf die Auswirkungen der Globalisierung an Bedeutung, sondern auch als Motor der innerparteilichen Modernisierung:

„La gauche française a besoin de l'Europe, car celle-ci a facilité les nécessaires mutations de celle-là. L'Europe est, en somme la mesure de la modernisation et de l'adaptation de la gauche.“⁵⁰⁵

4.1 Analyserahmen für die Europäisierung von Parteien

Die Forschung zum Zusammenhang von politischen Parteien und Europäischer Integration hat sich zunächst auf die europäische Ebene konzentriert.⁵⁰⁶ Die Zusammenschlüsse politischer Parteien und die Entstehung eines europäischen Parteiensystems standen im Fokus.

⁵⁰⁴ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 18f.

⁵⁰⁵ Frank 2004, S. 470

⁵⁰⁶ Vgl. Mair 2007, S. 154

Zwischen europäischen und nationalen Parteien vermutet Hix eine Arbeitsteilung: Europäische Parteien seien ein Gremium zur Interessendurchsetzung auf europäischer Ebene, wohingegen nationale Parteien in vielerlei Hinsicht Träger des Europäischen Integrationsprozesses blieben.⁵⁰⁷ Auch die Europäische Kommission hat in ihrem Weißbuch zur Europäischen Kommunikationspolitik die Bedeutung der nationalen Ebene hervorgehoben und setzt bei der Vermittlung europäischer Themen auf einen Ansatz der Partnerschaft. Die europäischen Institutionen sollen mehr Präsenz vor Ort zeigen, gleichzeitig fordert sie jedoch auch die nationalen Parlamente und Parteien auf, sich an der politischen Kommunikation über europäische Themen zu beteiligen.⁵⁰⁸

In der Forschung ist die Rolle nationaler Parteien und ihrer Europäisierung vor allem im Hinblick auf ihre programmatischen Veränderungen untersucht worden.⁵⁰⁹ Es gibt jedoch noch immer ungeklärte Fragen der Europäisierung von Parteien und Parteiensystemen. Auch fehlt eine Anbindung an theoretische Debatten wie zum Beispiel zu den Parteienwandeltheorien.⁵¹⁰ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Anzahl theoretisch basierter Studien zur Europäisierung von Parteien im Vergleich zu anderen Forschungsgebieten der Europäisierung im Rückstand ist.⁵¹¹

Das liegt zum einen daran, dass nationale Parteiensysteme lange Zeit relativ resistent gegenüber europäischen Einflüssen waren. Politische Parteien wollten den Eindruck vermeiden, dass ihnen durch die europäische Politik die Hände gebunden seien. In der Folge verbannten und depolitisierten sie europapolitische Themen in ihrem Diskurs. Parteiensysteme blieben undurchdringbar für Einflüsse der Europäisierung, weil es die Parteien selbst so wollten.⁵¹² So diskutierten sie weiterhin in der nationalen Wahlarena Themen, die eigentlich längst in Brüssel geregelt wurden.⁵¹³

Peter Mair revidierte jedoch seine anfängliche Einschätzung eines nur begrenzten Einflusses der Europäischen Integration auf die nationalen Parteiensysteme. Berücksichtigt man für die Analyse einzelne Parteien – und hier die Parteibasis und die Mitglieder (*party on the ground*), die Parteiführung und den Parteiapparat (*party in central office*) sowie die Mandatsträger und die Fraktion (*party in public office*)⁵¹⁴ – dann erkennt Mair direkte und indirekte Effekte der Europäisierung. Auf nationaler Ebene (*penetration*) ist das Aufkommen neuer

⁵⁰⁷ Vgl. Hix, Lord 1997, S. 18

⁵⁰⁸ Vgl. Kurpas 2008, S. 204f.; vgl. auch Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik; KOM (2006)

⁵⁰⁹ Vgl. Ladrech 2002a, S. 390; vgl. auch die Darstellung des Forschungsstands bei Mittag 2006, S. 13

⁵¹⁰ Vgl. Lehmkühl 2007, S. 348, 350

⁵¹¹ Vgl. Bulmer 1998, S. 55

⁵¹² Vgl. Mair 2000, S. 47

⁵¹³ „More often than not, however, the debates are actually pursued the other way around, with the result that elections in each arena fail to prove decisive. The voters have a voice, of course, but it tends to be on matters that sometimes cannot be decided in the particular arena in question.” Mair 2000, S. 28

⁵¹⁴ Vgl. Mair 2007, S. 155, vgl. auch Ladner 2004, S. 227

anti-europäischer Parteien oder anti-europäischer Strömungen innerhalb von Parteien ein direkter Effekt der Europäisierung. Als indirekten Effekt sieht Mair die Aushöhlung des nationalen Parteienwettbewerbs und den begrenzten Handlungsspielraum der Politikgestaltung. Auf europäischer Ebene (*institutionalization*) beziehen sich der direkte Effekt auf die Entstehung und Konsolidierung von europäischen Parteien und der indirekte Effekt auf alternative Formen der politischen Repräsentation sowie eine Europäisierung des nationalen politischen Diskurses ohne maßgeblichen Einfluss der Parteien. Mair vermutet, dass sich die indirekten Effekte der Europäisierung als ausschlaggebend herausstellen könnten.⁵¹⁵

Impact	Mechanism	
	Penetration	Institutionalization
Direct	Emergence of new anti-European parties, or anti-European sentiments within existing political parties	Creation and consolidation of pan-European party coalitions
Indirect	Hollowing out of the national party competition, constraints on domestic decision making, devaluation of national electoral competition	Emergence of alternative and non-partisan channels of representation, diffusion of "Europe" in domestic discourse

Quelle: Mair 2007, S. 157

Die direkten und indirekten Effekte der Europäisierung müssen für die Analyse in konkrete Indikatoren übersetzt werden. Diese lehnen sich an den Analyserahmen von Robert Ladrech an. Für die vorliegende Untersuchung werden seine Indikatoren einerseits verdichtet und andererseits erweitert. So wird neben den folgenden fünf Indikatoren für jeden Zeitabschnitt der partei- und europapolitische Kontext betrachtet. Er gibt Aufschluss über die jeweilige Gelegenheitsstruktur des Akteurs und die tatsächliche Entwicklung des Europäischen Integrationsprozesses. Die hier aufgeführten fünf Indikatoren werden zudem auf vier reduziert, da die Beziehungen zwischen Partei und Regierung unter der Organisation subsummiert werden. Hierbei liegt der Fokus auf den Rahmenbedingungen für die innerparteiliche Willensbildung.

1. Programmatik
2. Parteienwettbewerb
3. Organisation
4. Beziehung zwischen Partei und Regierung
5. Beziehungen jenseits des nationalen Parteiensystems.⁵¹⁶

Der programmatische Wandel (1.) zeigt sich in der europapolitischen Position der Partei und in der innerparteilichen Willensbildung. Expertenbefragungen haben gezeigt, dass die Bedeutung der Europäischen Integration für Parteien von 1984 bis 1996 gewachsen ist und das Konfliktpotential vor allem in Ländern, die europapolitische Referenden durchgeführt haben, ge-

⁵¹⁵ Vgl. Mair 2007, S. 159

⁵¹⁶ Ladrech 2002a, S. 396ff.

stiegen ist.⁵¹⁷ Mit gewachsener Bedeutung der Europäischen Integration haben sich auch die Positionen der politischen Parteien ausdifferenziert und lassen sich anhand der Strategien von *exit*, *voice* oder *loyalty* fassen. Im Gegensatz zum Ausstieg (*exit*) aus dem Integrationsprozess fordert die Strategie der Mitsprache (*voice*) Einfluss auf die politische Ausgestaltung und Steuerung dieses Prozesses. Die Strategie der Loyalität (*loyalty*) beruht in erster Linie auf dem Argument, dass der Integrationsprozess eine Notwendigkeit ist, an den sich die programmatischen Positionen der Partei anpassen müssen.⁵¹⁸ Durch das erhöhte Konfliktpotential der zu wählenden Strategie ist das Entstehen anti-europäischer Strömungen innerhalb der Partei ein möglicher direkter Effekt der Europäisierung.⁵¹⁹

Die Europäisierung des Parteienwettbewerbs (2.) kann dazu führen, dass Regierungsparteien die Europäisierung im Wahlkampf entweder bewusst unter Verschluss halten oder sie zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung machen. Wird die Europäisierung aus der politischen Debatte ausgeklammert, dann bedarf es hierzu einer gemeinsamen Strategie und Vereinbarung eines Kartells der Regierungsparteien. Es ist jedoch möglich, dass Anti-Kartellparteien oder alternative, nicht parteigebundene Organisationen wie soziale Bewegungen Europa zum Gegenstand des politischen Wettbewerbs machen. Für die politischen Parteien handelt es sich hierbei um einen direkten und indirekten Effekt der Europäisierung. Als direkter Effekt kann der Eintritt einer anti-europäischen Partei in den Wettbewerb gewertet werden. Als indirekter Effekt sind alternative Formen der Europäisierung des nationalen politischen Diskurses zu werten. Die aus Sicht der Parteien nicht mehr zu verhindernde politische Auseinandersetzung kann dann durch den Rechts-Links-Gegensatz der Politik oder durch die postmaterielle Konfliktlinie strukturiert werden.

Die innerparteiliche Geschlossenheit sowie die Konfiguration des politischen Wettbewerbs sind zwei maßgebliche Faktoren für die Beantwortung der Frage, ob die Europäisierung die Zielerreichung einer Partei erleichtert. Die Frage ist, ob die Europäisierung sich erfolgreich in Wählerstimmen umsetzen lässt und sie daher für den politischen Wettbewerb genutzt werden kann. Parteiinterner Dissens wirkt sich nicht nur negativ auf die Wählerentscheidung aus, sondern kann auch zum Untergang der Partei führen. Der politische Wettbewerb hingegen

⁵¹⁷ Die Expertenbefragungen wurden an der University of North Carolina, Chapel Hill, von 1984 bis 2002 durchgeführt: Vgl. Ray 1999; vgl. auch Steenbergen, Marks 2007

⁵¹⁸ Vgl. Wagner 2008, S. 259

⁵¹⁹ Innerparteiliche Zerwürfnisse scheinen ein Charakteristikum für potentielle Regierungsparteien in der Opposition zu sein, die über keine starke Parteiführung verfügen, um die europapolitische Auseinandersetzung einzudämmen. So konnte Laurent Fabius 2005 den Europaskeptizismus an der Basis aufgreifen und sich von der offiziellen pro-europäischen Linie der Parteiführung absetzen. Charles Pasqua und Philippe Séguin hatten in den 1990er Jahren eine ähnliche Strategie verfolgt. Vgl. Sauger 2008, S. 64

gibt Aufschluss darüber, wie die europapolitischen Positionen einer Partei wahrgenommen werden und ob eine politische Polarisierung sich zugunsten der Partei auswirken könnte.⁵²⁰

Neben Programmatik und Parteienwettbewerb geben organisatorische Veränderungen (3.) Aufschluss über die Struktur der innerparteilichen Willensbildung und die Einbindung zentraler Akteure,⁵²¹ die als moralische Unternehmer zu einem Wandel beitragen können. Im Einklang mit der Kartellparteiense these sind in westeuropäischen Parteien in den 1990er Jahren verstärkt direktdemokratische Elemente eingeführt worden. Diese haben auch die europapolitische Willensbildung innerhalb der Partei verändert. Zu den zentralen Akteuren, die als moralische Unternehmer wirken können, zählen Europaverantwortliche im Parteivorstand sowie die Europaabgeordneten.⁵²² Institutionelle Strukturen, Beteiligungsrechte und Wertschätzung ihres Engagements können Aufschluss über die Europäisierung der Partei geben.⁵²³

Auch die Beziehungen zwischen Partei und Regierung (4.) können die Wahrnehmung und innerparteiliche Willensbildung eines Akteurs beeinflussen. Es kann zwischen der Regierung und der Parteiführung zu „push-pull“-Beziehungen kommen.⁵²⁴ Die Regierung kann durch die Partei zur Umsetzung maximaler Ziele aufgefordert werden (*push*). Oder sie wird zu minimalen Positionen gedrängt (*pull*), da die Partei die Kontrolle über die nationale Politik behalten will. Divergenzen zwischen Partei und Regierung über europapolitische Themen können aber auch zu einer stärkeren Kontrolle der Partei führen, um die Regierungsarbeit nicht zu konterkarieren.

Die Beziehungen jenseits des nationalen Parteiensystems (5.) entsprechen den direkten Effekten der Europäisierung und können vom bloßen Kontakt mit anderen Parteien über Kooperation bis hin zur Integration führen.⁵²⁵ Die Intensivierung des Engagements in europäischen Parteienbündnissen kann auf ein gewandeltes Bewusstsein zurückgeführt werden, nachdem bestimmte Probleme auf nationaler Ebene nicht mehr gelöst werden können. Eine zunehmende Sozialisation auf europäischer Ebene kann sich jedoch zu einem Konflikt entwickeln. Dem Rationalismus zufolge haben Akteure auf europäischer Ebene delegierte Autorität und orien-

⁵²⁰ Vgl. Hooghe, Marks 2009, S. 19; François Bayrou hat beispielsweise die Strategie der Europäisierung gewählt, da er davon ausgegangen ist, dass sie ihm Wählerstimmen einbringt. Er konnte sich auf diese Art und Weise auch von der nur verhaltenen Europäisierung der rechten und linken politischen Parteien abgrenzen.

⁵²¹ „Ce type d’investigation établit simplement que, dans certains cas, les élites administratives peuvent jouer un rôle d’accélérateur ou de frein dans la mise sur l’agenda public de certains enjeux et dans leur traduction ou non-traduction en ‚solutions‘ politiques.“ Sawicki, Mathiot 1999, S. 6; vgl. auch die Studie von Sawicki über Laurent Fabius, in der er die persönlichen Eigenschaften von Fabius und die Kreation einer „Marke“ als bedeutungsvoll für den Wandel der PS herausarbeitet: Sawicki 1994

⁵²² Vgl. zu weiteren Akteuren auch Stroh 2004, S. 24f.

⁵²³ Gunter Jasmut hat den Einfluss der Europäischen Integration auf die deutschen Parteien untersucht und einen umfangreichen Analyse katalog entwickelt. Zu diesem gehören beispielsweise die Beteiligungsrechte von europapolitischen Mandatsträgern und Unionsbürgern, die Personalentscheidungen zur Europapolitik wie die Einrichtung neuer europaspezifischer Posten, die Bestimmung der Kandidaten für die Europawahl oder die Besetzung von politischen Ämtern für andere europäische Organe, aber auch das europapolitische Engagement der Parteien in nationalen Organen wie beispielsweise den nationalen Parlamenten; vgl. Jasmut 1995. Vor dem Hintergrund der bedeutend schwächer organisierten französischen Parteien ist es schwierig, diese Informationen einzuholen und umso wichtiger, in Form von Interviews zu überprüfen, ob organisatorische Strukturen eventuell überlagert werden.

⁵²⁴ Vgl. Ladrech 2002a, S. 398

⁵²⁵ Vgl. Niedermayer 2001, S. 436

tieren sich in ihren Handlungen an den nationalen Prioritäten. Sollten jedoch sozialisierende Effekte eintreten, dann kann es zu einer Verselbständigung und Entfernung von nationalen Prioritäten kommen. Diese Verselbständigung wird am anschaulichsten in der Beschreibung der „ständigen Vertreter“ in Brüssel, die zu „ständigen Verrätern“ werden.⁵²⁶

Auch wenn die Forschungsdebatte immer wieder vergleichende Arbeiten mit einer hohen Fallzahl fordert,⁵²⁷ folgt die Analyse der *Parti socialiste* doch einer qualitativen Vorgehensweise, um der Frage nach der Wahrnehmung des Europäischen Integrationsprozesses über mehr als 30 Jahre nachgehen zu können.⁵²⁸ Für die vorliegende Untersuchung wurden Leitfadengespräche mit ehemaligen und aktuellen Mitgliedern des Parteivorstands der *Parti socialiste* aus dem Bereich Internationale Beziehungen und Europäische Fragen, mit Europaabgeordneten, dem Generalsekretär der SPE, mit Wissenschaftlern und Experten sowie mit einigen wenigen Vertretern der rechten Parteien geführt und digital aufgezeichnet.⁵²⁹ Überraschend war, dass Fragen nach Fakten wie der erstmaligen Beteiligung der Europaabgeordneten an den *journées parlementaires* von keinem der Interviewpartner eindeutig beantwortet werden konnten. Auch die Arbeit der *Commission Europe* innerhalb des Internationalen Sekretariats ist nur schlecht dokumentiert und beruht auf der Erinnerung der verantwortlichen Sekretäre. Eine wirkliche Entwicklung kann daher in diesem Punkt nicht aufgezeigt werden. Für die Arbeit ist diese Feststellung bereits Teil des Ergebnisses, denn sie sagt auch etwas über die Struktur der Europadebatte innerhalb der Partei aus.

Neben den Leitfadengesprächen wurde auf Dokumente aus den zwei zentralen Parteiarchiven der *Parti socialiste* zurückgegriffen.⁵³⁰ Hierzu zählen das *Office Universitaire de Recherche Socialiste* und die *Fondation Jean-Jaurès*. Ein Schwerpunkt des Quellenstudiums lag bei der Auswertung der parteiinternen Presse von 1971 bis 2005. Zwar wird die parteiinterne Presse jeweils von der vorherrschenden Strömung in der Partei dominiert und ist damit keine Quelle, die die ideologische Breite der Partei vollständig erfasst. Jedoch informiert sie über zentrale europapolitische Debatten oder Veranstaltungen. Über die punktuelle Analyse der Medienberichterstattung konnten abweichende Meinungen oder Darstellungen zu den ausgewählten Ereignissen recherchiert werden.

Für die Analyse wurde der Zeitraum von 1971 bis 2005 in sechs Zeitabschnitte unterteilt, die sowohl einen innerparteilichen als auch einen europapolitischen Wandel darstellen. In den 1970er Jahren strebte die Partei nach Regierungsfähigkeit und betrachtete den europäischen

⁵²⁶ Vgl. Zürn, Checkel 2005, S. 1073

⁵²⁷ Vgl. Graziano, Vink 2007, S. 17

⁵²⁸ Vgl. Mair 2007, S. 162

⁵²⁹ Bei der Operationalisierung der Fragestellung bringt Checkel es auf den Punkt: „Essentially, you need to read things and talk with people.“ Checkel 15.08.1998; vgl. die Liste der Interviewpartner im Anhang

⁵³⁰ Vgl. die Liste der analysierten Dokumente im Anhang

Einigungsprozess eher leidenschaftslos. Von 1981 bis 1984 unternahm die sozialistische Regierung den Versuch, den Sozialismus in Frankreich zu realisieren und verfolgte das Ziel, ihre Werte zu bewahren. Mit dem Bruch des Linksbündnisses 1984 fand eine beispiellose Hinwendung nach Europa statt. Die nationalen Interessen Frankreichs wurden neu definiert und Europa zur Zukunft Frankreichs erklärt. Mit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht löste sich allerdings der lange vorherrschende permissive Konsens in Europa auf. Damit begann auch für die Partei 1992 eine Phase der Neuorientierung, die zunächst durch franko-französische Debatten auf die Partei beschränkt blieb. Zahlreiche Skandale hatten sie in die Krise und zum Wahldebakel von 1993 geführt. Der Regierungsantritt von Lionel Jospin 1997 bildet eine weitere Zäsur. Jospin vertrat einen Politikansatz, mit dem er realistische Forderungen mit einem politischen Voluntarismus verband. Prägend wurde seine strategische Hinwendung zu Europa. Mit dem Amsterdamer Vertrag, der die Maastrichter *left overs* klären sollte, und der sich abzeichnenden Osterweiterung entwickelte sich jedoch ein alternativer Europäismus in der Partei. Die Niederlage Jospins bei den Präsidentschaftswahlen 2002 gegen den rechtsextremen Kandidaten Jean-Marie Le Pen stürzte die Partei in eine neue Krise, die sich mit der Spaltung über den Europäischen Verfassungsvertrag noch verschärfte.

4.2 Die europäische Identität Frankreichs und der Sozialisten bis 1971

4.2.1 Frieden, Modernisierung und nationale Größe als Leitlinien der französischen Europapolitik

Die französische Europapolitik prägten drei nicht voneinander zu trennende Leitlinien: Sie war für Frankreich ein Weg zur Bewahrung des Friedens und zur Sicherheit vor Deutschland, zur Modernisierung des Landes und zur Herstellung der nationalen Größe.

„Membership of the EU has derived from a strong sense of a lack of alternative. European integration has been viewed as the only available means of reaching France's primary foreign policy objective, i.e. *grandeur* on the international scene and national security through the reconciliation with Germany.“⁵³¹

Die Forderung nach Überwindung nationalstaatlicher Egoismen war in Intellektuellenkreisen bereits seit den 1920er Jahren diskutiert worden und erfuhr in der französischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg eine Bestätigung.⁵³² Die Aussöhnung mit Deutschland via Europa wurde insbesondere von kosmopolitisch denkenden Intellektuellen wie Joseph Rovin oder Alfred Grosser verlangt.⁵³³ Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde sie zur realpolitischen Notwendigkeit, um den Frieden sichern zu können. Der Christdemokrat

⁵³¹ Sauger 2008, S. 62

⁵³² Léon Blum zog in seinem Buch *A l'échelle humaine*, das er 1941 in Gefangenschaft schrieb, die Lehren aus dem Krieg und plädierte für eine supranationale Organisation, die abweichende Staaten disziplinieren könne. *A l'échelle humaine* sei für die Sozialisten ein mythisches Buch geworden, das ihr europapolitisches Engagement legitimiert und vertieft habe, vgl. Frank 2004, S. 457

⁵³³ Vgl. Schubert 1989, S. 548

und Anhänger eines föderalen Europas Robert Schuman legte 1950 den nach ihm benannten Schuman-Plan vor, um die deutsche Kohle- und Stahlindustrie in europäische Strukturen einzubinden und dem außenpolitischen Druck der USA nachzukommen. Auch René Pleven beugte sich im selben Jahr dem Druck der USA sowie den Realitäten des Koreakriegs und schlug eine europäische Armee vor, die die deutsche Wiederbewaffnung ermöglichen sollte, jedoch im Jahr 1954 an der französischen Nationalversammlung scheiterte.⁵³⁴ Frankreich erlebte die erste große europapolitische Debatte, die besonders durch die Angst vor dem deutschen Nachbarn geprägt war. Dies zeigt, dass die Vorstellung einer bis Anfang der 1990er Jahre andauernden stillschweigenden Zustimmung zum Europäischen Integrationsprozess für Frankreich bereits in den 1950er Jahren relativiert werden muss.⁵³⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte sich dem agrarisch geprägten und protektionistisch orientierten Frankreich auch die Herausforderung der Modernisierung seiner Wirtschaft. Das Land öffnete seine Grenzen nicht ohne Zögern der internationalen Konkurrenz und dem Wettbewerb.⁵³⁶ Die Regierung des Sozialisten Guy Mollet blieb skeptisch gegenüber einem europäischen Binnenmarkt und zielte primär auf die Schaffung einer Gemeinsamen Agrarpolitik und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom). Die Verhandlungen über die Römischen Verträge nahm Frankreich primär aus energiepolitischer Sicht wahr. Die Suezkrise und der Algerienkrieg hatten seine energiepolitische Abhängigkeit gezeigt und der Binnenmarkt wurde als Preis gesehen, der für eine europäische Atomgemeinschaft zu zahlen war. In der Gruppe der Juristen, die den Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ausarbeiteten, nahm der französische Repräsentant Georges Vedel nur an der ersten Sitzung teil. In seinen Augen war allein der Euratom-Vertrag von Bedeutung. Die Grundlagen der europäischen Wirtschaftsintegration, die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, wurden somit in Abwesenheit des französischen Repräsentanten verfasst.⁵³⁷

Die Skepsis Frankreichs gegenüber dem Binnenmarkt erklärt sich auch damit, dass es der Regierung nicht gelungen war, ihre sozial-interventionistische Vorstellungen gegenüber dem ordoliberalen Modell der Deutschen zu behaupten. Das französische Verständnis des Wohlfahrtsstaates geht auf eine besondere politische Moderation der sozialen Frage durch den Staat zurück.⁵³⁸ Dieser garantiert die soziale Kohäsion in der Gesellschaft. Auf Drängen der Fran-

⁵³⁴ Vgl. Poidevin 1990; vgl. zur Rolle der USA im europäischen Einigungsprozess Neuss 2000

⁵³⁵ Vgl. Ross 2000, S. 87

⁵³⁶ Vgl. Moreau Defarges 2007, S. 8; Die Zögerlichkeiten bestehen bis heute, wenn auch unter anderen Vorzeichen: „Astérix et son village sont bien français, exprimant le rêve ou la nostalgie d’une France immuable, vivant en autarcie et se débarrassant des troubles du monde avec une gourde de potion magique.“ Moreau Defarges 2007, S. 15

⁵³⁷ Vgl. Autret 2008, S. 26f.

⁵³⁸ „Mit Bezug auf die in ihm [dem sozialen Republikanismus] zur Geltung kommenden Regulationsmuster könnte man die Entwicklung in der Tat als Vollendung einer *synthèse républicaine*, nämlich als staatlich moderierte Zusammenführung weitgehend unabhängig voneinander ausgebildeter wohlfahrtskultureller Strömungen bezeichnen: Denn unter der strengen Aufsicht eines ambitionierten

zosen wurden zwar sozialpolitische Regelungen in die Verträge aufgenommen, aber die deutsche Seite widersetzte sich einer regulativen, die Sozialsysteme harmonisierenden europäischen Sozialpolitik.⁵³⁹ Neben der Einrichtung eines Europäischen Sozialfonds enthielt der EWG-Vertrag eher allgemeine sozialpolitische Forderungen und Erklärungen. Die Gemeinschaftskompetenzen bezogen sich beispielsweise auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und ihre soziale Sicherheit sowie auf die Gleichbehandlung von Mann und Frau. Wegen des Wirtschaftswachstums gehörten sozialpolitische Fragen allerdings nicht zu den Prioritäten.⁵⁴⁰ Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es der französischen Regierung trotz einer von der französischen Nationalversammlung verursachten Krise im Jahr 1954 gelungen war, eine zu liberale Orientierung des Binnenmarktes zu verhindern.⁵⁴¹

Neben der Sicherung des Friedens und der Modernisierung der Wirtschaft sollte Europa schließlich auch zur nationalen Größe Frankreichs beitragen. In außenpolitischer Hinsicht konnte Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg ungeachtet der Niederlage von 1940 zwar seinen Status als *grande nation* unter anderem durch einen Sitz als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bewahren, jedoch musste es deutliche Einbußen hinnehmen. Mit dem Einsetzen des Ost-West-Konflikts waren die Handlungsmöglichkeiten Frankreichs eingeschränkt, was als relativer Niedergang empfunden wurde. Insbesondere die Übermacht der USA, die sich unter anderem in dem „System von Jalta“ ausdrückte, wurde von Frankreich abgelehnt.⁵⁴² Kommunisten und Gaullisten gehörten in der IV. Republik zu den schärfsten Kritikern des Europäischen Integrationsprozesses, da er aus ihrer Sicht die Unabhängigkeit des Landes in Gefahr brachte bzw. zu marktliberale Züge trug.⁵⁴³

Mit seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Jahr 1958 vollzog Charles de Gaulle einen europapolitischen Kurswechsel, dem auch die parteiinternen Europa-Kritiker folgen mussten. De Gaulle revidierte seine ablehnende Haltung zum Integrationsprozess, da er erkannt hatte, dass Europa nicht nur die wirtschaftliche Modernisierung des Landes unterstützen, sondern auch Frankreichs Unabhängigkeit zwischen den Blöcken fördern konnte. Frankreich strebte nach einer Führungsrolle in Europa, die über die Kooperation mit Deutschland als Juniorpartner ermöglicht werden sollte. De Gaulle unterdrückte die europa-kritischen Stimmen seiner An-

Interventionsstaates werden in dieser Epoche [der trente glorieuses] solidarische, katholisch-paternalistische, syndikalistische und assoziative Muster der kollektiven Vor- bzw. Fürsorge sozialrechtlich überformt und institutionell verallgemeinert.“ Bode 1999, S. 122f.
⁵³⁹ Vgl. Wielgoß 2002, S. 74

⁵⁴⁰ Vgl. von Oppeln 2008, S. 86

⁵⁴¹ Vgl. Kiersch 1982, S. 164ff; vgl. auch Autret 2008, S. 25: „Guy Mollet fit l'impossible en 1957 pour arrondir les angles par trop libéraux du traité CEE.“ Die Autorin vergleicht die Situation von Guy Mollet im Jahr 1956 mit der von Nicolas Sarkozy nach seiner Wahl zum französischen Staatspräsidenten im Jahr 2007. Mollet habe wie Sarkozy in einer Situation handeln müssen, in der Frankreich sich als Verursacher einer Krise gezeigt habe. Sie zieht also eine Parallele zwischen der Ablehnung der EVG 1954 in der französischen Nationalversammlung und der Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags 2005.

⁵⁴² Vgl. Schubert 1989, S. 546

⁵⁴³ Diese Konvergenz in außen- und europapolitischen Fragen während der IV. Republik führte dazu, dass man von einem „roten“ Gaullismus der PCF sprach. Der CERES-Strömung innerhalb der PS wurde ein „rosafarbener“ Gaullismus nachgesagt. Vgl. Schubert 1989, S. 552

hänger und versuchte, die Europäische Gemeinschaft nach seiner gaullistischen intergouvernementalen Vorstellung zu formen. Die von ihm initiierten Fouchet-Pläne scheiterten jedoch. Er verhinderte allerdings die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, wie es die Römischen Verträge eigentlich vorsahen.⁵⁴⁴

Die zweite europa-kritische französische Partei der IV. Republik, die Kommunisten, wandelte sich in den 1960er Jahren ebenfalls. Zwar änderten sie nicht ihre Haltung zum Integrationsprozess, jedoch erkannten sie, dass die durch die Direktwahl des Präsidenten hervorgerufene Bipolarisierung des Parteiensystems eine Kooperation im linken Lager erzwingen würde. Die zentrale Differenz mit den nicht-kommunistischen Linken blieb die Europapolitik. Innerhalb der westeuropäischen kommunistischen Parteien gehörte die französische Partei zu den größten Kritikern des Integrationsprozesses und lehnte noch 1971 die Europäische Gemeinschaft als „Kleineuropa der monopolitischen Bourgeoisie“⁵⁴⁵ ab. An den Abstimmungen im Europäischen Parlament (bzw. Versammlung) beteiligte sie sich trotz prinzipieller Ablehnung ab 1973, um auf diesem Weg die französischen Interessen wahren zu können. Sollte eine Koalition im linken Lager zustande kommen, mussten Sozialisten und Kommunisten diese Differenzen herunterspielen.⁵⁴⁶

Die französische Europapolitik zeichnet eine Mischung aus Notwendigkeiten und großen Visionen aus. Dies führt dazu, dass sie bisweilen als unklar oder ambivalent wahrgenommen wird.⁵⁴⁷ Bis heute kommen Analysten zu dem Schluss, dass Frankreichs Streben nach Einfluss in Europa und seine spezifische Europavision nicht kompatibel seien mit seiner tatsächlichen Rolle.⁵⁴⁸ Es gehört zu den zentralen Widersprüchen der französischen Europapolitik, dass Frankreich regelmäßig ein starkes und unabhängiges Europa fordert, jedoch nicht bereit ist, die hierfür notwendigen nationalstaatlichen Kompetenzen auf die supranationale Ebene zu übertragen.⁵⁴⁹ Aus innenpolitischer Sicht werden die Widersprüche genährt von der Tatsache, dass in der Regel die französische Bevölkerung der Europäischen Integration aufgeschlossener gegenübersteht als die politischen Eliten. Diese müssen aus Rücksicht auf mögliche Koalitionspartner europapolitische Fragen unter Verschluss halten.

⁵⁴⁴ Die französischen Minister blockierten den 1960 von der Versammlung vorgelegten Entwurf zu allgemeinen unmittelbaren Wahlen des Europäischen Parlaments auf Anweisung de Gaulles. Vgl. Brunn 2005, S. 209

⁵⁴⁵ Trautmann 1982, S. 131, 135

⁵⁴⁶ Vgl. Ross 2000, S. 89

⁵⁴⁷ Vgl. Schubert 2004, S. 256

⁵⁴⁸ Vgl. Seidendorf 2008, S. 33

⁵⁴⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 111

4.2.2 Eine loyale und wenig sozialistische Europapolitik unter Guy Mollet

Die Sozialistische Internationale verschrieb sich 1951 dem Ziel des Internationalismus. Der demokratische Sozialismus sei international, weil keine Nation allein ihre Probleme lösen könne. Die absolute nationale Souveränität müsse überwunden werden.⁵⁵⁰ Von diesem Bekenntnis zum Internationalismus kann jedoch noch keine grundsätzliche Zustimmung zum Europäischen Integrationsprozess abgeleitet werden. Die Sozialisten mussten vielmehr nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst ihre politische Priorität als auch ihren territorialen Bezugsraum definieren.⁵⁵¹

Die Frage der Priorität lösten sie 1948, indem sie der Integration in Europa den Vorzug vor der Verwirklichung des Sozialismus gaben. Nach dem Europakongress von Den Haag fand der entscheidende Wandel statt, als das *Comité pour les États-Unis socialistes d'Europe* sich in *Mouvement socialistes pour les États-Unis d'Europe* umbenannte und den Aufbau Europas zu einer Priorität erklärte. Die Bewegung definierte sich weiterhin sozialistisch, aber sie machten ein sozialistisches Europa nicht mehr zur Vorbedingung für ihr Engagement.⁵⁵²

Die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs und die gewachsene Bedeutung der europäischen Idee in der französischen Widerstandsbewegung hatten erheblichen Einfluss auf diesen Strategiewechsel. Auch trug das Scheitern der universalistischen Strategie hierzu bei. Die Vereinten Nationen waren für die Sozialisten zunächst der geeignete Ort, um weltpolitisch und nicht nur europaweit agieren zu können. Jedoch offenbarte der beginnende Kalte Krieg und die daraus resultierende Blockade des Sicherheitsrats die Grenzen dieser universalistischen Strategie. Was zunächst nicht weltweit geregelt werden konnte, sollte nun in Europa umgesetzt werden. Die amerikanischen Gelder des Marshall-Plans erleichterten zudem die Rückbesinnung auf Westeuropa.⁵⁵³ Die Sozialisten sahen mit der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) gute Rahmenbedingungen für eine Politik der sozialen Reformen und der *planification*, die eine liberale Ausrichtung Europas verhindern konnte. Die französischen Sozialisten suchten hierfür die Kooperation mit den Briten im 1949 gegründeten Europarat. Wegen der Enttäuschung über die französisch-britische Zusammenarbeit im Europarat und der geringen Akzeptanz ihrer sozialen Reformen in der OEEC stimmten die französischen Sozialisten schließlich Jean Monnets funktionalem Ansatz der Europäischen Integration in Form einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) zu.

Die fehlende britische Beteiligung blieb jedoch für die französischen Sozialisten ein Manko und trug 1954 zur Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bei, die

⁵⁵⁰ Vgl. Bossuat 2004, S. 43

⁵⁵¹ Vgl. zum Folgenden Frank 2004, S. 459ff.

⁵⁵² Vgl. auch Brunn 2005, S. 57

⁵⁵³ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 35

René Pleven 1950 vorgeschlagen hatte. Im Mittelpunkt stand die Sorge vor einer Wiederbewaffnung Deutschlands. Mit 53 gegen 50 Stimmen votierte eine knappe Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten gegen die Aufnahme der EVG auf die Tagesordnung der Nationalversammlung. Die Mehrheit der Abgeordneten widersetzte sich damit der offiziellen Linie der Partei und wurde entsprechend diszipliniert. Nach Aufhebung der Sanktionen 1955 erleichterte die Beteiligung Großbritanniens an der Westeuropäischen Union und dem Nordatlantikpakt (NATO) den Abweichlern die Zustimmung zur Integration Deutschlands in beide Verteidigungsbündnisse. Auch François Mitterrand, der damalige Innenminister im Kabinett von Pierre Mendès-France, war zufrieden über den Antrag auf Nichtbehandlung in der Nationalversammlung, da „die EVG nicht den Sturz einer Regierung provozieren dürfe, die noch so viel zu tun habe“.⁵⁵⁴ Da Mitterrand zuvor die EVG offiziell verteidigt hatte, machte er sich unglaubwürdig. Die Wurzeln seines europapolitischen Engagements werden daher differenziert bewertet.⁵⁵⁵ Eine mögliche Erklärung der vermeintlichen Widersprüche liefert die Differenzierung von Europa und der Europäischen Gemeinschaft:

„Si tout est européen chez François Mitterrand, force est de constater qu’il n’y a en revanche rien de ‚communautaire‘.“⁵⁵⁶

Die gemeinschaftliche Komponente des Europäischen Integrationsprozesses war Mitterrand zunächst fremd. Seine Vorstellung von Europa war die eines politischen Projekts, das Frankreich nutzen sollte.⁵⁵⁷ Mitterrand realisierte jedoch nicht, dass es abgesehen von den technischen Dossiers, die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft behandelt wurden, einen starken Willen zur Integration und Solidarität unter den Mitgliedstaaten gab.⁵⁵⁸

Die Römischen Verträge wurden von den Sozialisten mit Gleichgültigkeit angenommen, jedoch begrüßten sie es, dass diese den Interessen der französischen Landwirte entsprachen, die französischen Kolonien berücksichtigten und die Einbindung Deutschlands sicherstellten.⁵⁵⁹

Die Sozialisten hatten sich auf ein Europa des kleinsten gemeinsamen Nenners verständigt, das sie in der wirtschaftlichen Integration sahen. In dieser Haltung unterschieden sie sich in den 1950er Jahren maßgeblich von ihren britischen und deutschen Schwesterparteien, die europa-kritisch waren. Die französischen Sozialisten waren eine der wenigen sozialdemokratischen Parteien in Europa, die sich „an der von den konservativ-liberalen Kräften vorangetriebenen wirtschaftlichen und politischen Integrationen“ beteiligten.⁵⁶⁰ Auch innenpolitische

⁵⁵⁴ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 58

⁵⁵⁵ Maurice Faure, Teilnehmer an den Verhandlungen über die Römischen Verträge und Vertrauter von Mitterrand, sah ein relativ spätes Bekenntnis Mitterrands zu Europa. Vgl. Saunier 2003, S. 431f.

⁵⁵⁶ Saunier 2003, S. 433

⁵⁵⁷ Vgl. Du Réau 2001, S. 285

⁵⁵⁸ Vgl. Saunier 2003, S. 433

⁵⁵⁹ Vgl. Delwit 1996, S. 436, vgl. Kiersch 1982, S. 166f.

⁵⁶⁰ Timmermann 1982, S. 84

Zwänge hatten in der IV. Französischen Republik zu dieser pro-europäischen Haltung geführt. Die Kritik von Kommunisten und Gaullisten verstärkte bei den regierenden Parteien ihre Öffnung nach Europa.⁵⁶¹

Innerhalb der französischen Linken blieben jedoch erhebliche Bedenken sowohl gegen die Ausrichtung als auch das Prinzip des Integrationsprozesses. Europa ließ sich nicht vollständig in die linke politische Kultur integrieren. So sprach sich die republikanische Linke einerseits schon frühzeitig für Europa aus. Die Kommunisten und die extreme Linke hingegen waren vereint in der Ablehnung der Europäischen Integration. Die Sozialisten waren anfangs mehr internationalistisch als europäisch ausgerichtet und anschließend relativ zerstritten über die Europafrage.⁵⁶² Offiziell verfolgte die SFIO jedoch eine pro-europäische Linie, die sie auch nach der Rückkehr de Gaulles an die Macht beibehielt.

In der Opposition zu de Gaulles Europapolitik, wie zum Beispiel im Hinblick auf den britischen Beitritt zur EWG, kam es zu einer Annäherung zwischen der SFIO und den Christdemokraten vom MRP. Die Priorität der SFIO lag in den 1960er Jahren weniger bei der sozialistischen Ausrichtung Europas als bei deren institutioneller Gestaltung. Mollet wurde hierfür zunehmend kritisiert. Unter dem Pseudonym Jacques Mandrin bemängelt das CERES 1969 den Formalismus der SFIO, der dazu beitrage, dass die SFIO die Fragen der Europäischen Integration – und hier vor allem der sozio-ökonomischen Realität – nicht stelle.⁵⁶³ Das starke europapolitische Bekenntnis Mollets hatte auch an der Basis Befürchtungen geweckt, dass die Partei sich zu sehr einem christdemokratischen Europa anpasse und die sozialistischen Ideale vernachlässige.⁵⁶⁴ Erst unter zunehmendem Druck der linken Bewegungen und der innerparteilichen Kritik wurde der Diskurs von Mollet kritischer gegenüber einem liberalen Europa.⁵⁶⁵

In den Jahren der 68er-Bewegung hatte die europäische Frage allerdings kaum Aktualität und spielte auch bei der Gründung der *Nouveau Parti socialiste* 1969 keine bedeutende Rolle.⁵⁶⁶

In den 1960er und 1970er Jahren wurde schließlich der Internationalismus weit über die sozialistische Partei hinaus von der antikolonialen Bewegung getragen.⁵⁶⁷ Den Höhepunkt erreichte die französische Dritte-Welt-Debatte mit Publikationen wie *L’Afrique Noire est mal partie* von René Dumont (1966) oder *Les Damnés de la Terre* von Franz Fanon (1961) mit

⁵⁶¹ Vgl. Ross 2000, S. 88

⁵⁶² Vgl. Frank 2004, S. 470f.

⁵⁶³ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 35ff; Die Haltung des CERES zur Europafrage bestimmte in der Folge maßgeblich die Haltung der PS. Kennzeichnend für den Internationalismus des CERES waren eine Mischung aus Anti-Imperialismus der extremen Linken und dem Streben nach Unabhängigkeit der Gaullisten. Vgl. Rütther – Hugues Portelli 23.03.2006; Hugues Portelli gehörte selbst dem CERES an. Heute ist er Mitglied der Union pour un mouvement populaire (UMP).

⁵⁶⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 576

⁵⁶⁵ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 37

⁵⁶⁶ Vgl. Frank 2004, S. 464ff.

⁵⁶⁷ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 521f.

einem Vorwort von Jean-Paul Sartre.⁵⁶⁸ Dieser Internationalismus der 1960er und 1970er Jahre trug auch eine antiamerikanische Stoßrichtung. Unter Bezug auf den Anti-Imperialismus wurde der Vietnam-Krieg verurteilt und die internationalen Klassen zum Kampf gegen den globalen Kapitalismus aufgerufen. In den 1960er und 1970er Jahren wuchs über den Internationalismus und die antikoloniale Bewegung eine Generation von Politiker heran, die die internationale Debatte in der späteren *Parti socialiste* maßgeblich prägte. Im Vergleich mit dem *Tiersmondisme* spielte die Europapolitik innerhalb der *Parti socialiste* in den 1970er Jahren nur eine untergeordnete Rolle.

4.3 Europäisierung und das Streben nach Regierungsfähigkeit von 1971 bis 1981

4.3.1 Parteipolitik: Taktische Bündnisse für den Wahlerfolg

Die politische Linke stand in Frankreich Ende der 1960er Jahre vor großen Herausforderungen. Die Einführung der Direktwahl des französischen Staatspräsidenten und das Wahlsystem führten zu einer Bipolarisierung des politischen Systems und es wurde deutlich, dass ein Machtwechsel nur durch eine geschlossene Linke möglich war. Diese Einsicht führte zum Einigungsparteitag von Épinay-sur-Seine, der als Geburtsstunde der *Parti socialiste* gilt. Der neue Parteivorsitzende François Mitterrand verkörperte die Aussöhnung mit den Institutionen der V. Republik⁵⁶⁹ und stellte eine Abkehr von der Politik seines Vorgängers Guy Mollet und dessen zentralistischem Führungsstil dar.

In den folgenden vier Jahren verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder der *Parti socialiste*, auch wenn ein Teil der SFIO- und Mollet-Anhänger aus der neu gegründeten Partei ausgetreten waren.⁵⁷⁰ Die PS gewann ihre Anhänger nicht mehr nur in den Arbeitermilieus, sondern war wegen der Angleichung der Lebensstile und der zunehmenden Urbanisierung in allen Regionen und in allen Schichten attraktiv. Ihr gelang es, der Gefahr der Regionalisierung und Marginalisierung der ehemaligen SFIO entgegenzuwirken.⁵⁷¹ Die sogenannten *Assises de Socialisme* setzten im Oktober 1974 die Vereinigung der Linken fort, mit der insbesondere die PSU unter Michel Rocard an die PS herangeführt werden sollte. Etwa 3000 Mitglieder und Gewerkschafter der *Confédération française démocratique du travail* (CFDT) traten der PS bei. Auch Jacques Delors, ein Vertreter des sozialen Katholizismus, zählte zu den neuen Mitgliedern der PS.⁵⁷²

⁵⁶⁸ Vgl. von Krosigk 1993

⁵⁶⁹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 1992, S. 254

⁵⁷⁰ Vgl. Schäfer 1989, S. 90

⁵⁷¹ Vgl. Portelli 1998, S. 53ff. und vgl. Bergounioux, Grunberg 1992, S. 254

⁵⁷² Vgl. Stephan 2001, S. 36

In der Zwischenzeit war auch das Verhältnis von Sozialisten und Kommunisten neu bestimmt worden. Gemeinsam mit einem Teil der Radikalsozialisten war im Juni 1972 ein gemeinsames Regierungsprogramm verabschiedet worden, das zur Grundlage für Wahlabsprachen bzw. gemeinsame Kandidatenlisten bis 1977 wurde. Mitterrand versteckte seine Absichten nicht. Bereits 1972 erklärte er auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Wien, dass es das Ziel sei, eine große sozialistische Partei auf Grundlage der kommunistischen Partei zu schaffen. Von fünf Millionen kommunistischen Wählern könnten drei Millionen auch sozialistisch wählen.⁵⁷³ Die Splittergruppe der Radikalsozialisten stellte im Linksbündnis nur eine Minderheit dar. Sie hatten sich von den Radikalsozialisten als linksliberales *Mouvement des radicaux de gauche* (MRG)⁵⁷⁴ abgespalten und wurden zu einem langjährigen Koalitionspartner der Sozialisten.

Die von Mitterrand verkörperte Aussöhnung mit der V. Republik, deren präsidentielle Logik er anfangs noch abgeschwächt wollte, erfolgte ohne Einschränkungen. Die Festlegung eines geeigneten Präsidentschaftskandidaten wurde im Vergleich zur Programmatik immer bedeutender.⁵⁷⁵ Mitterrand baute seine eigene Machtbasis aus, indem er versuchte seine Anhänger sowie die Strömungen um Jean Popere, Gaston Defferre und Pierre Mauroy zu einen. Hieraus entstand die spätere *mitterrandistische* Strömung, die weniger auf ideologischen Grundlagen als auf den Erfolgsaussichten ihres Kandidaten beruhte.⁵⁷⁶

Innerhalb der Partei zählten jedoch das marxistische CERES und die *rocardiens* zu den bedeutendsten Strömungen. Inhaltlich standen sie sich diametral gegenüber. So setzte sich Rocard für einen Bruch mit den Kommunisten ein und wurde mit dem Konzept der *autogestion* verbunden, also der Selbstverwaltung im wirtschaftlichen und staatlichen Bereich.⁵⁷⁷ Das CERES sah den Machtzuwachs von Rocard hingegen als Rechtsruck der Partei und warf diesem eine Sozialdemokratisierung und Amerikanisierung der Partei vor.⁵⁷⁸ Auf dem Parteitag von Nantes sprach Rocard 1977 von den zwei rivalisierenden Kulturen innerhalb der Linken: Die erste sei das Erbe des Jakobinismus, weitergeführt durch den *Guesdisme* und verkörpert durch das CERES. Die Strömung sei zentralistisch und vertraue auf den Staat, um die Gesellschaft zu verändern. Die zweite Kultur berufe sich auf den *Proudhonisme* und übernehme die Idee der sozialen Revolution. Mit ihr identifizierten sich die Anhänger, christlich oder nicht, die von der PSU und der CFDT gekommen seien. Eine linke Regierung sollte im Sinne dieser *deuxième gauche* die Bedingungen schaffen, die den Gewerkschaften und Organisationen

⁵⁷³ Vgl. Viansson-Ponté 01.07.1972

⁵⁷⁴ Vgl. zur MRG: Scholze, Zimmermann 1992; vgl. auch Moreau, Müller-Brandeck-Bocquet 2000, S. 105

⁵⁷⁵ Vgl. Stephan 2001, S. 54

⁵⁷⁶ Vgl. Stephan 2001, S. 57

⁵⁷⁷ Vgl. Schäfer 1989, S. 90, vgl. auch Jäger 1978, S. 93ff.

⁵⁷⁸ Vgl. Stephan 2001, S. 61; vgl. zum CERES Charzat et al. 1977 oder Hanley 1986

erlaubten, den sozialen Wandel zu gestalten. Innerhalb der Partei stieß Rocard mit diesen Thesen wegen der Gefahr einer Spaltung auf Widerstand.⁵⁷⁹

Mitterrand musste in den 1970er Jahren seine strategische Position zum CERES und den *rocardiens* bestimmen. Bis zu den *Assises de Socialisme* im Jahr 1974 hatte das CERES die programmatische Linie der Partei bestimmt und die Verabschiedung des gemeinsamen Programms mit den Kommunisten gefördert. Nach dem Beitritt der *rocardiens* wandte sich Mitterrand vom CERES ab. Auf dem Parteitag von Pau 1975 wurde das CERES aus der Parteiführung ausgeschlossen, obwohl dessen Antrag 25 Prozent der Delegiertenstimmen erhielt. Die Anhänger von Mitterrand, von Mauroy und von Rocard bildeten gemeinsam die neue Parteiführung.⁵⁸⁰ Bereits beim Präsidentschaftswahlkampf 1974 hatte Mitterrand den Pragmatikern in seinem Team vor den Vertretern des CERES den Vorzug gegeben.⁵⁸¹

Die Neuauflage des Gemeinsamen Programms scheiterte 1977 an der Haltung der Kommunisten, die fürchteten, das Linksbündnis nutze allein den Sozialisten. In der Tat lagen die Sozialisten bei den Parlamentswahlen 1978 mit 22,5 Prozent erstmalig vor den Kommunisten, die 20,6 Prozent erreichten.⁵⁸² Trotzdem bedeutete die Parlamentswahl 1978 nicht den sicher geglaubten Wahlsieg, sodass Mitterrand seinen Kurs erneut änderte. Er rückte von Rocard ab und näherte sich bei dem Parteitag von Metz 1979 den Positionen des CERES an. Mitterrand sah die elektorale Notwendigkeit, das Linksbündnis fortzusetzen und hielt an ihr als Grundwert der PS fest. Das CERES war zwar mit 15 Prozent auf dem Parteitag von Metz deutlich geschwächt gegenüber den Ergebnissen von Pau 1975 (25 Prozent) und Nantes 1977 (24 Prozent), aber es wurde wieder in die Parteiführung aufgenommen. Rocard, der mit 20 Prozent der Delegiertenstimmen ab 1979 die innerparteiliche Opposition vertrat, verbündete sich zunächst mit den Anhängern Mauroys.⁵⁸³ Zwischen Rocard und Mitterrand entwickelte sich eine scharfe Konkurrenz. Beide wollten für die Präsidentschaftswahlen kandidieren. Zwar war Rocards Rückhalt in der Partei weniger groß als der Mitterrands, jedoch war er in der Öffentlichkeit sehr populär.⁵⁸⁴ Als Mitterrand seine Kandidatur offiziell ankündigte, zog Rocard zurück. Den Parteivorsitz übertrug Mitterrand an seinen Vertrauten Lionel Jospin. Die sehr heterogene *Parti socialiste*, so kann man abschließend zusammenfassen, wurde in den 1970er Jahren von dem gemeinsamen Wunsch der Übernahme der Regierungsverantwortung getragen.

⁵⁷⁹ Vgl. Lévêque 1997, S. 176

⁵⁸⁰ Vgl. Schäfer 1989, S. 91, Stephan 2001, S. 59

⁵⁸¹ Michel Rocard hingegen gehörte dem Wahlkampfteam an und seine wirtschaftspolitischen Thesen zur autogestion wurden in die Programmatik aufgenommen. Vgl. Stephan 2001, S. 59

⁵⁸² Vgl. Stephan 2001, S. 69

⁵⁸³ Vgl. Schäfer 1989, S. 92; zu den Zahlen Stephan 2001, S. 56

⁵⁸⁴ Vgl. Stephan 2001, S. 61

„Im Kielwasser des Erfolgs (...) wagt niemand, die Grundlagen dieses Erfolgs anzutasten. Die Alternative wäre in der Tat ein Zurück in die Zersplitterung der sechziger Jahre, ein Zurück in den Mißerfolg und Niedergang.“⁵⁸⁵

4.3.2 Europapolitik: Parallele Aufwertung intergouvernementaler und supranationaler Institutionen

Der europapolitische Kontext der 1970er Jahre wurde durch zwei Gipfeltreffen geprägt: in Den Haag 1969 und in Paris 1974. Der Gipfel in Den Haag griff unter dem Dreiklang Vollendung, Vertiefung und Erweiterung die zentralen Streitfragen der 1960er Jahre auf. Mit einer definitiven Regelung zur Finanzierung sollte der Agrarmarkt vollendet werden, die Europäische Gemeinschaft durch eine Wirtschafts- und Währungsunion sowie eine politische Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen vertieft und die Europäische Gemeinschaft um Großbritannien sowie Norwegen, Dänemark und Irland erweitert werden.

Die Vollendung des Gemeinsamen Agrarmarktes hatte für Frankreich Priorität.⁵⁸⁶ Der Werner-Plan zur Einrichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion, der eine Stärkung der europäischen Institutionen vorsah, wurde von den Franzosen hingegen als „verfrühter institutioneller Krimskrams“⁵⁸⁷ bewertet. Der Plan wurde zwar in modifizierter Form in Kraft gesetzt, jedoch durch die einsetzende Währungskrise konterkariert. Nachdem im August 1971 die Konvertibilität des Dollars in Gold aufgehoben worden war, versuchten die Europäer im April 1972 eine möglichst hohe Währungsstabilität über einen Wechselkursverbund, die sogenannte Währungsschlange, herzustellen.⁵⁸⁸ Zur Vertiefung der außenpolitischen Dimension des Integrationsprozesses war in Den Haag ferner die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) vereinbart worden. Pompidous Wunsch nach einem permanenten politischen Sekretariat für die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) in Paris lehnten die europäischen Partner jedoch ab.

In Den Haag wurde nach Vollendung und Vertiefung auch der Weg für die Erweiterung freigegeben. Nach siebenjähriger französischer Blockade des Beitritts von Großbritannien wurden Beitrittsverhandlungen aufgenommen, in deren Mittelpunkt der Finanzbeitrag der Briten stand. Vereinbart wurden eine sechsjährige Übergangsfrist für die Einführung der Gemeinsamen Agrarpolitik und ein Finanzbeitrag, der einer Übergangs- und Sicherheitsklausel unterlag.⁵⁸⁹ 1973 traten schließlich neben Großbritannien auch Irland und Dänemark der Europäischen Gemeinschaft bei. In Frankreich fand im April 1972 ein Referendum zur Norderweite-

⁵⁸⁵ von Schenck 1978, S. 383

⁵⁸⁶ Vgl. Bossuat 2005, S. 123

⁵⁸⁷ Brunn 2005, S. 219; vgl. auch Bossuat 2005, S. 131; Ziel des Werner-Plans war es, in drei Etappen die wirtschaftlichen und monetären Ungleichgewichte zwischen den Partnerstaaten abzubauen. Eine einheitliche Währung sollte eingerichtet, ein gemeinschaftliches Zentralbankensystem und ein europäisches wirtschaftspolitisches Entscheidungszentrum geschaffen werden.

⁵⁸⁸ Vgl. Brunn 2005, S. 215ff.

⁵⁸⁹ Vgl. Brunn 2005, S. 185

rung statt. Zwar stimmten 68 Prozent der Franzosen der Norderweiterung zu, jedoch lag die Wahlbeteiligung bei lediglich 36 Prozent. In der Folge verlangsamte Pompidou seinen europapolitischen Ehrgeiz.⁵⁹⁰

„Il n'est pas impossible aussi que les milieux politiques français aient eu le sentiment d'être dépassés par la mécanique bruxelloise (adhésion britannique, UEM, négociations commerciales menées par la Commission) et qu'ils aient éprouvé le sentiment de ne plus contrôler les Communautés.“⁵⁹¹

Eine Konstante der Europapolitik der ersten Hälfte der 1970er Jahre war das Misstrauen gegenüber den supranationalen Institutionen und der Wille, die nationale Kontrolle über den Integrationsprozess zu behalten. So sollte die Europäische Integration helfen, auf Ebene der Regierungen konkrete und drängende Probleme zu lösen. Die Partner Frankreichs, so hieß es im Kabinett von Pompidou, ordneten jedoch jeden Beschluss einer fortschreitenden Institutionalisierung unter.⁵⁹² In der Amtszeit von Pompidou wurde keine Einigkeit erzielt über die Einrichtung eines höheren Rats mit Beteiligung eines Vertreters der Europäischen Kommission sowie über die Direktwahlen des Europäischen Parlaments. Nach dem Tod von Pompidou im April 1974 wurde der bekennende Europäer Valéry Giscard d'Estaing zum Staatspräsidenten gewählt.⁵⁹³ Giscard definierte Frankreichs Öffnung für Europa neu und traf eine fundamentale Entscheidung: Europa sollte zur Zukunftsperspektive Frankreichs werden.⁵⁹⁴

Für Giscard war im Gegensatz zu Pompidou die Europäische Integration nicht mehr nur eine Notwendigkeit, sondern eine Priorität.⁵⁹⁵ Giscard verfolgte zwei Ziele: Er strebte eine Anpassung an die neuen ökonomischen Entwicklungen wie die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen an, für die der nationalstaatliche Rahmen zu klein geworden war. Zudem wollte er über die Öffnung Frankreichs nach Europa die französische Besonderheit einer starken, unabhängigen Arbeiterbewegung in einem größeren Kontext auflösen. Sie sollte der politischen Elite nicht mehr die Politik vorschreiben können.⁵⁹⁶

Bereits im Dezember 1974 wurde auf dem Gipfel von Paris entschieden, dass sich die Staats- und Regierungschefs wenigstens dreimal im Jahr treffen sollten. Für Gemeinschaftspolitiken sah die Vereinbarung auch die Teilnahme eines Vertreters der Kommission vor. Bewusst wurde mit der Einrichtung des Europäischen Rats eine Schwächung der Kommission in Kauf genommen. So sah Giscard den Europäischen Rat als die eigentliche Exekutive, wohingegen

⁵⁹⁰ Vgl. Bossuat 2005, S. 139

⁵⁹¹ Bossuat 2005, S. 125

⁵⁹² Vgl. Bossuat 2005, S. 127

⁵⁹³ Seine europapolitischen Überzeugungen haben sicherlich nicht die Wähler dazu gebracht, 1974 für ihn zu stimmen, aber seine Wahl hatte doch gezeigt, dass diese einen Europäer im Elysée-Palast nicht als ein malheur für Frankreich betrachteten. Vgl. Milza 2005, S. 246

⁵⁹⁴ Vgl. Richard 2006, S. 163; vgl. zur Bedeutung der Präsidentschaft Giscard d'Estaings für die Europapolitik: Berstein et al. 2005

⁵⁹⁵ Vgl. Pfeifenberger 1978, S. 351

⁵⁹⁶ „Profondément républicain sans véritablement s'intégrer aux institutions, dominé par le PCF depuis la Libération, ce mouvement avait réussi, au fil des décennies, de campagnes électorales en grèves générales, à donner corps à la République ‚sociale‘, un régime politique original en bonne partie imposé aux classes dirigeantes.“ Richard 2006, S. 163

die Kommission nur seine Verwaltungsstelle sei.⁵⁹⁷ Bei dem Gipfel wurde auch die Direktwahl des Europäischen Parlaments beraten. Die französische öffentliche Meinung befürwortete seit etwa 1973 die Direktwahl des Parlaments und Giscard hatte sich schon in der Kampagne für die Präsidentschaftswahl für die Direktwahl ausgesprochen. Allerdings gab es bei den politischen Parteien zahlreiche Vorbehalte.⁵⁹⁸ Giscard stimmte den Direktwahlen zu, nachdem er die gaullistische Forderung nach einem höchsten Gremium der Staats- und Regierungschefs durchgesetzt hatte. Um den Gegnern der Direktwahl entgegenzukommen, wurde zudem in einem nationalen Wahlkreis gewählt, um die Legitimität des nationalen Rahmens zu stärken.⁵⁹⁹ Die Antipathien gegen ein europäisches Konkurrenzparlament blieben groß und dienten Gaullisten und Kommunisten als Wahlkampfthema.

Giscard's Zustimmung zur Direktwahl des Europäischen Parlaments ging nicht mit einer Aufwertung seiner Kompetenzen einher. So wurden die Vorschläge des Tindeman-Reports zur Stärkung der Rechte und der Legitimität des Parlaments und der Kommission im Jahr 1975 in Frankreich sehr kritisch aufgefasst. Giscard stand einerseits unter innenpolitischem Druck, den Report abzulehnen, aber auch er selbst befürwortete nicht die Übertragung von weitreichenden Kompetenzen auf das Europäische Parlament.⁶⁰⁰ Laut Gérard Bossuat wollte Giscard die zwei Pole Europas zusammenbringen: die Regierungen und die gemeinschaftlichen Institutionen und dabei die konföderale Linie Pompidous weiterführen.⁶⁰¹

Giscard setzte seine Europapolitik in enger Absprache mit dem ebenfalls 1974 gewählten deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt um. Die anhaltende Finanzkrise verstärkte den Bedarf nach einer Zone der Währungsstabilität in Europa. Für die Franzosen verband sich damit die Hoffnung, sich vom US-Dollar und dessen Schwankungen lösen zu können, um die Inflation zu bekämpfen.⁶⁰² Auch die deutsche Politik wollte sich von der Abhängigkeit des Dollar lösen und der Verteuerung der D-Mark durch den Wertverlust des Dollars entgegenwirken.⁶⁰³ Die Grundzüge des Europäischen Währungssystems arbeiteten Giscard und Schmidt unter vier Augen und unter Umgehung der nationalen und der Brüsseler Bürokratien aus. Das Europäische Währungssystem sollte den europäischen Wechselkursverbund ablösen und bestand aus drei Elementen: einem Wechselkurs- und Interventionsmechanismus, einem umfassenden finanziellen Beistandssystem und der Europäischen Währungseinheit (ECU) als Referenzwert und Recheneinheit.⁶⁰⁴ Im Laufe der Verhandlungen geriet Giscard jedoch unter

⁵⁹⁷ Vgl. Brunn 2005, S. 205

⁵⁹⁸ Vgl. Milza 2005, S. 246ff, vgl. auch Gerstlé 1998, S. 174ff.

⁵⁹⁹ Vgl. Martin 2004, S. 11

⁶⁰⁰ Vgl. Bossuat 2005, S. 148

⁶⁰¹ Vgl. Bossuat 2005, S. 157

⁶⁰² Vgl. Bossuat 2005, S. 151

⁶⁰³ Vgl. Brunn 2005, S. 223

⁶⁰⁴ Vgl. <http://www.eu-info.de/europa/europaeisches-waehrungssystem> (zuletzt abgerufen am 17.04.2009)

innenpolitischen Druck und wurde von dem Neo-Gaullisten Jacques Chirac des Ausverkaufs der französischen Interessen bezichtigt.⁶⁰⁵ Anfang 1979 kam es zu einer unverbindlichen Absichtserklärung, die Grenzausgleichsausgaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse abzuschaffen und Giscard stimmte der rückwirkenden Einführung des Europäischen Währungssystems zum 1. Januar 1979 im März des Jahres zu.

Die Europapolitik von Giscard ist ferner durch die zwei Lomé-Abkommen vom 28. Februar 1975 und vom 31. Oktober 1979 mit den AKP (Afrika-Karibik-Pazifik)-Staaten geprägt. Frankreich trieb diese Abkommen voran und verstand sich insbesondere als Interessenvertreter des frankophonen Afrikas und der ehemaligen Kolonien. Gleichzeitig bekräftigte Frankreich den für sein Selbstverständnis wichtigen Missionsanspruch, wobei die Pflege der Bindungen zur Dritten Welt eine wichtige Rolle spielte.⁶⁰⁶ Im Laufe seiner Amtszeit muss sich Giscard ferner mit den Beitrittsgesuchen der jungen Demokratien in Griechenland sowie in Spanien und Portugal auseinandersetzen. Dem Beitritt von Spanien und Portugal standen jedoch die Interessen der französischen Landwirte im Südwesten entgegen. Gaullisten und Kommunisten unterstützten die Landwirte, sodass Frankreich von der Europäischen Gemeinschaft forderte, entsprechende Programme aufzulegen, um die mediterranen Regionen der Europäischen Gemeinschaft auf die neue Konkurrenz vorzubereiten. Die anfängliche aktive Unterstützung Giscards wandelte sich so zu einer abwartenden Haltung. Den Beitritt Griechenlands unterstützte Giscard jedoch, weil ein geographischer Ausgleich Richtung Süden in der Europäischen Gemeinschaft für Frankreich nützlich schien. Giscard schwebte eine mediterran-lateinische Gruppe vor, die unter dem Einfluss Frankreichs stehen sollte. Griechenland trat der Europäischen Gemeinschaft schließlich am 1. Januar 1981 bei.⁶⁰⁷

Im Hinblick auf die Süderweiterung schwankte die PS zwischen „sozialistischer Bruderschaft und nationalen Interessen“.⁶⁰⁸ 1978 hatte die Partei in der Nationalversammlung eine Erweiterung abgelehnt und Bedingungen für einen Beitritt formuliert. Noch 1982 sah der inzwischen zum französischen Staatspräsidenten gewählte Mitterrand einen Beitritt nicht in einer kurz- oder mittelfristigen Perspektive. Die südfranzösische Wählerklientel, die besonders kritisch gegenüber der Erweiterung und der landwirtschaftlichen Konkurrenz aus Spanien und Portugal eingestellt war, sollte nicht abgeschreckt werden. Es wurde eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft vor der Erweiterung gefordert. Dem gegenüber standen jedoch traditionelle Interessen Frankreichs an der Stärkung des Mittelmeerraums und den der PS ideologisch

⁶⁰⁵ Im sogenannten Appel de Cochin vom 6. Dezember 1978 bezeichnete Chirac die Partei Giscards, die UDF, als die Partei des Auslands. Cochin ist der Name eines Krankenhauses in Paris, in dem Chirac nach einem Autounfall behandelt wurde. Vgl. Bossuat 2005, S. 147

⁶⁰⁶ Vgl. Schubert 2004, S. 305

⁶⁰⁷ Vgl. Bossuat 2005, S. 156

⁶⁰⁸ Krell 2009, S. 331;

näher stehenden sozialistischen Parteien des Südens. Auch konnte die Erweiterung in den Augen der PS dazu führen, dass Frankreich nicht nur politisch, sondern auch geographisch eine zentralere Rolle in Europa einnimmt. Die Diskussion um die Süderweiterung wurde während der Präsidentschaft Giscard's nicht mehr zu einem Abschluss geführt.⁶⁰⁹

4.3.3 Programmatik: Bewahrung des nationalen Handlungsspielraums

Der Übergang von der pro-europäischen SFIO unter Guy Mollet zur PS unter François Mitterrand war bereits von einer Demystifizierung Europas geprägt. Die Parteimitglieder der SFIO hatten ihr europapolitisches Engagement kritisch überprüft,⁶¹⁰ sodass nicht die Differenzen über die Europapolitik zum Parteitag von Épinay und dem Erfolg Mitterrands führten, sondern die Bündnisfrage mit den Kommunisten.⁶¹¹ Diese beeinflusste die Europapolitik der PS in den 1970er Jahren maßgeblich. Die zentralen programmatischen Texte vor Regierungsantritt waren neben dem gemeinsamen Regierungsprogramm das Programm *Changer la vie* von 1972 und das *Projet socialiste* von 1980, die beide unter der Federführung des marxistischen CERES verfasst wurden. Bei dem Sonderparteitag zu Europa in Bagnolet entwickelte die PS 1973 ihre europapolitischen Leitlinien, die bis zum Regierungsantritt 1981 Gültigkeit behielten.

Der Bruch mit dem Kapitalismus, der im März 1972 in dem Programm *Changer la vie* gefordert wurde, definierte den Rahmen für die Europapolitik.⁶¹² Innen- und Europapolitik wurden von nun an zusammengedacht. Die Umsetzung des Sozialismus in Frankreich sollte Modell für einen sozialistischen Wandel Europas sein. Mitterrand prägte die Formel, Europa werde entweder sozialistisch oder es werde kein Europa geben.⁶¹³ Beobachter kritisierten diese rousseauistische Auslegung des europäischen Gemeinwillens, der für sie ein mangelndes Demokratieverständnis offenbarte.⁶¹⁴ Die Europäische Integration wurde also nicht als Wert an sich betrachtet, auch nicht als ein politisch neutrales Ziel, sondern als ein auf den Sozialismus ausgerichteter Prozess. In dem Programm *Changer la vie* wurde zwar deutlich, dass die PS einen ausreichenden Handlungsspielraum für eigene Initiativen zur Verwirklichung des Sozialismus in der Europäischen Gemeinschaft sah. Gleichzeitig appellierte sie jedoch daran, dass die europäischen Partner diesen Handlungsspielraum respektieren müssten, ohne dass damit die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft in Frage gestellt werde.⁶¹⁵

⁶⁰⁹ Vgl. Krell 2009, S. 331ff; vgl. auch „Europe, les conditions du Parti socialiste“, 29. September 1978 und Mitterrands „110 propositions“ im Präsidentschaftswahlkampf; abgedruckt in: Hohl 2008, S. 108f, 124

⁶¹⁰ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 39f.

⁶¹¹ Vgl. Rütther – Hugues Portelli 23.03.2006

⁶¹² Vgl. Mitterrand 1972, S. 184ff.

⁶¹³ „L'Europe sera socialiste ou ne sera pas.“ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 45

⁶¹⁴ Vgl. Pfeifenberger 1978, S. 354

⁶¹⁵ „Le gouvernement de la gauche devra obtenir de ses partenaires européens le respect de la marge de manœuvre indispensable aux pays membres pour conserver la maîtrise de leur politique nationale sans remettre en cause leur appartenance à la Communauté.“ Mitterrand 1972, S. 188

Die PS begrüßte die Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, forderte aber die Europäische Gemeinschaft durch den Beitritt Großbritanniens nicht zu einer Freihandelszone werden zu lassen. Sie war bereit, die Kompetenzen des Parlaments sukzessive zu erweitern und der Direktwahl zuzustimmen. Im gemeinsamen Regierungsprogramm mit den Kommunisten vom 26. Juni 1972 war von der Direktwahl des Europäischen Parlaments allerdings keine Rede mehr. Der Zweiklang von Teilnahme am Integrationsprozess und nationaler Handlungsfreiheit wurde hingegen stärker herausgehoben.⁶¹⁶ Die Kommunisten mussten jedoch akzeptieren, dass die Sozialisten die Europäische Integration nicht in Frage stellten und ihre Regierungspolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft fortsetzen würden.⁶¹⁷ Kommunisten und Sozialisten einigten sich darauf, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein beratender Ausschuss innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, und den europäischen Ausgleich- und Garantiefonds für die Landwirtschaft zu demokratisieren, in ökonomischen, sozialen und politischen Teilsektoren Reformen zu bewirken und die budgetären Kontrollrechte des Europäischen Parlaments zu erweitern.⁶¹⁸

Jean-Pierre Chevènement forderte im Namen des CERES beim Parteitag von Grenoble 1973 eine Klärung der europapolitischen Position im Rahmen einer *Convention nationale*, einem kleinen Parteitag.⁶¹⁹ Dieser fand bereits im Dezember 1973 statt und wurde zu einem *Congrès extraordinaire* aufgewertet. Die Einbindung der ganzen Partei in einen Kongress ging auf Unstimmigkeiten in der Parteiführung zurück.⁶²⁰ Das CERES vertrat die Auffassung, dass die Institutionen niemals neutral seien, sondern das existierende Kräfteverhältnis widerspiegeln.⁶²¹ François Mitterrand und seine Unterstützer weigerten sich diese Aussage des CERES in ihren Antrag zu übernehmen, um nicht alte Konflikte wieder aufbrechen zu lassen.⁶²² Diese Situation brachte Mitterrand im November 1973 dazu, sein Amt als Parteivorsitzender von der Klärung der Europafrage abhängig zu machen und mit seinem Rücktritt zu drohen.

Die Frage der Institutionen stellte für die PS vor und nach dem Kongress von Bagnolet eine schwierige Gratwanderung dar. Es bestand Einigkeit darüber, die europäischen Politiken zu

⁶¹⁶ Vgl. Mitterrand 1972, S. 331ff.

⁶¹⁷ Vgl. Frank 2004, S. 465

⁶¹⁸ Vgl. Trautmann 1982, S. 132

⁶¹⁹ „Malheureusement, le Marché commun tel qu’il fonctionne aujourd’hui n’a pas été capable de surmonter ses contradictions internes et les crises qu’elles engendrent comme le soulignent la crise monétaire et agricole. En ce sens, il est urgent que l’Europe des neuf se donne des structures et un contenu social nouveaux. L’approfondissement de la position du Parti sur l’ensemble des problèmes relatifs à l’Europe fera également l’objet d’une Convention nationale dans le courant de l’année 1974.“ Motion finale d’orientation. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 18, Juli 1973, S. 5.

⁶²⁰ Vgl. Pierre Mauroy: *Un congrès extraordinaire ... Pourquoi ?* In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 22, spécial November 1973, S. 3.

⁶²¹ „Les institutions ne sont jamais neutres. Elles profitent à qui profite le rapport des forces entre classes sociales. La condition d’une véritable démocratisation des institutions européennes est dans cette inversion du rapport des forces; l’élection au suffrage universel d’une Assemblée européenne, nécessaire sans doute, ne saurait y suffire.“ In: *Le Poing et la Rose*, supplément responsables, Nr. 22, November 1973, S. 4.

⁶²² *Le Poing et la Rose*, supplément responsables, Nr. 22, November 1973, S. 4: „Sa rédaction risque de recréer la confusion et les difficultés d’interprétation que ce Congrès Extraordinaire a précisément pour objet de dissiper à travers l’expression claire et démocratique du choix de tous les militants.“

vertiefen und die Institutionen zu demokratisieren. Eine Stärkung dieser Institutionen sollte jedoch vom Inhalt der Politiken abhängen. Die PS befand sich in einer Zwickmühle zwischen ihren europäischen Partnern – hier vor allem der SPD – und den innenparteilichen Zwängen des CERES und auch dem kommunistischen Bündnispartner. Die PS koppelte deswegen die politischen Inhalte von den Institutionen ab und blieb bei letzteren relativ vage.⁶²³

Die Beschlüsse des Parteitag von Bagnolet legten schließlich Leitlinien für die Europapolitik der Partei fest, die die nationale Eigenständigkeit betonten. Dies konnte Mitterrand im Hinblick auf den kommunistischen Bündnispartner willkommen sein.⁶²⁴ Die zentrale Problematik des Parteitags war die Frage, ob der Europäische Integrationsprozess die Einführung des Sozialismus in Frankreich fördern oder behindern würde. Die Sozialisten formulierten in der Folge drei Bedingungen, an die sie ihre Unterstützung der Europäischen Integration knüpften:

1. „Es muss sicher gestellt sein, dass Europa und seine Gemeinschaftspolitiken nicht zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter zugunsten des Kapitals führen.
2. Es muss sicher gestellt sein, dass das zu schaffende Europa imstande bleibt sich in Richtung eines originären sozialistischen Modells (*un modèle d'original de socialisme*) zu entwickeln, was eine wirkliche Unabhängigkeit gegenüber den zwei Blöcken und die Demokratisierung seiner Institutionen voraussetzt.
3. Es muss sicher gestellt sein, dass die zu vereinbarenden Kompetenzübertragungen zugunsten der europäischen Institutionen nicht den Handlungsspielraum einer zukünftigen linken Regierung und der Umsetzung ihres Programms einschränken können, von Erfolg oder Niederlage der Linken in Frankreich kann in der Tat die zukünftige Entwicklung Europas in Richtung des Sozialismus abhängen.“⁶²⁵

Der abschließende Text des außerordentlichen Parteitags stellte klar, dass der Sozialismus in Frankreich keine Vorbedingung für Europa, und Europa keine Vorbedingung für den Sozialismus sei. Die Beschlüsse von Bagnolet würden in den nächsten fünf Jahren im Rahmen des *Programme commun* definiert. Der Kampf für den Aufbau eines Europas der Völker sei nicht zu trennen vom Kampf um die politische Macht im nationalen Rahmen.⁶²⁶ Mitterrand appellierte in seiner Rede daran, dass es für die Sozialisten Zeit sei, sich der Fakten bewusst zu werden. Der Entwurf Europas, über den die Sozialisten diskutierten, sei nun gemacht.⁶²⁷

Die Vorstellung, dass Frankreich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre von kapitalistischen Mächten eingekreist war, die jede Aktion einer linken Regierung bremsen könnten, war fest in

⁶²³ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 54f.

⁶²⁴ Vgl. Friedrich 1974, S. 138

⁶²⁵ Vgl. Le Poing et la Rose, supplément, Nr. 23, Dezember 1973, S. 9.

⁶²⁶ „Il est nécessaire de rappeler pour éclairer l'ensemble de ce texte qu'au plan des engagements et du calendrier, les objectifs qui précèdent, même quand ils impliquent d'autres finalités, s'inscrivent pour les cinq ans qui viennent dans les orientations du Programme commun. Le combat pour la construction de l'Europe des peuples est inséparable du combat pour la conquête de pouvoir politique dans le cadre national. Mais sans attendre d'avoir avec ses alliés de l'union de la gauche la responsabilité du pouvoir en France, le Parti socialiste entend provoquer, dans l'ensemble des pays de la communauté, un vaste mouvement d'opinion en faveur des objectifs que le socialisme démocratique assigne à la construction européenne.“ In: Le Poing et la Rose, supplément, Nr. 23, Dezember 1973, S. 11.

⁶²⁷ Intervention de François Mitterrand au Congrès: Le Poing et la Rose, supplément, Nr. 23, Dezember 1973, S. 12.

den Köpfen verankert.⁶²⁸ Hierzu trug einerseits der Staatsstreich in Chile bei, der den Sozialisten die Schwierigkeiten vor Augen führte, ein sozialistisches Experiment in einem ungünstigen Umfeld zu verwirklichen. Andererseits erhöhte das schwierige Verhältnis mit den deutschen Sozialdemokraten, die das gemeinsame Regierungsprogramm mit den Kommunisten ablehnten, die Sorge vor einer negativen Einschätzung der gemeinsamen Regierungsführung von Sozialisten und Kommunisten in Europa.⁶²⁹

Der Parteitag von Nantes im Juni 1977 spiegelte schließlich einen europapolitischen Realismusschub wider, der unter dem Einfluss des pro-europäischen, sozialdemokratisch ausgerichteten Michel Rocard stattfand.⁶³⁰ Die Europäische Gemeinschaft wurde nun als eine Realität definiert, die kein Land und keine Partei verkennen könne. Sie habe zu wirtschaftlichen Beziehungen und Interdependenzen unter den Mitgliedstaaten geführt, sodass ein nationaler Rückzug eine nicht vorstellbare Hypothese sei. Trotz seiner Fehler und Unzulänglichkeiten, bilde der Gemeinsame Markt einen unbestreitbaren Faktor der Expansion⁶³¹ und werde zu einem wesentlichen Mittel im Kampf der Arbeiter.

Nach dem Scheitern der Neuauflage des gemeinsamen Programms mit den Kommunisten forderten die Sozialisten eine Vertiefung und Umsetzung ihrer europäischen Doktrin.⁶³² Es gab Diskussionen über den Eurosozialismus, die jedoch ergebnislos blieben.⁶³³ Die unerwartete Niederlage bei den Parlamentswahlen 1978 sowie die gewachsenen Ambitionen Michel Rocards für die Präsidentschaftswahlen 1981 veränderten schließlich das innerparteiliche Gleichgewicht zugunsten des CERES. François Mitterrand vertrat beim Parteitag von Metz 1979 in dem von ihm unterstützten Antrag die Leitlinie „Tout le Traité de Rome et rien que le Traité de Rome“⁶³⁴, nach der die Zukunft der Europäischen Integration nicht durch einen weiteren Kompetenztransfer bestimmt werden sollte, sondern durch Ausgestaltung seines politischen Inhalts in Richtung eines Europas der Arbeiter. Dabei gelte es drei politische Linien zu vereinen:

„Faire l’Europe sans défaire la France, restituer à la France son rôle aux dimensions européennes, respecter les obligations auxquelles nous avons souscrit tout en défendant bec et ongles les intérêts français, la grande majorité des militants le pense, le veut.“⁶³⁵

Das CERES stellte bereits in einem Debattenbeitrag im Vorfeld des Kongresses von Metz klar, dass die europäische Ideologie, die die Europäische Integration a priori als Referenzrahmen und Bedingung definiere, entzaubert werden müsse. Eine sozialistische Regierung in

⁶²⁸ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 49

⁶²⁹ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 49

⁶³⁰ Vgl. Guérot 1996, S. 282

⁶³¹ Le Poing et la Rose, Nr. 63, Juli 1977, S. 19-20.

⁶³² Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 62

⁶³³ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 63

⁶³⁴ François Mitterrand u.a.: Motion A, Le Poing et la Rose, Nr. 79, Februar 1979, S. 7.

⁶³⁵ François Mitterrand u.a.: Motion A, Le Poing et la Rose, Nr. 79, Februar 1979, S. 7.

Frankreich müsse sich sowohl auf eine europäische als auch auf eine mediterrane Strategie stützen. Die europäische Unterstützung reiche allein nicht aus, da sie aufgrund des historisch belasteten, konservativen Deutschlands, dessen ökonomische Interessen es an die Vereinigten Staaten bänden, blockiert sei. Es sei tödlich für die Linke, sich allein auf Europa zu begrenzen.⁶³⁶ In seinem Antrag forderte das CERES, den Wahlkampf für die Europawahlen unabhängig von den europäischen sozialdemokratischen Parteien, die nicht den Bruch mit dem Kapitalismus gewählt hatten, zu organisieren.⁶³⁷

Pierre Mauroy und seine Unterstützer wiesen in ihrem Antrag den chauvinistischen Bezug auf ein deutsches Europa als unvereinbar mit der sozialistischen Kultur zurück. Dies sei in Wahrheit ein bequemer Vorwand für diejenigen, die überhaupt kein Europa wollten.⁶³⁸ Mauroy und Rocard hatten vor dem Parteitag in einem gemeinsamen Debattenbeitrag klar gestellt, dass die Europäische Gemeinschaft nicht ohne die Beteiligung Deutschlands vorstellbar sei. Eine isolationistische Einstellung der Linken führe zu einem „socialisme policier“.⁶³⁹ Rocard betonte in seinem Antrag auf dem Parteitag, dass die Römischen Verträge nur eine Etappe und kein Ziel an sich seien. Ferner sprach er sich für eine Strategie der Zusammenarbeit aus:

„L'Europe des travailleurs, si elle veut être autre chose qu'un slogan, implique alors une stratégie de confrontation et de dialogue avec l'ensemble des forces qui représentent le monde du travail. Ce dialogue avec les social-démocraties d'Europe du Nord, au-delà des discussions idéologiques auxquelles on ne voit pas aujourd'hui d'issue, peut déboucher sur des points d'accord pour apporter une réponse commune aux problèmes concrets posés par la crise, le chômage et l'évolution industrielle.“⁶⁴⁰

Die Synthese wurde aus den Anträgen von Mitterrand und Chevènement gebildet. Nach Rocard ließen sich die zwei Kulturen des Sozialismus auch auf die Europapolitik übertragen. Eine konzentrierte sich auf die Problemlösungsfähigkeit des Staates und der Verwaltung. Dies bringe Misstrauen gegenüber der europäischen Einigung und eine Tendenz zum Rückzug in nationale Gewissheiten mit sich. Darüber hinaus habe diese Position viele Parallelen mit den Kommunisten und halte an historischen Gewissheiten fest, von denen einige nach Rocard überholt seien. Der alternative Denkansatz beginne mit der Überprüfung der eigenen Traditionen angesichts der aktuellen Herausforderungen. Hierbei handele es sich um einen Ansatz der den Prinzipien der Internationalität und der Selbstverwaltung folge.⁶⁴¹

Nach der Neubestimmung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses fiel auch die Redaktion des *Projet Socialiste pour les années 1980* in den Aufgabenbereich von Jean-Pierre

⁶³⁶ Vgl. Jean-Pierre Chevènement u.a.: Contribution au débat, Le Poing et la Rose, Nr. 78, Januar 1979, S. 11f.

⁶³⁷ Vgl. Jean Pierre Chevènement u.a.: Motion E, Le Poing et la Rose, Nr. 79, Februar 1979, S. 24.

⁶³⁸ Vgl. Pierre Mauroy u.a.: Motion B, Le Poing et la Rose, Nr. 79, Februar 1979, S. 12.

⁶³⁹ Vgl. Pierre Mauroy / Michel Rocard u.a.: Contribution au débat, Le Poing et la Rose, Nr. 78, Januar 1979, S. 45.

⁶⁴⁰ Michel Rocard u.a.: Le Poing et la Rose, Nr. 79, Februar 1979, S. 16.

⁶⁴¹ Vgl. Michel Rocard: L'avenir nous le ferons ensemble, Le Poing et la Rose, Nr. 81, Mai 1979, S. 5.

Chevènement. Die Basis des Projekts bildete eine Befragung der Parteimitglieder, die sich auch zur Rolle Europas äußern sollten. Mit nur 30 Prozent der abgegebenen Antworten in 450 befragten Sektionen stieß dieser Fragenkomplex auf ein geringes Interesse. Mit 63 Prozent der abgegebenen Antworten erreichten die Themen „Arbeit“ und mit 53 Prozent „Freizeit“ die höchsten Prozentsätze der Antworten und spiegelten damit das Interessenspektrum der Parteimitglieder wider.⁶⁴² Im Projekt wurden im außenpolitischen Teil mit *La France, l'Europe et le Monde* die europapolitischen Ideen der 1970er Jahre aufgegriffen. Der Text enthielt ein allgemeines Bekenntnis zur Teilnahme am Europäischen Integrationsprozess und betonte dessen Notwendigkeit. Als Bedingungen für Europa definierten die Sozialisten das Erfordernis der Einstimmigkeit im Rat sowie die volle Anwendung der Römischen Verträge, bevor es zu weiteren Integrationsschritten komme. Die Schwerpunkte der Europapolitik lagen bei der Süderweiterung und der stärkeren Einbindung der Arbeiter und ihrer Interessen, die bisher im Rahmen der liberalen Wirtschaftspolitik am wenigsten berücksichtigt worden sein.⁶⁴³

Mitterrand zog mit dem als „110 Vorschläge“ bezeichneten Programm in den französischen Präsidentschaftswahlkampf. Die innerparteiliche Allianz mit dem CERES führte dazu, dass Mitterrand die europapolitische Programmatik nur wenig konkretisieren konnte. Die strikte Anwendung der Römischen Verträge sah die Demokratisierung der europäischen Institutionen, die Umsetzung der sozialen Dispositionen des Vertrags sowie die Schaffung eines Rats der Mittelmeeranrainer vor.⁶⁴⁴ Vor dem Beitritt Portugals und Spaniens sollten bestimmte Vorbedingungen beispielsweise im Bereich der Landwirtschaft oder Fischereipolitik erfüllt werden.⁶⁴⁵

Die 110 Vorschläge Mitterrands emanzipierten sich allerdings von dem alleinigen Einfluss des CERES. Zwar war der Bruch mit dem Kapitalismus eine der grundlegenden Ideen, jedoch wurde in Vorschlägen zur Dezentralisierung, zur Selbstverwaltung und in Bezug auf die Dritte Welt auch der Einfluss der Strömung um Rocard deutlich. Insgesamt handelte es sich um eine Synthese linker Ideen, die trotz oder gerade wegen ihrer Widersprüche einem späteren Präsidenten Handlungsspielraum ließen. So wurde in den 110 Vorschlägen der internationale Kontext, der der Realisierung der Vorschläge im Wege stehen könnte, außer Acht gelassen.⁶⁴⁶

Die Rolle Europas in der Welt mit der Forderung nach Unabhängigkeit und sozialistischer Ausrichtung blieb diffus und zeigte, dass die PS noch immer nicht die westeuropäische Integrationsstruktur eindeutig bejahen konnte:

⁶⁴² Vgl. Convention nationale, *Le Poing et la Rose*, supplément au numéro 78, Januar 1979, S. 23.

⁶⁴³ Vgl. Guérot 1996, S. 278ff.

⁶⁴⁴ Vgl. Document No 14: Les 110 propositions de François Mitterrand, 1981 (extraits). In: Hohl 2008, S. 124

⁶⁴⁵ Vgl. Berstein 2001, S. 88

⁶⁴⁶ Vgl. Berstein 2001, S. 90

„Mit dieser europapolitischen Selbstfesselung an ein sozialistisches Europa, an das die meisten der PS-Mitglieder allerdings selbst nicht glaubten, ging die Partei also 1981 in die Regierung.“⁶⁴⁷

Die zögerliche Öffnung gegenüber Europa ist neben den innerparteilichen Diskussionen auf einen zweiten Grund zurückzuführen: der Dominanz der Dritte-Welt-Debatte in Frankreich. Kaum ein anderes Land hat sich so intensiv mit Fragen der Dritten Welt beschäftigt wie Frankreich. Dies ist zunächst kein sozialistisches Spezifikum, jedoch hat die PS 1981 erstmals in der V. Republik die Dritte-Welt-Debatte explizit in den Präsidentschaftswahlkampf einbezogen,⁶⁴⁸ was eine erhöhte Sensibilität der Sozialisten belegt.⁶⁴⁹ Die Debatte schlug sich auch auf die Sicht Europas nieder, das zunehmend unter antiamerikanischer, anti-imperialistischer Sichtweise interpretiert wurde.⁶⁵⁰ Bei der Definition der Europapolitik führte die Dritte-Welt-Debatte zu Widersprüchen und Europa konnte zu einem Szenario neben anderen werden:

„Sowohl im Südpazifik als auch im Indischen Ozean hat Frankreich, wie schon seit längerem in Afrika, die expansive Mission einer regionalen Ordnungs- und Interventionsmacht übernommen; Verpflichtungen, die nicht ohne weiteres mit einer vertieften Europäischen Integration zu vereinbaren sind.“⁶⁵¹

Im intellektuellen Klima Frankreichs der 1970er Jahre zeichnete sich allerdings ein Wandel ab, der zunächst ohne Effekt auf die Politik blieb. Der Krise der 1970er Jahre folgte eine Neubewertung der Europäischen Integration. Die wirtschaftliche Situation, das Erscheinen des Buches „Der Archipel Gulag“ von Alexander Solschenizyn im Jahr 1974 und der Rückgang der Faszination des Marxismus ließen Europa in einem anderen Licht erscheinen. Auch wegen mangelnder Alternativen entschieden sich linke Intellektuelle wie Edgar Morin bewusst für Europa, das noch zuvor zu engstirnig gewesen war.⁶⁵²

4.3.4 Parteienwettbewerb: Einfluss des Bündnisses mit den Kommunisten

Die Wahlen in den 1970er Jahren zeigten den wachsenden Rückhalt der Sozialisten in der französischen Wählerschaft. Auch entwickelte sich das Linksbündnis zu ihrem Vorteil. Europapolitisch ist im Hinblick auf den Parteienwettbewerb zunächst das Referendum im Jahr 1972 über die Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft entscheidend. Vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen mit den Kommunisten erwies sich dieses als erste Bewährungsprobe. Bei den Parlamentswahlen von 1973 und 1978, den Präsidentschaftswahlen von 1974 sowie den Europawahlen von 1979 spielten europapolitische Fragen keine herausragende Rolle. 1974 wurde allerdings erstmalig ein bekennender pro-europäischer Politiker

⁶⁴⁷ Guérot 1996, S. 284

⁶⁴⁸ Vgl. von Krosigk 1993, S. 25

⁶⁴⁹ Vgl. von Krosigk 1989, S. 36

⁶⁵⁰ Vgl. Rüther – Hugues Portelli 23.03.2006

⁶⁵¹ Von Krosigk 1989, S. 43

⁶⁵² Vgl. Frank 2004, S. 465

zum Staatspräsidenten gewählt. Ferner zwang die Einführung der Direktwahlen zum Europäischen Parlament die Parteien zur Auseinandersetzung mit Europa – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Beim Referendum vom 23. April 1972 zur Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft forderte die PS wegen der laufenden Verhandlungen mit der kommunistischen Partei über das gemeinsame Regierungsprogramm zur Wahlenthaltung auf. Sie argumentierte, Pompidou und das System der Privilegien, des Missbrauchs und der Skandale nicht bejahen zu können. Sie wollten allerdings auch nicht die Erweiterung des Binnenmarktes verneinen. Es sei eindeutig, dass das Referendum eine Täuschung (*artifice*) sei und es sei offensichtlich, dass die Sozialisten die demokratische Entwicklung der Europäischen Integration unterstützten. Das Linksbündnis sei die einzige Kraft, um die Regierung zu bekämpfen. Das Bündnis bleibe mit dem Referendum möglich.⁶⁵³ Damit erkannten die Sozialisten in dem Referendum vorrangig ein Mittel des Staatspräsidenten, die Formierung des linken Lagers zu konterkarieren. Aus diesem Grund forderte Mitterrand, an diesem Referendum nicht teilzunehmen.⁶⁵⁴ In einem internen Positionspapier der PS vom März / April 1972 wurde jedoch auch deutlich, dass die Wahlabsprache mit den Kommunisten den Sozialisten keine andere Möglichkeit ließ:

„Le sens de notre refus de vote: Il constitue la seule position commune possible de la gauche. (...) Les socialistes ne pouvaient pas demander aux communistes de voter OUI alors qu'ils se sont opposés à l'élargissement de la Communauté. Les communistes ne pouvaient pas demander aux socialistes de voter NON alors qu'ils y sont favorables.“⁶⁵⁵

Bei den folgenden nationalen Wahlen war das Linksbündnis erfolgreich. Die Wahlen von 1973 bestätigten die PS auf ihrem neuen Kurs. Sie gewannen gemeinsam mit der MRG 20,71 Prozent der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen von 1977 erreichten sie fast die 30-Prozent-Marke. Das enttäuschende Ergebnis der Parlamentswahlen von 1978 führten Parteivertreter auf den Streit im Linksbündnis zurück.⁶⁵⁶ Die Präsidentschaftswahlen von 1974 bedeuteten für die Sozialisten einen Achtungserfolg. Mitterrand unterlag im zweiten Wahlgang am 19. Mai 1974 mit 49,3 Prozent der Stimmen nur knapp seinem Herausforderer Giscard. Für die Wahl hatte sich Mitterrand von seinem Amt als Parteivorsitzender beurlauben zu lassen, um nicht als Kandidat der PS zu erscheinen. Diese hatte ihn auch nicht zuvor offiziell designiert, sondern ihm im Verbund mit den Kommunisten und der MRG, die das gemeinsame Programm 1972 vereinbart hatten, die Kandidatur angetragen.⁶⁵⁷ Mitterrand war es damit gelun-

⁶⁵³ Vgl. Le Poing et la Rose, Nr. 14, Mai 1973, S. 2.

⁶⁵⁴ Vgl. Le Poing et la Rose, Nr. 14, Mai 1973, S. 2.

⁶⁵⁵ Document: Le referendum: refus de vote – La position du Parti socialiste – arguments et ripostes; PS 40 RI, Dossier: Affaires européennes: Référendum sur l'entrée dans la C.E.E. de la Grande-Bretagne, de l'Irlande et du Danemark, refus de vote PS, mars avril 1972

⁶⁵⁶ Vgl. von Schenck 1978, S. 384f.

⁶⁵⁷ Vgl. Kimmel 1975, S. 261ff.

gen, in seiner Person zwei Legitimitäten zu vereinigen: die des Parteivorsitzenden, der an die parteipolitische Willensbildung gebunden ist, und die des Präsidentschaftskandidaten, der gegenüber der Partei eine gewisse Autonomie besaß.⁶⁵⁸

Die Außenpolitik war kein umstrittenes Thema im Wahlkampf, weil die Kandidaten sich in die Kontinuität de Gaulles stellten. So standen die akuten wirtschaftspolitischen Probleme sowie die Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik des gemeinsamen Programms im Mittelpunkt des Wahlkampfs. Mitterrand konnte seine Wähler frankreichweit mobilisieren. Deutlich wurde auch das Ende des *gaullisme populaire*, weil die traditionell eher linksorientierte Arbeiterschaft beispielsweise in den nördlichen Departements an der französisch-belgischen Grenze, nicht mehr gaullistisch wählte.⁶⁵⁹ Das rechte und das linke Lager erreichten eine gleichmäßigere Verteilung ihrer Wählerschaft in Frankreich (*nationalisation des électors*).⁶⁶⁰ Mitterrand wurde vorrangig von Männern, der Jugend, den Arbeitern und der Stadtbevölkerung gewählt, die Landwirte hingegen waren eher konservativ-traditionalistisch orientiert und haben ebenso wie Frauen, ältere Leute, Unternehmer und praktizierende Katholiken für Giscard gestimmt.⁶⁶¹

Die sozio-demographische Zusammensetzung der Wählerschaft weist auf einen Wandel in den 1970er Jahren hin. Der Anstieg der Wählerschaft der Sozialisten ging einher mit dem Wandel der eher agrarisch und vom Handwerk geprägten französischen Gesellschaft zu einer urbanisierten und industrialisierten Gesellschaft mit einem starken tertiären Sektor. Auch der Wertewandel spielte eine Rolle: Konservative Werte wie Familie, Wertschätzung für etablierte Institutionen und gesellschaftliche Zwänge wurden durch einen kulturellen Liberalismus ersetzt. Toleranz, individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung gewannen an Bedeutung. Die Wählerschaft der Sozialisten war damit in den mittleren Schichten (*classes moyennes*) zu finden: Lehrer und Wissenschaftler, Personal aus dem medizinischen Bereich, Sozialarbeiter, Techniker, mittlere Führungsschicht oder Büroangestellte. Es handelt sich vor allem um relativ junge Wähler mit einem relativ hohen Bildungsniveau.⁶⁶²

1979 wurden erstmals die Europawahlen durchgeführt. Die Partei stimmte der Direktwahl aus zwei Motiven zu: dem Wunsch nach Demokratisierung der Institutionen und der Umsetzung der Römischen Verträge, in deren Artikel 138 bereits die Direktwahl thematisiert wurde. Innerhalb des *Comité directeur* stellte die Partei auch diese europapolitischen Argumente Anfang 1976 in den Vordergrund.⁶⁶³ Ferner, so erklärte Mitterrand, müsse politische Verantwor-

⁶⁵⁸ Vgl. Bergounioux 2001, S. 692

⁶⁵⁹ Vgl. Kimmel 1975, S. 267ff.

⁶⁶⁰ Vgl. Kimmel 1975, S. 271

⁶⁶¹ Vgl. Kimmel 1975, S. 272

⁶⁶² Vgl. Bréchon 2004, S. 176

⁶⁶³ Vgl. Robert Pontillon: Large débat au Comité directeur. In: Le Poing et la Rose, Februar 1976, Nr. 47, S. 15.

tung übernommen werden gegen die Macht der Wirtschaft und des Kapitals. Es gelte ab sofort, den Arbeitern massiven Zutritt zu den Institutionen zu verschaffen und den Kampf zu internationalisieren.⁶⁶⁴ Das CERES blieb jedoch auch nach dem Beschluss des *Comité directeur* weiter skeptisch, ob es sich nicht um ein innenpolitisches Manöver der Regierung handle. Die Direktwahl verleihe dem Parlament eine vermeintliche Legitimität von der allein diejenigen Gebrauch machen könnten, die sich bereits dem Liberalismus verschrieben hätten und die sich als Gegner des Linksbündnisses und als Anwälte der atlantischen Interessen verstünden.⁶⁶⁵ Auch Pierre Joxe, ein enger Vertrauter Mitterrands und ehemaliges Mitglied der *Convention des institutions républicaines*, blieb kritisch gegenüber der Direktwahl des Europäischen Parlaments, da die Institutionen immer ein soziales Kräfteverhältnis ausdrückten. Das Europäische Parlament werde nur eine Fraktion des atlantischen Blocks und eine gescheiterte, wirtschaftliche Gemeinschaft repräsentieren.⁶⁶⁶ George Marchais, der Parteivorsitzende der PCF, argumentierte in *Humanité* ähnlich:

„Nous repoussons catégoriquement ce projet parce qu’il constituerait une très grave atteinte à la souveraineté et à l’indépendance de la France. (...) Ce serait une assemblée dominée par une écrasante majorité de politiciens au service des trusts multinationaux. Ce serait une assemblée dans laquelle le poids de l’Allemagne de l’Ouest serait décisif.“⁶⁶⁷

Sozialisten und Kommunisten fanden in der Frage der Direktwahl des Europäischen Parlaments nicht zu einer gemeinsamen Linie. Robert Pontillon erklärt in *Le Figaro* zur Abstimmung in der Nationalversammlung, dass die sozialistischen Abgeordneten im Zweifelsfall unabhängig von der kommunistischen Position entscheiden würden. Zwar wollten diese das Linksbündnis nicht kompromittieren, jedoch seien sie auch nicht bereit, bei essentiellen Fragen Konzessionen zu machen.⁶⁶⁸ Die französischen Kommunisten änderten 1977 überraschend ihre Position und stimmten schließlich den Direktwahlen des Europäischen Parlaments unter dem Vorbehalt zu, dass die Souveränität Frankreichs nicht verletzt würde und die Kompetenzen des Europäischen Parlaments nicht über die Festlegungen in den Römischen Verträgen hinausgingen. Sie forderten gleichzeitig eine nationale Rückkoppelung der Europaabgeordneten durch obligatorische, jährliche Rechenschaftsberichte.⁶⁶⁹

Die parteiinterne Debatte über Europa wurde zwischen 1978 und 1981 nahezu ausgesetzt. Mitterrand befand sich in einer Zwickmühle zwischen der pro-europäischen Strömung um

⁶⁶⁴ Vgl. François Mitterrand: Ma part de vérité. Les socialistes et le Parlement européen. In: *Le Poing et la Rose*, Februar 1976, Nr. 47, S. 16.

⁶⁶⁵ Vgl. o. A. 10.01.1977

⁶⁶⁶ Vgl. o. A. 12.05.1977

⁶⁶⁷ o. A. 02.02.1976

⁶⁶⁸ Vgl. o. A. 20.11.1976

⁶⁶⁹ Vgl. Trautmann 1982, S. 135

Rocard und der linken anti-europäischen Strömung des CERES.⁶⁷⁰ Bei den Europawahlen 1979 unterzeichnete die PS nicht die Wahlplattform mit den anderen sozialdemokratischen Parteien des Bundes sozialdemokratischer Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, der seit Januar 1978 vom internationalen Sekretär der PS, Robert Pontillon, geleitet wurde.⁶⁷¹ Sie weigerte sich ferner, die Fraktionsdisziplin im Europäischen Parlament anzuerkennen.⁶⁷²

Gilles Martinet, der als einer der Mitbegründer der PSU zur PS gewechselt war, beurteilte die Ausweitung der demokratischen Kontrolle der gemeinsamen Politiken, die in der Wahlplattform gefordert wurde, positiv. Inakzeptabel waren für ihn hingegen die meisten Passagen mit Bezug zur Rolle des Marktes, die wiederholte Benutzung des Begriffs „Europäische Integration“, ohne die Bedingungen zu formulieren, die diese wünschenswert machten sowie die Behauptung, dass die Arbeiterbewegung eine ähnliche Konzeption der Sozialdemokratie und der sozialen Gerechtigkeit entwickelt habe. So schlug Martinet vor, bereits in der Einleitung darauf zu verweisen, dass die sozialistischen Parteien ihre Differenzen nicht zu kaschieren versuchten.⁶⁷³ Eine entsprechende Passage wurde in der Tat an den Anfang aller Dokumente gesetzt.⁶⁷⁴

Im *Comité directeur* vom 8. Juli 1978 erklärte das CERES, dass die vom Bund entwickelte Plattform nicht im Geringsten die drei Bedingungen, die die PS in Bagnolet formuliert habe, erwähne.⁶⁷⁵ Pierre Guidoni, ebenfalls vom CERES und 1987 erster Europasekretär der Partei, hielt das Projekt einer gemeinsamen Wahlplattform für das einzige Thema, das die Einheit der Partei gefährden könne. Die Tragweite dieses Projekts werde von vielen unterschätzt. Das Programm stelle sowohl das Verhältnis zur eigenen Nation als auch die Grundprinzipien des Sozialismus in Frage.⁶⁷⁶ Die Prioritäten wurden deutlich formuliert:

„Notre souci est d’obtenir à cette date là le plus grand succès possible pour notre parti; d’améliorer encore le rapport de force au sein de la gauche. Le moins qu’on puisse dire est qu’un tel programme n’y contribuera pas.“⁶⁷⁷

Die französischen Sozialisten lehnten die politische Kooperation einiger sozialdemokratischer Parteien im Norden mit den Christdemokraten oder Liberalen ab, die sich über europapolitische Fragen wie eine politische Union, die Wirtschafts- und Währungsunion oder die Ge-

⁶⁷⁰ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 69

⁶⁷¹ Vgl. Fondation Jean Jaurès, Boîte 50 RI UPSCE, 1978-1979 Dossier: notes (Robert Pontillon) sur l’évolution de l’UPSCE et sur le projet de „plateforme électorale“ (pour les élections au PE de 1979), Papier non signée ou datée

⁶⁷² Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 73, vgl. Jean Pierre Cot: „Si les députés socialistes français sont évidemment soumis à la discipline du parti dont ils sont les représentants à l’Assemblée européenne, l’organisation du groupe socialiste européen continuera, bien entendu, de ne comporter aucune obligation de discipline de vote et, en cas de désaccord, les divers points de vue pourront, comme c’est le cas aujourd’hui, être publiquement exprimés.“, in: Le Poing et la Rose, Nr. 76, November 1978, S. 6, Le Comité directeur du 21 octobre 1978

⁶⁷³ Vgl. Fondation Jean Jaures, Boîte 7 EF 79 Dossier 2, 1-7, Gilles Martinet, Note sur le projet de programme électoral des partis socialistes de la communauté européenne, 21. Juni 1978

⁶⁷⁴ Vgl. Timmermann 1982, S. 93, vgl. den Text der Wahlplattform vom 06.06.1977 in: Bangemann 1978, S. 143ff.

⁶⁷⁵ Vgl. Fondation Jean-Jaurès: Boîte 50 RI UPSCE, 1978-1979 Protokoll zum Comité directeur 8/7/1978

⁶⁷⁶ Vgl. Pierre Guidoni: Note aux membres du Bureau exécutif. In: Fondation Jean-Jaurès: Boîte 7 EF 79 / 1-7; Dossier 2

⁶⁷⁷ Pierre Guidoni: Note aux membres du Bureau exécutif. In: Fondation Jean-Jaurès: Boîte 7 EF 79 / 1-7; Dossier 2

meinsame Agrarpolitik verständigt hatten. Es wurde innerhalb des Bundes darüber diskutiert, ob vorab Prinzipien für die politische Aktion festgelegt werden sollten. Eine Verständigung erschien so unmöglich.⁶⁷⁸

Die Liste der Sozialisten wurde am 22. April 1979 verabschiedet. Bei der Erstellung der Liste berücksichtigte die PS die Repräsentation der verschiedenen Strömungen und Regionen.⁶⁷⁹ Darüber hinaus wurde am 26. April 1979 ein gemeinsames Kommuniqué mit der MRG verabschiedet und eine gemeinsame Liste vereinbart.⁶⁸⁰ Bei diesen ersten Europawahlen entstand der Eindruck, dass die französischen Parteien diese als Probelauf für die Präsidentschaftswahlen 1981 – die eigentlich erstrangigen Wahlen – betrachteten.⁶⁸¹ Die Liste der Kommunisten wurde von dem Parteichef und Präsidentschaftskandidaten Georges Marchais angeführt, die Liste der Sozialisten – gemeinsam mit der MRG – von François Mitterrand und die Liste der Gaullisten von Jacques Chirac. Spitzenkandidat der Liste des 1979 amtierenden Präsidenten war Simone Veil. Das Kräfteverhältnis der Parteien untereinander sollte nach der Parlamentswahl von 1978 und vor der Präsidentschaftswahl von 1981 ermittelt werden.⁶⁸² So verurteilte Mitterrand die Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur von Georges Marchais, erklärte das Linksbündnis für beendet und warf der PCF eine sinnentleerte europapolitische Kampagne vor.⁶⁸³

In einer Sonderausgabe von *Le Poing et la Rose* vom Mai 1979 wurden die zwei zentralen Themen für die parteipolitische Auseinandersetzung vorgegeben: die Europäische Integration und die Innenpolitik.⁶⁸⁴ Pierre Mauroy warb für eine Politisierung Europas. Es sei keine Entscheidung für oder gegen Europa, sondern für oder gegen eine rechte bzw. linke Ausrichtung der europäischen Politik.⁶⁸⁵ Mitterrand gab an, für ein Europa der Arbeiter kämpfen zu wollen. Institutionell unterstützte er die Direktwahl des Parlaments, jedoch solle auf europäischer Ebene weiterhin einstimmig entschieden werden, um Frankreich vor einem zu starken Europäischen Parlament zu schützen. Nach wie vor wollte die PS nicht über die Römischen Verträge hinausgehen.⁶⁸⁶

Die extreme Linke warf den Sozialisten und Kommunisten im Wahlkampf vor, die internationale Perspektive aus den Augen verloren zu haben. *Lutte ouvrière* und die *Ligue communiste*

⁶⁷⁸ Vgl. Bossuat 2003, S. 46f.

⁶⁷⁹ Vgl. o. A. 14.04.1979, vgl. auch Conférence de Presse de François Mitterrand, 11. Juni 1979, In: *Le Poing et la Rose, spécial responsables*, Nr. 3, Juni 1979, S. 2.

⁶⁸⁰ Vgl. Communiqué commun: Parti socialiste – Mouvement des radicaux de gauche, 26. April 1979, *Le Poing et la Rose, spécial responsables*, supplément au No. 81, 3. Mai 1979

⁶⁸¹ Vgl. Zur Kampagne und den Ergebnissen auch Duhamel 1998

⁶⁸² Vgl. Martin 2004, S. 12, vgl. z. B. auch Bergeroux 03.04.1979: „Chacun sait que des résultats du scrutin européen dépendront les stratégies pour la compétition présidentielle.“

⁶⁸³ Vgl. o. A. 09.06.1979

⁶⁸⁴ Vgl. *Le Poing et la Rose, spécial responsables*, supplément au No. 81, 3. Mai 1979

⁶⁸⁵ Vgl. o. A. 08.05.1979b

⁶⁸⁶ Vgl. Colombani 18.05.1979; Alfred Grosser beschreibt die gemeinsame Leitlinie aller Parteien sarkastisch: „Votez pour moi: Je vous garantis mieux que mes rivaux que cette Assemblée ne servira à rien!“ Grosser 10.04.1979

révolutionnaire setzten sich für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa ein.⁶⁸⁷ Von Seiten der liberalkonservativen UDF wurde kritisiert, dass die Wahlen unter nationalen Gesichtspunkten interpretiert wurden. So schrieb Michel Pinton von der UDF in einem Kommentar für *Le Monde* im April 1979, dass nach dem Muster der *quadrille bipolaire* gedacht werde. Aber die Stimmen von UDF und RPR sowie von PS und PCF sollten nicht zusammen gezählt werden, denn es gebe keinen zweiten Wahlgang. Es herrschten andere Wahlmuster vor und damit auch eine Chance, über Europa zu reden und nicht über nationale Politik.⁶⁸⁸ Mitterrand hingegen sah keinen Grund, die Innen- von der Europapolitik zu trennen. Die Wähler sollten in der Europawahl auch eine Möglichkeit sehen, ihre Unzufriedenheit mit der Innenpolitik auszudrücken. Allerdings wies auch er darauf hin, dass es keinen zweiten Wahlgang gebe und es aus diesem Grund keinen Sinn mache, im ersten Wahlgang kleine Listen zu unterstützen, die die fünf Prozent Hürde nicht überschreiten würden.⁶⁸⁹

FRANKREICH	%	Sitze
Union pour la France en Europe (Simone Veil, UDF)	27,61	26 [25]
Liste socialiste avec la participation des radicaux de gauche (François Mitterrand, PS)	23,53	21 [22] ⁶⁹⁰
Liste présentée par le Parti communiste français (George Marchais, PCF)	20,52	19
Défense des intérêts de la France en Europe (Jacques Chirac, RPR)	16,31	15
Wahlbeteiligung	60,7 %	

Quelle: Journal Officiel de la République Française

Mit 27,61 Prozent und 25 Abgeordneten lag die Liste des amtierenden Präsidenten vorn. Die anti-europäische Kampagne mit dem *Appel de Cochin* seines Gegners im rechten Lager, Jacques Chirac, hatte sich nicht bezahlt gemacht. Die Liste erreichte lediglich 16,31 Prozent der Stimmen und 15 Sitze. Die Legitimität Giscard's wurde damit gegenüber den präsidentiellen Ambitionen von Chirac gestärkt. Mit 23,53 Prozent und 22 Abgeordneten erreichten die Sozialisten zwar ein respektables Ergebnis, blieben jedoch hinter den Ergebnissen der Parlaments- und Kantonalwahlen von 1978 zurück. Der Anteil der MRG wurde auf etwa 2,1 Prozent geschätzt.⁶⁹¹ Die Kommunisten erreichten 20,52 Prozent der Stimmen und 19 Mandate. Die geringe Mobilisierung der Wähler wurde also als eine zentrale Ursache für die fehlenden Stimmen gesehen. Für Mitterrand bestand die Gefahr, dass seine Führungsrolle parteiintern in Frage gestellt und über eine mögliche Kandidatur von Michel Rocard spekuliert wurde.⁶⁹² Bei

⁶⁸⁷ Vgl. o. A. 08.05.1979a

⁶⁸⁸ Vgl. Pinton 17.04.1979

⁶⁸⁹ Vgl. o. A. 25.05.1979

⁶⁹⁰ Der Conseil d'Etat änderte die Ergebnisse am 22. Oktober 1979, da einige professions de foi als Stimmzettel gezählt wurden, sodass die PS einen Sitz mehr, die UDF einen Sitz weniger bekam. Vgl. Boksenbaum 1984a, S. 83; 116

⁶⁹¹ Vgl. Jean Poperen: Les enseignements du scrutin. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 82, Juni 1979, S. 4.

⁶⁹² Vgl. Martin 2004, S. 13, vgl. auch Laurens 13.06.1979

der Bilanzierung der Wahlen ging Jean Poperen auch auf die besondere Rolle der Linken in Frankreich ein:

„Notre difficulté à identifier le combat pour l'Europe à un combat de gauche tient encore au poids d'un certain héritage idéologique que doit supporter le mouvement socialiste en France. Durant des années, le courant dit de la « petite gauche », qui a joué un rôle politique mais surtout idéologique appréciable vers les années 60, s'est, pour l'essentiel, aligné sur l'analyse communiste de l'Europe, le présentant comme une entreprise de la Droite, entièrement dominée par l'impérialisme américain. Beaucoup des militants ou de sympathisants de l'actuel *Parti socialiste* se sont formés dans cet environnement idéologique.“⁶⁹³

Der *Convention nationale* nach den Wahlen am 24. Juni 1979 blieben Mauroy und Rocard fern. In ihrer Abwesenheit wurde ein Kommuniqué verabschiedet. Dies forderte, sich anzustrengen, um den Aufbau eines alternativen Europas, eines Europas der Arbeiter, als ein Ziel der Sozialisten aufzunehmen. Die Existenz eines direkt gewählten Parlaments helfe dabei.⁶⁹⁴ Mauroy kritisierte hingegen die Kampagne der Partei, die von einem zweideutigen und zögerlichen Diskurs getragen worden sei. Dieser habe unter tiefgreifenden Widersprüchen gelitten: „Le double langage a dérouté l'opinion et démobilisé les militants.“⁶⁹⁵

Insgesamt gaben 37 Prozent der französischen Europaabgeordneten, die 1979 gewählt wurden, ihr Mandat im Laufe der ersten Legislaturperiode auf.⁶⁹⁶ François Mitterrand trat sein Mandat nie an. Darüber hinaus gaben allein zehn von 15 Abgeordneten der Liste von Jacques Chirac im Jahr 1980 ihr Mandat nach dem Rotationsprinzip ab.⁶⁹⁷ Unter Berücksichtigung aller gewählten Abgeordneten haben 24 das Europäische Parlament im Laufe der Legislaturperiode zugunsten eines Ministeramtes verlassen, darunter fünf französische Sozialisten nach dem Wahlsieg Mitterrands.⁶⁹⁸ Elf Abgeordnete entschieden sich für ein nationales Mandat, darunter sechs französische Sozialisten. Zwei Abgeordnete bevorzugten ein lokales Mandat, darunter Pierre Mauroy im März 1980. Zu den zwei Abgeordneten, die im Laufe ihres Mandats zu Botschaftern ernannt wurden, gehörte 1981 der Sozialist Gilles Martinet. Die hohe Fluktuation in der französischen Delegation drückt die relativ geringe Wertschätzung für das Mandat eines Europaabgeordneten aus und unterstreicht den nationalen Charakter der ersten Europawahlen. Der Vergleich mit allen Abgeordneten des Europäischen Parlaments zeigt allerdings, dass es keine französische Besonderheit war.

⁶⁹³ Rapport de Jean Poperen au Comité directeur du 16 juin 1979 sur le bilan des élections européennes. In: *Le Poing et la Rose*, spécial responsables, Nr. 4, 19. Juni 1979, S. 7-9.

⁶⁹⁴ Vgl. *Convention nationale du 24 juin 1979, Les communiqués adoptés: Les élections européennes: La crise en France*, *Le Poing et la Rose*, Juli-August 1979, Nr. 83, S. 2-3.

⁶⁹⁵ *Convention nationale du 24 juin 1979, „Vers un débat approfondi et rigoureux“*, *Tribune du Courant B, Le Poing et la Rose*, Juli-August 1979, Nr. 83.

⁶⁹⁶ Vgl. Beauvallet 2007, S. 88; vgl. zu der Analyse aller Abgeordneten des Europäischen Parlaments Boksenbaum 1984a, S. 116ff.

⁶⁹⁷ Die anti-europäisch eingestellten Gaullisten wollten mit dem Rotationsprinzip die Arbeit des Europäischen Parlaments schwächen, vgl. Marrel, Payre 2006, S. 69

⁶⁹⁸ Vgl. zum Folgenden: Boksenbaum 1984a, S. 116ff.

4.3.5 Organisation: Proportionale Repräsentation der Strömungen

Der dominierende Einfluss des CERES in den 1970er Jahren schlug sich auch in den organisatorischen Strukturen nieder. Ziel war es, die PS zu einer mitgliederstarken, gut organisierten und in der Arbeiterschaft verankerten Partei zu machen. Darüber hinaus sollte der mit Guy Mollet verbundene zentralistische Führungsstil beendet und mit der Honoratiorentradition der PS gebrochen werden. Aus diesem Grund kehrte die PS am Parteitag von Épinay zu einer proportionalen Repräsentation ihrer innerparteilichen Strömungen zurück.⁶⁹⁹

Bis heute durchzieht das Prinzip der Proportionalität die lokalen Sektionen, die departementalen Föderationen und die nationale Führungsebene. Im Vorfeld der nationalen Parteitage werden sogenannte Beiträge (*contribution*) und Anträge (*motion*) eingereicht. Wo hingegen erstere der Debatte dienen, wird über letztere abgestimmt. Die innerparteiliche Willensbildung erfolgt von der lokalen zur nationalen Ebene.⁷⁰⁰ Anhand der Abstimmungsergebnisse der lokalen, betrieblichen oder universitären Sektionen wird die Anzahl der Delegierten für den Parteitag in den Föderationen bestimmt. Abhängig von der Mitgliederzahl der jeweiligen Föderationen und der Stimmen für die Anträge werden Delegierte zum nationalen Parteitag entsandt.⁷⁰¹

Erreicht eine Strömung beim nationalen Parteitag mindestens fünf Prozent der Delegiertenstimmen, dann wird sie im Verhältnis zu ihrem Stimmgewicht in den Gremien repräsentiert. Zu den Gremien auf nationaler Ebene gehören das Direktionskomitee (*Comité directeur*), das alle zwei Monate zusammentritt und das Parlament der Partei bildet. Es wird vom Konvent (*Convention nationale*) kontrolliert, einem kleinen Parteitag, an dem je ein Delegierter aus einer Föderation teilnimmt. Das *Comité directeur* wählt das Exekutivbüro (*Bureau exécutif*), das die Beschlüsse des *Comité directeur* in wöchentlichen Sitzungen umsetzen soll. Das *Bureau exécutif* bildet jedoch nicht die Regierung der Partei, denn das eigentliche Machtzentrum ist das Nationalsekretariat (*Secrétariat national*).⁷⁰² Dieses wird nach dem Mehrheitsprinzip bestellt. Die proportionale Repräsentation endet somit an der Führungsspitze der Partei. Dies gilt als die „entscheidende Bruchstelle“⁷⁰³ in der Organisation der PS.

Der Erste Sekretär Mitterrand nutzte die Möglichkeit, Minderheitenströmungen aus dem Nationalsekretariat auszuschließen, um seine Macht in der Partei zu sichern.⁷⁰⁴ Ferner baute er parallel zum Nationalsekretariat einen Beraterstab mit Vertrauten auf, die nur ihm verantwort-

⁶⁹⁹ Die Convention des institutions républicaines hatte 1971 diese Form der Repräsentation zur Bedingung für ihren Beitritt gemacht. Vgl. Stephan 2001, S. 35ff.

⁷⁰⁰ Vgl. Murswieck 1999, S. 105

⁷⁰¹ „C’est au niveau de la section, l’unité de base du PS, que se joue l’essentiel du congrès. C’est en effet dans les sections que se déroulent les étapes les plus importantes pour convaincre les adhérents et établir les réseaux politiques de conquête du pouvoir au sein de l’appareil. C’est le courant qui détient le plus de sections, et donc de fédérations, qui l’emportera.“ Desmeuliers 2005, S. 292

⁷⁰² Vgl. Stephan 2001, S. 40

⁷⁰³ Stephan 2001, S. 42

⁷⁰⁴ Vgl. Stephan 2001, S. 40

lich waren. Entscheidungen, die im Nationalsekretariat in Abwesenheit Mitterrands getroffen wurden, konnten von diesem Beraterstab zurückgenommen werden.⁷⁰⁵ Die Mehrheitskoalition kontrollierte darüber hinaus die partei-eigene Presse sowie die Finanzen der Partei. Vor allem das bis Ende der 1980er Jahre funktionierende System der illegalen Parteienfinanzierung kam der Mehrheitskoalition um Mitterrand zugute.

In den 1970er Jahren wurden die nationalen Führungsinstanzen gestärkt. Dies zeigte sich auch an der Nominierung der Kandidaten für die Wahlen.⁷⁰⁶ Die Parteiführung vereinbarte Bündnisse und traf Wahlabsprachen, sie sicherte den einzelnen Strömungen je nach Anteilstärke aussichtsreiche Wahlkreise für ihre Kandidaten zu und ermöglichte verdienten Technokraten ohne Parteikarriere Zugang zu einem politischen Mandat oder Amt. Auch wenn die Willensbildung von der lokalen zur nationalen Ebene erfolgte, so dominierte bei der Politikformulierung doch die nationale Ebene:

„Alle Kommissionen, Studiengruppen u.ä., die Einfluß auf die programmatische Entwicklung der Partei nehmen können, konzentrieren sich in Paris, so daß praktisch nur Mitglieder der Pariser Region an den theoretisch allen zugänglichen Treffen teilnehmen konnten.“⁷⁰⁷

Die Strömungen (*courant*) wurden erst 1978 formal anerkannt und durften seitdem eigene Mitteilungsblätter verteilen und Sitzungen abhalten, die jedoch allen Mitgliedern offen stehen mussten.⁷⁰⁸ Die proportionale Repräsentation der innerparteilichen Strömungen galt als eine demokratische Errungenschaft und führte zu einer hohen Integrationsfähigkeit der Partei, denn – um die Macht innerhalb der Partei zu erhalten bzw. zu bewahren – mussten Koalitionen aus den jeweiligen Strömungen gebildet werden.⁷⁰⁹ Die Pluralität der Strömungen war für die Partei konstituierend.⁷¹⁰ Jede dieser Strömungen hatte ihre eigene Kultur, Organisation und Führungsfigur. Jedes Parteimitglied gehörte erst einer Strömung, dann der Partei an.⁷¹¹ Dies hatte zur Folge, dass ideologische Debatten vermieden wurden, um das innerparteiliche Gleichgewicht nicht aufzuheben. Jede Vereinheitlichung wurde in Frage gestellt, wenn eine Strömung ihren Einfluss bedroht sah. Aufgrund der Rivalität der Strömungen innerhalb der Partei wurden auch Neuzugänge kritisch gesehen, da mit ihnen Mehrheiten verändert werden konnten. Angesichts der niedrigen Mitgliederzahlen in den Sektionen war es relativ einfach, das Mehrheitsverhältnis durch Neuzugänge „umzudrehen“.⁷¹² Der vertikale Aufbau der Partei wurde somit zunehmend durch die horizontale Struktur der Strömungen überlagert und politi-

⁷⁰⁵ Vgl. Stephan 2001, S. 43

⁷⁰⁶ Vgl. Stephan 2001, S. 40

⁷⁰⁷ Stephan 2001, S. 43

⁷⁰⁸ Vgl. Stephan 2001, S. 39

⁷⁰⁹ Vgl. Stephan 2001, S. 55

⁷¹⁰ Vgl. von Schenck 1978, S. 379

⁷¹¹ Vgl. Portelli 1998, S. 68f.

⁷¹² von Schenck 1978, S. 380ff.

sche Inhalte wurden durch die Führungsfiguren und potentiellen *présidentiable* der Strömungen personalisiert.⁷¹³

Für die Europäisierung der Partei war die herausragende Rolle der Strömungen ein Hindernis. Europapolitische Debatten wurden ausgeklammert, um das Kräftegleichgewicht nicht zu verändern. Die dominierende Koalition wollte ihre Macht sichern, wozu die Europafrage nicht beitragen konnte. Mitterrands Kurswechsel zwischen dem CERES und den *rocardiens* in den 1970er Jahren zeigte die zweitrangige Bedeutung der Europafrage. Diese wirkte nicht strukturierend auf die Partei und die Strömungen.

Auch im Internationalen Sekretariat im Parteivorstand spiegelte sich das innerparteiliche Kräfteverhältnis wider. Es wurde zwar mit international ausgewiesenen Experten besetzt, unterlag jedoch auch den Kurswechseln auf den Parteitag. Dem internationalen Sekretär und *miterrandiste*,⁷¹⁴ Robert Pontillon, wurde 1973 entsprechend der innerparteilichen Rolle des CERES, ein Vertrauter Chevènements zur Seite gestellt. Didier Motchane kümmerte sich um die Beziehungen zur Dritten Welt. 1975 wurde Motchane aus der Parteiführung ausgeschlossen und musste das Sekretariat an den *miterrandiste* Lionel Jospin übergeben. Erst nach der Unterstützung der Kandidatur Mitterrands konnte Motchane 1981 wieder in das Sekretariat als Verantwortlicher für kulturelle Fragen einziehen.⁷¹⁵ Die Einrichtung eines Sekretariats für die Beziehungen zur Dritten Welt unterstreicht – unabhängig von der Repräsentation des Kräfteverhältnisses – die hohe Bedeutung des *Tiersmondisme* in der Partei.

Robert Pontillon sicherte hingegen die Kontinuität in der Europapolitik. Er kümmerte sich seit 1948 im Parteivorstand der SFIO um die internationalen Beziehungen und stand in Kontakt mit nahezu allen Parteiführern der Sozialistischen Internationale.⁷¹⁶ Auch wenn Pontillon wegen seiner pro-europäischen Haltung, seiner als atlantisch angesehenen Position in Verteidigungsfragen sowie seiner Freundschaft mit den Parteiführern der Sozialdemokratie des Nordens den Ruf eines *droitier* hatte, war seine Erfahrung im internationalen Bereich für Mitterrand unersetzlich.⁷¹⁷

Jospin war die dritte entscheidende Figur im Internationalen Sekretariat der 1970er Jahre. Mit seiner Übernahme des Sekretariats für die Beziehungen zur Dritten Welt waren die Kritiker des internationalen Kurses der PS aus der Parteiführung ausgeschlossen.⁷¹⁸ Jospin war politisch durch den Antikolonialismus geprägt. Zwar war sein Vater Mitglied der SFIO, jedoch

⁷¹³ Vgl. Stephan 2001, S. 62

⁷¹⁴ Pontillon unterstützte 1971 beim Parteitag von Épinay im Namen der Vertreter der Convention des institutions républicaines die Wahl von François Mitterrand.

⁷¹⁵ Vgl. auch Portelli 1983, S. 140; vgl. World Biographical Information System Online, Quelle: Henry Coston: Dictionnaire de la politique française. Tome IV. 1982.

⁷¹⁶ Vgl. World Biographical Information System Online, Quellen: Henry Coston: Dictionnaire de la politique française. Tome II 1972, Tome III 1979, Tome IV 1982; Thierry Pfister: Les socialistes. 1977; vgl. auch Pennetier, Maitron 1997

⁷¹⁷ Vgl. World Biographical Information System Online, Quelle: Thierry Pfister: Les socialistes. 1977.

⁷¹⁸ Vgl. Portelli 1983, S. 139f.

trat Jospin der SFIO wegen ihrer Haltung zum Algerienkrieg nicht bei, sondern engagierte sich unter anderem in der PSU. Erst im Sommer 2001 wurde publik, dass er in den 1960er Jahren auch Mitglied einer trotzkistischen Organisation war. Jospin gehörte zu den sogenannten *sabras*, die der PS erst mit ihrer Neugründung beitraten und sich vor allem durch ihre Treue zu Mitterrand auszeichneten.⁷¹⁹ Als Jospin 1979 von Pontillon die Leitung des Internationalen Sekretariats übernahm wurden die Beziehungen zur Dritten Welt wieder in das Sekretariat integriert. Im Januar 1981 folgte er Mitterrand als Parteivorsitzender nach.⁷²⁰

4.3.6 Transnationales: Differenzen zwischen der Sozialdemokratie in Nord- und Südeuropa

Die internationalen Beziehungen der sozialdemokratischen Parteien wurden historisch gesehen innerhalb der Sozialistischen Internationale organisiert. Mit Verabschiedung der Römischen Verträge wurde 1957 ein Verbindungsbüro der sozialdemokratischen Parteien der EWG eingerichtet. Der Hauptakzent der in dem Büro organisierten Parteien lag auf der Stärkung der Institutionen, die die Marktmechanismen flankieren sollten. Auch sollte es die Verbindung zwischen den sozialdemokratischen Parteien der EWG und der Fraktion in der Europäischen Versammlung sicherstellen.⁷²¹ In den 1960er Jahren dominierte die funktionale Methode der Integration. Ideologische Debatten und Doktrinen wurden durch das Streben nach der Erfüllung notwendiger Funktionen ersetzt. Die Sozialdemokraten der 1960er Jahre verhielten sich in erster Linie loyal zum Europäischen Integrationsprozess und übten nur wenig Kritik:

„Im Nachhinein kann man nur darüber staunen, in welchem starkem Maße die Sozialdemokraten in den 60er Jahren ihre Kritik an strukturellen Mängeln und Fehlentwicklungen der Gemeinschaft zugunsten der Erwartung in den Hintergrund treten ließen, daß die ökonomischen Sachzwänge unaufhaltsam in Richtung auf eine verstärkte Integration drängen.“⁷²²

Die PS von Épinay grenzte sich von der SFIO und ihrem europapolitischen, antikommunistischen und proatlantischen Kurs ab. Sie war nicht bereit zu einem westlichen, gemäßigten Diskurs beizutragen, da eine Vielzahl der Mitglieder der neu gegründeten PS durch den Antikolonialismus sozialisiert worden war. Das CERES, die Anhänger von Jean Poperen und auch einige Anhänger Mitterrands standen dem Verbleib der PS in der Sozialistischen Internationale ablehnend oder gleichgültig gegenüber. Diese wurde in ihren Augen durch die Sozialdemokratie des Nordens dominiert, die das Bündnis der französischen Sozialisten mit den Kommunisten kritisierte.⁷²³ Die PS betrieb deswegen eine zweigleisige internationale Politik, die be-

⁷¹⁹ Vgl. Stephan 2001, S. 90

⁷²⁰ Vgl. World Biographical Information System Online, Quelle: Thierry Pfister: Les socialistes. 1977; Henry Coston: Dictionnaire de la politique française. Tome III 1979, Tome IV 1982.

⁷²¹ Vgl. Bossuat 2004, S. 43

⁷²² Timmermann 1982, S. 88

⁷²³ Vgl. Portelli 1998, S. 103ff.

reits anhand der Aufteilung des Sekretariats in Internationales und Beziehungen zur Dritten Welt gezeigt wurde. Wohingegen Pontillon die Beziehungen mit der Sozialistischen Internationale pflegte, kümmerte sich Motchane um die „fortschrittlichen und anti-imperialistischen“ Bewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien.⁷²⁴

Der Grundkonflikt der Sozialistischen Internationale lässt sich exemplarisch an der deutschen Sozialdemokratie und der *Parti socialiste* zeigen. Die SPD war in den 1970er Jahren in der Regierungsverantwortung für ein Land, das ökonomisch immer bedeutender wurde. Sie war strukturell gestärkt durch ihre Mitgliederzahl, ihre finanzielle Basis und ihre Organisation und pflegte privilegierte Beziehungen zu den Gewerkschaften. Die PS hingegen befand sich in der Opposition und war auf den – vor allem europapolitisch – unberechenbaren kommunistischen Bündnispartner angewiesen. Ihre organisatorische und finanzielle Basis war schwach, die Beziehungen zu den Gewerkschaften nur geringfügig ausgeprägt und die Mitgliederzahl im Vergleich noch immer niedrig. Hinzu kamen die intensiven innerparteilichen Auseinandersetzungen.⁷²⁵ Die Spaltung der Sozialistischen Internationale erfolgte mit anderen Worten in einen „eher konservativ-staatstragend ausgerichteten sozialdemokratischen Flügel Mittel- und Nordeuropas und in einen eher systemverändernd-progressiven Flügel Südwesteuropas.“⁷²⁶

Die Spaltung setzte sich auch in dem Bund sozialdemokratischer Parteien der Europäischen Gemeinschaft fort, der im April 1974 gegründet worden war und sich als Regionalorganisation der Sozialistischen Internationale verstand. Der Bund hatte zum Ziel, die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vorzubereiten.⁷²⁷ Er war finanziell von der sozialdemokratischen Fraktion in der Europäischen Versammlung abhängig. Im Vergleich mit den großen wirtschaftlichen Interessenverbänden waren die politischen Parteien Nachzügler. Erstere hatten sich teilweise schon im Umfeld der Verabschiedung der Römischen Verträge auf europäischer Ebene organisiert. Die Gewerkschaften folgten erst 1973 mit der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes.⁷²⁸

Mit der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft und des Bundes um die europakritischen linken Parteien Großbritanniens und Dänemarks sowie der ideologischen Neuausrichtung der PS verlor der Bund an Kohärenz. Darüber hinaus führten die einsetzende Wirtschaftskrise und die steigenden Arbeitslosenzahlen zu unterschiedlichen Reaktionen der Parteien innerhalb des Bundes. Auch innerparteiliche Auseinandersetzungen in den 1970er Jah-

⁷²⁴ Vgl. Portelli 1983, S. 138f.

⁷²⁵ Vgl. Kiersch 1979, S. 144

⁷²⁶ Kiersch 1979, S. 132

⁷²⁷ Vgl. Timmermann 1982, S. 85; 1976 gründete sich die „Europäische Volkspartei“ (EVP), die aus der „Europäischen Union der Christlichen Demokraten“ hervorgegangen war sowie die „Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“; 1984 gründete sich die „Europäische Koordination der Grünen Parteien“; vgl. Maurer, Mittag 2006, S. 169

⁷²⁸ Vgl. Brunn 2005, S. 212f.

ren trugen zur Entwicklung zentrifugaler Tendenzen bei.⁷²⁹ Eine europa-kritische Grundströmung war am stärksten zu beobachten in Großbritannien, Dänemark und Griechenland sowie im CERES-Flügel der PS. Sie kritisierten, dass der Gemeinsame Markt zum Feld für die Interessen der „Großbourgeoisie“ geworden sei und die Organe der Gemeinschaft unter dem Deckmantel neutraler, technokratischer Institutionen zu schwach und politisch unfähig seien, sich dem Druck des Kapitals zu widersetzen. Diese Interpretation führte sie zu einem Rückzug in den Nationalstaat und zu unterschiedlichen Zielen: Die britische Arbeiterpartei ging bis zur Forderung nach dem Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft. Die griechischen Sozialisten setzten sich für einen Sonderstatus Griechenlands ein, während das CERES den Status Quo akzeptierte und nationale Transformationskonzepte entwickelte.⁷³⁰

Die südeuropäischen Sozialisten distanzieren sich von den Sozialdemokraten des Nordens und trafen sich außerhalb des Bundes. Zentrale Divergenzen bestanden in Fragen der Marktwirtschaft, dem institutionellen Ausbau der Europäischen Gemeinschaft und vor allem im Verhältnis zu den Kommunisten. Letztere hatten vor dem Hintergrund des Eurokommunismus ihre Bereitschaft erklärt, den Prozess der Europäischen Integration mitzutragen oder – wie im Falle der französischen Kommunisten – zumindest nicht zu unterlaufen. Die Sozialdemokraten des Nordens und vor allem die SPD sprachen sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine Kooperation aus. Der Wandel der kommunistischen Parteien sei nur ein taktisches Manöver. Sie befürchteten, die Regierungsbeteiligungen der Kommunisten könnten die intergouvernementale und supranationale Entscheidungsfindung beeinträchtigen.⁷³¹

Mitterrand hatte sich bereits im Mai 1975 mit den Führern der südeuropäischen sozialistischen Parteien von Portugal, Spanien, Griechenland, Italien und Belgien getroffen. Er wollte sein Modell der Zusammenarbeit mit den Kommunisten als beispielhaft für einen Teil der Staaten Europas herausstellen.⁷³² Am 24. und 25. Januar 1976 fand eine Konferenz der sozialistischen Parteien Südeuropas in Paris statt, bei der Mitterrand noch einmal betonte, dass der Sozialismus des Südens eine spezifische Entwicklung erfahren könne.⁷³³ Das eigene Bewusstsein der südeuropäischen Sozialisten hat sich allerdings bis Anfang der 1980er Jahre gewandelt. Bei einem Treffen im August 1981 auf Rhodos ging es weniger um die Schärfung eines radikalen, sozialistischen Profils als um Abstimmung in Fragen, die die Mittelmeer-Region betrafen.⁷³⁴

⁷²⁹ Vgl. Timmermann 1982, S. 89

⁷³⁰ Vgl. Timmermann 1982, S. 91f.

⁷³¹ Vgl. Timmermann 1982, S. 94

⁷³² Vgl. von Schenck 1978, S. 388f.

⁷³³ Vgl. Fondation Jean Jaurès, Boîte 7 EF 79 / 1-7, Dossier 4: Documentation élections européennes 1976-1979

⁷³⁴ Vgl. Timmermann 1982, S. 95

Das Ende des Wirtschaftswachstums in den 1970er Jahren und die steigende Zahl der Arbeitslosen beeinflussten die Einschätzung des Integrationsprozesses und führten zur Notwendigkeit, sich auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet abzustimmen. Die Prioritäten änderten sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, und es wurde eine konsequente Wirtschaftspolitik mit Strukturmaßnahmen und sozialen Interventionen gefordert. Auf dieser Ebene kam es zur Annäherung von SPD und PS, die in einer Reihe bilateraler Gespräche und Arbeitsgruppen gemeinsame Konzepte erarbeiteten. Erstmals in der Geschichte beider Parteien wurde 1976 auf dem Tiefstand ihrer Beziehungen ein Austausch auf bilateraler Ebene in Form von Arbeitsgruppen etabliert.⁷³⁵

Auch hatte im Rahmen des Bundes im Vorfeld der Europawahlen 1979 eine Reihe von Fachkonferenzen zu Wirtschafts- und Sozialfragen stattgefunden. Der Vorsitzende des Bundes Robert Pontillon erklärte, dass zur Überraschung der Teilnehmer die Haltungen zu konkreten Fragen näher beieinander lägen als ursprünglich vermutet. Auch setzte sich innerhalb der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft die Einsicht durch, dass nationale und regionale Unterschiede anerkannt und zur Voraussetzung der Zusammenarbeit gemacht werden sollten. Das galt auch für das Verhältnis zu den Kommunisten.⁷³⁶ Es gelang jedoch nur, eine politische Erklärung im Juli 1978 und einen Wahlauf Ruf im Januar 1979 zu verabschieden, aber keine gemeinsame Wahlplattform.⁷³⁷

Joop Den Uyl, Nachfolger Pontillons in der Präsidentschaft des Bundes, verfolgte das Ziel, dem Bund eine politische Ausrichtung zu geben und die unterschiedlichen Meinungen zusammenzuführen. Lionel Jospin wollte hingegen 1980 einen zu großen Handlungsspielraum des Bundes verhindern. So sollte Den Uyl nicht im Namen des Bundes den europäischen Institutionen einen Aktionsplan zur Beschäftigung in der Welt vorlegen.⁷³⁸ Die Einschätzung des Föderalisten Carl J. Friedrich, nach der die Kooperation unter politischen Parteien ein wichtiger Wegbereiter für den Integrationsprozess sei, trifft auf die 1970er Jahre nicht zu. Die nationalen Zwänge überlagerten die europäischen Opportunitätsstrukturen, auch wenn es zur Annäherung mit den Sozialdemokraten des Nordens kam. Heinz Timmermann kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die europäische Diskussion unter den Sozialdemokraten dazu beigetragen habe, bestimmte Parteien wie insbesondere die französischen und italienischen Sozialisten in pro-europäischer Richtung zu beeinflussen. Jedoch blieben die sozialde-

⁷³⁵ Vgl. Timmermann 1982, S. 96f; vgl. auch die Analyse bei Wielgoß zu den „Kommunikationsversuche[n] als Krisenbekämpfungsmittel“, Wielgoß 2002, S. 164ff.

⁷³⁶ Vgl. Timmermann 1982, S. 97ff.

⁷³⁷ Vgl. Moschonas 2005, S. 531, vgl. auch Timmermann 1982, S. 95: Den französischen Bedenken wurde in diesen Dokumenten Rechnung getragen: Jede weitere Übertragung von Kompetenzen auf EG-Organen sollte der Zustimmung nationaler Parlamente und Regierungen unterliegen sowie die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft von Übergangsfristen und -bestimmungen abhängig gemacht werden.

⁷³⁸ Vgl. Bossuat 2004, S. 45

mokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft auf die nationalen Systeme fixiert und achteten auch im Rahmen des Bundes und der Fraktion im Europäischen Parlament auf ihre Autonomie. Solange sie Konflikte durch Ausklammerung regelten blieb der Handlungsspielraum laut Timmermann für eine gemeinsame Politik auf europäischer Ebene außerordentlich gering.⁷³⁹

„Non seulement les socialistes n’ont pas su diriger le processus de construction de la Communauté européenne mais ils ont donné d’eux-mêmes, notamment pendant les années 1970, l’image d’une famille politique divisée et à engagement « européenne » incertain.“⁷⁴⁰

4.3.7 Fazit: Europa zwischen nationaler Bündnisstrategie und Sozialismus

Den Übergang von der SFIO zur PS von Épinay führte zu einem kritischeren Umgang mit Europa. Die an Bedingungen geknüpfte Zustimmung zum Europäischen Integrationsprozess, das sogenannte „Ja, aber“, wurde zur Grundlage der europapolitischen Leitlinie der PS. Der Sonderparteitag der PS in Bagnolet stellte 1973 klar, dass der Europäische Integrationsprozess nicht den nationalen Handlungsspielraum einschränken durfte. Mitterrand hatte jedoch mit seinem Rücktritt gedroht, wenn nicht ein grundsätzlich loyales Bekenntnis zur Europäischen Integration aufrecht erhalten würde. Die sogenannte Strategie der Mitsprache (*voice*), die eine sozialistische Neuausrichtung des Integrationsprozesses forderte, ließ er parallel gewähren. Einen Ausstieg (*exit*) aus dem Integrationsprozess verlangte allerdings selbst das CERES nicht. In der Folge wurden die Aussagen des Parteitags von Bagnolet nicht mehr in Frage gestellt, da die Parteiführung das Konfliktpotential erkannt hatte.⁷⁴¹

Nach außen nahm die Partei eine grundsätzlich pro-europäische Rolle ein, die sozial erwünscht und zur Fortsetzung des Integrationsprozesses notwendig war. Die innerparteiliche Debatte über die Direktwahl des Europäischen Parlaments zeigt das loyale Bekenntnis der Sozialisten zum Europäischen Integrationsprozess. Sie hätten auch gegen die Kommunisten für die Direktwahl gestimmt. In Anlehnung an Checkels Überlegungen zur europäischen Sozialisation kann man von dem Mechanismus des „role playing“ sprechen. Das Innenleben der Partei war jedoch wesentlich komplizierter als die Fassade, die sie nach außen aufrecht erhielt.⁷⁴²

Das Konfliktpotential der Europapolitik existierte sowohl inner- als auch zwischenparteilich. Innerparteilich repräsentierte vor allem das CERES eine Gefahr für die europapolitische Geschlossenheit. Die Entstehung dieser europa-kritischen Strömung stellt jedoch keinen direkten Effekt der Europäisierung dar, da die Identität des CERES auf einer Mischung aus Marxismus

⁷³⁹ Vgl. Timmermann 1982, S. 109f.

⁷⁴⁰ Moschonas 2005, S. 531

⁷⁴¹ Vgl. Rüter – Maurice Braud 17.03.2006

⁷⁴² Vgl. Rüter – Gérard Fuchs 13.03.2006

und Gaullismus und nicht auf der Europakritik beruhte. Europapolitische Positionen – ob kritisch oder befürwortend – waren gerade für die Strömungen der PS nie strukturierend.⁷⁴³ Angeregt durch den Antikolonialismus und die Dritte-Welt-Debatte innerhalb der PS fanden die Thesen des CERES in der ganzen Partei Gehör und erreichten auch in den Medien sowie in akademischen Kreisen große Aufmerksamkeit.⁷⁴⁴ Mit der kritischen Haltung gegenüber Europa war beim CERES auch eine Kritik am amerikanischen Imperialismus verbunden, als dessen Verbündeter Deutschland galt. Die institutionelle Entwicklung spielte in der Europakonzeption des CERES nur eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen die politischen Inhalte – vor allem die industrielle Entwicklung und die Unabhängigkeit Frankreichs.⁷⁴⁵ Die offizielle Anerkennung der Strömungen und die Präsidentialisierung der Partei trugen maßgeblich zur Abhängigkeit der Europapolitik von innerparteilichen Auseinandersetzungen bei. Eine offene ideologische Debatte hätte das bei den Parteitagen hergestellte funktionale Gleichgewicht ins Wanken bringen können.

Dieser innerparteiliche Erklärungsfaktor für die Europapolitik wurde durch das Bündnis mit den Kommunisten noch verstärkt. Im Rahmen des gemeinsamen Regierungsprogramms konnte nur ein europapolitischer Minimalkonsens gefunden werden. Darüber hinaus führte die Stärke der Kommunisten dazu, dass die PS ihre Programmatik radikalisierte, um Wählerstimmen von den Kommunisten abzuwerben. Schließlich machte sich auch das CERES immer wieder zum Sprachrohr der Kommunisten und nutzte den Druck außerhalb der Partei, um seine Position innerhalb der Partei zu verbessern.⁷⁴⁶ Das Referendum über die Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft 1972 machte das Dilemma der Sozialisten deutlich. Sie wollte weder Ja, noch Nein sagen – das „Ja, aber“ drückte sich dieses Mal in dem Aufruf zur Wahlenthaltung aus.

Die sozialdemokratisch orientierten Politiker Pierre Mauroy und Michel Rocard zählten zu den Kritikern dieser an inner- und zwischenparteilichen Konflikten ausgerichteten Europapolitik. Anstelle der Doppelzüngigkeit (*double langage*) forderten sie die Sozialisten zu einem klaren europapolitischen Bekenntnis auf. Welche Kosten und welcher Nutzen waren für die Sozialisten in den 1970er Jahren mit einer normativen Europäisierung verbunden? Das primäre Ziel der Regierungsfähigkeit und die Präsidentschaftskandidatur Mitterrands wären in Gefahr gewesen. Mitterrands Strategie beruhte gerade auf dem Bündnis mit dem europakritischen CERES sowie mit den Kommunisten. Die Situation der Krise Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre wurde mit einer bewussten Abkehr von einer europäisierten SFIO,

⁷⁴³ Vgl. Rüther – Gérard Fuchs 13.03.2006

⁷⁴⁴ Vgl. Bell, Criddle 1994, S. 124

⁷⁴⁵ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 157ff.

⁷⁴⁶ Vgl. Bell, Criddle 1994, S. 125

deren Politik als zu wenig sozialistisch beurteilt wurde, gelöst. Die inner- und zwischenparteilichen Bündnisse gingen zwar auf Kosten der europapolitischen Debatte, die ausgeklammert wurde, brachten jedoch den Nutzen des Wahlerfolgs mit sich. Der kurze europapolitische Realismusschub in Nantes unter Einfluss von Michel Rocard wurde 1979 gestoppt, da Mitterrand seine Präsidentschaftskandidatur gefährdet sah.

Die Sozialisten waren allerdings beunruhigt, weil es ihnen anlässlich der Europawahlen nicht gelungen war, ihre potentielle Wählerschaft zu mobilisieren. Jean Poperen führte dies darauf zurück, dass das ideologische Klima den europa-kritischen Kommunisten und den in den linken Bewegungen der 1960er Jahre entwickelten Ideen förderlich war. Den Sozialisten sei es nicht gelungen, ihrer Europapolitik ausreichend linke Akzente zu verleihen. Die Sozialisten bemühten sich also um eine Lesart der Europapolitik entlang der politischen Rechts-Links-Achse. Die Ergebnisse der Europawahlen zeigen, dass die Kommunisten ihre Rolle als Protestpartei wahren konnten. Kleinere Parteien, die sich als Anti-Kartellparteien hätten profilieren können, zogen nicht in das Europäische Parlament ein. Europa-kritische Stimmen wurden sowohl im rechten als auch im linken Lager von potentiellen Regierungsparteien – der PCF und der RPR – vertreten.

Bei der Suche nach moralischen Unternehmern, die eine Europäisierung der Partei hätten fördern können, kann beispielhaft auf François Mitterrand und Robert Pontillon verwiesen werden. Mitterrands Drohung mit seinem Rücktritt vom Parteivorsitz sowie Pontillons politisches Wirken zeigen ihre grundsätzlich pro-europäische Haltung. Mitterrand musste jedoch seinen Führungsanspruch in der Partei in den 1970er Jahren erst durchsetzen und vereinte die *mitterrandistes* nicht auf der Basis eines politischen Bekenntnisses, sondern seiner persönlichen Ambitionen. Pontillon hingegen wirkte auf europäischer Ebene an einer in Ansätzen zu erkennenden Europäisierung mit – vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Jedoch wurde sein Handlungsspielraum durch die beschriebenen inner- und zwischenparteilichen Restriktionen eingeschränkt. Seine Charakterisierung als *droitier* deutet darauf hin, dass er nicht in der Position war, die Mehrheit der Partei hinter sich zu vereinen. Weder Mitterrand noch Pontillon konnten also als moralische Unternehmer in der Partei wirken.

4.4 Europäisierung und die Bewahrung sozialistischer Identität von 1981 bis 1984

4.4.1 Parteipolitik: Das Experiment des *socialisme à la française*

Der Zeitraum von 1981 bis 1984 ist durch den *socialisme à la française* und sein Scheitern geprägt. Getragen von der *vague rose*, dem Wahlerfolg der Sozialisten bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, setzten die Sozialisten zentrale politische Ideen aus der Oppositionszeit um: die Verstaatlichungen im Wirtschaftssektor, eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik sowie die Dezentralisierung des Staates. Die Jahre von 1981 bis 1984 können als ein entscheidender Moment in der Geschichte des französischen Sozialismus betrachtet werden. Sie veränderten nicht nur die politischen Ideale der Partei, sondern auch ihre Rolle.⁷⁴⁷ Die Regierungszeit kann für den hier untersuchten Zeitraum in drei Phasen eingeteilt werden: erstens die Umsetzung der Reformen von Mai 1981 bis Juni 1982, zweitens die Reformpause und Sparpolitik von Juni 1982 bis März 1983 und drittens die rigorose Sparpolitik von März 1983 bis Juli 1984.⁷⁴⁸

Die Reformvorhaben der ersten Phase bis Juni 1982 waren durch eine keynesianische Wirtschaftspolitik und die Verstaatlichung der größten Industriekonzerne und Banken des Landes geprägt. Die Kaufkraft sollte durch eine nachfrageorientierte Umverteilungspolitik gesteigert und der Mindestlohn, die Renten und Beihilfen erhöht werden. Während Geringverdiener durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik begünstigt und Arbeitnehmerrechte gestärkt wurden, mussten Besserverdienende und Unternehmer mehr Abgaben leisten. Das Gesetz über die Verstaatlichungen war das Herzstück der Regierungspolitik. Im westeuropäischen Vergleich stellten die Verstaatlichungen einen „beispiellosen Akt strategisch geplanter, sozialistischer Wirtschaftspolitik“⁷⁴⁹ dar. Nach Österreich wurde der verstaatlichte Sektor Frankreichs zum zweitgrößten in Europa. Im Gegensatz zu Österreich, wo die Verstaatlichungen nach dem Zweiten Weltkrieg von einer großen Koalition getragen wurden, setzten die französischen Sozialisten ihre Politik gegen den Widerstand der Opposition und ein zunehmend neoliberales Klima zu Beginn der 1980er Jahre durch.⁷⁵⁰ Diese neoliberale Wende ging von den USA und den sogenannten *reagonomics* aus, die auch die Wirtschaftspolitik in Großbritannien und Deutschland beeinflussten.⁷⁵¹

⁷⁴⁷ Vgl. Bergounioux 2001, S. 691

⁷⁴⁸ Vgl. Stephan 2001, S. 73f.; vgl. Schäfer 1989, S. 120f.

⁷⁴⁹ Merkel 1993, S. 260

⁷⁵⁰ Vgl. Merkel 1993, S. 260; vgl. zu den Kontroversen um das Gesetz zu den Verstaatlichungen Schäfer 1989, S. 124ff.; vgl. zu den Verstaatlichungen auch Margairaz 2001

⁷⁵¹ Vgl. Uterwedde 2005, S. 178; vgl. Stephan 2001, S. 75, vgl. Guérot 1996, S. 322

Neben dem Gesetz zur Verstaatlichung wurde das Gesetz zur Dezentralisierung zum zweiten entscheidenden Reformprojekt, das am 2. März 1982 in Kraft trat. Die exekutiven Funktionen des Präfekten gingen auf den gewählten Präsidenten des *conseil général* über und die Regionen erhielten neben den Gemeinden und Departements den Status einer Gebietskörperschaft. Damit wurde ein wichtiges Anliegen Mitterrands sowie der PS umgesetzt. Von hoher Bedeutung für die Sozialisten waren ferner die Abschaffung des Staatssicherheitsgerichtshofs im August und der Todesstrafe im Oktober 1981.⁷⁵²

Die zweite Phase der Reformpause und Sparpolitik von Juni 1982 bis März 1983 hatte sich bereits Ende 1981 angekündigt. Im Dezember 1981 hatte Wirtschaftsminister Jacques Delors eine Pause der Reformen gefordert, um die Unsicherheit der Unternehmer nicht zu vergrößern, was jedoch von Premierminister Pierre Mauroy zunächst abgelehnt wurde. Ein wachsendes Außenhandelsdefizit (50,6 Milliarden *Francs* 1981 zu 93,3 Milliarden *Francs* 1982)⁷⁵³ sowie die zunehmende Schwäche des *Francs* führten im Juni 1982 schließlich innerhalb von neun Monaten zu einer zweiten Abwertung des *Francs* im Europäischen Währungssystem.⁷⁵⁴

Die französische Regierung konnte den *Francs* nicht unbegrenzt weiter abwerten, da dieser im Europäischen Währungssystem nicht frei schwanken durfte. Eine Weiterführung der sozialistischen Wirtschaftspolitik hätte den Austritt aus dem Europäischen Währungssystem bedeutet.

Die Bekämpfung der Inflation wurde zum obersten Ziel, das durch die Sparpolitik erreicht werden sollte. Dieser *plan de rigueur* wurde sowohl von der Parteibasis, von lokalen Funktionsträgern, den Gewerkschaften als auch dem Koalitionspartner kritisiert. Die kommunistische Partei machte mit fünf Millionen Flugblättern gegen die Sparpolitik mobil. Premierminister Mauroy musste in der Nationalversammlung die Zustimmung zum Gesetz mit der Vertrauensfrage erzwingen. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 1983 forderten Partei und Fraktion, die finanziellen Hilfen für Unternehmer durch neue Rechte der Arbeitnehmer auszugleichen. Neben den Verstaatlichungen und der Dezentralisierung wurden die nach dem Arbeitsminister benannten Auroux-Gesetze zum weiteren Eckpfeiler der Regierungspolitik und bis Dezember 1982 verabschiedet. Sie stärkten die Arbeitnehmerrechte sowie die Verhandlungsmöglichkeiten in Betrieben.⁷⁵⁵

Dem ersten Sparplan sowie der Bekämpfung der Inflation folgte die Erkenntnis, dass Frankreich als Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Währungssys-

⁷⁵² Vgl. Schäfer 1989, S. 33ff., vgl. zur Bilanz der ersten Regierungsphase Schäfer 1989, S. 140f.

⁷⁵³ Vgl. Guérot 1996, S. 322

⁷⁵⁴ Bei den Verhandlungen der Finanzminister im Rahmen des EWS in Brüssel wurde gleichzeitig die Aufwertung der D-Mark , beschlossen. Der Franc verlor gegenüber der D-Mark 9,6 Prozent an Wert. Mauroy betonte im Hinblick auf Spekulationen in der Öffentlichkeit, dass die französische Regierung und der Staatspräsident vom Verlauf der Verhandlungen in Brüssel keineswegs überrascht worden seien und nun überstürzt gehandelt hätten. Vgl. Schäfer 1989, S. 141

⁷⁵⁵ Vgl. Schäfer 1989, S. 141ff.; vgl. Stephan 2001, S. 76

tems seine Wirtschaftspolitik nicht losgelöst von seinen europäischen Nachbarn gestalten konnte.⁷⁵⁶ Als sich im Februar 1983 die dritte Abwertung des *Francs* abzeichnete, wurden vermehrt Stimmen nach dem Rückzug Frankreichs aus dem Europäischen Währungssystem laut. Mauroy hatte eine weitere Abwertung von sich gewiesen, jedoch beschloss der Ministerrat in Brüssel, der vom 19. bis zum 21. März 1983 tagte, die neuerliche Abwertung.⁷⁵⁷ Der französische Staatspräsident und die französische Regierung standen vor der Entscheidung, ihre Politik nachhaltig zu verändern oder das Europäische Währungssystem zu verlassen, was eine politische Isolierung Frankreichs bedeutet hätte. Mitterrand entschied sich im März 1983 für eine grundlegende Kehrtwende. Diese Kehrtwende gilt als historisch, da sie einen nachhaltigen Paradigmenwechsel gegenüber der seit 1958 praktizierten etatistischen Wirtschaftspolitik bedeutete. In der Folge trugen alle Regierungen der Linken und Rechten diese Wende mit.⁷⁵⁸

Die Kehrtwende eröffnete die dritte Phase der Regierungszeit mit der rigorosen Sparpolitik (*austérité*) von März 1983 bis Juli 1984. Am 22. März erklärte Mauroy den Rücktritt seiner Regierung, die er jedoch kurz darauf neu bildete. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde zu einem besonderen Anliegen Mitterrands. So wurden die entsprechenden Ministerien von Jacques Delors und Pierre Bérégovoy mit der Kabinettsumbildung zu Superministerien aufgewertet. Pierre Mauroy verlor hingegen an Einfluss und Vertrauen.⁷⁵⁹ Er rechtfertigte die *politique d'austérité* mit der anhaltenden Krise und der Wirtschaftspolitik der Nachbarländer, die die Politik der Regierung in ihre dritte Phase geführt habe. Chevènement und das CERES warfen ihm vor, dass er die Sparpolitik nicht mehr als ein befristetes Zwischenspiel betrachte, sondern zur Grundlage der Politik mache. Innerhalb der Partei geriet das CERES jedoch zunehmend in die Isolation, da die Partei die Regierung und Mitterrand unterstützen wollte.

Das Abrücken vom Bild eines *Etat producteur* stellte jedoch innerhalb der PS einen zentralen Bestandteil ihres Programms und ihrer Identität in Frage. Die Identitätskrise wurde 1983 und 1984 durch die Schulpolitik noch verschärft: Das Gesetz zum Status der Privatschulen sollte ein großes Vorhaben der Sozialisten verwirklichen und eine laizistische und öffentliche Schulbildung garantieren. Im Oktober 1983 begannen die Auseinandersetzungen um das Pro-

⁷⁵⁶ Auf dem 12. Kongress der Europäischen Sozialistischen Parteien im November 1982 in Paris wurde der französischen Regierung eine protektionistische Wirtschaftspolitik vorgeworfen, vgl. Schäfer 1989, S. 143; 151f.

⁷⁵⁷ Durch die gleichzeitige Aufwertung der D-Mark verlor der Franc gegenüber der Mark acht Prozent an Wert, vgl. Schäfer 1989, S. 164

⁷⁵⁸ Vgl. Uterwedde 2005, S. 178f, siehe auch die tabellarische Übersicht zu den bisherigen und den neuen Grundorientierungen der französischen Wirtschaftspolitik ab 1983. Merkel nennt vier Erklärungsfaktoren für das Ende der keynesianischen Wirtschaftspolitik: So hätten wirtschaftliche Akteure erstens Lernprozesse durchlaufen, die den Verhaltensannahmen der keynesianistischen Theorie widersprachen. Beispielsweise kalkulierten Akteure konjunkturbelebende Maßnahmen des Staates direkt ein und reduzierten ihre eigenen Bemühungen. Zweitens zeigten keynesianische Maßnahmen bei einer Kombination von steigender Arbeitslosigkeit, hohen Inflationsraten und stagnierendem Wachstum nicht die beabsichtigte Wirkung. Drittens warf die rapide Internationalisierung der Kapital- und Gütermärkte Probleme für eine nationale keynesianische Strategie in einem Land auf. Viertens schränkte die Hochzinspolitik der führenden Wirtschaftsmächte schließlich die nationale Zinssouveränität ein. Vgl. Merkel 1993, S. 21ff.

⁷⁵⁹ Vgl. Stephan 2001, S. 78; vgl. Schäfer 1989, S. 164ff.

jekt und es folgte „die wohl härteste und folgenschwerste Auseinandersetzung der gesamten fünfjährigen Regierungszeit der Sozialisten“.⁷⁶⁰ Diese hatten mit dem Rückzug des Gesetzes eine doppelte Identitätskrise zu bewältigen: Der in den 1970er Jahren neu formulierte Glaube an die Verstaatlichungen als Motor für Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit sowie der Wille, einen geeinten öffentlichen Schuldienst zu schaffen, wurden unwiderruflich in Frage gestellt.⁷⁶¹

Nach dem Scheitern des Privatschulgesetzes und der Niederlage bei den Europawahlen im Juni 1984 trat die Regierung Mauroy am 17. Juli 1984 zurück. Mit dem Rückzug Mauroys schieden auch die Kommunisten aus der Regierung aus. Laurent Fabius, der neue Premierminister und enge Vertraute Mitterrands, verhandelte zwar mit der PCF über eine Regierungsbeileiligung, jedoch lehnten die Kommunisten ab. In der Folge entzogen sie der Regierung von Fabius die parlamentarische Unterstützung, sodass diese sowohl von rechts als auch von links angegriffen wurde.⁷⁶² Das Ende des sozialistischen Experiments in Frankreich und der darauf folgende wirtschaftstheoretische Paradigmenwechsel trug entscheidend zu der Debatte um das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ bei.⁷⁶³

4.4.2 Europapolitik: Pragmatischer Politikansatz bis zur Kehrtwende 1983/84

Die französische Europapolitik spielte bis zur französischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft in der ersten Jahreshälfte 1984 gegenüber den sozialistischen Reformen nur eine untergeordnete Rolle. Die französische Bevölkerung erwartete von der sozialistischen Regierung innenpolitische Erfolge in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Europäische Integration war kein zentrales Anliegen. Wenn internationale Themen in den ersten Jahren der Amtszeit Mitterrands eine Rolle spielten, dann vor allem in Bezug auf die Dritte Welt, wie bei Mitterrands Rede in Cancun im Oktober 1981, oder auf den Nahen Osten, wie bei seiner Rede in der Knesset im März 1982. Die Europäische Integration hingegen war in den beginnenden 1980er Jahren durch die sogenannte Eurosklerose und durch einen allgemeinen Europa-Pessimismus blockiert. Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die britischen Beitragszahlungen harrten weiter einer Klärung. Der erste Diskurs Mitterrands, der neben seiner Unterstützung zur Stationierung der Euromissiles im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses seine europapolitische Vision verdeutlichte, war die Rede vor dem deutschen Bundestag im Januar 1983.⁷⁶⁴

⁷⁶⁰ Schäfer 1989, S. 179

⁷⁶¹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 331f.

⁷⁶² Vgl. Schäfer 1989, S. 196f.

⁷⁶³ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 17

⁷⁶⁴ Vgl. Saunier 2003, S. 444, vgl. Du Réau 2001, S. 290

Zwar legte die Regierung bereits im Oktober 1981 ein europapolitisches Memorandum vor und zeigte durchaus „beste Absichten“,⁷⁶⁵ jedoch fand diese Initiative wenig Beachtung und lief dem Zeitgeist zuwider. Erstmals stellte Mitterrand sein Projekt eines europäischen Sozialraums vor, für das er später beanspruchte, es aus der Taufe gehoben zu haben.⁷⁶⁶ Auch unterbreitete er Vorschläge für neue zu vergemeinschaftende Politikfelder im Energie-, Technologie- und Industriebereich. Zur Industriepolitik legte die französische Regierung im September 1983 ein zweites Memorandum vor. Darüber hinaus schlug sie eine stärkere Hinwendung der Europäischen Gemeinschaft zur Dritten Welt vor. Den Großteil ihres politischen Gestaltungswillens konzentrierten Partei und Regierung jedoch auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik.⁷⁶⁷

Premierminister Pierre Mauroy wollte mit der Europapolitik der Vorgängerregierungen brechen und wählte eine pragmatische Strategie. Es sollten konkrete, kleine Schritte unternommen und die wirtschaftlich-soziale Dimension der Gemeinschaft gestärkt werden. Gegenüber einer Aufwertung der gemeinschaftlichen Institutionen blieben die Sozialisten skeptisch. Mitterrand erklärte, dass Frankreich sich nicht zu sehr auf das Abenteuer der Europäischen Union, wie sie die Genscher-Colombo-Initiative vorsah, einlassen sollte.⁷⁶⁸ Diese Initiative, die in der Phase der französischen Abwesenheit auf der europapolitischen Bühne vom deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit seinem italienischen Kollegen Emilio Colombo im Oktober 1981 vorgebracht wurde, sah die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat vor und wurde zur Verhandlungsgrundlage für die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, die der Europäische Rat in Stuttgart im Juni 1983 verabschiedete.

Die europapolitischen Vorschläge der Sozialisten standen in einem „krassen Widerspruch zur europäischen Orthodoxie jener Zeit, die ganz auf (neoliberaler) Marktschaffung ausgerichtet war.“⁷⁶⁹ Selbst der Europastaatsminister Chandernagor erklärte im Februar 1982, dass die Franzosen angesehen würden wie Luftküsse (*hurluberlus*) und ein Europäischer Sozialraum wie Sand in den Augen (*poudre aux yeux*) wahrgenommen werde.⁷⁷⁰ Erst mit der Politikwende im März 1983 kam es zu einer weitreichenden Wiederbelebung der europäischen Idee, die nicht mehr nur die wirtschaftlich-soziale, sondern auch die politische Dimension umfasste.⁷⁷¹ Das Scheitern der sozialistischen Wirtschaftspolitik im März 1983 hatte somit auch Rückwir-

⁷⁶⁵ Lemaire-Prosche 1990, S. 78

⁷⁶⁶ „François Mitterrand liked to claim paternity of the idea of ‚social Europe‘, which he launched in 1981.“ Milner 2005, S. 105

⁷⁶⁷ Vgl. Guérot 1996, S. 303ff.; Die von den französischen Sozialisten als neoliberal kritisierte Europäische Gemeinschaft ist gerade im Agrarbereich protektionistisch und ist zu einem Entwicklungshemmnis in Afrika geworden: „Es nicht besonders nachvollziehbar und unter normativen Gesichtspunkten absolut unverständlich, dass die Europäische Union durch ihren Agrarprotektionismus in Afrika höheren Schaden anrichtet als sie durch ihre Entwicklungshilfe auch nur entfernt ausgleichen könnte.“ Reese-Schäfer 2007, S. 200

⁷⁶⁸ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 79

⁷⁶⁹ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 60

⁷⁷⁰ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 79

⁷⁷¹ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 82

kungen auf die Europapolitik. Die Prioritätensetzung der französischen Sozialisten wurde anhand der Frage des Verbleibs im Europäischen Währungssystem auf die Probe gestellt und zugunsten Europas entschieden.

Die Kehrtwende vom März 1983 führte auch zu neuen Akzenten in der Europapolitik Mitterrands. Zunächst blieb Mitterrand jedoch zurückhaltend. Die Erklärung zur Europäischen Union im Juni 1983 trug er zwar mit, aber die vorgeschlagene Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat beurteilte er weiterhin skeptisch.⁷⁷² Das folgende Gipfeltreffen von Athen im Dezember 1983 blieb ergebnislos. Innerhalb der sozialistischen Partei setzte sich die Einsicht durch, dass sie nun selbst aktiv werden müsse, um Europa für die Verwirklichung der eigenen Ziele zu nutzen.⁷⁷³

Im ersten Halbjahr 1984 übernahm Frankreich die Ratspräsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft. Für Mitterrand war dies der Anlass, seine europapolitischen Ambitionen zu verdeutlichen und dem deutsch-französischen Motor neue Impulse zu geben. Damit waren verschiedene Ziele verbunden. Mitterrand wollte außenpolitisch die Erfolge erzielen, die den Sozialisten innenpolitisch verwehrt blieben. Er befand sich 1984 auf einem Tiefstand seiner Popularität und hoffte, über die Europapolitik sein präsidiales Image aufwerten zu können. Die europapolitischen Initiativen sollten gleichzeitig die Modernisierung der französischen Wirtschaft vorantreiben und auf diese Art und Weise auch Wähler der politischen Mitte ansprechen. Schließlich konnten mithilfe einer aktiven Europapolitik auch die *incertitudes allemandes* aufgefangen werden. Die pazifistische Bewegung, die in Deutschland im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses entstanden war, hatte in Frankreich die Sorge vor einem Abdriften der Bundesrepublik in neutralistische Tendenzen aufkommen lassen.⁷⁷⁴

Bereits im Januar 1983 gab es anlässlich der Feiern zum 20. Jahrestag des Elysée-Vertrags sowie anlässlich Mitterrands viel beachteter Rede vor dem deutschen Bundestag Anzeichen, dass Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl zu den privilegierten deutsch-französischen Beziehungen zurückkehren würden. Diese deutsch-französische *Clearing-Funktion*, der Ausgleich zwischen deutschen und französischen Interessen, die die supranationalen und intergouvernementalen Eckpunkte im Integrationsprozess verkörperten, beeinflusste maßgeblich Mitterrands folgende Europapolitik.⁷⁷⁵ Seine Rede vor dem Europäischen Parlament im Mai 1984 machte seine neuen europapolitischen Ambitionen deutlich. Obwohl die französischen Sozialisten im Europäischen Parlament zuvor die Stuttgarter Erklärung und den Spinelli-Entwurf, mit dem auch das Europäische Parlament die Gründung einer Europäi-

⁷⁷² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 65ff.

⁷⁷³ Vgl. Guérot 1996, S. 357

⁷⁷⁴ Vgl. von Krosigk 1989, S. 37

⁷⁷⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 67f.

schen Union vorschlug, abgelehnt hatten, bekannte sich Mitterrand zu beiden Dokumenten und rückte damit von seiner eigenen Position des Stuttgarter Gipfels ab. Bemerkenswert war besonders Mitterrands Befürwortung von Mehrheitsentscheidungen im Rat. Er signalisierte, dass er im Gegensatz zur PS in den 1970er Jahren und seinem Wahlprogramm bereit war, über die bestehenden Verträge hinauszugehen.⁷⁷⁶

Der Gipfel von Fontainebleau im Juni 1984 unter französischer Ratspräsidentschaft führte für Mitterrand zu einem Erfolg, da dieser die schwelende Frage des britischen Beitragsrabatts klären und den Beitritt von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft für das Jahr 1986 festlegen konnte. Dieser Erfolg, so erkannte auch Mitterrand, basierte auch auf der soliden deutsch-französischen Vorarbeit und Abstimmung.⁷⁷⁷ Mitterrand akzeptierte also mit seiner Politikwende im März 1983 und deren Umsetzung in praktische Politik im ersten Halbjahr 1984 ein europäisches Engagement, das nicht ohne Rückwirkungen auf etablierte außenpolitische Positionen von nationaler Unabhängigkeit und mondialer Mission Frankreichs bleiben konnte.⁷⁷⁸

Zwar hielt auch Mitterrand an einer tendenziell intergouvernementalistischen Sichtweise der Europäischen Gemeinschaft fest, die vor allem Frankreichs Unabhängigkeit bewahren sollte. Jedoch war er in weit größerem Maße als seine Vorgänger bereit – im Interesse einer Vertiefung der Europäischen Integration und der Umsetzung der französischen Politikziele vor allem im Bereich der Sozialpolitik und bei der Währungsunion – die institutionellen Strukturen der Europäischen Gemeinschaft zu verändern.⁷⁷⁹ Von großer Bedeutung war hierfür ein Milieu aus überzeugten Europäern, das sogenannte *milieu décisionnel communautaire français*.⁷⁸⁰ Dieses Milieu setzte sich aus seinen persönlichen Beratern zusammen, wie beispielsweise Henri Nallet, Elisabeth Guigou oder Pierre Morel sowie den hohen Beamten in den Ministerien und den Ministern.⁷⁸¹ Mitterrand wurde relativ schnell bewusst, dass seine europapolitischen Initiativen des Jahres 1981 wie beispielsweise der Vorschlag eines europäischen Sozialraums nur ein geringes Echo auslösten. Der Britenrabatt und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik erschienen den europäischen Partnern wesentlich drängender.

„Il y a ainsi, pendant toutes ces années 1981-1984, une sorte de grand jeu d'échange d'intérêts réciproques ce qui n'a rien bien entendu rien d'inhabituel dans les négocia-

⁷⁷⁶ Vgl. Wielgoß 2002, S. 70

⁷⁷⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 69

⁷⁷⁸ Vgl. von Krosigk 1989, S. 38

⁷⁷⁹ Vgl. Cole 1996, S. 75

⁷⁸⁰ Saunier 2003, S. 434, vgl. dazu auch Védrine 1996

⁷⁸¹ Vgl. vor allem zur herausragenden Rolle Pierre Morels, auf den der Begriff des Espace social européen zurück geht: Saunier 2003, S. 435f.; Jacques Delors kritisiert den zu großen Einfluss der Berater zu Lasten der Minister: „Il faut redonner aux ministres leur responsabilité devant le Parlement et rééquilibrer le système politique en faveur du Parlement.“ vgl. Jacques Delors: o. A. 2001b, S. 520

tions bruxelloises, mais qui traduit bien cette mise à jour communautaire du projet socialiste.⁷⁸²

4.4.3 Programmatik: Schweigen der Partei in der Europapolitik

Die Partei stand am Anfang der 1980er Jahre unter dem Eindruck der gewonnenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die sie in eine bis dato unbekannte Lage brachten. In den parteiinternen Debatten war die Suche nach einer geeigneten Rolle der Partei gegenüber Regierung und Staatspräsident von herausragender Bedeutung. Beim Parteitag von Valence im Oktober 1981 interpretierte die Partei ihre Rolle noch als Motor und Impulsgeber, im Oktober 1983 in Bourg-en-Bresse hingegen als Transmissionsriemen der Regierungspolitik. Europapolitisch oszillierte sie zwischen dem Willen zur Wahrung der Autonomie und der Notwendigkeit, der Regierungspolitik zu folgen.⁷⁸³

Nach wie vor gab es eine starke Dritte-Welt-Strömung innerhalb der Partei. Außenpolitisch wollte die Partei mit den unmoralischen Praktiken der Vorgängerregierungen brechen und beispielsweise Waffenverkäufe verhindern, die Beziehungen mit Regimen wie Chile oder Südafrika beenden und Solidarität mit Ländern wie Algerien oder anderen Ländern des Südens erklären. Gerne hätten die Sozialisten die in Paris residierenden Oppositionsführer in deren Heimatländern an die Macht gebracht.⁷⁸⁴ In dieser Vorstellung, so der außenpolitische Berater Mitterrands Hubert Védrine, seien der tatsächliche Zustand der Welt im Jahr 1981, historische Fakten, die Realisierbarkeit und die Positionen der französischen Partner ignoriert und die Realpolitik verurteilt worden. Die Haltung der PS zur Europäischen Integration, zu den Beziehungen mit den USA, mit der Sowjetunion oder Deutschland sei weniger klar gewesen, abgesehen von den Texten, die Mitterrand in weiser Voraussicht habe beschließen lassen, zum Beispiel im Hinblick auf die Verteidigung.⁷⁸⁵

Der erste Parteitag der *Parti socialiste* nach dem Wahlsieg fand vom 24. bis 26. Oktober 1981 in Valence statt. Die Ausgangslage war für die Partei neu: Die vorangegangenen Regierungserfahrungen der Linken waren entweder durch Koalitionen mit Vertretern der politischen Mitte bzw. Rechten geprägt oder waren nur von kurzer Dauer wie beispielsweise die Volksfrontregierung. Die Wahlen von 1981 gaben der Partei den größten Handlungsspielraum und Einfluss ihrer Geschichte.⁷⁸⁶ Der Euphorie nach dem Wahlsieg folgten jedoch bald Probleme und Widersprüche zwischen den Grundsätzen der PS aus Oppositionszeiten und dem Pragmatismus der Regierung. Die Unterstützung der Regierungspolitik verlangte allerdings eine inner-

⁷⁸² Saunier 2003, S. 443f.

⁷⁸³ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 91

⁷⁸⁴ Vgl. Védrine 1996, S. 57, vgl. auch René Girault o. A. 2001a, S. 320

⁷⁸⁵ „Les orientations du PS sur la construction européenne, les relations avec les États-Unis, avec l'URSS, l'Allemagne, sont moins claires, en dehors des textes que François Mitterrand a pris la précaution de faire adopter (par exemple sur la défense).“ Védrine 1996, S. 57

⁷⁸⁶ Vgl. Berstein 2001, S. 77; vgl. Bergounioux 2001, S. 691

parteiliche Geschlossenheit. So stellte sich trotz bestehender Gegensätze eine Einheitsdynamik ein. Sie wurde darin deutlich, dass den Delegierten des Parteitags erstmals ein Einheitsantrag vorgelegt wurde. Die einzelnen Strömungen verzichteten also darauf, anhand der verschiedenen Anträge gegeneinander zu konkurrieren und ihr Kräfteverhältnis zu messen.⁷⁸⁷

Der gemeinsame Antrag wurde von den *miterrandistes* und dem CERES vorgelegt. Erstmals war in einem Antrag die Rede von der Suche nach Kompromissen.⁷⁸⁸ Rocard verzichtete trotz Kritik am Vorgehen der Parteiführung auf einen eigenen Antrag. Die Europäische Gemeinschaft spielte in dem Einheitsantrag kaum eine Rolle. Es wurde vor allem die Notwendigkeit der Unabhängigkeit Europas betont. Gefordert wurden ferner die Schaffung eines europäischen Sozialraums und der Ausbau gemeinsamer Politiken. Der Dritte-Welt-Ansatz dominierte weiterhin die internationalen Beziehungen der Partei, sodass eurozentristische Perspektiven zurückgewiesen wurden.⁷⁸⁹

Im Mittelpunkt des Parteitags stand neben den wirtschaftlichen Reformen vor allem die Rolle der Partei. Diese glaubte sie, als Motor und Impulsgeber der Regierung (*force de proposition et d'impulsion*)⁷⁹⁰ gefunden zu haben. Über das Verhältnis der Partei zum Staatspräsidenten wurde allerdings nichts gesagt. Bergounioux führt dies darauf zurück, dass das Verhältnis zu Mitterrand eher persönlicher als institutioneller Natur gewesen sei.⁷⁹¹ Wegen der dominierenden Rolle des französischen Staatspräsidenten erschien Kritik an der Außenpolitik nicht opportun, sodass sich die Partei „in Schweigen und Indifferenz in Sachen Europa“⁷⁹² flüchtete. Auch wollte sie einen Streit mit den Kommunisten in sensiblen europapolitischen Fragen verhindern. Ein gemeinsames Kommuniqué zur Außenpolitik von PS und PCF befasste sich 1982 beispielsweise mit der Lage in Polen, Lateinamerika, Südafrika und El Salvador, aber nicht mit der Europäischen Gemeinschaft.⁷⁹³ Die Partei machte sich zum „chambre d'écho des orientations gouvernementales“,⁷⁹⁴ das heißt sie gab keine Impulse, sondern folgte der Regierungspolitik.

Die Partei wurde sich ihrer Rolle als „passiver Beobachter“⁷⁹⁵ im Frühjahr 1982 bewusst. Im Mai 1982 forderte sie bei einer Konferenz, besser informiert und stärker in die Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Von der Abwertung des *Francs* und der Einführung des Sparplans wurde sie jedoch überrascht. Innerparteilich regte sich durchaus Widerstand. Das *Comité directeur* beschloss jedoch im September 1982, dass die Partei nun ihre Rolle als

⁷⁸⁷ Vgl. Schäfer 1989, S. 128ff.; vgl. Stephan 2001, S. 90f.

⁷⁸⁸ Vgl. Bergounioux 2001, S. 696

⁷⁸⁹ Vgl. Guérot 1996, S. 317f.

⁷⁹⁰ Guérot 1996, S. 315

⁷⁹¹ Vgl. Bergounioux 2001, S. 694

⁷⁹² Guérot 1996, S. 315; vgl. hierzu auch Krell 2009, S. 320ff.

⁷⁹³ Vgl. Guérot 1996, S. 315

⁷⁹⁴ Lemaire-Prosche 1990, S. 93

⁷⁹⁵ Lemaire-Prosche 1990, S. 96

Erklärer der Regierungspolitik wahrnehmen müsse.⁷⁹⁶ Die Abwertung des *Francs* wurde als notwendige Maßnahme zur Umsetzung der eigenen Wirtschaftspolitik dargestellt. Auch wenn die Partei selbst mehrheitlich für eine Weiterführung der sozialistischen Wirtschaftspolitik eintrat, was zum Austritt aus dem Europäischen Währungssystem geführt hätte, machte sie sich ab Juni 1982 zum Sprachrohr der Regierung und verteidigte die Sparpolitik, ohne jedoch von der Regierung über den Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik konsultiert worden zu sein oder diesen zu befürworten.⁷⁹⁷

In der zweiten Jahreshälfte 1982 befasste sich fast jede Ausgabe der parteiinternen Zeitschrift *Le Poing et la Rose*, die von der *mitterrandistischen* Mehrheitsströmung dominiert war, mit der Sparpolitik. Die Partei kritisierte die Währungspolitik der USA und betonte die Rolle des Europäischen Währungssystems zur Stärkung Europas und der europäischen Wirtschaft. Wirtschaftspolitisch fand also eine Hinwendung zu Europa statt. Allerdings stand die Parteiführung vor der Schwierigkeit, diesen Politikwechsel den Parteimitgliedern erklären zu müssen. Jospin gestand im *Comité directeur* vom November 1982 ein, dass entgegen der in Valence formulierten Motor und Impulsfunktion der Partei das *Bureau exécutif* dem Staatspräsidenten nicht seine Politik vorschreiben könne. Es entspreche nicht der Realität, das *Bureau exécutif* zu einer ungeschriebenen Institution der V. Republik machen zu können.⁷⁹⁸

Die folgsame Haltung der Partei wurde von der Regierung kritisiert. So erklärte Außenminister Claude Cheysson in einem Interview im Frühjahr 1983, dass die europapolitischen Reflexionen der Partei nicht weit genug reichten.⁷⁹⁹ Die Europaangelegenheiten spielten bei den Sitzungen des Parteivorstands keine Rolle. Von 188 Sitzungen des Parteivorstands befassten sich zwischen Mai 1981 und Juli 1984 nur sechs mit Europaangelegenheiten, von 1984 bis 1986, nach dem Gipfel von Fontainebleau und der Neubelebung der Europapolitik, sogar nur noch eine.⁸⁰⁰ Der zentrale Impuls für die Europapolitik ging also nicht von der Partei, sondern vom Staatspräsidenten aus.⁸⁰¹

Dieser traf im März 1983 die Entscheidung zum Verbleib im Europäischen Währungssystem. Jean-Pierre Chevènement, Laurent Fabius und Pierre Bérégovoy sowie der Kommunist Charles Fitermann plädierten für einen zumindest vorübergehenden Austritt aus dem Europäischen Währungssystem, um an der eigenen Wirtschaftspolitik festhalten zu können. Pierre Mauroy, Michel Rocard und Jacques Delors hingegen sprachen sich für einen Verbleib im Europäi-

⁷⁹⁶ Vgl. Schäfer 1989, S. 149f.; vgl. Bergounioux 2001, S. 698

⁷⁹⁷ Vgl. Guérot 1996, S. 327

⁷⁹⁸ Vgl. Guérot 1996, S. 330

⁷⁹⁹ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 95

⁸⁰⁰ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 91f.; Die Sitzungen des Comité directeur bzw. Bureau exécutif fanden statt am: 1.7.81; 16.12.1981; 20.1.1982; 25.5.1982; 14.3.1983; 7.12.1983 und 1.1.1986

⁸⁰¹ Jacques Delors weist jedoch auf das Handeln Mitterrands im Rahmen eines „lebenden Organismus“ hin; es habe Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung und der Partei gegeben. Entgegen der Annahme vieler politischer Beobachter habe es sich nicht nur um persönliche Rivalitäten gehandelt, vgl. o. A. 2001b, S. 506

schen Währungssystem aus und damit für eine Abkehr von der nachfrageorientierten Politik der Sozialisten.⁸⁰² Mitterrand ließ zunächst verschiedene Optionen offen. So hatte er im Februar 1983 noch erklärt:

„Je suis partagé entre deux ambitions, celle de la construction de l’Europe et celle de la justice sociale. Le SME est nécessaire pour réussir la première et limite ma liberté pour la seconde.“⁸⁰³

Die sukzessiven Abwertungen des *Francs* verdeutlichten das Scheitern der sozialistischen Wirtschaftspolitik der ersten Jahre Mitterrands. Jede dieser Abwertungen hat innerhalb des Europäischen Währungssystems zu langen, teilweise für Frankreich erniedrigenden Verhandlungen geführt.⁸⁰⁴ Für die französischen Sozialisten war der internationale Kontext verantwortlich für die gescheiterte Wirtschaftspolitik. In einer Kontinuitätslinie dieses Denkens kritisierte Pierre Mauroy nach der Entscheidung für den Verbleib im Europäischen Währungssystem am 1. April 1983 die konservative Politik der europäischen Partner, die Frankreich gezwungen habe, zur Sparpolitik überzugehen.⁸⁰⁵ Der Parteivorstand schlug in Absprache mit Mitterrand vor, das Ausmaß des Wandels rhetorisch zu minimieren. Hierfür wurde der Ausdruck der *parenthèse* gewählt. Die Ziele des Sozialismus wurden als unverändert erklärt.⁸⁰⁶ Auch wenn die Parteiführung um innerparteiliche Geschlossenheit bemüht war, wurde vor allem im Umfeld des CERES Kritik an dem Politikwandel formuliert und Anfang 1983 unter dem Pseudonym Jacques Mandrin in Buchform veröffentlicht.⁸⁰⁷ Jean-Pierre Chevènement bat ab Februar 1983, von seinen Pflichten als Minister entbunden zu werden. Dieser Rücktritt wurde allerdings erst mit der Kabinettsumbildung unter Mauroy umgesetzt.

Die Identitätskrise der Partei ging in erster Linie auf den wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel und das Scheitern des *socialisme à la française* zurück und nicht auf die Europapolitik. Trotzdem wurde die Entscheidung zum Verbleib im Europäischen Währungssystem ein Wendepunkt für eine Neubewertung Europas, die von Mitterrand und der Regierung ausging. Unter dem Eindruck der Entscheidung vom März 1983 zum Verbleib im Europäischen Währungssystem fand im Oktober 1983 der Parteitag in Bourg-en-Bresse statt. Lionel Jospin verfolgte das Ziel eines gemeinsamen Bekenntnisses zur Regierungspolitik, das jedoch von Anhängern Rocardis sowie vom CERES kritisiert wurde. Von den *rocardiens* hatte sich im Rahmen des Kongresses um Alain Richard und Marie-Noëlle Lienemann die Bewegung *AGIR A gauche pour l’initiative, la responsabilité et la solidarité* abgespalten. Sie kritisierte das

⁸⁰² Vgl. zur Haltung Mitterrands Bergounioux, Grunberg 2005, S. 329, vgl. auch Bergounioux 2001, S. 699

⁸⁰³ Du Réau 2001, S. 292

⁸⁰⁴ Vgl. Asselain 2001, S. 412

⁸⁰⁵ Auch in den Kommentaren der französischen Presse wird auf den Druck des Auslands verwiesen. Alain Vernholes schreibt in *Le Monde*, dass die Sparbeschlüsse in erster Linie den Stempel der deutschen Regierung trügen. Vgl. Schäfer 1989, S. 167

⁸⁰⁶ Vgl. Bergounioux 2001, S. 700

⁸⁰⁷ Vgl. die ausführliche Analyse zu Jacques Mandrin „Le socialisme et la France“ bei Schäfer 1989, S. 157ff.

Schweigen der *rocardiens* nach der Übernahme der Regierungsverantwortung und forderten ein klares Bekenntnis zu den wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Zu ihren zentralen Ideen gehörten die *autogestion* und Europa.⁸⁰⁸

Beim Parteitag wurde über drei Anträge abgestimmt. Ein einheitlicher Antrag wie noch in Valence war also nicht möglich. Der Mehrheits-Antrag um Parteichef Jospin und die *mitterrandistische* Strömung, der sich die Strömungen B (Mauroy) und C (Rocard) bereits im Vorfeld angeschlossen hatten, einen Antrag des CERES und einen dritten im Namen von AGIR von Marie-Noëlle Lienemann und Alain Richard. Der Mehrheitsantrag um Jospin, Mauroy und Rocard sollte die neue Geschlossenheit der Partei demonstrieren. Auch der Antrag von Lienemann und Richard wich inhaltlich kaum von diesem ab. Sie betonten jedoch die im Mehrheitsantrag geforderte Unterstützung der Regierungspolitik noch stärker.⁸⁰⁹ Der Antrag des CERES hingegen distanzierte sich von dem wirtschaftspolitischen Kurs. Die PS solle sich nicht damit zufrieden geben, die Krise zu verwalten. Die Regierung dürfe sich nicht durch die Wirtschaftspolitik anderer Staaten irritieren lassen, die wirtschaftspolitische Unabhängigkeit Frankreichs müsse durch protektionistische Maßnahmen und gegebenenfalls einen Austritt aus dem Europäischen Währungssystem geschützt werden.⁸¹⁰ Das CERES verfolgte weiterhin den pragmatischen Ansatz der Europapolitik. Es forderte die Vergemeinschaftung weiterer Politiken, um die Europäische Gemeinschaft gegen amerikanische und japanische Konkurrenz zu schützen. In Ansätzen wurde jedoch auch die Notwendigkeit einer politischen Integration erkannt, sodass eine Synthese mit dem Mehrheitsantrag möglich war.

Die Strömung AGIR bekannte sich im Gegensatz zu den *rocardiens* – und zum CERES – zu einer Stärkung der europäischen Institutionen und schreckte damit nicht vor einem politisch-institutionellen Ansatz zurück. Die Strömung trug von 1983 bis 1986 in der Analyse von Geneviève Lemaire-Prosche zum Bild einer weitreichenden Europäisierung der Partei bei. Sie habe an erster Stelle am „europäischen Wettstreit“ (*surenchère européenne*) der PS teilgenommen.⁸¹¹ Mit 4,7 Prozent der Delegiertenstimmen beim Parteitag von Bourg-en-Bresse erreichte AGIR zwar nicht das nötige Quorum von fünf Prozent, um in den Parteigremien repräsentiert zu werden, jedoch überließen die *rocardiens* ihnen Plätze in den Parteigremien. Der Mehrheitsantrag auf dem Parteitag wurde zum Ausdruck eines neuen europapolitischen Bewusstseins und einer ganzheitlichen Sicht des Integrationsprozesses, der nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern auch unter politischen und erstmalig auch sicherheitspolitischen

⁸⁰⁸ Vgl. zum Ansatz der neo-rocardiens: Lemaire-Prosche 1990, S. 153ff., vgl. auch Bergounioux 2001, S. 701f.; Auf dem Parteitag in Bourg-en-Bresse trat Rocard in der Tat kaum in Erscheinung, sodass man sogar mutmaßte, ob dieser überhaupt anwesend gewesen sei. Vgl. Schäfer 1989, S. 178

⁸⁰⁹ Vgl. Guérot 1996, S. 347; Jospin sprach von einer „Super-Unterstützung der Regierung“, vgl. Schäfer 1989, S. 170

⁸¹⁰ Vgl. Schäfer 1989, S. 171

⁸¹¹ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 155

Aspekten analysiert wurde.⁸¹² In Bourg-en-Bresse kam die Partei somit zur Überzeugung, dass Europa nicht nur Freihandelszone sein, sondern auch Instrumente und Lösungen für sozialistische Forderungen bieten konnte.⁸¹³ Anstelle des Minimalkonsenses über einen pragmatischen Europaansatz trat die Vorstellung von Europa als kulturellem Muss, als Ausdruck von Modernität und Fortschritt (Lionel Jospin) und als Hoffnungsträger (Laurent Fabius). Es sei Aufgabe der Partei, dieses Europa auch der Bevölkerung näher zu bringen.⁸¹⁴ Auf dem Parteitag von Bourg-en-Bresse wurden die Grundlagen gelegt, dass Europa sich in den folgenden Jahren zum Leitmotiv der Sozialisten entwickeln konnte.⁸¹⁵ De facto trat an die Stelle eines sozialistischen Europas die Idee eines Europas als „Modernisierungsmotor für Frankreich“.⁸¹⁶ Die Frage nach der Rolle der Partei blieb wie in Valence von herausgehobener Bedeutung. Die Partei war bereits von ihrem selbst formulierten Anspruch als Impulsgeber abgerückt. In Bourg-en-Bresse sprach sie von einer Funktion als Transmissionsriemen, das heißt sie verstand sich als Vermittlerin der Regierungspolitik. Lionel Jospin war es gelungen, die Partei auf Einigkeit und Solidarität mit der Regierung zu verpflichten. Damit gab sie ihre Vision auf, in der sie sich selbst als eine Vorwegnahme eines Zustandes der Demokratie und der kommenden Gesellschaft sah.⁸¹⁷ Im Hinblick auf die französische Ratspräsidentschaft und die Teilnahme an den Europawahlen 1984 wurde der Europadiskurs in der Partei selbständiger und selbstbewusster. Die Partei solidarisierte sich zwar mit der Regierung, suchte aber nach einer eigenen Position. So verabschiedete das *Comité directeur* im März 1984 eine Resolution, in der es betonte, dass die Partei nicht nur die Regierungspolitik erläutern, sondern mit einem Aufruf an soziale Gerechtigkeit auch eigene Akzente setzen wollte. Sie forderte die Regierung auf, bei der Modernisierung der Wirtschaft sehr wachsam zu bleiben.⁸¹⁸

4.4.4 Parteienwettbewerb: Europawahlen als Wendepunkt für das französische Parteiensystem

Den Sozialisten gelang es nicht, ihren Wahlerfolg aus dem Jahr 1981 dauerhaft zu festigen. Bis 1984 verloren sie wegen ihrer wirtschaftspolitischen Wende und dem Schulgesetz Unterstützung in der Bevölkerung. Das Jahr 1984 markiert einen Wendepunkt für die französische Parteienlandschaft. Es kam unter anderem zum Aufstieg der rechtsextremen *Front national* bei den Europawahlen.

⁸¹² Vgl. Guérot 1996, S. 351f.

⁸¹³ Vgl. Guérot 1996, S. 340f.

⁸¹⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 354f.

⁸¹⁵ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 102

⁸¹⁶ Wielgoß 2002, S. 69

⁸¹⁷ Vgl. Guérot 1996, S. 342; vgl. Schäfer 1989, S. 178; vgl. Bergounioux 2001, S. 691f.

⁸¹⁸ Vgl. Comité directeur vom 10-11. März 1984, Resolution finale. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 195, 17. März 1984, S. 1f.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfs hatte 1981 die Bilanz des amtierenden Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing gestanden, die aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Situation in den Augen der Wähler negativ ausfiel. Zwar blieb Giscard als Person bis zum Ende des Wahlkampfs beliebter als Mitterrand, jedoch entsprachen dessen „110 Vorschläge“ den Vorstellungen der Wähler. Die Beschäftigungssituation, die soziale Gerechtigkeit und die Inflation waren zentrale Gegenstände der politischen Auseinandersetzung.⁸¹⁹ Der Antikommunismus, der für die politische Rechte bis 1981 eine zentrale Stütze im Wahlkampf gewesen war, stand 1981 erstmals hinter der zentralen Thematik der Arbeitslosigkeit zurück.⁸²⁰ Mit Mitterrands Wahlsieg war die politische Rechte erstmals seit 1945 vollständig von den Positionen der Macht verbannt.⁸²¹

Mitterrand hatte zuvor angekündigt, im Falle eines Sieges die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. PS und PCF gingen ein Wahlbündnis ein und führten Gespräche über eine kommunistische Regierungsbeteiligung, die jedoch das Abrücken der PCF von den Positionen der Sowjetunion verlangte.⁸²² Es sollte sich im Laufe der 1980er und 1990er Jahre herausstellen, dass die Präsidentschaftswahlen von 1981 die erste Etappe des Niedergangs der kommunistischen Partei darstellten, da sie gegenüber den letzten nationalen Wahlen bereits fünf Prozent Wählerstimmen verloren hatte.⁸²³ Zusammen mit der MRG erreichte die PS bei den Parlamentswahlen im Juni 1981 insgesamt 38,3 Prozent der Stimmen und mit 285 von 491 Sitzen die absolute Mehrheit. Die Kommunisten kamen auf 16,1 Prozent der Stimmen und 44 Sitze.⁸²⁴

Die PS stellte zwar die größte Fraktion in der Nationalversammlung, bot jedoch trotzdem den Kommunisten mit vier Ministerien die Regierungsbeteiligung an und setzte damit das eigentlich gescheiterte Linksbündnis um. Erstmals seit 1947 waren wieder kommunistische Minister an der Regierung beteiligt. Die PS konnte so trotz aller Differenzen ihren Willen am Festhalten des Linksbündnisses demonstrieren. Sie profitierte von der Einbindung der kommunistischen Wählerschaft und der CGT-Anhänger bei der Umsetzung ihrer Reformprojekte und sie beugte der Gefahr vor, dass die Kommunisten in der Opposition Zulauf gewannen.⁸²⁵

Die Euphorie nach dem Wahlsieg war nur von kurzer Dauer. Der sich seit 1982 abzeichnende Trend des Stimmenverlusts der Linken zugunsten der Rechten bestätigte sich bei den Kanto-

⁸¹⁹ Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 38f.

⁸²⁰ Vgl. Martin 2000, S. 230

⁸²¹ Die traditionellen moralischen und sozialen Grundlagen der politischen Rechten seien überholt worden durch die Entwicklung der Gesellschaft in den letzten 25 Jahren. Hierzu gehören zum Beispiel die Urbanisierung, der Eintritt der Frauen in den Arbeitsmarkt, der Ausbau des dritten Beschäftigungssektors, das steigende Bildungsniveau, die De-Christianisierung sowie die anti-autoritäre Ideologie. Vgl. Martin 2000, S. 217f.

⁸²² Vgl. Schäfer 1989, S. 118

⁸²³ Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 38

⁸²⁴ Zu den Wahlergebnissen vgl. Stephan 2001, S. 103f.; vgl. auch Bréchon 2004, S. 156f.

⁸²⁵ Vgl. Stephan 2001, S. 104

nal- und Kommunalwahlen im März 1983. Die Stimmen der Kommunisten gingen nur zu einem Teil an die Sozialisten.⁸²⁶ Mitterrands Beliebtheit war beachtlich gesunken und hatte sich auf einem Tiefstand stabilisiert. Diese Unzufriedenheit war vor allem auf die rigorose Sparpolitik zurückzuführen, die die Konsequenz von Mitterrands Entscheidung für den Verbleib im Europäischen Währungssystem war. Es wurde deutlich, dass die zwei Prioritäten der politischen Linken – der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der Kaufkraft – nicht zu erfüllen waren.⁸²⁷ Die wachsende Unzufriedenheit der linken Wählerschaft war auch bei den Europawahlen zu erkennen. Zwar hatte die PS in etwa ihr Ergebnis von 1979 halten können, jedoch gelang es ihr kaum, ihre Wähler zu mobilisieren. Die Wahlenthaltungen waren vor allem in der linken Wählerschaft besonders zahlreich. Dies wurde unter anderem auf die Kritik an der Regierungspolitik der Linken zurückgeführt.⁸²⁸

Zunächst verhalf der Europawahlkampf 1984 der PS jedoch, mehr Selbstbewusstsein in der Europadebatte zu entwickeln.⁸²⁹ Im Gegensatz zu der ersten Europawahl konnten sich die sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft 1984 auf ein gemeinsames Manifest einigen. Am 9. März 1984 wurde das Manifest, das unter Leitung des internationalen Sekretärs der PS Jacques Huntzinger erarbeitet worden war, verabschiedet.⁸³⁰ Das Manifest des Bundes hatte für die französischen Sozialisten jedoch keine große Bedeutung. Sie benutzen das Manifest oder die Materialien des Bundes kaum. Der Wahlkampf hatte einen nationalen Charakter und konzentrierte sich auf nationale französische Interessen. So standen die Verteidigung der Regierungspolitik und die Beschäftigungssituation im Vordergrund. Die Erholung der französischen Wirtschaft sollte und konnte nur über Europa gesichert werden. Modernisierung wurde laut Guérot zum meistgebrauchte Wort im Wahlkampf.⁸³¹

Im Beschluss des *Comité directeur* vom 10. und 11. März 1984 wurde betont, dass die Kampagne für die Europawahlen nicht zu trennen sei von dem Bemühen der Sozialisten, die Regierungspolitik zu erklären. Sie sei die Gelegenheit, um die Franzosen davon zu überzeugen, dass die linke Regierungspolitik kohärent sei und die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in einer Kontinuitätslinie stünden.⁸³² Lionel Jospin erklärte, dass es in der Regierungspolitik der Sozialisten keine Wende gegeben habe, wie die Presse schreibe. Der Wille zur Modernisierung und das Festhalten an sozialistischen Werten seien konform mit dem sozialistischen Projekt von 1980 und den 110 Vorschlägen von 1981. Es gebe keinen Sozialis-

⁸²⁶ Vgl. Bréchon 2004, S. 158

⁸²⁷ Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 40

⁸²⁸ Vgl. Bréchon 2004, S. 158f.

⁸²⁹ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 95

⁸³⁰ Vgl. Bossuat 2003, S. 49

⁸³¹ Vgl. Guérot 1996, S. 389ff, vgl. das Comité directeur vom 10.-11. März 1984, Resolution finale. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 195, 17. März 1984, S. 8.

⁸³² Vgl. Comité directeur vom 10.-11. März 1984, Resolution finale. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 195, 17. März 1984, S. 3.

mus vor und nach 1981. Die Europäische Integration könne sich nur mit sozialistischen Ideen konsolidieren: Europa werde sich diesen Ideen annähern oder es zerfalle zu Ruinen. Die politische Rechte spiele hingegen, so Jospin, eine Komödie, indem sie während des Wahlkampfes eine Einheit zwischen RPR und UDF präsentiere, die sich spätestens nach den Wahlen bei der Fraktionszugehörigkeit im Europäischen Parlament auflöse.⁸³³

Die programmatischen Texte der PS appellierten an das authentische europäische Engagement der Partei, das diese auf ihr internationalistisches Erbe zurückführte. Sie betonte, dass Mitterrand bereits Mitglied der Regierung Guy Mollet gewesen sei, als die Römischen Verträge 1957 unterzeichnet worden seien.⁸³⁴ Europa wurde somit aus zwei Perspektiven wahrgenommen: Die Partei erklärte sich loyal mit dem Integrationsprozess. Dieser wurde wieder zu einem Wert an sich, wie die nachlassenden Bezüge auf das sozialistische Europa zeigen. Die Partei hatte jedoch weiterhin ein Interesse daran, Europa als politischen Konflikt zu definieren.⁸³⁵

Die Sozialisten forderten eine Wiederbelebung Europas. Diese sollte sich konkret in einem europäischen Sozialraum, in gemeinsamen Politiken, in einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie in einem europäischen Kulturraum niederschlagen. Die Schaffung einer politischen Union, wie sie mit der Erklärung von Stuttgart vorgeschlagen worden war, wurde kaum diskutiert. Die PS erklärte, dass institutionelle Reformen nicht das Wundermittel seien, um die Gemeinschaft wiederzubeleben, sondern auch einen Vorwand darstellten, um sich hinter institutionellen Reformen zu verstecken, anstatt konkrete politische Maßnahmen zu vereinbaren.⁸³⁶ Die Institutionen seien erst die Krönung einer Politik, die auf konkreten Bemühungen und dem politischen Willen der Sozialisten beruhe.⁸³⁷

Bei der Aufstellung der Liste der Kandidaten für die Europawahl wurden erneut die verschiedenen Strömungen und Regionen berücksichtigt. Ferner musste die Parteiführung wenigstens einem Teil der Mandatsträger im Europäischen Parlament die Wiederwahl ermöglichen. Außerdem gab es eine Frauenquote von 30 Prozent. Gemäß dem Ergebnis des Parteitags von Bourg-en-Bresse im Oktober 1983 gehörten zum Beispiel 77 Prozent, das heißt 64 Kandidaten, dem Courant 1 an (Jospin – Mauroy – Rocard). 18 Prozent kandidierten für das CERES und 5 Prozent für die *rocardiens*. 17 Kandidaten der Liste waren ehemalige Europaabgeord-

⁸³³ Vgl. Lionel Jospin: L'Europe que nous voulons: efficacité, justice, liberté. In: Le Poing et la Rose, Nr. 108, 1. Juni 1984, S. 1f.

⁸³⁴ Vgl. „La volonté de la France une chance pour l'Europe“, in: Le Poing et la Rose, Nr. 108, 1. Juni 1984, S. 6

⁸³⁵ „The PS continued to portray Europe in terms of a conflict between the forces of progress and the Right, a conception which had been transcended by Mitterrand's espousing the European cause in key speeches such as that to the German Bundestag in January 1983, or that to the Strasbourg Assembly in May 1984.“ Cole 1996, S. 74

⁸³⁶ Vgl. „La volonté de la France une chance pour l'Europe“, in: Le Poing et la Rose, Nr. 108, 1. Juni 1984, S. 6ff.

⁸³⁷ Vgl. „Les socialistes français au parlement européen a propos du rapport Spinelli“, in: Le Poing et la Rose, spécial responsables, No. 192, 25. Februar 1984, S. 4.

nete.⁸³⁸ Die vom *Comité directeur* vorgeschlagene Liste wurde auf der *Convention nationale* am 24. und 25. März 1984 verabschiedet. Die Liste wurde vom Parteivorsitzenden Lionel Jospin angeführt.

Bei den Europawahlen erreichte die Liste der Sozialisten mit 20,75 Prozent der Stimmen und 20 Abgeordnetenmandaten etwa drei Prozent weniger als 1979. Die gemeinsame Liste von UDF und RPR erzielte mit 43,02 Prozent etwa das Ergebnis aus dem Jahr 1979, als sie getrennt voneinander kandidierten. Besonders auffällig war das Wahlergebnis der Kommunisten, das sich mit 11,2 Prozent der Stimmen im Vergleich zu 1979 nahezu halbiert hatte. Dafür gewann die *Front national* einen Stimmenanteil von 10,95 Prozent. Die Rolle der europapolitischen Protestpartei, die 1979 PCF und RPR wahrgenommen hatten, ging auf sie über.⁸³⁹

FRANKREICH	%	Sitze
Union de l'opposition pour l'Europe et la défense des libertés (Simone Veil, UDF, RPR)	43,02	41
Liste socialiste pour l'Europe (Lionel Jospin, PS)	20,75	20
Liste présentée par le Parti communiste français (Georges Marchais, PCF)	11,2	10
Front d'opposition nationale pour l'Europe des patries (Jean-Marie Le Pen, FN)	10,95	10

Quelle: Journal Officiel de la République Française

Von den 20 sozialistischen Abgeordneten erfüllten nur drei ihr Mandat nicht bis zum Ende der Legislaturperiode. Lionel Jospin wurde 1988 Minister und Jean-Paul Bachy nahm im selben Jahr ein nationales Mandat als Abgeordneter der Nationalversammlung an. Roger Fajardie verstarb im August 1987. Insgesamt 27 Prozent der französischen Europaabgeordneten haben ihr Mandat im Laufe der zweiten Legislaturperiode abgegeben, wobei dies im Vergleich mit der ersten Legislaturperiode bereits einen Rückgang um zehn Prozentpunkte bedeutet.⁸⁴⁰

Bei der Analyse des Wahlergebnisses gab Lionel Jospin an, dass die PS als Regierungspartei von allen Seiten angegriffen worden sei. Unter dieser Voraussetzung sei immerhin ein ähnliches Ergebnis wie 1979 erzielt worden. Der Verlust an Wählerstimmen mache sich vor allem bei den Kommunisten bemerkbar, sei aber auch auf die hohe Zahl der Wahlenthaltungen zurückzuführen: „Jamais la démobilisation de l'électorat de la gauche n'avait atteint un pareil niveau“.⁸⁴¹ Ursel Schäfer relativiert allerdings diese von den Linken auch in späteren Wahlen vorgebrachte Erklärung. Breite Schichten ihrer Wählerschaft hätten sich bewusst abgewandt

⁸³⁸ Vgl. Boksenbaum 1984b, S. 16; „Le rapporteur [Jean Poperen im Comité directeur, CR] a tenu à souligner que compte-tenu de ces impératifs, des camarades tout à fait dignes de nous représenter au Parlement Européen se trouvaient écartés, mais qu'il avait fallu chercher avant tout la plus grande représentativité possible.“, vgl. Comité directeur vom 10-11. März 1984, Resolution finale. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 195, 17. März 1984, S. 7.

⁸³⁹ Vgl. Schäfer 1989, S. 195

⁸⁴⁰ Vgl. Beauvallet 2007, S. 88f.

⁸⁴¹ Secteur élections: Commentaires des résultats des élections européennes du 17 juin 1984. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 208, 23. Juni 1984, S. 2.

und von den Enttäuschten der Regierungspolitik seien überdurchschnittlich viele Wähler zur Opposition – und vor allem zur *Front national* – abgewandert.⁸⁴²

Im *Comité directeur* vom 30. Juni und 1. Juli 1984 stand die Mobilisierung der Wähler für die Wahlen im Jahr 1986 im Mittelpunkt. Lionel Jospin fragte in seinem Redebeitrag nach den klassischen Themen der Linken. Die Sparpolitik müsse durch symbolische Maßnahmen in Richtung soziale Gerechtigkeit begleitet werden. Bertrand Delanoë betonte in seinem Beitrag vor allem die hohe Bedeutung der Arbeit, ein zentraler Faktor der Glaubwürdigkeit für die Sozialisten. Didier Motchane forderte im Gegensatz zu Lionel Jospin – der Linie des CERES folgend – einen Politikwechsel.⁸⁴³ Die Anhänger von Rocard sprachen sich hingegen für die dauerhafte Weiterführung der Wirtschaftspolitik und ein Ende der Reformpause, der sogenannten *parenthèse*, aus.⁸⁴⁴ Die PS, so resümiert Lemaire-Prosche, pflegte in der Folge einen doppelten Diskurs – einen nationalen Diskurs, der an der sozialistischen Ethik festhielt und einen neutralistischen Diskurs über Europa. So wurde die wirtschaftspolitische Wende aus dem Jahr 1983 als ein Zeichen des Realismus gesehen, ohne den Sozialismus in Frankreich in Frage zu stellen.⁸⁴⁵ Ob die Partei den Widerspruch wahrgenommen habe? Vielleicht, so Lemaire-Prosche, aber der Widerspruch sei selten thematisiert worden, weil er niemanden gestört habe.⁸⁴⁶

Im Hinblick auf die Entwicklung des französischen Parteiensystems haben die Europawahlen von 1984 eine Scharnierfunktion.⁸⁴⁷ Mit dem Machtwechsel von 1981 löste sich die bis dato vorherrschende *quadrille bipolaire* auf. Im linken Lager hatte der Niedergang der kommunistischen Partei begonnen. An die Stelle der *quadrille bipolaire* trat im linken Lager eine dominierende PS und im rechten Lager eine dominierende RPR. Die UDF war mit der Wahlniederlage Giscard's geschwächt aus den Wahlen von 1981 hervorgegangen. Das rechte politische Lager wurde allerdings durch die *Front national* herausgefordert, die mit der Europawahl 1984 einen ersten Erfolg erreichte. Ihre Stärke war auch eine Konsequenz der Schwäche der sozialistischen Regierungspolitik. Diese war bei der Reduktion der Arbeitslosigkeit gescheitert und konnte das aufkommende Thema der Einwanderung nicht politisch auffangen.

Während die Zeit von 1962 bis 1981 von relativer politischer Stabilität ohne Machtwechsel von links nach rechts geprägt gewesen war, begann mit dem Jahr 1981 eine Phase politischer Machtwechsel und Kohabitationen. Trotzdem kam es gerade in zwei Politikfeldern bei den potentiellen Regierungsparteien zu Konvergenz: in der Wirtschafts- und in der Europapolitik.

⁸⁴² Vgl. Schäfer 1989, S. 194f.

⁸⁴³ Vgl. Comité directeur du 30.6.1984 et du 1.7.1984. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 210, 7. Juli 1984, S. 1ff.

⁸⁴⁴ Vgl. Comité directeur du 30.6.1984 et du 1.7.1984. In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 210, 7. Juli 1984, S. 12.

⁸⁴⁵ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 101, 105

⁸⁴⁶ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 115f.

⁸⁴⁷ Vgl. zum Folgenden Martin 2000, S. 14ff.

Auch hier bildet das Jahr 1984 wieder ein Scharnier. Die Sozialisten akzeptierten mit ihrer wirtschaftspolitischen Wende de facto den Wirtschaftsliberalismus.⁸⁴⁸ Die Neo-Gaullisten hingegen wurden durch die gemeinsame Liste mit der UDF unter Führung von Simone Veil „europäisiert“. Vor 1981 hatte nur die UDF sich offen zur Europäischen Integration bekannt. Mit den Wahlen von 1984 stellte sich zwischen den Regierungsparteien ein europapolitischer Konsens ein.

„Par la suite, tous les gouvernements qui se sont succédé ont œuvré en direction du développement de la construction européenne (...) quels qu’aient pu être les propos de campagne électorale moins euro-enthousiastes de Jacques Chirac en 1995, ou de Lionel Jospin en 1997. Il est également très significatif que l’arrivée à la présidence du RPR de Philippe Séguin ait nécessité l’abandon de son discours anti-européen : Seuls des euro-convaincus, des euro-convertis, ou des euro-résignés, peuvent accéder à la direction des partis de gouvernement français depuis 1984.“⁸⁴⁹

4.4.5 Organisation: Dominanz des französischen Staatspräsidenten

Mit Übernahme der Regierungsverantwortung und der Wahl des ehemaligen Parteivorsitzenden zum Staatspräsidenten musste die Partei ihr institutionelles Verständnis der V. Republik neu definieren sowie ihre Rolle im Beziehungsgeflecht zwischen Präsident, Premierminister und Fraktion bestimmen. Gleiches galt gegenüber den Europaabgeordneten in Straßburg bzw. Brüssel.

Die Sozialisten akzeptierten das Prinzip der „republikanischen Monarchie“ mit einem starken Staatspräsidenten und einem geschwächten Parlament.⁸⁵⁰ Die Außen-, Sicherheits- und Europapolitik wird seit Charles de Gaulle als *domaine réservé* des Präsidenten betrachtet. Dies geht auf die hohe Wertschätzung de Gaulles für die Außenpolitik zurück. Neben der tatsächlichen Ausübung der Macht trugen auch die diplomatische Tradition und die Indifferenz der Bevölkerung bei internationalen Fragen dazu bei, dass sich dieses Privileg des Präsidenten entwickeln konnte.⁸⁵¹ Laut Verfassung zählt die konkrete Ausgestaltung der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik allerdings zu den geteilten Machtbefugnissen von Staatspräsident und Premierminister.⁸⁵² Mitterrand erklärte in einer Nachricht an das Parlament am 8. Juli 1981:

„J’ai dit à plusieurs reprises que mes engagements constituent la charte de l’action gouvernementale. J’ajouterais, puisque le suffrage universel s’est prononcé une deuxième fois, qu’ils sont devenus la charte de votre action législative.“⁸⁵³

⁸⁴⁸ Die Sozialisten gaben nicht nur ihre Politik der Verstaatlichungen auf und akzeptierten die Legitimität der Existenz des privaten Sektors – sowohl in der Wirtschaft als auch in der Schule, sie stimmten auch der Einführung des Privatfernsehens und damit dem Ende des Staatsmonopols für das Fernsehen zu, vgl. Martin 2000, S. 307ff.

⁸⁴⁹ Martin 2000, S. 314f.

⁸⁵⁰ Vgl. Kimmel 2001

⁸⁵¹ Vgl. Du Roy 2000, S. 7

⁸⁵² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 20f; vgl. zu einer detaillierten Analyse auch: Cohen 2007

⁸⁵³ Mitterrand zitiert nach Elgie, Griggs 1991, S. 20

Mitterrand stärkte jedoch die europapolitische Kompetenz der Regierung, indem er als erster Staatspräsident der V. Republik an eine Tradition der IV. Republik anknüpfte und einen Europaminister ernannte. André Chandernagor war zwar *ministre délégué*, jedoch signalisierte der Präsident hiermit, dass er erste europapolitische Akzente setzen wollte. Chandernagor galt als pro-europäisch und war über die SFIO zur PS gekommen.⁸⁵⁴ Im Dezember 1983 wurde Chandernagor von Roland Dumas abgelöst, der die französische Ratspräsidentschaft vorbereiten sollte. Er war ein vollwertiger Minister (*ministre en plein exercice*).⁸⁵⁵ Christian Krell warnt jedoch davor, die Ernennung eines Europaministers als ein Zeichen der Europäisierung überzubewerten, da auch Europakritiker in das Kabinett eingebunden wurden.⁸⁵⁶

Der Wahlsieg 1981 war in erster Linie ein Sieg von Mitterrand, der von ihm geprägten partei-internen Strategie und der *mitterrandistes*. Den Zugang zur Macht verdanken die Parteimitglieder vor allem ihm. Die Parteiführung (Lionel Jospin), die Fraktionsspitzen in Nationalversammlung (Pierre Joxe) und Senat (Claude Estier) sowie das Amt des Präsidenten der Nationalversammlung (Louis Mermaz) besetzte Mitterrand mit seinen Vertrauten. Für die Partei blieb Mitterrand der „heimliche Parteiführer“.⁸⁵⁷ Kein Sozialist vor ihm verfügte über eine derartige Autorität und Machtfülle.⁸⁵⁸ Zwar kritisierten die Parteimitglieder die Präsidentialisierung der Partei, jedoch nahmen sie Mitterrand lange von dieser Kritik aus. Dies zeigt auch die moralische Autorität, die Mitterrand über die Partei besaß und damit als nahezu unangreifbar galt. Erst im Laufe der zweiten Amtszeit nahm die Kritik an ihm zu.⁸⁵⁹ Potentielle Konflikte wurden beispielsweise in der Europapolitik deutlich, in der Staatspräsident und Partei unterschiedliche Ziele verfolgten. Ersterer wollte sich als europäischer Staatsmann profilieren, letztere die sozialistischen Wähler ansprechen.⁸⁶⁰

Im Hinblick auf das Verhältnis von Staatspräsident, Premierminister, Fraktion und Partei verlief die Trennlinie anders als noch in der IV. Republik zwischen den beiden Köpfen der Exekutive sowie der Partei und der Fraktion:

„Aujourd’hui, c’est le gouvernement qui constitue cette entité partiellement extérieure au parti et qu’il convient à la fois d’aiguillonner et de contrôler.“⁸⁶¹

Die Dominanz der Exekutive drückt sich in der Vorrangstellung des Präsidenten aus. Zudem zeigt sie sich in dem rationalisierten Parlamentarismus. Dieser ermöglicht dem Regierungs-

⁸⁵⁴ Vgl. Du Réau 2001, S. 287

⁸⁵⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 60ff.

⁸⁵⁶ Vgl. Krell 2009, S. 318

⁸⁵⁷ Vgl. Kimmel 1991, S. 336

⁸⁵⁸ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 337; Mitterrand hielt am Ende seiner Amtszeit die Institutionen der V. Republik für gefährlich, seine Amtsführung nahm er jedoch selbst von der Kritik aus: „A la fin de son second mandat, François Mitterrand déclarera que ces institutions étaient dangereuses avant lui et le redeviendraient après lui.“ Bréchon, Denni 2008, S. 45

⁸⁵⁹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 338f.

⁸⁶⁰ Vgl. zu den Spannungen zwischen Präsident und Partei Cole 1996, S. 78

⁸⁶¹ Bergounioux, Grunberg 2005, S. 336; Konsequenterweise wurde einem Minister satzungsgemäß nicht das Recht zugesprochen, Mitglied des Bureau exécutif der Partei zu sein, vgl. Bergounioux 2001, S. 694

chef, die Mehrheitsfraktion zu disziplinieren, indem ein Gesetz als angenommen gilt, wenn kein Misstrauensantrag gestellt wird (Artikel 49.3). Die Fraktionen gelten in Frankreich gegenüber der Exekutive als schwach und unter der Dominanz der Partei stehend. Bei Konflikten zwischen Fraktion und Partei entscheidet der Parteivorstand.⁸⁶² Von der Regierung wird die Fraktion oft nur kurzfristig über Gesetzesentwürfe informiert.

Die Regierungspolitik nach dem Wahlsieg 1981 wurde innerhalb der Expertengruppen im Elysée-Palast sowie in den Ministerialkabinetten formuliert. Auch die schlechte personelle Ausstattung verhinderte eine aktive Rolle der Fraktion: Die 1981 gewählten 285 sozialistischen Abgeordneten verfügten über 17 Mitarbeiter und etwa ein Dutzend Sekretärinnen.⁸⁶³

Die Dominanz der Parteien über die Fraktionen stellt innerhalb der westlichen Demokratien eher eine Ausnahme dar.⁸⁶⁴ Durch die Stärkung der politischen Parteien in der V. Republik ist es diesen gelungen, die Fraktionen zu kontrollieren, was sich am deutlichsten in der Abstimmungsdisziplin zeigt, die für die V. Republik ein Novum war und zur Stabilität des Regierungssystems beigetragen hat. Außerdem sind Abgeordnete für ihre Wiederwahl auf die Unterstützung der Partei angewiesen, was zu ihrer Disziplinierung beiträgt.⁸⁶⁵

Im Verhältnis von Fraktion und Partei darf jedoch nicht übersehen werden, dass letztere durch die Regierungsübernahme eine personelle Schwächung erfuhr und sich auch hier die Dominanz der Exekutive zeigte. Die Parteielite zog in das Kabinett ein und der Parteiapparat wurde der zweiten Garde überlassen.⁸⁶⁶ Diejenigen, die innerhalb der Partei blieben, waren loyale *mitterrandistes* oder wurden sukzessive in die Regierungsarbeit eingebunden, um parteiinternen Widerstand nicht aufkommen zu lassen.⁸⁶⁷

Der intensiven Programmdiskussion innerhalb der Parteien entsprach keine institutionelle Verbindung zur Exekutive, um die Umsetzung der Programmatik in Regierungshandeln überprüfen zu können. Während der ersten Amtszeit Mitterrands trafen sich der Präsident sowie

⁸⁶² Vgl. Murswieck 1999, S. 112; Als Instrumente der Kontrolle nennen Lefebvre und Sawicki die Fédération nationale des élus socialistes et républicains (FNESER) und das zentralisierte illegale Finanzsystem URBA, das die Eigenfinanzierung der Gewählten verhindern sollte. Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 60

⁸⁶³ Vgl. Schäfer 1989, S. 173; Vgl. Stephan 2001, S. 74f.

⁸⁶⁴ Vgl. Helms 1999, S. 22

⁸⁶⁵ Nicht nur die Stabilisierung des Parteiensystems hat hierzu beigetragen, sondern auch die innerparlamentarischen Ressourcen, vgl. Messerschmidt 2005a, S. 61; vgl. auch die Dissertation Messerschmidt 2005b

⁸⁶⁶ Vgl. Stephan 2001, S. 74

⁸⁶⁷ Vgl. Elgie, Griggs 1991, S. 22f; Es fand somit eine Politisierung der hohen politischen Verwaltung statt. Zahlreiche Sozialisten gingen in die Kabinette der Minister. Jedoch konnte die anfängliche Vermutung, dass mit Mitterrand die Zivilgesellschaft in den Staatsapparat Einzug erhalte, nicht bestätigt werden. Der mit Beginn der V. Republik einsetzende Prozess der Durchdringung der Politik mit Bürokraten (*fonctionnarisation*) setzte sich ungehindert fort. Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 333. Erklärten sich in den Ministerien und Ministerialkabinetten von 1981 bis 1986 noch 60 Prozent als Parteimitglieder, so waren es von 1988 bis 1993 nur noch 42 Prozent. 67 Prozent hielten die Mitgliedschaft in der Partei für sekundär, um Zugang zu den Ministerialkabinetten zu bekommen. Zentral für den Zugang zu Ministerien und Ministerialkabinetten seien persönliche Kontakte mit dem Minister bzw. mit dem Direktor des Kabinetts. Die Mitarbeit in der Partei und ihren Expertenkommissionen wurde nur von 25 Prozent als ausschlaggebend eingeschätzt, wobei immerhin 53 Prozent an den Expertenkreisen (*cercles d'expertise*) teilnahmen. Vgl. zur Anlage der Studie und zu den Ergebnissen Sawicki, Mathiot 1999

die Regierungs-, Fraktions- und Parteichefs wöchentlich, um die Politik zu koordinieren.⁸⁶⁸ Auch wenn damit der Partei ein höherer Stellenwert eingeräumt wurde als üblicherweise in bürgerlichen Kabinetten, stellte dies jedoch keine institutionalisierte Zusammenarbeit dar. Der Zugang zur Exekutive blieb darüber hinaus der Parteiführung vorbehalten, die ihrerseits nur einen Teil des Meinungsspektrums innerhalb der Partei repräsentierte. Während der Koordinationstreffen sei informell über Europa gesprochen worden, aber es habe keine Meinungsverschiedenheiten oder eine Initiative der PS gegeben, wie sich der damalige Generalsekretär des Elysée-Palasts, Jean-Louis Bianco, erinnert.⁸⁶⁹ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in der ersten Amtszeit Mitterrands alle Entscheidungs- und Einflusswege auf die Exekutive und vor allem auf den Staatspräsidenten zuliefen.

Es gab jedoch Versuche, die Zusammenarbeit von Regierung und Partei durch Seminare zu verbessern. Das erste fand im April 1982 statt, das letzte im September 1991.⁸⁷⁰ Für die Europapolitik war das Seminar in *Maison Laffitte* im Juli 1982 einschlägig. Die Parteiführung formulierte den Wunsch, stärker an der Europapolitik beteiligt zu werden, ohne dabei in die Kompetenzbereiche des Staatspräsidenten einzugreifen. Der zuständige Sekretär Jacques Huntzinger schlug im Juli 1982 eine Arbeitsgruppe vor, die sich aus Vertretern der Regierung und der Partei zusammensetzen sollte, um einen Bericht zur Europapolitik zu verfassen. Allerdings verlief diese Initiative im Sande.⁸⁷¹

Das Seminar sei gescheitert, so Huntzinger, und er habe kein weiteres dieser Art organisiert. Es habe Desinteresse, wenn nicht sogar Misstrauen der Minister gegenüber einer gemeinsamen Arbeit mit der Partei gegeben. Die Minister hätten bürokratische Zwänge der Europapolitik berücksichtigen müssen und eine Politik gemacht, die weit entfernt von der PS und den Vorstellungen eines sozialen Europas gewesen sei. Dies habe viele Parteimitglieder desillusioniert. Allerdings seien die Parteimitglieder froh gewesen, dass ein Austausch überhaupt stattgefunden habe. Jedoch gab es auch Desinteresse auf Seiten der Führungspersonlichkeiten der Partei. In den parteiinternen Sitzungen habe man – außer während der Kampagne für die Europawahlen – kaum über Europa gesprochen. So sei es zu einer wachsenden Kluft zwischen der Parteiführung und der Regierung gekommen, die nicht nur in den internationalen Beziehungen zu beobachten gewesen sei.⁸⁷²

⁸⁶⁸ Vgl. Stephan 2001, S. 75; vgl. Murswieck 1999, S. 107; vgl. Bergounioux 2001, S. 694. Zu diesen Koordinationstreffen zählte am Dienstagmorgen ein Frühstück von Partei-, Regierungschef und Staatspräsident; am Dienstagabend ein Treffen von Partei-, Regierungschef und Fraktionschef sowie ein Mittagessen am Mittwoch zwischen den zuletzt genannten und dem Staatspräsidenten, vgl. Schäfer 1989, S. 173. Am Donnerstag traf sich der enge Kreis der mitterrandistes mit dem Staatspräsidenten, vgl. Bergounioux 2001, S. 694.

⁸⁶⁹ Vgl. Bianco bei Krell 2009, S. 333.

⁸⁷⁰ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 336.

⁸⁷¹ Vgl. Guérot 1996, S. 320f, vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 96f.

⁸⁷² Vgl. Rüter – Jacques Huntzinger 07.04.2006.

Der *mitterrandiste* Jacques Huntzinger hatte das Internationale Sekretariat von Lionel Jospin am Parteitag von Valence 1981 übernommen.⁸⁷³ In seinem Rechenschaftsbericht (*rapport statutaire*) vor dem Kongress von Bourg-en-Bresse 1983 gab Huntzinger an, dass die Aktivitäten des Sekretariats sich bis 1983 enorm erweitert hätten. So sei ein neues Informationsbedürfnis innerhalb der Partei zu beobachten, auch habe die Partei auf internationaler Ebene neue Bereiche zu verantworten. Huntzinger appellierte jedoch daran, die Führungskräfte und Parteimitglieder besser über die internationale Politik zu informieren und auszubilden. Er forderte, hier für die Zukunft ein neues Betätigungsfeld für die Partei zu etablieren.⁸⁷⁴

Als Huntzinger das Sekretariat übernahm, blieb Alain Barrau als nationaler Delegierter für europapolitische Fragen verantwortlich für die Europapolitik und hielt die Verbindung zum Europäischen Parlament.⁸⁷⁵ Neben Huntzinger und Barrau spielte auch Gérard Jaquet eine wichtige Rolle bei der Definition der Europapolitik, da er den Vorsitz in der Delegation der französischen Sozialisten im Europäischen Parlament von 1979 bis 1984 inne hatte.⁸⁷⁶

Der Vorsitzende der Delegation wurde immer aus der Mehrheitsströmung der Partei rekrutiert und so war auch Jaquet ein Vertrauter Mitterrands.⁸⁷⁷ Die sozialistischen Abgeordneten im Europäischen Parlament waren wie die Fraktion in der Nationalversammlung an die Parteidisziplin gebunden. Darüber hinaus bestimmte die Parteizentrale der PS in Paris über die Vergabe der Listenplätze und Mandate.

In der ersten Legislaturperiode von 1979 bis 1984 übte die Partei eine direkte Kontrolle über ihre Europaabgeordneten aus, die auch zum Konflikt mit dem Staatspräsidenten führen konnte. Im Gegensatz zu Mitterrand mussten sich die französischen sozialistischen Europaabgeordneten auf Anweisung des Parteivorsitzenden Jospin im Februar 1984 bei der Abstimmung über den Spinelli-Entwurf dreimal enthalten und stellten sich damit gegen ihre sozialdemokratischen Schwesterparteien. So kam es zu einer Situation, in der der Europaabgeordnete Jacques Moreau ein Projekt kritisierte, das er zu einem wesentlichen Teil selbst verfasst hatte.⁸⁷⁸

⁸⁷³ Vgl. Rapport statutaire, Relations internationales; Jacques Huntzinger, secrétaire national adjoint aux relations internationales. In: Le Poing et la Rose, Nr. 103, Juni 1983, S. 43.

⁸⁷⁴ Vgl. Rapport statutaire, Relations internationales; Jacques Huntzinger, secrétaire national adjoint aux relations internationales. In: Le Poing et la Rose, Nr. 103, Juni 1983, S. 43.

⁸⁷⁵ Barrau hatte in der Folge zahlreiche Mandate und Funktionen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene inne. So war er von 1986 bis 2001 nationaler Delegierter der Partei für Europa, von 1999 bis 2001 Vorsitzender der Delegation für Europa in der französischen Nationalversammlung und ist seit 2002 in der Verwaltung des Europäischen Parlaments tätig. Vgl. Hébrard 2008, S. 201, vgl. auch World Biographical Information System Online, Quelle: Henry Coston: Dictionnaire de la politique française. Tome IV. Paris 1982, S. 112.

⁸⁷⁶ Vgl. Rütther – Jacques Huntzinger 07.04.2006; vgl. auch World Biographical Information System Online: Der 1916 in Malakoff geborene Jaquet war promovierter Mediziner und engagierte sich im Zweiten Weltkrieg im Widerstand und am Wiederaufbau der sozialistischen Partei. Nach dem Krieg übernahm er Ministerämter, war Mitglied in der Versammlung des Europarates und der Versammlung der Europäischen Gemeinschaft. Auch war er Präsident des Verbindungsbüros der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft. Darüber hinaus hatte er den Vorsitz der Gauche européenne inne, der Nachfolgeorganisation des von André Philip gegründeten Mouvement socialiste pour les Etats Unis d'Europe. In dieser Funktion erklärte er 1963 auf einem Kongress der Gauche européenne, dass die sozialistischen Strömungen sich mithilfe der Unterstützung der Kommunisten einen sollten. Mitterrand machte ihn in den 1970er Jahren zur Nummer drei der Partei – hinter sich selbst und Pierre Mauroy.

⁸⁷⁷ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 139

⁸⁷⁸ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 139

Mitterrand begrüßte hingegen bei seiner Rede im Europäischen Parlament im Mai 1984 den Spinelli-Entwurf.

Die enge Bindung an die Partei führte dazu, dass die Europaabgeordneten in der Regel inhaltlich nicht von der Linie der Partei abwichen. Zwar gingen sie vor allem bei der Forderung nach Stärkung der institutionellen Komponente des Integrationsprozesses weiter als die Partei in Paris, jedoch sicherte der Vorsitzende der sozialistischen Delegation im Europäischen Parlament den Konsens mit der Parteiführung. Der direkte Einfluss auf das Abstimmungsverhalten ließ allerdings ab 1984 nach. Die Erstellung der Liste wurde in den folgenden Wahlen das zentrale Mittel zur Kontrolle der Abgeordneten.⁸⁷⁹ So erklärte Jean-Pierre Cot, Vorsitzender der Delegation der französischen Sozialisten im Europäischen Parlament von 1989 bis 1994:

„Since 1984, there has not been one occasion when the central party has had to impose its views upon the European party.“⁸⁸⁰

Innerhalb des Internationalen Sekretariats gab es laut Huntzinger eine Kommission *Communautés européennes*, die aus nationalen und europäischen Abgeordneten, Parteimitgliedern, Mitgliedern der Ministerialkabinette und Experten zusammengesetzt war, um Dossiers zur Europapolitik zu erarbeiten und zu vertiefen.⁸⁸¹ Trotz der Existenz dieser Kommission kam Huntzinger im Rückblick zu dem Schluss, dass die Europaabgeordneten sich immer an der Peripherie der Partei befunden hätten. Sie blieben unter sich und man habe sie selten in den Instanzen der Partei gesehen.⁸⁸² Auch die Europaabgeordneten hatten den Eindruck, nicht von der Partei gehört zu werden und beobachteten eine mangelnde Koordination. Geneviève Lemaire-Prosche führt die mangelnde Koordination und Marginalisierung der Europaabgeordneten darauf zurück, dass die Parteiführung bei der Erstellung der Wahlliste die Absicht verfolgt habe, parteiinterne Kritiker von den Entscheidungszentren der Partei – die nicht im Europäischen Parlament gesehen wurden – fernzuhalten. So sei es nicht erstaunlich, dass man in Straßburg einen höheren Anteil an *rocardiens* und *néo-rocardiens* finde.

„En les ‚regroupant‘ dans une formation politique extérieure à Paris – mais totalement dépendante du parti – n’était-ce pas au fond une manière honorable de canaliser, limiter, voire ‚maîtriser‘ l’expression européiste – ou contestataire – de ces socialistes... et aussi l’évolution européiste du parti ?“⁸⁸³

4.4.6 Transnationales: Niedergang der Sozialdemokratie?

Innerhalb der Sozialdemokratie verursachte der durch Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien ausgelöste Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik eine

⁸⁷⁹ Vgl. Cole 1996, S. 79f.

⁸⁸⁰ Jean-Pierre Cot zitiert nach: Cole 1996, S. 79

⁸⁸¹ Vgl. Rapport statutaire, Relations internationales; Jacques Huntzinger, secrétaire national adjoint aux relations internationales. In: Le Poing et la Rose, Nr. 103, Juni 1983, S. 43.

⁸⁸² Vgl. Rüter – Jacques Huntzinger 07.04.2006

⁸⁸³ Lemaire-Prosche 1990, S. 139

Krise. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Parteien befand sich von Ende der 1970er Jahre bis Mitte der 1990er Jahre in der Opposition und konzentrierte sich auf die zu erzielenden Wahlerfolge, wobei die parteipolitische Identität vernachlässigt wurde. In diesem Zeitraum entstand mit den grünen Parteien Konkurrenz im linken Lager.⁸⁸⁴

Aus verschiedenen ideologischen Richtungen wurde mit dem Niedergang der Sozialdemokratie argumentiert. So sprach Ralf Dahrendorf vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, da mit dem ausbleibenden Wirtschaftswachstum die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates in Zukunft unmöglich werde. Die Sozialdemokratie habe mit dem Auf- und Ausbau des Sozialstaates ihre historische Aufgabe erfüllt.⁸⁸⁵ Aus marxistischer Sicht hingegen wurde der Niedergang der Sozialdemokratie auf das Scheitern zurückgeführt, die Gesellschaft zu verändern. Die sozialdemokratischen Politiker seien zu Managern des Konsenses geworden und hätten für den Wahlerfolg die Verwässerung ihrer Programmatik in Kauf genommen. Die Sozialisten Südeuropas, die in den 1970er und 1980er Jahren Wahlerfolge erzielten, hätten als Regierungsparteien *reagonomics* mit einem sozialistischen Anstrich verfolgt.⁸⁸⁶ Bevor der verstärkte Einfluss der Europäischen Integration auf die nationalen Politiken mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Vertrag von Maastricht spürbar wurde, setzte demnach bereits eine Niedergangsdebatte ein. Ein Bewusstsein für den Bedarf einer verstärkten Koordination und Präsenz auf supranationaler Ebene entstand jedoch noch nicht. Die transnationalen Beziehungen im Rahmen des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft stagnierten – wie auch in anderen transnationalen Parteibündnissen. Einen qualitativen Wandel brachten erst die Vorbereitungen zum Vertrag von Maastricht.⁸⁸⁷

In einem Arbeitspapier des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien zu den Europawahlen 1984 kamen die Autoren zum Schluss, die Zusammenarbeit in den Kommissionen und Arbeitsgruppen habe besser funktioniert als 1979. Dies führten sie auf einen besseren Kontakt zwischen den Mitgliedsparteien und ihren Repräsentanten zurück. Trotzdem, so wurde in dem Arbeitspapier festgehalten, hätten einige Repräsentanten kein richtiges Mandat von ihrer Partei bekommen bzw. hätten diese mangelndes Interesse gezeigt.⁸⁸⁸ Inhaltlich blieben Divergenzen. So lehnten die Niederländer, Dänen und Iren die Formulierung Huntzingers ab, wonach die nukleare Abschreckung Garant des Friedens bleibe. Die Iren bestanden auf ihre Neutralität, die Dänen lehnten die Formulierungen zu einer politischen Union ab und andere Sozialdemokraten kritisierten die Präferenzen für die Gemeinsame Agrarpolitik. Eine zentrale Kon-

⁸⁸⁴ Vgl. Ladrech 2000, S. 38

⁸⁸⁵ Vgl. Merkel 1993, S. 36ff; vgl. auch Dahrendorf 1987

⁸⁸⁶ Vgl. Merkel 1993, S. 39f.

⁸⁸⁷ Vgl. Maurer, Mittag 2006, S. 170

⁸⁸⁸ Vgl. Fondation Jean Jaurès, Boîte 50 RI UPSCE, Élections européennes 1984, Dossier: Clôture de la campagne électorale 1984, vom 6. November 1984

fliktlinie zeichnete sich zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien innerhalb des Bundes ab.⁸⁸⁹ Nichtsdestotrotz konnten die Parteien ein gemeinsames Manifest verabschieden und gaben am 1. Juni 1984 darüber hinaus eine gemeinsame Erklärung ab.⁸⁹⁰ Die Briten behielten sich jedoch vor, die Erklärungen zum Europäischen Währungssystem sowie zur Stärkung des Europäischen Parlaments zu ignorieren. Letzteres galt auch für die Dänen.

4.4.7 Fazit: Die *double langage* als Grundlage der parteipolitischen Europapolitik

Der Zeitraum von 1981 bis 1984 war durch die Umsetzung der für die Sozialisten zentralen wirtschaftlichen und sozialen Reformen geprägt, deren Scheitern 1983 zu einer Kehrtwende in der Wirtschafts- und Europapolitik führte. Die Partei stand seit 1981 vor der Herausforderung, ihre Rolle im Verhältnis zur Fraktion und zur Exekutive zu definieren. Das institutionelle Gefüge der V. Republik, Mitterrands Amtsverständnis sowie seine moralische Autorität über die Partei machten ihn zur unangefochtenen Leitfigur. Hatte er in den 1970er Jahren noch seinen Führungsanspruch durchsetzen müssen, so wurde mit dem Wahlsieg seine Autorität nicht mehr hinterfragt.

Ausgangspunkt für die Kehrtwende in der Europapolitik war die wirtschaftliche Lage Frankreichs. Es wurde eine Debatte über den sozialistischen Dirigismus in der Wirtschaftspolitik, deren „Achterbahnfahrt“⁸⁹¹ sowie den wirtschaftlichen Protektionismus geführt.⁸⁹² Auch die zwei Minderheitenströmungen innerhalb der Partei, das CERES und AGIR, positionierten sich zu den Wirtschafts- und Sozialreformen und erst in der Konsequenz zur nationalen Öffnung bzw. Schließung des Landes. Der europapolitische Aspekt ermöglichte jedoch 1984 einen ersten Wahlerfolg der *Front national*. Der Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen sprach sich für eine Schließung Frankreichs aus, für den Schutz der nationalen Wirtschaft und für die Begrenzung der Zuwanderung. Eine neue Konfliktlinie entlang universalistischer bzw. anti-universalistischer Werte hielt Einzug in das französische Parteiensystem.

Die *Parti socialiste* akzeptierte die europapolitischen Konsequenzen der Kehrtwende „intellektuell“.⁸⁹³ Mitterrand wirkte in dieser Hinsicht als moralischer Unternehmer, weil er das grundsätzlich loyale Verhalten der Partei zum Integrationsprozess einforderte. Die bestehenden Zögerlichkeiten und die fehlende Überzeugung in Teilen der Partei wollte er jedoch nicht zum Gegenstand der Debatte machen. Für Mitterrand habe es keinen Sinn gemacht, so der spätere Europasekretär der Partei Gérard Fuchs, eine Debatte zu eröffnen, die die Partei hätte

⁸⁸⁹ Vgl. Bossuat 2004, S. 50

⁸⁹⁰ Vgl. Déclaration des Leaders de l'Union des Partis Socialistes de la C.E.E., In: Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 206, 9. Juni 1984, S. 2.

⁸⁹¹ "its economic policy roller coaster" Ross 2000, S. 90

⁸⁹² So sei beispielsweise Fabius immer auf der Linie der Industrie und der Unternehmensführer gewesen. 1983 sei es um die Frage des Protektionismus gegangen. Vgl. Rüter – Elisabeth Guigou 11.04.2006

⁸⁹³ Vgl. Rüter – Gérard Fuchs 13.03.2006

spalten können. Er traf die pro-europäischen Entscheidungen und die Partei habe sie akzeptiert.⁸⁹⁴ Nach Henri Nallet, ebenfalls späterer Europasekretär, vertraute die Partei Mitterrand die Europapolitik an und es war ohne Frage, dass sie Mitterrand nicht kontrollieren würde. Seine Autorität wurde respektiert.⁸⁹⁵

Mitterrand entschied sich anstelle einer ideologischen Debatte für ein pragmatisches Vorgehen.⁸⁹⁶ Der *double langage* und seinem strategischen Geschick war es zu verdanken, dass es nicht zu einer europapolitischen Spaltung innerhalb der Partei kam. Er ließ den Parteivorsitzenden Jospin die Idee der *parenthèse* entwickeln, nach der ab einem bestimmten Zeitpunkt die Phase der Sparpolitik wieder beendet werden könnte. Die Partei musste somit nicht von den Zielen abrücken, die sie im Mai 1981 zum Wahlsieg geführt hatten.⁸⁹⁷ Mitterrands strategisches Vorgehen beruhte auf dem Ausgleich der Widersprüche zwischen Idealismus und Pragmatismus, der ihm seine Macht und eine mögliche zweite Amtszeit sichern sollte.⁸⁹⁸

In der Konsequenz reklamierte Mitterrand das Thema der Europapolitik für sich und ließ keine europapolitische Debatte innerhalb der Partei aufkommen.⁸⁹⁹ So konnte in der Partei kein Lernprozess einsetzen, der zu einer Differenzierung zwischen einem wertorientierten Europabekenntnis und einem gemeinschaftlich-europäischen pragmatischen Handeln geführt hätte, wie ihn die Regierung ab 1981 durchlaufen hatte. Das gescheiterte Seminar in *Maison Laffitte* machte die Kluft zwischen dem pragmatischen Handeln der Regierung und den Vorstellungen der Partei deutlich. Ebenso wie sein Vorgänger Pontillon erfüllte Huntzinger zwar alle Voraussetzungen eines moralischen Unternehmers, war aber nicht in der Position, eine Brücke zwischen Parteiführung, Parteibasis und Regierung zu schlagen.

4.5 Europäisierung und die Neudefinition nationaler Interessen von 1984 bis 1992

4.5.1 Parteipolitik: Hochkonjunktur des Liberalismus und Sinnentleerung der Politik

Der Zeitraum von 1984 bis 1992 war für die *Parti socialiste* durch drei große Herausforderungen geprägt: Der Übergang von einer Oppositions- zu einer Regierungskultur, die Entideologisierung der französischen Politik und die internationale Zeitenwende 1989/90. Der Übergang von einer Oppositions- zu einer Regierungskultur und die Aufgabe der sozialistischen Werte war zunächst innerhalb der Partei stillschweigend akzeptiert worden, aber die strategischen und ideologischen Neubestimmungen am Ende der 1980er Jahre ließen parteiinternen

⁸⁹⁴ Vgl. Rüter – Gérard Fuchs 13.03.2006

⁸⁹⁵ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

⁸⁹⁶ Vgl. Rüter – Alain Bergounioux 19.04.2006

⁸⁹⁷ Vgl. Bergounioux 2001, S. 700

⁸⁹⁸ „Time, dès le 17 mai 1982, va jusqu'à écrire que cette contradiction délicate entre la doctrine socialiste et le pragmatisme politique, le fait que Mitterrand sait ajouter l'eau du réalisme au vin idéologique de son gouvernement, montre qu'il pense déjà en termes d'un double mandat.“ o. A. 2001a, S. 322

⁸⁹⁹ Ross spricht von "Europe by stealth" Ross 2000, S. 88

Widerstand entstehen. Dieser wurde umso größer, je mehr die moralische Autorität Mitterrands nachließ. Auch trugen die zahlreichen Affären und Skandale der Partei zu ihrer Diskreditierung bei, und verschärften die einsetzende Vertrauens- und Repräsentationskrise bzw. bedingten diese.⁹⁰⁰ Die Teilnahme Frankreichs am Golfkrieg 1991 entwickelte sich zu einem Katalysator für die Auseinandersetzung mit der veränderten Weltlage nach 1989/90 und der zukünftigen Rolle der *grande nation*.

Premierminister Laurent Fabius symbolisierte die Abkehr vom sozialistischen Regierungskurs seit 1981. Mauroy war im Juli 1984 nach der Niederlage bei den Europawahlen und den massiven Protesten gegen das Schulgesetz zurückgetreten. Fabius ergriff die Initiative zur Neuorientierung der Partei. Wirtschaftspolitisch verfolgte er eine *économie mixte* und vollzog den 1983 eingeleiteten Politikwechsel, der zu einer Phase der Hochkonjunktur des Liberalismus führte. Mitte der 1980er Jahre konvertierte nahezu die gesamte *classe politique* zu liberalen Positionen.⁹⁰¹ Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft wurde neu bestimmt. Auch in der französischen Gesellschaft kam es zu neuen Deutungsmustern, da vor dem Hintergrund eines zunehmenden ökonomischen Individualismus die Solidarität neu definiert werden musste. Bis dahin hatte die staatliche Moderation der sozialen Frage zur Kohäsion beigetragen.⁹⁰² 1988 formierte sich in Frankreich erstmals eine bedeutende Bewegung der Arbeitslosen, aus der die *Association pour l'emploi, l'info et la solidarité des chômeurs et travailleurs précaires* hervorging.⁹⁰³ Es folgten verschiedene Bewegungen gegen soziale Stigmatisierung dem Beispiel der Arbeitslosen – wie etwa *Droit au logement* oder *Droit devant*. Im Jahr 1989 wurde zur 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution und anlässlich des G7-Treffens in Versailles ein Gegengipfel organisiert, bei dem die Schulden der Länder der Dritten Welt sowie die globalen Ungleichheiten verurteilt wurden.⁹⁰⁴ Diese Bewegungen bereiteten den Boden für massive Proteste gegen die Sozialreformen von Premierminister Alain Juppé im Jahr 1995 sowie die globalisierungskritische Bewegung.⁹⁰⁵

Anstelle des republikanischen Vorsorgestaates, der sich als universell verstand, griff die Regierungspolitik nur noch korrigierend bei sozialen Ungleichheiten ein.⁹⁰⁶ Ziel der PS für die Parlamentswahlen 1986 war es, möglichst geschlossen aufzutreten und ihre Verluste möglichst gering zu halten. Durch die Einführung des Verhältniswahlrechts wurde die *Front nati-*

⁹⁰⁰ Andrew Knapp hält das Wort einer Krise für die falsche Bezeichnung. Es suggeriere, dass es einen Anfang und ein Ende gebe; es gebe allerdings kein Anzeichen für ein Ende der Krise in Frankreich. Vgl. Knapp 2004, S. 342

⁹⁰¹ Vgl. Schubert 2004, S. 352f; vgl. auch: Richard 2006, S. 157: „le libéralisme, la culture politique certes pas la plus massivement répandue mais la plus prégnante au sein des classes dirigeantes depuis deux siècles et probablement la plus décisive dans l'histoire nationale“; vgl. zur Rezeption des Liberalismus in Frankreich auch Hayward 2008

⁹⁰² Vgl. Bode 1999, S. 140

⁹⁰³ Vgl. Ross 2000, S. 110

⁹⁰⁴ Vgl. Ancelovici 2008, S. 83

⁹⁰⁵ Vgl. zu den sozialen Bewegungen Ancelovici 2008, S. 80ff.

⁹⁰⁶ Vgl. Bode 1999, S. 140

onal gestärkt, womit Mitterrand beabsichtigte, die gemäßigte Rechte zu schwächen. So zog die *Front national* mit 9,8 Prozent der Stimmen in die französische Nationalversammlung ein. Dennoch erreichte das Wahlbündnis von Gaullisten und Liberalen (RPR und UDF) 42 Prozent der Stimmen, sodass Mitterrand als Premierminister Jacques Chirac ernennen musste. Die erste Kohabitation der V. Republik wurde zu einer vorgezogenen Wahlkampagne für die Präsidentschaftswahlen 1988 und gestaltete sich *hyperconflictuelle*.⁹⁰⁷ Dies galt nur mit Einschränkungen für die Außen- und Sicherheitspolitik, der *domaine réservé* des französischen Staatspräsidenten. Zwar forderte Chirac Mitsprache bei der Gestaltung der Außenpolitik, aber Mitterrand beharrte auf seiner Vorrangstellung.⁹⁰⁸ Europapolitisch wurde Chirac ohnehin Ambitionslosigkeit vorgeworfen.⁹⁰⁹

Die Wiederwahl Mitterrands zum Staatspräsidenten 1988 und die von ihm herbeigeführten Neuwahlen der Nationalversammlung beendeten die erste Kohabitation und ermöglichten den Sozialisten, eine Minderheits-Regierung zu bilden. Die PS öffnete sich der politischen Mitte, nachdem das Bündnis mit den Kommunisten seit 1984 gescheitert war. Premierminister Michel Rocard band sechs Minister der UDF und 14 parteilose Persönlichkeiten ein.⁹¹⁰ Rocard wie auch seine Nachfolger Edith Cresson und Pierre Bérégovoy hatten im Vergleich zu Mauroy und Fabius einen größeren Handlungsspielraum, da Mitterrand sich nach der Erfahrung der Kohabitation stärker aus der Tagespolitik zurückzog. Einige Beobachter sahen jedoch in der doppelköpfigen Exekutive von Mitterrand und Rocard eine Fortsetzung der vorangegangenen Kohabitation, weil das Verhältnis der Sozialisten untereinander sehr angespannt war und Rocard sich seiner prekären und politisch unsicheren Situation bewusst war.⁹¹¹ Im Parlament hatte sich unter Rocard eine konstruktive Diskussionskultur entwickelt, die auch das Verhältnis von Regierung und Opposition betraf.⁹¹²

Die Teilnahme Frankreichs am Golfkrieg und die sinkende Popularität führten zum Ende der Regierung Rocard. Von Mai 1991 bis März 1992 folgte Edith Cresson als erste Frau im Amt des Premierministers.⁹¹³ Sie war eine treue Anhängerin Mitterrands, wurde aber in der Öffentlichkeit und in der Partei wegen ihrer früheren Managertätigkeiten als Vertreterin der Industrie wahrgenommen. Sie verhielt sich in der politischen Kommunikation ungeschickt und un-

⁹⁰⁷ Ardant, Duhamel 1991, S. 8; vgl. zum Verlauf der Kohabitation Schäfer 1989, S. 241ff., vgl. zu den Differenzen zwischen RPR und UDF Christadler 1987

⁹⁰⁸ Vgl. Schäfer 1989, S. 258; Mitterrand machte sein Verständnis der eigenen außenpolitischen Vorrechte bereits deutlich, als er den von Chirac vorgeschlagenen Jean Lecanuet für das Amt des Außenministers wegen dessen parteipolitischen Profils nicht ernannte. Er bestand auf die Ernennung eines neutralen Fachmannes. In der zweiten Kohabitation war Mitterrand allerdings bereit, mit Alain Juppé einen ausgewiesenen Parteipolitiker des RPR zu ernennen. Vgl. Tümmers 2006, S. 69; 84

⁹⁰⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 80

⁹¹⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 82

⁹¹¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 82

⁹¹² Vgl. Stephan 2001, S. 123

⁹¹³ Vgl. Stephan 2001, S. 130ff.

diplomatisch, sodass sich ihre Ernennung als Fehlentscheidung herausstellte.⁹¹⁴ Im April 1992 folgte ihr Pierre Bérégovoy im Amt nach. Bérégovoy hatte Anfang der 1980er Jahre die Sparpolitik vertreten und verkörperte ebenfalls nicht den von Teilen der Partei geforderten Linkskurs der Regierung. Zudem musste er sein Amt antreten, als in Frankreich die Rezession einsetzte und die Arbeitslosigkeit stieg. In der Regierung Bérégovoy riefen neben seiner Sparpolitik vor allem Personalentscheidungen Kritik hervor. Mit der Rückkehr des umstrittenen Bernard Tapie in die Regierung im Dezember 1992 weitete sich die anfängliche Kritik des linken Parteiflügels auf alle Strömungen aus.

Zahlreiche Affären und Skandale, in die die Partei verwickelt war, förderten die Regierungsumbildungen und wurden zum Ausdruck einer politischen und gesellschaftlichen Krise.⁹¹⁵ Vor allem die Offenlegung der illegalen Parteifinanzierung der PS seit 1972 – wie auch anderer Parteien – sorgte für Aufruhr. Mangelndes Unrechtsbewusstsein und die beschlossene Amnestie verschärften diese noch. Im März 1988 wurde in Frankreich das erste Gesetz zur Parteienfinanzierung erlassen und alle entsprechenden Delikte vor März 1988 wurden von der Strafverfolgung ausgenommen. Das zweite Gesetz zur Parteienfinanzierung vom Januar 1990 führte mit einem weiteren Amnestiegesetz zu einer Debatte über die moralische Integrität der Regierung Rocard.⁹¹⁶

Laurent Fabius wurde dagegen im Winter 1992 vorgeworfen, eine Einführung von HIV-Tests für Blut- und Plasmakonserven im Jahr 1985 hinausgezögert zu haben. Zwar wurde er freigesprochen, blieb jedoch moralisch diskreditiert. Gegen Premierminister Bérégovoy wurden wegen eines zinslosen Kredits aus dem Jahr 1986 Untersuchungen eingeleitet. Er nahm sich am 1. Mai 1993 das Leben. Über Staatspräsident Mitterrand wurden seine zuvor verschwiegene Krebserkrankung und seine uneheliche Tochter sowie illegale Abhöraktionen von Journalisten zwischen 1982 und 1988 bekannt.

Innerhalb der Partei formierte sich seit dem Amtsantritt von Rocard Widerstand. Einzelne Parteimitglieder kritisierten Rocards fehlendes Projekt für die Legislaturperiode, andere sahen wegen des Kurses der Öffnung die politische Identität der PS bedroht. Innerhalb der *mitterrandistischen* Strömung gründete sich eine neue linke Strömung – die *Nouvelle école socialiste* – um Julien Dray und Jean-Luc Mélenchon. Die innerparteilichen Konflikte erreichten 1990 bei dem Parteitag von Rennes ihren Höhepunkt. Es kristallisierten sich immer mehr Strömungen und Untergruppen in der Partei heraus, mit deren Hilfe sich einzelne Parteiper-

⁹¹⁴ Vgl. Stephan 2001, S. 133ff.

⁹¹⁵ Vgl. Stephan 2001, S. 109ff.

⁹¹⁶ Vgl. Stephan 2001, S. 126; vgl. hierzu auch Ruß 2000; vgl. die Wahrnehmung der PS: „Dans un climat délétère pour la vie publique, elle [l'opinion] a mal compris une loi d'amnistie qui, pourtant, excluait les parlementaires et sanctionnait l'enrichissement personnel.“ In: Stratégie et programme: Un congrès de renouveau, premières propositions pour un contrat de législature – Texte présenté par le Comité directeur – premières propositions pour un contrat de législature, In: Vendredi, numéro extraordinaire du Poing et la Rose, Nr. 145, 28. Mai 1992, S. 10.

sönlichkeiten profilieren wollten, um die Nachfolge Mitterrands anzutreten. Die Strömung der *mitterrandistes* zerbrach und seine beiden Vertrauten Lionel Jospin und Laurent Fabius kandidierten gegeneinander. Ihre Anträge standen sich in einer unüberbrückbaren Pattsituation gegenüber.⁹¹⁷

Der Parteitag von Rennes im Jahr 1990 wurde zum Sinnbild für die Präsidentialisierung und die persönlichen Rivalitäten in der Partei. Es kam zur „Entauratisierung der (...) einst ‚vergötterten‘ Linken“.⁹¹⁸ Auch Mitterrands Einfluss ließ nach. Bereits 1988 hatte sich die Partei von ihm emanzipiert, als sie nicht den von ihm favorisierten Laurent Fabius zum Nachfolger Jospins, sondern Pierre Mauroy zum Parteivorsitzenden wählte. Dies deutete auf ein Auseinanderbrechen der *mitterrandistischen* Strömung hin.⁹¹⁹ Mitterrand verlor nicht nur die Autorität über die Partei, sondern auch seine Aura als „Übervater der Franzosen“.⁹²⁰

Frankreich erlebte während der 1980er Jahre eine Zeit der Normalisierung seiner historischen Besonderheiten. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten Frankreichs glichen sich denen anderer hochentwickelter Industriegesellschaften an.⁹²¹ Mit dem Übergang in eine postmoderne Ära in den 1980er Jahren verloren die ideologischen Auseinandersetzungen an Bedeutung. Laut Olivier Duhamel war ein großer Teil der Franzosen in sozialer Hinsicht sozialistisch, ökonomisch liberal, institutionell republikanisch und kulturell konservativ geworden.⁹²² Der von François Furet, Jacques Juillard und Pierre Rosanvallon gewählte Buchtitel der „Republik der Mitte“ macht dies deutlich:

„Ce que nous sommes en train de vivre c’est tout simplement la fin de l’exceptionnalité française. Du fait d’une histoire à nulle autre pareille, marquée par l’essor précoce de l’État et parsemée des révolutions, la France, jusqu’à une date récente, a occupé dans le concert des nations une place singulière, qu’elle l’a voulue exemplaire.“⁹²³

Mit der 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution wies Régis Debray jedoch diesen Angriff auf das revolutionäre Erbe eines „konsenssüchtigen, traditionsblinden Globalliberalen vom Schlage Furets“⁹²⁴ zurück. Die Normalisierung der französischen Politik hatte angesichts der nur schwach ausgebildeten Sinnstiftung „von unten“ politisch kulturelle Konsequenzen. Die Abschwächung der revolutionären Idee und der Wegfall der äußeren Bedrohung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten in den Augen der *Parti socialiste* das politische Le-

⁹¹⁷ Der Antrag von Mauroy-Mermaz-Jospin erhielt 28,9 % der Stimmen, von Fabius 28,8 %, von Rocard 24,3 %, von Chevènement 8,5 %, von Poperen 7,2 %, von Dray 1,4 % und von Lienemann 0,7 %. Vgl. Stephan 2001, S. 159f.

⁹¹⁸ Schubert 2004, S. 295

⁹¹⁹ Vgl. Stephan 2001, S. 152f.

⁹²⁰ Stephan 2001, S. 137

⁹²¹ Vgl. Schubert 2004, S. 319

⁹²² „Dans une formule frappante, en 1985, Olivier Duhamel perçut un début de consensus chez les Français. Pour reprendre les termes de Duhamel un grand nombre de Français sont socialement socialistes (...), économiquement libéraux, institutionnellement républicains, et culturellement conservateurs.“ Kesselmann 1989, S. 72

⁹²³ Furet et al. 1988, S. 11

⁹²⁴ Christadler 1999, S. 43

ben banalisiert.⁹²⁵ Die ideologischen Auseinandersetzungen waren auch immer ein Mittel zur Legitimation der Politik gewesen.⁹²⁶

Auf dem außerordentlichen Parteitag am *Arche de la Défense* im Dezember 1991 versuchte sie deshalb, die großen internationalen Umbrüche, den Untergang des Kommunismus sowie den politisch kulturellen Wandel nachzuvollziehen. Mit dem Projekt des *Nouvel Horizon* vom *Arche de la Défense* ersetzte die Partei wirtschaftliche und soziologische Erklärungsfaktoren durch kulturelle Konfliktlinien und politisch-moralische Fragen.⁹²⁷ Als Antwort auf das nachlassende Wirtschaftswachstum und die sich daraus ergebenden sozialen Folgen wählten die Sozialisten Anfang der 1990er Jahre eine Rückkehr zu ihren republikanischen Wurzeln und Werten.⁹²⁸ Der Historiker und Intellektuelle Furet blieb hingegen skeptisch gegenüber der Reaktivierung republikanischer Werte, die er als eine Flucht vor den wirtschaftlichen und ideologischen Herausforderungen Anfang der 1990er Jahre bezeichnete.⁹²⁹

Im Konkreten verfolgte die versuchte Wiederbelebung der Debattenkultur drei Ziele: die Glaubwürdigkeit der Partei zu erhöhen, kollektive Zukunftsorientierung und Sinnstiftung in einem „Zeitalter der Leere“ zu bieten und die Intellektuellen aus ihrer selbst gewählten Isolierung herauszulocken.⁹³⁰ Bereits im Januar 1991 sorgte allerdings Mitterrands Entscheidung für die französische Teilnahme am Golfkrieg für eine Spaltung innerhalb der Partei. Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement bot im Januar 1991 seinen Rücktritt an und quer durch die verschiedenen Strömungen bildeten sich neue Konfliktlinien in der Partei, die sich in der Haltung zum *Nouvel Horizon* und in der Neugründung von Strömungen niederschlugen.⁹³¹ Die Wiederbelebung der ideologischen Debatten durch den Parteitag am *Arche de la Défense*, der den 1983 stillschweigend vollzogenen Politikwechsel mit dem politischen Diskurs versöhnen sollte, war gescheitert.

Die Professionalisierung der Politik war einer der Gründe, warum die Intellektuellen sich zunehmend aus der Politik zurückgezogen hatten.⁹³² Innerhalb der *Parti socialiste* hatte die Professionalisierung und Entideologisierung in den 1980er Jahren mit dem Wechsel von Pierre Mauroy zu Laurent Fabius eingesetzt. Im Gegensatz zu Mauroy, der die Tradition der *Parti socialiste* als Mitglieder- und Arbeiterpartei verkörperte, repräsentierte Fabius den Techno-

⁹²⁵ Vgl. Parti Socialiste 1992, S. 28

⁹²⁶ „Das intellektuelle Getöse und der Charme der Gestikulation, der das politische Debattieren und Handeln in Frankreich meistens umgab, war nie bloß unnützer Zierrat, sondern fungierte stets als ein wichtiges Mittel der Legitimation für die von den konkurrierenden politisch-intellektuellen Eliten offerierten Politikangebote.“ Schubert 2004, S. 315

⁹²⁷ Vgl. Bock 1992, S. 112

⁹²⁸ Vgl. Stephan 2001, S. 150

⁹²⁹ Vgl. Christadler 1999, S. 44f.

⁹³⁰ Vgl. Bock 1992, S. 107

⁹³¹ „Trotz der gut durchdachten Belegungskampagne um das Projet 2000 und trotz der ideologischen Offenheit (oder auch gerade wegen derselben) war die Freude an der politischen Diskussion und an der Gestaltung einer besseren Gesellschaft in den Reihen der Mehrheit der PS nicht zurückgekehrt, sondern die sozialistische Militanz war in die Randzonen der Partei abgewandert.“ Bock 1992, S. 109

⁹³² Vgl. Schubert 2004, S. 331f.

kraten, den *grand bourgeois*, der übermäßig begabt und mit Diplomen dekoriert war. Arbeitsminister Jean Auroux sprach von der *gauche bistro* und der *gauche techno*, die zwei unterschiedliche Schulen repräsentiere, wobei erstere der letzteren unterlegen sei.⁹³³ Die traditionellen Werte der *militants* und die Ideologie verloren in den 1980er Jahren an Bedeutung,⁹³⁴ während sich die Partei zur Regierungspartei wandelte. Die Anhänger von Fabius waren dementsprechend in überdurchschnittlich hohem Maße Mandatsträger.⁹³⁵ Die Sozialisten erreichten 1990 das Ende des von Mitterrand geprägten Zyklus von Épinay.⁹³⁶ Die strategische Komponente von Épinay – ein Linksbündnis mit den Kommunisten – sowie die ideologische Komponente – eine marxistisch und keynesianische Politik – hatten sich überholt. Was blieb, war die politische Dimension des Wahlerfolges, die es zu bewahren galt.

4.5.2 Europapolitik: Vollendung des Binnenmarkts und Gründung der Europäischen Union

Der neue Elan in der Europapolitik des französischen Staatspräsidenten und der Regierung seit 1984 bot eine gute Gelegenheit, die verlorene Mobilisierungsfunktion der Wirtschafts- und Sozialreformen der Regierung Mauroy zu ersetzen. Mitterrand und die Sozialisten erklärten Europa jetzt zum politischen Horizont der französischen Nation. Der Niedergang der kommunistischen Partei sowie die Konversion der Gaullisten zum Liberalismus und zur Europäischen Integration trugen dazu bei, dass der Europäische Integrationsprozess zu einer zentralen Frage des politischen Lebens in Frankreich wurde. Während im Präsidentschaftswahlkampf 1981 noch intensiv um die soziale Ausrichtung der Republik zwischen links und rechts gestritten worden war, kam es mit dem Politikwechsel vom März 1983 und vor dem Hintergrund einer weltweit einsetzenden neoliberalen Wende zu einer Europäisierung der französischen Politik unter nationalen Vorzeichen.⁹³⁷

War die französische öffentliche Meinung in den frühen 1980er Jahren noch relativ gleichgültig gegenüber dem Europäischen Integrationsprozess, so setzte Mitte der 1980er Jahre ein regelrechter „Europa-Boom“ ein, der vor den Wahlen im Jahr 1988 seinen Höhepunkt erreich-

⁹³³ Vgl. Sawicki, Mathiot 1999, S. 8; Die Technokratisierung der Politik kommt für Sawicki und Mathiot einer Sozialisation der Regierungs- und Kabinettsmitglieder gleich: „Tout en constatant qu’à partir de 1982-1983 la politique de l’emploi se technicisait du fait de la multiplication des dispositifs mis en œuvre pour traiter ‚socialement‘ le chômage, nous avons été amenés à mettre en évidence que cette évolution résultait moins de l’arrivée aux positions de responsabilité sectorielle d’acteurs correspondant aux caractéristiques ordinaires du technocrate, que d’un processus de conversion d’un personnel déjà en place à de nouveaux objectifs et à de nouveaux modes d’action.“ Diese Hypothese kann laut Sawicki und Mathiot auf weitere Politikfelder ausgeweitet werden.

⁹³⁴ Vgl. hierzu Sawicki 1994; vgl. zu dem neuen Kommunikationsstil: „Après Mauroy et son lyrisme de tribune du peuple de gauche, voici venu Fabius et son verbe mesuré, sans emphase, pédagogue, lisse, poli.“ Favier, Martin-Roland 1991, S. 172; vgl. auch den Übergang zu den „élites expertes“ bei Lefebvre, Sawicki 2006, S. 84ff.

⁹³⁵ Vgl. Sawicki 1994, S. 36: Im Vergleich der Anhänger von Jospin, Poperen, Rocard und Fabius, die beim Parteitag von Rennes 1990 einen eigenen Antrag einreichten, wird deutlich, dass nur 18,9 Prozent innerhalb der Strömung von Fabius kein Mandat ausübten, wohin gegen 40,5 Prozent der Anhänger Jospins, 51,4 Prozent der Anhänger Poperens und 41,8 Prozent der Anhänger von Rocard keine Mandatsträger waren.

⁹³⁶ Vgl. Grunberg 1993, S. 185; Dieses Argument diente bereits Michel Rocard, seine Politik der Öffnung zur politischen Mitte zu rechtfertigen. Vgl. Bock 1992, S. 110

⁹³⁷ Vgl. Richard 2006, S. 164ff.

te und in kaum einem anderen europäischen Land seinesgleichen fand.⁹³⁸ Die politische Einheit sollte nun postnational hergestellt werden. In den späten 1980er Jahren wurden in Frankreich viele Denkmuster, die zu Zeiten de Gaulles auf Frankreich beschränkt geblieben waren, auf Europa übertragen.⁹³⁹ Bezeichnend für diesen „Euro-Gaullismus“ war in erster Linie der neue geopolitische Raum, in dem die gaullistischen Ideen verwirklicht werden sollten. Ökonomische Stärke durch Protektionismus, die Förderung der (sicherheits-)politischen Unabhängigkeit, der Rang in der Welt und die Strahlkraft der Kultur waren nun nicht mehr allein auf Frankreich bezogen, sondern auf Europa.⁹⁴⁰ Das Scheitern der französischen Wirtschaftspolitik war ein Schlüsselmoment für die Europäisierung der nationalen französischen Identität und trug dazu bei, eingespielte nationalstaatliche Politikmuster infrage zu stellen.⁹⁴¹ Die Verwirklichung der gaullistisch inspirierten Zwecksetzungen via Europa schien in den 1980er Jahren greifbar. Der 1988 vorgelegte Cecchini-Bericht hatte eine günstige Entwicklung der europäischen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes prognostiziert. Darüber hinaus verloren die Supermächte in den 1980er Jahren an Einfluss.⁹⁴² Die französischen Bürger wurden unter Hinweis auf den positiven Zielhorizont 1992 zu einer nationalen Kraftanstrengung ermuntert und Europa wurde zum Garant der französischen Zukunft erklärt. Ohne Europa drohe Frankreich der Niedergang.⁹⁴³

„Offenkundig hatte die in allen politischen Lagern mit einem ausgeprägten Hang zur Übertreibung verbreitete Manie, den Teufel eines französischen Niedergangs an die Wand zu malen, ihre Motivbasis darin, eine *self-destroying prophecy* zu formulieren, um alle Kräfte zu mobilisieren, die eine negative Entwicklung verhindern konnten.“⁹⁴⁴

Während über den europäisierten Gaullismus an tradierte Denkmuster angeknüpft wurde, wurde gleichzeitig über die Normalisierung der französischen Politik debattiert. Der Anspruch an die universelle Geltung des eigenen Zivilisationsmodells sollte *ad acta* gelegt werden. Die französische Gesellschaft sollte sich mental und kulturell erneuern und von ihren Blockaden befreien, zum Beispiel über die Liberalisierung der Wirtschaftspolitik. Dieser Befreiungsschlag wurde jedoch auch zu einer Belastungsprobe des gesellschaftlichen Zusammenhalts.⁹⁴⁵ Für Frankreich ergab sich daraus laut Klaus Schubert ein spezifisches Identitätsrisiko: Der Verlust des Anspruches auf *grandeur* und *mission* der französischen Nation habe das französische Selbstbewusstsein stärker als andere Nationen getroffen, die derartige Ansprüche gar

⁹³⁸ Im Jahr 1988 war z. B. der Anteil französischer Studierender, die an einem Austauschprogramm (Erasmus oder Comet) teilnahmen so hoch wie in keinem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft, vgl. Benoit 1997, S. 11; Nicolaus Sauger führt die ungewöhnlich hohe Zustimmung zu Europa auch auf die Kohabitation zurück. Die von den zentralen Regierungsparteien getragene Regierungsverantwortung habe zu dem allgemeinen Konsens über Europa beigetragen. Vgl. Sauger 2008, S. 65

⁹³⁹ Vgl. Schubert 2004, S. 335; 349

⁹⁴⁰ Vgl. Schubert 1989, S. 557, vgl. auch Schubert 2004, S. 385

⁹⁴¹ Vgl. Schild 2003, S. 34

⁹⁴² Vgl. Schubert 2004, S. 338; 385

⁹⁴³ Vgl. Schubert 1989, S. 552, vgl. auch Schubert 1988

⁹⁴⁴ Schubert 2004, S. 338

⁹⁴⁵ Vgl. Schubert 2004, S. 332

nicht erst formulierten.⁹⁴⁶ Die französische Bevölkerung schwankte in den 1980er Jahren zwischen den Ungewissheiten der Postmoderne und der Europaeuphorie.⁹⁴⁷

Die entstandenen Unsicherheiten stärkten die *Front national*. Der neue Europadiskurs blieb allerdings nicht ohne Wirkung auf die rechtsextreme Partei. Sie warnte nicht mehr allein vor kultureller Überfremdung in Frankreich, sondern wollte auch die europäische Identität verteidigen. Lediglich die Kommunisten verweigerten sich dem neuen euro-gaullistischen Konsens. Sie befanden sich unaufhaltbar im Niedergang und konnten der Massenarbeitslosigkeit kein neues Politikkonzept entgegensetzen.⁹⁴⁸

Im Juni 1985 legte die Europäische Kommission ihr Weißbuch zur Vollendung des seit den Römischen Verträgen angestrebten Binnenmarktes vor. Der Europäische Rat von Mailand beschloss im selben Monat die Einsetzung einer Regierungskonferenz. Mit der 1986 unterzeichneten Einheitlichen Europäischen Akte wurde das Ziel der Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 bekräftigt. Zudem wurde die seit dem Luxemburger Kompromiss von 1966 blockierte Entscheidungsfindung im Ministerrat reformiert und der Übergang zur qualifizierten Mehrheitsentscheidung ermöglicht. Das Europäische Parlament wurde durch das Verfahren der Zusammenarbeit gestärkt und die Europäische Politische Zusammenarbeit, deren Grundlagen 1969 auf dem Gipfeltreffen von Den Haag gelegt worden waren, vertraglich festgeschrieben. Ferner wurde eine Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik vereinbart. Auch plädierte das von Jacques Delors vorgelegte Weißbuch für eine gemeinsame Währung.⁹⁴⁹

Zusätzlich erhielt die Europäische Gemeinschaft neue Zuständigkeiten in Politikfeldern wie Soziales, Forschung, Technologie und Umwelt. In der Sozialpolitik wurde der qualifizierte Mehrheitsentscheid im Bereich der Arbeitsumwelt und des Schutzes der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz eingeführt. In allen anderen sozial- und arbeitsrechtlichen Politikfeldern blieb es jedoch beim Einstimmigkeitsprinzip. Ferner wurde eine Grundlage für die Entwicklung des Dialogs der Sozialpartner auf europäischer Ebene geschaffen. Schließlich wurden auch die Strukturfonds aufgestockt, deren Umfang sich bis 1993 verdoppelte. Die Europäischen Sozialfonds, die mit den Strukturfonds eng verzahnt waren, wurden ebenfalls reformiert. Auf diese Art und Weise sollten die für die armen Mitgliedsländer erwarteten negativen Folgen des Binnenmarktes aufgefangen werden.⁹⁵⁰

⁹⁴⁶ Vgl. Schubert 2004, S. 333

⁹⁴⁷ Vgl. Ivaldi 2006, S. 53

⁹⁴⁸ Vgl. Schubert 1989, S. 555f.; vgl. zur PCF Richard 2006, S. 165

⁹⁴⁹ Vgl. Bossuat 2005, S. 174

⁹⁵⁰ Vgl. von Oppeln 2008, S. 88; vgl. auch Wielgoß 2002, S. 75f.

Während Mitterrand im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik Erfolge erzielte, konnte er sich gegen den Wirtschaftsliberalismus vor allem der Briten und Deutschen in der Sozialpolitik nicht durchsetzen: „Ein gemeinsamer, europaweit gültiger Erlass von sozialpolitisch relevanten Vorschriften war nicht einmal angedacht.“⁹⁵¹ Dies führte zur Kritik der PS. Ihr ging die Ausgestaltung der neuen Politikfelder Forschung und Technologie nicht weit genug. Vor allem bemängelte sie jedoch die unzureichenden Ergebnisse im Bereich der Sozialpolitik. Auch Mitterrand hatte sich ein besseres Ergebnis gewünscht und sprach von einem „compromis de progrès“.⁹⁵²

Im Juni 1985 wurde auch der Vertrag zum Beitritt von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet. Vor dem Hintergrund der Erweiterung sprach sich die PS für ein Europa à *géométrie variable* aus, indem politische Projekte, die nicht die Zustimmung aller Mitgliedstaaten finden, von einer kleineren Gruppe umgesetzt werden könnten.⁹⁵³ Nachdem in der *Assemblée nationale* im November 1985 über den Beitritt Spaniens und Portugals abgestimmt worden war, betonte die PS, der Beitritt sei eine Herausforderung gewesen, derer sich die Sozialisten und François Mitterrand durch eine gute Verhandlungsführung gestellt hätten. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Beitritten hätten die Sozialisten darauf bestanden, dass der Beitritt nicht um jeden Preis erfolgen sollte.⁹⁵⁴ Gerade Frankreich hatte bei den Fragen von Fischerei und Weinbau hart verhandelt, um den innenpolitischen Druck vor den 1986 anstehenden Parlamentswahlen abmildern zu können.

„In Frankreich entstand damals eine Debatte über die Kosten der Europäischen Gemeinschaft-Mitgliedschaft, denn das Land wurde erstmals zu einem Nettozahler der Gemeinschaft. Die Süderweiterung – das war jedem klar – würde diese ‚unbefriedigende Entwicklung‘ noch verstärken.“⁹⁵⁵

Nach dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1988 knüpfte Mitterrand für seine Ratspräsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft an sein Memorandum aus dem Jahr 1981 an. Er forderte einen europäischen Sozialraum und die Stärkung der Forschungs- und Technologiepolitik. So wurde unter französischer Ratspräsidentschaft am 9. Dezember 1989 in Straßburg die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte verabschiedet, in der soziale Mindestanforderungen festgelegt wurden. Großbritannien lehnte diese trotz fehlender Rechtsverbindlichkeit ab. Die Charta fand in Form des Sozialprotokolls Einzug in den Vertrag von Maastricht. Dieses ermöglichte den Erlass zusätzlicher sozialpolitischer Maßnahmen, die jedoch

⁹⁵¹ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 74

⁹⁵² Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 78

⁹⁵³ Vgl. L'Union européenne – déclaration du Parti socialiste, In: PS Info, Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 252, 6. Juli 1985, S. 5ff.

⁹⁵⁴ Vgl. Secteur Relations Internationales: Élargissement de la C.E.E. à l'Espagne et au Portugal – un défi en voie d'être gagné. In: PS Info, Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 265, 7. Dezember 1985, S. 4ff.

⁹⁵⁵ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 79

nicht für Großbritannien gelten sollten.⁹⁵⁶ Die PS sah in dem Sozialprotokoll einen Ausgleich zur Marktorientierung der Einheitlichen Europäischen Akte.⁹⁵⁷

Die Priorität der französischen Ratspräsidentschaft lag wegen der sich abzeichnenden Deutschen Einheit bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion. Bereits im Juni 1989 stimmte der Europäische Rat in Madrid dem sogenannten Delors-Plan zu. Lediglich die Briten lehnten ihn ab. Der Plan sah über drei Stufen die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion und einer gemeinsamen Währung vor. Frankreich hoffte über die Wirtschafts- und Währungsunion einen Teil der Kontrolle über Geld- und Bankwesen zurückzuerlangen, die innerhalb des Europäischen Währungssystems bei den Deutschen lag. Verschiedene Geldpolitiken in Europa sollten wieder möglich und eventuell dem ständigen Streben der Bundesbank nach Preisstabilität ein Ende gesetzt werden.⁹⁵⁸

Mitterrand drängte den zögernden deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zur Eile, da die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa eine verstärkte Einbindung der Bundesrepublik erforderten.⁹⁵⁹ Mit dem Mauerfall am 9. November 1989 wurde diese Einbindung zur Priorität der französischen Europapolitik. Gleichzeitig löste der Mauerfall in Europa eine regelrechte Euphorie aus: Im Osten entwickelte sich ein starker europäischer Ehrgeiz und in der öffentlichen Meinung im Westen eine große Sympathie und ein Wille zur Öffnung nach Osten.

Auf die europäischen Ambitionen der mittel- und osteuropäischen Staaten reagierte Mitterrand in seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989 mit dem Vorschlag einer europäischen Konföderation. Sie sollte das gesamteuropäische Gefüge bilden, in der eine in ihren Strukturen gefestigte westeuropäische Gemeinschaft und ein lockerer Verbund von mittel- und osteuropäischen Staaten inklusive Russlands, zusammenarbeiten könnten. Im Juni 1991 erklärte er in Prag, dass ein Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder noch Jahrzehnte dauern werde und beabsichtigte, die sich im Untergang befindende Sowjetunion einzubinden.

„Il rendait ainsi le projet doublement irrecevable pour des pays qui sortiraient de l'emprise soviétique et cherchaient l'arrimage le plus rapide à l'Union européenne. C'est là qu'est née à l'Est l'image d'une France hostile à l'élargissement dont elle n'a pas véritablement su se défaire depuis.“⁹⁶⁰

Auch gegenüber der Deutschen Einheit verhielt sich Mitterrand zurückhaltend. Kohls Vorstellung eines 10-Punkte-Plans zur Deutschen Einheit sorgte für Verstimmungen. Beim Treffen des Europäischen Rats in Straßburg vom 8. bis 9. Dezember 1989 musste Deutschland der Wirtschafts- und Währungsunion zustimmen. Es wird von einer eisigen Atmosphäre berichtet,

⁹⁵⁶ Vgl. Hillenbrand 2006, S. 445

⁹⁵⁷ Vgl. Cole 1996, S. 74

⁹⁵⁸ Vgl. Ross 2000, S. 91f.

⁹⁵⁹ Vgl. Bossuat 2005, S. 174; vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 85

⁹⁶⁰ Rupnik 2004, S. 15f.

in der Kohl einer nahezu tribunalartigen Befragung ausgesetzt wurde.⁹⁶¹ Mitterrand reiste seinerseits noch im Dezember 1989 in die DDR, was als eine unangebrachte Aufwertung eines Regimes im Niedergang interpretiert wurde. Erst Anfang Januar 1990 nach einer Aussprache in Mitterrands Landsitz in Latché stellte sich wieder ein Gleichklang in den politischen Initiativen Deutschlands und Frankreichs ein. So forderten Kohl und Mitterrand im April 1990 in einem gemeinsamen Brief, neben der bereits beschlossenen Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion eine zweite zur politischen Union einzuberufen. Im Dezember 1990 brachten Kohl und Mitterrand in einem weiteren Brief die Unionsbürgerschaft und die Kooperation in den Bereichen Justiz und Inneres ins Gespräch.

Die Europäische Gemeinschaft wurde zur ersten Säule der neu geschaffenen Europäischen Union, die ferner auf den Säulen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik beruhte. Die Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion waren innerhalb der ersten Säule angesiedelt. Nie zuvor in der Geschichte souveräner Staaten hatten diese freiwillig auf die Kontrolle über ihre nationalen Währungen verzichtet. Die Teilnehmerländer der Wirtschafts- und Währungsunion vereinbarten die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank, die nach deutschem Vorbild politisch unabhängig und über die Stabilität der Währung wachen sollte. Ferner setzte die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion die Erfüllung der sogenannten Maastrichter Kriterien voraus.⁹⁶² Für Frankreich hatte die Währungsunion oberste Priorität, um der Vorherrschaft der D-Mark zu entkommen und weltwirtschaftlich konkurrenzfähig zu bleiben. Daher war Frankreich bereit, eigene wirtschaftspolitische Positionen gegenüber Deutschland aufzugeben. So zog Frankreich sein Vorhaben eines *gouvernement économique*, das durch politische Entscheidungen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank abschwächen sollte, zurück.

„Dieses ‚Nachgeben‘ Frankreichs Deutschland gegenüber wird dann in der sog. Post-Maastricht-Debatte für heftigste Polemik und das Psycho-Drama des Maastricht-Referendums sorgen.“⁹⁶³

Die zweite und dritte Säule wurden im Gegensatz zur ersten intergouvernemental angelegt. Mitterrand wünschte sich zwar eine außenpolitische Stärkung Europas, jedoch sollte sichergestellt werden, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs in Form des Europäischen Rats die zentrale Entscheidungsinstanz waren. Die Konstruktion der drei Säulen macht den Kompromiss-Charakter zwischen der supranationalen und der intergouvernementalen Integration in Europa deutlich. Auf ein Bekenntnis zur europäischen Finalität – ob Bundesstaat oder

⁹⁶¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 94

⁹⁶² Die Maastrichter Kriterien sind: eine maximale Inflationsrate von höchstens 1,5 Prozent über der Rate des preisstabilsten Mitgliedsstaates des Vorjahres; eine maximale jährliche Neuverschuldung von drei Prozent des BIP sowie ein maximaler öffentlicher Schuldenstand von 60 Prozent des BIP. Vgl. ausführlich zur Wirtschafts- und Währungsunion: Kauffmann 2008, S. 271ff.

⁹⁶³ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 107

Staatenbund – konnte man sich nicht einigen. Nichtsdestotrotz bedeutete die Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht einen qualitativen Sprung in der Integrationsgeschichte.

4.5.3 Programmatik: Europa als Frankreichs Zukunft, aber nicht als heilige Vorhersehung

Die *Parti socialiste* vollzog bei den Parteitagen in Toulouse 1985 und Lille 1987 die Wende in der Europapolitik nach. Die Parteitage in Rennes 1990 und Bordeaux 1992 verdeutlichten hingegen die Entideologisierung und Präsidentialisierung der Partei. Mit dem außerordentlichen Parteitag am *Arche de la Défense* 1991 wollte die Partei eine programmatische und ideologische Antwort auf den vollzogenen Wandel des französischen Sozialismus geben, erzielte allerdings kaum eine Breitenwirkung.

Die Parteitage von Toulouse 1985 und Lille 1987 als Ausdruck der Europaeuphorie

Europa gewann nach dem gescheiterten sozialistischen Experiment ab 1984 innerhalb der Partei und der Gesellschaft eine politisch-kulturelle Mobilisierungsfunktion: Es sollte die Anpassung der Wirtschaftspolitik legitimieren und die Glaubwürdigkeit der Partei über die Verbindung von Europa, Modernisierung und sozialem Fortschritt wieder herstellen. Ein breites Bekenntnis zur Modernisierung sollte auch die innerparteiliche Geschlossenheit ermöglichen.⁹⁶⁴

Im Dezember 1984 fand eine *Convention nationale* zum Thema Modernisierung und sozialer Fortschritt statt. Dort gab es erste Anzeichen, dass die ökonomischen Konfliktlinien der 1970er Jahre sich zu wandeln begannen und neue Konfliktgegenstände entstanden.⁹⁶⁵ Dieser Modernisierungsdiskurs ergriff auch die Repräsentanten des linken Parteiflügels wie Jean Poperen und Jean-Pierre Chevènement. Letzterer hatte 1984 den politischen Club *République moderne* gegründet und benannte 1986 das CERES in *Socialisme et République* um.⁹⁶⁶

Der reine Modernisierungsdiskurs zeigte jedoch bald Verschleißerscheinungen,⁹⁶⁷ sodass die Modernisierung zunehmend über Europa erfolgen sollte. Als gelungenes Beispiel der Modernisierung wurden die europäische Forschungsinitiative Eureka (*European Research Coordination Agency*) und die Trägerrakete Ariane gewertet, mit denen das Forschungseuropa für die PS konkrete Formen annahm.⁹⁶⁸ Der französische „High Tech-Colbertismus“⁹⁶⁹ konnte also durch anspruchsvolle Programme auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Die PS führte damit ihre Modernitäts- und Fortschrittsdebatte über Europa fort und griff auch die von

⁹⁶⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 426

⁹⁶⁵ Vgl. Bergounioux 2001, S. 705ff.

⁹⁶⁶ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 157ff.

⁹⁶⁷ Vgl. Schubert 1989, S. 552

⁹⁶⁸ Vgl. Guérot 1996, S. 405

⁹⁶⁹ Schild 2008, S. 9

der politischen Rechten in Frankreich eingeführte Verfallsdebatte auf, die den französischen Niedergang bei ausbleibender Modernisierung prophezeite.⁹⁷⁰

Europa konnte aus dem Einflussbereich Rocard und seiner sozialdemokratischen Vorstellung von Europa herausgelöst werden.⁹⁷¹ Jegliche Spekulationen über eine Sozialdemokratisierung der Partei im Umfeld des Parteitag von Toulouse im Oktober 1985 wies diese von sich:

„Den Parteitag in Toulouse als ‚kleines Bad Godesberg‘ zu sehen [so Jacques Delors], überschätzt sicher seinen Stellenwert für die weitere Entwicklung der PS; das Thema der ‚Sozialdemokratisierung‘ wurde allenfalls gestreift.“⁹⁷²

Die Parteitage in Toulouse 1985 und Lille 1987 fanden jeweils ein Jahr vor den Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen statt. Die Stärkung des innerparteilichen Zusammenhalts blieb das leitende Motiv. Für die Parlamentswahlen 1986 war mit einem Sieg des rechten Lagers zu rechnen. Aus diesem Grund appellierte der *Premier secrétaire* Lionel Jospin in Toulouse an einen einheitlichen Antrag für den Parteitag. Dies sei politisch opportun, da die PS von links und rechts angegriffen werde. Rocard und Chevènement widersetzten sich jedoch diesem Streben nach Geschlossenheit. Rocard forderte mehr Klarheit (*lucidité*) in den Debatten.⁹⁷³ Das CERES wollte hingegen an einer sozialistischen Wirtschaftspolitik festhalten.⁹⁷⁴

In dem Leitantrag forderte die Partei die Vergemeinschaftung weiterer Politikfelder in Europa. Hierzu zählten vor allem Forschung und Technologie sowie die Sozialpolitik. Institutionelle Aspekte fanden kaum Erwähnung.⁹⁷⁵ Der Übergang zum qualifizierten Mehrheitsentscheid, der im Rahmen der Einheitlichen Europäischen Akte vorgesehen war, wurde nahezu nicht kommentiert. Die Einheitliche Europäische Akte wurde ohne wirkliche Debatte innerhalb der PS angenommen. Erst in späteren Dokumenten kritisierte die PS ihre liberale Ausrichtung.⁹⁷⁶

Der darauffolgende Parteitag von Lille 1987 fand während der Kohabitation statt. In dieser partiellen Oppositionsphase kam es zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Europapolitik. Krell führt dies auf die Möglichkeit der parteipolitischen Profilierung in einem Politikfeld zurück, das der Premierminister aus dem gegnerischen politischen Lager nicht besetzen wollte bzw. konnte, da es zur *domaine réservé* des sozialistischen Staatspräsidenten zähl-

⁹⁷⁰ Vgl. Guérot 1996, S. 404f.

⁹⁷¹ Vgl. Guérot 1996, S. 426

⁹⁷² Schäfer 1989, S. 218; vgl. auch Contribution de Lionel Jospin au congrès: „Le Parti socialiste doit-il devenir un parti social-démocrate ? A cette question, je réponds: si être social-démocrate c’est se distinguer du mouvement communiste, c’est fait. Si c’est croire au socialisme et à la démocratie, nous le sommes. Si c’est renoncer aux réformes de structures et à un secteur nationalisé fort, ne franchissons pas le pas !“ In: Le Poing et la Rose, Nr. 115, November 1985, S. 26

⁹⁷³ Vgl. le rapport d’André Laignel. Suite des débats après la commission des résolutions. In: PS Info, Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 254, 31. August 1985, S. 12, 7.

⁹⁷⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 420

⁹⁷⁵ Vgl. Guérot 1996, S. 426

⁹⁷⁶ Vgl. Cole 1996, S. 74

te.⁹⁷⁷ Bell und Criddle sehen in dem Appell an Europa und Modernisierung ein konsensfähiges Thema. Es sei nicht im Interesse der Partei gewesen sei, vor den Wahlen ideologische Probleme zu thematisieren, sodass der Parteitag von geringem Interesse gewesen sei. Jedoch habe es einen nahezu nicht wahrgenommenen Wandel gegeben: Die Partei habe ihre revolutionäre Rhetorik aufgegeben, um eine Regierungspartei werden zu können.⁹⁷⁸

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verließen die Sozialisten ihre auf die Gemeinschaftspolitiken konzentrierte Europavision und machten sich zum Verfechter der europäischen Unabhängigkeit. Die Existenz eines starken Frankreichs wurde zur Voraussetzung für ein unabhängiges Europa.⁹⁷⁹ So wurde in Anlehnung an euro-gaullistische Sichtweisen ein unabhängiges und starkes Europa gefordert – in außen- und zunehmend auch in sicherheitspolitischer Hinsicht. Hier wurde eine französische Vorstellung auf Europa übertragen, um die verloren gegangene Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene zu kompensieren.

Auch die Interpretation der Einheitlichen Europäischen Akte und des Binnenmarktes wurde konkretisiert. Mithilfe der vergemeinschafteten Politikfelder wie Handel, Industrie, Landwirtschaft oder Technologie sollte Europa Geschlossenheit nach außen demonstrieren und Frankreich ermöglichen, die Herausforderungen des Binnenmarktes zu bestehen.⁹⁸⁰ In der Bewertung des Europäischen Währungssystems wurde die deutsche Finanz- und Währungspolitik als Ursache für die Schwierigkeiten Frankreichs, das 1986 und 1987 wieder von einer Abwertungswelle betroffen war, herausgehoben. Für das Europäische Währungssystem sollten neue Ziele und Mechanismen definiert werden. Die vorrangige Orientierung an der Geldwertstabilität sollte um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik ergänzt werden.⁹⁸¹

Der bis 1992 zu realisierende Binnenmarkt wurde zwar zur Mobilisierung genutzt, jedoch spielte die Idee des Marktes nur eine untergeordnete Rolle. In den Vorstellungen der Sozialisten war der Binnenmarkt ein politischer Bereich, in dem weitere Politikfelder vergemeinschaftet werden konnten. Er wurde als Schritt zu einem europäischen Sozialraum gewertet.⁹⁸²

Die Forderung nach einem sozialen Europa hatte die Programmatik der PS seit ihrer Neugründung durchzogen. Während damit in den 1970er Jahren noch ein Gegenvorschlag zum bestehenden Integrationsprozess gemeint war, orientierte man sich Mitte der 1980er Jahre an den Gegebenheiten und agierte pragmatischer, teilweise sogar technokratisch. Das in den

⁹⁷⁷ Vgl. Krell 2009, S. 334

⁹⁷⁸ Vgl. Bell, Criddle 1994, S. 116

⁹⁷⁹ Vgl. Guérot 1996, S. 429

⁹⁸⁰ Vgl. Guérot 1996, S. 438

⁹⁸¹ Vgl. Krell 2009, S. 335

⁹⁸² Vgl. Guérot 1996, S. 439; vgl. auch Wielgoß 2002, S. 70f.

1970er Jahren geforderte sozialistische Europa wurde nun durch die Forderung nach einem sozialen Europa ersetzt,⁹⁸³ ohne dass dieser Begriff genauer definiert werden konnte.⁹⁸⁴

Für den Leitantrag des Parteitag von Lille 1987 wurde Mitterrands Formel übernommen: „La France est notre patrie – l’Europe notre avenir“.⁹⁸⁵ Die Debattenbeiträge verbanden die mobilisierende und hoffnungsvolle Rolle Europas mit der Gefahr des Niedergangs und führten damit die Debatten des Parteitag von Toulouse weiter. So hieß es in dem Beitrag von Jospin und seinen Anhängern, dass man ganz die europäische Karte spielen müsse, Chevènement und seine Anhänger wollten Frankreich über Europa wieder seine mondiale Rolle zurückgeben, Rocard forderte mit seinen Unterzeichnern, dass Europa das Herzstück der sozialistischen Projekte sein müsse. Alle Debattenbeiträge sprachen von der Verunsicherung der französischen Gesellschaft. Jospin ging davon aus, dass Frankreich zweifle (*la France s’interroge*). Chevènement sprach von einer Faszination des Niedergangs, dem Verlust an Selbstvertrauen und einem kulturellen und moralischen Kampf, den die Sozialisten führen müssten. Bei Rocard ist die Rede von sozialer Gewalt und dem Gesetz des Stärkeren.⁹⁸⁶

Auch die Suche nach der französischen Identität wurde bei dem Parteitag deutlich. So hieß es in dem nationalen Leitantrag für den Parteitag, die französische stehe zur europäischen Identität nicht in einem gegensätzlichen, sondern in einem komplementären Verhältnis.⁹⁸⁷ An der „Flucht nach Europa“⁹⁸⁸ beteiligte sich auch das zu *Socialisme et République* konvertierte CERES:

„Quel est le sens de la construction européenne ? Pourquoi la voulons-nous peut-être plus que d’autres ? Pourquoi ce désir d’Europe, cette passion d’Europe qui existe en France et qui n’existe peut-être pas au même degré dans d’autres pays de la communauté ? Parce que nous sentons bien que c’est dans cette fin du XXIème siècle le meilleur moyen d’exister toujours, de continuer à être les acteurs de l’histoire. Parce que nous sentions que c’est le moyen d’échapper au déclin et à la servitude qui accompagne inévitablement le déclin.“⁹⁸⁹

Pierre Guidoni gab hiermit der ideologischen Mäßigung des ehemaligen CERES Ausdruck.⁹⁹⁰ Mit der Hinwendung zu Europa ging für die PS auch ein Wandel des sozialistischen Selbstverständnisses einher. So erklärte Laurent Fabius beim Parteitag von Toulouse 1987, dass der Sozialismus über Europa modernisiert und die PS zur ersten wirklich europäischen Partei

⁹⁸³ Vgl. Krell 2009, S. 336

⁹⁸⁴ Vgl. Wielgoß 2002, S. 74ff.

⁹⁸⁵ Motion nationale d’orientation, adoptée: Rassembler pour gagner – Comprendre la réalité. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 119, Juni 1987, S. 10.

⁹⁸⁶ Vgl. Contributions au débat. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 116, Januar 1987, S. 3ff.

⁹⁸⁷ „Ainsi, l’identité de la France et celle de l’Europe, loin d’être des notions contradictoires, peuvent se révéler complémentaires, si nous savons voir loin et tenir bon.“, vgl. Motion nationale d’orientation, adoptée: Rassembler pour gagner – Comprendre la réalité. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 119, Juni 1987, S. 10.

⁹⁸⁸ Guérot 1996, S. 437

⁹⁸⁹ Pierre Guidoni. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 119, Juni 1987, S. 42.

⁹⁹⁰ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 157ff.

Frankreichs werden müsse. Kein Problem, mit dem die Sozialisten sich auseinandersetzen, könne künftig ohne einen europäischen Ansatz gelöst werden.⁹⁹¹

Der Parteitag von Rennes im März 1990 und das Ende des Ost-West-Konflikts

Das Jahr 1989 markiert nicht nur welt-, sondern auch parteipolitisch eine Zäsur. Die beispiellose Europaeuphorie, der die französische Gesellschaft und die *Parti socialiste* ergriffen hatte, wurde auf eine Bewährungsprobe gestellt. Der bis dahin gültige westeuropäisch geprägte Interpretationsrahmen für die Europapolitik wurde zum Auslaufmodell und forderte die Partei auf, „Europa neu zu denken.“⁹⁹²

Auf den Fall der Berliner Mauer reagierte die Partei zunächst mit Ratlosigkeit.⁹⁹³ In den darauf folgenden Jahren war die Position der Partei gegenüber den Umbrüchen in Osteuropa und der deutschen Wiedervereinigung wenig klar. Sie begrüßte die Überwindung des Systems von Jalta, dessen Ablehnung Teil des außenpolitischen Konsenses der V. Republik war. Ideologisch feierten die Sozialisten den Sieg über den Kommunismus. Von den eigentlichen Entscheidungszentren, in diesem Fall die deutsch-französischen Initiativen von Mitterrand und Kohl, war die Partei jedoch abgekoppelt.⁹⁹⁴

Die innerparteilichen Konflikte sowie die Skandale und Affären der Partei drängten die Europapolitik nach Jahren intensiver Beschäftigung in den Hintergrund.⁹⁹⁵ Der Parteitag von Rennes im März 1990 war – wie die Parteitage von Épinay 1971 und Metz 1979 – von personellen Querelen überschattet. In dem Antrag von Lionel Jospin, Pierre Mauroy und Louis Mermeas forderten diese dazu auf, nicht einen Kongress gegen Regierung, Partei und Parteiführung zu machen, sondern diese zu unterstützen.⁹⁹⁶ Die Partei müsse sich jedoch weiterentwickeln und zu einer besseren Debattenkultur beitragen. Auch die Strömung um Laurent Fabius, der unter anderen von Pierre Bérégovoy, Jack Lang oder Pierre Joxe unterstützt wurde, forderte zu einer tiefgreifenden Debatte auf, die schon seit 1981 nicht mehr stattgefunden habe.⁹⁹⁷

Europapolitisch stellte sich der Antrag von Jospin hinter die vom Staatspräsidenten getragene Europapolitik und bekräftigte den Vorschlag Mitterrands zu einer europäischen Konföderation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas. Auch Rocard und seine Anhänger forderten, Eu-

⁹⁹¹ Vgl. Laurent Fabius. In: *Le Poing et la Rose*, Nr. 119, Juni 1987, S. 41, 26.

⁹⁹² Beck, Grande 2004, S. 13

⁹⁹³ Vgl. Guérot 1996, S. 487

⁹⁹⁴ Vgl. (Guérot 1996, S. 504)

⁹⁹⁵ Vgl. Krell 2009, S. 337

⁹⁹⁶ Vgl. Motion 1: Pour le socialisme: un parti fort, uni, ouvert sur l'avenir. In: *Le Poing et la Rose – Motions nationales d'orientation – Congrès de Rennes*, 15.-18. März 1990, Nr. 130, Januar 1990, S. 9.

⁹⁹⁷ Vgl. Motion 5: Égalité. In: *Le Poing et la Rose – Motions nationales d'orientation – Congrès de Rennes*, 15.-18. März 1990, Nr. 130, Januar 1990, S. 118.

ropa auf einer neuen – möglicherweise konföderalen – Basis aufzubauen.⁹⁹⁸ Bei Jean-Pierre Chevènement und seinen Unterstützern von *Socialisme et République* bewirkte der Umsturz in Osteuropa ein Umdenken: Das neue Europa sollte in ihren Augen in Form einer Konföderation der Völker und demokratischen Nationen organisiert werden. Die Vision eines kleinen liberalen Binnenmarktes erscheine plötzlich ein wenig engstirnig und die Obsession von 1992, für die man so viele Dinge geopfert habe, ein wenig fehlgeleitet.⁹⁹⁹ Die Strömung um Fabius widmete dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa nur einen Absatz und sprach sich für eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft sowie eine Konföderation aus.¹⁰⁰⁰ Fast alle Anträge hatten gemeinsam, dass sie eine Vertiefung des Integrationsprozesses vor der Erweiterung in Richtung Osten forderten.¹⁰⁰¹ Im Hinblick auf die Osterweiterung kommt Guérot zu dem Schluss:

„Es ist interessant und auffällig zugleich, in welchem Maße sicherheitspolitische, strategische Erwägungen und Überlegungen betreffend Osteuropa und die sicherheitspolitische Architektur Gesamteuropas im Diskurs der PS zu diesem Zeitpunkt fehlten.“¹⁰⁰²

Deutschland wurde zwar in allen Anträgen als Unsicherheitsfaktor angedeutet, war jedoch kein leitendes Thema. Lediglich der Antrag von Marie-Noëlle Lienemann erwähnte ausdrücklich ein deutsches Recht auf Wiedervereinigung. Sie war auch die einzige, die nicht nur von einer Konföderation sprach, sondern von einer möglichen Osterweiterung.¹⁰⁰³

Die Europabegeisterung der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde relativiert. Fabius präzierte unter Rückgriff auf den Parteitag von Lille 1987, dass Europa zwar die Zukunft sei, aber nicht die Heilige Vorhersehung (*L'Europe est notre avenir, elle n'est pas la Sainte Providence*).¹⁰⁰⁴ Europa sei nicht die magische Lösung für alle Probleme. Es gelte zu klären, wie kompatibel das Vorgehen der Sozialisten mit dem Aufbau einer europäischen Gemeinschaft sei, die dem Einfluss der konservativen Regierungen und der Marktkräfte unterliege:

„Bref, nous n'agissons pas pour on ne sait quelle Communauté molle, bureaucratique et mercantile, mais pour une Europe forte, conforme aux intérêts de la France et à notre conviction de gauche.“¹⁰⁰⁵

In der Sozialpolitik forderte Fabius auf europäischer Ebene Mehrheitsentscheidungen sowie Fortschritte in den Bereichen Ausbildung und Forschung. Rocard schloss sich diesen Forde-

⁹⁹⁸ Vgl. Wielgoß 2002, S. 117

⁹⁹⁹ „Tout à coup, le petit ‚marché unique‘ libéral paraît un peu étriqué, et l'obsession de 1992, à laquelle nous avons sacrifié tant de choses, un peu dérisoire.“ Vgl. Motion 7: Agir en socialistes. Propositions pour une politique nouvelle. In: Le Poing et la Rose – Motions nationales d'orientation – Congrès de Rennes, 15.-18. März 1990, Nr. 130, Januar 1990, S. 159.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Wielgoß 2002, S. 117

¹⁰⁰¹ Vgl. Guérot 1996, S. 499

¹⁰⁰² Guérot 1996, S. 502

¹⁰⁰³ Vgl. Guérot 1996, S. 500; Vgl. zu den Auswirkungen der Deutschen Einheit auf die europapolitische Programmatik der PS: Guérot 1996, S. 487ff.; vgl. auch Krell 2009, S. 339ff.

¹⁰⁰⁴ Motion 5: Égalité. In: Le Poing et la Rose – Motions nationales d'orientation – Congrès de Rennes, 15.-18. März 1990, Nr. 130, Januar 1990, S. 118.

¹⁰⁰⁵ Motion 5: Égalité. In: Le Poing et la Rose – Motions nationales d'orientation – Congrès de Rennes, 15.-18. März 1990, Nr. 130, Januar 1990, S. 119.

rungen an. Die Strömung um Jospin verwies auf die bereits verabschiedete Sozialcharta und verlangte, mit der Wirtschafts- und Währungsunion auch die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken. Chevènement hielt die Sozialcharta hingegen für ein Papier ohne Konsequenzen. Seine Strömung setzte sich für die Vergemeinschaftung weiterer Politikfelder ein. Die Strömung um Mélenchon und Dray, die spätere *Gauche socialiste*, widmete sich am intensivsten der Sozialpolitik. Dem freien Kapitalverkehr müsse eine steuerliche Harmonisierung gegenübergestellt werden. Ähnlich wie Rocard forderten sie eine bessere Koordination auf europäischer Ebene, beispielsweise durch die Gründung einer transnationalen Partei.¹⁰⁰⁶

Auf dem Parteitag von Rennes wurde auch die neue Prinzipienklärung (*déclaration de principe*) der Partei angenommen und die noch aus dem Jahr 1968 stammende Erklärung überarbeitet. In Lille hatte man 1987 keine Einigung über eine neue Prinzipienklärung erzielen können. Streitpunkt war und blieb die Europäische Gemeinschaft, die die Strömung *Socialisme et République* nicht erwähnt wissen wollte. Mit den aktuellen Entwicklungen in Osteuropa war die Europäische Integration in ihren Augen mehr und mehr zu hinterfragen.¹⁰⁰⁷ Die Partei solle lediglich von Europa und nicht von der Europäischen Gemeinschaft sprechen. Dieses Europa solle den Mitgliedstaaten, die Mittel geben, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.¹⁰⁰⁸ Dieser Gedanke wurde schließlich übernommen, jedoch um die Aussage ergänzt, dass die Europäische Gemeinschaft – solange sie sich nicht auf einen einfachen Markt reduzieren lasse – eine treibende Kraft Europas sei. Die Sozialisten erklärten ferner, die Europäische Integration weiter vorantreiben zu wollen.¹⁰⁰⁹

Die Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht und der Golfkrieg

Nach Abschluss des Parteitags von Rennes im März 1990 wurden die europapolitischen Ereignisse – wie etwa die deutsch-französische Initiative zur Gründung einer politischen Union vom April 1990 – nicht weiter diskutiert. Als das *Bureau exécutif* im November 1990 eine europapolitische Erklärung zu den im Dezember 1990 beginnenden Regierungskonferenzen verabschiedete, nahmen die Anhänger Chevènements aus Protest nicht an der Abstimmung teil. Alistair Cole bezeichnet diese Erklärung jedoch als „the party’s fullest statement of European policy for almost twenty years.“¹⁰¹⁰

¹⁰⁰⁶ Vgl. Wielgoß 2002, S. 78f.

¹⁰⁰⁷ Vgl. Proposition de déclaration de principes présentée à la demande de Pierre Mauroy par une Commission de réécriture. In: Le Poing et la Rose, Nr. 128, Dezember 1989, S. 5.

¹⁰⁰⁸ Vgl. hierzu den Redebeitrag von Gérard Fuchs: „Alors, je voudrais sur ce point tenter de faire avancer un débat qui sera, je crois, l’un des grands débats des années qui viennent. Oui, les nations existent particulièrement en Europe et nous les voyons en ce moment revivre à l’Est. Oui, les nations représentent les communautés historiques et culturelles fondamentales de notre continent, mais pour autant, je prétends avec fermeté qu’elles ne représentent pas là non plus le terme d’une histoire qui devrait là encore, on ne sait pourquoi s’arrêter.“ In: Le Poing et la Rose, Nr. 133, November 1990, S. 30.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Déclaration de principe adoptée. In: Le Poing et la Rose, Nr. 130, Januar 1990, S. 3f.

¹⁰¹⁰ Cole 1996, S. 78; vgl. auch Jarreau 23.11.1990

Die interne Debatte der Partei ging in den Jahren 1990 und 1991 „relativ schnell wieder zur Normalität über“.¹⁰¹¹ Auch Jean-Pierre Chevènement gab an, die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht nicht im Detail verfolgt zu haben. Er habe die Bedeutung des Textes erst später entdeckt und es hätten sich ihm „die Haare auf dem Kopf gestäubt“.¹⁰¹²

Im Gegensatz zur Europapolitik führte der Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait zu einer tiefen Spaltung der Partei. Seit der ersten Januarhälfte 1991 wurde Mitterrands Beschluss zur Beteiligung französischer Truppen an den Kriegshandlungen der UNO-Streitkräfte im Irak öffentlich diskutiert. Auch innerhalb der *Parti socialiste* kam es zu Auseinandersetzungen. Chevènements Rücktritt als Verteidigungsminister im Januar 1991 führte zur Spaltung seiner Strömung *Socialisme et République*.

„Die Beteiligung Frankreichs am Krieg gegen den Irak an der Seite der USA war gemessen an der Auseinandersetzung zwischen Partei und Regierung vergleichbar mit der wirtschaftspolitischen Wende 1982/83 und sorgte für schwere Störungen zwischen der Partei und ihrer ehemals unbestrittenen Führungsfigur Mitterrand.“¹⁰¹³

Erst der Golfkrieg machte der PS die Tragweite und Notwendigkeit der deutsch-französischen Initiative zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik deutlich. Im Dezember 1991 äußerte sich die PS in der neu gegründeten Parteizeitschrift *Nouvelles internationales* zu den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht und begrüßte die Schaffung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Wirtschafts- und Währungsunion, die Demokratisierung des Europäischen Parlaments und die Vereinbarungen zum sozialen Europa.¹⁰¹⁴

Der Nouvel Horizon als ideologische Antwort auf die weltpolitischen Umbrüche

1990 kam es – kurz nach dem Parteitag von Rennes und parallel zu den europapolitischen Initiativen für den späteren Vertrag von Maastricht – zur Erarbeitung des neuen sozialistischen Projekts, das dem französischen Sozialismus eine langfristige Orientierung geben sollte. Es gab Anhörungen mit Experten und eine breit angelegte innerparteiliche Diskussion, die im Dezember 1991 am *Arche de la Défense* zum Abschluss geführt wurde. Die Debatten konnten jedoch nicht die Desorientierung nach dem Parteitag von Rennes, die Irritationen über den Golfkrieg sowie die allgemein konstatierte Repräsentationskrise auffangen.

Von 1990 bis 1991 verlor die PS 30.000 Mitglieder. Der Einladung des Projektverantwortlichen Michel Charzats zu einer Debatte in der Pariser Föderation folgten 14 von 6000 Personen. Dem linken Flügel gab der Zustand der Partei Anlass, sich neu zu formieren. So tagten parallel zu den parteiinternen Debatten unzufriedene Parteimitglieder, um die Linke neu zu

¹⁰¹¹ Guérot 1996, S. 504

¹⁰¹² Jean-Pierre Chevènement zitiert nach Krell 2009, S. 348

¹⁰¹³ Stephan 2001, S. 129

¹⁰¹⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 509

gründen. Auch gab es Treffen des *transcourant*, dessen Anliegen es seit 1985 war, den Einfluss der Strömungen zu verringern. Auch Jacques Delors beteiligte sich an diesen Treffen. Er lehnte den *consensus mou* in der Partei ab und befürwortete eine Weiterentwicklung der PS zur Sozialdemokratie. Hierfür suchte er Anleihen bei der christlichen Soziallehre.¹⁰¹⁵

Im Mittelpunkt des Programms *Nouvel Horizon* stand die gesellschaftliche Erneuerung angesichts der internationalen Veränderungen. Das Programm wurde laut Guérot zum Ausdruck der durch Europa bedingten Sozialdemokratisierung der Partei.¹⁰¹⁶ Von nun an kreuzten sich die Schicksale von Frankreich und Europa, vom französischen und europäischen Sozialismus. Ob es um die wirtschaftliche Entwicklung ging, um soziale Garantien, um die Steuerung von Bevölkerungsbewegungen oder den Umweltschutz: „L’Europe constitue l’espace pertinent pour mieux maîtriser l’avenir.“¹⁰¹⁷

Neu war die Bereitschaft der französischen Sozialisten, Europa die Mittel zu geben, um seine Ziele zu verwirklichen. Sie wollten Souveränität in Politikfeldern wie Währungs- und Verteidigungspolitik gemeinsam ausüben – wenn auch nicht aufgeben, wie Guérot bemerkt.¹⁰¹⁸ In institutioneller Hinsicht sprachen sie sich für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat und das Mitentscheidungsrecht für das Europäische Parlament aus. Auch sollte das Europäische Parlament ein Recht auf Gesetzesinitiative bekommen. Schließlich sollte die politische Union die gemeinsame Identität Europas fördern.

Die Debatten über das Programm zeigten aber auch kritische Bewertungen der aktuellen europapolitischen Entwicklungen. In der Einschätzung der Parteimitglieder kam es vor allem im deutsch-französischen Verhältnis zu einem Ungleichgewicht. Kritisiert wurde, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einem von Deutschland dominierten Europa führen könnte. Die Sozialisten seien in einem Dilemma, weil sie wirtschaftliche Entwicklungen nicht mehr durch staatliche Eingriffe steuern könnten.¹⁰¹⁹ In Bezug auf die Lage der Partei lehnten die Parteimitglieder die Führungskämpfe an der Parteispitze ab, die die innerparteiliche Debatte blockierten. Die „Verkopften“ (*grosses têtes*) – hiermit waren die Absolventen der *grandes écoles* wie der *Ecole nationale d’administration* gemeint – dominierten die Partei. Dies zeige sich in den langen Texten, die fast niemand mehr lese.¹⁰²⁰

Jean-Pierre Chevènement äußerte Zweifel an den Ambitionen der PS: Das neue Programm verliere sich im Nebel. Das neue Denksystem sei so komplex, dass es dazu dienen könne, die

¹⁰¹⁵ Vgl. Bock 1992, S. 108

¹⁰¹⁶ Vgl. (Guérot 1996, S. 509)

¹⁰¹⁷ Parti Socialiste 1992, S. 172; 155

¹⁰¹⁸ Vgl. Guérot 1996, S. 51 fff; vgl. auch Parti Socialiste 1992, S. 184

¹⁰¹⁹ Vgl. die Synthese der einzelnen Arbeitsgruppen zum Projekt in: Vendredi, Spécial „Projet“, Supplément à Vendredi, Nr. 107, 28. Juni 1991, S. 5.

¹⁰²⁰ Vgl. die Synthese der einzelnen Arbeitsgruppen zum Projekt in: Vendredi, Spécial „Projet“, Supplément à Vendredi, Nr. 107, 28. Juni 1991, S. 6.

eigene Ohnmacht zu theoretisieren und ein Alibi für die Passivität zu geben.¹⁰²¹ Julien Dray kam einige Jahre später beim Kongress von Brest 1997 auf den *Nouvel Horizon* zurück: Man solle nicht wieder den Fehler machen, den Kapitalismus in einem Moment für unüberwindbar zu erklären, in dem die anti-kapitalistischen Kräfte an Bedeutung gewinnen würden.¹⁰²²

Auch wenn die Parteimitglieder mit 81 Prozent der Stimmen sich für den Abschlusstext *Nouvel Horizon* aussprachen, so war die Tragweite des Textes sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei fraglich. Das Programm fand in den Medien relativ wenig Beachtung, da diese sich auf die Skandale der Regierung sowie die sinkenden Popularitätswerte von Edith Cresson und François Mitterrand konzentrierten. Von allen Parteiprogrammen seit 1971 sei der angenommene Text das bis dato am wenigsten in der Öffentlichkeit kommentierte Dokument, meinte Hans Manfred Bock.¹⁰²³

Der Parteitag habe, so Bell und Criddle, vor dem Hintergrund der vordergründig wenig strittigen Themen wie Europa und der Ablehnung der *Front national* vor allem die Ämter innerhalb der Partei neu verteilt: Fabius wurde Parteivorsitzender und Rocard virtueller Präsidentschaftskandidat.¹⁰²⁴ Sowohl inner- als auch zwischenparteilich blieben die Probleme der PS jedoch ungelöst. Die Differenzen, die der Parteitag hätte klären sollen, kamen in den parteiinternen Debatten der Jahre 1993 und 1994 wieder zum Vorschein – als ob der Parteitag nicht stattgefunden hätte, so Alain Bergounioux.¹⁰²⁵ Darüber hinaus zeigten die Niederlagen bei den Regional- und Kantonalwahlen im Jahr 1992, dass die öffentliche Meinung den Sozialisten weiter kritisch gegenüberstand und der Kurswechsel der Partei die Wähler nicht überzeugt hatte. So erklärte Daniel Vaillant im April 1992:

„On voit bien par ailleurs que le Congrès réussi de l’Arche n’a pas modifié la donne, que les changements qui ont suivi n’ont pas non plus traduit un changement dans l’opinion publique.“¹⁰²⁶

Der Parteitag von Bordeaux ein Jahr vor den Parlamentswahlen 1993

Beim außerordentlichen Parteitag von Bordeaux im Juli 1992 sollte ein Jahr vor den Parlamentswahlen ein sogenannter Vertrag für die nächste Legislaturperiode verabschiedet werden. Darüber hinaus war eine Kommission eingesetzt worden, die über organisatorische Reformen der Partei beraten hatte. Die Vorbereitungen liefen bereits als Mitterrand im Juni 1992 das Referendum über den Vertrag von Maastricht ankündigte. Der vom Parteivorstand im Mai

¹⁰²¹ Vgl. die Debatten der Partei, abgedruckt in: *Vendredi*, supplément zur Nr. 125, 2. Heft, 15. Dezember 1991, S. 3f.

¹⁰²² Vgl. die Debatten der Partei, abgedruckt in: *Vendredi*, supplément zur Nr. 125, 2. Heft, 15. Dezember 1991, S. 8.; vgl. Conseil national vom 27. September 1997. In: *L’hebdo des socialistes*, 10. Oktober 1997, S. 11.

¹⁰²³ Vgl. Bock 1992, S. 113

¹⁰²⁴ Vgl. Bell, Criddle 1994, S. 129

¹⁰²⁵ Vgl. Rüter – Alain Bergounioux 19.04.2006

¹⁰²⁶ Daniel Vaillant beim Comité directeur, 11.-12.04.1992, OURS – Intervention de Daniel Vaillant, S. 1.

1992 vorgelegte Text wurde also noch in der Perspektive der Parlamentswahlen von 1993 verfasst.

Europapolitisch sollte dem Vertrag von Maastricht eine neue Richtung gegeben und dieser weiterentwickelt werden, hieß es in dem Leitantrag des Parteivorstandes.¹⁰²⁷ Der Vertrag sei kein Ziel an sich, sondern nur ein Werkzeug, dessen Wirksamkeit davon abhängen würde, wer mit ihm arbeite. Nach Mitterrands Ankündigung stand der Parteitag jedoch ganz im Zeichen des Referendums. Die Partei verfolgte nun das Ziel, den Vertrag von Maastricht bekannt zu machen. Sie wollte vor allem die Arbeiter und Wähler der unteren sozialen Schichten ansprechen, die als besonders europa-kritisch galten. Das Hauptargument in der Kampagne sollte das soziale Europa sein.

Parteiintern wurde der politische Charakter der neu geschaffenen Europäischen Union herausgestellt, der den wirtschaftlichen Integrationsprozess dominieren sollte. Europa wurde auch als Instrument beschrieben, um Deutschland endgültig einzubinden und auf diese Weise den Frieden zu garantieren.¹⁰²⁸ Erneut wurde auf dem Parteitag ein Einheitsantrag präsentiert, von dem sich allerdings *Socialisme et République* und die *Gauche socialiste* distanzieren. Jean-Pierre Chevènement stellte zwar keinen eigenen Antrag, verurteilte jedoch in einem Beitrag die Politik der Sozialisten seit 1983. Der Liberalismus in Europa lasse den Sozialisten keinen Handlungsspielraum.¹⁰²⁹

Die Parteiführung stellte in Bordeaux fest, dass der Anti-Maastricht-Flügel in der Partei noch ein marginales Problem sei, aber die Ablehnung des Vertrags sich zu einem Flächenbrand in der Partei ausbreiten und einen grundsätzlichen Richtungsstreit auslösen könnte.¹⁰³⁰ Der Parteitag von Bordeaux, der als ein Parteitag der Sammlung (*rassemblement*) gewertet wurde, lief Gefahr, existierende Differenzen lediglich zu verschleiern. Die erneuten Untersuchungen zur illegalen Parteifinanzierung gegen den ehemaligen Schatzmeister Henri Emmanuelli hatten den innerparteilichen Zusammenhalt gefördert. Rocard wurde darüber hinaus mit seiner Rede auf dem Parteitag von Bordeaux endgültig zum designierten Nachfolger von Mitterrand für die Präsidentschaftswahl.¹⁰³¹

Während die sozialistische Regierung Anfang der 1990er Jahre eine intensive Europapolitik betrieb, befand sich die Partei in einem „außenpolitischen Dornröschenschlaf“¹⁰³² – unabhängig davon, dass in dieser Zeit die Weichen für den Europäischen Integrationsprozess neu ge-

¹⁰²⁷ Stratégie et programme: Un congrès de renouveau, premières propositions pour un contrat de législature – Texte présenté par le Comité directeur – premières propositions pour un contrat de législature – cinq repères pour continuer à avancer, In: Vendredi, numéro extraordinaire du Poing et la Rose, Nr. 145, 28. Mai 1992, S. 28ff.

¹⁰²⁸ Vgl. Guérot 1996, S. 534ff.

¹⁰²⁹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 385

¹⁰³⁰ Vgl. Guérot 1996, S. 537

¹⁰³¹ Vgl. Stephan 2001, S. 165

¹⁰³² Guérot 1996, S. 515

stellt wurden. Die Partei war durch innerparteiliche Konflikte blockiert, wie der Parteitag von Rennes gezeigt hatte. Auf die Parteimitglieder wirkte diese *politique politicienne* abschreckend. Die Vertrauens- und Repräsentationskrise machte sich damit nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch innerhalb der Partei bemerkbar. Der Zustand der Partei trug dazu bei, dass sich neue innerparteiliche Strömungen formierten.

4.5.4 Parteienwettbewerb: Nachlassende Bindung der Wähler an die Partei

Die Europaeuphorie der 1980er Jahre machte sich vor allem bei den Präsidentschaftswahlen 1988 bemerkbar. Ein pro-europäisches Bekenntnis war für die Kandidaten eine unabdingbare Voraussetzung im Wahlkampf.¹⁰³³ Mitterrand strebte danach, „Vater Europas“¹⁰³⁴ zu werden und konnte aus seinem europapolitischen Engagement einen Vorteil ziehen. Jacques Chirac erklärte hingegen die Einheitliche Europäische Akte zu seinem Erfolg. Sie sei nur ein Stück Papier gewesen, so Alain Juppé, bis Chirac an die Regierung gekommen sei.¹⁰³⁵

Die Kohabitation wirkte sich für die politische Rechte negativ auf den Wahlkampf aus. Die Amtsführung, die Zerstrittenheit im rechten politischen Lager und die aufstrebende rechtsextreme *Front national* schwächten sie. Gaullisten und Liberale traten bei den Präsidentschaftswahlen 1988 erneut gegeneinander an: Raymond Barre, der zwar seine organisatorische Unabhängigkeit betonte, aber von der UDF getragen wurde, kandidierte ebenso wie Jacques Chirac, der von der RPR unterstützt wurde.¹⁰³⁶ Wie bereits 1981 konnte Mitterrand von dieser Konstellation profitieren. Zudem war es ihm gelungen, seine Popularität während der Kohabitation zu steigern, sodass Michel Rocard seine Kandidatur hatte zurückziehen müssen.¹⁰³⁷

Mitterrand bereitete bereits im Wahlkampf eine Kooperation der Sozialisten mit den Anhängern Barres vor. Er stellte sich als Präsident aller Franzosen dar und verzichtete auf sozialistische Symbole und Vokabular. Der Wahlkampf stand unter dem Motto des vereinten Frankreichs (*La France unie*) und erstmals wurde nicht mehr um abweichende Gesellschaftsentwürfe und Grundsatzfragen gestritten.¹⁰³⁸ Mitterrand hatte auch kein klares Programm, sondern machte einen Brief an alle Franzosen (*Lettre à tous les Français*) zur Grundlage seines Wahlkampfes. Dort erklärt er die Europäische Integration zu einer seiner Prioritäten.¹⁰³⁹ Die Partei profitierte von Mitterrands Popularität und führte einen Wahlkampf für die *majorité*

¹⁰³³ Vgl. Benoit 1997, S. 7f.

¹⁰³⁴ Vgl. Schubert 1989, S. 553

¹⁰³⁵ Vgl. Benoit 1997, S. 10

¹⁰³⁶ Vgl. Schäfer 1989, S. 264

¹⁰³⁷ Vgl. Lévêque 1997, S. 197 Mitterrands Beliebtheitswert stieg von 1985 mit 33 Prozent auf 56 Prozent 1988, wohingegen Chiracs Wert von 54 Prozent 1986 auf 46 Prozent 1988 sank. vgl. Stephan 2001, S. 187f.

¹⁰³⁸ Vgl. Hüser 2000, S. 28

¹⁰³⁹ Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 42; „J'en appelle à la volonté nationale, au sens de la grandeur, à notre capacité d'union au service des grandes causes, et l'Europe en est une.“ Document No 15: François Mitterrand: Lettre à tous les Français, abgedruckt in: Hohl 2008, S. 126

présidentielle, mit der sie auch die Öffnung zur politischen Mitte akzeptierte, was ein Novum seit 1971 war.¹⁰⁴⁰

Im ersten Wahlgang überraschten das schlechte Abschneiden des kommunistischen Kandidaten André Lajoinie mit nur 6,8 Prozent der Stimmen sowie das beachtliche Ergebnis von Jean-Marie Le Pen mit 14,4 Prozent.¹⁰⁴¹ In den zweiten Wahlgang zogen erwartungsgemäß Mitterrand und Chirac ein. Das Wahlergebnis Mitterrands von 54 Prozent zeigte die Existenz einer „*génération Mitterrand*“.¹⁰⁴² Die Zustimmung ging über das traditionelle linke Lager hinaus und erreichte auch Anhänger der Kommunisten, der extremen Linken, der ökologischen Bewegung und sogar von Barre und Le Pen. Mitterrand gelang es jedoch nicht, die Dynamik der Präsidentschafts- auf die Parlamentswahlen zu übertragen. Nach Auflösung der Nationalversammlung wurde die linke Wählerschaft bei den Neuwahlen nicht durch den Kurs der Öffnung zur Mitte mobilisiert und Premierminister Michel Rocard konnte nach den Wahlen nur eine Minderheitsregierung bilden.¹⁰⁴³

Die Präsidentschaftswahlen hatten 1988 einen intensiven Wahlzyklus für die Partei eröffnet, dem eine Reihe erst- und vor allem zweitrangiger Wahlen folgte. Hierzu zählen neben den Parlamentswahlen 1988, die Kantonalwahlen im selben Jahr sowie die Kommunalwahlen 1989. Den vorläufigen Abschluss bildeten die Europawahlen im Juni 1989. Sie stießen aufgrund der vorherigen Wahlen auf relatives Desinteresse und registrierten einen Rekord bei der Wahlenthaltung. 51,3 Prozent der Wahlberechtigten nahmen nicht an der Abstimmung teil. Vor allem Bürger, die sozial benachteiligt waren oder wenig Interesse an der Politik zeigten, blieben den Wahlen fern. Unter den Nichtwählern wurden erneut mehr Anhänger der politischen Linken als der politischen Rechten vermutet, sodass von einer spezifischen Schwierigkeit des „*peuple de gauche*“ die Rede war.¹⁰⁴⁴ Staatschef Mitterrand hingegen ließ kurz vor der Europawahl im Mai 1989 erstmals den Empfangssaal im Elysée-Palast mit der Trikolore und der Europaflagge schmücken, um seinen Anspruch als „Vater Europas“ zu untermauern.¹⁰⁴⁵

Ziel der Sozialisten war es, sich über ein soziales Europa von den liberalen Vorstellungen der politischen Rechten abzugrenzen: „*L'Europe sera sociale ou ne sera pas*“.¹⁰⁴⁶ Im Wahlkampf nahm die PS beispielsweise Bezug auf die Europäische Sozialcharta. Europa wurde zum neu-

¹⁰⁴⁰ Vgl. Stephan 2001, S. 106; vgl. Schäfer 1989, S. 267

¹⁰⁴¹ Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 42f.

¹⁰⁴² Vgl. Lévêque 1997, S. 197; vgl. Stephan 2001, S. 187

¹⁰⁴³ Vgl. Bréchon 2004, S. 161f.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Habert 1996, S. 160ff.

¹⁰⁴⁵ Vgl. von Krosigk 1989, S. 35

¹⁰⁴⁶ Manifeste socialiste pour l'élection européenne. Introduction de Laurent Fabius. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 405, 13. Mai 1989, S. 1.

en Horizont für die politische Linke, was ihr Wahlslogan *Vers la nouvelle terre* zeigte.¹⁰⁴⁷ Die PS bemühte sich, die Europawahlen als politische Auseinandersetzung zu definieren. So erinnerte der Spitzenkandidat Laurent Fabius:

„Sous les professions de foi européennes, que trouve-t-on en effet sinon l'éternelle confrontation entre la gauche et la droite ?“¹⁰⁴⁸

Die Sozialisten sprachen sich für eine Stärkung der Institutionen und eine verbesserte demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament aus. Nach der Analyse Guérots blieben die Sozialisten jedoch einer intergouvernementalen Vorstellung Europas verpflichtet, da sie sich weiterhin auf die zu vergemeinschaftenden Politikfelder konzentrierten. In dem Wahlprogramm der französischen Sozialisten erklärten sie die Fragen nach Konföderation oder Föderation für überflüssig: Wenn sich die Mitgliedstaaten über die politischen Ziele geeinigt hätten, könne man auch mit Mehrheiten entscheiden.¹⁰⁴⁹

Ähnlich wie in den Jahren 1979 und 1984 fiel die innerparteiliche Debatte über die Inhalte des Manifests kurz aus.¹⁰⁵⁰ Die Verantwortlichen der Partei gingen im April 1989 selbst auf die fehlende Debatte ein. Sie führten diese auf den intensiven Wahlkalender der Jahre 1988 und 1989 zurück – vor allem auf die kurz vor den Europawahlen stattfindenden Kommunalwahlen.¹⁰⁵¹ Kritische Stimmen kamen bei der *Convention nationale* vor den Wahlen unter anderem von Jean-Pierre Chevènement und Marie-Noëlle Lienemann. Chevènement appellierte an die Sozialisten, für ihre europapolitischen Vorstellungen zu kämpfen. Europa sei zu wichtig, um es den Europäern zu überlassen.¹⁰⁵² Marie-Noëlle Lienemann forderte vergeblich, im Manifest auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ und eine europäische verfassungsgebende Versammlung Bezug zu nehmen. Der Antrag von Gérard Fuchs, der sich für eine Stärkung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft aussprach, wurde hingegen angenommen.¹⁰⁵³

99 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für das Manifest, aber nur 73 Prozent für die vorgeschlagene Liste.¹⁰⁵⁴ Diese war die eigentliche Herausforderung für die Partei. Die Liste wurde von Laurent Fabius angeführt und nicht wie üblich vom Parteivorsitzenden. Mit einem

¹⁰⁴⁷ So der Wahlslogan, vgl. z.B. auch *Conférence européenne des travailleurs*, 20. Mai 1989, Intervention de Laurent Fabius. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 407, 27. Mai 1989, S. 4.

¹⁰⁴⁸ Laurent Fabius: 18 juin 1989: Quelle Europe? In: Le Poing et la Rose. PS info. Spécial responsables. Nr. 410, 17. Juni 1989, S. 1.

¹⁰⁴⁹ Vgl. Guérot 1996, S. 478f; Vgl. auch: Manifeste socialiste pour l'élection européenne. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 405, 13. Mai 1989, S. 15.

¹⁰⁵⁰ Vgl. Lemaire-Prosche 1990, S. 117

¹⁰⁵¹ „Aurions-nous eu deux mois supplémentaires, les sections et les militants auraient pu être davantage impliqués, c'eût été mieux ! Mais n'oublions que, jusqu'à la fin mars, beaucoup d'entre nous étaient encore occupés à gérer les heureux résultats des Municipales.“ In: *Convention nationale* 22.-23. April 1989 – Intervention de Gérard Fuchs: Rapport sur le projet de manifeste. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 404, 29. April 1989, S. 6.

¹⁰⁵² Vgl. Jean-Pierre Chevènement – Débat général. In: *Convention nationale* 22.-23. April 1989, In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 404, 29. April 1989, S. 9.

¹⁰⁵³ Vgl. *Convention nationale* 22.-23. April 1989 – Intervention de Gérard Fuchs: Rapport de la commission des résolutions. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 404, 29. April 1989, S. 10.

¹⁰⁵⁴ Vgl. *Convention nationale* 22.-23. April 1989 – Résultats du vote indicatif. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 404, 29. April 1989, S. 2.

erfolgreichen Abschneiden bei den Wahlen konnte Fabius seinen Anspruch auf den Vorsitz geltend machen und seine *présidentiabilité* unter Beweis stellen.¹⁰⁵⁵ Als Präsident der Nationalversammlung wollte er sich ferner für ein besseres Verhältnis von nationalen und europäischen Abgeordneten einsetzen.¹⁰⁵⁶

Für die weiteren Plätze waren die einzelnen Strömungen sowie die Regionen zu berücksichtigen. Hinzu kam, dass der nationale Kurs der Öffnung sich auch in der Liste für die Europawahlen widerspiegeln sollte. Der zehnte Listenplatz sowie mindestens vier weitere Plätze wurden dem MRG überlassen. Ferner sollten wichtige Persönlichkeiten berücksichtigt werden wie Léon Schwartzberg, Nora Zaïdi von SOS Racisme oder Jean-Paul Benoît, *délégué général de l'Association des démocrates*.¹⁰⁵⁷

Bei den Wahlen gewannen die Sozialisten mit 23,61 Prozent der Stimmen zwar zwei Mandate hinzu, jedoch führte die hohe Zahl der Nichtwähler insgesamt zu einem eher enttäuschenden Ergebnis.¹⁰⁵⁸ Für die französischen Grünen bedeuteten die Europawahlen einen Erfolg. Mit einem Ergebnis von 10,6 Prozent der abgegebenen Stimmen überholten sie sogar die westdeutschen Grünen, in deren Schatten sie lange gestanden hatten.¹⁰⁵⁹ Im rechten Lager hatten sich Chirac und Giscard wieder einander angenähert und bildeten für die Europawahl eine gemeinsame Liste unter der Führung von Valéry Giscard d'Estaing. Simone Veil führte hingegen als Spitzenkandidatin eine eigene zentristische Liste an.

Liste	% Stimmen	Sitze
L'Union UDF-RPR (Giscard d'Estaing, UDF-RPR)	28,88	26
Majorité de progrès pour l'Europe (Fabius, PS)	23,61	22
Europe et Patrie (Le Pen, FN)	11,73	10
Les Verts – Europe – Écologie (Waechter, Verts)	10,6	9
Le Parti Communiste (Herzog, PCF)	7,71	7
Le centre pour l'Europe (Veil)	8,42	7

Quelle: Journal Officiel de la République Française

Im Laufe der dritten Legislaturperiode gaben nur 25 Prozent der französischen Europaabgeordneten ihr europäisches Mandat zugunsten eines nationalen Mandates oder Ministeramtes auf. Damit sank die Zahl der *turnover* im Vergleich zu den zwei vorangegangenen Legislaturperioden weiter (37,2 Prozent für die erste und 27,2 Prozent für die zweite Legislaturperiode).¹⁰⁶⁰ Ein Viertel der Europaabgeordneten betrachten ihr Mandat jedoch nach wie vor als einen unsicheren Baustein in der politischen Karriere. Im Gegensatz zur Nationalversamm-

¹⁰⁵⁵ Vgl. Stephan 2001, S. 155f.

¹⁰⁵⁶ Vgl. Convention nationale 22.-23. April 1989 – Intervention de Pierre Mauroy, Premier secrétaire. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 404, 29. April 1989, S. 3.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Convention nationale 22.-23. April 1989 – Intervention de Marcel Debarge, Rapport de la commission des résolutions. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 404, 29. April 1989, S. 3.

¹⁰⁵⁸ Vgl. Guérot 1996, S. 484

¹⁰⁵⁹ Vgl. Hoffmann-Martinot 1993, S. 13

¹⁰⁶⁰ Vgl. Beauvallet 2007, S. 88; Abweichende Zahlen finden sich bei Kauppi 2000, S. 4

lung, deren Abgeordneten – mit Ausnahme von 1986 – im Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen gewählt werden, führt das Verhältniswahlrecht bei den Europawahlen dazu, dass die etablierten Parteien verstärkt kleinere Parteien, politische ad hoc Zusammenschlüsse oder soziale Bewegungen als Konkurrenz für ihre Abgeordneten fürchten müssen.¹⁰⁶¹

1984 ist bereits als ein Jahr mit Scharnierfunktion für den Wandel des französischen Parteiensystems beschrieben worden. Das Ende der sogenannten *quadrille bipolaire*, das 1984 mit dem Aufstieg der *Front national* und dem Niedergang der PCF beobachtet wurde, hat sich bestätigt. Bei den Europawahlen 1989 ist neben diesem anhaltenden Trend vor allem der Aufstieg der französischen Grünen bemerkenswert. Der zweite Trend, der 1984 beobachtet wurde – die Europäisierung der politischen Klasse mit Regierungsambitionen – kann ebenfalls belegt werden und wurde besonders bei den Präsidentschaftswahlen 1988 deutlich.

4.5.5 Organisation: Professionalisierung der PS und Einrichtung eines Europasekretariats

Der Regierungswechsel zu Laurent Fabius steht für die Dominanz der Technokratie über das Politische. Der Zugang zu politischen Ämtern und Mandaten war nun nicht mehr abhängig von politischem Engagement oder der sozialen Herkunft, sondern von Expertenwissen. Der wachsende Anteil der Berufspolitiker innerhalb der PS erschütterte in zunehmendem Maße die Partei und ihre Moral.¹⁰⁶² Die Partei hatte den Politikwechsel 1983/84 lediglich nachvollzogen und geriet in ein Dilemma. Konnte sie mit dem Regierungsantritt 1981 noch als Vermittlerin und Ideenlieferantin der sozialistischen Politik fungieren, musste sie mit der Wende in der Wirtschaftspolitik ihren eigenen Grundsätzen zuwider handeln, um die innerparteiliche Geschlossenheit und damit auch den Rückhalt für die Regierung nicht zu gefährden.¹⁰⁶³

Fabius und seine Regierung verschärfte das Dilemma, indem sie über die Partei hinweg regierten. Sie bedienten sich den Möglichkeiten des „rationalisierten Parlamentarismus“, um die Fraktion zu disziplinieren.¹⁰⁶⁴ Der Widerstand der Partei zeigte sich im Konflikt um die Wahlkampfleitung 1986, die Fabius als Regierungschef und Vertreter der Mehrheitsfraktion für sich beanspruchte. Der Parteivorsitzende Jospin hielt hingegen an seiner Sichtweise fest, dass die Partei gemeinsam mit der Fraktion eine Einheit gegenüber der Regierung bilde.¹⁰⁶⁵

¹⁰⁶¹ Vgl. Kauppi 2000, S. 5

¹⁰⁶² Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 109f.

¹⁰⁶³ Die Greenpeace-Affäre im Juli 1985 machte den Zwiespalt zwischen ideologisch-moralischen Grundsätzen und pragmatischem Regierungsstil deutlich. Im Juli 1985 hatten zwei Angehörige des französischen Geheimdienstes einen Anschlag auf das Greenpeace-Schiff *Rainbow Warrior* verübt. Ein sich an Bord befindender Fotograf wurde getötet. Erst Ende August 1985 nahm das Bureau exécutif hier zu Stellung, in dem es von einem kriminellen Akt sprach. „Nach außen versuchte die PS also, ihre moralischen Ansprüche an die Politik zu vertreten, während andererseits der letztendlich verantwortliche und zurückgetretene Verteidigungsminister Charles Hernu auf dem Parteitag in Toulouse mit stehenden Ovationen empfangen wurde“, vgl. Stephan 2001, S. 82f.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Stephan 2001, S. 83

¹⁰⁶⁵ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 335f.

Die Beziehungen zwischen Regierung und Partei waren von 1988 bis 1991 besonders gespannt. Die Partei verstand sich nicht mehr als Vermittlerin der Regierungspolitik. Zwar unterstützte sie politisch und parlamentarisch die Regierung, trat jedoch gleichzeitig als externe Kritikerin der Regierungspolitik auf.¹⁰⁶⁶ Die Partei hatte die partielle Opposition zwischen 1986 und 1988 nicht genutzt, um sich organisatorisch und ideologisch neu aufzustellen: Die Parteiführung schien zu stark von der Parteibasis abgekoppelt, sodass sie vor allem kurzfristige Ziele wie den Wahlerfolg sichern wollte.¹⁰⁶⁷ Die ehemaligen Minister bereiteten innerhalb der Partei ihre Rückkehr in die Regierung vor. Die Anzahl der politischen Clubs innerhalb der Partei nahm zu und die jeweiligen Strömungen und ihre Vorsitzenden versuchten, sich zu profilieren und damit eine bessere Ausgangsbasis in der Nachfolge Mitterrands zu haben.¹⁰⁶⁸ Mit der erneuten Kandidatur Mitterrands bei den Präsidentschaftswahlen wurde die *Parti socialiste* zur Partei des Präsidenten. Sie machte Mitterrands Brief an alle Franzosen zu ihrem Parteiprogramm.¹⁰⁶⁹

„Die PS hatte sich in der ersten Amtszeit Mitterrands von einer Programmpartei mit charismatischem Führer zu einer Präsidentenpartei mit programmatischem Vakuum entwickelt.“¹⁰⁷⁰

Beim Parteitag von Rennes 1990 zerbrach die Synthese zwischen einer präsidentiellen und einer parteipolitischen Logik. Erstmals wurden öffentlich die Diskrepanzen zwischen selektiven Interessen und taktischen Manövern einerseits und kollektiven Interessen und ideologischen Positionen andererseits deutlich. Der Wahlerfolg war zum primären Ziel der Partei geworden und hatte das Verfassen von Parteiprogrammen sowie die Rolle der Parteimitglieder in den Hintergrund gedrängt.¹⁰⁷¹ Gegen diese Entwicklung formierte sich die *Nouvelle École socialiste* (bzw. spätere *Gauche socialiste*), der immer mehr die Rolle des CERES aus den 1970er Jahren zufiel.¹⁰⁷²

Um die innerparteiliche Debatte zu stärken, unternahm die Partei organisatorische Reformen. Bis zum Parteitag von Rennes wurde über die Anträge in den Sektionen per Mehrheitswahl entschieden, sodass am Ende eine Zuordnung fast aller Föderationen nach Strömungen möglich war, wodurch vertikale und horizontale Organisationsstrukturen sich überlagerten. Die Mehrheitswahl wurde 1990 durch das geheime *one-man-one-vote*-Verfahren abgelöst. Die

¹⁰⁶⁶ Alle Premierminister waren darum bemüht, die Beziehungen zu Partei und zur Fraktion zu verbessern: Rocard versammelte jede Woche die wichtigsten Minister und Führungskräfte der Partei. Edith Cresson hingegen führte diese Tradition nicht fort, traf sich jedoch mit den Vorsitzenden der sozialistischen Fraktionen und dem Parteivorsitzenden. Wegen ihrer fehlenden Verwurzelung in der Partei – sie gehörte vor ihrer Ernennung nicht zur Partielite – konnte sie die Partei jedoch nicht kontrollieren. Mit dem im April 1992 ernannten Premierminister Bérégovoy und dem Parteivorsitzenden Fabius entspannte sich das Verhältnis zwischen Regierung und Partei. Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 336f.; vgl. Murswieck 1999, S. 109; vgl. Stephan 2001, S. 136f.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Stephan 2001, S. 83

¹⁰⁶⁸ Vgl. Stephan 2001, S. 81ff.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 336

¹⁰⁷⁰ Stephan 2001, S. 107

¹⁰⁷¹ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 110

¹⁰⁷² Vgl. Stephan 2001, S. 209

Anteilstärke der einzelnen Strömungen bestimmte sich nun nicht mehr nach der Anzahl der Delegierten pro Föderation, sondern nach der tatsächlichen Stimmzahl der Mitglieder.¹⁰⁷³

Auf dem Parteitag von Bordeaux wurden im Juli 1992 weitere organisatorische Reformen beschlossen: Der Parteivorsitzende wurde in Zukunft durch die Parteitagsdelegierten in geheimer Wahl in zwei Wahlgängen gewählt. Die Föderationsvorsitzende wurde nach demselben Verfahren während der Föderationsparteitage gewählt. Das *Comité directeur* wurde in *Conseil national* umbenannt, das *Bureau exécutif* in *Bureau national*. Der Kongress sollte nur noch alle drei statt wie bisher alle zwei Jahre tagen.¹⁰⁷⁴

In den Vorschlägen der Kommission Vaillant wurde auch über eine mögliche Regionalisierung der Designation der Europaabgeordneten nachgedacht. Jedoch galt diese aufgrund des Wahlrechts für nicht realisierbar.¹⁰⁷⁵ Um der gestiegenen Bedeutung der Europäischen Integration gerecht zu werden, schlug die Kommission vor, die Mitgliedschaft der PS beim Bund der Sozialdemokratischen Parteien Europas in ihrem Statut festzuschreiben. Darüber hinaus sollte es möglich sein, dass Repräsentanten der europäischen sozialdemokratischen Parteien im *Conseil national* mit beratender Stimme teilnehmen. Ferner wurde vorgeschlagen, die französische Delegation der Sozialisten im Europäischen Parlament den Gruppen in der Nationalversammlung und im Senat gleichzustellen. Um die europapolitische Debatte innerhalb der Partei zu beleben, wurden gemeinsame Sitzungen der nationalen und europäischen Abgeordneten angeregt sowie regelmäßige Berichte der Europaabgeordneten in den Föderationen der Partei gefordert.¹⁰⁷⁶

Bereits 1987 hatte die Partei mit der Einrichtung eines Europasekretariats die europapolitische Debatte neu belebt. Zeigte in den 1970er Jahren die Einrichtung eines Sekretariats für die Beziehungen zur Dritten Welt den Einfluss des *Tiersmondisme*, so kann in den 1980er Jahren auf eine gewachsene Bedeutung der Europafrage geschlossen werden. Die Partei hatte eine neue Instanz der Reflexion geschaffen.¹⁰⁷⁷ Leitendes Motiv bei der Einrichtung des Sekretariats war allerdings auch, dass nach dem Parteitag von Lille dem als *Socialisme et République* ideologisch gemäßigten CERES ein Posten in den Führungsinstanzen der Partei zustand.¹⁰⁷⁸

Pierre Guidoni hatte ein internationales Profil und schon in den 1970er Jahren im CERES eine Position vertreten, die zu der Einschätzung führte, dass dieser sich nur „versehentlich“ beim

¹⁰⁷³ Vgl. Stephan 2001, S. 200f.

¹⁰⁷⁴ Vgl. Stephan 2001, S. 202; Vgl. PS: objectif renouveau. In: Vendredi, Nr. 146, 29. Mai 1992, S. 4.

¹⁰⁷⁵ Vgl. Daniel Vaillant. In: Comité directeur, 11.-12.04.1992, OURS – Intervention de Daniel Vaillant, S. 6., vgl. auch Ré dynamiser le Parti socialiste – propositions pour le renouveau. In: Comité directeur, 23. / 24. Mai 1992, OURS, S. 3.

¹⁰⁷⁶ Vgl. Ré dynamiser le Parti socialiste – propositions pour le renouveau: Mettre le Parti à l'heure de l'Europe. In: Comité directeur, 23. / 24. Mai 1992, OURS, S. 6.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Rapport statutaire, Questions européennes: Pierre Guidoni – Gérard Fuchs, secrétaires aux Affaires européennes et de Sécurité. In: Le Poing et la Rose, Nr. 129, Januar 1990, S. 20f.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Rüther – Jacques Huntzinger 07.04.2006

CERES engagierte.¹⁰⁷⁹ Seiner Ernennung zum Europasekretär stellte durch den ihm übergeordneten Sekretär Louis Le Pensec keine Gefahr für die europapolitische Linie der Partei dar. Le Pensec war bekennender Europäer und trug von 1985 bis 1988 die Verantwortung für das Internationale Sekretariat.¹⁰⁸⁰

Pierre Guidoni trat 1988 die Nachfolge Le Pensecs an und der *rocardien* Gérard Fuchs rückte ins Europasekretariat nach. Fuchs hatte sich in der Partei bereits in den 1970er Jahren mit Europafragen beschäftigt und war 1981 erstmals ins Europäische Parlament eingezogen. 1989 wurde er erneut ins Europäische Parlament gewählt.¹⁰⁸¹ Mit seiner Übernahme des Europa-sekretariats wurde es um Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erweitert.¹⁰⁸²

4.5.6 Transnationales: Gründung der Sozialdemokratischen Partei Europas

Der neue europapolitische Elan der französischen Regierung und vor allem des französischen Präsidenten wurde in der Entsendung des Superministers Jacques Delors nach Brüssel deutlich.¹⁰⁸³ Dieser wurde 1985 zum Kommissionspräsidenten ernannt und stellte damit eine wichtige Verbindungsstelle für die französische Politik dar. Der *upload* französischer Interessen auf die europäische Ebene konnte auf diese Weise über persönliche Strukturen gesichert werden. Dies entspricht dem französischen personalisierten Politikstil und einem *lobbying à la française*.¹⁰⁸⁴

Die Entwicklung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien verlief dagegen schleppend.¹⁰⁸⁵ Die Parteien debattierten seit Mitte der 1980er Jahre, ob innerhalb des Bundes mit Mehrheiten entschieden werden sollte. Die portugiesischen, spanischen und französischen Sozialisten sprachen sich dafür aus, die Sozialdemokraten des Nordens mit Einschränkungen dagegen. Auch bei der programmatischen Arbeit konnten die bestehenden Divergenzen nicht überwunden werden – wie beispielsweise im gemeinsamen Manifest für die Europawahlen. Die Iren lehnten eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ab. Die Briten hielten die Passagen des Manifests über die europäischen Institutionen für zu umfangreich und wiesen die philosophischen, teilweise auch radikalen Formulierungen zurück, weil sie in Großbritannien nicht einsetzbar seien.¹⁰⁸⁶

Wie schwierig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit war, zeigten allein die Beziehungen zwischen PS und SPD. So gab es zwar in den 1980er Jahren Arbeits- und Reflexionsgruppen

¹⁰⁷⁹ Vgl. World Biographical Information System Online, Quelle: Thierry Pfister. Les socialistes. 1977; Der Bruch mit Chevènement erfolgte Anfang der 1990er Jahre – unter anderem über den Irakkrieg. Guidoni schloss sich 1993 Jospin an. Vgl. Ratier 1996, S. 301

¹⁰⁸⁰ Vgl. Rütther – Maurice Braud 28.09.2005

¹⁰⁸¹ Vgl. Hébrard 2008, S. 937

¹⁰⁸² Vgl. Rapport statutaire, Questions européennes: Pierre Guidoni – Gérard Fuchs, secrétaires aux Affaires européennes et de Sécurité. In: Le Poing et la Rose, Nr. 129, Januar 1990, S. 20f..

¹⁰⁸³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 71

¹⁰⁸⁴ Vgl. Schmidt 1999, S. 163ff.

¹⁰⁸⁵ Vgl. Moschonas 2005, S. 532

¹⁰⁸⁶ Vgl. Bossuat 2004, S. 54

zu Sicherheits- und Wirtschaftsfragen, jedoch handelte es sich eher um temporäre Kontakte. Die Zielsetzung war in der Regel der Informationsaustausch, nur einmal (und erstmals) gelang es im Europabereich eine gemeinsame Stellungnahme zu verfassen. In der Zeit zwischen 1989 und 1993 blieben Versuche, die bilaterale Zusammenarbeit wiederzubeleben erfolglos.¹⁰⁸⁷

Die „Stunde der europäischen politischen Parteien“¹⁰⁸⁸ schlug mit den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht. Auf Initiative des Europäischen Parlaments wurde in dem Vertrag die Rolle der politischen Parteien bei der europapolitischen Willensbildung betont.¹⁰⁸⁹ Unter Berufung auf den Parteienartikel gründeten am 9. November 1992 die zwölf sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Union und der vier Kandidatenländer Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE).¹⁰⁹⁰ Erstmals seien die verschiedenen sozialdemokratischen Parteien darin übereingekommen, die Europäische Integration vorantreiben zu wollen, so Gérard Grunberg. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und der wachsende Einfluss der Globalisierung hätten die begrenzten Möglichkeiten nationaler Programme und Rezepte deutlich gemacht.¹⁰⁹¹ Somit begannen die sozialdemokratischen Parteien aus pragmatischen Gründen, eine organisierte Präsenz auf supranationaler Ebene zu entwickeln. Ein gemeinsamer politischer Wille zum Handeln war allerdings erst Ende der 1990er Jahre zu erkennen.¹⁰⁹²

Die SPE verfolgte ein doppeltes Ziel: Erstens wollte sie die Ambitionen nationaler Parteien auf europäischer Ebene unterstützen und zweitens einen organisatorischen Rahmen bilden, in dem transnationale Parteibeziehungen gepflegt werden konnten. Die SPE existiere für ihre Mitglieder, aus ihren Mitgliedern und auch unabhängig von ihren Mitgliedern, insofern man wie Ladrech von einer Eigendynamik europäischer Institutionen ausgeht.¹⁰⁹³ Die nationalen Parteien sollten weiterhin die Lücke zwischen den nationalen Wählern und den europäischen Institutionen schließen.¹⁰⁹⁴ Die Europäischen Parteien sind als eine Dachorganisation oder ein Netzwerk zu verstehen, das keine neue Hierarchieebene über den lokalen, regionalen und nationalen Ebenen der Parteien bildet. Sie existieren parallel zur nationalen Ebene. Ladrech gebraucht den Begriff des Parteiennetzwerks:

„Party networks defines the transnational party federation as more than simply an organizational tool of national parties for reducing transaction costs, but also as a site for

¹⁰⁸⁷ Vgl. Wielgoß 2002, S. 169ff.

¹⁰⁸⁸ Vgl. Dimitris Th. Tsatsos zitiert nach Mittag 2006, S. 19

¹⁰⁸⁹ Vgl. Maurer, Mittag 2006, S. 170

¹⁰⁹⁰ Die grünen Parteien wandelten 1993 ihre Konföderation aus dem Jahre 1984 um in „Europäische Föderation Grüner Parteien“, die Föderation der Liberalen Parteien im selben Jahr in „Europäische Liberale, Demokratische und Reform Partei“; Ende 1997 fusionierten die Europäische Union der Christlichen Demokraten und die Europäische Volkspartei zur EVP-ED; erst im Mai 2004 fand der Gründungskongress der Partei der Europäischen Linken statt.

¹⁰⁹¹ Vgl. Grunberg 1995, S. 39f.

¹⁰⁹² Vgl. Ladrech 2000, S. 5

¹⁰⁹³ Vgl. Ladrech 2000, S. 12ff.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Ladrech 2000, S. 132f.

mediating party family ideological positions with national party adaptation to the EU institutional and policy system, a managed response to Europeanization.¹⁰⁹⁵

Ladrech hält es für sinnvoll, die SPE als eine Art *advocacy coalition* zu denken. Es handelt sich dabei um eine Koalition von Akteuren, die ein bestimmtes Wertesystem teilen und die mit der Zeit ein nicht zu vernachlässigendes Niveau der Koordination aufweisen.¹⁰⁹⁶ Alle Europäischen Parteien verfügen organisatorisch über einen Kongress, einen Vorstand, ein Sekretariat und in der Regel ein Treffen der Parteiführer.¹⁰⁹⁷ Letzteres verdeutlicht die noch immer zentrale Rolle der nationalen Parteien.¹⁰⁹⁸ Hinzu kommen offizielle und informelle Kommissionen und Arbeitsgruppen, Parteiräte und etwa Jugendorganisationen wie die *European Community Organisation of Socialist Youth* (ECOSY) bei den Sozialdemokraten.¹⁰⁹⁹ Der Kongress der SPE tagt alle zwei Jahre und legt die Parteistatuten fest, bestimmt die politischen Leitlinien, verabschiedet die gemeinsamen Wahlprogramme und wählt den Vorstand, dem jeweils zwei Vertreter jeder Mitgliedspartei angehören müssen. Die innerparteiliche Beschlussfassung erfolgt im Konsens, bei denjenigen Bereichen, in denen der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit entscheidet, werden Beschlüsse mit 75 Prozent der abgegebenen Stimmen gefasst, wenn mindestens 75 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

Der Parteienartikel des Vertrags von Maastricht beinhaltet keine Anerkennungskriterien für Europäische Parteien oder klärt deren Finanzierung. Diese erfolgt über die ihnen nahe stehenden Fraktionen im Europäischen Parlament. Erst mit dem Vertrag von Nizza wurde auf Initiative des Europäischen Parlaments die Möglichkeit vorgesehen, diese Defizite auf dem Wege des Mitentscheidungsverfahrens zu beheben und ein Parteiengesetz zu verabschieden.

4.5.7 Fazit: Stärkung Europas im Interesse Frankreichs

Die Europäisierung der *Parti socialiste* erfolgte von 1984 bis 1992 in erster Linie durch die Neudefinierung nationaler Interessen. Die Europäische Integration ersetzte die verlorene mobilisierende Funktion der Wirtschafts- und Sozialreformen der ersten Regierungsjahre der Ära Mitterrand. Durch die europäische Öffnung sollten die Reformkosten und die politische Verantwortung auf Europa übertragen werden. Die Zustimmung zu neuen makroökonomischen

¹⁰⁹⁵ Ladrech 2000, S. 88

¹⁰⁹⁶ Vgl. Ladrech 2000, S. 110

¹⁰⁹⁷ Vgl. hierzu und zum Folgenden Maurer, Mittag 2006, S. 171ff.

¹⁰⁹⁸ Vgl. Ladrech 2000, S. 94

¹⁰⁹⁹ Zu den Gründern von ECOSY zählte 1992 der französische Sozialist Philip Cordery. Er war bis 1997 Generalsekretär der Jugendorganisation. Von 1998 bis 2004 leitete er die Internationale Abteilung der PS und wurde im Juni 2004 Generalsekretär der SPE. In der Internationalen Abteilung der PS folgte im Maurice Braud nach. Vgl. <http://www.pes.org/en/content/philip-cordery> (zuletzt geprüft: 01.03.2009)

wirtschaftlichen und finanziellen politischen Regimen konnte Reformen im eigenen Land erzwingen und die eigene Schwäche bei deren Durchsetzung kompensieren.¹¹⁰⁰

Im Hinblick auf den bis 1992 zu realisierenden Binnenmarkt mussten die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft makroökonomische Anstrengungen unternehmen, die sie vor große Herausforderungen stellten. Ziel dieser Reformen war es, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Frankreich über den europäischen Binnenmarkt zu fördern. In einer verbesserten wirtschaftlichen Lage hoffte die politische Linke, die enttäuschten Wähler zurückzugewinnen. Es wurde bewusst eine Strategie des *uploads* französischer Interessen auf europäische Ebene gewählt: „Diskursiv wurde Frankreich also nicht *europäisiert*, sondern Europa wurde *französisch*“.¹¹⁰¹

Für die französischen Wähler waren die Vertragsreformen und das politische System der Europäischen Gemeinschaft schwierig nachzuvollziehen. Zwar existierte eine regelrechte Europaeuphorie in Frankreich, sodass die Franzosen zu den Vorreitern der europäischen Idee gehörten, allerdings versteckten sich hinter dieser grundsätzlichen Zustimmung widersprüchliche und ambivalente Haltungen zum Integrationsprozess:

„Le degré d’adhésion à la construction européenne chez les Français n’est égal qu’à celui de leur ignorance des phénomènes qu’elle recouvre.“¹¹⁰²

Auch zeigte sich in dieser Hochphase der französischen Europabegeisterung bereits eine Spaltung der öffentlichen Meinung nach sozioökonomischen Faktoren. So waren Arbeiter und Bauern wesentlich skeptischer als beispielsweise Führungskräfte.¹¹⁰³ Zu dem neuen europapolitischen Ehrgeiz der Regierung hatte sich keine europäische politische Kultur herausgebildet. Die europäische Politik wurde weiterhin national gedacht.¹¹⁰⁴ Auch für die sozialistische Partei kann festgehalten werden, dass ihr Grad der Zustimmung zur Europäischen Integration etwa dem Grad der Ignoranz für die Phänomene entsprach, die dieser Integrationsprozess mit sich brachte.

Während der Europäische Integrationsprozess eine entscheidende Vertiefung erfuhr, verschob sich das inner- und zwischenparteiliche Kräfteverhältnis bei den französischen Sozialisten und im französischen Parteiensystem. Die Europawahlen 1984 und 1989 führten zu einer Stärkung der *Front national* und der Grünen. Innerparteilich ging die Partei von einer Oppositions- zu einer Regierungskultur über und befand sich damit auf dem Weg zu ihrer Präsiden-

¹¹⁰⁰ Vgl. Ross 2000, S. 257

¹¹⁰¹ Vgl. Seidendorf 2008, S. 36

¹¹⁰² Percheron 1991, S. 383

¹¹⁰³ Vgl. hierzu die detaillierte Analyse bei: Percheron 1991

¹¹⁰⁴ „There was little European political culture, and issues of European integration were rarely foregrounded in national political debates, particularly in France. Parties and interest groups continued to work according to their traditional focus.“ Ross 2000, S. 91; Eine Studie aus dem Jahr 1994 zeigt, dass das Vertrauen Frankreichs in die Konformität zwischen Entscheidungen der Europäischen Union und den nationalen Interessen sehr hoch ist. In Deutschland beispielsweise ist sie nur durchschnittlich wohingegen es in Spanien oder Großbritannien nur schwach ausgeprägt ist. Vgl. Cayrol 1995, S. 186

tialisierung. Ihr politisches Handeln war zunehmend auf das Gewinnen von Wahlen ausgerichtet und wurde durch den Wettstreit potentieller Präsidentschaftskandidaten geprägt. Parteiführung und -basis koppelten sich voneinander ab. Durch die Präsidentialisierung der Partei und ihrer Strömungen verloren jedoch die Parteimitglieder an Einfluss. Sie dienten als Mehrheitsbeschaffer für präsidentielle Ambitionen. Die ohnehin schwache Ausprägung einer Mitgliederpartei der 1970er Jahre verschob sich in den 1980er Jahren zugunsten der Mandatsträger. Es war weniger attraktiv innerhalb der Partei Karriere zu machen als ein Regierungsamt anzustreben.¹¹⁰⁵

Der Diskurs, der Europa zu Frankreichs Zukunft erklärte, basierte auf unterschiedlichen Wahrnehmungsmustern. Dies war umso wahrscheinlicher, da der Diskurs ambivalent war und in einem Zeitalter der Leere und der Verunsicherung der Postmoderne Zuversicht bieten sollte. Die Partei nahm die Rolle einer pro-europäischen Kraft aktiv wahr, jedoch entsprach das Europabild nicht notwendigerweise der Realität. In den Diskursen kreuzten sich nationale und europäische Normen, aber sie trugen den Charakter von Formelkompromissen und blieben anfällig für Deutungskonflikte. Der *Nouvel Horizon* ist hierfür ein gutes Beispiel. Nur wenige Jahre später brachen die Konflikte wieder auf, die der Sonderparteitag auf dem Wege einer Sozialdemokratisierung hätte klären sollen.

4.6 Europäisierung und der Rückzug in franko-französische Debatten von 1992 bis 1997

4.6.1 Parteipolitik: Referendum als Motor der Krise

Mit dem Referendum über den Vertrag von Maastricht wurde ein neues Kapitel im Verhältnis der Öffentlichkeit zum Europäischen Integrationsprozess aufgeschlagen. Bis zur Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht im Dezember 1991 hatte die Europafrage nicht ihren konsensualen Charakter verloren. Noch zu Beginn des Sommers 1992 war davon auszugehen, dass eine breite Mehrheit dem Vertrag von Maastricht zustimmen würde.¹¹⁰⁶ In nur wenigen Monaten erlebte Frankreich jedoch eine große europapolitische Debatte, die einen Wendepunkt in den Einstellungen von Parteien und öffentlicher Meinung zum Integrationsprozess markierte und die französische Parteienlandschaft nachhaltig beeinflusste. Die Analyse der Referendumsdebatte bildet daher den Auftakt für das folgende Kapitel.

Sowohl die sozialistische Regierung als auch die Partei erfuhren 1992 wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Lage eine massive Ablehnung. Bei den Analysen der vorangegangenen Wahlen wurde deutlich, dass die PS

¹¹⁰⁵ Vgl. Murswieck 1999, S. 115

¹¹⁰⁶ Vgl. Benoit 1997, S. 11f.; vgl. auch Denni 1993, S. 93

Stimmen zugunsten der *Front national* sowie der Grünen verloren oder die enttäuschten Sozialisten sich ihrer Stimme enthalten hatten. Der Erfolg der *Front national* zeigte, dass die Öffnung der französischen Gesellschaft zunehmend in Frage gestellt wurde. Die grünen Parteien waren zwar untereinander zerstritten, aber sie stellen eine Gefahr für die Sozialisten dar, weil sie die Rechts-Links-Spaltung der Politik überwinden und das französische Parteiensystem neu organisieren wollten.¹¹⁰⁷ Die politische Rechte profitierte hingegen wenig von den Schwierigkeiten der Sozialisten. Im Gegenteil stellten ihre internen Konflikte für die Sozialisten einen wichtigen Ansatzpunkt in der politischen Auseinandersetzung dar.¹¹⁰⁸ Der Formelkompromiss zwischen liberal-konservativen Europa-Befürwortern und neo-gaullistischen Europa-Kritikern, den sie nach der Wahlniederlage von 1981 geschlossen hatten, drohte aufzubrechen.¹¹⁰⁹

Das Stimmungsbild zur Europäischen Integration war differenzierter geworden und die Sozialisten standen vor der Herausforderung, sich einerseits loyal mit der Regierungspolitik und andererseits sensibel für die öffentliche Meinung zu zeigen. Ziel war es, insbesondere die linken Wähler, die Wähler der Grünen und die sozial Benachteiligten über einen links ausgerichteten Diskurs anzusprechen.¹¹¹⁰ Es entfaltete sich eine intensiv geführte parlamentarische Debatte über die notwendigen Verfassungsänderungen, die durch die Ankündigung des Referendums noch größere Aufmerksamkeit fand. Ähnlich wie 1954 bildete in dem Referendum über den Vertrag von Maastricht Deutschland den Streitpunkt der Auseinandersetzung. Gefragt wurde, ob die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die politische Union der geeignete Rahmen für die Kooperation mit einem wiedervereinigten Deutschland sei. Darüber hinaus wurde die Übertragung von nationalen Kompetenzen an europäische Institutionen und die Vereinbarkeit mit dem republikanischen Prinzip der Volkssouveränität in Frage gestellt.¹¹¹¹ Nicht nur innerhalb des gemäßigten rechten Lagers führten diese Fragen zu heftigen Kontroversen, sondern auch Jean-Pierre Chevènement und seine Anhänger stellten sich gegen die Linie der eigenen Partei. Sie blieben allerdings in der PS isoliert.

Zu den prominenten Gegnern des Vertrags gehörten neben dem Sozialisten Chevènement die Gaullisten Charles Pasqua und Philippe Séguin sowie die Liberal-Konservativen Philipp de Villiers und Marie-France Garaud. Séguin lehnte die Unionsbürgerschaft wegen der Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit der nationalen Souveränität sowie der Einzigartigkeit der nationalen Identität ab. Dieser Argumentation schloss sich auch Chevènement an. Er befürchte-

¹¹⁰⁷ In den Umfragen vor den Parlamentswahlen von 1993 nahmen einige Institute an, dass die grünen Parteien die PS einholen bzw. sogar in der Zahl der Wählerstimmen überholen können. Vgl. Grunberg 1993, S. 191

¹¹⁰⁸ Vgl. Jean-Pierre Bedei: Les socialistes face aux bourrasques. In: *Vendredi*, 31. Januar 1992, Nr. 130, S. 6.

¹¹⁰⁹ Vgl. Höhne 1992, S. 115

¹¹¹⁰ Vgl. Guérot 1996, S. 535f.

¹¹¹¹ Vgl. Höhne 1992, S. 115

te, dass Frankreich Teil eines deutsch-amerikanischen Reichs werde, das wirtschaftlich von Deutschland sowie politisch und militärisch von den USA dominiert werde.¹¹¹² Die Zerstrittenheit im rechten Lager führte dazu, dass der Parteivorsitzende der RPR Jacques Chirac sich erst am 4. Juli 1992 für die Annahme des Vertrags aussprach, ohne jedoch eine Wahlempfehlung abzugeben. Seine präsidentiellen Ambitionen erforderten eine Zustimmung zur Europapolitik, auch wenn diese seinen Rückhalt in der Partei schwächen konnte.¹¹¹³

Die Befürworter des Vertrags innerhalb der Opposition aber auch in der Regierungsmehrheit wollten ein Referendum über die sozialistische Regierungspolitik verhindern. Die Oppositionsvertreter machten deutlich, dass man durchaus im September 1992 bei dem Referendum Europa zustimmen und im März 1993 bei den Parlamentswahlen die sozialistische Regierungspolitik ablehnen könne. Sie argumentierten mit den wirtschaftlichen und politischen Vorteilen des Vertrags von Maastricht. Die PS fürchtete, dass durch ihr Werben für den Vertrag die Europapolitik dieselbe Ablehnung erfahren könnte wie die Regierungspolitik. Lediglich die Europaministerin Elisabeth Guigou betrieb eine aktive Kampagne für den Vertrag von Maastricht und wurde dabei von der Jugendorganisation der Sozialisten (*Mouvement des jeunes socialistes, MJS*) unterstützt.¹¹¹⁴ Die Partei hielt sich hingegen zurück und brachte sich erst Anfang September 1992 in die Kampagne ein.¹¹¹⁵ Innerhalb der Parteiführung gab es jedoch unterschiedliche Nuancen der Zustimmung: So stimmte der Parteivorsitzende Fabius dem Vertrag zu, während sein innerparteilicher Gegenspieler Jospin den Vertrag lediglich nicht ablehnen wollte. Auf diese Art und Weise konnten die beiden Schützlinge Mitterrands ihre Unterschiede pflegen.¹¹¹⁶

Die PS erwachte mit dem Referendum über den Vertrag von Maastricht aus ihrem „außenpolitischen Dornröschenschlaf“.¹¹¹⁷ Die Wahltaktik wurde diesmal für grundlegende politische Fragen zurückgestellt.¹¹¹⁸ Für Hugues Portelli zeigt diese Rückkehr zu den Realitäten, dass die PS eine Regierungspartei geworden war. Es habe keine Europäisierung stattgefunden, sondern es sei eine rationale Entscheidung getroffen worden. Zunächst habe nur die Regierung erkannt, dass die Europapolitik nicht mehr in das Ressort der Außenpolitik gehöre, mit dem Vertrag von Maastricht habe auch die Partei die innenpolitischen Konsequenzen realisiert.¹¹¹⁹ Innerhalb der PS argumentierte lediglich Jean-Pierre Chevènement in außenpolitischer Hinsicht mit der Gefahr des Integrationsprozesses für den französischen Nationalstaat.

¹¹¹² Vgl. Höhne 1992, S. 117

¹¹¹³ Vgl. Höhne 1992, S. 118

¹¹¹⁴ Vgl. Rüter – Elisabeth Guigou 11.04.2006a

¹¹¹⁵ Vgl. Krell 2009, S. 351

¹¹¹⁶ Vgl. Rüter – Alain Bergounioux 19.04.2006

¹¹¹⁷ Guérot 1996, S. 515

¹¹¹⁸ Vgl. Rüter – Maurice Braud 17.03.2006

¹¹¹⁹ Vgl. Rüter – Hugues Portelli 23.03.2006

Das zweite Element seiner Kritik, die fehlende soziale Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion, sei heute nachvollziehbar, so Pervenche Berès im Jahr 2006. Im Moment von Maastricht habe Chevènement allerdings Unrecht gehabt.¹¹²⁰

Die Analyse des Wählerverhaltens zeigt mit einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 69,68 Prozent, dass der Europäische Integrationsprozess das Interesse der Wähler geweckt hatte und zur Herausbildung europapolitischer Einstellungen führte.¹¹²¹ Mit dem knappen Wahlausgang von 51,05 Prozent zugunsten der Befürworter des Vertrags wurde allerdings die Differenz zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung deutlich. 89 Prozent der Abgeordneten von Nationalversammlung und Senat hatten beim Kongress in Versailles für eine Verfassungsänderung gestimmt, um den Weg zum Vertrag von Maastricht frei zu machen. Den Parteien war es nicht gelungen, ihre Wählerschaft an sich zu binden. Nur 59 Prozent der Anhänger der UDF folgten der offiziellen Linie ihrer Parteiführung, 31 Prozent der Anhänger der RPR, aber immerhin 76 Prozent der Anhänger der PS.

Sympathie für eine Partei	Ja %	Nein %
Kommunisten	16	84
Sozialisten	76	24
Grüne	57	43
Liberale	59	41
Neo-Gaullisten	31	69
Rechtsextreme	7	93
Keine Partei	36	64

Quelle: Knapp 2004, S. 48

Die relative Geschlossenheit der PS kann als Indiz dafür gesehen werden, dass bei dem Referendum über die Europa- und nicht über die Innenpolitik abgestimmt wurde. So dominierten bei den Befürwortern europäische Motive wie die Sicherung des Friedens, die Fortführung der Europäischen Integration oder die europäische Unabhängigkeit gegenüber den USA und Japan. Die Befürworter gingen in der Regel von einer positiven Bewertung der eigenen beruflichen und sozialen Lage sowie der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung aus und blickten optimistisch in die Zukunft. Die Gegner des Vertrags hingegen beurteilten die eigene und nationale Lage eher pessimistisch. Auch spielte die Furcht vor einer deutschen Hegemonie bei den Gegnern des Vertrags eine große Rolle. Der Verlust der nationalen Souveränität war das stärkste Motiv für die Ablehnung.¹¹²²

In Anlehnung an die optimistische bzw. pessimistische Einschätzung der eigenen und nationalen Lage ließ sich auch ein geographischer Gegensatz zwischen Stadt und Land sowie zwi-

¹¹²⁰ Vgl. Rüter – Pervenche Berès 11.04.2006b; vgl. zur Argumentation von Jean-Pierre Chevènement Krell 2009, S. 348

¹¹²¹ „Au fur et à mesure que les électeurs prenaient conscience de la nature politique de l'enjeu, leur choix électoral est devenu plus ‚construit‘, c'est-à-dire plus congruent avec les systèmes de représentation à travers lesquels ils percevaient la réalité européenne, avant même l'annonce du scrutin.“ Denni 1993, S. 105

¹¹²² Vgl. Höhne 1992, S. 122

schen expandierenden und stagnierenden Regionen feststellen. Die Vorstädte mit einem hohen Arbeiter- und Arbeitslosenanteil lehnten den Vertrag ab. Unter den Gegnern des Vertrags befanden sich vor allem Angehörige der mittleren Generation (25 bis 50-Jährige), Bauern, kleine Händler und Handwerker, mittlere und einfache Angestellte sowie Arbeiter. Die Gruppe der Befürworter setzte sich aus den unter 25- und über 50-Jährigen zusammen, aus Unternehmern, Freiberuflern, Angehörigen der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, der medizinischen und sozialen Berufe sowie aus Lehrern und Rentnern. Der Einfluss sozio-ökonomischer Faktoren zeigt sich sehr deutlich, ist aber nicht der einzige Erklärungsfaktor. Das Departement Loire-Atlantique wurde trotz einer relativ hohen Arbeitslosigkeit durch die pro-europäische christdemokratische Grundeinstellung dominiert. Auch das Elsass und Lothringen folgten den dominierenden christdemokratischen Grundeinstellungen und befürworteten den Vertrag von Maastricht.¹¹²³

Frankreich zerfiel somit beim Referendum nicht in zwei homogene, sondern in zwei heterogene Lager.¹¹²⁴ Die im Referendum deutlich gewordene soziale Spaltung entfernte die unteren Schichten weiter von der *Parti socialiste*. Die wirtschaftlichen Reformen und die Öffnung nach Europa in den 1980er Jahren hatten nicht nur langjährige Überzeugungen und Werte der Partei gefährdet, sondern liefen auch den vermeintlichen Interessen ihrer Wähler zuwider.¹¹²⁵ Diejenigen, die beim Referendum mit Nein gestimmt hatten, wählten bei den Parlamentswahlen 1993 die *Parti socialiste* nur selten.¹¹²⁶

Wie es sich bereits vor dem Referendum von Maastricht angekündigt hatte, verließ Jean-Pierre Chevènement die Partei endgültig nach der Parlamentswahl 1993. Diese hatte zu einer erdrutschartigen Niederlage der Partei geführt und Mitterrand musste den Neo-Gaullisten Édouard Balladur zum Premierminister ernennen. Jacques Chirac konzentrierte sich hingegen auf die Präsidentschaftswahlen 1995. Auch innerparteilich drehte sich das Personalkarussell weiter. Der Parteivorsitzende Fabius, der sich als Erneuerer der Linken in einer Zeit der Krise präsentieren wollte, wurde durch den Skandal um HIV-verseuchte Blutkonserven geschwächt.¹¹²⁷ Angesichts der zu befürchtenden Niederlage bei den Parlamentswahlen hatte Rocard seine Position in der Partei stärken können. Bereits bei einer Wahlkampfveranstaltung im Februar 1993 hatte er zur Reform und Neugründung der Linken – zum sogenannten *big-*

¹¹²³ Vgl. Höhne 1992, S. 123f.

¹¹²⁴ Diese zwei heterogenen Lager bestanden aus jeweils fünf verschiedenen, sich gegenüberstehenden Wählerblöcken „ein städtischer gegen einen ländlichen, ein prosperierender gegen einen stagnierenden, ein moderner gegen einen traditionellen, ein christlich-sozialer gegen einen laizistisch-nationalen, ein zentraler gegen einen peripheren. Insgesamt bildeten sich somit mindestens zehn Stimmblöcke, die jeweils ihre eigene Struktur besaßen.“ Olivier Duhamel / Gérard Grunberg zitiert nach: Höhne 1992, S. 124

¹¹²⁵ Vgl. Schmidt 2007, S. 11

¹¹²⁶ Vgl. Grunberg 1993, S. 213f.; vgl. auch Denni 1993, S. 108

¹¹²⁷ „Hierbei spielten auch die von den Medien besonders hervorgehobenen biographischen ‚Merkmale‘, die seine technokratische Distanz zur PS betonten, sowie die mangelnde Unterstützung durch seinen Ziehvater Mitterrand, der durch eine Krebserkrankung stark angeschlagen war, eine wichtige Rolle.“ Stephan 2001, S. 167

bang – aufgerufen. Er beabsichtigte, aus der sozialistischen eine sozialdemokratische Partei zu machen. Fabius verlor zunehmend an Unterstützung im *Comité directeur*. Die Parteiführung trat kollektiv zurück und wurde provisorisch von Rocard übernommen.

Nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen eröffnete Rocard zur Neugründung der Linken im Juli 1993 die sozialistischen Generalstände, um die Wahlniederlage zu analysieren und die Neuausrichtung bzw. -gründung der Partei zu diskutieren.¹¹²⁸ Für den anschließenden Parteitag von Le Bourget im Oktober 1993 kündigten die Anhänger von Rocard, Fabius, Jospin, Mauroy und der *Gauche socialiste* einen gemeinsamen Antrag an, um möglichst geschlossen in der Krise zu agieren. Jospin hatte den Machtwechsel von Fabius zu Rocard hingegen nicht mitgetragen und sich aus seinen politischen Ämtern zurückgezogen. Fabius unterstützte Rocard, um nicht isoliert zu werden, aber auch mit dem Kalkül, dass Rocard anlässlich der Europawahlen scheitern würde.¹¹²⁹

Mit 14,5 Prozent der Stimmen holte Rocard bei den Europawahlen 1994 in der Tat das schlechteste Ergebnis der Sozialisten seit 1979. Er verlor den Parteivorsitz an den links ausgerichteten Henri Emmanuelli, dem allerdings eine Verurteilung in den Finanzskandalen der Partei drohte. Aus diesem Grund galt er eigentlich nicht als *présidentiable*. Emmanuellis inhaltliche Neuorientierung musste ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen von 1995 mit der Erwartungshaltung an einen potentiellen Kandidaten für die Wahlen in Einklang gebracht werden. Ein großer Teil der Wählerschaft der PS und die Mehrheit der französischen Bevölkerung befürworteten eine Kandidatur des scheidenden europäischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors.¹¹³⁰ Dessen politische Ideen und seine europapolitischen Überzeugungen standen allerdings im Widerspruch zu Emmanuellis angestrebtem Linksruck.

Innerparteilich kam es durch Emmanuellis Amtsübernahme zu einem Auseinanderbrechen der Strömung um Jospin. Die *rocardiens* waren darüber hinaus ohne Führungsfigur, da Rocard alle politischen Ämter niedergelegt hatte. Fabius war weiterhin wegen des Skandals um die verseuchten Blutkonserven geschwächt. Die zunehmende Anzahl an Parteiaustritten aber auch die geringe Zahl der Abgeordneten brachte die Partei sogar in Finanznöte. Auf dem Parteitag von Liévin im November 1994 wurde Emmanuellis Parteiführung schließlich bestätigt und gleichzeitig an Jacques Delors appelliert, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Eine Strömung der Erneuerung formiert sich um Martine Aubry und Pierre Mauroy, die gemeinsam mit Laurent Fabius und Ségolène Royal einen Linksruck der Partei verhinderten.¹¹³¹

¹¹²⁸ Bei den einzelnen Arbeitsgruppen im Rahmen der Etats Généraux war die über die Partei und ihre Identität die am stärksten besuchte. Der größte Konfliktgegenstand waren die Strömungen. Vgl. Vendredi, supplément, Nr. 194, 3 Juli 1993, 1^{er} cahier, S. 6f; Offiziell wurden die Strömungen abgeschafft, de facto existierten sie jedoch weiter, vgl. Stephan 2001, S. 170f.

¹¹²⁹ Vgl. Stephan 2001, S. 171

¹¹³⁰ Vgl. Guérot 1996, S. 579

¹¹³¹ Vgl. Stephan 2001, S. 174ff.; vgl. auch Guérot 1996, S. 578ff.

Delors war die Kandidatur aufgrund seines Alters, aber auch der Unwägbarkeiten einer parlamentarischen Mehrheit und des dauerhaften Rückhalts in der Partei zu riskant.¹¹³² Mit Delors' Absage am 13. Dezember 1994 – nur wenige Wochen nach dem Parteitag von Liévin – erschien Jospins Ankündigung zur Kandidatur glaubwürdig, da er zunehmend auf Distanz zu der aktuellen Parteiführung und Mitterrand gegangen war. Nicht nur dessen fortschreitende Krebserkrankung und körperliche Schwächung, sondern auch die zweite Kohabitation sowie die kritische Beleuchtung seiner Vichy-Vergangenheit hatten seine Autorität über die Partei gemindert. Nach einer parteiinternen Kampagne wählten die Parteimitglieder Jospin am 3. Februar 1995 zum Präsidentschaftskandidaten anstelle von Henri Emmanuelli, der sich ebenfalls beworben hatte.¹¹³³

Trotz eines respektablen Ergebnisses bei den Präsidentschaftswahlen, bei der Jospin im ersten Wahlgang sogar als Sieger hervorging, im zweiten jedoch Chirac unterlag, lehnte er eine direkte Übertragung des Parteivorsitzes auf ihn ab. Er schlug eine Urwahl sowie eine Mitgliederbefragung zu grundsätzlichen Programmpunkten vor. Diese Ausweitung der plebiszitären Elemente sollte dazu beitragen, die Struktur der Strömungen in der Partei zu brechen. Die *Gauche socialiste* und Emmanuelli sahen zwar die Gefahr einer zunehmenden Präsidentialisierung, jedoch traf Jospins Strategie der Mitgliederbeteiligung „den richtigen Ton zur richtigen Zeit“.¹¹³⁴ Bei der Urwahl stimmten ihm 94 Prozent der Befragten zu. Die Parteiführung wurde mit Vertretern aller Strömungen besetzt. Die Führungslosigkeit der Strömungen, deren Anführer in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ihre Legitimation verloren hatten, half ihm dabei.

1996 war das Jahr der programmatischen Erneuerung. In Abkehr von den innerparteilichen Debatten im zweiten Septennat Mitterrands, die auf kleine Führungszirkel begrenzt geblieben waren, organisierte Jospin drei programmatische *Conventions nationales* zu den Themen: „Globalisierung, Europa und Frankreich“, „Akteure der Demokratie“ sowie „Wirtschaft und Soziales“.¹¹³⁵ Der wirtschaftliche Liberalismus wurde als das zentrale Übel definiert, das sich permanent auf Kosten der Demokratie und der Politik auszuweiten drohte. Über die Kritik am Liberalismus sollte die politische Auseinandersetzung entlang des Rechts-Links-Gegensatzes neu belebt werden. Jospin forderte dazu auf, eine realistische und weniger ideologische Auffassung der Politik einzunehmen und versuchte, den doppelzüngigen Diskurs Mitterrands zu

¹¹³² Vgl. Bréchon 2004, S. 203

¹¹³³ Vgl. Bréchon 2004, S. 165ff.

¹¹³⁴ Stephan 2001, S. 180

¹¹³⁵ Erstere stand unter der Verantwortung von Pierre Moscovici, die zweite von Jack Lang und die letzte von Henri Emmanuelli. Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 429ff.

vermeiden.¹¹³⁶ Nichtsdestotrotz blieb das Verhältnis der Sozialisten zur Marktwirtschaft ambivalent.¹¹³⁷

Neben der programmatischen Erneuerung hatten die Sozialisten aus den verlorenen Parlamentswahlen von 1993 und den Europawahlen von 1994 den Schluss gezogen, neue Bündnisse aufbauen zu müssen.¹¹³⁸ Bereits beim Kongress von Le Bourget hatte Rocard Jospin und Jean-Christophe Cambadélis beauftragt, die *Assises de la transformation sociale* zu organisieren, um den Dialog mit den linken Kräften zu erneuern.¹¹³⁹ Mit Jospins Achtungserfolg bei den Präsidentschaftswahlen 1995 wurde die *Parti socialiste* wieder ein attraktiver Bündnispartner. Jospin wählte die Strategie der bilateralen Bündnisse und strebte keine Vereinbarung eines gemeinsamen Programms an.

Im Januar 1997 wurde eine Wahlvereinbarung mit den Grünen, die sich nun zum linken Lager bekannten, sowie mit der *Parti radical de gauche* (PRG, die Nachfolgepartei der MRG) getroffen. Mit Chevènementes *Mouvement des Citoyens* (MDC) konnte unter anderem wegen der Europapolitik keine Einigung erzielt und keine Wahlvereinbarung geschlossen werden. Die vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung im April 1997 führte jedoch zu einer begrenzten Vereinbarung zwischen MDC und PS. Chevènement sah in ihr eine Chance, wieder Einfluss auf den politischen Prozess zu erlangen und mithilfe einer sozialistischen Regierung Bedingungen für die Einführung des Euros durchsetzen zu können.¹¹⁴⁰

Auch gelang es Jospin Ende April 1997, mit der kommunistischen Partei einen gemeinsamen Text zu vereinbaren, der jedoch auch auf die Divergenzen – vor allem in der Europapolitik – hinwies. Beide Partner waren sich allerdings in der Ablehnung eines liberalen Europas einig.¹¹⁴¹ Die Strategie der bilateralen Bündnisse führte zum Sieg bei den Parlamentswahlen. Die anfänglichen Widersprüche zwischen den Parteien blieben allerdings bestehen. Innerhalb der Parteien – vor allem bei der kommunistischen Partei und bei den Grünen – wurde die Regierungsbeteiligung immer wieder in Frage gestellt, da sie die eigenen Ideale gefährdete. Somit galt die *Gauche plurielle* von Anfang an als fragil.¹¹⁴²

4.6.2 Europapolitik: Ernüchterung nach dem Vertrag von Maastricht

Das Ende des Ost-West-Konflikts hatte für Frankreich politische, kulturelle und ökonomische Folgen.¹¹⁴³ Durch die Deutsche Einheit sowie die Erweiterung der Europäischen Union veränderte sich Frankreichs Stellung in Europa. Kulturell hatte sich das Modell der freiheitlichen

¹¹³⁶ Vgl. Winock, Nickel 2006, S. 172

¹¹³⁷ Vgl. Bréchon 2004, S. 167ff.; vgl. Cohen 1998, S. 86

¹¹³⁸ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 424ff.

¹¹³⁹ Vgl. Knapp 2004, S. 69

¹¹⁴⁰ Vgl. Willerton, Carrier 2005, S. 48

¹¹⁴¹ Vgl. Bréchon 2004, S. 205

¹¹⁴² Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 426f., vgl. auch Merkel et al. 2006, S. 396

¹¹⁴³ Vgl. Schubert 2004, S. 386

Demokratie dem sowjetischen Realsozialismus überlegen gezeigt, jedoch ließ die anfängliche Euphorie, die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbunden war, mit den ausbrechenden Konflikten auf dem Balkan nach. Diese verdeutlichten, dass das „Ende der Geschichte“ und der Sieg der liberalen Demokratie sich nicht alternativlos abzeichneten, sondern im Gegenteil Nationalismus und Krieg zurückkehrten.¹¹⁴⁴ In ökonomischer Hinsicht verstärkte das Ende des Ost-West-Konflikts die Auswirkungen der Globalisierung und belebte die Konkurrenz auf den Märkten. Für Frankreich ergaben sich daraus ökonomische und soziale Anpassungserfordernisse. Das goldene Zeitalter der französischen Europapolitik, das 1984 begonnen hatte, ging 1992 zu Ende.¹¹⁴⁵

Die zweite Kohabitation von 1993 bis 1995 zwischen Mitterrand und Balladur verlief im Vergleich mit der ersten wesentlich reibungsloser und die Außen- und Sicherheitspolitik wurde zu einer *domaine partagé*, also einem gemeinsamen Verantwortungsbereich.¹¹⁴⁶ Der Kurs Balladurs war in europapolitischer Hinsicht wenig ehrgeizig.¹¹⁴⁷ Zwei Themen standen auf der europapolitischen Agenda: sicherheitspolitische Zusammenarbeit in Europa und die Nord- bzw. Osterweiterung der Europäischen Union. 1989 hatten Österreich, 1991 Schweden und 1992 Finnland sowie zum zweiten Mal Norwegen einen Antrag auf Beitritt gestellt. Zusätzlich zu den EFTA-Staaten waren bereits 1991 mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei Assoziierungsabkommen geschlossen worden. Weitere Staaten in Mittel- und Osteuropa strebten den Beitritt an. Auf Druck der europäischen Partner stimmte Mitterrand schließlich 1992 den Vertragsverhandlungen mit den EFTA-Staaten zu. In der Verhandlungsführung zeigte sich Frankreich, nun im Rahmen einer Kohabitations-Regierung, wesentlich flexibler. Die Forderungen nach Aufgabe der Neutralität sowie institutionelle Reformen der Europäischen Union, wie sie Premierminister Bérégoovoy noch formuliert hatte, wurden unter Balladur nicht mehr erhoben, sondern auf eine Regierungskonferenz 1996 verschoben. Hier bestätigte sich Balladurs pragmatischer Europakurs. Dieser hatte wie auch weitere RPR-Politiker durchaus Sympathie für britische Vorstellungen einer europäischen Freihandelszone ohne integrierte Politiken.¹¹⁴⁸ Finnland, Österreich und Schweden traten schließlich am 1. Januar 1995 bei. Die norwegische Bevölkerung hatte im November 1994 gegen einen Beitritt zur Europäischen Union votiert.

Die Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) versuchte Mitterrand während seiner Amtszeit zu verhindern.¹¹⁴⁹ Auch hier argumen-

¹¹⁴⁴ Vgl. Rupnik 2004, S. 16

¹¹⁴⁵ Vgl. Cohen-Tanguy zitiert nach Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 117

¹¹⁴⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 127

¹¹⁴⁷ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 141

¹¹⁴⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 137ff.

¹¹⁴⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 141ff.

tierte Mitterrand mit der zunächst notwendigen Vertiefung der Europäischen Integration. Wie bei Aufnahme der neutralen EFTA-Staaten sah er mit dem Beitritt der MOE-Staaten den erreichten Integrationsstand im Hinblick auf die GASP und eine zu schaffende europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gefährdet. Auch würde Frankreich geographisch durch die Osterweiterung der Europäischen Union an den Rand gedrängt und Deutschland durch seine zentrale Lage in Europa aufgewertet. Balladur und Chirac standen der Osterweiterung wesentlich aufgeschlossener gegenüber als Mitterrand. Auch drängte Deutschland auf einen baldigen Beitritt der MOE-Staaten. Beim Treffen des Europäischen Rats 1993 wurden die sogenannten Kopenhagener Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union formuliert. Mitterrand versuchte mit einer aktiven Mittelmeerpolitik der Osterweiterung gegenzusteuern. Im November 1995 wurde nach dem Ende der Amtszeit von Mitterrand schließlich der sogenannte Barcelona-Prozess begonnen, der eine euro-mediterrane Partnerschaft vorsah.

In Frankreich und Deutschland kam es in den 1990er Jahren zu einer nachhaltigen Nationalisierung der öffentlichen Meinung.¹¹⁵⁰ Das Referendum zum Vertrag von Maastricht hatte deutlich gemacht, dass sich innerhalb der französischen öffentlichen Meinung Anfang der 1990er Jahre ein bis dahin unbekannter euroskeptischer Diskurs entwickelt hatte, der nicht mehr mit der Sorge um die nationale Souveränität argumentierte. Die Europaeuphorie der 1980er Jahre hatte auch den Teil der Bevölkerung nicht erreicht, der auf nationaler Ebene die sozialen Errungenschaften gefährdet sah.¹¹⁵¹ Im Zuge des Referendums über den Vertrag differenzierten sich diese kritischen Haltungen zum Integrationsprozess aus.

Die Jahre nach Ratifizierung des Vertrags waren von der Debatte um die Folgen für die nationale Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik geprägt. Mit der Geldpolitik hatten vor allem sozialdemokratische Parteien ein traditionelles Politikinstrument verloren und ihr Spielraum in der Haushaltspolitik wurde eingeschränkt.¹¹⁵² Die Perspektive möglicher Einschnitte, zu bringender Opfer und Anstrengungen führte besonders in Frankreich zu einer lebhaften Auseinandersetzung und brachte auch vormalige Verfechter des Vertrags von Maastricht zu kritischen Einschätzungen.¹¹⁵³

Diese Auseinandersetzung wurde in besonderer Weise durch eine europaweit einsetzende Rezession beeinflusst. In einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreichte die Arbeitslosenquote Nachkriegsrekorde. In Frankreich stieg sie bis Anfang 1997 auf eine bis dato unbekannte Höhe von 12,8 Prozent.¹¹⁵⁴ Der Gemeinsame Markt schuf nicht wie erhofft neue

¹¹⁵⁰ Vgl. Schild 2002b, S. 88

¹¹⁵¹ So die zentrale These von Bertrand Benoit: Benoit 1997; vgl. auch Moscovici 2006, S. 181f.

¹¹⁵² Vgl. Merkel et al. 2006, S. 72

¹¹⁵³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 186f.

¹¹⁵⁴ Vgl. Ross 2000, S. 99

Arbeitsplätze, sondern trug zu einer wachsenden Unsicherheit bei. Darüber hinaus verlangten die Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht für die Einführung des Euro, dass Frankreich sein Haushaltsdefizit von sechs Prozent im Jahr 1993 auf drei Prozent im Jahr 1998 reduzierte. Dies konnte für Frankreich steigende Arbeitslosigkeit, Rückgang des Konsums und noch größere Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der Rezession bedeuten.¹¹⁵⁵ Angesichts der 1995 anstehenden Präsidentschaftswahlen war es nicht im Interesse von Premierminister Balladur, die Franzosen auf einen Sparkurs und mögliche weitere Kraftanstrengungen vorzubereiten. Er setzte Bérégovoy's Politik des strengen Monetarismus fort und schaffte es, die wirtschaftliche Lage zu beruhigen. Es lag im Interesse aller Parteien, vor den Präsidentschaftswahlen von 1995 keine neue europapolitische Spaltung heraufzubeschwören.¹¹⁵⁶ Jacques Chirac wurde 1995 zum französischen Staatspräsidenten gewählt, nachdem er im Wahlkampf versprochen hatte, die soziale Spaltung zu bekämpfen. Chirac hatte vor seiner Wahl darüber spekuliert, das Europäische Währungssystem zu reformieren. Alain Juppé, sein Premierminister und enger Vertrauter, setzte zunächst den Wirtschaftskurs von Balladur fort. Der deutsche Bundeskanzler Kohl machte Chirac im Oktober 1995 deutlich, dass die deutsche Regierung sich nicht für ein Abrücken von den Maastrichter Kriterien einsetzen werde und forderte damit indirekt einen französischen Politikwechsel.¹¹⁵⁷ In der Analyse von *Le Monde diplomatique*, die die globalisierungskritische Bewegung stark beeinflusste, opferte Chirac die im Wahlkampf versprochene Aufhebung der sozialen Spaltung dem Zugeständnis an den Vertrag von Maastricht.¹¹⁵⁸

Ende Oktober 1995 verkündete die französische Regierung den *plan Juppé* zur Reform der Sozialversicherungen und insbesondere der Pensionsregelung im Öffentlichen Dienst. Die Folge des *plan Juppé* war eine der größten Demonstrationen Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Landesweit demonstrierten an den zentralen Aktionstagen jeweils mehr als eine halbe Million Menschen.¹¹⁵⁹ Die Streikbewegung begann Mitte November 1995 und dauerte nahezu bis Weihnachten des Jahres. Die politische Linke war gespalten. Die Gewerkschaft CFDT und eher zentristisch orientierte Politiker wie beispielsweise Michel Rocard begrüßten die Reform.¹¹⁶⁰ Dem gegenüber standen die Verteidiger der universalen Errungenschaften der Republik wie beispielsweise Jean-Pierre Chevènement.¹¹⁶¹

¹¹⁵⁵ Vgl. Ross 2000, S. 94f.

¹¹⁵⁶ Die einzige nicht zu verhindernde Krise war für Balladur die Uruguay Runde der GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, Vorläuferorganisation der Welthandelsorganisation WTO). Als Erfolg wurde gewertet, dass Frankreich eine exception culturelle durchsetzen und damit verhindern konnte, dass der audiovisuelle Sektor liberalisiert und als Ware betrachtet wurde. Vgl. Ross 2000, S. 95f.

¹¹⁵⁷ Vgl. Ross 2000, S. 258

¹¹⁵⁸ Vgl. Bossuat 2005, S. 187f.

¹¹⁵⁹ Vgl. Schild 2000, S. 58; vgl. zu der Streikbewegung 1995 ausführlich Höhne 1996

¹¹⁶⁰ Vgl. Ross 2000, S. 98; 259

¹¹⁶¹ Vgl. auch die am 17. Dezember 1995 erschienen Artikel in *Le Monde* von einerseits Olivier Mongin, Direktor der Zeitschrift *Esprit* und Unterstützer der reformorientierten Gewerkschaft CFDT sowie andererseits von Jean-Pierre Chevènement, vgl. Christadler 1999, S. 45f.

Chirac konnte aufgrund der massiven Proteste seinen engen Vertrauten Juppé nicht im Amt halten und musste als Preis für die Akzeptanz der währungs- und wirtschaftspolitischen Implikationen des Vertrags von Maastricht seinen Premierminister opfern.¹¹⁶² Die missglückte Aufhebung der *fracture sociale* auf nationaler Ebene versuchte Chirac nun auf die europäische Ebene zu verlagern und legte 1996 ein Memorandum über ein Europäisches Sozialmodell vor.¹¹⁶³ Auch bemühte er sich, der Forderung aus der Ära Mitterrand nach einer europäischen Wirtschaftsregierung Nachdruck zu verleihen. Die deutsche Regierung hingegen wollte die definierten Konvergenzkriterien an einen Wachstums- und Stabilitätspakt binden, der finanzielle Sanktionen vorsah, sollte ein Mitgliedsstaat sein Haushaltsdefizit nicht unter drei Prozent halten können. Dieser Pakt wurde im Dezember 1996 vereinbart: „Chirac thus failed as much diplomatically as he had domestically.“¹¹⁶⁴

4.6.3 Programmatik: Europa als Ursache und Ausweg aus der Krise

Die programmatische Arbeit der französischen Sozialisten nach dem Referendum über den Vertrag von Maastricht fand bei den Generalständen von Lyon 1993, den Parteitag von Le Bourget 1993 sowie von Liévin 1994 unter den Vorzeichen der parteipolitischen Erneuerung statt. Erst die von Jospin angestoßenen drei *Conventions nationales* im Jahr 1996 brachten eine Neubelebung der Debatte. Mit der geplanten Einführung des Euro gewann die europäische Dimension wieder an innerparteilicher Bedeutung.

Es lassen sich zentrale Entwicklungen von der Referendumsdebatte bis zu den *Conventions nationales* im Jahr 1996 nachzeichnen. Prägend wurde eine immer deutlicher artikulierte Kritik am Vertrag von Maastricht. Die Bekämpfung der Rezession und der Beschäftigungskrise sollte über soziale Maßnahmen auf europäischer Ebene erfolgen. Die erhofften Früchte, die man nach einer Phase der Sparpolitik seit 1983 ernten wollte, waren in keiner Weise herangereift. Im Gegenteil verschärfte sich die Wirtschaftskrise und zwang die französischen Regierungen zu weiteren Reformanstrengungen. Die Wahlniederlagen der Sozialisten machten deutlich, dass sie auf die gewachsenen sozialen Ängste in der Bevölkerung reagieren mussten. So erklärte man noch 1993 Maastricht fortschreiben und überwinden zu wollen, übrig blieb jedoch nur das Ziel der Überwindung.

Bei den Generalständen im Juli 1993 in Lyon stand die Europapolitik nicht im Vordergrund. Rocard nahm diese zwar zum Anlass, die Regierung Balladur zu kritisieren, da diese die sozialen Optionen, die der Vertrag von Maastricht eröffne, nicht nutze. Die Partei beschäftigte sich nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen jedoch in erster Linie mit sich selbst.

¹¹⁶² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 169f.; vgl. auch Bossuat 2005, S. 188; vgl. auch Ancelovici 2008, S. 83

¹¹⁶³ Vgl. Milner 2005, S. 105

¹¹⁶⁴ Ross 2000, S. 100

Dementsprechend waren die Debatten über Identität der Partei und Rolle der parteiinternen Strömungen sehr lebhaft, wohingegen die Arbeitsgruppe zu Europa nur wenig besucht war. Neben der Forderung nach einer sozialen und demokratischen Ausrichtung des Integrationsprozesses formulierte diese Arbeitsgruppe einen Appell an die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Parteien in Europa. Ihre Verbindungen untereinander müssten gestärkt sowie ihre Werte und ihre Vorstellung von europäischer Identität gemeinsam verteidigt werden.¹¹⁶⁵

Die neue Parteiführung unter Michel Rocard wurde schließlich auf dem Parteitag von Le Bourget im Oktober 1993 bestätigt. Dieser Parteitag sollte die Auseinandersetzungen des letzten ordentlichen Parteitags in Rennes vergessen machen. Rocards *big-bang* wurde in Le Bourget durch einen Beschluss über die vier sogenannten *Assises de la transformation sociale* konkretisiert. Auch wenn die Europapolitik Thema einer der vier Arbeitsgruppen war, blieb sie nachrangig.¹¹⁶⁶

Die Währungsturbulenzen im Sommer 1993 und die folgende Krise des Europäischen Währungssystems, die mit einer Erhöhung der Interventionsbandbreiten auf 15 Prozent endete,¹¹⁶⁷ wurden in dem Leitantrag für den Parteitag als eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen seit den 1930er Jahren bezeichnet. Es sei nur wenig Solidarität zu beobachten, wenn eine Gesellschaft sich in Zeiten der Krise bedroht fühle. Der Rückzug in nationale Gepflogenheiten könne eine Folge sein. In dieser Situation bedürfe es nicht weniger, sondern mehr Europa, hieß es in dem Leitantrag.¹¹⁶⁸

„L’Europe peut être protectrice si elle acquiert les caractères d’une véritable puissance publique. Un Parti socialiste rénové, à l’écoute de la société, peut changer le regard des Français sur la politique.“¹¹⁶⁹

Nach der parteipolitischen Erneuerung wollte die PS ihr gescheitertes Wirtschaftsprogramm der Jahre 1981 bis 1983 über Europa realisieren und sich für eine keynesianische Politik auf europäischer Ebene einsetzen. Europa solle sich nicht nur durch Deregulierung sondern vor allem durch Regulierung auszeichnen, hieß es in dem Leitantrag.¹¹⁷⁰ Es müsse garantiert sein, dass keine nationale Regelung, die den Bürgern sozialen Schutz biete, unter Verweis auf den

¹¹⁶⁵ Vgl. Vendredi, supplément, Nr. 194, 3 Juli 1993, 1^{er} cahier, S. 12ff.

¹¹⁶⁶ Vgl. Guérot 1996, S. 562

¹¹⁶⁷ Vgl. die direkte Reaktion der PS bei Guérot 1996, S. 559

¹¹⁶⁸ Vgl. Guérot 1996, S. 562; „Faute de la capacité de dépassement de l’Etat-nation, notre choix pour l’avenir risquerait de se réduire au choix entre devenir Américains ou Japonais ! Pour autant, nous ne voulons pas d’une Europe bouc émissaire de nos difficultés, ni d’une Europe alibi de notre inertie. L’Europe ne peut pas et ne doit pas tout faire. Elle doit prendre en charge les problèmes que les nations sont impuissantes à résoudre isolément, et laisser les nations et les collectivités exercer toutes leurs responsabilités.“ Motion A „Refonder“, unterzeichnet unter anderem von Jospin, Rocard und Fabius. In: Vendredi, numéro extraordinaire du Poing et la Rose, Nr. 196, 1. September 1993, S. 22.

¹¹⁶⁹ Motion A „Refonder“, unterzeichnet unter anderem von Jospin, Rocard und Fabius. In: Vendredi, numéro extraordinaire du Poing et la Rose, Nr. 196, 1. September 1993, S. 8.

¹¹⁷⁰ „Instaurer des nouvelles régulations au plan continental ou mondial où elles apparaissent comme nécessaires suppose d’accepter l’idée force que l’Etat-nation n’est pas le stade achevé de l’histoire.“ Vgl. Motion A „Refonder“, unterzeichnet unter anderem von Jospin, Rocard und Fabius. In: Vendredi, numéro extraordinaire du Poing et la Rose, No. 196, 1. September 1993, S. 22.; vgl. auch Guérot 1996, S. 563

Wettbewerb außer Kraft gesetzt werden könne, ohne dass auf gemeinschaftlicher Ebene vergleichbare Fortschritte erzielt worden seien. An der gemeinsamen Währung, an einer gemeinsamen Industrie- und Forschungspolitik sowie am Aufbau europäischer militärischer Kapazitäten hielten die Sozialisten fest.¹¹⁷¹

Michel Rocard griff die Initiative von Jacques Delors für einen europäischen *New Deal* – einer *nouvelle donne européenne* – auf. Europa, einer der reichsten Akteure in der Wirtschaft, sei auch der am wenigsten verschuldete. Über eine große und langfristige europäische Anleihe solle ein Beschäftigungsprogramm finanziert werden. Es gebe keine wirtschaftlichen, sondern nur politische Hindernisse. Mit einer linken Mehrheit in Europa sei dieses Vorhaben realisierbar. Ferner schlug Rocard eine europaweite Vier-Tage-Woche vor, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.¹¹⁷²

Mit den Europawahlen 1994 und dem schlechtesten Ergebnis der Sozialisten seit 1979 wurde allerdings nicht nur Rocards Führungsrolle innerhalb der Partei hinterfragt, sondern auch die sozialdemokratische Ausrichtung, die er der *Parti socialiste* geben wollte. Die Partei hatte ihre Identitäts- und Glaubwürdigkeitskrise nicht überwunden. Es war der sozialistische Präsident gewesen, der Frankreich mit dem Vertrag von Maastricht in die Europäische Union geführt hatte. Die Partei hatte sich daraufhin programmatisch erneuert und in ihrer Orientierungslosigkeit Europa zum „ideologischen Rettungsanker“¹¹⁷³ gemacht.

Henri Emmanuelli, Rocards Nachfolger, sprach sich dafür aus, die Partei wieder eindeutig links zu positionieren. Hierfür gab es zwei Ursachen: Erstens hatten die Analysen über das Referendum zum Vertrag von Maastricht gezeigt, dass die französische Gesellschaft über die Europafrage gespalten war und vor allem ein Teil der PS-Klientel in den unteren und mittleren Schichten sich von Europa abgewandt hatte. Zweites stand die PS in der öffentlichen Kritik. Der Vorwurf lautete, dass sie Europa wirtschaftspolitisch auf Kosten der französischen Bevölkerung realisiert habe und fast noch orthodoxer und monetaristischer als die politische Rechte die Regierungspolitik geführt habe. Alternative Politikansätze seien nicht ausgeschöpft worden. Mit dem Argument einer drohenden Isolierung Frankreichs habe sie die Anbindung an die D-Mark durchgesetzt. Sie habe übersehen, wie teuer in sozialer Hinsicht diese Politik die Franzosen zu stehen gekommen sei.¹¹⁷⁴ Ein zentraler Kritikpunkt in der Bilanz der sozialistischen Regierungspolitik blieb die Kehrtwende des Jahres 1983. So hieß es in *Le Monde* im November 1994:

¹¹⁷¹ Vgl. Motion A « Refonder », unterzeichnet unter anderem von Jospin, Rocard und Fabius. In: *Vendredi*, numéro extraordinaire du Poing et la Rose, No. 196, 1. September 1993, S. 24.

¹¹⁷² Vgl. Michel Rocard: *Une Europe de gauche*. In: *Vendredi*, Nr. 203, 8. Oktober 1993, S. 3.

¹¹⁷³ Guérot 1996, S. 575

¹¹⁷⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 578; vgl. hierzu auch Labarde 21.11.1994

„Triste choix pourtant, qui ne traduisait qu'une extraordinaire absence d'imagination, car c'est à ce moment-là que le Parti socialiste eût dû faire la démonstration qu'il était un parti de gouvernement capable de concilier le maintien de la France dans l'Europe et l'accompagnement politique et social qu'une telle décision entraînait.“¹¹⁷⁵

Emmanuelli berief für November 1994 einen Parteitag in Liévin ein, um die neue Parteiführung und programmatische Ausrichtung bestätigen zu lassen. Emmanuelli hätte gerne die Frage der Präsidentschaftskandidatur für 1995 nach Bestätigung der parteipolitischen Linie geklärt. Mit dem Wunschkandidaten Jacques Delors verhinderte die Parteibasis jedoch, dass ihm eine linksgerichtete Parteilinie gegenübergestellt wurde. 92 Prozent der Parteimitglieder stimmten der Synthese zwischen Emmanuelli, Fabius, Royal, Aubry und Mauroy zu. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen hatten dazu geführt, dass das umstrittene Thema Europa nicht zum Konfliktgegenstand wurde. Laut Guérot konnte man es als europapolitisches Bekenntnis der PS werten, dass diese durch den Verzicht auf einen deutlichen Linksruck der Partei den Weg zur Mitte offen gehalten habe.¹¹⁷⁶

Europa spielte auf dem Parteitag von Liévin kaum eine Rolle. Der Debattenbeitrag von Ségolène Royal erwähnte beispielsweise Europa nicht einmal.¹¹⁷⁷ Lionel Jospin griff hingegen das Argument des *Le Monde*-Artikels auf. Die französische Europapolitik habe die realen Interessen vernachlässigt. Unter dem Vorwand, dass Frankreich einen bedeutenden Beitrag in Europa zu leisten habe, seien die Interessen und die Inhalte der Kompromisse zugunsten politischer Erfolge vernachlässigt worden.¹¹⁷⁸ In den kurzen Passagen zu Europa wurde im Leitartikel neben den bekannten Forderungen nach einer sozialen Ausrichtung des Integrationsprozesses und einer Intensivierung der gemeinsamen Politiken an den dirigistischen europäischen Maßnahmen – wie einer Verkürzung der Arbeitszeit, einer Besteuerung der Kapitalerträge auf Gemeinschaftsebene sowie einer großen europäischen Anleihe – festgehalten.¹¹⁷⁹

Den Beitrittswunsch der mittel- und osteuropäischen Staaten lehnten die Sozialisten nicht ab, da sie schwerwiegende Konsequenzen für das soziale und politische Gleichgewicht Europas fürchteten. Jedoch wurde weiterhin eine Vertiefung vor einer Erweiterung gefordert. Die Sozialisten hielten es für denkbar, den MOE-Staaten den Status einer assoziierten Mitgliedschaft anzubieten. Auch wenn es keines Kerneuropas bedurfte, so sprachen sie sich weiterhin für ein Europa der variablen Geometrie aus. Im Hinblick auf die 1996 anstehende Regierungskonferenz zur Reform des Vertrags von Maastricht forderten die Sozialisten wie bereits zuvor, dem Europäischen Parlament das volle Mitentscheidungsrecht zu geben. Der neue Vertrag solle in

¹¹⁷⁵ Labarde 21.11.1994

¹¹⁷⁶ Vgl. Guérot 1996, S. 581

¹¹⁷⁷ Vgl. Guérot 1996, S. 580; vgl. auch die Contribution générale „État d'urgence“ von Ségolène Royal u.a., abgedruckt in Mage 1995b, S. 167ff.

¹¹⁷⁸ Vgl. die Contribution générale „Propositions“ von Lionel Jospin, abgedruckt in Mage 1995b, S. 160

¹¹⁷⁹ Vgl. Motion adoptée par le Conseil national. „Etre socialiste“. In: Supplément au Vendredi, Nr. 238, 7. Oktober 1994, S. 19f.

Kraft treten, wenn eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten diesen ratifiziert habe. Ferner forderten sie die Redaktion einer europäischen Verfassung. In seinem Redebeitrag auf dem Kongress appellierte Henri Emmanuelli, die Kompromisse im Europäischen Parlament zwischen Sozialdemokraten und Konservativen zu beenden und die politische Auseinandersetzung zu beleben:

„Si ce débat ne se noue pas, s’il ne débouche pas sur certaines victoires, nous verrons peu à peu la gauche désertier l’idée européenne. Cela a déjà commencé.“¹¹⁸⁰

Bei der innerparteilichen Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen verkörperten Henri Emmanuelli und Lionel Jospin zwei unterschiedliche Strategien. Emmanuelli zog aus der Regierungszeit der Sozialisten die Konsequenz eines notwendigen Linksrucks. Jospin forderte hingegen mehr Realismus in der Politik. Er zeigte sich sensibler für das zwiespältige Verhältnis von Ambitionen und Gewissensbissen und wollte verhindern, dass überzogene Forderungen in der Opposition zu Enttäuschungen in der Regierungszeit führten. Jospin stand für eine Ethik der Verantwortung, wohingegen Emmanuelli die Protestkultur bediente. Auch europapolitisch war Jospin zurückhaltender, während Emmanuelli 1992 ein flammendes Plädoyer für Maastricht verfasst und sich zum Föderalisten erklärt hatte.¹¹⁸¹

Nach dem Ende der „ideologischen Wechselbäder“¹¹⁸² von Rocard über Emmanuelli bis hin zu Jospin strebte dieser eine organisatorische und programmatische Erneuerung an. Nach seinem respektablen Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen brachte er 1996 im ersten Jahr der Opposition drei thematische Versammlungen auf den Weg.¹¹⁸³ Wohingegen die Debatten im Rahmen der *Convention nationale* zu den Akteuren der Demokratie weniger kontrovers verliefen, entzündeten sich in den anderen beiden Versammlungen Auseinandersetzungen über die Wirtschafts- und Währungsunion. Die Analyse der Globalisierung war zunächst weniger umstritten. Die Globalisierung wurde als ein ambivalenter Prozess beschrieben, der einerseits Motor des Fortschritts und andererseits Ursache wachsender Ungleichheit sei. Es handelte sich in den Augen der Sozialisten um ein neues Zeitalter des Kapitalismus, das politische Steuerung verlange. Mögliche Maßnahmen waren beispielsweise die Einführung sozialer Normen im internationalen Handel, die Reform der Welthandelsorganisation oder der Kampf gegen Kapitalspekulation. Der Europäischen Union gaben die Sozialisten mit dem Konzept der *Fédération d’États-Nations* eine föderale Perspektive. Die Föderation der Nationalstaaten sollte sowohl den supranationalen Elementen im Rahmen einer Föderation, als auch der an-

¹¹⁸⁰ Intervention d’Henri Emmanuelli, abgedruckt in: Mage 1995a, S. 410

¹¹⁸¹ Vgl. zu der Gegenüberstellung von Emmanuelli und Jospin Ferenczi 03.02.1995; vgl. zu Jospin auch Krell 2009, S. 363

¹¹⁸² Guérot 1996, S. 582

¹¹⁸³ Vgl. zum Folgenden Bergounioux, Grunberg 2005, S. 430ff.

haltenden Bedeutung der Nationalstaaten Rechnung tragen. Jacques Delors hatte dieses Konzept nach dem Vertrag von Maastricht in die politische Debatte eingebracht.

Die eigentliche Kontroverse entstand über die Bedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Kritiker argumentierten nicht mit der Wahrung nationalstaatlicher Souveränität sondern forderten ein föderales Europa. Dieses sahen sie durch eine Erweiterung der Europäischen Union ohne verbindliche Vertiefung gefährdet.¹¹⁸⁴ Die *Gauche socialiste* rief seit Beginn des Jahres 1996 zu einer Revidierung des Vertrags von Maastricht auf, weil dieser die sozialen Errungenschaften in Europa in Frage stelle. Diese Haltung traf den Nerv all derjenigen innerhalb der Partei, die sich seit dem Vertrag von Maastricht um eine mögliche Spaltung der linken Wählerschaft sorgten und die geforderte Haushaltsdisziplin kritisierten. Ein Teil von ihnen hatte sich mit den Forderungen der Protestbewegung von 1995 solidarisiert und sich der sozialen Bewegung angenähert.

Die von der *Gauche socialiste* vorgetragene Kritik am Euro erhielt die Zustimmung von mehr als 40 Prozent der Parteimitglieder. Diese Kritik entsprach jedoch einer anderen Logik als der Leitantrag der Parteiführung. Ein gemeinsamer Beschluss war daher nicht möglich. Um der Kritik am Euro gerecht zu werden, formulierten die Sozialisten vier Bedingungen für den Euro: Der Euro sollte nicht zu einer D-Mark-Zone führen und deshalb auch in Spanien, Portugal und Italien eingeführt werden, eine europäische Wirtschaftsregierung sollte errichtet, ein zu restriktiver Stabilitätspakt abgelehnt und eine zu starker Euro im Vergleich zum Dollar verhindert werden.

„Mais, le processus, somme toute heurté, qui avait amené à ce point d'équilibre montrait que nombre des socialistes n'admettaient pas que les réalités européennes puissent contredire leur politique. François Mitterrand avait imposé sans grand débat le Traité de Maastricht au parti. La fragilité du résultat avait laissé un souvenir amer.“¹¹⁸⁵

Bergounioux und Grunberg kommen zu dem Schluss, dass die Debatte aus dem Jahr 1983 zum Verbleib Frankreichs im Europäischen Währungssystem – dem Vorläufer der Wirtschafts- und Währungsunion – 1996 noch immer präsent war. Zwar hätten die vier Bedingungen für den Euro einen Kompromiss ermöglicht, aber die zugrundeliegenden Widersprüche in keiner Weise aufgelöst.¹¹⁸⁶

4.6.4 Parteienwettbewerb: Entfremdung von den unteren Bevölkerungsschichten

Die Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen von 1993 war voraussehbar, jedoch kam es zu einem regelrechten politischen Erdbeben: Zusammen mit dem MRG fielen die Sozialisten von zuvor 275 Sitzen in der Nationalversammlung auf 67 von insgesamt 577 Sitzen

¹¹⁸⁴ Vgl. Olivier 2005, S. 171; 173

¹¹⁸⁵ Bergounioux, Grunberg 2005, S. 431

¹¹⁸⁶ Vgl. Bergounioux, Grunberg 2005, S. 438

zurück. Die Rechte siegte mit einer überwältigenden Mehrheit von 486 Sitzen (davon RPR 242, UDF 207 sowie weitere 37 Sitze).¹¹⁸⁷ Hatte die PS 1988 noch 37 Prozent der Wählerstimmen gewinnen können, waren es 1993 nur noch 19 Prozent. Keine andere sozialdemokratische Partei in Europa erlebte Anfang der 1990er Jahre ein solches Wahldebakel.¹¹⁸⁸ Die Sozialisten hatten nicht nur eine Niederlage erlitten, sie wurden regelrecht aus dem Amt gejagt.¹¹⁸⁹ Zahlreiche Führungskräfte der Partei wie Lionel Jospin, Louis Mermaz, Roland Dumas oder Michel Rocard verloren ihr Abgeordnetenmandat. Zwei Drittel der Departements in Frankreich hatten nicht mehr einen einzigen sozialistischen Abgeordneten.¹¹⁹⁰

Die Wahlen von 1993 zeigten das Wählerpotential für die politischen Parteien am linken und rechten Rand. Nie zuvor hatten sie bei den Parlamentswahlen so viele Stimmen bekommen. Die Regierungsparteien wurden auf diese Weise abgestraft, die Schwäche der politischen Extreme blieb allerdings ihre Zersplitterung.¹¹⁹¹ Die hohe Stimmenanzahl der extremen Parteien im linken Lager zeigte auch, dass es der PS nicht gelungen war, ihre strategische Dimension neu zu definieren. Vor allem die grünen Parteien verweigerten Wahlabsprachen mit den Sozialisten. Kam es im zweiten Wahlgang zu einem Duell zwischen PS und UPF, dem Bündnis aus RPR und UDF, dann enthielten sich die Wähler der Grünen oder gaben einen ungültigen Stimmzettel ab.¹¹⁹² Die Parlamentswahlen von 1993 zeigen die zunehmende Distanz zwischen Bürgern und Parteien, die sich an der sinkenden Wahlbeteiligung sowie an neuen Formen politischen Engagements belegen lässt. Die Wähler erwarteten keine ideologischen Programme mehr, sondern Vorschläge für konkrete Probleme. Die Einsetzung des sogenannten Vedel-Ausschuss zur Reform der französischen Verfassung machte deutlich, dass dieses Phänomen parteiübergreifend war. Ziel der Verfassungsreform war es, die Bürgernähe der Politik zu erhöhen und das französische Parlament und damit seine Abgeordneten aufzuwerten.¹¹⁹³

Mitterrand machte die Europapolitik zum Wahlkampfthema. Er wollte sein europapolitisches Erbe nicht mit einer bürgerlichen Regierung aufs Spiel setzen. Diese hätte Frankreichs Weg in die Wirtschafts- und Währungsunion versperren können. Mitterrand erklärte, keinen Premierminister zu ernennen, der die Europäische Integration ablehne. Für Premierminister Bérégovoy stand Europa im Zentrum der zukünftigen Debatten und deswegen sei eine europäische Mehrheit des Fortschrittes hilfreich.¹¹⁹⁴ Auch wenn die Sozialisten einer bürgerlichen Mehrheit – die den Vertrag von Maastricht mehrheitlich abgelehnt hatte – die Fortsetzung der Eu-

¹¹⁸⁷ Vgl. Hoffmann-Martinot 1993, S. 13f.

¹¹⁸⁸ Vgl. Perrineau, Ysmal 1993, S. 16

¹¹⁸⁹ Vgl. Grunberg 1993, S. 185

¹¹⁹⁰ Vgl. Bréchon 2004, S. 162ff.

¹¹⁹¹ Vgl. Perrineau, Ysmal 1993, S. 14f.

¹¹⁹² Vgl. Perrineau, Ysmal 1993, S. 18; vgl. Anhang bei Habert et al. 1993, S. 300

¹¹⁹³ Vgl. Hoffmann-Martinot 1993

¹¹⁹⁴ Vgl. Guérot 1996, S. 552ff.

ropapolitik nicht zutraute, musste Mitterrand sich in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit mit Balladur arrangieren.

Die Kampagne für die Europawahlen 1994 begann bereits kurz nach den Parlamentswahlen. Jean-Marie Le Pen erklärte schon im Juli 1993 seine Kandidatur, Jean-Pierre Chevènement im September 1993. Michel Rocard hätte gerne bis nach den Kantonalwahlen im März 1994 gewartet, kündigte dann aber doch im Oktober 1993 seine Kandidatur an. Dieses frühe und intensive Engagement der politischen Parteien stand im Gegensatz zum geringen Interesse der Wähler – wobei die Wahlbeteiligung mit 53,5 Prozent noch höher als erwartet ausfiel.¹¹⁹⁵

Die Anhänger von Fabius hatten Rocard als Spitzenkandidat vorgeschlagen. Hätte Rocard nicht kandidiert, wäre es ihm als Schwäche ausgelegt worden. Rocard stand daher unter Zugzwang, seine Kandidatur für die wegen ihres Protestcharakters als riskant geltenden Europawahlen zu erklären. Ein Wahlsieg hätte allerdings seinen Führungsanspruch untermauert.¹¹⁹⁶ Rocard erklärte, mindestens 20 Prozent der Wählerstimmen erreichen zu wollen. Die *mitterrandisten* (Jack Lang) und *deloristen* (Ségolène Royal) forderten mindestens 23 Prozent wie Fabius 1989, da Rocard sonst seine *présidentiabilité* einbüßen würde. Nur Jospin wies darauf hin, dass das Ergebnis von 1989 nicht zu wiederholen sei, da die PS im Gegensatz zu den letzten Wahlen gegen die Radikalsozialisten mit Bernard Tapie und gegen Chevènement mit seinen Anhängern kandidiere.¹¹⁹⁷ Die hohen Erwartungen an Rocard zeigten sich auch darin, dass im rechten politischen Lager weder UDF noch RPR einen *présidentiable* ins Rennen schickten, da dies als zu riskant angesehen wurde.¹¹⁹⁸

Die Kantonalwahlen im März 1994 erlaubten der PS eine relative Erholung im Vergleich zu den Wahlen von 1993, allerdings machten sie in Marseille auch das Wählerpotential für Bernard Tapie deutlich. Tapie war dem langjährigen Koalitionspartner der Sozialisten, der MRG, beigetreten und wurde zu deren Aushängeschild.¹¹⁹⁹ Er kandidierte mit Unterstützung Mitterrands bei den Europawahlen gegen die PS, womit Mitterrand seinem alten Rivalen Rocard den Weg zu den Präsidentschaftswahlen 1995 erschwerte.

Rocards schlechtes Ergebnis von 14,5 Prozent bei den Wahlen lässt sich auf die 20 konkurrierenden Listen zurückführen. 1989 waren es noch 15 Listen gewesen, 1984 14 Listen und 1979 elf Listen. Michel Rocard war es zwar gelungen, Bernard Kouchner davon zu überzeugen, keine eigene Liste bei den Europawahlen zu präsentieren. Jedoch führten nicht nur die ehema-

¹¹⁹⁵ Vgl. Gaffney 1996, S. 84

¹¹⁹⁶ Vgl. zu dieser Argumentation Gaffney 1996, S. 86

¹¹⁹⁷ Vgl. Stephan 2001, S. 173

¹¹⁹⁸ Vgl. Perrineau, Ysmal 1995, S. 15; Eine weitere Erklärung könnte aber auch sein, dass die Konkurrenzsituation im rechten Lager zwischen Balladur, der von der UDF unterstützt wurde und Chirac, dem Parteivorsitzenden der RPR, keine Entscheidung für einen Kandidaten erlaubt hätte. Der Spitzenkandidat Baudis ermöglichte schließlich, die Präsidentschaftswahlen aus den Europawahlen herauszuhalten, vgl. Gaffney 1996, S. 85

¹¹⁹⁹ Vgl. Moreau, Müller-Brandeck-Bocquet 2000, S. 105

ligen Bündnispartner bzw. Parteimitglieder Tapie und Chevènement eine eigene Liste sondern auch der langjährige Abgeordnete der PS Léon Schwartzberg, der für *L'Europe commence à Sarajevo* kandidierte. Die *single issue*-Kampagne über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien fand eine große mediale Aufmerksamkeit und brachte die Wahlen erst in die öffentliche Debatte.¹²⁰⁰ Die Frage, wer Frankreichs Interessen am besten im Europäischen Parlament repräsentiert, stand folglich nicht im Vordergrund.

Die Spaltung der französischen Gesellschaft nach dem Referendum über den Vertrag von Maastricht erschwerte die Positionierung der politischen Akteure. Die Befürworter des Vertrags äußerten sich nur verhalten. Rocard bezeichnete den Vertrag als relativ mittelmäßig, zu kompliziert und als einen Text, der über die Konvergenz der Wirtschaftspolitiken Gefährliches sage.¹²⁰¹ Die Sozialisten hatten 1992 an der Seite Mitterrands den Vertrag von Maastricht verteidigt, mussten jedoch feststellen, dass ein großer Teil ihrer Wählerschaft sich gegen sie gestellt hatte. In der Konsequenz suchten sie einen Mittelweg, der ihnen erlaubte, die Europäische Integration grundsätzlich zu bejahen, aber gleichzeitig ihre liberale Ausrichtung zu kritisieren.¹²⁰² Rocards Kampagne wurde als verhalten bewertet. Die Verantwortlichen engagierten sich nur wenig und der europapolitische Diskurs blieb im Unschärferen.¹²⁰³

Auch das gemeinsame Programm von UDF und RPR war aufgrund von Koalitionszwängen ambivalent und unspezifisch. Die Präsidentschaftswahlen 1988 hatten gezeigt, dass eine rivalisierende Strategie zwischen UDF und RPR den Wahlerfolg kosten konnte. Gleichzeitig sollten aber im Hinblick auf die 1995 anstehenden Wahlen, für die sich eine Rivalität zwischen dem von der UDF unterstützten Premierminister Balladur und Chirac, dem Parteivorsitzenden der RPR, abzeichnete, alle Optionen offen gehalten werden. Mit der Entscheidung für Dominique Baudis als Spitzenkandidat wollte man nach außen eine pro-europäische Linie demonstrieren, ohne jedoch innerhalb der Parteien die Anhänger und Skeptiker der Europäischen Integration zu verärgern.

„By the end of the campaign, Baudis appeared forlorn, silenced by the dangerous tensions for which he was the public relations person, and held at amicable arm's length, centre stage, by all the *présidentiabiles* of the right, precisely because he was not one of them.“¹²⁰⁴

¹²⁰⁰ Rocard näherte sich schließlich unter Einfluss von Bernard-Henri Levy den Positionen der Liste von Schwartzberg an und riskierte einen Konflikt zwischen den Anhängern des Präsidenten und seinen eigenen Anhängern über die Frage der Aufhebung des Embargos gegen die bosnischen Muslime, vgl. Gerstlé 1995, S. 214, vgl. auch Gaffney 1996, S. 93

¹²⁰¹ Vgl. Gaffney 1996, S. 88

¹²⁰² Vgl. Grunberg 1995, S. 68

¹²⁰³ Vgl. Bréchon 2004, S. 164f.

¹²⁰⁴ Gaffney 1996, S. 88; Die wahltaktisch motivierte gemeinsame Liste für die Europawahl führte übrigens bei RPR und UDF dazu, dass die gewählten Abgeordneten sich im Europäischen Parlament in drei verschiedene Fraktionen aufteilten: 13 UDF-ler schlossen sich der EVP an, ein UDF-ler der ALDR und 14 RPR-ler der RDE (Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten)

Der ehemalige PS-Minister Tapie verkörperte trotz laufender Affären und Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung einen neuen Politikertypus, der kein Technokrat war und Lösungen für konkrete Probleme vorschlug.¹²⁰⁵ Tapie war der einzige Kandidat aus dem pro-europäischen Lager, der für das Europa von Maastricht offen eintrat.¹²⁰⁶ Er zog die fehlende programmatische Differenz zwischen Dominique Baudis *Europe autrement* und Michel Rocard *Autre Europe* ins Lächerliche.¹²⁰⁷ Seine Liste erreichte am Ende zwölf Prozent der Stimmen und hatte Rocard viele Wählerstimmen der Linken, der Grünen und Kommunisten abgeworben.

„L’usure du Parti socialiste, son inaptitude à gagner la confiance d’une jeunesse hantée par le chômage se sont traduites par le fait qu’une partie de celle-ci a suivi un Bernard Tapie dont le discours volontariste était plus mobilisateur.“¹²⁰⁸

Tapie sprach sich für ein föderales Europa aus. 17 Prozent der Wähler, die beim Referendum über den Vertrag von Maastricht mit Ja gestimmt hatten, wählten Tapie. Bei Rocard war diese Zahl mit 21 Prozent nicht wesentlich höher. Ein bedeutender Teil der pro-europäischen Wähler fühlte sich also nicht mehr vom Diskurs der *Parti socialiste* repräsentiert. Dasselbe galt für die euroskeptischen Wähler. Von denjenigen, die beim Referendum von Maastricht mit Nein gestimmt hatten, wählten nur fünf Prozent Rocard's Liste.

Liste	% Stimmen	Sitze
Union RPR-UDF (Baudis, UDF)	25,58 %	28
Europe solidaire (Rocard, PS)	14,49 %	15
La majorité pour l’Autre Europe (de Villiers, MPF)	12,34 %	13
Energie radicale (Tapie, MRG)	12,03 %	13
Contre l’Europe de Maastricht, Allez la France (Le Pen, FN)	10,52 %	11
Parti Communiste Français (Wurtz, PCF)	6,89 %	7

Quelle: vgl. Perrineau, Ysmal 1998, S. 385; vgl. Gaffney 1996, S. 101

Im rechten Lager hatte sich Philippe de Villiers von der UDF getrennt und eine eigene Liste aufgestellt, die 12,34 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Seine Wähler verbanden mit ihm vor allem den Kampf gegen die Korruption, wie es die Kandidatur des Untersuchungsrichters Thierry Jean-Pierre (Richter in der Affäre über die illegale Finanzierung der PS) auf seiner Liste zeigte. De Villiers hatte die UDF verlassen, weil er zunehmend europa-kritisch eingestellt war und die Interessen Frankreichs sowie die traditionellen Werte verteidigen wollte.¹²⁰⁹

1994 war eine Gelegenheit für die souveränistischen Strömungen im rechten und linken Lager, ihr Wählerpotential nach dem Referendum von Maastricht zu messen. Philippe de Villiers, der von Innenminister Charles Pasqua unterstützt wurde, war dabei wesentlich erfolgrei-

¹²⁰⁵ Vgl. zu Bernard Tapie als Symbol der postmodernistischen Entblockierung: Schubert 2004, S. 357ff.

¹²⁰⁶ Vgl. die Einschätzung von Hugues Portelli bei: Gerstlé 1995, S. 215

¹²⁰⁷ Vgl. Gerstlé 1995, S. 211f.

¹²⁰⁸ Grunberg 1995, S. 69

¹²⁰⁹ Vgl. Martin 2000, S. 357

cher als Jean-Pierre Chevènement mit nur 2,5 Prozent der Wählerstimmen.¹²¹⁰ Dieser hatte im März 1994 die Fraktion der Sozialisten in der Nationalversammlung verlassen und hoffte, Dissidenten und Splittergruppen im linken politischen Lager einbinden zu können. Die anti-europäische Einstellung, so Chevènements politisches Kalkül, sollte als verbindendes Element dienen, da sie von allen linksextremen Gruppen geteilt wurde. Ein Erfolg Chevènements hätte ihn bei der Einigung der politischen Linken unumgänglich gemacht.¹²¹¹

Sowohl Philippe de Villiers als auch Bernard Tapie waren eine starke Konkurrenz für die *Front national*. De Villiers richtete sich – ähnlich wie Le Pen – gegen die etablierten und korrupten Parteien. Auch konnte er mit der Verteidigung der Interessen Frankreichs und der Stärkung traditioneller Werte die Wähler Le Pens ansprechen. Der populistische Ton eines Bernard Tapies konnte ebenfalls zur Gefahr für Le Pen werden. Zu Beginn der Kampagne für die Wahlen 1994 war Le Pen ein Wahlergebnis von bis zu 15 Prozent vorausgesagt worden. Am Ende erreichte er 10,52 Prozent der Stimmen, was im Vergleich zu 1989 ein leichter Rückgang von etwas mehr als einem Prozentpunkt darstellte.¹²¹² Alle drei Kandidaten waren hingegen für die Listen von UDF-RPR und PS gefährlich, weil sie den Koalitionszwängen und internen Querelen geschuldeten Zögerlichkeiten der beiden großen Parteien klare Positionen gegenüberstellten. Die strategische Antwort der Regierungsparteien war es, die Bedeutung der Europawahlen herunterzuspielen. Die erstrangige politische Entscheidung sollte erst 1995 getroffen werden. Sowohl im rechten als auch im linken politischen Lager nahm der Verlauf der Kampagne ähnliche Züge an. Ausgehend von europäischen Visionen, einer *nouvelle donne européenne*, endete die Kampagne bei Rocard am Ende der ersten Juniwoche mit einem Aufruf an eine Sammlung der Linken für die Präsidentschaftswahlen 1995. Auch Chirac und Juppé wiesen noch vor der Wahl darauf hin, dass das was zähle, erst nach den Europawahlen komme.¹²¹³

Die *politique politicienne* wurde bei den Europawahlen deutlich. Die Wahlen sollten ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen mögliche Allianzen testen, Umfrage- und Wahlergebnisse liefern und der Selbstdarstellung der Kandidaten für die Wahlen 1995 dienen.¹²¹⁴ Die Europapolitik wurde hingegen ausgeklammert. Der Wahlkampf 1994 wich auch erstmals von der klassischen Kampagnenführung ab, was sich ebenfalls in anderen europäischen Ländern vollzog. Es wurden keine Wahlplakate mehr geklebt oder große programmatische Reden gehalten, um die eigenen Anhänger zu überzeugen. Ziel war es, im Fernsehen zu erscheinen. Die

¹²¹⁰ Vgl. Martin 2004, S. 16

¹²¹¹ Vgl. Gaffney 1996, S. 90f.

¹²¹² Vgl. Gaffney 1996, S. 89

¹²¹³ Vgl. Gerstlé 1995, S. 214; vgl. auch Gaffney 1996, S. 96f.

¹²¹⁴ Vgl. Gaffney 1996, S. 86f.

verschiedenen Fernsehduelle bildeten das Rückgrat der Kampagne.¹²¹⁵ Wahlveranstaltungen dienten nicht mehr der Überzeugung oder der Information von Parteimitgliedern und interessierten Wählern, sondern der Inszenierung als einer Partei, die vor den Kameras brillierte. Die eingeschränkte Plakatierung war insofern bemerkenswert, als es sich dabei um eine lange französische Tradition gehandelt hatte.

„The 1994 European elections were perhaps the first characterized by a near 100 per cent television and radio campaign, conducted for the media by the parties, and by the media for the viewing and listening public.”¹²¹⁶

Für die Aufstellung der Liste hatte die *Parti socialiste* wie üblich die innerparteilichen Strömungen und Regionen berücksichtigt. An den Kriterien änderte sich trotz des von Rocard geforderten *big bangs* nichts. Kurzzeitig war Elisabeth Guigou, Mitterrands ehemalige Europaministerin, im Gespräch. Sie sollte die Liste für die Wahlen 1994 anführen und ihr ein „europäisches Gesicht“ verleihen. Allerdings sah Rocard in der Marginalisierung der Strömungen eine Gefahr für die innerparteiliche Stabilität.¹²¹⁷

Wie in der Vergangenheit beeinflussten ebenfalls Wahlabsprachen die Listenbildung. So bot Rocard dem parteilosen Bernard Kouchner den dritten Listenplatz an, da dieser keine eigene Liste aufgestellt hatte. Die Frauenrechtlerin der PS Yvette Roudy hatte sich dafür eingesetzt, gleichviele Männer wie Frauen, jeweils abwechselnd in der Liste aufgeführt, zu berücksichtigen.¹²¹⁸ Schließlich hatten die Parlamentswahlen von 1993 einen großen Einfluss auf die Erstellung der Liste, da zahlreiche Abgeordnete der PS ihr Mandat und viele Minister ihre Ämter verloren hatten. Fünf der 15 gewählten Europaabgeordneten hatten 1993 bei den Parlamentswahlen erfolglos kandidiert.¹²¹⁹ Auf die Arbeit und Leistung der Europaabgeordneten aus der letzten Legislaturperiode wurde dagegen nur wenig Rücksicht genommen, weil ein hartes Ringen um Listenplätze mit Erfolgsaussicht einsetzte. Von 21 Europaabgeordneten der letzten Legislaturperiode erhielten 17 keinen Listenplatz mehr.¹²²⁰ Zwei ehemalige Europaabgeordnete der PS kandidierten schließlich für Bernard Tapie. Jean-Pierre Cot, Vorsitzender der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und Kandidat für die Präsidentschaft

¹²¹⁵ Es gab Fernsehduelle beispielsweise zwischen Elisabeth Guigou und Philippe de Villiers; Michel Rocard und Dominique Baudis; Michel Rocard und Valéry Giscard d'Estaing; Jean-Pierre Chévenement und Hélène Carrère d'Encausse (RPR); Bernard Tapie und Jean-Marie Le Pen oder eine Fernsehdebatte mit allen aussichtsreichen Spitzenkandidaten. Vgl. zu den einzelnen Duellen Gaffney 1996, S. 96. Beim Duell zwischen Valéry Giscard d'Estaing und Michel Rocard war ersterer Rocard bei europapolitischen Fakten überlegen. So kannte Rocard nicht die Anzahl der französischen Stimmen im Ministerrat.

¹²¹⁶ Gaffney 1996, S. 95

¹²¹⁷ „If one takes the view that the courants had, by 1994, largely become alibis for warring factions organized around presidential and party leader hopefuls, then it was clear that Rocard's new-look Socialist Party was deceptively much the same as before.“ Gaffney 1996, S. 90

¹²¹⁸ Vgl. Gaffney 1996, S. 90. Die Gleichberechtigung der Frauen wurde in fast allen Parteien zu einem leitenden Motiv.

¹²¹⁹ Hierzu zählten Michel Rocard (Yvelines), André Laignel (Indre), Jack Lang (Loir-et-Cher), Frédérique Bredin (Seine-Maritime) und Pierre Moscovici (Doubs).

¹²²⁰ Einer von ihnen, Claude Cheysson, erklärte in La Tribune: „Le parti entend donner la priorité au médiatique et vise à consolider la position de ceux qui comptent pour leur permettre de poursuivre leur destin national.“ Cheysson zitiert nach: Gerstlé 1995, S. 214

des Europäischen Parlaments, wurde fast aus der Liste gestrichen und dann lediglich auf den elften Platz gesetzt.

Die Parlamentswahlen 1997 waren ein weiteres entscheidendes Datum für die französischen Sozialisten im Europäischen Parlament. Die Präsidentin der französischen Delegation Pervenche Berès hielt die nationalen Wahlen indirekt auch für europäische, da sie zu einer Erneuerung eines Drittels der Delegation führten.¹²²¹ Frédérique Bredin war bereits 1995 in die *Assemblée nationale* eingezogen, Jack Lang, Elisabeth Guigou und Catherine Trautmann wechselten 1997 in die *Assemblée nationale* bzw. ins Kabinett von Jospin. Pierre Moscovici war bei den Wahlen 1997 erneut unterlegen, wurde jedoch von Jospin als Europaminister ins Kabinett berufen. Auch Bernard Kouchner wurde 1997 Minister. Trotz dieser Wechsel innerhalb der sozialistischen Delegation im Europäischen Parlament sank die Gesamtzahl der französischen Europaabgeordneten, die ihr europäisches Mandat im Laufe der Legislaturperiode zugunsten eines nationalen Mandats aufgaben, auf 18,9 Prozent. Im Vergleich mit der ersten Legislaturperiode bedeutet dies einen Rückgang um fast 20 Prozentpunkte.¹²²² Dies kann als ein Indiz gewertet werden, dass das Mandat im Europäischen Parlament an Wertschätzung gewonnen hatte. Auch gab Michel Rocard sein Mandat als Senator 1995 zugunsten seines Abgeordnetenmandats im Europäischen Parlament auf.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 kandidierten schließlich Jacques Chirac sowie sein innerparteilicher Konkurrent Edouard Balladur gegen den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin. Chirac blieb in seinen politischen Ideen zur Überwindung der sozialen Spaltung und der Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion relativ vage. Der politische Wille könne alle Hindernisse beseitigen, erklärte er.¹²²³ In der kurzen Zeit der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen konzentrierte sich Jospin auf ein realistisches Programm, in dem er versuchte, die vorgeschlagenen Reformen mit konkreten Finanzierungsmöglichkeiten zu verbinden.¹²²⁴ Jospins Wahlergebnis von 23,3 Prozent im ersten Wahlgang wurde auf sein Programm zurückgeführt. Zudem profitierte er davon, dass weder ein Vertreter der extremen Linken noch Jean-Pierre Chevènement kandidierte. Obwohl Jospin im zweiten Wahlgang Jacques Chirac mit 47,7 Prozent der Stimmen unterlag, war er innerparteilich gefestigt.

Chirac wurde bei seinem Amtsantritt mit Forderungen zum Wandel konfrontiert, die noch die Erwartungen an François Mitterrand 1981 übertrafen. 81 Prozent der Franzosen wünschten sich Veränderungen in der Sozialpolitik und 72 Prozent in der Wirtschaftspolitik. Die anfängliche Zustimmung zu Chiracs Politik wendete sich allerdings schnell: Bereits fünf Monate

¹²²¹ Vgl. Journées parlementaires de Montpellier, Intervention de Pervenche Berès. In: L'hebdo des socialistes, 26. September 1997, S. 6.

¹²²² Vgl. Beauvallet 2007, S. 88

¹²²³ Vgl. Ross 2000, S. 97

¹²²⁴ Vgl. Stephan 2001, S. 179

später hatte er sämtliche Sympathien verloren. Diese dominierende negative Meinung hielt bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen 1997 an.¹²²⁵

Das französische Parteiensystem befand sich Anfang der 1990er Jahre im Umbruch.¹²²⁶ Die Phase von 1993 bis 1997 – mit der Präsidentschaftswahl 1995 als Katalysator – stellt im Vergleich zum Jahr 1984 ein wesentlich bescheideneres *realignment* dar. Dennoch ist zumindest eine Phase der Anpassung zu beobachten. Im rechten Lager beanspruchte Philippe de Villiers einen bedeutenden Teil der Wählerschaft zwischen *Front national* und RPR/UDF. Im linken Lager zeichneten sich Wahlerfolge der extremen Linken ab. Darüber hinaus verankerten sich die Grünen in Frankreich – trotz wechselhafter Wahlerfolge – im linken Lager.¹²²⁷

4.6.5 Organisation: Direktdemokratische Elemente und neue Formen politischen Engagements

Nach den Parlamentswahlen von 1993 befanden sich die Sozialisten erneut in der partiellen Opposition, die diesmal im Gegensatz zu den Jahren von 1986 bis 1988 zur innerparteilichen Erneuerung führte. Der neue Parteivorsitzende Jospin führte ab 1995 direktdemokratische Elemente ein, die der häufigen Blockade durch die innerparteilichen Strömungen entgegenwirken sollten.¹²²⁸ Die Praxis der Mitgliederbefragung wurde 1995 bei der Nominierung des Kandidaten für die Präsidentschaftswahl von Bedeutung, da sich erstmals zwei Kandidaten gegenüberstanden: Lionel Jospin und Henri Emmanuelli. Im Prinzip hatte die PS schon 1971 festgelegt, dass ihr Präsidentschaftskandidat durch einen außerordentlichen Parteitag – unter Einbeziehung der lokalen Ebene – designiert werden sollte. Bis zum Ende der zweiten Amtszeit Mitterrands galt dieser jedoch als natürlicher Kandidat und niemand trat gegen ihn an.

1995 beteiligten sich 73 Prozent der Wahlberechtigten an der Designation des Kandidaten, sodass Lionel Jospin weitere plebiszitäre Elemente vorschlug: die Urwahl des Parteivorsitzenden sowie eine Mitgliederbefragung zu den grundsätzlichen Programmpunkten und zu organisatorischen Reformen. Die Mitglieder stimmten im Oktober 1995 den Reformvorschlägen zu. Hierzu zählten die direkte und geheime Wahl der Vorsitzenden auf lokaler, föderaler und nationaler Ebene, die Parität zwischen Männern und Frauen sowie eine Ethik-Charta für Mitglieder und Abgeordnete. Durch die Direktwahl gewannen die Führungspersonen eine höhere Legitimation.¹²²⁹

¹²²⁵ Vgl. Jaffré 1998, S. 28ff.

¹²²⁶ Vgl. Grunberg 1995, S. 47

¹²²⁷ Vgl. Martin 2000, S. 356f.

¹²²⁸ Vgl. Murswieck 1999, S. 105

¹²²⁹ Vgl. Stephan 2001, S. 205ff.

Die Einführung plebiszitärer Elemente gilt als ein Indiz für den Übergang zur Kartellpartei und kann die Parteiführung stärken.¹²³⁰ Trotz der erweiterten Beteiligungsrechte verlieren die Parteimitglieder an Einfluss, da eine organisierte Meinungsbildung oder Formierung von Widerstand verhindert wird. Es kann zu einer Atomisierung der Mitglieder kommen. Auch beeinflussen sinkende Mitgliederzahlen die finanzielle Ausstattung der Partei immer weniger: Im Jahr 2003 machten die Mitgliedsbeiträge nur noch acht Prozent der Einnahmen aus, die Beiträge der Mandatsträger vier Prozent. Der Rest wurde über die staatliche Parteienfinanzierung abgedeckt.¹²³¹ Die Einführung plebiszitärer Elemente ist jedoch keine sozialistische oder französische Besonderheit, sondern ist ebenso bei RPR und UDF sowie in Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Österreich oder Kanada zu beobachten.¹²³²

Die Professionalisierung der Partei hat ihre Verankerung in der Gesellschaft und die Verbindung zu parteinahen Organisationen verändert. Die Konflikte und das Unverständnis zwischen der Partei und ihren Netzwerken haben sich seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt. Hierzu trugen die Regierungsübernahme der PS und das gewandelte soziale Profil der Partielite bei.¹²³³ Ein Übergang von der extremen Linken zur PS, wie es beispielsweise bei den ehemaligen Trotzisten Lionel Jospin oder dem Mitglied der *Ligue communiste révolutionnaire* Julien Dray noch möglich war, wurde Anfang der 1990er Jahre undenkbar. Das Verhältnis der Partei zum studentischen Milieu oder zur sozialen Bewegung zeichnet sich durch gegenseitige Ablehnung aus.¹²³⁴

„Le PS fait figure de repoussoir et de contre-modèle pour ce qu’il est convenu d’appeler, depuis 1995, ‚le mouvement social‘. A ‚la gauche de la gauche‘, l’aversion pour le PS est de mise et trouve ses théoriciens qui n’y voient qu’une ‚coquille politiquement et intellectuellement vide, emplie d’appétits de pouvoir‘.“¹²³⁵

Die fehlende Verankerung der Partei in ihren Netzwerken bestärkte die Parteiführung bei der Einführung plebiszitärer Elemente und der Suche nach neuen Formen der Meinungsfindung. Auch die Parteimitglieder lehnten eine hierarchische und personalisierte Parteiführung zunehmend ab und forderten stattdessen dezentrierte Aktionen in gelockerten Netzwerken. Das politische Engagement war nicht mehr auf Dauer angelegt, sondern beruhte auf einer partiellen Zustimmung mit den Zielen der Partei.¹²³⁶ In der Konsequenz wurde die Partei immer abhängiger von der öffentlichen Meinung und sensibler für den Wählerwandel. Sie ver-

¹²³⁰ Vgl. Kitschelt 2000, S. 157; vgl. kritisch zur Analyse der PS als Kartellpartei und der Einführung direktdemokratischer Elemente Bachelot 2008, S. 400ff.

¹²³¹ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 157

¹²³² Vgl. Helms 1999, S. 24; vgl. zu RPR und UDF Haegel et al. 2003 In der UDF wurden die Parteimitglieder erstmalig anlässlich der Europawahlen 1999 zu der Programmatik der Partei direkt befragt.

¹²³³ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 125

¹²³⁴ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 136ff; vgl. Pina 2005, S. 187

¹²³⁵ Lefebvre, Sawicki 2006, S. 137f.

¹²³⁶ Vgl. Rey 2003, S. 210

suchte über ambivalente Diskurse und wechselnde ideologische Linien, möglichst viele Wähler zu erreichen.¹²³⁷

Die innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik ist durch personelle Kontinuität und organisatorische Veränderungen gekennzeichnet. Das Europasekretariat wurde wieder in das Internationale Sekretariat eingegliedert und ab 1992 in Personalunion von dem vorherigen Europasekretär Gérard Fuchs geführt. Ferner nahmen bei den jährlich stattfindenden *journées parlementaires* zum Auftakt der Sitzungsperiode ab 1995 erstmalig die Europaabgeordneten als dritte Gruppe der Parlamentarier – neben Nationalversammlung und Senat – teil. Damit war es den Europaabgeordneten gelungen, als gleichwertige Abgeordnete (*élus à part entière*) anerkannt zu werden.¹²³⁸ So erklärte Laurent Fabius:

„Nos journées parlementaires d’Arles (...) ont clairement réaffirmé la volonté de travailler en concertation avec le groupe du Sénat et les parlementaires socialistes européens. Je m’y emploierai sans réserve. Au seuil de cette première session unique, ensemble, nous constituerons, en plein accord avec le parti et ses responsables, en premier lieu Lionel Jospin, une opposition ferme, inventive et responsable.“¹²³⁹

Bereits 1991 nahm der Vorsitzende der Delegation der französischen Sozialisten im Europäischen Parlament Jean-Pierre Cot an den *journées parlementaires* teil. Die Teilnahme der gesamten Delegation der Europaabgeordneten ist aber erst ab 1995 zu belegen. Nichtsdestotrotz sah sich Pervenche Berès noch 1999 bei den *journées parlementaires* genötigt, darauf hinzuweisen, bei einem Gesetzestext zur Ämterhäufung nicht zwischen Abgeordneten und Repräsentanten zu unterscheiden:

„Chers collègues, chers camarades, nous sommes, comme la plupart d’entre vous, députés – permettez-moi d’insister sur le terme en déplorant que le texte sur lequel vous travaillez nous qualifie encore de ‚représentants au parlement européen‘. C’est un archaïsme!“¹²⁴⁰

Zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten war es seit dem Vertrag von Maastricht zu Spannungen gekommen. Die nationalen Abgeordneten lehnten zum Teil ihre europäischen Kollegen ab. Einige hielten Europaabgeordnete für keine richtigen Abgeordneten, da sie nicht jeden Sonntag auf Messen und Märkte gingen, um den Kontakt zu den Wählern zu pflegen. Die Europaabgeordneten sahen sich dagegen als Teil eines „großen Abenteuers“ und „einer historischen Mission“. Dieser in die Zukunft gerichtete Blick legitimierte in den Augen vieler Europaabgeordneter ihre aktuelle Situation und die Abwesenheit einer wirklichen parteipolitischen Auseinandersetzung.¹²⁴¹

¹²³⁷ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 150f.

¹²³⁸ Vgl. Rüter – Gérard Fuchs 13.03.2006

¹²³⁹ Bulletin du groupe socialiste de l’Assemblée nationale (09/1995), No. 30, 3.10.1995: 26.-27. Septembre 1995 à Arles, S. 1

¹²⁴⁰ Vgl. Bulletin du groupe socialiste à l’Assemblée nationale (09/1999), No. 68, 5. Octobre 1999, S. 46.

¹²⁴¹ Vgl. Kauppi 2000, S. 5f.

So gesehen war es bemerkenswert, dass mit Fuchs erstmalig ein Europaabgeordneter Sekretär für Internationales und Europa wurde. 1995 übernahm jedoch erneut der ehemalige CERES-Mitbegründer und „konvertierte“ *jospiniste* Pierre Guidoni das Internationale Sekretariat, dem 1997 Henri Nallet als Europasekretär zur Seite gestellt wurde. Die Schaffung bzw. Abschaffung des Europasekretariats ist damit auch in diesem Zeitraum kein Zeichen der Europäisierung. Die Einrichtung des Europasekretariats hat laut Gérard Fuchs keinen politischen Hintergrund, sondern soll die Loyalität einzelner Parteimitglieder sichern. Auch sagen nach Fuchs organisatorische Fragen nur wenig aus über die Europapolitik der Partei. Das Problem sei nicht die innerparteiliche Reflexion, sondern die Zieldefinition, das heißt der Stellenwert der europäischen im Vergleich zur nationalen Politik.¹²⁴²

Laut Fuchs mangelt es an der offenen Debatte über entscheidende Fragen. Man schreibe zwar Texte, man sei auch für die Europäische Integration, aber dies sei nicht entscheidend, hierüber gebe es keine Konflikte. Alle seien für Europa. Wenn es aber einen Widerspruch zwischen einer nationalen Maßnahme, die der Partei wichtig sei, und Europa gebe – dann bevorzuge man die nationale Maßnahme.¹²⁴³

4.6.6 Transnationales: Sozialdemokratie und ein begrenzter nationaler Handlungsspielraum

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht waren die sozialdemokratischen Parteien in Europa gezwungen, ihre Position zu einem Integrationsprojekt zu bestimmen, das mit der Realisierung des Binnenmarktes und seinen Grundfreiheiten in ihren Augen zunehmend neo-liberale Züge angenommen hatte. Die Sozialdemokraten waren herausgefordert, sich von der „Zwangsjacke der eingeschränkten Wirtschaftspolitik“ zu befreien, die sie selbst mit entwickelt hatten.¹²⁴⁴ Sozialdemokratischen Parteien wurde nicht mehr der Verrat der Arbeiterbewegung vorgeworfen, sondern die Förderung des Neoliberalismus.¹²⁴⁵

Die SPE sah sich bereits kurz nach ihrer Gründung mit einer wachsenden Europaskepsis konfrontiert, die in einem größeren Kontext gesehen werden kann: Auf internationaler Ebene wuchs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Unsicherheit über eine noch zu bestimmende neue Weltordnung und auf innenpolitischer Ebene verloren nicht nur in Frankreich die politischen Eliten ihre Legitimation.¹²⁴⁶ In den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union hatten die sozialdemokratischen Parteien in acht Ländern Einbußen hinnehmen müssen. Eine strategische Hinwendung auf Europa erfolgte jedoch zunächst nicht.

¹²⁴² Vgl. Rüter – Gérard Fuchs 13.03.2006

¹²⁴³ Vgl. Rüter – Gérard Fuchs 13.03.2006

¹²⁴⁴ Vgl. Ladrech 2000, S. 4

¹²⁴⁵ Vgl. Merkel 2000, S. 265

¹²⁴⁶ Vgl. Grunberg 1995, S. 41ff.

„Attaché aux politiques keynésiennes dans une Europe qui a de moins en moins les moyens de les mener, le socialisme hésite entre le grand saut dans la construction politique de l'Europe, c'est-à-dire le fédéralisme, et des solutions intermédiaires encore floues.“¹²⁴⁷

Die Europawahlen 1994 standen unter dem Zeichen der Beschäftigungsförderung und der europäischen Sozialdemokratie.¹²⁴⁸ Es gab jedoch auch im Rahmen der neugegründeten SPE keine gemeinsame Kampagne. Die einzige Gemeinsamkeit war ein Appell an ein sozialeres, solidarischeres und weniger liberales Europa.¹²⁴⁹ In ganz Europa dominierten nationale Problemwahrnehmungen.¹²⁵⁰ Die fortschreitende Integration hatte den Eindruck fehlender alternativer Politikmodelle hinterlassen. Weder sozialistische noch konservative Regierungen waren in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Unterscheidung zwischen rechten und linken Politiken war immer weniger möglich.¹²⁵¹

Die Europäische Integration hatte somit nicht nur zur Spaltung einzelner Parteien geführt, sondern diese auch als machtlose Organisationen entzaubert. Die Parteien reagierten auf diese neue Herausforderung, indem sie vorgaben, Probleme zu lösen, die sie gar nicht lösen konnten. Laut Niklas Luhmann erlauben unlösbare Probleme den Parteien zwar, relativ folgenlos über diese zu reden.¹²⁵² Allerdings war mittlerweile auch den Wählern bewusst, dass die Beschlüsse zum Binnenmarkt und zu Wirtschafts- und Währungsunion den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten eingeschränkt hatten.

„In short, compared to the repertoire of policy choices that was available two or three decades ago, European *legal* constraints have greatly reduced the capacity of national governments to influence growth and employment in the economies for whose performance they are politically accountable.“¹²⁵³

Nach Fritz W. Scharpf ist es in der Europäischen Integrationsgeschichte zu einer Asymmetrie zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik gekommen.¹²⁵⁴ Die wirtschaftliche Integration sei von den Römischen Verträgen bis zum Vertrag von Maastricht immer weiter von den sozialen Fragen abgekoppelt worden. Für Wolfgang Merkel ist der Vorrang der Marktfreiheiten und des europäischen Wettbewerbsrechts quasi konstitutionalisiert worden.¹²⁵⁵ Die dominierende wirtschaftliche Integration hat durch ihre Verrechtlichung auf gemeinschaftlicher Ebene Vorrang vor der nationalen Sozialpolitik gewonnen und kann durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs durchgesetzt werden. Die direkte Wirkung des europäischen Rechts wurde mit

¹²⁴⁷ Grunberg 1995, S. 73

¹²⁴⁸ Vgl. Bossuat 2004, S. 55ff.

¹²⁴⁹ Vgl. Grunberg 1995, S. 41f.

¹²⁵⁰ Vgl. Gerstlé 1995, S. 224

¹²⁵¹ Vgl. Ladrech 2000, S. 30ff.

¹²⁵² Vgl. Luhmann 2000, S. 247

¹²⁵³ Scharpf 2002, S. 648

¹²⁵⁴ Vgl. Scharpf 2002

¹²⁵⁵ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 54

dem vorrangigen Ziel der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und der Rechtsschutzpflicht gegenüber dem Marktbürger begründet. So beteiligte sich der Europäische Gerichtshof nicht nur maßgeblich an der Ausgestaltung eines transnationalen und effizienten Wirtschaftssystems, sondern erklärte es auch zu seinem Ziel.¹²⁵⁶

Auch die Europäische Kommission als „Hüterin der Verträge“ und die Ausweitung von Mehrheitsentscheiden auf europäischer Ebene können den Handlungsspielraum von politischen Parteien begrenzen und ihre Einflussnahme auf die europäische Politik erschweren. Die sozialdemokratischen Parteien bilden innerhalb Europas keine homogene Gruppe und sind vor allem in Fragen nach dem Verhältnis von Markt und Staat gespalten. So steht etwa die britische *Labour-Party* in wirtschaftspolitischen Fragen konservativen Regierungen oft näher als den sozialdemokratischen Parteien.¹²⁵⁷

Robert Ladrech vertritt die These, dass die sozialdemokratischen Parteien wegen ihres begrenzten Handlungsspielraums auf nationaler Ebene dazu gedrängt wurden, auf europäischer Ebene nach Antworten zu suchen.¹²⁵⁸ Die Vertrauens- und Repräsentationskrise hat sie laut Ladrech in besonderer Weise betroffen, da die zunehmende Infragestellung des Staates das Herzstück der sozialdemokratischen Programmatik betrifft:

„In the course of the evolution of socialism over the past one hundred years, its practical politics turned to social democracy in the modern nation-state. Substituting state for class, and nation for capitalism, the left maintained its transformative conception of politics.“¹²⁵⁹

Der Aufbau des Wohlfahrtsstaats war nach dem Zweiten Weltkrieg das zentrale Instrument sozialdemokratischer Politik. Die Modernisierung der Wirtschaft über die Europäische Integration führte zu einer Stärkung der nach dem Krieg geschwächten Staaten.¹²⁶⁰ Das Ende des Wirtschaftswachstums in den 1970er Jahren, die Vertiefung des Europäischen Integrationsprozesses sowie die Schaffung des Gemeinsamen Markts stellten jedoch den Handlungsspielraum des Nationalstaats in Frage. Anfang der 1980er Jahre führte der neoliberale Konsens dazu, dass auch die sozialdemokratischen Parteien diese Politik verfolgten – allerdings mit einem schlechten Gewissen und außerhalb ihrer programmatischen Debatten.¹²⁶¹ Mit dem ausbleibenden Wirtschaftswachstum Anfang der 1990er Jahre konnten die Sozialdemokraten keine alternativen Politiken anbieten.

¹²⁵⁶ Vgl. zu Rolle und Selbstverständnis des EuGH Hitzel-Cassagnes 2000; vgl. zur Rechtsprechung des EuGH kritisch Pornschlegel 03.04.2008; vgl. eine politikwissenschaftliche Analyse bei Höreth 2008; vgl. zur Rechtsprechung des EuGH zum Arbeits- und Sozialrecht den Sammelband Müntefering 2008

¹²⁵⁷ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 54; vgl. auch Ostheim 2006, S. 408

¹²⁵⁸ Vgl. Ladrech 2000, S. 37

¹²⁵⁹ Butler zitiert nach Ladrech 2000, S. 41

¹²⁶⁰ Vgl. Ladrech 2000, S. 41ff.

¹²⁶¹ Vgl. Fritz W. Scharpf zitiert nach Ladrech 2000, S. 49

„In supporting this integration process without at the same time shaping its policy orientation in directions more amenable to both their programmatic identity and tools of implementation, that is, state structures, social democrats in a sense positioned themselves in a political corner.“¹²⁶²

In Frankreich kommt verstärkend hinzu, dass sowohl das linke als auch das rechte politische Lager an einem starken Staat festhalten, da staatliche Intervention und Moderation Teil der politischen Kultur sind. Aber besonders bei den politischen Linken ist die Auffassung verbreitet, dass Beamte und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst für das Gemeinwohl arbeiten, während private Unternehmen nur am Profit und an Einzelinteressen interessiert sind.¹²⁶³ Aus diesem Grund wehren sich die französischen Sozialisten dagegen, dass Fragen der Daseinsfürsorge, die bislang auf nationaler Ebene durch den Staat beantwortet wurden, auf europäischer Ebene durch das Wettbewerbsrecht außer Kraft gesetzt werden können. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre versuchten die europäischen Sozialdemokraten, „ihre politische Sackgasse“ zu verlassen und bedienten sich verstärkt der SPE, um wieder gestaltend auf die Politik einwirken zu können.¹²⁶⁴

Bereits 1993 setzte die SPE eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des ehemaligen schwedischen Finanzministers Allan Larsson ein, die für die Entwicklung der sogenannten Europäischen Beschäftigungsstrategie von Bedeutung war und zeitgleich mit dem Weißbuch der Kommission zu „Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung“ das Arbeitspapier „Put Europe to work“ vorlegte. Dieses Arbeitspapier aus dem Jahr 1993 wird als die eigentliche Keimzelle der Europäischen Beschäftigungsstrategie angesehen. Mit dem 1995 vollzogenen Beitritt Schwedens, Österreichs und Finnlands zur Europäischen Union – drei Staaten mit unterschiedlichen Wohlfahrtssystemen und wie in Schweden einer aktiven Arbeitsmarktpolitik – verschoben sich die Wahrnehmungen. Zur beschäftigungspolitischen Sensibilisierung trug auch die öffentliche Meinung bei.¹²⁶⁵

4.6.7 Fazit: Der wachsende Einfluss des Euroskeptizismus

Die Reaktion der Parteien und der öffentlichen Meinung auf den Vertrag von Maastricht unterstreicht die These der inkrementellen Entwicklung des Integrationsprozesses, dessen Nebenfolgen unerwartet eintreten. Selbst wenn Moravcsik argumentiert, dass nationale Exekutiven in europäischen Verhandlungen ihren jeweiligen Interessen folgen, müssen diese nicht zwingend den Interessen der Parteien oder der Bevölkerung entsprechen. Darüber hinaus hat die Analyse der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht gezeigt, dass die französische

¹²⁶² Ladrech 2000, S. 54

¹²⁶³ Vgl. Touraine 19.05.2005

¹²⁶⁴ Vgl. Ladrech 2000, S. 59

¹²⁶⁵ Vgl. Ostheim 2006, S. 410

Regierung und der Staatspräsident bedeutende Zugeständnisse im europäischen *bargaining* machen mussten. Erst durch die Debatte zum Vertrag von Maastricht sowie die in den darauffolgenden Jahren beobachteten Rückkoppelungsmechanismen wurden der PS und den Bürgern die Nebenfolgen des Binnenmarkts und der Wirtschafts- und Währungsunion bewusst.

Die Nebenfolgen zeigten sich auf nationaler Ebene vor allem indirekt durch die Einschränkung des nationalen Handlungsspielraums. Diese wurde zur zentralen Herausforderung für Regierungs- und Oppositionsparteien. Eine ihrer ersten Reaktionen war, diese Erkenntnis und damit auch die Rückwirkungen des Europäischen Integrationsprozesses möglichst aus der politischen Auseinandersetzung herauszuhalten. Dies wurde besonders bei der Analyse der Europawahlen deutlich, deren Tragweite von den Regierungsparteien im rechten und linken Lager heruntergespielt wurde. Die *Parti socialiste* musste sich ihrerseits nach der erdrutschartigen Niederlage bei den Parlamentswahlen 1993 neu (er-)finden und wollte die französische Bevölkerung nicht zu weiteren Kraftanstrengungen drängen. Die Europäische Integration zeichnete sich zwar als ein Ausweg aus der Krise ab, dieser Gedanke wurde jedoch nicht systematisch verfolgt.

Ausgehend von der Bewegung der Arbeitslosen aus dem Jahr 1988 entwickelte sich parallel zur Schaffung des Binnenmarkts sowie der Wirtschafts- und Währungsunion eine euroskeptische Bewegung, die weder einheitliche Ziele verfolgte noch ein einheitliches Zielpublikum ansprach oder sich in einer Partei oder Dachorganisation zusammenfassen ließ. Das Spektrum reichte von der *Front national*, den Bauernverbänden und anderen Standesorganisationen über die Gewerkschaftsbewegung bis hin zu einflussreichen Persönlichkeiten wie Jacques Calvet, dem ehemaligen Vorsitzenden von Peugeot SA, oder Intellektuellen wie Pierre Bourdieu und Emmanuel Todd.¹²⁶⁶ In der Dynamik dieser heterogenen Bewegung spielten die Demonstrationen im Herbst 1995 gegen die sozialen Reformen der Regierung von Alain Juppé eine wichtige Rolle.¹²⁶⁷ Die pro-europäischen Positionen der Gewerkschaften *Force ouvrière* und der *Confédération générale du Travail* erfuhren mit der Protestbewegung Ende 1995 einen euroskeptischen Akzent, da sie die nationalen sozialen Errungenschaften und den französischen Öffentlichen Dienst verteidigen wollten. Für viele kleine Organisationen, die den liberalen Wandel der *Parti socialiste* kritisiert hatten, wirkte diese Protestbewegung wie ein Katalysator. Es kam zu einer informellen ad hoc Allianz der *gauche de la gauche*, die 1998 Einfluss auf die Gründung von ATTAC nahm.¹²⁶⁸

¹²⁶⁶ Vgl. Benoit 1997, S. 17ff.; Unter den französischen Bauern hatten beim Referendum von Maastricht nur 29 % mit Ja und 71 % mit Nein gestimmt, vgl. Knapp 2004, S. 48

¹²⁶⁷ Vgl. Benoit 1997, S. 30ff.

¹²⁶⁸ Vgl. Ancelevici 2008, S. 83

„The industrial movement of the winter 1995 was indeed clearly positioned against France’s going any further towards the implementation of the Economic and Monetary Union project. The editors of the Spanish weekly *ABC* were the first observers to detect in the protest the ‘first major strike against the Europe of Maastricht’.”¹²⁶⁹

Es entwickelte sich eine Form des politischen Engagements, das sich im Spektrum der Regierungsparteien nicht mehr abbilden ließ. Das politische Interesse hatte nicht nachgelassen, aber die Bereitschaft, sich in einer Partei zu engagieren oder der politischen Klasse zu vertrauen. Von dieser auf Protest beruhenden „negativen Politisierung“ konnte vor allem die globalisierungskritische Bewegung profitieren.¹²⁷⁰ Die These der Politisierung bei gleichzeitiger Ablehnung des parteipolitischen Engagements lässt sich auch durch den wachsenden Anteil derjenigen belegen, die zwar an Wahlen teilnehmen, aber ungültige Stimmzettel abgeben, die sogenannten *abstentionnistes protestataires*.¹²⁷¹

Die Situation der inneren und äußeren Umbrüche nach 1991 bildete den Nährboden eine wachsende Unzufriedenheit in Frankreich.¹²⁷² Der wirtschaftliche Liberalismus wurde als Ursache für das Aufbrechen des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesehen. Die Diskussion über Europa verlagerte sich vom Optimismus der ökonomischen Integration zu einer „politisch-kulturell argumentierenden neuen Nachdenklichkeit“.¹²⁷³ In der öffentlichen Debatte drückte sich diese neue Nachdenklichkeit in Forderungen nach der Stärkung republikanischer Traditionen aus.¹²⁷⁴ Die französische Politik sollte sich auf eine politische und ethische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft rückbesinnen.¹²⁷⁵ Serge Berstein spricht angesichts der parteiübergreifenden Referenz auf republikanische Traditionen von einer minimalistischen und einer maximalistischen Interpretation. Die sozialistische maximalistische Interpretation der Republik schließt nach Berstein auch eine kulturelle Dimension ein, die sich an Werten und ethischen Prinzipien orientiert und an der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft festhält.¹²⁷⁶ Die PS verfolgte mit ihrer Reaktivierung des republikanischen Modells eine Abgrenzung vom angloamerikanischen Gesellschaftsmodell und eine Rückkehr des Voluntarismus in die Politik.¹²⁷⁷ Die geforderte Stärkung republikanischer Traditionen muss nicht der Öffnung Frankreichs widersprechen. Die Reaktivierung des republikanischen Modells erfolgte vielmehr im Zeichen des Euro-Gaullismus, da die Forderungen nicht mehr allein auf Frankreich beschränkt blieben.

¹²⁶⁹ Benoit 1997, S. 32

¹²⁷⁰ Perrineau weist allerdings darauf hin, dass die alternativen Formen der Politisierung kein neues Phänomen seien. Bei den politischen Linken habe beispielsweise der Diskurs der autogestion darauf abgezielt, eine Alternative zu dem technokratischen politischen System anzubieten. Vgl. Perrineau 2007a, S. 20ff.

¹²⁷¹ Vgl. Perrineau 2007a, S. 16f.

¹²⁷² Vgl. Beilecke 1999, S. 97f.

¹²⁷³ Vgl. Hans-Manfred Bock zitiert nach: Höhne 1992, S. 120

¹²⁷⁴ Vgl. Beilecke 1999, S. 98

¹²⁷⁵ Vgl. Beilecke 1999, S. 109f.

¹²⁷⁶ Vgl. Stephan 2001, S. 150; vgl. auch Berstein 1999

¹²⁷⁷ Vgl. Christadler 1999, S. 43

Beim Euroskeptizismus vermischen sich der Rechts-Links-Gegensatz und die (anti-)universalistische Konfliktlinie. Die linken und rechten Regierungsparteien verfolgen ein universalistisches Weltbild. Ihre Auseinandersetzung erfolgt entlang der Rechts-Links-Achse der Politik. Die linken Parteien lehnen die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union ab und die rechten Parteien fordern – mit Einschränkung – mehr wirtschaftlichen Liberalismus. Die *Front national* nimmt hingegen in der euroskeptischen Bewegung eine anti-universalistische Haltung ein, die auf der Furcht vor allem Fremden beruht. Ihre Haltung lässt sich nicht mehr auf der Rechts-Links-Achse der Politik abbilden, da es um eine grundsätzliche Ablehnung des Integrationsprozesses geht, die die *Front national* kulturell, identitär und sozial begründet.

Es lassen sich zwei Formen des Euroskeptizismus unterscheiden: Ein harter Euroskeptizismus, der auf einer Ablehnung des Europäischen Integrationsprozesses basiert und bis zur Forderung nach einem Rückzug aus den integrierten Strukturen führt sowie ein weicher Euroskeptizismus, der nicht auf einem prinzipiellen Widerspruch zur Europäischen Integration oder der Mitgliedschaft beruht, sondern sich gegen die gegenwärtige Ausrichtung des Integrationsprozesses richtet.¹²⁷⁸ Der sanfte Euroskeptizismus ist pro-europäisch, fordert jedoch in einzelnen Politikfeldern oder aus nationalem Interesse Mitsprache (*voice*) bei der Ausrichtung des Integrationsprozesses.¹²⁷⁹

Die Debatte um den Vertrag von Maastricht wurde besonders von souveränistisch orientierten Kritikern geführt. Sie verteidigten die klassischen Werte der französischen Staatsnation und ihre Souveränität. Innerhalb der PS wurde die Debatte um die Abgabe nationalstaatlicher Souveränität mit dem Parteiaustritt Jean-Pierre Chevènement in den Hintergrund gedrängt. Die Sozialisten hatten akzeptiert, Teile der französischen Souveränität auf die Europäische Union zu übertragen. Beide Argumentationsstränge – der souveränistische und der neoliberale – spielen in Frankreich eine Rolle und sind abhängig von der jeweiligen politischen Situation präsent.¹²⁸⁰

Beunruhigend für die PS war jedoch die soziale Spaltung Frankreichs, die sich beim Referendum über den Vertrag von Maastricht gezeigt hatte. Nach 1992 wurde immer häufiger die politische Ausrichtung des Integrationsprozesses in Frage gestellt. Auch die öffentliche Meinung unterstützte weiterhin generelle oder abstrakte Aussagen zur Europäischen Integration. Sie sah jedoch konkrete politische Entscheidungen differenziert – wie beispielsweise die Folgen des Integrationsprozesses für die sozialen Sicherungssysteme oder die Einführung des

¹²⁷⁸ Vgl. Poirier 2007, S. 304ff; Amandine Crespy kritisiert jedoch, dass aus der Unterscheidung von hartem und sanftem Euroskeptizismus noch keine überzeugende Typologie abgeleitet wurde. Vgl. Crespy 2008, S. 24

¹²⁷⁹ Vgl. Wagner 2008, S. 258f.; vgl. auch Taggart 1998; Taggart, Szczerbiak 2001; Taggart, Szczerbiak April 2002

¹²⁸⁰ Vgl. Sauger 2008, S. 66

Euro.¹²⁸¹ Für die *Parti socialiste* blieb ihre Europäisierung eine Herausforderung, da der nationalstaatliche Diskurs, die eigenen Parteimitglieder und ein Teil ihrer Wählerschaft der Europäischen Integration immer skeptischer gegenüberstanden.¹²⁸²

4.7 Europäisierung zwischen Realismus und Voluntarismus von 1997 bis 2002

4.7.1 Parteipolitik: Linksrepublikanische Erneuerung und Rückschlag bei den Wahlen 2002

Lionel Jospin war es gelungen, die Partei nach der Zeit der Krise zu erneuern. So hatte er zunächst die Bündnisfrage gelöst. Nach dem Bruch mit den Kommunisten 1984 und der kritisierten Öffnung zur politischen Mitte positionierte er die Partei nun wieder im linken Lager. Jospin war bereit, den Bündnispartnern der Partei Zugeständnisse zu machen, aber beharrte auf der Führungsrolle in dem Bündnis. Auch hatte er eine programmatische Erneuerung weitergeführt und an die revitalisierten republikanischen Werte angeknüpft, die der Partei nach dem Ende des Ost-West-Konflikts einen Ausweg aus der Krise boten. Aber angesichts der innerparteilichen Konflikte blieben sie damals nahezu ungehört. In seiner Regierungserklärung am 3. Juni 1997 sprach Jospin von einem Pakt für die Republik, der einerseits eine Rückkehr zu den Ursprüngen und damit auch den Werten der Republik umfasste, aber auch die notwendige Modernisierung der Demokratie erforderte. Zudem kündigte Jospin einen Pakt für Entwicklung und Solidarität an, der vorrangig das Ziel verfolgte, die Arbeitslosigkeit zu senken.¹²⁸³

Das von Jospin als linker Realismus bezeichnete Programm verband verschiedene Kernanliegen der linken Parteien wie beispielsweise soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum für die Sozialisten, höheren Mindestlohn und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für die Kommunisten sowie die Aussicht auf den erstmaligen Einzug der Grünen in die Nationalversammlung.¹²⁸⁴ Jospins Realismus basierte auf einem Politikstil, der sich an den tatsächlichen Problemen orientieren und im sozialen Dialog Reformen entwickeln wollte. Er versuchte, „republikanische Autorität mit demokratischer Kommunikation“¹²⁸⁵ zu verbinden. Europapolitisch zählte Jospin zu den „Vernunfteuropäern“.¹²⁸⁶ Er habe sich viele Fragen über die Europäische Integration gestellt und sei sehr reflektiert gewesen – im Gegensatz zu einem Großteil der sozialistischen Führungskräfte, für die Europa im Großen und Ganzen von allein vorange-

¹²⁸¹ Vgl. Cautrès, Denni 2000, S. 325

¹²⁸² Vgl. Merkel et al. 2006, S. 55

¹²⁸³ Vgl. eine ausführliche Analyse der Regierungserklärung bei Christadler 1999, S. 48ff.

¹²⁸⁴ Vgl. Willerton, Carrier 2005, S. 44

¹²⁸⁵ Christadler 1999, S. 49; Das war eine deutliche Abgrenzung von seinem Vorgänger Alain Juppé, der einen technokratischen, autoritären Politikstil pflegte.

¹²⁸⁶ Krell 2009, S. 363

schritten sei und nicht viele Probleme verursacht habe, so die Einschätzung von Henri Nallet.¹²⁸⁷

Allerdings stand die Europapolitik für Jospin nicht im Mittelpunkt des Interesses. Er überließ diese seinem Außenminister Hubert Védrine und seinem Europaminister Pierre Moscovici. In Bezug auf das Verhältnis zu Staatspräsident Jacques Chirac war Jospin der Meinung, dass die außen-, europa- und sicherheitspolitischen Positionen abgestimmt werden müssten und erklärte eine präsidentielle *domaine réservé* damit für überwunden.¹²⁸⁸ Er selbst profilierte sich in diesem Bereich jedoch vergleichsweise wenig und überließ in der Öffentlichkeit Staatspräsident Chirac das Wort. Die Rolle Jospins in der Europapolitik blieb undurchsichtig.¹²⁸⁹

In den ersten zwei Regierungsjahren konnte die *Gauche plurielle* erfolgreich ihre Politik umsetzen. Jospin hatte im Rahmen der dritten Kohabitation einen so großen Handlungsspielraum wie kein Premierminister vor ihm.¹²⁹⁰ Seine Fähigkeit, in einer ideologisch breit aufgestellten Koalition die unterschiedlichen Positionen zu einer Synthese zusammenzuführen, bezeichnete man als *jospinisme*. Zu den zentralen sozialistischen Projekten gehörten die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche im öffentlichen Sektor, die Legalisierung nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften (PACS) sowie die Besserstellung von Frauen im politischen Wettbewerb (*parité*).¹²⁹¹ Die sozialistische Regierungserfahrung hatte jedoch gezeigt, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oberste Priorität haben musste. Die Mitglieder der *Parti socialiste* waren ihrerseits pragmatischer geworden, weniger ideologisch fixiert und auf alltägliche sozioökonomische Fortschritte konzentriert.

„Confrontés à l’exercice du pouvoir, les militants socialistes se sont dit: il y a ce qui nous a fait rêver et il y a ce qui est possible, le possible, c’est ce qu’on fait depuis 1997.“¹²⁹²

Der Rücktritt Dominique Strauss-Kahns im Herbst 1999 und die Rückkehr der sozialistischen „Elefanten“ Laurent Fabius und Jack Lang im Jahr 2000 stellte den Erfolg des *jospinisme* in Frage. Es mehrten sich die Vorwürfe, dass Jospins ständiges Ausbalancieren zu sozialliberalen und ideologiefreien Lösungen führe.¹²⁹³ Auch innerhalb der Koalition traten Kommunisten und Grüne vermehrt als Befürworter linker Ideale auf.¹²⁹⁴ So zeigten sich die Kommunisten zwar solidarisch mit der Regierung, da sie nicht wie 1984 erneut marginalisiert werden wollten. Jedoch unterstützten sie im Winter 1997/1998 gemeinsam mit der CGT die Bewe-

¹²⁸⁷ Vgl. Rütther – Henri Nallet 05.04.2006

¹²⁸⁸ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 159f.

¹²⁸⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 192f.

¹²⁹⁰ „Jospin set policy, while Chirac simply reacted to it.“ Vgl. Willerton, Carrier 2005, S. 53, auch 63

¹²⁹¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 186

¹²⁹² Rey 2003, S. 203

¹²⁹³ Vgl. Willerton, Carrier 2005, S. 44ff. „Une fois au gouvernement, les dirigeants du PS éprouvent néanmoins les plus grandes peines du monde à justifier (...) le hiatus entre le volontarisme politique affiché en matière de politique économique et les marges d’action limitées du gouvernement face aux stratégies des grands groupes internationaux.“ Lefebvre, Sawicki 2006, S. 22

¹²⁹⁴ Vgl. Egle 2005, S. 103

gung der Arbeitslosen und hielten an ihrer Europakritik fest. Sie forderten beispielsweise ein Referendum über den Euro.¹²⁹⁵ Auch kritisierten sie die Privatisierungen bei *France Télécom*, *Air France* und *Thomson*, mit denen die Jospin-Regierung im Gegensatz zu der Mauroy-Regierung Anfang der 1980er Jahre die Konsequenzen der Internationalisierung der Wirtschaft akzeptierte.¹²⁹⁶ Diese Privatisierungen entsprachen auch den Forderungen der Europäischen Union nach Deregulierung und mehr Wettbewerb im öffentlichen Sektor.¹²⁹⁷

Die Präsidentschaftswahlen 2002 erhöhten das Konfliktpotential sowohl innerhalb der Koalition als auch in der Kohabitation. Innerhalb der *Gauche plurielle* nahm die Attraktivität der Zusammenarbeit deutlich ab, da die einzelnen Parteien 2002 eigene Präsidentschaftskandidaten präsentierten. Aus diesem Grund wandelte sich auch die Kohabitation mit dem neogaullistischen Staatschef Chirac zu einer „bewaffneten Kohabitation“.¹²⁹⁸ Mit der Ansprache Chiracs zum 14. Juli 2001 wurde de facto der Wahlkampf zwischen den beiden Köpfen der Exekutive eröffnet. Jospins Handlungsspielraum war deutlich eingeschränkt, da er sich nur bedingt gegen Chirac zur Wehr setzen konnte, um das von ihm angestrebte Amt nicht zu beschädigen.¹²⁹⁹

Auch die Koalitionsstrategie war nicht aufgegangen. So zeigte eine retrospektive Studie, dass sich die tiefgreifenden kulturellen Unterschiede zwischen den Anhängern der Parteien der *Gauche plurielle* zu einem großen Teil nicht abschwächten.¹³⁰⁰ Darüber hinaus führte die Koalition zu einem weiteren Abwärtstrend der kommunistischen Partei bei gleichzeitigem Aufstieg der extremen Linken.¹³⁰¹ Dies bestätigte sich bei den Regionalwahlen 1998 und bei den Europawahlen 1999. Die Bewertung des politischen Erfolgs der *Gauche plurielle* ist geteilt. Egle kommt in seiner Bilanz der Regierungspolitik zu dem Schluss, dass abgesehen von linker Rhetorik die zentralen Probleme ungelöst geblieben seien.¹³⁰² Willerton und Carrier sprechen dagegen von der produktivsten Regierung der V. Republik, auch wenn die *Gauche plurielle* große Reformen – wie beispielsweise des Rentensystems – nicht umsetzen konnte.¹³⁰³

Durch die Protestbewegung aus dem Jahr 1995 organisatorisch gestärkt formierte sich 1998 die globalisierungskritische Bewegung in Frankreich. Anlässlich der Verhandlungen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über das Multilate-

¹²⁹⁵ Vgl. Bréchon 2004, S. 206

¹²⁹⁶ Vgl. Szarka 1999, S. 32

¹²⁹⁷ Vgl. Ross 2000, S. 99

¹²⁹⁸ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 160

¹²⁹⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 158ff.

¹³⁰⁰ Vgl. Knapp 2004, S. 71

¹³⁰¹ Vgl. Bréchon 2004, S. 206ff.

¹³⁰² Vgl. Egle 2005

¹³⁰³ Vgl. Willerton, Carrier 2005, S. 43; 61

rale Investitionsabkommen gründete sich die Bewegung ATTAC.¹³⁰⁴ Neben ATTAC war die von José Bové geführte *Confédération paysanne* sehr präsent bei den Protesten wie etwa im November 1999 anlässlich der WTO-Tagung in Seattle, wo José Bové zum internationalen Medienstar des Protests wurde.¹³⁰⁵ Die anfängliche Europakritik nach dem Referendum über den Vertrag von Maastricht hatte sich in Frankreich auf die Globalisierung ausgeweitet:

„As Europe ‚faded‘ as the alleged cause of France’s woes, the French debate shifted and globalization gradually became the new culprit for all those in France who were unhappy with their political leaders’ acceptance of market capitalism and the erosion of French sovereignty. The anti-Europe campaign morphed into an even more vigorous anti-globalization movement.“¹³⁰⁶

Die Europäische Union wurde in diesem Zusammenhang sowohl als Schutzschild gegen, aber auch als Beschleuniger für die Globalisierung gesehen. Die globalisierungskritische Bewegung unterlag ihrerseits jedoch einem Wandel. Von der Ablehnung der Globalisierung ging sie zu einer Forderung nach einer alternativen Globalisierung über. Dieser Prozess ähnelte der sich wandelnden Einstellung zur Europäischen Union. Aus Globalisierungs- und Europagegnern wurden nun *altermondialistes* und *altereuropéistes*.

„The French Socialist party took a very long time to understand these transformations and was certainly outpaced by the Far Left and the Far Right in realizing how globalization was challenging French politics.“¹³⁰⁷

Die *Parti socialiste* reagierte auf die Globalisierung mit einer für sie typischen Diskrepanz zwischen Diskurs und Handeln, die Jospin eigentlich beenden wollte. So bemühte sich Jospin, die französische Wirtschaft und Gesellschaft auf die Anforderungen der Globalisierung vorzubereiten. Er privatisierte Staatsunternehmen oder senkte den hohen französischen Steuersatz. Frankreich wurde zu dem Land mit der zweithöchsten Rate von Aktienoptionsplänen für Führungskräfte. Jospin versuchte jedoch gleichzeitig die Auswirkungen der Globalisierung abzumildern. Hierfür stehen etwa die Einführung der 35-Stunden-Woche oder die Forderung nach der Tobin-Steuer. Laut Sophie Meunier neigte die Regierung Jospin dazu, die Globalisierung aus der politischen Debatte auszuklammern.¹³⁰⁸ Eine Folge war, dass in Frankreich zwar lautstark gegen die Globalisierung protestiert wurde, aber das Land sich gleichzeitig in einem Ausmaß an die neuen Rahmenbedingungen angepasst hatte, wie es vielen Bürgern gar nicht bewusst war.¹³⁰⁹

¹³⁰⁴ Die Gründung von ATTAC beruhte auf einer informellen Allianz von sozialen Bewegungen gegen die gesellschaftliche Exklusion (Droit au logement etc.), Gewerkschaften und Zeitungen (*Le Monde diplomatique*, *Politis*), vgl. Ancelevici 2008, S. 83f.

¹³⁰⁵ Zu der Entwicklung der Bewegung der Globalisierungskritiker vgl. Meunier 2004, S. 142ff.

¹³⁰⁶ Meunier 2004, S. 136

¹³⁰⁷ Meunier 2004, S. 138

¹³⁰⁸ „Globalization by stealth“, vgl. Meunier 2004, S. 138f.

¹³⁰⁹ Vgl. Gordon, Meunier 2001, S. 4

Das Unvermögen der Partei, auf diese Entwicklungen zu reagieren, trug zur Niederlage Jospins bei den Präsidentschaftswahlen 2002 und zur Stärkung der Parteien an den politischen Rändern bei. Pervenche Berès kritisiert, dass Jospin im Wahlkampf nur sehr wenig über Europa gesprochen habe, obwohl die Wähler sich durchaus der Bedeutung Europas angesichts der Globalisierung bewusst gewesen seien.¹³¹⁰ Die drei trotzkistischen Kandidaten Arlette Laguiller (*Lutte ouvrière*), Olivier Besancenot (*Ligue communiste révolutionnaire*) und Daniel Gluckstein (*Parti des travailleurs*) erreichten mit insgesamt 10,4 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Ergebnis, das ihre Vertreter nicht einmal im Kontext der Unruhen von 1968 erzielt hatten. Anstelle des sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin zog der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen in den zweiten Wahlgang ein. Le Pens Wahlerfolg beruhte auf dem wahlkampfbestimmenden Thema der inneren Sicherheit sowie auf der Kritik am *euromondialisme*. Le Pen schlug vor, dass über den Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union und der Währungsunion ein Referendum entscheiden sollte.¹³¹¹

4.7.2 Europapolitik: Sozialpolitischer Voluntarismus und realpolitische Ernüchterung

Der Euro hatte im Wahlkampf 1997 eine bedeutende Rolle gespielt und die Wirtschafts- und Währungsunion stand nach dem Amtsantritt von Lionel Jospin kurz vor der dritten und entscheidenden Stufe der Umsetzung. Die Proteste im Herbst 1995 hatten gezeigt, dass die Fortsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion nicht mehr von einem permissiven Konsens begleitet wurde. Für Jospin galt es, die Wirtschafts- und Währungsunion als Erbe Mitterrands zu bewahren, aber gleichzeitig die Franzosen davon zu überzeugen, dass diese verhandelbar war und nationale Handlungsspielräume lasse. Ein Ausstieg aus der Wirtschafts- und Währungsunion wäre für Frankreich hingegen kostspielig geworden, so die Argumentation Jospins.¹³¹² Die erste europapolitische Herausforderung waren für Jospin die Verhandlungen zum Reformvertrag von Amsterdam. Auf der europapolitischen Agenda stand ferner die Osterweiterung. Kohl und Chirac sprachen sich für die ersten Beitritte im Jahr 2000 aus.¹³¹³

Die Regierungskonferenz zur Reform des Vertrags von Maastricht wurde im März 1996 noch vor dem Amtsantritt von Jospin in Turin eröffnet. Im Vorfeld hatte Chirac seine Vorstellungen einer Reform der Europäischen Union dargelegt.¹³¹⁴ Er griff das inter-institutionelle europäische Gleichgewicht zwar nicht direkt an, aber er wollte es zugunsten des Ministerrats und

¹³¹⁰ Vgl. Rütther – Pervenche Berès 11.04.2006b

¹³¹¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 230

¹³¹² Vgl. Ross 2000, S. 103f.

¹³¹³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 172

¹³¹⁴ Diese sollte eine Stärkung des Europäischen Rats vorsehen, dem ein für zwei Jahre gewählter Präsident vorsitzen sollte. Im Gegenzug war Frankreich bereit, im Ministerrat die Entscheidungsbereiche mit qualifizierter Mehrheit auszuweiten. Die im Hinblick auf die Osterweiterung zu reformierende Stimmgewichtung sollte in der Vorstellung von Chirac nicht nur das relative Gewicht Frankreichs und der großen Mitgliedstaaten bewahren, sondern zu deren Gunsten ausgerichtet werden. Die Europäische Kommission sollte deutlicher dem Rat unterstellt und verkleinert werden. Den Status Quo des Europäischen Parlaments wollte er beibehalten und sprach sich für eine stärkere Einbindung der nationalen Parlamente aus. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 172ff.

des Europäischen Rats verschieben.¹³¹⁵ In einem deutsch-französischen Brief von Dezember 1995 hatten Kohl und Chirac, deren Verhältnis anfangs distanziert war, eine weitere Demokratisierung der Europäischen Union und eine neue Stimmengewichtung im Rat als zentrale institutionelle Reformen vorgeschlagen. Ferner wollten sie kooperationswilligen Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnen, enger zusammenzuarbeiten. Im Mittelpunkt der Reformen des Vertrags von Maastricht sollte jedoch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stehen, der Chirac ebenso wie sein Vorgänger Mitterrand große Bedeutung beimaß. Chirac hielt an der Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips für zentrale Entscheidungen fest und stimmte der Berufung eines Hohen Repräsentanten für die GASP zu. Weitreichende Vorstöße zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik waren allerdings nicht möglich. Auch die geplanten institutionellen Reformen wurden während des Vertrags von Amsterdam kaum verhandelt und lediglich in einem Protokoll zum Vertrag als Ziel festgehalten. So wertete die französische Öffentlichkeit die Vertragsreform als Misserfolg Chiracs.¹³¹⁶

Wenig Einfluss hatte Chirac auch beim Europäischen Rat in Dublin im Dezember 1996 nehmen können. Dort wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt nach den Vorstellungen des deutschen Finanzministers Theo Waigel beschlossen. Der Pakt sah vor, die als Zugangsvoraussetzungen für die Wirtschafts- und Währungsunion konzipierten Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht auch zukünftig einzuhalten. Chirac konnte lediglich einen Automatismus bei der Sanktionierung übermäßiger Haushaltsdefizite verhindern. Jospin lehnte diesen Pakt als „Super-Maastricht“ ab. Er brachte damit ein – nicht nur im linken Lager verbreitetes – französisches Misstrauen zum Ausdruck. Demnach habe Deutschland ohne Rücksicht auf soziale Realitäten die Wirtschafts- und Währungsunion durchgeboxt und durch den Stabilitätspakt die Anforderungen noch höher geschraubt.¹³¹⁷

Bei den Verhandlungen zum Vertrag von Amsterdam erklärte sich Jospin schließlich im Mai und Juni 1997 bereit, den Stabilitäts- und Wachstumspakt in den Vertragstext aufzunehmen, um keine europäische Krise zu provozieren. Im Gegenzug gelang es ihm, in der Präambel des Vertrags die sozialen Grundrechte aufzunehmen, wie sie in der europäischen Sozialcharta von 1961 und der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte von 1989 festgelegt worden waren. Mit dem Amtsantritt von Tony Blair in Großbritannien endete der britische Widerstand, so dass wesentliche Inhalte des Sozialprotokolls aus dem Vertrag von Maastricht in den Vertragstext integriert werden konnten. In der Folge konnte der Europäische Gerichtshof auch

¹³¹⁵ Vgl. Bossuat 2005, S. 194

¹³¹⁶ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 175ff.

¹³¹⁷ Ulrike Guérot zitiert nach Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 190; 2005 kam es zu einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: „Bei Einleitung eines Defizit-Strafverfahrens können auch besondere Umstände und Reformvorhaben eines Landes berücksichtigt werden; so z.B. die Lasten der Deutschen Einheit, Reformen der Sozialsysteme, Programme zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung.“ Vgl. Zandonella 2005

sozialpolitische Vertragsbestimmungen überprüfen, wie beispielsweise das primärrechtlich festgelegte gleiche Entgelt für Frauen und Männer.¹³¹⁸

In den Vertragstext wurde ferner ein eigenes Beschäftigungskapitel eingefügt. Die Mitgliedstaaten erklärten, auf eine gemeinsame Beschäftigungsstrategie hinzuarbeiten und die Förderung von Beschäftigung als ein gemeinsames Anliegen zu betrachten, für das sie sich koordiniert einsetzen wollten. Im Europäischen Parlament wurde analog zum Ausschuss für Wirtschaft und Währung auch ein Ausschuss für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten gegründet.¹³¹⁹ Ohne die Regierungswechsel in Frankreich und Großbritannien wäre es nicht zur Integration des Beschäftigungskapitels gekommen. Die deutsche Regierung hatte während der Verhandlungen versucht, die Reichweite der europäischen Beschäftigungspolitik zu begrenzen.¹³²⁰

Schließlich wurde auch eine Sondertagung des Europäischen Rats über Beschäftigung vereinbart, die im November 1997 in Luxemburg stattfand. Bei der regulären Tagung des Europäischen Rats im Dezember 1997 in Luxemburg wurde zudem eine informelle „Eurogruppe“ eingerichtet. Alle Finanz- und Wirtschaftsminister der Euro-Teilnehmerländer, der für Währungs- und Wirtschaftsfragen zuständige Kommissar, der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses sowie der Präsident der Europäischen Zentralbank sollten innerhalb dieser Gruppe die Wirtschaftspolitik abstimmen. Das konnte als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Wirtschaftsregierung gewertet werden.¹³²¹ Jacques Delors begrüßte das Engagement Jospins und unterstützte auch die Forderung nach einer Wirtschaftsregierung, die bereits im Artikel 103 des Vertrags von Maastricht angedacht war.¹³²²

Der Vertrag von Amsterdam wurde nicht als ein Triumph der Thesen Jospins gewertet, jedoch war das Beschäftigungskapitel ein hoch symbolischer Akt.¹³²³ Über reine Symbolik hinaus entwickelten sich nach dem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg 1997 Ansätze zu einer ver-

¹³¹⁸ Vgl. Hoffmeister 2006, S. 93f; Die primärrechtlichen Bestimmungen zur Sozialpolitik blieben allerdings weiterhin vage oder haben einen nachrangigen Status: „Die Dominanz marktschaffender Prinzipien in der Gemeinschaft könnten daher nur ausgeglichen werden, wenn konkrete Sozialbestimmungen in den Vertrag aufgenommen würden.“ Ostheim 2006, S. 444

¹³¹⁹ Vgl. Ross 2000, S. 104

¹³²⁰ Vgl. Ostheim 2006, S. 411; 444

¹³²¹ Vgl. Linsenmann 2006a; vgl. auch Arguments – Ripostes – Propositions – Luxembourg. In: L’hebdo des socialistes, 19. Dezember 1997. Anfänglich ging man von einer Gleichzeitigkeit von Wirtschafts- und Währungsunion und Euroäischer Union aus. Großbritannien und Dänemark hatten allerdings bereits bei Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion eine Opt-Out-Klausel gewählt und mit den Erweiterungen 1995 und 2004 wurde die Diskrepanz zwischen den Teilnehmerländern an der Wirtschafts- und Währungsunion und der EU immer größer. Der Ecofin-Ministerrat der nationalen Wirtschafts- und Finanzminister ist laut Verträgen für die Wechselkursangelegenheiten zuständig, obwohl ein bedeutender Teil seiner Mitglieder nicht Teilnehmer der Wirtschafts- und Währungsunion sind. Vgl. Kauffmann 2008, S. 273ff.

¹³²² Vgl. Artikel 103 des Vertrags von Maastricht: „(1) Die Mitgliedstaaten betrachten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat nach Maßgabe des Artikels 102 a. (2) Der Rat erstellt mit qualifizierter Mehrheit auf Empfehlung der Kommission einen Entwurf für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht. Der Europäische Rat erörtert auf der Grundlage dieses Berichts des Rats eine Schlußfolgerung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft. Auf der Grundlage dieser Schlußfolgerung verabschiedet der Rat mit qualifizierter Mehrheit eine Empfehlung, in der diese Grundzüge dargelegt werden. Der Rat unterrichtet das Europäische Parlament über seine Empfehlung.“ In: Amtsblatt Nr. C 191 vom 29. Juli 1992; vgl. <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html> (zuletzt geprüft 21.02.2009)

¹³²³ Vgl. Bossuat 2005, S. 188f.; vgl. Szarka 1999, S. 32

stärkten Koordination der Wirtschaftspolitiken. Nach Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1999 war der Bedarf an Koordination noch gestiegen. Nach dem Luxemburg-Prozess 1997 (bessere Effizienz der Arbeitsmärkte, beschäftigungspolitische Leitlinien), dem Cardiff-Prozess 1998 (strukturelle Reformen für leistungsfähigere Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte), dem Köln-Prozess 1999 (makroökonomischer Dialog zur Einbindung der Tarifpartner in einen Dialog mit Rat, Kommission und EZB, Beschäftigungspakt) folgte schließlich 2000 die Lissabonstrategie für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, in der die Europäische Beschäftigungsstrategie ein Kernelement darstellte. Bis 2010 wurde ein Wachstum von durchschnittlich drei Prozent pro Jahr und eine Erhöhung der Beschäftigungsquote von 61 auf 70 Prozent angestrebt.¹³²⁴ Beim Europäischen Rat in Lissabon wurde zudem die Offene Methode der Koordinierung (OMK) eingeführt, die zu einem Schlüsselinstrument bei der Durchführung der Lissabonstrategie geworden ist. Ziel der Koordinierung ist es, Lern- und Überzeugungsprozesse bei den beteiligten Akteuren anzustoßen. Diese sollen dann die nationale Politikgestaltung beeinflussen. Die OMK hat sich überall dort entwickelt, wo die Politikfelder im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten geblieben sind, zum Beispiel in Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.¹³²⁵ Insgesamt ist die europäische Sozialpolitik seit 1997 gestärkt worden. Die Tätigkeitsfelder der Union und die Bereiche mit qualifizierter Mehrheitsentscheidung wurden ausgeweitet:

„Ein klar umrissenes, der Europäischen Beschäftigungsstrategie vergleichbares sozialdemokratisches Projekt hat es in der Sozialpolitik jedoch nicht gegeben“.¹³²⁶

Die mehrheitlich konservativen Regierungen hatten die Wirtschafts- und Währungsunion sowie den Stabilitäts- und Wachstumspakt vertraglich festgeschrieben und die Nachfolgeregierungen an diese Politiken gebunden. Sozialdemokratische Regierungen lehnten dagegen Ende der 1990er Jahre eine Vertragsbindung ab. Sie sahen zwar durchaus einen erweiterten Handlungsspielraum, bevorzugten aber die Methode der Koordinierung.

„Dies könnte sich als Weichenstellung erweisen, die die Gestaltungschancen sozialdemokratischer Parteien zukünftig einschränkt – gerade unter den erheblich geänderten Bedingungen der erweiterten Union. Die Erweiterung führt dazu, dass sich die Herausforderungen sozialdemokratischer Politiken durch die integrierten Märkte in Europa erheblich verstärken werden, während sich die Chancen, den Handlungsspielraum Europa zu wirkungsvoller Gestaltung zu nutzen, deutlich verringern dürften. Es spricht alles da-

¹³²⁴ Vgl. Böttcher 2006, S. 386; Die Europäische Kommission nennt auf ihrer Website als Hauptleistungen seit 1997: 1. Ein neuer Beschäftigungstitel im Vertrag von Amsterdam; 2. Die Anreizmaßnahmen für Beschäftigung und PROGRESS, 3. Die EBS: ein Hauptteil der Lissabon-Strategie; 4. Die Wirkungsbewertung 2002; 5. Die Taskforce "Beschäftigung"; 6. Die EBS während den 2004 und 2007 Erweiterungen; 7. Die 2005 erneuerte Lissabon-Strategie und die EBS; 8. Das Programm für Gegenseitiges Lernen; 9. Das Europäische Beschäftigungsobservatorium; 10. Die lokale Dimension der Beschäftigungsstrategie; 11. Flexicurity: das Arbeitsleben unter neuem Blickwinkel; vgl. http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/develop_de.htm (zuletzt geprüft: 21.02.2009)

¹³²⁵ Vgl. Linsenmann 2006b; vgl. Böttcher 2006

¹³²⁶ Ostheim 2006, S. 446

für, dass die Osterweiterung marktliberale Tendenzen stärken und sozialdemokratisch-regulierende Politiken erschweren wird.¹³²⁷

Beim Treffen des Europäischen Rats in Luxemburg im Dezember 1997 wurde auch der Erweiterungsprozess der Europäischen Union in Gang gesetzt. Neben einer intensivierten Heranführungsstrategie wurde eine Europa-Konferenz eingerichtet, auf der Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten Fragen von gemeinsamem Interesse erörterten. Auch die Türkei wurde in die Beitrittsverhandlungen mit einbezogen und bekam im Dezember 1999 den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten. Parallel schritt die Vertiefung des Europäischen Integrationsprozesses voran. Im Dezember 1998 gab Tony Blair beim französisch-britischen Gipfeltreffen in Saint-Malo bekannt, dass Großbritannien bereit sei, zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beizutragen. Er rückte damit von der Alleinstellung für die NATO ab.¹³²⁸ Im Rahmen der Vertragsrevision beim Gipfel von Nizza im Dezember 2000 wurden die neuen ESVP-Strukturen einstimmig beschlossen. In Frankreich verfolgten beide, Chirac und Jospin, das Ziel eines *Europe puissance*, das Bestandteil des eurogaullistischen Konsenses war.¹³²⁹

Beim Gipfeltreffen von Nizza unter französischer Ratspräsidentschaft vom 7. bis 10. Dezember 2000 wurden die institutionellen *leftovers* von Amsterdam behandelt. Hierzu zählten die Neuausrichtung der Stimmgewichtung im Ministerrat sowie die künftige Größe und Zusammensetzung der Kommission. Es begann ein Schachern um die Stimmen für die einzelnen Mitgliedstaaten, wobei Frankreich mit Spanien ein südeuropäisches Land und Deutschland mit Polen ein osteuropäisches Land unterstützte, was diesen zu einem verhältnismäßig hohen Stimmgewicht verhalf.¹³³⁰ Zu den Ergebnissen von Nizza gehörte darüber hinaus die Neuverteilung der Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament sowie dessen Stärkung durch die Erweiterung des Rechts auf Mitentscheidung und die Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat. Die soziale Dimension des Binnenmarktes und die Harmonisierung der Steuern mussten hingegen weiterhin einstimmig beschlossen werden. Im Bereich der Außenhandelspolitik setzte Frankreich zahlreiche Ausnahmen beim Übergang zum Mehrheitsentscheid durch, die beispielsweise Dienstleistungen oder geistiges Eigentum betreffen.¹³³¹

¹³²⁷ Ostheim 2006, S. 455

¹³²⁸ Der Krieg in Ex-Jugoslawien in den 1990er Jahren hatte den Europäern ihre begrenzten Kapazitäten deutlich gemacht. Nach dieser britischen Weichenstellung gingen Planungen und Beschlüsse zur ESVP mit „Lichtgeschwindigkeit“ voran, wie beispielsweise die Aufstellung von Krisenreaktionskräften. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 205f.; vgl. auch Bossuat 2005, S. 191f.

¹³²⁹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 207

¹³³⁰ Deutschland (82 Mio. Einwohner), Frankreich (59 Mio.), Italien (58 Mio.) und Großbritannien (60 Mio.) bekamen jeweils 29 Stimmen, Spanien (39 Mio.) und Polen (39 Mio.) jeweils 27. Chirac wollte anfangs den Beitrittsländern sogar weniger Stimmen zuweisen als den EU-Mitgliedstaaten. Der französische Staatspräsident konnte sich allerdings nicht dagegen wehren, dass eine fakultative doppelte Mehrheit – der Staaten und der Bevölkerung – eingeführt wurde, die die Parität mit Deutschland de facto aufhob.

¹³³¹ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 212; vgl. Bossuat 2005, S. 196; vgl. Maurer 2006, S. 372

Positiv aus Sicht der französischen Sozialisten war die Verkündung der Charta der Grundrechte.¹³³² Eine primärrechtliche Geltung war für die Charta im Verfassungsvertrag bzw. mit Einschränkungen auch im Vertrag von Lissabon vorgesehen.¹³³³ Insbesondere die französischen Sozialisten hatten sich auf europäischer Ebene für die Grundrechtecharta eingesetzt und zeigten sich auch zufrieden über die Anerkennung der Dienstleistungen im Bereich der Daseinsfürsorge (*services d'intérêt économique général*).¹³³⁴

Jospin hatte Chirac in Nizza die Verhandlungsführung überlassen. Dessen Führungsstil wurde jedoch als chaotisch und undiplomatisch wahrgenommen. Den Staats- und Regierungschefs wurde deutlich, die Reform der Unionsverträge künftig anderweitig gestalten zu müssen. Man sprach sich für einen europäischen Konvent aus, der die nationalen und europäischen Parlamentarier einbinden sollte.¹³³⁵ Jospin hatte die Verträge von Amsterdam und Nizza akzeptiert, da ihn die Regierungspraxis näher an die Europäische Integration herangeführt hatte.¹³³⁶ Gleichzeitig hatte er im Amt eine gewisse Ernüchterung erfahren. Trotz der sozialdemokratischen Mehrheit in Europa sowie seinem voluntaristischen Politikansatz waren die Ergebnisse der Europapolitik bescheiden.¹³³⁷ Ein hoher Brüsseler Beamter beschrieb Jospin nicht als pro- und nicht als anti-europäisch, sondern als a-europäisch.¹³³⁸

Erst relativ spät reagierte Jospin auf die europäischen Visionen des deutschen Außenministers Joschka Fischer, die dieser im Mai 2000 mit seiner Rede an der Humboldt-Universität „Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration“ entwickelte. Bei dem von Fischer verwendeten Begriff der „Föderation von Nationalstaaten“ handelte es sich um einen weitreichenden Ansatz der differenzierten Integration, der in Frankreich breite Resonanz fand. Dort teilten viele die Befürchtung, dass eine erweiterte Union nicht mehr innovativ und handlungsfähig sein könne. Fischer griff die Idee einer differenzierten Integration auf, in der ein Gravitationszentrum entstehen und eine Avant-Garde einen neuen Gründungsvertrag schließen sollte.¹³³⁹

Jacques Chirac bekannte sich in seiner Rede vom 27. Juni 2000 im Deutschen Bundestag erstmals zu einer europäischen Verfassung. Die Idee der Avant-Garde ersetzte er durch eine Pioniergruppe, die nicht auf vertraglicher Grundlage bestehen sollte. Diese Pioniergruppe könne eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik oder die Stärkung der Europäischen

¹³³² Vgl. Hoffmeister 2006, S. 94ff.

¹³³³ Vgl. hierzu die detaillierte Analyse bei Müller-Graff 2008

¹³³⁴ Vgl. Olivier 2005, S. 161f.

¹³³⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 211ff.

¹³³⁶ Vgl. Rütther – Alain Bergounioux 19.04.2006

¹³³⁷ Vgl. Krell 2009, S. 370

¹³³⁸ Vgl. Bossuat 2005, S. 198

¹³³⁹ Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 relativierte Fischer jedoch seine Vorstellungen zu einem Kerneuropa, da klein-europäische Lösungen angesichts der neuen Herausforderungen nicht mehr angemessen seien. Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 281

Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Aufgabe haben. In dem Verfassungsentwurf der RPR von Juni 2000 wurde jedoch deutlicher als in Chiracs Rede, dass der Europäische Rat und damit das intergouvernementale Europa eine deutliche Aufwertung erfahren sollten.¹³⁴⁰

Die lange erwartete Grundsatzrede von Lionel Jospin erfolgte am 28. Mai 2001. Die späte Reaktion auf die Zukunftsüberlegungen, denen sich in der Zwischenzeit auch Tony Blair und Kommissionspräsident Romano Prodi angeschlossen hatten, war auf innenpolitische Zwänge der *Gauche plurielle* zurückzuführen.

„Les divisions de la Gauche plurielle, avec un PCF et un MDC résolument euro-critiques et des verts plutôt pro-européens – amenèrent Lionel Jospin à maintenir cette position face même au discours audacieux de Joschka Fischer, réclamant en 2000 une fédération pour l’Europe. Celle-ci trouva plus d’écho au Parti socialiste qui affirma un engagement plus fédéral qui fut confirmé par le congrès de Dijon en mai 2003.“¹³⁴¹

Die verspätete Wortmeldung Jospins bestärkte den Eindruck, dass Frankreich nach dem Vertrag von Maastricht keine europapolitischen Visionen mehr besaß. *Le Monde* kommentierte, Frankreich habe sich noch immer nicht an das „komplexfreie“ Deutschland gewöhnt und versuche, seinen Rang in Europa zu erhalten.¹³⁴² Jospin erwähnte die deutsch-französischen Beziehungen, eine klassische Referenz jeder Europarede, in seinem Diskurs nicht. Er sprach über ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell, das der Globalisierung Widerstand bieten müsse, und verfolgte das Ziel eines europäischen Sozialvertrages, um einen starken öffentlichen Dienst und eine ambitionierte Industriepolitik betreiben zu können. Die institutionellen Reformen der Europäischen Union erwähnte er erst im letzten Teil seiner Rede. Der Innovationswille Jospins blieb „sehr verhalten“.¹³⁴³ Es wurde nicht deutlich, ob und inwiefern seine Interpretation der Föderation der Nationalstaaten einen Fortschritt zum gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union darstellen sollte.¹³⁴⁴ Im Einzelnen plädierte Jospin für eine Stärkung bzw. Politisierung der Kommission aber vor allem des Europäischen Rats. Dieser sollte auf Vorschlag der Kommission oder der Mitgliedstaaten das Parlament auflösen können. Ferner forderte er die Einrichtung eines ständigen Ministerrats, dessen Mitglieder als stellvertretende Regierungschefs die Europapolitik in den jeweiligen nationalen Regierungen koordinieren sollten. Auch sprach sich Jospin für eine europäische Verfassung aus.¹³⁴⁵

Nachdem im Vertrag von Nizza eine Erklärung zur Zukunft der Union abgegeben worden war, beauftragte der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 einen Konvent zur Zukunft Europas, rund 60 Fragen zur Zukunft und Weiterentwicklung der sich an einem Schei-

¹³⁴⁰ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 197f.

¹³⁴¹ Bergounioux 2008, S. 163

¹³⁴² Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 217f.; 224ff.

¹³⁴³ Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 227

¹³⁴⁴ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 225f.; vgl. auch Bossuat 2005, S. 198f.

¹³⁴⁵ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 227f.

deweg befindenden Europäischen Union zu beantworten. Der Konvent nahm im Februar 2002 seine Arbeit auf und sollte eine möglichst umfassende und transparente Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz zur Reform des Vertrags von Nizza gewährleisten.¹³⁴⁶

4.7.3 Programmatik: Einzug des Euroskeptizismus in die Partei

Die zentralen programmatischen Entscheidungen, mit denen Lionel Jospin 1997 in den vorgezogenen Wahlkampf ging, waren bereits im Rahmen der drei *Conventions nationales* getroffen worden. Die Programmatik der Partei wurde ferner auf den Parteitag von Brest 1997 und Grenoble 2000 bestimmt. Die *Convention nationale* im Jahr 1999 zur Europapolitik hatte im Vergleich mit denen von 1996 eine wesentlich geringere Bedeutung.

Der Parteitag von Brest vom 21. bis 23. November 1997 verfolgte das Ziel, die Partei zu reorganisieren, ihre Rolle als Regierungspartei zu bestimmen und das Gewicht der einzelnen innerparteilichen Strömungen zu messen. Er fand kurz nach bzw. parallel zum Beschäftigungsgipfel in Luxemburg statt, an dem Lionel Jospin als einer der Initiatoren teilnahm.¹³⁴⁷ Die europapolitischen Initiativen der letzten Monate brachten europapolitische Fragen auf die Agenda des Kongresses. Die *Gauche socialiste* sah in der Europapolitik einen der zentralen Streitpunkte mit der Regierung und Parteimehrheit. Laut deren Sprecher Jean-Luc Mélenchon konnte sich die Debatte über die liberale Ausrichtung der Globalisierung und die Mittel, die den französischen Sozialisten in Europa für die Sozialpolitik zur Verfügung stünden, im Vorfeld des Parteitags nicht entwickeln. Denn selbst innerhalb des Leitantrags von Hollande habe es kritische Stimmen gegeben.¹³⁴⁸

Für den Parteitag konkurrierte der Leitantrag von Hollande mit den Anträgen der *Gauche socialiste* und den ehemaligen Anhängern von Jean Poperen (Marie-Thérèse Mutin, Alain Vidalies). Die *Gauche socialiste* hoffte auf zehn bis 20 Prozent der Stimmen. Die ehemaligen Anhänger von Poperen mussten dagegen zunächst die 5-Prozent-Hürde nehmen, um in den Führungsgremien der Partei repräsentiert zu sein. Das gewachsene Selbstbewusstsein der *Gauche socialiste* seit den drei *Conventions nationales* im Jahr 1996 zeigte sich darin, dass am 27. November 1997 Mélenchon gegen den designierten *Premier secrétaire* Hollande für den Parteivorsitz kandidierte.¹³⁴⁹

¹³⁴⁶ Vgl. die Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union: <http://european-convention.eu.int/pdf/LKNDE.pdf> (zuletzt geprüft: 22.02.2009): Im Sinne der Vereinfachung sollte überlegt werden, ob beispielsweise die Drei-Säulen-Struktur aufgehoben werden könnte, ob zwischen einem Basisvertrag und den übrigen Vertragsbestimmungen unterschieden werden sollte, ob Unterscheidungen bei den Änderungs- und Ratifikationsverfahren für den Basisvertrag und die anderen Vertragsbestimmungen getroffen werden könnten und schließlich stellte sich die Frage, ob diese Vereinfachung und Neuordnung nicht zu einem Verfassungstext führen sollte.

¹³⁴⁷ Intervention d'Henri Nallet au Congrès de Brest. In: *L'hebdo des socialistes*, 28. Novembre 1997, S. 12: „Par un hasard heureux du calendrier, au moment précis où nous sommes réunis ce soir à Brest, s'achève le Conseil européen de Luxembourg, consacré à la demande du gouvernement français, à l'emploi en Europe et à la lutte contre le chômage. (...) Nous sommes parvenus à inscrire dans la négociation communautaire, la volonté de faire servir l'Europe et l'ensemble de ses institutions et des ses moyens, à la lutte contre le chômage.“

¹³⁴⁸ Vgl. Noblecourt 17.11.1997

¹³⁴⁹ Vgl. Noblecourt 05.11.1997

Bei den Debattenbeiträgen im Vorfeld des Kongresses wurde deutlich, dass trotz der vermehrten europapolitischen Initiativen die nationale Ebene nicht ihre identitätsstiftende Rolle eingebüßt hatte. In der Analyse von Hollande zeigte das Referendum zum Vertrag von Maastricht, dass die Bürger den Verlust der nationalen Identität fürchteten. Die Linke müsse sich mehr darum kümmern, was die Nation verbinde. Dabei stehe der Staat ohne Zweifel an erster Stelle.¹³⁵⁰ Edith Cresson und Jean-Marie Bockel appellierten in ihrem Debattenbeitrag an eine *Convention nationale*, um die europapolitische Position der Partei neu zu bestimmen und auf den „Dritten Weg“ Tony Blairs zu antworten. Ihr Debattenbeitrag rief zur Modernisierung der Linken unter Bewahrung der *exception française* auf.¹³⁵¹ Mutin und Vidalies forderten nicht nur eine parteiinterne *Convention nationale*, sondern Generalstände der europäischen Linken. Im Zeitalter der Globalisierung sei die internationale Dimension nicht nur eine Begleitscheinung, sondern konditioniere die politischen Entscheidungen. Alle Parteimitglieder der PS sollten daher eine Mitgliedskarte der SPE bekommen und stärker in die programmatische Arbeit auf europäischer Ebene eingebunden werden.¹³⁵²

Harlem Désir, Julien Dray, Marie-Noëlle Lienemann und Jean-Luc Mélenchon machten in ihrem Beitrag auf einen sozialen Notstand aufmerksam: die Massenarbeitslosigkeit. Die *Gauche socialiste* warf der Regierung vor, dass diese sich zurückgezogen habe und die Arbeitslosigkeit nicht ausreichend bekämpfe. Die Ursache dieses Rückzugs sahen sie in der Unterschrift unter den Vertrag von Amsterdam und den Stabilitätspakt. Der Stabilitätspakt verpflichte die Regierung, die antisozialen Kriterien von Maastricht zu respektieren, um zur Einheitwährung übergehen zu können: „C’est la fin de toutes les illusions. L’échec du pari de Maastricht est complet.“¹³⁵³ Die gescheiterte Reform der europäischen Institutionen in Amsterdam verhindere, dass die Politik ihren Willen gegenüber der Wirtschaft behaupten könne:

„Pour nous, le moment est venu de dire que les Français n’acceptent plus aucun élargissement de la Communauté, aucun transfert de souveraineté tant qu’une constitution européenne n’est pas débattue et adoptée par les peuples de l’Union.“¹³⁵⁴

Julien Dray führte in den Debatten während des Parteitags den Konflikt auf ein bekanntes Dilemma zurück: Wie könne Frankreich eine links ausgerichtete Politik umsetzen, obwohl es sich im Herzen eines immer liberaleren Europas befinde? Mit dem Sieg bei den Parlaments-

¹³⁵⁰ Vgl. Contribution „Réussir ensemble“. In: L’hebdo des socialistes, 8. septembre 1997, No. 31: Congrès de Brest, 21-22-23 novembre 1997: contribution générales, fédérales et thématiques, S. 4.

¹³⁵¹ Vgl. Contribution „Rénover la pensée socialiste pour préparer le 21^e siècle“. In: L’hebdo des socialistes, 8. septembre 1997, No. 31: Congrès de Brest, 21-22-23 novembre 1997: contribution générales, fédérales et thématiques, S. 21.

¹³⁵² Vgl. Contribution „A gauche pour réussir“. In: L’hebdo des socialistes, 8. septembre 1997, No. 31: Congrès de Brest, 21-22-23 novembre 1997: contribution générales, fédérales et thématiques, S. 12ff.

¹³⁵³ Contribution „Etat d’urgence sociale: Pour une autre cohérence“. In: L’hebdo des socialistes, 8. septembre 1997, No. 31: Congrès de Brest, 21-22-23 novembre 1997: contribution générales, fédérales et thématiques, S. 23.

¹³⁵⁴ Contribution „Etat d’urgence sociale: Pour une autre cohérence“. In: L’hebdo des socialistes, 8. septembre 1997, No. 31: Congrès de Brest, 21-22-23 novembre 1997: contribution générales, fédérales et thématiques, S. 24.

wahlen hätten die Bürger den Widerstand gegen eine liberale Globalisierung in Wählerstimmen umgesetzt¹³⁵⁵ und damit – so die Schlussfolgerung – ihre Erwartungen formuliert.

Henri Nallet und Pierre Guidoni vom Internationalen Sekretariat im Parteivorstand forderten in ihrem Debattenbeitrag mehr Realismus und hoben die Erfolge der Europapolitik hervor. Sie führten an, dass der Amsterdamer Vertrag trotz aller Kritik das Parlament gestärkt habe und ein Kapitel zur Beschäftigungspolitik eingefügt worden sei. Sie erinnerten daran, dass es bei den Verhandlungen an politischem Willen gefehlt habe, da Frankreich zu Beginn von Alain Juppé repräsentiert worden sei. Die Rückkehr des Voluntarismus in die Politik datieren sie auf den Amtsantritt Jospins. Sie appellierten an die Partei, für ihre Ziele zu kämpfen. Die Ablehnung der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags sei nicht das richtige Mittel, um diese zu verwirklichen.¹³⁵⁶

Der von Hollande präsentierte Leitantrag wurde mit 84,07 Prozent der Stimmen angenommen. Es wurde ein verstärktes Engagement für ein politisches und bürgernahes Europa gefordert. Der Beschäftigungsgipfel von Luxemburg wurde als Signal gewertet, dass das erklärte Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit der Geldwertstabilität gleichbedeutend war. Der Vertrag von Amsterdam wurde als unzureichend gewertet für eine Erweiterung der Europäischen Union.¹³⁵⁷ Für die Anhänger von Vidalies und Mutin sowie der *Gauche socialiste* verlief die europapolitische Debatte nicht konkret genug, sodass in diesem Punkt keine Einigung möglich war. Der Abschlusstext stellte eine *Convention nationale* in Aussicht, die sich im größeren Rahmen mit Europafragen befassen sollte.¹³⁵⁸

Die innerparteiliche Mehrheit im Parteivorstand war für Hollande sehr heterogen. Sie bestand im engeren Kreis aus den Anhängern von Jospin, Mauroy, Aubry, Rocard und Strauss-Kahn. Erklärte *hollandistes* gab es dagegen nicht. Im weiteren Kreis unterstützten ihn die *fabiusiens*, die *emmanuellistes*, die sich von der *Gauche socialiste* distanziert hatten sowie Anhänger von Louis Mermaz. In die innerparteiliche Opposition gingen die Anhänger von Mutin und Vidalies, deren Antrag 5,43 Prozent der Stimmen bekommen hatte und die *Gauche socialiste* mit 10,21 Prozent der Stimmen.¹³⁵⁹

Die in Brest geforderte europapolitische Debatte fand bei der *Convention nationale Nation – Europe* vom 27. bis 28. März 1999 statt. Ihr Abschlusstext sollte die Richtschnur für die Europawahlen im Juni 1999 bilden. Den Leitantrag des Parteivorstands erarbeiteten Alain Bergounioux, Pervenche Berès und Pierre Guidoni. Der Antrag knüpfte an die Vorstellung der

¹³⁵⁵ Vgl. Les débats au Congrès de Brest – Julien Dray. In: L'hebdo des socialistes, 28. Novembre 1997, S. 21f.

¹³⁵⁶ Vgl. Contribution „L'Europe: un nouvel horizon“. In: L'hebdo des socialistes, 8. septembre 1997, No. 31: Congrès de Brest, 21-22-23 novembre 1997: contribution générales, fédérales et thématiques, S. 117.

¹³⁵⁷ Vgl. Motion finale „Réussir ensemble“. In: L'hebdo des socialistes, 28. November 1997, S. 33f.

¹³⁵⁸ Vgl. Interventions sur les rapports (Extraits). Marie-Noëlle Lienemann, Motion C und Jean-Pierre Bel, Motion A. In: L'hebdo des socialistes. 5. Dezember 1997.

¹³⁵⁹ Vgl. Noblecourt 25.11.1997

Europäischen Union als *Fédération d'Etats-Nations* an und formulierte vier Kernthemen: das lang andauernde und intensive europäische Engagement der Sozialisten, die Notwendigkeit einer Neuorientierung des Integrationsprozesses, die Verbundenheit mit der Nation als Ort der Demokratie und Solidarität sowie die Umsetzung der politischen Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links auf europäischer Ebene.¹³⁶⁰ Angesichts der gewachsenen Bedrohung durch die *Front national* forderten einige Sozialisten, die nationale Ebene und die Werte der französischen Republik zu verteidigen. Andere, wie Jean-Christophe Cambadélis, sahen in der Hinwendung zu Europa eine Notwendigkeit, denn er sei kein Europäer aus internationalistischem Fieber, auch träume er nicht von einem globalen Dorf oder einer Weltregierung.¹³⁶¹ Im Einzelnen forderte der Leitantrag der *Convention*, dass nach der Einführung des Euro ein wirtschaftliches und soziales Europa mit einer aktiven Beschäftigungspolitik und einem europäischen sozialen Mindeststandard folgen müsse.¹³⁶² Ferner sprachen sich die Sozialisten für einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, für eine Reform der Gemeinschaftspolitiken sowie für ein Europa der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Jugend aus. Auch forderten sie eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, um Europa zu einer *Europe puissance* zu machen. Schließlich erklärten sie auch eine europäische Verfassung zu ihren Zielen.

Die *populistes* um Alain Vidalies präsentierten wieder einen eigenen Antrag *Faire l'Europe sans renoncer au socialisme*. Sie kritisierten die unpräzise Formulierung der *Fédération d'Etats-Nations*, die zwar den aktuellen Zustand treffend umschreibe und allen gefalle, aber keine klare Perspektive biete. Diese sahen sie in einem föderalen Europa. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehörten die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit sowie eine politische Kontrolle der Europäischen Zentralbank.

Die *Gauche socialiste* verzichtete auf einen eigenen Antrag und fügte dem Haupttext lediglich Änderungen hinzu. So sollte die Europäische Zentralbank nicht mehr einer politischen Autorität unterstellt, aber zumindest ihr Status reformiert werden, um das Ziel der Beschäftigungsförderung und des Wachstums festzuschreiben. Ferner wollte sie den europäischen Sozialvertrag um verpflichtende soziale Konvergenzkriterien – analog zu den Maastrichter Kriterien – ergänzen. Sie schlug auch Geldstrafen für Mitgliedstaaten vor, die ihren nationalen Beschäftigungsprogrammen, wie sie beim Luxemburger Sondergipfel vereinbart worden waren, nicht

¹³⁶⁰ Vgl. Convention nationale Nation – Europe, Texte 1: Vouloir une Europe de gauche pour la France. In: L'hebdo des socialistes, 5. März 1999, Nr. 94, S. 4.

¹³⁶¹ Vgl. Intervention Convention nationale Nation – Europe. In: L'hebdo des socialistes, 2. April 1999, Nr. 99, S. 10f.

¹³⁶² Vgl. Convention nationale Nation – Europe, Texte 1: Vouloir une Europe de gauche pour la France. In: L'hebdo des socialistes, 5. März 1999, Nr. 94, S. 4.

nachkamen. Auch sollte die Eurogruppe institutionalisiert und die Tobin-Steuer in der Europäischen Union eingeführt werden.¹³⁶³

Laurent Fabius trat bei der *Convention nationale* erstmals öffentlich auf, nachdem er in der Affäre um HIV-verseuchte Blutkonserven am 9. März 1999 freigesprochen worden war. Er ging auf kritische Distanz zu einer seiner Ansichten nach nicht ausreichend europäischen Programm, das es nicht erlaube, die Partei zum wahren Champion des zukünftigen Europas zu machen. Sein Diskurs wurde auch als Offensive gegenüber Jospin verstanden, dem er 1995 in der Nachfolge François Mitterrands unterlegen war. Man fürchtete eine neue parteiinterne – wenn auch nicht offen erklärte – Opposition.¹³⁶⁴

Die *Convention Nation-Europe* bestätigte den Platz der Nation als Ort der Identifikation. Darüber hinaus setzte sich die Partei dafür ein, den Rechts-Links-Gegensatz von der nationalen auf die europäische Ebene zu heben.¹³⁶⁵ Aus diesem Grund kam beispielsweise die Forderung nach Generalständen der europäischen Linken mit dem europäischen Gewerkschaftsbund auf. Im Gegensatz zu früher wurden Interessengruppen nun auf europäischer Ebene als effizient angesehen.¹³⁶⁶

Der folgende Parteitag von Grenoble stand im Zeichen der Präsidentschaftswahlen 2002. Nachdem 2000 per Referendum die Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre verkürzt worden war, setzte sich Jospin für eine Umkehr des Wahlkalenders ein, sodass 2002 die Präsidentschafts- vor den Parlamentswahlen stattfinden sollten. Ferner fand der Parteitag vor dem Hintergrund der Verhandlungen der *Union nationale interprofessionnelle pour l'emploi dans l'industrie et le commerce* (Unedic) statt. Die Repräsentanten der Minderheiten, Emmanuelli und die *Gauche socialiste*, hatten vergeblich eine Konferenz über die Gehälter und die Ablehnung der Vereinbarung der *Unedic* gefordert.¹³⁶⁷

Der Debattenbeitrag von François Hollande und zahlreichen weiteren Unterzeichnern machte den Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft für die Europäische Union von einer Reform der Institutionen und der Verabschiedung der Charta der Grundrechte abhängig. Das politische Europa bezeichnete er als Schutzwall und Sprungbrett zugleich. Es biete Schutz vor äußeren Zwängen und sei doch zugleich ein Sprungbrett, um die gemeinsamen Werte und das eigene Sozialmodell in die Welt zu tragen. Ferner bekannte er sich angesichts der sich erwei-

¹³⁶³ Vgl. Noblecourt 01.03.1999; vgl. auch Noblecourt 30.03.1999; vgl. auch Noblecourt 25.02.1999; vgl. auch *Convention nationale Nation – Europe*, Texte 1: *Vouloir une Europe de gauche pour la France + Amendements*; Texte 2: *Pour le socialisme – choisir l'Europe fédérale* In: *L'hebdo des socialistes*, 5. März 1999, Nr. 94.

¹³⁶⁴ Vgl. Noblecourt 03.04.1999

¹³⁶⁵ Die programmatischen Forderungen des Leittrahns flossen auch in die Erklärung des Bureau national vom 4. Juli 2000 zur französischen Ratspräsidentschaft ein. Vgl. *Communiqué du Bureau national: Présidence française de l'Union européenne*. In: *L'hebdo des socialistes*. 7. Juli 2000, S. 2.

¹³⁶⁶ Vgl. Olivier 2005, S. 165

¹³⁶⁷ Vgl. Vincent Peillon: *Commission des résolutions: „Les deux points sur lesquels nous n'avons pas pu faire synthèse sont d'abord la question des salaires et ensuite la question de l'UNEDIC“*. In: *L'hebdo des socialistes*. 1. Dezember 2000, S. 28.

ternden Union zur Idee der Avant-Garde.¹³⁶⁸ Wenn Europa machtlos oder schweigend erscheine, so sagte Hollande vor dem *Conseil national*, dann liege das an der hohen Anzahl der Mitglieder, die verhindere, dass Europa voranschreiten könne. Die Avant-Garde in der Europäischen Union könne sich auch innerhalb der SPE entwickeln.¹³⁶⁹

Henri Nallet konkretisierte in seinem Debattenbeitrag die europapolitischen Maßnahmen, die ausgehend von dem Wahlprogramm 1997 realisiert worden waren. Für eine Neuausrichtung des Integrationsprozesses setzte Nallet an verschiedenen Stellen an: mehr Regulierung auf europäischer Ebene, mehr Rechte für die Bürger, mehr integrierte Politikfelder und mehr Bedingungen für eine gelungene Erweiterung. Für den bei der *Convention Nation-Europe* geforderten europäischen Sozialvertrag sah er verschiedene Anwendungsbereiche: bei den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung, der Weiterbildung, der sozialen Sicherung, dem Kampf gegen Armut und Exklusion sowie beim sozialen Dialog. Die Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten konnten sich laut Nallet jedoch nur einander annähern, wenn sie die nationalen Identitäten und Realitäten respektierten.¹³⁷⁰

Die *Gauche socialiste* wählte für ihren Debattenbeitrag eine innovative Form mit dem Titel „Sieben Tage im Leben von Attika“.¹³⁷¹ Die Tochter einer Arbeiterfamilie aus der *Banlieue* Attika beschrieb in einem Brief an eine deutsche Freundin ihre Europavision. Attika forderte eine Neuausrichtung des europäischen Integrationsprozess, um die Globalisierung wirksam bekämpfen zu können. Anhand der Position von Jean-Pierre Chevènement erläuterte sie, wie sich die Konfliktgegenstände in Europa verschoben hatten. Sie begrüßte den anfänglichen Widerstand Chevènements gegen den amerikanischen Imperialismus. Dann habe dieser allerdings nicht verstanden, dass Europa zu einem Mittel geworden sei, um die liberale Globalisierung zu bekämpfen.

Mit den Schilderungen von Attika knüpfte die *Gauche socialiste* an die bereits in Brest 1997 vorgebrachte Kritik der fehlenden europapolitischen Debatte an. Der politischen Elite gefalle das Desinteresse – vor allem seitens der Jugend – damit keine neuen Ideen ihr kleines Legospiel stören konnten, so Attika. Es sei bedenklich, dass viele leidenschaftliche Anhänger Europas in das Lager der Euroskeptiker gewechselt seien. Beim Vertrag von Maastricht habe man noch versprochen, dass man die Europäische Integration nicht aufhalten dürfe, da der Übergang zum Euro automatisch zu einer europäischen Wirtschaftsregierung führen werde. Aber die französische PS schweige in einem Moment, in dem die große europäische Debatte

¹³⁶⁸ Vgl. Contribution générale „Pour une société plus humaine“ (François Hollande u.a.). In: L’hebdo des socialistes. 15. September 2000, S. 12.

¹³⁶⁹ Vgl. François Hollande, Conseil national 30. September 2000. In: L’hebdo des socialistes, 6. Oktober 2000, S. 7.

¹³⁷⁰ Vgl. Contribution thématique „Contribution thématique sur l’Europe“ (Henri Nallet). In: L’hebdo des socialistes, 15. September 2000, S. 28.

¹³⁷¹ Vgl. Contribution générale „Sept jours dans la vie d’Attika“ (Gauche socialiste). In: L’hebdo des socialistes, 15. September 2000, S. 15ff.

eröffnet worden sei: „Ton Fischer, il a eu sacrément raison de mettre les pieds dans le plat.“¹³⁷² Die von Nallet herausgestellten europapolitischen Erfolge Jospins überzeugten Attika nicht. Sie fürchtete eine historische Chance zu verpassen, um die liberale Ausrichtung des Integrationsprozesses umzukehren. Die Zugeständnisse der europäischen Partner reichten nicht aus, um das liberale Abdriften des Integrationsprozesses in Frage zu stellen.¹³⁷³

Alain Bergounioux zeigte sich frappiert von der Unter- und Überschätzung dieser Analysen. Die *Gauche socialiste* und Henri Emmanuelli unterschätzten in seinen Augen die profunden wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen. Dahingegen überschätzten sie das aktuelle Klima des Aufschwungs, das keine langandauernde Phase des Wachstums garantiere.¹³⁷⁴

Henri Emmanuelli warf der PS vor, sich hinter einer realistischen, komplexen und von Zwängen bestimmten Politik zu verstecken und die eigene Ohnmacht theoretisch zu untermauern. Er erklärte diejenigen zu Gegnern der Europäischen Integration, die die neoliberale Ausrichtung des Integrationsprozesses tolerierten und die politische Integration disqualifizierten: „Les lendemains de Maastricht n’ont pas tenu leurs promesses sur le plan politique.“¹³⁷⁵ Im *Conseil national* klagte er das Versprechen der PS vom Europawahlkampf 1999 ein, nachdem diese die Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Konservativen in den europäischen Institutionen beenden wollte. Kaum seien die Wahlen vorbei gewesen, habe man sich Sitze und Posten in den Kommissionen aufgeteilt und vorgegeben, in diesem Europäischen Parlament keine Politik zu betreiben.¹³⁷⁶ Alain Bergounioux erinnerte Emmanuelli allerdings daran, dass der SPE auf europäischer Ebene die Mittel fehlten, weil nationale Parteien nicht einen Teil ihrer Macht abgeben wollten.¹³⁷⁷

Die *Gauche socialiste* und die Anhänger Emmanuellis suchten den Schulterschluss mit den Globalisierungskritikern und der sozialen Bewegung. Emmanuelli kritisierte das Misstrauen der PS gegenüber einem in seinen Augen militanten und ideologischen Wiederaufflammen (*régénérescence*). Man dürfe diesem legitimen Anliegen nicht nur realistische Zwänge gegenüberstellen. Es gehe darum, die Ziele des Sozialismus – den Fortschritt und die Gleichheit – zu verteidigen.¹³⁷⁸ Die Europäische Union war für Emmanuelli zu einer leerlaufenden Maschine verkommen. Viele Stellungnahmen orientierten sich an den Positionen anderer, um nicht der Gefahr zu unterliegen, isoliert zu werden.¹³⁷⁹

¹³⁷² Vgl. Contribution générale „Sept jours dans la vie d’Attika“ (Gauche socialiste). In: L’hebdo des socialistes, 15. September 2000, S. 32.

¹³⁷³ Vgl. Contribution générale „Sept jours dans la vie d’Attika“ (Gauche socialiste). In: L’hebdo des socialistes, 15. September 2000, S. 31.

¹³⁷⁴ Vgl. Alain Bergounioux, Conseil national 30. September 2000, Les débats: In: L’hebdo des socialistes, 6. Oktober 2000, S. 15.

¹³⁷⁵ Vgl. Contribution générale „L’aspiration égalitaire“ (Henri Emmanuelli). In: L’hebdo des socialistes, 15. September 2000, S. 54.

¹³⁷⁶ Vgl. Henri Emmanuelli, Conseil national 30. September 2000. In: L’hebdo des socialistes, 6. Oktober 2000, S. 9.

¹³⁷⁷ Vgl. Alain Bergounioux, Conseil national 30. September 2000, Les débats: In: L’hebdo des socialistes, 6. Oktober 2000, S. 15.

¹³⁷⁸ Vgl. Contribution générale „L’aspiration égalitaire“ (Henri Emmanuelli). In: L’hebdo des socialistes, 15. September 2000, S. 48f.

¹³⁷⁹ Vgl. Henri Emmanuelli, Conseil national 30. September 2000. In: L’hebdo des socialistes, 6. Oktober 2000, S. 10.

Der Leitantrag von Hollande erhielt 72,94 Prozent der Stimmen und damit etwa elf Prozent weniger als beim Parteitag von Brest. Der Abschlusstext erklärte den Zeitpunkt für ein politisches Europa für gekommen. Die Forderungen nach einem neuen Keynesianismus auf europäischer Ebene wurden wieder aufgegriffen. Hierzu gehörten Steuerharmonisierung, eine europäische Industriepolitik, ein europäischer Sozialvertrag und mehr Verbraucherschutz auf europäischer Ebene.¹³⁸⁰

Die innerparteiliche Opposition war mit insgesamt 27 Prozent der Stimmen auf dem Parteitag stark. Emmanuelli hatte 13,78 Prozent der Stimmen und die *Gauche socialiste* 13,28 Prozent erlangt. Die Minderheitenflügel hielten ihre Divergenzen für eine demokratische Form der Auseinandersetzung, in der es auch abweichende Meinungen geben durfte. Eine politische Synthese war zwar nicht möglich, aber beide Minderheitenflügel sicherten eine funktionelle Synthese zu, indem sie Geschlossenheit für die Wahlen von 2002 erklärten.¹³⁸¹ Auch bei der Wahl zum *Premier secrétaire*, die nach dem Kongress stattfand, stellten die Minderheitenflügel keinen Gegenkandidaten auf. Für Emmanuelli zeigte dieses Ergebnis jedoch, dass 27 Prozent der Parteimitglieder die sozialliberale Ausrichtung der Partei- und Regierungslinie sowie die Unterordnung unter realpolitische Zwänge ablehnten.

4.7.4 Parteienwettbewerb: Strukturierung um die Europafrage

Erstmalig in der V. Republik führte eine vorzeitige Parlamentsauflösung durch den Präsidenten nicht zum beabsichtigten Erfolg. Jacques Chirac verlor 1997 seine parlamentarische Mehrheit aus RPR und UDF, die aus den Wahlen von 1993 hervorgegangen war. Während die politische Elite das taktische Vorgehen Chiracs akzeptiert hatte, waren die Wähler perplex und lehnten die *politique politicienne* ab. 32 Prozent unter ihnen enthielten sich ihrer Stimme. Die *Front national* erreichte 1997 bei den Parlamentswahlen ihr bestes Ergebnis. Waren es 1988 zehn Prozent der Stimmen, so stieg ihr Anteil 1993 auf 13 Prozent und 1997 auf 15 Prozent.¹³⁸² Die Grünen zogen dank der Neuwahlen erstmals in die Nationalversammlung ein und stellten mit Dominique Voynet eine Ministerin.¹³⁸³

Staatspräsident Jacques Chirac löste die Nationalversammlung offenbar wegen der bevorstehenden Einführung des Euros auf.¹³⁸⁴ Er wollte eine europapolitische Zerreißprobe bei den regulären Parlamentswahlen 1998 verhindern und die Abgeordneten aus dem eigenen Lager – vor allem Charles Pasqua – disziplinieren. Seit dem Vertrag von Maastricht kritisierte dieser mit Unterstützung von Philipp Séguin und Jean-Pierre Denis die Maastrichter Kriterien und

¹³⁸⁰ Motion finale: „Ensemble, réussir aujourd’hui pour convaincre demain“. In: L’hebdo des socialistes, 1. Dezember 2000, S. 53.

¹³⁸¹ Vgl. Henri Emmanuelli; Marie-Noëlle Lienemann. In: L’hebdo des socialistes, 1. Dezember 2000, S. 30ff.

¹³⁸² Vgl. Perrineau, Ysmal 1998, S. 11f.; vgl. auch Duhamel 1998, S. 22f.

¹³⁸³ Vgl. Szarka 1999, S. 20

¹³⁸⁴ „Et puis il y a l’Europe“, déclare le Président de la République pour justifier sa décision de dissoudre l’Assemblée nationale.“ Cautrès, Denni 2000, S. 323. Allerdings hielten nur 40 Prozent der Wähler dieses Argument für glaubwürdig, vgl. Jaffré 1998, S. 42

das von Deutschland geprägte geldpolitische Stabilitätsmodell. Die parteiinternen Kritiker unterstützten die massiven Proteste im November und Dezember 1995 gegen den eigenen Premierminister Alain Juppé und trugen zu dessen Autoritätsverfall bei. Juppé musste den europa-kritischen Stimmen der innerparteilichen Opposition Rechnung tragen und kritisierte in der Folge ebenfalls die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und formulierte Bedingungen für den Übergang zum Euro.¹³⁸⁵

Das Eurothema variierte zwar im Wahlkampf in seiner Intensität und Klarheit, aber es war laut Gerstlé einer der Motoren.¹³⁸⁶ Präsident Chirac argumentierte mit Europa – ähnlich wie 1993 Mitterrand – gegen eine mögliche Kohabitation, da Frankreich mit einer Stimme sprechen müsse. Rocard und Aubry warben hingegen für ein linkes Europa, das mit dem Wahlsieg Tony Blairs in Großbritannien begonnen habe. Die kritischen Fragen zu den Anpassungsleistungen, die Frankreich im Rahmen der Europäischen Integration zu erbringen hatte, und die Folgen für das französische Solidarmodell, das in die Krise geraten war, wurden jedoch nicht behandelt.¹³⁸⁷ In dieser Hinsicht stellte sich ein europapolitischer Konsens ein, so die Zeitung *Libération*. Chevènement bewegte sich auf die Linie Jospins zu. Letzterer teilte wiederum die Position Chiracs.¹³⁸⁸ Die zentralen europabezogenen Probleme wurden also ausgeklammert, obwohl durchaus Klärungsbedarf bestand:

„Demain la France fera partie de l’union monétaire et l’Europe constituera un immense marché unique. La théorie enseigne que, dans un tel cas, ou bien il y a fédéralisme budgétaire et intégration politique ou bien il y a concurrence exacerbée entre territoires par l’impôt, par réglementation et la protection sociale. Qui se soucie d’expliquer aux Français ces données cruciales pour leur avenir individuel ?“¹³⁸⁹

Die politischen Eliten wählten einen ambivalenten Diskurs. Jospin machte beispielsweise keine Angaben, wie seine vier Bedingungen für den Euro zusammenhingen und ob auch die Erfüllung von drei der vier Bedingungen für seine Zustimmung ausreichen würden. Auch war unklar, ob er den von ihm als „Super-Maastricht“ bezeichneten Stabilitätspakt vollständig zurückwies oder ihn lediglich verändern wollte. So bewahrte sich Jospin die für ihn als künftigen Regierungschef notwendige Flexibilität, die bereits beschlossenen Politiken weiterzuverfolgen, ohne dass man ihm einen Vorwurf machen konnte, von seinen eigenen Forderungen abzuweichen.¹³⁹⁰ Der ambivalente Diskurs der Parteien zeigt, dass sie auf den wachsen-

¹³⁸⁵ Vgl. Cohen 1998, S. 85; vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 182ff.

¹³⁸⁶ Vgl. Gerstlé 1998, S. 66

¹³⁸⁷ Vgl. Cohen 1998, S. 81

¹³⁸⁸ Vgl. Gerstlé 1998, S. 66f.

¹³⁸⁹ Cohen 1998, S. 96

¹³⁹⁰ Vgl. Cohen 1998, S. 88f.

den Euroskeptizismus in der Wählerschaft und in der eigenen Partei zu reagieren versuchten.¹³⁹¹

Die Parlamentswahlen aus dem Jahr 1997 stellen für die Bedeutung des Eurothemas im Wahlkampf trotz seiner Ambivalenzen einen Wendepunkt dar, da sich eine langsame Strukturierung des französischen Parteiensystems um das Eurothema abzeichnete. Diese Strukturierung erfolgte jedoch entlang der Haltung der Wählerschaft zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die die Sichtweise des Integrationsprozesses bestimmten.¹³⁹²

„Therefore, also it may be correct to say that the EU in and of itself is not a divisive issue in many EU member states, the consequences in terms of the political ramifications of its policy orientation is ever present, and susceptible to opposition demagogy.“¹³⁹³

Im Vergleich zu 1993 gewann die PS bei den Parlamentswahlen 190 Sitze hinzu und erreichte insgesamt 246 Sitze (mit Nachrückern 250). Die nicht-kommunistische Linke kam insgesamt auf 283 Sitze und die Kommunisten erreichten 36 Sitze. Die absolute Mehrheit von 289 Sitzen wurde also nur mit den Kommunisten erreicht, die schließlich auch zwei Ministerien und einen *secrétaire d'Etat* besetzten. Den Vorsitz der Nationalversammlung übertrug Jospin an Laurent Fabius, um diesen einzubinden.

„Auch wenn die gemäßigte Linke seit 1997 die klassische Rechte leicht dominierte, so hing das Endergebnis der Wahlen doch immer zu einem großen Teil von der Haltung der Wähler der politischen Extreme ab – mit einer extremen Linke, die an Bedeutung gewann und einer extremen Rechte, die ihr ‚Störpotential‘ bewahrte.“¹³⁹⁴

Den gemäßigten Parteien war dieses Störpotential bewusst, wie der parteiübergreifende Versuch zeigte, das Wahlrecht für die Europawahlen 1999 zu ändern und den Zugang der kleinen Parteien zum Europäischen Parlament mit der Anhebung der 5-Prozent-Hürde auf zehn Prozent zu erschweren.¹³⁹⁵ Die Wahlrechtsreform scheiterte und 1999 konnten mit 5,2 Prozent der Stimmen erstmalig trotzkistische Abgeordnete aus Frankreich ins Europäische Parlament einziehen.

Der Europawahlkampf wurde von der Krise im Kosovo überschattet, die einen großen Teil der Medienaufmerksamkeit auf sich zog. Auch kam es im Vorfeld der Wahlen im März 1999 zum Rücktritt der Europäischen Kommission unter Vorsitz von Jacques Santer. Die Betrugsvorwürfe gegen die französische sozialistische europäische Kommissarin Edith Cresson hatten zum kollektiven Rücktritt geführt. Der fünf Monate zuvor eingeführte Euro, den die öffentliche Meinung begrüßte, hätte die pro-europäischen Listen zwar stärken können, stand

¹³⁹¹ Vgl. Cautrès, Denni 2000, S. 354

¹³⁹² Vgl. Cautrès, Denni 2000, S. 354

¹³⁹³ Ladrech 2002b, S. 77

¹³⁹⁴ Bréchon 2004, S. 170

¹³⁹⁵ Vgl. Kauppi 2000, S. 7

aber nicht im Mittelpunkt der Debatte.¹³⁹⁶ Bei den Sozialisten sorgte zudem die Veröffentlichung des deutsch-britischen Schröder-Blair-Papiers fünf Tage vor den Europawahlen für Irritationen. Die französischen Sozialisten waren schockiert über den gewählten Zeitpunkt.¹³⁹⁷ Dabei hatte es im Vorfeld der Europawahlen eine intensive französisch-britische Zusammenarbeit gegeben. Henri Nallet und der britische Außenminister Robin Cook, beide Vizepräsidenten der SPE, arbeiteten gemeinsam das Wahlmanifest aus, das 21 Vorschläge für die sozialdemokratischen Prioritäten im 21. Jahrhundert darlegte und den Rechts-Links-Gegensatz der Politik auf die europäische Ebene hob.¹³⁹⁸ Im Mittelpunkt des Manifests standen Wachstum und Beschäftigung. Zudem ging es um ein bürgernahes Europa, das auf die Rechte der Bürger oder die Gleichstellung von Mann und Frau verwies. Auch enthielt das Manifest Maßnahmen für den Kampf gegen Rassismus und Kriminalität sowie für eine nachhaltige umweltfreundliche Politik sowie für kulturelle Diversität. Erstmals wurde in einem europäischen Manifest betont, dass die Europäische Union in der Lage sei, als internationaler Akteur zu agieren und eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung zu geben. Dies wurde mit einer Forderung nach engerer Kooperation in Verteidigungsfragen verbunden.¹³⁹⁹

In die Wahlkampagne wurden die Parteiführer eingebunden und gemeinsame Treffen von Jospin, Blair, Schröder und D'Alema organisiert. Ferner stellte die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament das *Network Europe* zur Verfügung, um die Pressedienste der einzelnen Parteien besser zu koordinieren, Umfragen bekannt zu machen und Fragen zu Europa zu beantworten.¹⁴⁰⁰ Im Hinblick auf das europäische Manifest, das im Vergleich zu den vorherigen Texten konkreter und politischer war, blieb bei Nallet eine gewisse Enttäuschung: Er habe das überwiegend allein gemacht, es habe keine Debatte innerhalb der Partei gegeben.¹⁴⁰¹ Im *Conseil National* diene gerade das europäische Manifest für Jean Mallot, der erste Vorsitzende in der Föderation Allier, als Beispiel für die fehlende Debatte und den fehlenden Willen zur Debatte. Man habe schon so oft darüber abgestimmt, dass die SPE sich zu einer wahren Partei wandeln solle.

„Je m’interroge ! Si la Direction y croyait, on aurait avancé dans cette voie. Juste un exemple, le manifeste européen. Vous le trouvez sur Internet, dans le journal *Le Monde*, je ne l’ai pas vu dans *l’Hebdo*. Autre remarque, il y a un congrès du PSE à Milan. Nous

¹³⁹⁶ Vgl. Jaffré 1999

¹³⁹⁷ Vgl. Interview mit Gilles Finchelstein: Engager le débat sur le fond. In: *L’Hebdo des socialistes*, 9. Juli 1999, Nr. 112, S. 13.

¹³⁹⁸ Vgl. Henri Nallet: Préparer la nouvelle Europe du prochain millénaire. In: *L’hebdo des socialistes*. 12. März 1999, S. 7; Das Manifest von 1999 hob die fehlende europäische Dimension von 1994 auf und stellte ein wirkliches europäisches Manifest dar, vgl. auch Olivier 2005, S. 161

¹³⁹⁹ Vgl. Bossuat 2004, S. 58f.

¹⁴⁰⁰ Vgl. Bossuat 2004, S. 60

¹⁴⁰¹ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

avons voté à plusieurs reprises le fait que les militants débattaient des congrès du PSE, voteraient. Ils ne savent même pas que ce congrès existe.“¹⁴⁰²

Die Bündnisabsprachen mit der *Parti radical de gauche* und dem *Mouvement des citoyens* von Jean-Pierre Chevènement schränkten die innerparteiliche Debatte ebenfalls ein. In der gemeinsamen Erklärung mit dem MDC vom 8. März 1999 musste die Parteiführung der PS Zugeständnisse machen. Während sie an ihrer Vorstellung einer Föderation der Nationalstaaten festhielt, wies das MDC in der gemeinsamen Erklärung darauf hin, dass die Bedingungen für eine Föderation nicht erfüllt seien und es deswegen von einer Gemeinschaft sprechen wolle. Auch wurde in Kauf genommen, mit der gemeinsamen Erklärung von PS und MDC dem europäischen Manifest zu widersprechen. In der Erklärung wurde das Prinzip der Einstimmigkeit bei der Entscheidungsfindung im Ministerrat gefordert, wenn vitale Interessen eines Landes berührt wurden.¹⁴⁰³

Jospins Republikanismus und seine Betonung der Rolle der Nation hatten eine Annäherung an Chevènement erleichtert.¹⁴⁰⁴ Im Gegensatz zu 1994 kam es also wieder zu einer gemeinsamen Liste, auf der sechs aussichtsreiche Plätze an die Bündnispartner MDC und PRG gingen. François Hollande musste für die Erstellung der Liste 335 Kandidaturen berücksichtigen. Zu den Kriterien gehörten neben den Regionen und Strömungen auch die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie – nach Möglichkeit – die Berücksichtigung der ehemaligen Abgeordneten.¹⁴⁰⁵ Angeführt wurde die Liste von François Hollande.

Dank der Bündnisstrategie übertraf die PS das Wahlergebnis von 1994. Die gemeinsame Liste gewann sogar die Wahlen mit 21,9 Prozent der Stimmen, obwohl die Sozialisten die Regierung stellten. Das günstige innenpolitische Klima ermöglichte dieses Wahlergebnis. Die Arbeitslosigkeit sank und die allgemeine Zufriedenheit war relativ hoch. Die bei anderen Europawahlen beobachtete Abstrafung der Regierung blieb daher aus.

¹⁴⁰² Jean Mallot im Conseil National nach der Convention Nation-Europe, In: L’hebdo des socialistes, 5. März 1999, S. 8; Nachdem das Manifest auf dem Kongress der SPE in Mailand am 1. März 1999 beschlossen wurde, wurde es in L’hebdo des socialistes vom 12. März 1999 vorgestellt (S. 7ff.)

¹⁴⁰³ Vgl. Noblecourt 11.03.1999; vgl. auch Déclaration commune du 8 mars 1999: Parti socialiste – Mouvement des citoyens. In: L’hebdo des socialistes, 12. März 1999, S. 13ff.

¹⁴⁰⁴ Vgl. Schild 1999, S. 5

¹⁴⁰⁵ Unter den 26 Plätzen waren bei den neuen Abgeordneten Jean-Claude Fruteau, Vorsitzender der fédération La Réunion und jospiniste, zwei fabiusiens mit Gilles Savary (Süd-Westen) und François Zimeray (Norden-Normandie), der ex-rocardien und Bürgermeister von Quimper Bernard Poignant für den Westen, und für die Gauche socialiste und die Ile-de-France, Harlem Désir. Sowie ferner für den Osten Marie-Hélène Gillig, eine enge Vertraute der Bürgermeisterin von Straßburg, Catherine Trautmann, sowie Adeline Hazan (Osten), Catherine Guy-Quint (Zentrum-Massif central) und die ex-popereniste Anne Ferreira (Norden Normandie). Martine Roure sollte den Süd-Osten repräsentieren. Henri Nallet, der einen aussichtsreichen Platz bekommen sollte und auch als europäischer Kommissar gehandelt wurde, zog aus persönlichen Gründen zurück. Vgl. Noblecourt 25.02.1999; vgl. Noblecourt 11.03.1999; vgl. Noblecourt 29.03.1999

Liste	% Stimmen	Sitze
Construisons notre Europe (François Hollande; PS, MDC, PRG)	22,0	22
Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe (Charles Pasqua; MPF)	13,1	13
L'Union pour l'Europe (Nicolas Sarkozy; RPR, DL)	12,7	12
L'écologie – Les Verts (Daniel Cohn-Bendit, Verts)	9,7	9
Avec l'Europe, prenons une France d'avance (François Bayrou, UDF)	9,3	9
Bouge l'Europe (Robert Hue, PCF)	6,8	6
Chasse, Pêche, Nature, Tradition (Jean Saint-Josse, CPNT)	6,8	6
Pour une France libre, changeons d'Europe (Jean-Marie Le Pen, FN)	5,7	5
Lutte ouvrière et ligue communiste révolutionnaire (Arlette Laguiller, LO, LCR)	5,2	5

Quelle: Journal Officiel de la République Française; vgl. auch Schild 1999

Die Wahlen von 1999 stehen für einen europapolitischen Wandel der Kommunisten. Sie akzeptierten das Prinzip der Europäischen Integration und gingen zu einer Kritik der politischen Ausrichtung über.¹⁴⁰⁶ Die Partei brachte sich intensiv in den Wahlkampf ein und vervierfachte ihr Budget im Vergleich zu 1994.¹⁴⁰⁷ Damals hatte noch der in Frankreich wenig bekannte François Wurtz die Liste angeführt, 1999 stand hingegen der Generalsekretär der Partei Robert Hue an der Spitze. Geneviève Fraysse folgte ihm auf dem zweiten Listenplatz. 1992 hatte sie dem Vertrag von Maastricht zugestimmt und forderte dessen Einhaltung. Die Liste *Bouge Europe* erhielt allerdings nur 6,8 Prozent der Stimmen und lag hinter der Liste der Grünen, die mit 9,8 Prozent der Stimmen ein ähnlich gutes Ergebnis erzielten wie 1989. Mit Daniel Cohn-Bendit als Spitzenkandidat hatten die französischen Grünen einen prominenten Befürworter des Europäischen Integrationsprozesses. In der Konsequenz wurde ihre Position innerhalb der *Gauche plurielle* aufgewertet, wohingegen die Kommunisten weiter geschwächt wurden.

Die gemeinsame Liste aus *Lutte ouvrière* und *Ligue communiste révolutionnaire* schien attraktiv zu sein für die Enttäuschten der *Gauche plurielle* und vor allem für die ehemaligen Sympathisanten der Kommunisten. Der Erfolg der linksextremen Parteien war eine französische Besonderheit in Europa. So war Frankreich der einzige Mitgliedsstaat, der 1999 Abgeordnete der extremen Linken in das Europäische Parlament entsandte.¹⁴⁰⁸

Innerhalb des rechten Lagers kam es zu zahlreichen Zerwürfnissen: Anlass waren die Regionalwahlen 1998 und der Umgang mit der *Front national* sowie die Europapolitik. Philippe Séguin war zu Beginn des Wahlkampfs im April 1999 vom Parteivorsitz und als Spitzenkandidat für die Europawahl zurückgetreten. Charles Pasqua war aus Protest gegen Chiracs pro-europäische Politik und den Amsterdamer Vertrag aus der RPR ausgetreten und präsentierte eine eigene Liste für die Europawahlen. Sie lag mit 13,1 Prozent der Stimmen noch vor der offiziellen Liste der RPR. Dies stürzte die RPR in eine schwere Krise.¹⁴⁰⁹ Von der UDF spaltete sich die *Démocratie libérale* (DL) unter Führung von Alain Madelin ab. Diese stellte ge-

¹⁴⁰⁶ Vgl. Martin 2000, S. 373f.

¹⁴⁰⁷ Vgl. Bréchon 2004, S. 207

¹⁴⁰⁸ Vgl. Martin 2000, S. 389, vgl. auch Knapp 2004, S. 120

¹⁴⁰⁹ Vgl. Martin 2000, S. 357f.

meinsam mit der RPR eine Liste unter Führung von Nicolas Sarkozy und trat gegen die Liste der verbleibenden UDF unter François Bayrou an.

Auch die extreme Rechte war zerstritten. Bruno Mégret hatte im Januar 1999 wegen seiner Rivalität mit Le Pen mit etwa der Hälfte der Führungskräfte die *Front national* verlassen und eine eigene Bewegung (*Mouvement national républicain*) gegründet.¹⁴¹⁰ Le Pen gelang es jedoch mit seiner Liste und 5,7 Prozent der Wählerstimmen ins Europäische Parlament einzuziehen, wohingegen Mégret nur 3,3 Prozent der Stimmen erhielt und an der 5-Prozent-Hürde scheiterte.¹⁴¹¹ Die rechtsextremen Parteien in Frankreich schienen ihren Zenit überschritten zu haben, da sie durch die Spaltung organisatorisch geschwächt waren. Auch in der öffentlichen Meinung waren die Zustimmungswerte für Le Pen auf einem Tiefstand seit 1984.¹⁴¹²

Den Anhängern von Saint Josse, der die Bewegung *Chasse, Pêche, Nature et Tradition* anführte, gelang nach der dritten Teilnahme an Europawahlen erstmalig der Einzug ins Europäische Parlament. Die Wählerschaft setzte sich zu einem großen Anteil aus Männern der Arbeiterschicht zusammen. Sie wollten die traditionellen Werte verteidigen und waren aufgeschlossen für den Umweltschutz. Die Grünen lehnten sie jedoch ab.¹⁴¹³

„Betrachtet man das französische Parteiensystem im Jahr 1999, so überrascht der immer deutlicher zu Tage tretende Gegensatz zwischen dem formalen, bipolaren und strukturierten Parteiensystem, das sich in den nationalen politischen Institutionen (Staatspräsident, Nationalversammlung und Kommunalverwaltungen) findet, und einem inoffiziellen multipolaren, fragmentierten und protestgeleiteten Muster von Parteienunterstützung. In gewisser Hinsicht mag letzteres wie ein Anti-Parteien-System wirken, da es gegen die etablierten Parteien gerichtet ist und sich bei Nebenwahlen mit Verhältniswahlrecht wie Regional- oder Europawahlen zeigt.“¹⁴¹⁴

Die Europawahlen beunruhigten die Regierungsparteien also weiterhin, da sie aufgrund des Verhältniswahlrechts und der Vielzahl der Listen zunehmend unberechenbar wurden und das Desinteresse der Wähler stetig wuchs.¹⁴¹⁵ Mit einer Wahlenthaltung von 52,2 Prozent der Stimmberechtigten stellten die Europawahlen 1999 erneut einen Rekord auf. Demgegenüber wurde das Mandat eines französischen Europaabgeordneten für die politische Karriere jedoch attraktiver. In der Zeit von 1999 bis 2004 sank der Anteil derjenigen, die ihr europäisches Mandat zugunsten eines nationalen Mandats oder Ministeramts aufgaben, auf 11,1 Prozent. Ausgehend von 37,2 Prozent in der ersten Legislaturperiode lässt sich ein deutlicher Trend in

¹⁴¹⁰ Vgl. Ivaldi 2005

¹⁴¹¹ Vgl. Martin 2004, S. 16f.

¹⁴¹² Vgl. Schild 1999, S. 10

¹⁴¹³ Vgl. Jaffré 1999, S. 163f.

¹⁴¹⁴ Cole 2000, S. 45

¹⁴¹⁵ Vgl. Jaffré 1999, S. 157; 161

Frankreich ablesen, der eine zunehmende Wertschätzung des europäischen Mandats ausdrückt.¹⁴¹⁶ Die Neuregelung der Ämterhäufung unterstützte diesen Trend.

Die Regierung Jospin blieb auch nach den Europawahlen von 1999 relativ beliebt und der Ausgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen für 2002 galt als offen. Besorgnis erregten jedoch die Kommunalwahlen im März 2001¹⁴¹⁷ sowie die Tatsache, dass für die Präsidentschaftswahlen eine Vielzahl von Kandidaten im linken Lager antrat.¹⁴¹⁸ Für alle Tendenzen der *Gauche plurielle* war die Teilnahme an den Wahlen ein Zeichen der politischen Eigenständigkeit und eine Verbesserung der Ausgangsbasis für die Verhandlungen in einer möglichen neuen Koalition. Eine große Gefahr ging für Jospin von Jean-Pierre Chevènement aus, der kurzzeitig als möglicher dritter Mann der Präsidentschaftswahlen gehandelt wurde, aber in den Prognosen kurz vor der Wahl von zehn bis 14 Prozent (November 2001 bis Februar 2002) auf etwa sechs Prozent der Stimmen zurückfiel. Der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen lag in den Umfragen (Januar bis April 2002) bei neun bis 12 Prozent und galt als weniger erfolgreich als die Jahre zuvor, da sich seine Partei 1999 gespalten hatte.¹⁴¹⁹ Zentrale Figuren des Wahlkampfes waren damit der scheidende Präsident und Premierminister. Die gemeinsame Regierungszeit erweckte jedoch bei den Wählern den Eindruck, dass sich beide Kandidaten wenig voneinander unterschieden.¹⁴²⁰

Jospins Strategie war auf die Präsidentschafts- und nicht auf die Parlamentswahlen ausgerichtet.¹⁴²¹ Mit dem Wahlslogan *Présider autrement, une France plus juste* kritisierte Jospin den amtierenden Präsidenten und warb für seinen neuen Politikstil. Das zentrale Thema des Wahlkampfes, die innere Sicherheit, erkannte Jospin jedoch erst spät und unterschätzte es.¹⁴²² Sein Wahlkampf konzentrierte sich auf den zweiten Wahlgang. Er versuchte möglichst viele Franzosen anzusprechen, ohne sich zu sehr auf ein linkes oder sozialistisches Projekt festzulegen.¹⁴²³ Jospin ging davon aus, dass sich die Ablehnung Chiracs – sowohl in Bezug auf seine politische Bilanz als auch seine moralische Integrität angesichts der Finanzaffären der RPR

¹⁴¹⁶ Vgl. Beauvallet 2007, S. 88

¹⁴¹⁷ Vgl. Bréchon 2004, S. 170f. Es war ein Sieg für die Linken vorausgesagt worden, jedoch verloren die Linken 20 Städte mit über 30.000 Einwohnern. Sie gewannen hingegen Paris und Lyon. Es blieb umstritten, ob es sich nun um eine Niederlage der Linken oder um einen Sieg gehandelt hatte. Fakt war, dass die Linken erstmals seit 1977 weniger Städte regierten. Die Kantonalwahlen, die ebenfalls im März 2001 stattfanden, bestätigten die Verluste für die Sozialisten jedoch nicht.

¹⁴¹⁸ Es kandidierten im linken Lager: Lionel Jospin (PS), Robert Hue (PCF), Christiane Taubira (PRG), Noël Mamère (Verts), Jean-Pierre Chevènement (Pôle républicain), Arlette Laguiller (Lutte ouvrière), Olivier Besancenot (Ligue communiste révolutionnaire), Daniel Gluckstein (Parti des travailleurs) sowie der schwer einzuordnende Jean Saint-Josse (Chasse, pêche, nature et traditions), vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 52

¹⁴¹⁹ Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 51

¹⁴²⁰ So polemisierte Chevènement beispielsweise über „Josrac et Chipin“, vgl. Bréchon 2004, S. 171f.

¹⁴²¹ Vgl. Bréchon 2004, S. 172ff.

¹⁴²² Vgl. Bréchon, Denni 2008, S. 52f.

¹⁴²³ Jospin erklärte im Februar 2002: „Je suis socialiste d’inspiration, mais le projet que je propose au pays n’est pas un projet socialiste“. Bréchon, Denni 2008, S. 51

– zu seinen Gunsten auswirkte. Auf diese Art und Weise konnte er aber nicht die Wähler für den ersten Wahlgang mobilisieren.¹⁴²⁴

Diese Strategie wird als Ursache für Jospins Niederlage im ersten Wahlgang gesehen, in dem Chirac 19,9 Prozent der Stimmen, Le Pen 16,9 Prozent und er selbst 16,2 Prozent erhielt. Anstelle von Jospin nahm somit der rechtsextreme Le Pen am zweiten Wahlgang teil. Im ersten Wahlgang hatten nur 52 Prozent der sozialistischen Wähler für Jospin gestimmt, 16 Prozent gaben ihre Stimme einem Kandidaten der extremen Linken und sieben Prozent der Stimmen gingen an Jean-Pierre Chevènement. Diese Verteilung der Stimmen im linken Lager hatte maßgeblich zur Niederlage Jospins beigetragen.¹⁴²⁵ Dabei ist der Anteil der Stimmen für die extreme Linke von sechs Prozent 1988 über neun Prozent 1995 auf 16 Prozent 2002 enorm angestiegen. Konnten 1988 Mitterrand und Chirac 53,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, waren es 1995 bei Chirac und Jospin noch 43,7 Prozent, so fiel der Prozentsatz 2002 auf 35,3 Prozent.¹⁴²⁶ Jospin zog sich angesichts des Wahlausgangs vollständig aus der Politik zurück.

Die fragmentierten und protestgeleiteten Muster von Parteienunterstützung – wie sie sich bei den Europawahlen 1999 gezeigt hatten – beeinflussten 2002 auch erstrangige Wahlen. Für die PS wurde deutlich, dass sie die Wählerschaft der unteren Schichten an den linken und den rechten politischen Rand verloren hatte. Die *Front national* gehört zu den rechtsextremen Parteien in Europa mit dem höchsten Arbeiteranteil in ihrer Wählerschaft. Der Niedergang der PCF hatte am linken politischen Rand zu einer Stärkung der extremen Linken und der sozialen Bewegungen geführt. Die PS konnte von dieser Mobilisierung nicht profitieren.

„Cette incapacité à mobiliser l'électorat le plus populaire a contribué à la défaite systématique du PS après chacun de ses retours au pouvoir (en 1986, 1993, 2002).“¹⁴²⁷

Die Ausgangslage für die Parlamentswahlen am 9. und 16. Juni 2002 war damit für die Sozialisten schlecht. Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen hatten sie für Chirac stimmen müssen, um einen rechtsextremen Präsidenten in Frankreich zu verhindern. Zudem hatten sie sich im Wahlkampf gegen eine erneute Kohabitation ausgesprochen. Vor den Wahlen trafen die Sozialisten mit den Kommunisten, linken Radikalen und Grünen Absprachen. Die Sozialisten konnten zwar Stimmen hinzu gewinnen, verloren aber im Vergleich zu den Wahlen von 1997 nahezu 100 Sitze in der Nationalversammlung (141 Abgeordnete im Vergleich

¹⁴²⁴ Vgl. Jaffré 2003, S. 234f.

¹⁴²⁵ Vgl. Jaffré 2003, S. 229

¹⁴²⁶ Vgl. Jaffré 2003, S. 236

¹⁴²⁷ Lefebvre, Sawicki 2006, S. 39

zu 248 Abgeordneten 1997).¹⁴²⁸ Die extreme Linke konnte ihr Ergebnis der Präsidentschaftswahlen nicht wiederholen.

Das Frühjahr 2002 stürzte die Sozialisten in eine der weitreichendsten Identitätskrisen ihrer Geschichte, die ihre Beziehungen zum politischen System als Ganzes in Frage stellte – ihre Art der Machtausübung, ihre Programmatik, ihr Verhältnis zu den Institutionen und zu den Wählern. Die Wahlniederlage traf die PS umso mehr, weil sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte das Gefühl hatte, gut regiert und das Vertrauen einer Mehrheit der Franzosen gewonnen zu haben.¹⁴²⁹

Die Europäische Integration spielte im Wahlkampf und bei der Wahlentscheidung eine untergeordnete Rolle.¹⁴³⁰ Es gehörte zum Pflichtprogramm eines jeden Kandidaten, zur Europäischen Integration Stellung zu beziehen. Eine vertiefte Diskussion war dagegen – wie bei den Parlamentswahlen 1997 – weder für Chirac noch für Jospin ratsam, da beide Wählerschaften diesbezüglich gespalten waren. Europa war jedoch ein Gegenstand des Diskurses der Parteien an den politischen Rändern. Für Jean-Marie Le Pen hatte Europa eine zentrale Bedeutung, um den Rückgang (*recul*) Frankreichs zu erklären. Der linksextreme Glückstein sah in Europa eine Bedrohung für die Arbeiter und Bauern sowie für die französischen Gemeinden. Der grüne Mamère wollte hingegen mit Europa eine neue Ebene der politischen Reflexion über Umweltfragen schaffen. Bayrou konnte sich als Vertreter der ausgewiesenen pro-europäischen Partei UDF im rechten Lager über die Europafrage profilieren. Nur Arlette Laguiller von *Lutte ouvrière* erwähnte die Europäische Integration in ihren Wahlaussagen (*profession de foi*) nicht.

Bei der Wahlentscheidung wurde – wie in Ansätzen bereits bei den Parlamentswahlen 1997 – ein Zusammenhang deutlich zwischen der Haltung zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen und der Sichtweise des Integrationsprozesses.¹⁴³¹ In der pessimistischen Beurteilung der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Landes verstärkt der Europäische Integrationsprozess die Tendenz, die soziale Umwelt als bedrohlich wahrzunehmen. Die postmaterialistische Konfliktlinie war damit im Wahlkampf zentral, was durch die regelmäßige Referenz an die Europäische Integration im politischen Diskurs von Le Pen in Verbindung mit anti-universalistischen, xenophoben, autoritären und traditionellen Werten bestätigt wird.¹⁴³²

¹⁴²⁸ Vgl. Bréchon 2004, S. 174f.

¹⁴²⁹ Vgl. Jaffré 2003, S. 247; 224

¹⁴³⁰ Vgl. Belot, Cautrès 2004

¹⁴³¹ Vgl. Belot, Cautrès 2004, S. 123ff. Die Analyse beruht auf der Auswertung der politischen Diskurse der einzelnen Kandidaten sowie dem Panel électoral français von 2002.

¹⁴³² Vgl. Belot, Cautrès 2004, S. 133

4.7.5 Organisation: Ausweitung der innerparteilichen Debatte

Die Beziehungen zwischen der Exekutive, der Legislative und der Partei wurden mit dem Amtsantritt Jospins neu bewertet. So erklärte Jospin, auf den Gebrauch des Artikels 49.3 zu verzichten und die Mehrheitsfraktion auf diese Weise nicht unter Druck zu setzen.¹⁴³³ Er verpflichtete sich auch, die Rechte der Opposition zu achten und das Parlament – anknüpfend an die Tradition der III. Französischen Republik – wieder zu einem Ort der Regierungskommunikation zu machen. Mit dieser Selbstverpflichtung begründete er eine neue Ethik des Regierens, die dem Eindruck einer volksfernen politischen Klasse, der durch die zahlreichen Skandale und Affären entstanden war, entgegenwirken sollte.¹⁴³⁴

In der Europapolitik profitierten die Abgeordneten der Nationalversammlung von dem erweiterten Handlungsspielraum des Parlaments seit dem Vertrag von Maastricht sowie einer Stärkung der Rechte der Nationalversammlung seit der Regierungszeit Balladurs. Jospin wies seine Minister in einem *circulaire* vom Dezember 1999 an, die parlamentarischen Entschlüsse bei Verhandlungen auf europäischer Ebene zu berücksichtigen.¹⁴³⁵ In der Regierungszeit Jospins waren unterschiedliche Phasen der europapolitischen Aktivität mit unterschiedlichen Akteuren zu beobachten. Während François Mitterrand gemeinsam mit der Regierung die Europapolitik definierte und die Partei entweder die europapolitischen Fragen nachholend diskutierte oder komplementär behandelte, entfaltete auch die Regierung Jospin zunächst verschiedene europapolitische Initiativen zum Beispiel für den Beschäftigungsgipfel in Luxemburg. Ende der 1990er Jahre hielt sie sich jedoch europapolitisch zurück. Die Parteibasis diskutierte bei der *Convention nationale Europe-Nation*, an der sozialistische Regierungsvertreter praktisch nicht beteiligt waren. Insgesamt war der Kreis der europapolitischen Akteure oder zumindest der Teilnehmer der parteiinternen Debatte größer als noch zu Zeiten der Präsidentschaft Mitterrands. Sowohl nationale als auch europäische Abgeordnete wurden verstärkt eingebunden – ebenso die Föderationen.¹⁴³⁶

Das zunehmend pluralistische Meinungsbild innerhalb der Partei spiegelte sich auch im Nationalsekretariat der Partei wider. Es war ein Bestreben Hollandes, möglichst viele verschiedene Strömungen in das Nationalsekretariat einzubinden, um sie auf diese Weise zu kontrollieren.¹⁴³⁷ Das Sekretariat für Internationales wurde zunächst von Pierre Guidoni geleitet, der im Jahr 2000 verstarb. Ihm folgte Henri Nallet. Nallet war bis 1985 agrarpolitischer Berater Mitterrands und gehörte zum bereits beschriebenen *milieu décisionnel communautaire français*.

¹⁴³³ Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004, S. 159

¹⁴³⁴ Vgl. Christadler 1999, S. 49

¹⁴³⁵ Vgl. Krell 2009, S. 371; Vgl. zu den Mitwirkungsrechten des Parlaments Schild 2002a; Szukala 2003 oder Quermonne 1998

¹⁴³⁶ Vgl. Krell 2009, S. 384ff.; vgl. auch Wielgoß 2002, S. 101

¹⁴³⁷ Vgl. Noblecourt 29.11.1997

Auch war er einige Male Minister einer sozialistischen Regierung.¹⁴³⁸ Von 1995 bis 2003 gehörte er dem *Bureau national* sowie dem Nationalsekretariat an.

Nallet versuchte ab 1997, die innerparteiliche Debatte innerhalb des Europasekretariats mithilfe der *Commission Europe* neu zu beleben. Sein Ziel war es, die Europaabgeordneten stärker einzubinden. Sein Engagement entsprach auch der Forderung der Vorsitzenden der französischen sozialistischen Delegation im Europäischen Parlament, Pervenche Berès. Das Treffen einmal im Jahr bei den *journées parlementaires* reiche nicht aus, so Berès.¹⁴³⁹ Laut Nallet bestand die *Commission Europe* anfangs aus 50 bis 60 Personen. In den Jahren bis 2002 hätten jedoch um die 100 Personen innerhalb der Partei diskutiert, Berichte ausgetauscht und an Treffen teilgenommen, so Nallet.¹⁴⁴⁰ Berès erklärte, dass die *Commission Europe* unter Nallet nicht schlecht funktioniert habe. Zwar seien noch immer weniger europäische als nationale Abgeordnete gekommen, aber es habe eine Zusammenarbeit gegeben.¹⁴⁴¹ So beteiligten sich die Europaabgeordneten auch verstärkt an den Debatten der Partei und Ende der 1990er Jahre auch an der Vorbereitung der europapolitischen Parteitage, „was – trotz des sich mit ihrem Arbeitsschwerpunkt überschneidenden thematischen Fokus – bis dato nicht selbstverständlich war“.¹⁴⁴²

Zudem integrierte Nallet auch die regionalen Europasekretäre in die europapolitische Willensbildung auf nationaler Ebene.¹⁴⁴³ So datiert Maurice Braud, Leiter der Internationalen Abteilung der PS (*département international*), die verstärkte Einbindung der regionalen Sekretäre für Europa auf das Jahr 1997. Die Parteiführung habe zwar schon zuvor die Bildung von Europasekretariaten auf regionaler Ebene gefordert, aber das sei nicht überall realisiert worden. Die Partei habe Schwierigkeiten, die Europathematik auf allen Ebenen der Partei lebendig zu halten.¹⁴⁴⁴ Nallet versuchte, die Bildung von regionalen Europasekretariaten zu systematisieren. Er strebte an, dass in jeder Föderation jemand die europäische Aktualität verfolgte.¹⁴⁴⁵ Bei den regelmäßigen Treffen der Vorsitzenden der Föderationen versuchte Nallet, die regionalen Sekretäre für Europa einzubeziehen. So hätten die Treffen mit den regionalen

¹⁴³⁸ Nallet war von 1985 bis 1986 und von 1988 bis 1990 Landwirtschaftsminister und von 1990 bis 1992 Justizminister. Ferner war er von 1986 bis 1988 und von 1997 bis 1999 Abgeordneter der Nationalversammlung. Von 1997 bis 1999 führte er den Vorsitz der Delegation der französischen Nationalversammlung zu Europa. 2003 verließ er die Politik und wechselte in die Privatwirtschaft.

¹⁴³⁹ Interview mit Pervenche Berès: Les enjeux nationaux et européens sont mêlés. In: *L'hebdo des socialistes*, 24. septembre 1999, S. 8: „Je suis sûre que le seul moyen de progresser pour diminuer le caractère parallèle de nos travaux, c'est de multiplier les rencontres. On le fait une fois par an, c'est un peu une „grande messe“ mais il est vrai qu'il faut profiter de ces journées parlementaires pour mettre en place des choses plus concrètes, plus sectorielles, sur des sujets particuliers. (...) Bref, les députés et sénateurs doivent se sentir également concernés par notre agenda.“

¹⁴⁴⁰ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

¹⁴⁴¹ Vgl. Rüter – Pervenche Berès 11.04.2006b

¹⁴⁴² Vgl. Krell 2009, S. 372

¹⁴⁴³ Vgl. Wielgoß 2002, S. 101

¹⁴⁴⁴ Vgl. Rüter – Maurice Braud 17.03.2006; Rüter – Maurice Braud 28.09.2005; Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

¹⁴⁴⁵ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

Sekretären zwar nicht zu wirklichen Debatten geführt, jedoch sei es das Ziel gewesen, dass die Föderationen sich den europäischen Diskurs aneigneten.¹⁴⁴⁶

Sieben Jahre habe er sich in der Partei um die europäischen Fragen gekümmert, so erzählt Nallet in der Rückschau, aber es sei unmöglich gewesen, die Mitglieder des *Bureau national* und die Führungskräfte für Europa zu interessieren. Er sei geschätzt und respektiert worden, alle drei Monate habe er einen Bericht über Europa, über die SPE und die jüngsten Debatten vorgelegt, aber niemand habe sich dafür interessiert. Die großen *batteurs de foi*, die man bei der Kampagne zum Verfassungsreferendum gehört habe – wie Emmanuelli, Fabius oder Mélenchon – hätten ihm nie eine Frage gestellt.¹⁴⁴⁷ Auch sei es ihm nicht gelungen, zum Nachdenken über die Konsequenzen der Osterweiterung anzuregen. Kaum einer habe die Beitrittskandidaten gekannt, obwohl man doch mit den dortigen Führungskräften politische Gespräche hätte führen müssen. Er habe bei seiner letzten Rede im *Bureau national* deutlich gemacht, dass die Europäische Union seit einigen Jahren schlecht funktioniere. François Hollande habe ihn zur Seite genommen, da er so etwas doch nicht sagen könne.¹⁴⁴⁸

Der Vergleich mit der Organisation der europapolitischen Willensbildung der SPD zeigt allerdings, dass das Desinteresse von Parteiführung und -basis, die geringen Einflussmöglichkeiten der Europaabgeordneten sowie der Vorrang nationaler Interessen ebenfalls bei der deutschen Schwesterpartei zu beobachten sind. Auch innerhalb der SPD war der Parteivorstand nicht in der Lage, Themen zu positionieren und debattieren zu lassen. Der Parteiapparat konnte seinerseits neben dem Alltagsgeschäft nicht die Erarbeitung von komplexen europapolitischen Themen gewährleisten. Ähnlich wie bei der PS stärkten die organisatorischen Mängel den Einfluss von individuellen Akteuren – hier vor allem der Parteiführer, aber auch anderer einflussreicher Akteure.¹⁴⁴⁹

4.7.6 Transnationales: Jospins linker Realismus und Blairs Dritter Weg

Mit den Wahlsiegen von Lionel Jospin in Frankreich, von Tony Blair in Großbritannien und Gerhard Schröder in Deutschland entstand für die Sozialdemokratie in Europa eine einmalige Situation. Nie zuvor wurden die drei größten Mitgliedstaaten der Europäischen Union gleichzeitig von Sozialdemokraten geführt. Insgesamt waren die Sozialdemokraten an 13 von 15 Regierungen in der Europäischen Union beteiligt.¹⁴⁵⁰ Für Jacques Delors befanden sie sich damit an einem Scheideweg. Wenn die Sozialdemokraten innerhalb der nächsten fünf Jahre

¹⁴⁴⁶ Vgl. Rüter – Maurice Braud 17.03.2006

¹⁴⁴⁷ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

¹⁴⁴⁸ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

¹⁴⁴⁹ Auch wenn die Europapolitik als elitäre Politik beschrieben wird, so trägt die Programmkommission des Parteivorstands, die Europainteressierte und die Europaabgeordneten versammelt, zum europapolitischen Sachverstand der Partei bei. Die Basis wird in der Regel nicht eingebunden. Vgl. hierzu ausführlich Stroh 2004, S. 523ff.

¹⁴⁵⁰ Vgl. Ladrech 2000, S. 2

nicht zeigen würden, dass Europa politische Macht habe und sich diese nicht in einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zeige, dann würden die Sanktionen furchtbar sein.¹⁴⁵¹

In den Jahren nach dem französischen Referendum über den Vertrag von Maastricht hatten die Vertrauens- und Repräsentationskrise sowie der eingeschränkte Handlungsspielraum der nationalen Regierungen zu einem Rückzug in nationale Politik und franko-französische Debatten geführt. Die Situation der Krise und der alternativlosen Politik begünstigte, so die These von Robert Ladrech, Lern- und Sozialisationsprozesse bei den sozialdemokratischen Akteuren, die sich nach Europa öffneten. Hierzu trug auch politisches Kalkül bei.

„Europeanization (...) serves to bridge the gap between a rationalist pursuit of interests and the specific characteristics of the actors, in this case social democratic party politicians. I suggest that in the exchanges (...) among European social democrats – together with the more general desire to overcome the uncertainty generated by the social-democratic dilemma – many participants have come to use European-level forums in a problem-solving capacity.“¹⁴⁵²

Jospin betrieb eine aktive Politik auf europäischer Ebene, um die Ausrichtung des Integrationsprozesses zu verändern. Er war kein idealistischer Anhänger eines föderalen Europas und gab nicht vor, dass die französischen Sozialisten allein die Politik in der Europäischen Union gestalten und ihre Sichtweise durchsetzen konnten.¹⁴⁵³

„Faisons vivre nos idées en France et en Europe. Cela ne vaut pas dire: imposons nos oukases. Nous n'avons pas la volonté de faire la leçon aux autres peuples, et nous n'avons pas le pouvoir d'imposer nos diktats ou nos idées ou même nos préférences aux gouvernements européens rassemblés en Conseil. (...) En ce qui concerne le pacte de stabilité et de croissance, nul doute que nous sommes loin du compte. Pourtant, en novembre de cette année, alors que depuis vingt-cinq ans sans doute, jamais l'emploi n'avait été mis à l'ordre du jour d'un Sommet européen en tant que tel, nous sommes parvenus à ce qu'il en soit ainsi.“¹⁴⁵⁴

Innerhalb der SPE nahm die Bedeutung der Treffen der Parteiführer und Regierungschefs zu. Zwar haben diese Treffen laut Statuten keine beschlussfassenden Kompetenzen, aber sie geben wichtige Impulse und führen zu gemeinsamen Standpunkten. Insbesondere im Vorfeld der Sitzungen des Europäischen Rats haben sie sich zu einem „kleinen Parteitag“ der Vorsitzenden entwickelt. Hinzugekommen ist ebenfalls ein Treffen der Fachminister und seit 1996 treffen sich die sozialdemokratischen Minister für fast alle Räte der Europäischen Union.¹⁴⁵⁵

Auch für die deutsche SPD entwickelte sich die Zusammenarbeit in der SPE zu einer erfolgreichen Strategie, um sich von konservativer Politik abzugrenzen. Die Konzentration auf

¹⁴⁵¹ Vgl. Jacques Delors, zitiert nach Ladrech 2000, S. 54

¹⁴⁵² Ladrech 2000, S. 61

¹⁴⁵³ Vgl. Ladrech 2000, S. 64

¹⁴⁵⁴ Intervention de Lionel Jospin au Congrès de Brest. In: L'hebdo des socialistes, 28. Novembre 1997, S. 11;

¹⁴⁵⁵ Vgl. Maurer, Mittag 2006, S. 172f.

wichtige sozialdemokratische Themen, wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, erhöhte zudem die Einigkeit unter den Mitgliedsparteien.¹⁴⁵⁶

Die Arbeit in der SPE war vor allem eine Angelegenheit der Parteiführung und beeinflusste die mittlere Führungsebene der Partei kaum.¹⁴⁵⁷ Nicht nur für die *Parti socialiste* gilt, dass Parteiführung bzw. Regierung in vielerlei Hinsicht die Sichtweise der Partei auf Europa bestimmen. Der Informationsvorsprung gegenüber den Parteimitgliedern über die oft als komplex empfundene europäische Politik ist groß. Die innerparteilichen Debatten sind somit abgekoppelt von der europäischen Politik – wie beispielsweise die Debatte über das Europäische Manifest zur Europawahl 1999 innerhalb der *Parti socialiste* gezeigt hat.

Das Parteinetzwerk der SPE hat sich für sozialdemokratische Parteien in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als ein geeignetes Forum erwiesen, parteipolitische Interessen auf europäischer Ebene einzubringen.¹⁴⁵⁸ Jede Arena, in der sich eine Partei bewegt, bedarf einer geeigneten Form der Parteienaktivität, wie bereits Friedrich festgestellt hatte. Innerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Mehrebenensystems liegt die Besonderheit in der Zusammenführung von verschiedenen Strängen der Willensbildung zu einem Gesamtprozess. Es gibt kein Entscheidungsmonopol und die Anzahl und Art der beteiligten Akteure variiert. Parteinetzwerke sorgen in diesem komplexen Entscheidungsprozess für Kohärenz.¹⁴⁵⁹

Als Beispiel für eine kohärente Politik führt Ladrech die Integration eines Beschäftigungskapitels in den Amsterdamer Vertrag an. Dieses sei nicht als fertiger Entwurf einfach aus der Schublade geholt worden, sondern Ergebnis von interner Koordination und Kooperation im Vorfeld gewesen.¹⁴⁶⁰ So erstellte beispielsweise die französische Sozialistin Elisabeth Guigou das Reflexionspapier der SPE für die Regierungskonferenz zum Amsterdamer Vertrag. Auch die Kritik an der Wirtschafts- und Währungsunion, die Ende der 1990er Jahre formuliert wurde, sei lange zuvor innerhalb der SPE vorbereitet worden. Die ECOFIN-Treffen der Finanzminister der Mitgliedsparteien inklusive der Oppositionsvertreter waren ein erster Versuch einer gemeinsamen linken Wirtschaftspolitik in Europa. Für Ladrech war die SPE weniger erfolgreich in konkreten Vereinbarungen, als dadurch, dass sie die Debatte veränderte und die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union thematisierte.¹⁴⁶¹

Im Rückblick sieht Henri Nallet die Erfolge der sozialdemokratischen Regierungsmehrheit in Europa kritisch. Man habe nichts daraus gemacht. Jedes Mitglied in der SPE habe sein Land vertreten, was dem gemeinsamen Handeln Grenzen gesetzt habe. Die Parteiführer seien es

¹⁴⁵⁶ Vgl. Stroh 2004, S. 531f.

¹⁴⁵⁷ Vgl. Rüter – Alain Bergounioux 19.04.2006

¹⁴⁵⁸ Vgl. Ladrech 2000, S. 83

¹⁴⁵⁹ Vgl. Ladrech 2000, S. 90

¹⁴⁶⁰ Vgl. Ladrech 2000, S. 112

¹⁴⁶¹ Vgl. Ladrech 2000, S. 118ff.

nicht gewöhnt zusammenzuarbeiten. Es habe keine politischen, sondern taktische Debatten gegeben. Er habe nicht gesehen, dass eine europäische Sozialdemokratie als Netzwerk funktioniert habe.¹⁴⁶² Auch die Interaktionsstrukturen der deutschen und französischen Sozialdemokraten von 1997 bis 2001 zeigen eine abnehmende Zusammenarbeit.¹⁴⁶³ Mit den jeweiligen Regierungsübernahmen 1997 respektive 1998 in Frankreich und Deutschland brach der Kontakt in den gemeinsamen Arbeitsgruppen ab. Auch die anfängliche Abstimmung zwischen dem deutschen und französischen Finanzminister Oskar Lafontaine und Dominique Strauss-Kahn wurde durch ihre Rücktritte im Jahr 1999 beendet.¹⁴⁶⁴

Die europa-kritischen Flügel der SPD und der PS nahmen hingegen 1999 Kontakt auf. So kam es zu einer gemeinsamen Erklärung der Parteilinken und zur Gründung des Clubs „Soziale Republik Europas“ im Jahr 1999. Die *Gauche socialiste* der PS und der Frankfurter Kreis der SPD (seit 2001 Forum demokratische Linke 21) kritisierten in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Neoliberalen die Europäische Integration dazu genutzt hätten, um Sozialabbau durchzusetzen. Die sozialdemokratischen Parteien müssten eine politische Alternative anbieten. Beim Kongress der SPE im Mai 2001 in Berlin legte der Club „Soziale Republik Europas“ ein kritisches Positionspapier vor. Der Club bemängelte die fehlende Einbindung der Parteimitglieder auf europäischer Ebene, was den Erfolg des sozialliberalen Denkens auf europäischer Ebene ermöglicht habe.¹⁴⁶⁵ Er forderte ferner eine Revision der Statuten der SPE, um die innerparteiliche Demokratie zu fördern.

„Structurally, however, the Social Republic Club lacks sufficient funds to make a substantial impact and its members have also antagonised potential sympathisers with an approach that is considered to be too confrontational.“¹⁴⁶⁶

Die Bewertung der transnationalen Zusammenarbeit der europäischen Sozialdemokratie ist somit zwiespältig. Innerhalb der europäischen Sozialdemokratie gab es Anzeichen für eine gemeinsame Problemwahrnehmung und ähnliche Reaktionsstrategien. Dazu zählen laut Ladrech eine bescheidenere Rolle des Staates, eine Neubestimmung der Mittel zur Zielerreichung, eine Anerkennung des durch den Integrationsprozess eingeschränkten nationalen Handlungsspielraums sowie die Notwendigkeit, die parteipolitische Position zur Europäischen Integration aus ihrer Ambivalenz herauszuführen.¹⁴⁶⁷ Innerhalb der europäischen Sozialdemokratie hat die ideologische Interpretation diese Veränderungen jedoch zu neuen Differenzen geführt.

¹⁴⁶² Vgl. Rütther – Henri Nallet 05.04.2006

¹⁴⁶³ Vgl. Wielgoß 2002, S. 185ff.

¹⁴⁶⁴ Vgl. hierzu beispielsweise Lafontaine, Strauss-Kahn 14.01.1999

¹⁴⁶⁵ Vgl. *Gauche socialiste*, Frankfurter Kreis 1999, S. 12; vgl. auch Olivier 2005, S. 167; 172 Day 2005, S. 70

¹⁴⁶⁷ Vgl. Ladrech 2000, S. 64ff.

Der britische Vorschlag eines Dritten Wegs war als großes Reformprojekt gedacht, das der britische Premier Tony Blair gemeinsam mit seinem soziologischen Berater Anthony Giddens für die europäische Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts entwickelte hatte. Die anfänglich mit hoher politischer Brisanz und publizistischer Reichweite geführte Debatte¹⁴⁶⁸ nahm allerdings um die Jahrtausendwende an Intensität ab, um eine Spaltung der Sozialdemokratie zu verhindern. Der Dritte Weg verlief zwischen dem radikalen Neoliberalismus der 1980er Jahre und der etatistisch-korporatistischen Sozialdemokratie nach 1945. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder schloss sich mit seinen Ideen zur „Neuen Mitte“ dem Willen zur Modernisierung der Sozialdemokratie an und forderte in dem gemeinsam mit Blair im Juni 1999 verfassten Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“, die historische Chance zur Erneuerung nicht verstreichen zu lassen. Die Politik des Dritten Wegs und der Neuen Mitte sollten Europas neue Hoffnung sein.¹⁴⁶⁹

Der Dritte Weg bewertet die Globalisierung der Finanzmärkte, die Europäisierung der Gütermärkte und den Standortwettbewerb positiv, da sie die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Nicht zuletzt die Akzeptanz der Globalisierung als Restriktion *und* Ressource hat den Theoretikern des Dritten Wegs den Vorwurf des Neoliberalismus eingebracht.¹⁴⁷⁰ Mit dem Neoliberalismus teilen sie die Annahme, dass der Staat nicht in die Märkte intervenieren, die Haushaltskonsolidierung prioritär behandeln, die Erhöhung der wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben verhindern und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank bewahren sollte. Die Theoretiker des Dritten Wegs kritisieren hingegen den Neoliberalismus, weil dieser keine Verantwortung für die politischen und sozialen Ergebnisse des Marktgeschehens übernimmt.

Sie berufen sich wie die traditionelle Sozialdemokratie auf die soziale Gerechtigkeit. Hierbei handelt es sich allerdings um eine Verhinderung sozialer Marginalisierung durch die Herstellung von Chancengleichheit: „Giddens geht es also weniger um die Kosmetik der Phänomene als um die Beseitigung der Ursachen“.¹⁴⁷¹ Der Entwurf fordert daher eine aktive Beschäftigungs- und Bildungspolitik. Auch soll die persönliche Verantwortlichkeit eines jeden Bürgers gestärkt werden. Die Rahmenbedingungen hierfür muss der Staat schaffen.

„Man könnte dies einen renovierten sozialdemokratischen Gesellschaftsvertrag nennen. Der Vertragskontrahent und das Vertragsergebnis sind nun immer weniger der

¹⁴⁶⁸ Merkel 2000, S. 264; Das 1999 veröffentlichte Schröder-Blair-Papier wurde beispielsweise in Großbritannien nahezu ignoriert, da die 1997 und 1998 geführte Debatte zu einem Stillstand gekommen war, vgl. zum Verlauf der Debatte Cuperus et al. 2001a

¹⁴⁶⁹ Blair, Schröder 1999, S. 896; Kritiker behaupten, es habe sich um den Versuch einer „nachholenden Programmierung“ (Bernhard Wessels) gehandelt bzw. um eine „Ex-post-Begründung jenes politischen Handelns, das in erster Linie dem Instinkt der Handelnden Blair und Schröder entsprang“. Oskar Lafontaine habe die SPD nicht wegen des Dritten Wegs verlassen, sondern wegen der Prozesse in der Partei, die ein solches Papier möglich gemacht hätten. Die machtorientierten, ideologisch kaum festgelegten Fraktionen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien hätten die Oberhand gewonnen und für ihr Handeln Argumente gesucht. Vgl. Kister 10.05.2007

¹⁴⁷⁰ Vgl. hierzu und zum Folgenden Merkel 2000, S. 274ff.

¹⁴⁷¹ Merkel 2000, S. 280

benevolent-paternalistische (Wohlfahrts-)Staat, sondern ein Staat, der stärker im liberalen (Chancengleichheit) und kommunitaristischen Verständnis (Gemeinschaft vor den negativen Auswirkungen der Individualisierung schützen) wurzelt.¹⁴⁷²

Lionel Jospin reagierte auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale im November 1999 in Paris auf das Konzept des Dritten Wegs und forderte seine Zuhörer auf, eine kritische Haltung zum Kapitalismus zu bewahren. Die französischen Sozialisten beanspruchten ihrerseits ein neues sozialdemokratisches Modell, das sie während ihrer thematischen *Conventions nationales* im Jahr 1996 entwickelt hatten. Sie waren verärgert über die gemeinsame Initiative von Tony Blair und Gerhard Schröder. Jospin lehnte sowohl die angelsächsische als auch die rheinische Form des Kapitalismus ab und unterstellte den Wettbewerb den Anforderungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit. Es gelte, die Marktwirtschaft durch die korrigierende Kraft des Staates zu zivilisieren. Jospin hielt an einem Modell des aktiven Staates und einer voluntaristischen Politik fest. Diese war jedoch weiterhin von seinem *réalisme de gauche* geprägt – also von dem Bewusstsein der Grenzen des Machbaren.¹⁴⁷³

“*Réalisme de gauche*, with its active role for the state, relatively generous welfare provision, limited labour market flexibility, neo-keynesian macroeconomics and enthusiasm for EU macroeconomic co-ordination, has fared at least as well New Labour's third way, giving the lie to Blair's misleadingly monotheist view of the future of the left.”¹⁴⁷⁴

Jospins staatlich-orientierter Weg ist laut Merkel insofern bemerkenswert, weil er eine größere Bereitschaft als andere sozialdemokratische Regierungen zeigte, den Kontrollverlust auf nationaler Ebene über die europäische Politik zu kompensieren. Das Festhalten an den Strukturen des Wohlfahrtsstaates zeigt die besondere Loyalität zu sozialdemokratischen Politikzielen, offenbart aber auch den Mangel an innovativen Antworten auf die Herausforderungen von wirtschaftlicher Globalisierung und gesellschaftlicher Individualisierung.¹⁴⁷⁵

Frankreich habe zwar eine linke Politik verfolgt, aber diese blieb erfolglos – so lautet das Ergebnis der Studie der Forschergruppe um Wolfgang Merkel zur Reformfähigkeit der europäischen Sozialdemokratie.¹⁴⁷⁶ Entgegen der anfänglichen Unterschiede zwischen den vier Typen der Sozialdemokratie in Europa – dem Labour-Typ, dem pragmatischen Koalitionstyp, dem Wohlfahrtsstaatstyp sowie dem mediterranen Typ – entwickelte Merkel 2006 drei Typen der Sozialdemokratie von traditionell über modernisiert bis liberalisiert. Deutschland und Frankreich zählen für Merkel zur traditionellen Sozialdemokratie, Schweden und Dänemark zur modernisierten und Großbritannien sowie die Niederlande zur liberalisierten. Sowohl bei

¹⁴⁷² Merkel 2000, S. 279

¹⁴⁷³ Vgl. Clift 2001, S. 171f.; vgl. auch Krell 2009, S. 373

¹⁴⁷⁴ Clift 2001, S. 179

¹⁴⁷⁵ Vgl. Merkel 2001, S. 59; 49

¹⁴⁷⁶ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 375ff.; vgl. auch Egle 2006, S. 233ff.

der SPD als auch bei der PS sei ein Festhalten an bisherigen Zielen und Instrumenten zu beobachten. Es habe trotz der neuen Herausforderungen für sozialdemokratische Regierungen keine neuen Politikinstrumente oder Ziele gegeben.¹⁴⁷⁷

Im Einzelnen sieht Merkel sowohl in Deutschland als auch in Frankreich eine geringe Reformtiefe. Während die PS sich grundsätzlich an traditionellen Politikmustern orientiere, sei bei der SPD ab 2002 ein Wandel zu beobachten. Die Agenda 2010 deute bei der SPD auf einen Übergang zur liberalisierten Sozialdemokratie hin. Bis 2002 habe sie allerdings vor unpopulären Reformen zurückgeschreckt. Die französischen Sozialisten entsprachen hingegen dem klassischen Bild der Sozialdemokratie: Umverteilung und Ausbau von Sozialleistungen hatten Vorrang vor Haushaltskonsolidierung.¹⁴⁷⁸

Merkel erklärt das Festhalten von PS und SPD an der traditionellen Sozialdemokratie mit ihrer innerparteilichen ideologischen bzw. regionalen Fragmentierung. Ferner spielt auch der Parteienwettbewerb eine Rolle. Die fragile *Gauche plurielle* hat demnach eine Modernisierung oder Liberalisierung der PS verhindert. Auch führte die in Frankreich in beiden politischen Lagern verbreitete Vorstellung eines starken Staats zu der Sorge, von der neogaullistischen Partei „links überholt“ zu werden.¹⁴⁷⁹ Die folgende Tabelle zeigt, dass auch das Reformpotential der SPD geringer als das der *Labour-Party* war.¹⁴⁸⁰

	Programmatische Anpassung an Globalisierungsdiskurs	Organisation und Willensbildung	Ausmaß staatlicher Finanzierung am Haushalt der Partei	Politische und personelle Verknüpfung mit Gewerkschaften
SPD	Nein, traditionelles Programm	Fragmentiert (regional)	Mittel	Mittel
PS	Nein, Revitalisierung linker Werte in Opposition	Fragmentiert (ideologisch)	Hoch	Schwach
Labour	Ja, radikale Erneuerung in Opposition	Zentralisiert	Gering	Mittel

Quelle: Merkel et al. 2006

Die Ausgangsüberlegung der einmaligen historischen Gelegenheit durch die sozialdemokratische Mehrheit in Europa muss angesichts der hier ausgeführten Differenzierungen relativiert werden. Tobias Ostheim führt drei pragmatische Gründe an, warum eine konzertierte Aktion der sozialdemokratischen Regierungen in der Europäischen Union trotz ihrer Mehrheit schwierig war.¹⁴⁸¹ Hierzu zählt er erstens die Heterogenität der sozialdemokratischen Parteien

¹⁴⁷⁷ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 376; vgl. auch die Kritik von Anthony Giddens an der Unfähigkeit Deutschlands und Frankreichs, ihren Wohlfahrtsstaat zu reformieren; vgl. Giddens 2007; vgl. auch Lequesne 2008, S. 135

¹⁴⁷⁸ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 377ff.

¹⁴⁷⁹ Vgl. Merkel et al. 2006, S. 393ff.

¹⁴⁸⁰ Vgl. weitere Kriterien zum Vergleich wie institutionelle Variablen, Gewerkschaften und Tarifsysteme, Struktur der politischen Ökonomie und das Politikerbe bei: Merkel et al. 2006, S. 103ff.

¹⁴⁸¹ Vgl. Ostheim 2006, S. 408f.

in der Europäischen Union, die zwar durch eine institutionalisierte Zusammenarbeit in der SPE aufgefangen, aber nicht aufgehoben wurde. Insbesondere bei sozialpolitischen Regelungen liegen die Positionen der französischen Sozialisten und der britischen *Labour-Party* weit auseinander. Zweitens gibt es zu bedenken, dass die Kosten-Nutzen-Kalküle gemeinsamer europäischer Politiken in jedem (sozialdemokratisch regierten) Mitgliedstaat unterschiedlich ausfallen können. So verursachen Maßnahmen zur Begrenzung des Steuerwettbewerbs in Steueroasen andere Kosten als in Hochsteuerländern. Trotz einer Mehrheitsposition innerhalb der Europäischen Union bleibt drittens zu berücksichtigen, dass die hohe Hürde für Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit oder gar mit Einstimmigkeit die Suche nach Kompromissen erfordert. So sind parteipolitische Linien schwierig durchzusetzen. Wegen der aufgezeigten Differenzen und den institutionellen Hindernissen fällt es den Wählern schwer, die Botschaft der europäischen Sozialisten zu verstehen.

4.7.7 Fazit: Europa als Antwort auf die Globalisierung – aber welches Europa?

Die Einführung des Euro repräsentierte eine qualitative Veränderung, die wie nie zuvor den möglichen Einfluss der Europäischen Union deutlich machte.¹⁴⁸² So erleichterte der Euro beispielsweise den Bürgern den direkten Vergleich der sozialen Realitäten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und offenbarte eigene Defizite.¹⁴⁸³ Er verlangte jedoch vor allem die Bereitschaft zu weiteren Kraftanstrengungen, um eine stabile europäische Währung einzuführen und auf Dauer halten zu können. Mit der Ankündigung der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion war die französische Regierung erstmals gezwungen, die Europapolitik zu einem innenpolitischen Thema zu machen. Der unerwartete Regierungswechsel 1997 führte dazu, dass sowohl Jacques Chirac als auch Lionel Jospin über Europa den Herausforderungen der Globalisierung begegnen wollten.¹⁴⁸⁴

Jospins zentrale Botschaft war die Steuerbarkeit des Europäischen Integrationsprozesses. Wie in den 1980er Jahren versuchte er, die nationalen Interessen über Europa neu zu definieren. Im Unterschied zu den 1980er Jahren war die öffentliche Meinung Mitte der 1990er Jahre jedoch wesentlich skeptischer. Das Referendum von Maastricht hatte die politische Landschaft in Frankreich und damit auch die Ausgangsbedingungen für eine Neudefinition nationaler Interessen verändert. Von Jospin wurde erwartet, die Versprechen der 1980er Jahre einzulösen.

¹⁴⁸² Vgl. Ladrech 2000, S. 3

¹⁴⁸³ Vgl. Ladrech 2002b, S. 3; vgl. auch Cautrès, Denni 2000, S. 335: „L’euro fournit aux Européens un tel instrument commun de référence pour évaluer leur réalité socioéconomique et en débattre dans un cadre plus large que celui des États nationaux.“

¹⁴⁸⁴ „Another key element in the French response to globalization – at least that of government and the main political parties – is Europe.“ Gordon, Meunier 2001, S. 101

„L’Union européenne a cessé d’être idéalisée. Elle se fait. Elle a donc pris tous les traits d’une réalité politique conflictuelle dans la vie politique française. Les citoyens doivent être convaincus et non placés devant des faits accomplis.“¹⁴⁸⁵

Die Regierungsparteien blieben bei ihrer Definition der Europapolitik jedoch weiterhin an inner- und zwischenparteiliche Konflikte gebunden. Die *Gauche plurielle* sowie die innerparteiliche Kritik zwang Jospin zu einem ambivalenten Diskurs. Er tendierte dazu – ebenso wie Chirac – nicht nur die Europäische Integration, sondern auch die Globalisierung in der politischen Debatte auszuklammern.

Außerhalb des Kartells der Regierungsparteien formierte sich 1998 die europa- bzw. globalisierungskritische Bewegung. Sie pflegte einen offenen europa-kritischen Diskurs und war frei von Regierungszwängen. Diese gelten für Parteien und neue politische Akteure außerhalb des Kartells nur in dem Maße, wie sie sich die Option offen halten wollen, selbst einmal in das Kartell einzutreten. Die Distanz zu den Regierungsparteien wurde jedoch immer größer, paradoxerweise gerade weil viele ihrer Vorgänger in den Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre sich inzwischen in Führungspositionen befanden – wie zum Beispiel der ehemalige Trotzkiist Lionel Jospin.¹⁴⁸⁶ Regierungspartei, extreme Linken und die sozialen Bewegungen näherten sich einander nicht an.

Niveau des Zwanges / Partientyp	Regierungspartei (Kartellpartei)	Parteien, die aus der Regierung ausgeschlossen sind (Anti-Kartellparteien)
A. Äußerer Zwang Kooperation auf europäischer Ebene, eingeschränkter nationaler Handlungsspielraum	In der Regierung überwiegt der äußere Zwang: Kein Euroskeptizismus, selten sanfte euroskeptische Diskurse bei national schlechter Konjunktur	Äußere Zwänge ohne Bedeutung, außer wenn die Chancen auf Regierungsbeteiligung steigen: Suche nach internationaler Legitimation und Mäßigung des euroskeptischen Diskurses
B. Innerer Zwang Wählerstimmen maximieren	In der Opposition überwiegt der innere Zwang: Sanfter Euroskeptizismus ist möglich, wenn es hilfreich erscheint, um Wählerstimmen zu gewinnen Möglichkeit für eine Strömung innerhalb der Partei, einen harten, und radikal euroskeptischen Diskurs zu führen Verpflichtung auf einen minimale Kohärenz mit äußeren Zwängen im Hinblick auf eine mögliche Rückkehr an die Regierung	Harter und sanfter Euroskeptizismus möglich, um sich von den Regierungsparteien abzugrenzen Häufig als populistisch wahrgenommen, da sie sich auf innere Zwänge konzentrieren

Quelle: leicht verändert nach Bouillaud 2005, S. 224, in Anlehnung an Taggart, Szczerbiak April 2002

¹⁴⁸⁵ Bergounioux 2008, S. 164

¹⁴⁸⁶ Vgl. Knapp 2004, S. 120

Der euroskeptische Diskurs entwickelte sich in der *Parti socialiste* nicht nur in der Oppositions-, sondern vor allem in der Regierungszeit. Dies ist umso bemerkenswerter, da es den französischen Sozialisten nach der verheerenden Niederlage von 1993 nur vier Jahre später gelungen war, das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen, was aus Sicht der Partei als ein Erfolg gewertet werden konnte. Der *Gauche socialiste* ging die Europapolitik Jospins jedoch nicht weit genug, da dieser in ihren Augen die neoliberale Grundausrichtung des Integrationsprozesses nicht in Frage stellte. Die wachsende Entfernung von den unteren Schichten nährte die Kritik. Sie betonte daher trotz erfolgreicher Regierungspolitik die Notwendigkeit zur Maximierung bzw. Sicherung von Wählerstimmen. In der Analyse von Jérôme Jaffré handelt es sich jedoch um eine strukturelle Entfremdung der Sozialisten von den unteren Schichten:

„La distinction entre la France qui accepte l'ouverture et celle qui prône le repli, apparue il y a une dizaine d'années, reste fondamentale et la contestation d'une société, qui, quelle que soit la volonté des politiques, creuse sans cesse ses inégalités demeure vive.“¹⁴⁸⁷

Der Euroskeptizismus erfasste in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine weitere Gruppe: die pro-europäischen Eliten. Die Osterweiterung hat in Frankreich eine neue Kategorie von Euroskeptikern hervorgebracht, die sich zwar grundsätzlich loyal zum Integrationsprozess verhält und sich den äußeren Zwängen beugt, allerdings zunehmend Bedenken äußert. Zu den zurückhaltenden Kritikern zählen etwa Valéry Giscard d'Estaing oder Jacques Delors, der im Januar 2000 in *Le Monde* erklärte, dass das politische Projekt der Gründerväter Europas von einer Verwässerung durch die Öffnung nach Osten bedroht sei.¹⁴⁸⁸ Für Christian Lequesne ist der Erfolg des deutsch-französischen Motors in der Europäischen Union in Zeiten des Ost-West-Konflikts das größte Hindernis für Deutschland und Frankreich, den Wandel in Europa zu akzeptieren. Beide seien bis heute gewöhnt, den Europäischen Integrationsprozess von Westeuropa aus zu denken.¹⁴⁸⁹

Die politische Rechte suchte eine Antwort auf die Krise der französischen Politik und den fehlenden europapolitischen Ehrgeiz, indem sich Liberalkonservative und Neo-Gaullisten unter dem Dach der *Union pour un mouvement populaire* (UMP) zusammenschlossen. Die Erweiterung der Europäischen Union war von großer Bedeutung für eine Annäherung der europapolitischen Positionen im rechten Lager. UDF und RPR rückten von den Vorstellungen der Vereinigten Staaten von Europa ab, die für die einen ein Ziel und für die anderen eine Schreckensvision waren.¹⁴⁹⁰ Die Europäisierung der UMP wurde beim Gründungsparteitag im November 2002 deutlich betont und durch die Anwesenheit europäischer Konservativer sowie

¹⁴⁸⁷ Jaffré 25.11.2000

¹⁴⁸⁸ Vgl. Grunberg, Lequesne 2004, S. 60ff.; kritisch zu dem Interview von Delors vom Januar 2000: Lequesne 2008, S. 140

¹⁴⁸⁹ Vgl. Lequesne 2008, S. 133

¹⁴⁹⁰ Vgl. Rüter – Alain Lamassoure 21.09.2006

verschiedener Symbole nach außen getragen.¹⁴⁹¹ Die Liberalkonservativen unter Valéry Giscard d'Estaing haben die Integration der französischen Nation in Europa in Gang gesetzt und damit den politischen Wettbewerb in Frankreich verändert.¹⁴⁹² Die Europäisierung des Gaullismus erleichterte eine Neuausrichtung der politischen Rechten. 80 Prozent der UMP-Wähler stimmten im Referendum dem Europäischen Verfassungsvertrag zu. Zentrale Herausforderung für die politischen Rechten bleibt bis heute das Verhältnis zur extremen Rechten und der verbliebenen UDF unter François Bayrou. Für die politische Linke hingegen erweist sich ihre Europäisierung als wesentlich schwieriger. Zwei Drittel der linken Wähler lehnten 2005 den Verfassungsvertrag ab.¹⁴⁹³

4.8 Europäisierung und die Spaltung der sozialistischen Partei von 2002 bis 2005

4.8.1 Parteipolitik: Das Trauma vom 21. April 2002

Die Niederlage am 21. April 2002 war für die Sozialisten traumatisch. Die Koalitionsstrategie der *Gauche plurielle* war gescheitert und die Niederlage stellte die Identität der Partei in Frage.¹⁴⁹⁴ Es fehlte eine Integrationsfigur mit der Autorität eines François Mitterrand, um die ideologischen Differenzen zu überwinden. Der Kongress von Dijon im Jahr 2003 zeigte die innere Zerrissenheit der Partei zwischen einer sozialdemokratischen und reformorientierten Linie sowie einer anti-kapitalistischen Ausrichtung. Die Führung um François Hollande repräsentierte eine reformorientierte Linie, die anti-kapitalistische Ausrichtung vertraten zwei neu formierte Minderheitenströmungen um Henri Emmanuelli und Jean-Luc Mélenchon (*Nouveau Monde*) sowie um Arnaud Montebourg und Vincent Peillon (*Nouveau Parti socialiste*). Ihre Anträge erreichten beim Kongress von Dijon 16,3 Prozent bzw. 16,9 Prozent der Stimmen. Sie wollten die Partei für Globalisierungskritiker öffnen und im Rahmen einer VI. Republik die Institutionen demokratisieren. Damit umfasste die Partei utopische Globalisierungskritiker, Verteidiger der sozialen Errungenschaften und realistische Sozialdemokraten.¹⁴⁹⁵

Die wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung von Jean-Pierre Raffarin und Präsident Jacques Chirac seit Beginn des Jahres 2003 erleichterte die Erfolge der PS bei den Regional- und Europawahlen im Jahr 2004. Nach den Regionalwahlen stellte sie in 21 von 22 Regionen den Präsidenten. Bei den Europawahlen erreichte die UMP nur 16,6 Prozent der Stimmen, während die Sozialisten mit 28,9 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielten. Das von Chirac ange-

¹⁴⁹¹ Vgl. Haegel 2004, S. 187f.; vgl. auch Haegel 2002; Berstein 2006

¹⁴⁹² Vgl. Richard 2006, S. 166

¹⁴⁹³ Vgl. Richard 2006, S. 166f.

¹⁴⁹⁴ Vgl. Knapp 2004, S. 73

¹⁴⁹⁵ Vgl. Bréchon 2004, S. 175

kündigte Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag muss vor dem Hintergrund der Ablehnung der Regierung und einer pessimistischen Stimmung in Frankreich angesichts der Verschlechterung der Wirtschaftslage gesehen werden. Am 29. Mai 2005 lehnten 54,68 Prozent der Wähler den Verfassungsvertrag ab. Die Wahlbeteiligung war mit 69,3 Prozent hoch.

Parteistrategische Motive spielten bei der Wahlentscheidung eine Rolle. Die Präsidentschaftswahlen 2002 hatten sozialistische und kommunistische Wähler im zweiten Wahlgang dazu gezwungen, im Namen der Republik für Chirac zu stimmen. Mit der Zustimmung zum Referendum sollte Chirac keinen weiteren politischen Sieg erringen. Selbst der parteiinterne Rivale Nicolas Sarkozy hatte kein Interesse an einer nationalen und internationalen Stärkung Chiracs.¹⁴⁹⁶

Für die *Parti socialiste* führte das Referendum jedoch zu einer Spaltung bezüglich der Europafrage. Obwohl in dem von Hollande beim Parteitag von Dijon angekündigten parteiinternen Referendum eine Mehrheit von 58,8 Prozent dem Verfassungsvertrag im Dezember 2004 zugestimmt hatte, organisierten die zwei Minderheitenflügel um *Nouveau Monde* und *Nouveau Parti socialiste* die Kampagne zur Ablehnung des Verfassungsvertrags. Dabei schlossen sie sich den Trotzlisten der LCR, den Kommunisten, einigen Mitgliedern der grünen Partei sowie der globalisierungskritischen Bewegung an. Sie versuchten, die Mehrheitsverhältnisse innerhalb der PS zu verändern und sich zu einer breit aufgestellten, im linken Lager verankerten Partei zu wandeln. Laurent Fabius aus der parteiinternen Mehrheitsströmung um Hollande profilierte sich als Führungsfigur des Nein-Lagers und brachte sich so als Präsidentschaftskandidat für 2007 ins Gespräch. Ihm schlug eine starke Ablehnung der Führungskräfte der PS entgegen – wie vor allem von Martine Aubry, Jack Lang und Dominique Strauss-Kahn.¹⁴⁹⁷

Olivier Duhamel spricht bei Fabius von einem politisch-strategischen Nein. Es kann strategisch sinnvoll sein, die Partei über linke Rhetorik zu einen, um dann in der Regierung in die politische Mitte zu rücken. Auch François Mitterrand konnte seine innerparteiliche Machtposition über den rhetorisch geforderten Bruch mit dem Kapitalismus ausbauen. Diese Strategie folgt dem Ziel der innerparteilichen Machteroberung, hat nach Duhamel aber auch ihre Grenzen. Jeder wisse, dass Europa Fabius nur als Vorwand diene.¹⁴⁹⁸

4.8.2 Europapolitik: Europäische Verfassung und Osterweiterung

Unter Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing konstituierte sich der Konvent aus Vertretern der Staats- und Regierungschefs, der nationalen

¹⁴⁹⁶ Vgl. Ivaldi 2006, S. 49f.

¹⁴⁹⁷ Vgl. Ivaldi 2006, S. 51f.

¹⁴⁹⁸ Vgl. Duhamel 2005, S. 166f.

Parlamente und des Europäischen Parlaments sowie der Europäischen Kommission und weiteren Beobachtern.¹⁴⁹⁹ Der Konvent legte am 18. Juli 2003 den im Konsens verabschiedeten Verfassungsentwurf vor. Dieser umfasste neben einer Präambel und verschiedenen Protokollen im ersten Teil Grundbestimmungen, im zweiten Teil die in Nizza verkündete Grundrechtecharta, im dritten Teil den vormaligen EG-Vertrag und im vierten Teil die Schlussbestimmungen mit beispielsweise den Symbolen der Union.¹⁵⁰⁰

Wolfgang Wessels wertet den Verfassungsentwurf als eine weitere Stufe zur Entwicklung eines europäischen Staates. Dabei argumentiert er mit den neuen Kompetenzen der Europäischen Union in weiteren Politikfeldern. Hierzu zählt er die Charta der Grundrechte, die ins Primärrecht überführt werden sollte, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, womit die Europäische Union in die nationale Domäne der Innenpolitik eingreifen kann sowie die Bestimmungen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP statt zuvor ESVP):

„Insgesamt dehnt der Verfassungsvertrag die Politikfelder und Funktionen der Union erneut in Richtung eines quasi-staatlichen Aufgaben- und Funktionenkatalogs aus.“¹⁵⁰¹

Auch waren in dem Verfassungsvertrag Staatssymbole vorgesehen. Hierzu gehörten Flagge, Hymne, Währung, Europatag und Leitspruch. Diese konstitutionelle Aufwertung erinnere an Instrumente von Nationalstaaten, so Wessels, deren politisches Gemeinwesen durch eine sichtbare Identität bei den Bürgern verankert werde, um Loyalität und Legitimität zu sichern.¹⁵⁰²

Nach der Vorlage des Verfassungsentwurfs verhandelten die Staats- und Regierungschefs auf der Regierungskonferenz unter italienischer Präsidentschaft. Der Gipfel im Dezember 2003 scheiterte an den Fragen des Quorums für die qualifizierte Mehrheit und die Zusammensetzung der Europäischen Kommission. Der irischen Ratspräsidentschaft gelang es am 18. Juni 2004 eine Einigung der Staats- und Regierungschefs über einen Verfassungsvertrag zu erzielen, der 80 bis 90 Prozent des Konventsentwurfs übernahm.¹⁵⁰³ Eine Einigung über eine vereinfachte Möglichkeit der Vertragsänderung in den einzelnen Politikbereichen durch ein Verfahren zwischen Rat und Parlament scheiterte jedoch.¹⁵⁰⁴ Die Kritiker des Vertrags bemängelten, dass dessen Bestimmungen somit in Stein gemeißelt seien.

Die Sozialisten hatten ursprünglich gefordert, dass der Europäische Verfassungsvertrag als angenommen gelten solle, wenn er die Mehrheit in zwei Dritteln der Mitgliedstaaten, die zwei

¹⁴⁹⁹ Vgl. die Website des Europäischen Konvents: <http://european-convention.eu.int> (zuletzt geprüft: 22.02.2009)

¹⁵⁰⁰ Vgl. vor allem zu den institutionellen Neuerungen durch den Verfassungsvertrag Wessels 2003

¹⁵⁰¹ Wessels 2003, S. 286

¹⁵⁰² Vgl. Wessels 2003, S. 298

¹⁵⁰³ Vgl. Jopp, Matl 2006, S. 217

¹⁵⁰⁴ Vgl. Jopp, Matl 2006, S. 223

Drittel der Bevölkerungen der Europäischen Union repräsentieren, erzielt hätte. Ein Mitgliedsstaat, in dem die Zustimmung nicht erzielt worden sei, könne entscheiden, sie schließlich doch zu erteilen oder die Union zu verlassen. Er könne dann einen Status als assoziierter Staat erhalten. Über den Verfassungsvertrag solle in allen Staaten am selben Tag abgestimmt werden.¹⁵⁰⁵

Parallel zu der mit dem Europäischen Verfassungsvertrag angestrebten Vertiefung des Integrationsprozesses wurden die Beitrittsverhandlungen mit zehn Kandidaten (acht mittel- und osteuropäische Staaten sowie Zypern und Malta) zu Ende geführt. Die der Osterweiterung skeptisch gegenüber stehende französische Politik wurde mit dem Amtsantritt von Jacques Chirac 1995 pragmatischer und setzte sich für gleichzeitige Beitrittsverhandlungen mit allen Kandidaten ein. So wurden die ursprünglichen auf sechs Kandidaten reduzierten Verhandlungen 1998 schon im März 2000 auf zwölf Kandidaten erweitert (inklusive Rumänien und Bulgarien). Im Gegensatz zu den Deutschen zählte die französische Regierung bei den Verhandlungen allerdings nicht zu den harten Verhandlungspartnern. Der Beitritt von zehn Kandidaten wurde im Dezember 2002 in Kopenhagen beschlossen und am 1. Mai 2004 vollzogen.¹⁵⁰⁶

Der Prozess der Osterweiterung ist von der öffentlichen Meinung und den politischen Eliten zunehmend kritisch beurteilt worden. Aus Sorge um die nationalen sozialen Errungenschaften, aus Angst vor der Abwanderung von Unternehmen ins Ausland und im Zusammenhang mit der Einwanderungsdebatte empfanden sie die Osterweiterung wie eine „Miniglobalisierung“.¹⁵⁰⁷ Jacques Rupnik führt die zunehmend kritische Haltung unter anderem darauf zurück, dass man bei der langen Zeitspanne von 15 Jahren den Zusammenhang zwischen der Erweiterung der Europäischen Union und dem historischen Umbruch aus dem Jahr 1989 aus den Augen verloren habe.¹⁵⁰⁸ Man habe nicht einen gespaltenen Kontinent wiedervereinigt, sondern die Europäische Union nach Osten erweitert, indem man in erster Linie Institutionenmodelle und Normen exportieren wollte. Anstelle eines möglichen Beitrags der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union sei die pure und einfache Anpassung an die politischen und wirtschaftlichen Standards gefordert worden, so Bronislaw Geremek.¹⁵⁰⁹ So habe es sich zwar um einen ambitionierten und gelungenen Prozess der Moderni-

¹⁵⁰⁵ Vgl. Duhamel 2003b, S. 66; Pervenche Berès hatte schon anlässlich des Amsterdamer Vertrags kritisiert: „La règle d’unanimité pour la révision des traités n’est plus non plus, pertinente.“ vgl. Journées parlementaires de Montpellier, Intervention de Pervenche Berès. In: L’hebdo des socialistes, 26. September 1997, S. 6.

¹⁵⁰⁶ Vgl. Grunberg, Lequesne 2004, S. 57; vgl. zu der Heranführung und Schwierigkeiten im Rahmen der Beitrittsverhandlungen: Schubert 2002

¹⁵⁰⁷ Vgl. Lequesne 2008, S. 134

¹⁵⁰⁸ Vgl. Rupnik 2004, S. 14ff.

¹⁵⁰⁹ Vgl. Bronislaw Geremek zitiert nach Rupnik 2004, S. 18

sierung gehandelt, aber auch um eine einseitig technokratische Lektüre des Integrationsprozesses, meint auch Rupnik.¹⁵¹⁰

„Sans redéfinition du projet européen ni explication politique, une fois de plus l’Europe donne l’impression d’‘avancer masquée’ avec pour résultat prévisible une baisse de soutien au processus tant dans les pays membres que chez les candidats.“¹⁵¹¹

Auch laut Christian Lequesne haben es die politischen Eliten versäumt, dem euroskeptischen Diskurs, der die Bedrohung für den Wohlfahrtsstaat mit der Osterweiterung in Zusammenhang gebracht hat, einen pro-europäischen Diskurs entgegenzusetzen. Denn sowohl deutsche als auch französische Unternehmen hätten seit 15 Jahren von der Öffnung der Märkte im Osten profitiert.¹⁵¹²

Erweiterung: Contra oder Pro? (in %)

Erweiterung	Contra	Pro		Contra	Pro
Griechenland	23	65	Luxemburg	48	45
Dänemark	27	63	Belgien	45	43
Spanien	15	62	Österreich	42	41
Italien	22	61	Großbritannien	40	38
Irland	20	59	Deutschland	42	38
Schweden	32	54	Frankreich	55	34
Finnland	36	53			
Portugal	29	52			
Niederlande	38	50			
EU	36	47			

Quelle: Eurobarometer 60 (Herbst 2003), in: Rupnik 2004, S. 28

Die Auswertung der Eurobarometer Umfrage in den 15 europäischen Mitgliedstaaten zeigt, dass die öffentliche Meinung in Luxemburg, Belgien, Österreich, Großbritannien, Deutschland und Frankreich die Erweiterung mehrheitlich negativ sah. Frankreich führt mit einer Ablehnung von 55 Prozent der Bevölkerung die Reihe der kritischen Länder an, doch auch in Deutschland, einem Vorreiter der Osterweiterung, waren die Bedenken sehr groß. Das Verhältnis zur Osterweiterung hat sich in Frankreich am Ende des Ost-West-Konflikts gefestigt und wurde zu diesem Zeitpunkt durch das französische Deutschlandbild beeinflusst. Hierzu zählten anfangs die Sorgen vor einem möglichen deutschen Streben nach Mitteleuropa. Auch Helmut Kohls moralische und strategische Begründung der Osterweiterung wurde in Frankreich abgelehnt. Diese wurde als deutscher Übereifer empfunden, mit dem sich Deutschland als der bessere Anwalt der Ostweiterung profilieren wollte. Die zögerliche Haltung der politischen Elite und die öffentliche Meinung bestärkten sich in der Folge gegenseitig. Die Konkurrenzsituation mit Deutschland hat allerdings auch dazu geführt, dass man auf politischer Ebe-

¹⁵¹⁰ Vgl. Rupnik 2004, S. 18

¹⁵¹¹ Rupnik 2004, S. 16f.

¹⁵¹² Vgl. Lequesne 2008, S. 135

ne nicht von dem Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins abgehängt werden wollte und wieder eine aktivere Europapolitik betrieb.¹⁵¹³ Seine Vorreiterrolle hat Deutschland jedoch verloren. Die politische Elite und die öffentliche Meinung sind in beiden Ländern pessimistischer geworden, da sie die Osterweiterung der Europäischen Union mit dem Verzicht auf die politische Union verbinden.¹⁵¹⁴

Die französischen Politiker reagierten auf die Ängste der Bevölkerung vor der Osterweiterung mit protektionistischen Reflexen.¹⁵¹⁵ Während in der Europäischen Union der 15 Mitgliedstaaten im Durchschnitt 43 Prozent der Befragten angaben, dass die Aufnahme neuer Mitglieder in der Europäischen Union zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im eigenen Land führen werde, waren es in Frankreich 54 Prozent. Für die Befürwortung oder Ablehnung der Osterweiterung spielte – nicht nur in Frankreich – das Bildungsniveau eine große Rolle: Je niedriger das Bildungsniveau, umso kritischer war die Haltung gegenüber der Osterweiterung.¹⁵¹⁶

Im Jahr 2002 konnten 51 Prozent der Europäer nicht ein Beitrittsland nennen. Im Gegensatz zur Debatte in den 1980er Jahren um die Süderweiterung der Union um Spanien und Portugal waren die mittel- und osteuropäischen Länder aus französischer Sicht weit entfernt und weniger bekannt.¹⁵¹⁷

Bei dem Referendum über den Verfassungsvertrag, das Staatspräsident Jacques Chirac zwei Monate nach Vollzug der Osterweiterung im Juli 2004 ankündigte, spielte diese eine große Rolle. Der „polnische Klempner“ wurde zum Symbol der Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes. Vor dem Hintergrund eines möglichen Beitritts der Türkei änderte Chirac im Februar 2005 die französische Verfassung. Über jede neue Erweiterung soll in Frankreich künftig per Referendum entschieden werden.¹⁵¹⁸

4.8.3 Programmatik: Spaltung der Partei über Europa

Nach der verheerenden Niederlage von Lionel Jospin bei den Präsidentschaftswahlen im April 2002 suchte die Partei erneut ihre Identität. Die beiden Minderheitenflügel vom Parteitag in

¹⁵¹³ Vgl. Grunberg, Lequesne 2004, S. 56f.

¹⁵¹⁴ Vgl. Lequesne 2008, S. 137

¹⁵¹⁵ Hier sei nur auf einige Beispiele verwiesen: So erklärte Jacques Chirac im Februar 2003, dass die Beitrittskandidaten im Rahmen der Irak-Krise eine gute Gelegenheit verpasst hätten, um zu schweigen. Sie hatten sich auf die Seite der USA – und gegen Frankreich – gestellt. Vgl. *Le Monde* vom 18. Februar 2003. Die protektionistischen Tendenzen werden in einem Fernsehinterview mit Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 5. Februar 2009 deutlich. Die Staatshilfe für die angeschlagenen Autokonzerne Renault und Peugeot verknüpfte er mit der Bedingung, dass diese keine Arbeitsplätze in Frankreich abbauen und ihre Werke beispielsweise nach Tschechien verlagern würden. Im Interview antwortete er auf die Aussage, dass man sich im Zeitalter der Globalisierung befinde: „Ich bin nicht einverstanden. Dass man ein Renault-Werk in Indien schafft, um den Indern Renaults zu verkaufen, ist gerechtfertigt. Aber dass man ein Werk in Tschechien baut, um Autos in Frankreich zu verkaufen, ist es nicht.“ Vgl. Nicolas Richter u.a.: *Mein Geld, mein Land, mein Auto*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28. Februar 2009, S. 3. Last but not least hat Nicolas Sarkozy nach seinem Amtsantritt für eine Mittelmeerunion bzw. eine Union für das Mittelmeer eingesetzt, die ursprünglich ausschließlich für Mittelmeerränder konzipiert war und erst nach Widerstand der deutschen Kanzlerin Angela Merkel die Einbindung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorsah.

¹⁵¹⁶ Vgl. Grunberg, Lequesne 2004, S. 52f.

¹⁵¹⁷ Rupnik 2004, S. 17ff.; vgl. auch: Grunberg, Lequesne 2004, S. 58; Im Jahr 2007 wissen jedoch 74 Prozent der Franzosen, dass die Europäische Union mehr als 15 Mitgliedstaaten hat im Vergleich zu 57 Prozent im EU-Durchschnitt. Vgl. Sauger 2008, S. 61

¹⁵¹⁸ Dies gilt nicht für den Beitritt Kroatiens, vgl. Lequesne 2008, S. 131

Grenoble schlossen sich Ende September 2002 unter der Führung von Henri Emmanuelli und Jean-Luc Mélenchon zu *Nouveau Monde* zusammen und erklärten den Bruch mit der liberalen Globalisierung zu ihrem Ziel. Nur ein Teil der *Gauche socialiste* war Mélenchon gefolgt, so dass Julien Dray – und auch Marie-Noëlle Lienemann oder Harlem Désir – zunächst die *Gauche socialiste* aufrecht hielten.¹⁵¹⁹ Mitte Oktober 2002 riefen jedoch Julien Dray, Arnaud Montebourg von der *Convention VI. République* (C6R), Vincent Peillon und Benoît Hamon, der ehemalige Präsident der Jugendorganisation der Sozialisten zu einer *Nouveau Parti socialiste* auf. Während *Nouveau Monde* in radikale Opposition zu Hollande ging und vermutet wurde, dass sie diesen stürzen wollte, forderte die NPS zwar auch ein klares Bekenntnis zu einer Neuorganisation der PS und eine Abkehr vom Präsidentialismus der V. Republik, jedoch auf einer weniger radikalen Linie als *Nouveau Monde*. Die NPS forderte, dass der Parteitag von Dijon zu einem *congrès constituant* werden sollte.¹⁵²⁰

Nach der Niederlage Jospins stiegen die Mitgliedszahlen der PS um mehr als 19.000 Personen unerwartet an, was sich zunächst zugunsten der Minderheitenflügel auswirkte. Die neuen Mitglieder verfolgten eine radikalere Linie als die aktuelle Mehrheitsströmung und verurteilten wie die Minderheitenströmungen die Apathie der PS. Zwar verließ ein Teil der neuen Mitglieder nur wenige Monate später die PS wieder, jedoch kündigte François Hollande im *Conseil national* vom 29. Juni 2002 eine große Debatte der Parteimitglieder (*débat militant*) an.¹⁵²¹

Die sogenannte *débat militant* wurde am 15. Dezember 2002 in Montreuil abgeschlossen. Es wurden fünf Diskussionsforen eingerichtet: 1. Die Reform der Partei und die Sammlung der Linken, 2. Die sozialistische Identität, 3. Globalisierung und Europa, 4. Öffentlicher Dienst, Institutionen und Demokratie sowie 5. Der Kampf gegen Ungleichheiten.¹⁵²² Innerhalb des dritten Forums wurde unter anderem der liberalen Globalisierung der Kampf angesagt, aber auch alte Forderungen wie die Unterstützung der Dritten Welt aufgegriffen, die in den vergangenen zehn Jahren zu stark vernachlässigt worden sei. Im Kampf gegen die liberale Ausrichtung der Globalisierung sollten die Sozialisten die globalisierungskritische Bewegung zu ihrem Verbündeten machen und sie nicht der extremen Linken überlassen. Die Osterweiterung, so wurde befürchtet, könnte die liberale Ausrichtung der Europäischen Union verstärken. Dabei sollte die Union ursprünglich nicht nur Modell, sondern auch Hebel im Kampf gegen die liberale Globalisierung sein. So wurde ein Referendum über die Osterweiterung

¹⁵¹⁹ Vgl. Noblecourt 30.09.2002; vgl. auch Noblecourt 17.09.2002

¹⁵²⁰ Vgl. Dray et al. 09.10.2002

¹⁵²¹ Vgl. Desmeuliers 2005, S. 288ff.; Zwischen dem Parteitag von Dijon 2003 und dem Referendum 2005 verließen 10.000 Anhänger wieder die PS. Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 164

¹⁵²² Vgl. Grand rencontre de conclusion des travaux fédéraux: Le débat militant. In: L'hebdo des socialistes, Nr. 256, 14. Dezember 2002.

gefordert. Die Frage der Erweiterung der Europäischen Union um die Türkei wurde sehr kontrovers diskutiert. Abschließend wurde festgehalten, dass der Kampf um die Steuerung der Globalisierung die neue Konfliktlinie der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert bilde: „Cette lutte constitue le noyau dur du nouvel internationalisme que le Parti socialiste doit incarner.“¹⁵²³ Während der Debatte wurde auch Kritik an der fehlenden europäischen Dimension des Wahlkampfs, der unangemessenen Behandlung europapolitischer Themen innerhalb der Partei und der fehlenden Verbindung zwischen PS und SPE geäußert.¹⁵²⁴

Die Debatten des Jahres 2002 flossen in die fünf verschiedenen Anträge für den Parteitag von Dijon im Mai 2003 ein. Neben dem Leitantrag von François Hollande legten Arnaud Montebourg für die *NPS*, Henri Emmanuelli für *Nouveau Monde*, der erste Vorsitzende der Föderation im Norden Marc Dolez für die *Forces militantes*, sowie die Bewegung *Utopia*, eine kleine, intellektuelle Strömung innerhalb der PS,¹⁵²⁵ Anträge vor. Im Rahmen dieses Kongress wurden die Ursachen der Niederlage vom 21. April 2002 analysiert und übergreifende Ziele formuliert: Die politische Rechte besiegen, die Effekte der Globalisierung abmildern, die PS stärken und sie zu einer Stütze im linken Lager machen. Divergenzen zeichneten sich allerdings über Europa, die Reform der Institutionen und die Form der Neuorganisation der Partei ab.¹⁵²⁶

Europa war eines der auffälligsten Themen in den Anträgen, da der Krieg im Irak die Debatte über die außenpolitische Rolle der Europäischen Union förderte. Die *Parti socialiste* hatte sich gegen den Irakkrieg ausgesprochen.¹⁵²⁷ Alle Texte entwickelten eine föderale Perspektive für Europa und ließen damit den Zusatz der *Etats-Nations* von der *Convention* 1996 fallen. Der Debattenbeitrag von Berès, Moscovici, Nallet, Rocard und sprach sich für eine europäische Föderation aus. Zum ersten Mal in fünfzig Jahren könne man das föderale Projekt beim Namen nennen. „L’Europe sera fédérale ou elle ne sera pas“, hieß es im Debattenbeitrag von Bernard Kouchner, Régis Passerieux und anderen in Abwandlung des Ausspruchs von Mitterrand.¹⁵²⁸ Der Leitantrag von François Hollande machte deutlich, dass eine föderale Logik ohne Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen nicht konsequent sei. Zwar könne das bedeuten, dass die Sozialisten auf europäischer Ebene in eine Minderheit gerieten, aber es sei die einzige Möglichkeit Europa voranzubringen.¹⁵²⁹ Hubert Védrine wandte sich in der Debatte gegen die Vorstellung eines föderalen Europas von mindestens 25 Mitgliedstaaten, das ana-

¹⁵²³ Débat militant, Forum 3: Mondialisation et Europe. In: L’hebdo des socialistes, 21. Dezember 2002, S. 7f.

¹⁵²⁴ Vgl. Olivier 2005, S. 171

¹⁵²⁵ Die Strömung beruft sich auf die Philosophin Dominique Méda, vgl. Méda 1998

¹⁵²⁶ Vgl. Mandraud 29.04.2003

¹⁵²⁷ Vgl. Mandraud 16.05.2003; vgl. Résolution du Conseil National du Parti socialiste sur l’Irak. In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 5.

¹⁵²⁸ Vgl. Contributions thématiques: Démocratie, partage et solidarité (Bernard Kouchner, Régis Passerieux u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 56.

¹⁵²⁹ Vgl. Motion A: Pour un grand Parti socialiste. Clarifier, renouveler, rassembler. In: L’hebdo des socialistes, 22. März 2003, S. 6.

log funktioniere wie ein Europa der sechs, neun oder zwölf Mitgliedstaaten. Frankreich und die französische Linken seien ambitionierter und in vielen Fragen in der Minderheit wie beispielsweise bei den Fragen zum Öffentlichen Dienst oder der Sozialpolitik. Henri Emmanuelli schloss sich zwar den Argumenten Védrières an. Er verglich jedoch den Widerspruch zwischen einem föderalen Europa und einem liberalen Kontext mit der Debatte der Sozialisten im 19. und 20. Jahrhundert über die Teilnahme an den Institutionen der repräsentativen Demokratie.¹⁵³⁰

Der Parteitag diene auch der Selbstvergewisserung der sozialistischen Werte. Der Internationalismus stehe auf der Tagesordnung und er trage einen schönen Namen: Europa, so hieß es in dem Beitrag von Berès, Moscovici, Nallet, Rocard und anderen. Europa sei der Weg, um das Leben zu verändern, wie sie es bereits mit ihrem sozialistischen Projekt *Changer la vie* Anfang der 1980er Jahre versucht hätten. Was also auf nationaler Ebene gescheitert war, sollte nun erneut über Europa realisiert werden. Dafür war man auch bereit, Europa die notwendigen Kompetenzen zu übertragen, zum Beispiel die Europäische Kommission zu einer wirklichen Regierung zu machen, die vom Parlament gewählt wird. Die SPE sollte zu einer wahrhaften Partei werden und pan-europäische Parteien mit transnationalen Listen sollten die Europawahlen bestreiten.¹⁵³¹

Für François Hollande handelt es sich um ein neues Bewusstsein für den Internationalismus. Zu lange habe man die öffentliche Debatte auf den nationalen Rahmen beschränkt und damit einer Fixierung auf die Identität (*crispation identitaire*) Vorschub geleistet, die zu Frustration und Angst führe. Sozialist zu sein heiße, Bürger der Welt zu sein.¹⁵³² Der Internationalismus der Arbeiterbewegung sei lange ein Kampf für Frieden und gegen den Kolonialismus gewesen, sagte Laurent Fabius. Der neue Internationalismus teile zwar diese Ziele, aber sein Gravitationszentrum habe sich verschoben. Es handele sich um einen Kampf für eine solidarische und politisch gesteuerte Globalisierung und gegen eine Tendenz der „Marketization“ der Welt, die seit 20 Jahren zu beobachten sei. Die Europäische Union solle dabei zu einem Faktor des Friedens und des Wohlstandes werden: „La France est notre patrie, l’Europe est notre avenir. Plus que jamais, nous faisons nôtre le message de François Mitterrand.“¹⁵³³

Régis Passerieux und Kader Arif relativierten in ihrem Debattenbeitrag die Plädoyers für den Internationalismus. Dieser sei lange nur ein Traum des Sozialismus gewesen. Der Erste Welt-

¹⁵³⁰ Vgl. Hubert Védrière; Vgl. Henri Emmanuelli. Débats – Europe et mondialisation. In: L’hebdo des socialistes, 24. Mai 2003, S. 28.

¹⁵³¹ Vgl. Contributions thématiques: L’Europe est notre avenir (Pervenche Berès, Pierre Moscovici, Henri Nallet, Pascal Lamy, Michel Rocard, Gérard Fuchs, Louis Le Penec u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 86ff.

¹⁵³² Vgl. Contributions générales: Pour un grand parti socialiste. Clarifier, renouveler, rassembler (François Hollande). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 6.

¹⁵³³ Contributions thématiques: Un socialisme pour notre temps (Laurent Fabius u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 45; vgl. zu einem neuen Internationalismus der Linken, um den Kapitalismus politisch zu steuern, auch die Contribution générale: Contribution d’Ancrage: Construire notre modèle de cohésion sociale (Eric Besson, Maxime Bono u.a.), In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 176ff.

krieg, die Ermordung von Jaurès, der Parteitag von Tours – diese Ereignisse hätten dazu geführt, dass die Sozialisten nie versucht hätten, ihre Ziele im internationalen Rahmen durchzusetzen. Der Wohlfahrtsstaat sei im nationalen Rahmen entstanden. Der Sozialismus sei ein nationales Projekt gewesen. Das konkrete internationale Projekt Europa sei das Ergebnis eines politischen, aber parteilosen Konsenses. Während es der politischen Rechten gelungen sei, Antworten auf die internationalen Herausforderung zu finden – durch eine Neubetonung der lokalen Ebene und einen sicherheitspolitischen Ansatz in der Politik – hätten sich die Sozialisten hinter eine brüchig werdende Maginot-Linie der nationalen sozialen Errungenschaften zurückgezogen und seien unfähig, mit beiden Armen die neue internationale Realität zu greifen und neue Wege zu beschreiten.¹⁵³⁴ Auch Paul Quiles argumentierte mit dem Internationalismus von Jean Jaurès. Diesem sei es gelungen, die Verteidigung der Nation und den Internationalismus in einer Synthese zusammenzuführen. Die Verteidigung Frankreichs könne heute nur europäisch definiert werden.¹⁵³⁵

Die Europaabgeordneten Gilles Savary und Bernard Poignant forderten, Europa zum Herzstück der französischen Demokratie zu machen. Zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit sei es notwendig, die aktuellen europäischen Themen in der nationalen Öffentlichkeit zu diskutieren und mit innenpolitischen Themen in Verbindung zu bringen. In der nationalen Presseberichterstattung sahen sie bereits Fortschritte. Das politische Personal der Regierung und der Parteien gebe sich allerdings der Illusion einer intakten nationalen Souveränität hin und schirme die Bürger regelrecht von Europa ab. Die Regierung verliere so Vertrauen. Aber auch parteipolitisch sehen sie Gefahren:

„Un porte-à-faux croissant des programmes des Partis à l’égard de nos obligations européennes, avec pour corollaire un risque d’irréalisme et de virtualité de leurs engagements devant leurs militants et devant les électeurs.“¹⁵³⁶

Dies könne zu einer verstärkten Schizophrenie zwischen politischen Programmen und der Praxis der Regierung führen. Die europäische Demokratie lasse sich auch innerhalb der Instanzen der eigenen Partei gewinnen, so Savary.¹⁵³⁷ Savary und Poignant kritisierten, dass die Europapolitik noch zu häufig als Außenpolitik und damit als *domaine réserve* des Präsidenten betrachtet werde. Sie forderten, dass erstens der Premierminister für die Europapolitik verantwortlich sei, und zweitens der Präsident mit den nationalen Abgeordneten in der Nationalversammlung und im Senat debattiere. Die Verfassung der V. Republik sehe allerdings nur

¹⁵³⁴ Vgl. Contributions thématiques: Politiser la mondialisation (Régis Passerieux, Kader Arif u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 28ff.

¹⁵³⁵ Vgl. Contributions thématiques: Les socialistes et la défense (Paul Quiles u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 26f.

¹⁵³⁶ Contributions thématiques: Parti socialiste: l’Europe au coeur! Pour en finir avec le déficit démocratique de l’Union européenne (Gilles Savary, Bernard Poignant u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 143.

¹⁵³⁷ Vgl. Gilles Savary. Débats – Europe et mondialisation. In: L’hebdo des socialistes, 24. Mai 2003, S. 30.

Botschaften des Präsidenten an beide Kammern vor. Das führe zu der paradoxen Situation, dass der französische Staatspräsident anlässlich der Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament den Abgeordneten Rede und Antwort stehe, sein Projekt vorstelle und seine Bilanz verteidige, aber im eigenen Land nicht im Parlament erscheinen dürfe.¹⁵³⁸

Ausgangspunkt für nahezu alle europapolitischen Analysen war die Feststellung einer Krise und eines Wendepunktes, an dem sich die Europäische Integration wegen der liberalen Globalisierung befinde. Die ihrerseits auf wirtschaftlicher Integration und Liberalisierung fußende Europäische Union müsse in die Lage versetzt werden, die Globalisierung zu regulieren. Unterschiedlich wurde dabei der Erfolg der bereits unternommenen Schritte bewertet. Für die Anhänger der *Nouveau Parti socialiste* war die Europapolitik eine Schwäche der Regierung Jospin: keine Belebung des politischen Europas, eine verpasste Gelegenheit in Nizza, eine Unterordnung unter den Stabilitätspakt, eine Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und eine soziale Agenda ohne jeglichen verpflichtenden Charakter. Trotz der Mehrheit sozialistischer und sozialdemokratischer Regierungen in Europa sei es nicht zu einer Neuorientierung des Integrationsprozesses gekommen.¹⁵³⁹ Martine Aubry, Ministerin in der Regierung Jospin, erinnerte jedoch daran, dass Jospin seine Wahlkampfversprechen eingehalten habe. Sie warnte vor einer *eurobéatitude*, einer Euroglückseligkeit, die nach immer mehr Europa rufe.¹⁵⁴⁰

Eine Notwendigkeit der Neuorientierung des Europäischen Integrationsprozesses wurde in allen Beiträgen gesehen. Offen blieb, ob man mit einer Politik der kleinen Schritte und Verhandlungen im europäischen Kontext beständig für seine Ziele eintreten, oder einen radikalen Bruch mit der bisherigen Integrationsmethode wagen wollte, um eine Neuorientierung des Integrationsprozesses durchzusetzen.

„La clarification suppose un choix explicite entre les deux lignes qui traversent le socialisme européen et notre parti. L'une aspire à l'alternance sans alternative, à la gestion sereine du pouvoir partagé entre un centre gauche et un centre droit qui ne diffèrent que par l'ampleur des amendements sociaux qu'ils apportent à une logique marchande inchangée. L'autre aspire à un nouveau monde guidé par la logique du bien commun, tendu vers l'égalité et la démocratie authentique (...) c'est un projet alternatif, qui propose les ruptures nécessaires et réalisables avec la logique du profit roi.“¹⁵⁴¹

Inhaltlich waren die Forderungen nicht neu. So ging es um eine europäische Verfassung, einen europäischen Sozialvertrag, der minimale Sozialstandards garantiere, die Anerkennung des öffentlichen Diensts, eine Wirtschaftsregierung, deren Ausgangspunkt die Eurogruppe

¹⁵³⁸ Vgl. Contributions thématiques: Parti socialiste: l'Europe au coeur! Pour en finir avec le déficit démocratique de l'Union européenne. (Gilles Savary, Bernard Poignant u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 143.

¹⁵³⁹ Vgl. Contributions générales: Pour un nouveau parti socialiste (Vinceint Peillon, Arnaud Montebourg, Julien Dray, Benoît Hamon). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 88f.

¹⁵⁴⁰ Vgl. Contributions générales: Construisons un autre monde (Martine Aubry u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 62.

¹⁵⁴¹ Contributions générales: Pour un nouveau monde. (Henri Emmanuelli, Jean-Luc Mélenchon, Alain Vidalies u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 121.

sein könnte. Umstritten war allerdings die Erweiterung der Europäischen Union. *Nouveau Monde*, NPS und *Forces militantes* forderten, die Osterweiterung der Europäischen Union an Bedingungen zu koppeln und ein Referendum in Frankreich durchzuführen. *Nouveau Monde* schlug in seinem Debattenbeitrag vor, dass man die Reform der Institutionen zu einer Vorbedingung für die Erweiterung mache.¹⁵⁴² Marie-Noëlle Lienemann forderte, die Neuorientierung der Europäischen Integration nicht unaufhörlich hinauszuzögern. Die Vorbedingung sei die Demokratie. Es sei ein Recht der Bürger über die Bedingungen der Erweiterung konsultiert zu werden, wie auch über die Schlussfolgerungen des Konvents. Die Anhänger der NPS verlangten sogar ein Referendum über den Verfassungsvertrag vor einem über die Erweiterung. Nur so könne eine wahrhafte europäische Demokratie garantiert werden.¹⁵⁴³

Auch François Hollande forderte ein Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag. Die Osterweiterung hielt er jedoch für bereits beschlossen und lehnte aus diesem Grund ein französisches Referendum oder Bedingungen ab.¹⁵⁴⁴ Im Hinblick auf zukünftige Erweiterungen sprach sich der Debattenbeitrag von Berès, Moscovici, Nallet, Rocard und anderen sogar für dynamische Grenzen Europas aus. Unter Voraussetzung einer Avant-Garde solle die Europäische Union alle Länder ihrer Peripherie assoziieren, die den Willen hätten, die Werte Europas, sein Gesellschaftsmodell und sein politisches Projekt zu teilen. Das sei im wirtschaftlichen und politisch-strategischen Interesse Frankreichs.¹⁵⁴⁵ Sowohl Hollande als auch der zitierte Debattenbeitrag von Berès und anderen forderten einen euro-mediterranen Pakt. So solle mit den Partnern im Osten und Süden eine privilegierte Partnerschaft aufgebaut werden.¹⁵⁴⁶

Die Synthese wurde um den Leitantrag von François Hollande geschlossen. *Nouveau Monde* schloss sich ihr nicht an, da Differenzen über die Rolle der Wirtschaft und die Macht des Marktes bestünden.¹⁵⁴⁷ Bei der Abstimmung erreichte der Antrag von Hollande 61,4 Prozent der Stimmen, Utopia bekam 1,1 Prozent, die *Nouveau Parti socialiste* 16,9 Prozent, Dolez 4,4 Prozent und *Nouveau Monde* 16,3 Prozent.¹⁵⁴⁸

¹⁵⁴² Vgl. Contributions générales: Pour un nouveau monde. (Henri Emmanuelli, Jean-Luc Méléchon, Alain Vidalies u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 129.

¹⁵⁴³ Vgl. Contributions générales: Rassembler les forces de la reconquête (Marie-Noëlle Lienemann). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 163f.; vgl. auch Contributions générales: Pour un nouveau parti socialiste (Vinceint Peillon, Arnaud Montebourg, Julien Dray, Benoît Hamon). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 90: „C'est pourquoi nous exigeons des garanties préalablement acquises sur une véritable démocratie européenne que seule accomplira la ratification de la Constitution par référendum avant l'élargissement. Nous voulons aussi que le peuple souverain soit après, appelé à dire son mot sur l'élargissement.“

¹⁵⁴⁴ Vgl. Mandraud 29.04.2003; vgl. auch Braud 2003

¹⁵⁴⁵ Vgl. Contributions thématiques: L'Europe est notre avenir (Pervenche Berès, Pierre Moscovici, Henri Nallet, Pascal Lamy, Michel Rocard, Gérard Fuchs, Louis Le Pensec u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 88.

¹⁵⁴⁶ Vgl. Contributions générales: Pour un grand parti socialiste. Clarifier, renouveler, rassembler (François Hollande). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 7.

¹⁵⁴⁷ Vgl. François Rebsamen, Commission des résolutions. In: L'hebdo des socialistes, 24. Mai 2003, S. 34.

¹⁵⁴⁸ Vgl. Zahlen bei www.psinfo.net (zuletzt geprüft: 20.02.2009)

Mit der Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch die Staats- und Regierungschefs im Oktober 2004 in Rom wurde die *Parti socialiste* mit neuen Fragen konfrontiert: Welche europäischen Institutionen will sie, welchen Platz hat der Nationalstaat in Europa, welche Beziehung hat sie zu den neuen Mitgliedstaaten und weiteren Beitrittskandidaten, wie kann ein soziales Europa aussehen?¹⁵⁴⁹ Im Zuge des parteiinternen Referendums legte die *Parti socialiste* ihre Position zum Verfassungsvertrag fest. François Hollande appellierte an die Verantwortung der französischen Sozialisten für die europäische Sozialdemokratie, die sich mehrheitlich für den Verfassungsvertrag ausgesprochen hatte. 125.000 französische Sozialisten bestimmten so die Zukunft des Vertrags gegenüber etwa 700.000 Sozialdemokraten in Deutschland, 600.000 in Italien, 600.000 in Spanien und 400.000 in Großbritannien.¹⁵⁵⁰ Die Verantwortung ließ sich auch aus der Rolle Frankreichs als einem der Motoren des Integrationsprozesses ableiten. Eine französische Ablehnung des Verfassungsvertrages hätte eine stärkere Wirkung als die Ablehnung eines euroskeptischen Landes.¹⁵⁵¹

Innerhalb der Partei entwickelte sich eine intensive Debatte. Es fanden mehr als 400 Treffen in ganz Frankreich statt, wobei die Treffen auf lokaler Ebene nicht eingerechnet sind.¹⁵⁵²

„Le journal interne du PS, L’hebdo des socialistes, publie chaque semaine plusieurs pages partagées à égalité entre le ‚oui‘ et le ‚non‘. Autour du débat ont profilé et circulé textes ou paratextes d’interprétations, exégèses juridiques de la constitution, interprétations économiques, commentaires politiques diffusés à travers des argumentaires, dossiers, fiches techniques, ‚kits‘ du oui et du non... qui ont ‚transmué l’objet juridique en objet plus strictement partisan‘.“¹⁵⁵³

Diese innerparteiliche Debatte förderte das Bild der PS als eine Partei, in der kontrovers diskutiert und demokratisch per Abstimmung entschieden wurde. Allerdings wunderten sich die europäischen Partner über die Zögerlichkeiten der Partei. Sie wollten sich auch nicht vorhalten lassen, weniger demokratisch zu sein.

„Le président du Parlement européen, Josep Borell, a qualifié de ‚déclarations insultantes‘ l’assertion de Jean-Luc Mélenchon selon laquelle le Parti socialiste français était le ‚seul parti démocratique du PSE‘, ceci en avril, au moment où l’auteur de cette formule avait indiqué depuis des semaines qu’il n’accepterait pas le résultat du référendum interne.“¹⁵⁵⁴

Bei einer Beteiligung von 83,2 Prozent der Mitglieder hatten sich 58,6 Prozent am 1. Dezember 2004 für die Zustimmung zum Verfassungsvertrag ausgesprochen. Innerhalb der PS führte die intensive Auseinandersetzung über den Verfassungsvertrag jedoch zu einer Spaltung der Partei in drei Lager: die Minderheitenströmungen, die Gegner des Verfassungsvertrages in-

¹⁵⁴⁹ Vgl. Bergounioux 2008, S. 162

¹⁵⁵⁰ Vgl. das Zitat von François Hollande vom 27. November 2004 bei: Olivier 2005, S. 179

¹⁵⁵¹ Vgl. Saliou 2005, S. 50f.

¹⁵⁵² Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 179

¹⁵⁵³ Lefebvre, Sawicki 2006, S. 179

¹⁵⁵⁴ Saliou 2005, S. 52; vgl. auch Mélenchon 2005

nerhalb der Mehrheitsströmung wie vor allem Laurent Fabius und die Befürworter des Vertrags. Insgesamt sprachen sich ein Drittel der europäischen Abgeordneten sowie 37 von 72 Mitgliedern des *Bureau national* gegen die Ratifizierung aus.¹⁵⁵⁵

Markus Wagner identifizierte mit einer inhaltsanalytischen Auswertung von 112 Dokumenten die zentralen Argumente der parteiinternen Debatte. Im Lager der Befürworter dominierte ein loyales Verhalten zum Europäischen Integrationsprozess. Die Europäische Union wurde als eine Notwendigkeit gesehen, deren Fortführung die Revision der eigenen Politiken und Prioritäten einschließen konnte. In 70 Prozent der Dokumente, die sich für eine Ratifizierung aussprachen, wurde mit negativen Konsequenzen der Ablehnung argumentiert. In 65 Prozent der Dokumente wurden die institutionellen Reformen als positiv bewertet. Jedoch schreckten die Befürworter vor einer zu positiven Bewertung der gegenwärtigen Entwicklung der Europäischen Union zurück und verbanden ihr grundsätzlich loyales Verhalten mit der Forderung nach einer Neuausrichtung des Integrationsprozesses.¹⁵⁵⁶ Die Argumente der Verfassungsgegner wurden also geteilt, jedoch hielten die Befürworter eine Ablehnung für idealisiert und fürchteten ihre negativen Auswirkungen.¹⁵⁵⁷

Die Gegner des Verfassungsvertrags forderten ebenfalls eine Neuausrichtung des Integrationsprozesses, jedoch verhielten sie sich nicht loyal, sondern verfolgten einen sanften Euroskeptizismus. Dieser sprach vor allem die unteren Wählerschichten der Partei an: „Le non est le vote identitaire des nôtres. C’est le vote de notre classe de référence“, so Jean-Luc Mélenchon.¹⁵⁵⁸ In 70 Prozent der Dokumente, die sich gegen eine Ratifizierung wandten, wurde mit einzelnen Politikfeldern argumentiert und deren inhaltliche Ausrichtung abgelehnt. Eine für den harten Euroskeptizismus typische Forderung nach dem Austritt aus der Europäischen Union wurde jedoch nicht erhoben, sondern im Gegenteil eine tiefere Integration verlangt. Auch mit den Folgen für die nationale Souveränität wurde nur in neun Prozent der Dokumente argumentiert.¹⁵⁵⁹ Dies belegt, dass der grundsätzliche Widerstand gegen die Übertragung weiterer Souveränitätsrechte seit der Abspaltung von Chevènement und seinen Anhängern innerhalb der PS überwunden war.

Im Mittelpunkt der Debatte stand die Frage, ob der Europäische Verfassungsvertrag die Schaffung eines sozialen Europas fördert oder erschwert. Die Befürworter argumentierten mit den sozialen und wirtschaftlichen Rechten der Grundrechtecharta. Für die Gegner überwog

¹⁵⁵⁵ Vgl. Wagner 2008, S. 262

¹⁵⁵⁶ Vgl. Wagner 2008, S. 265f.

¹⁵⁵⁷ Vgl. Le Gall 2005, S. 65f.

¹⁵⁵⁸ Mélenchon 2005, S. 101; Mélenchon berichtet über die Welle der Zustimmung: „En ce qui me concerne, à Paris, les chauffeurs de bus ou les équipes des camions-poubelles klaxonnaient pour m’adresser des ‚v‘ de victoire ou fermer le poing comme on le fait quand on est de gauche. (...) Un participant du rassemblement de Rodez appelle son frère en Guyane: Nous sommes milles, nous n’avons pas vu ça depuis 1981.“ Mélenchon 2005, S. 101f.

¹⁵⁵⁹ Vgl. Wagner 2008, S. 266

hingegen die wirtschaftliche Ausrichtung des Integrationsprozesses. Die Befürworter erklärten eine Wirtschaftspolitik mit den Zielen der Marktregulierung, der Achtung der sozialen Rechte, dem Schutz der Arbeiter sowie der Bewahrung des öffentlichen Dienstes für konform mit dem Verfassungsvertrag. Innerhalb des Lagers der Verfassungsgegner traten die Vertreter der Minderheitenflügel für eine entschiedene sozialistische Wirtschaftspolitik ein und lehnten den politischen Kompromiss ab, den die Verfassungsgegner aus dem Mehrheitsflügel nicht grundsätzlich von sich wiesen.¹⁵⁶⁰ Zusammenfassend kann man festhalten:

„Die Wahniederlage 2002 und das Nein zum Europäischen Verfassungsvertrag durch das Referendum 2005 hatten die Partei gespalten und sie nach der reformistischen Periode unter Lionel Jospin zu ihren traditionellen antiliberalen Positionen zurückkehren lassen. Danach verfolgte die Partei kein europäisches Projekt mehr.“¹⁵⁶¹

Nach der Präsidentschaftswahl 2007 kam es auf Initiative von François Hollande und Alain Bergounioux zu einer Überarbeitung der Prinzipienklärung der Partei, die zuletzt beim Parteitag von Rennes neu definiert worden war. Der europäische Charakter der Partei sei nach drei Jahren des Schlingerns, der Spaltungen und der Unentschlossenheit mutig bekräftigt worden, so Grunberg.¹⁵⁶²

4.8.4 Parteienwettbewerb: Re-Nationalisierung der Europawahlen

Nach den Regional- und Kantonalwahlen vom März 2004 hofften die Sozialisten auf eine positive Dynamik für die Europawahlen im Juni desselben Jahres. Es handelte sich um die letzten Wahlen vor den erstrangigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007. Nicht nur die Bedeutung des Eurothemas war in den vergangenen Wahlkämpfen gewachsen, sondern mit der Erweiterung um acht mittel- und osteuropäische Länder sowie Malta und Zypern im Mai 2004 sowie der Verabschiedung des Verfassungsvertrages war es zu weitreichenden Veränderungen gekommen. Allerdings gab es beim Wahlkampf für die Europawahlen kaum eine Debatte über den Europäischen Verfassungsvertrag oder die Erweiterung der Europäischen Union. Nur über den Beitritt der Türkei entwickelte sich ansatzweise eine Auseinandersetzung, die jedoch stärker von den kleinen als von den großen Parteien bestritten wurde. Viele Wähler zeigten sich desinteressiert an einer Debatte, die oft voller unausgesprochener Themen war.¹⁵⁶³ Dies kann auch auf die Medienberichterstattung zurückgeführt werden, deren Interesse an den Europawahlen in den letzten zehn Jahren zurückgegangen war. So berichte-

¹⁵⁶⁰ Vgl. Wagner 2008, S. 268ff.

¹⁵⁶¹ Grunberg 2009, S. 11

¹⁵⁶² Vgl. Grunberg 2009, S. 11

¹⁵⁶³ Vgl. Perrineau 2005c, S. 23

ten beispielsweise die beiden wichtigsten französischen Fernsehsender über die Europawahlen weniger ausführlich als über die Kantonal- und Regionalwahlen.¹⁵⁶⁴

Die Parteien fürchteten eine Spaltung über den Beitritt der Türkei und den Verfassungsvertrag. So konstatiert Alain Bergounioux für die Sozialisten, dass für diese das Interesse an dem erfolgreichen Abschneiden der Liste überwogen hätte. Das Konfliktpotential der europapolitischen Fragen sei gesehen worden, man sei jedoch darüber hinweg gegangen, da man nicht über die wahren Probleme sprechen wollte. Die Krise innerhalb der PS sei erst nach den Wahlen aufgetreten.¹⁵⁶⁵

Für die Europawahlen standen Frankreich erstmals nicht mehr 81 Mandate zur Verfügung, sondern wegen der Osterweiterung und der neuen Sitzverteilung im Europäischen Parlament nur noch 78. Erstmals wurde auch nach einem neuen Modus gewählt – dem Verhältniswahlrecht in acht Wahlbezirken. Eine Reform des Wahlrechts war unter der Regierung Jospin 1998 am Widerstand der Kommunisten und Grünen gescheitert. Der Wahlausgang vom April 2002 und die Stärkung der *Front national* setzte die Regierung Raffarin jedoch unter Reformdruck, auch wenn sie die Wahlrechtsreform in Verbindung mit der Vertrauensfrage (Artikel 49.3) in der Nationalversammlung erzwingen musste. Als Argument wurde angeführt, dass die Regionalisierung der Wahlbezirke die Europaabgeordneten den Bürgern näher bringen würde. Gleichzeitig sollten vor allem die kleinen Parteien geschwächt und zu Bündnissen mit größeren Parteien gezwungen werden. So konnte man auch den Rechts-Links-Gegensatz der Politik stärken.¹⁵⁶⁶ Anstelle einer nationalen Kampagne führte die Unterteilung in Wahlbezirke zu acht regionalen Kampagnen, die weniger sichtbar und oft von Politikern der zweiten Reihe geführt wurden. Aus Protest gegen das neue Wahlrecht stellte Jean-Pierre Chevènement keine eigene Liste auf. Vor allem Jean-Marie Le Pen litt unter der Regionalisierung des Wahlkampfs, da er damit der nationalen Plattform für seine Politik und zur Darstellung seiner Person beraubt war.¹⁵⁶⁷

Das von Parodi als Wahlakkordeon beschriebene Phänomen wird deutlich an den durchschnittlich 21 Listen pro Wahlbezirk, in der *Ile-de-France* waren es sogar 28.¹⁵⁶⁸ Die erfolgreichste Partei war die „Partei der Nichtwähler“.¹⁵⁶⁹ So ging die Wahlbeteiligung weiter zurück und lag nur noch bei 43,1 Prozent. Auch in Deutschland erreichte sie 2004 lediglich 43 Prozent. Die PS rief dazu auf, gegen die Regierungspolitik zu stimmen (*vote sanction*). Anders als 1999 ging die Partei nicht mit einem Bündnispartner in den Wahlkampf und musste

¹⁵⁶⁴ Vgl. Gerstlé et al. 2005, S. 28

¹⁵⁶⁵ Vgl. Rüter – Alain Bergounioux 19.04.2006

¹⁵⁶⁶ Vgl. Drake 2005, S. 111f; vgl. auch Bertocini, Chopin 2004, S. 70ff.

¹⁵⁶⁷ Vgl. Drake 2005, S. 112; 116

¹⁵⁶⁸ Vgl. Martin 2004, S. 20f; vgl. Perrineau 2005c, S. 21

¹⁵⁶⁹ Vgl. Muxel 2005, S. 45

keine inhaltlichen Zugeständnisse machen wie noch 1999 an das *Mouvement des Citoyens*. Während der Kampagne wurden innerhalb der Partei kritische Stimmen zu sozialpolitischen Regelungen im Verfassungsvertrag laut. François Hollande verlangte jedoch Loyalität zur offiziellen positiven Haltung zur Europäischen Union und zum Verfassungsvertrag.¹⁵⁷⁰

Das hohe Misstrauen der Bevölkerung in die Regierungspolitik der UMP brachte die PS mit 28,89 Prozent der Stimmen zu ihrem besten Ergebnis. Die PS profitierte jedoch nicht nur von der *vote sanction*, sondern es gelang ihr auch, Stimmen der extremen Linken und der Kommunisten zu gewinnen. In einem geringeren Maße konnte sie auch Stimmen der vormals Grünen-Wähler sowie von *Chasse, Pêche, Nature et Tradition* für sich gewinnen. Die *Front national* kam zwar auf 9,81 Prozent der Stimmen, blieb damit jedoch hinter ihrem Ergebnis der letzten Präsidentschaftswahlen zurück. Die diversen, souveränistischen rechten Parteien erreichten 8,83 Prozent.¹⁵⁷¹ Trotz der zunehmend kritischen öffentlichen Meinung nahm der Anteil der euroskeptischen Parteien in den Wahlen 2004 nicht zu, sondern lag bei insgesamt 28,8 Prozent.¹⁵⁷² Für François Bayrou boten die Europawahlen eine Gelegenheit, sein Stimmenpotential zu testen. Er schloss sich mit dem verbliebenen Teil der UDF nicht der UMP an und erzielte ein respektables Ergebnis von 11,9 Prozent. Dies machte ihn für die Präsidentschaftswahlen 2007 zum *présidentiable*. Die UMP hingegen erreichte nur 16,6 Prozent der Stimmen und damit eines der schlechtesten Ergebnisse der vereinigten Rechten.

Liste	% Stimmen	Sitze
Et maintenant, l'Europe sociale (PS)	28,89	31
Avec l'Europe, voyons la France en grand! (UMP)	16,64	17
UDF-Europe (UDF)	11,95	11
Liste Front national soutenue par Jean-Marie Le Pen (FN)	9,81	7
L'écologie, Les Verts - Parti Vert européen (Verts)	7,4	6
Liste Philippe De Villiers	8,83	3
L'Europe oui! Mais pas celle-là! (PCF u.a.)	5,24	2
Verschiedene Linke (Überseegebiete)	1,35	1

Quelle: Journal Officiel de la République Française; vgl. Drake 2005, S. 117

Die öffentliche Meinung blieb auch nach den Wahlen skeptisch gegenüber der Osterweiterung, sorgte sich um den Verlust von Arbeitsplätzen und vor deren Verlagerung in Billiglohnländer sowie um die Situation der Bauern.¹⁵⁷³ Dies zeigte sich besonders im Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag. Die tieferliegende Dimension der Ablehnung führt Gilles Ivaldi auf eine retrospektive Abstimmung über den Europäischen Integrationsprozess zurück. Es handele sich um eine einseitige Aufkündigung des „sozialen Wohlstands- und wirtschaftlichen Wachstums-Pakts“, der mit den nationalen politischen Eliten anlässlich des

¹⁵⁷⁰ Vgl. Drake 2005, S. 115

¹⁵⁷¹ Vgl. Perrineau 2005c, S. 24ff; 31

¹⁵⁷² Vgl. Perrineau 2005a, S. 15

¹⁵⁷³ Vgl. Perrineau 2005a, S. 16; laut Eurobarometer Ende 2004

Maastricht Referendums geschlossen worden sei. Das Novum der Ablehnung im Jahr 2005 sei gewesen, dass diejenigen, die im Vertrauen auf Mitterrand auf ein alternatives Europa gehofft und 1992 dem Vertrag von Maastricht zugestimmt hätten, im Jahr 2005 wegen der Kritik am sozialen Modell der Europäischen Union und der fehlenden Wirtschaftsregierung die Verfassung abgelehnt hätten. Anders als 1992 gehörten zum Lager der Nein-Sager nicht nur die Anti-System-Parteien und Euroskeptiker, sondern vor allem die enttäuschten Anhänger der Linken aus der Mittelschicht.¹⁵⁷⁴

Ähnlich wie bei dem Referendum über den Vertrag von Maastricht wurde anfangs eine breite Zustimmung vermutet und nahezu für selbstverständlich gehalten.¹⁵⁷⁵ Verschiedene Gründe lassen sich für den negativen Ausgang des Referendums anführen. Es wurde bereits auf die wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung verwiesen. Sie äußerte sich in den massiven Streiks und Protestmärschen im März 2005. Beschäftigte bei der Bahn, bei Post, Gas und Elektro sowie Lehrer, Krankenhauspersonal, Wissenschaftler, Fischer und andere forderten höhere Löhne oder wollten die Privilegien des öffentlichen Sektors verteidigen.¹⁵⁷⁶ Aber auch die Ablehnung des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells spielte eine Rolle bei der Wahlentscheidung.

Die UMP und UDF-Wähler stimmten nahezu geschlossen für den Verfassungsvertrag. Bei der UMP waren es 80 Prozent und bei der UDF 76 Prozent der Wähler. Der UMP ist also der Übergang zu einer europhilen Haltung gelungen. Dieser Prozess zeichnete sich nach der Wahlniederlage 1997 ab. Im Oktober 1998 hatte der außerordentliche Konvent der Partei über Europa zu einer Abschwächung der gaullistischen Besonderheiten der RPR geführt. In der Folge stimmten 82 Prozent der RPR-Abgeordneten im März 1999 in der Nationalversammlung dem Amsterdamer Vertrag zu. Charles Pasqua verließ daraufhin die Partei. Im Juni 2001 stimmten 87 Prozent der Abgeordneten dem Vertrag von Nizza zu. Im Februar 2005 waren 91 Prozent für die Verfassungsänderung, die der Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags vorausgehen musste. Die UMP war damit in führender pro-europäischer Position in der öffentlichen Debatte. Chirac und Sarkozy galten als die größten Fürsprecher für die Europäische Verfassung, noch vor der UDF von François Bayrou, der traditionell pro-europäischen französischen Partei. Innerhalb der sozialistischen Partei herrschte bis zum Verfassungsvertrag ebenfalls ein pro-europäisches Bild vor: 85 Prozent der Abgeordneten der Nationalversammlung stimmten für den Vertrag von Amsterdam und 91 Prozent für den Ver-

¹⁵⁷⁴ Vgl. Ivaldi 2006, S. 49; Dies entspricht der Argumentation von François Hollande: "Car l'Europe n'a pas tenu ses promesses aux plans économique et social. Elle devait, avec le marché unique puis l'euro, dynamiser la croissance, créer des emplois nouveaux et faire reculer le chômage. En réalité, l'Union européenne affiche 20 millions de demandeurs d'emploi." Hollande 2005, S. 4

¹⁵⁷⁵ Vgl. Sauger 2008, S. 66

¹⁵⁷⁶ Vgl. Ivaldi 2006, S. 59f.

trag von Nizza. Der Änderung der französischen Verfassung für den Europäischen Verfassungsvertrag stimmten nur noch 60 Prozent zu. Zu den 56 Abgeordneten, die sich enthielten, zählten die künftigen Anführer des Neins wie Henri Emmanuelli und Laurent Fabius.¹⁵⁷⁷

Eine Vielzahl kleinerer Parteien oder Gruppierungen positionierte sich im Lager des Neins. Unter den Verteidigern der französischen Souveränität spielte Philippe de Villiers noch vor Charles Pasqua eine herausgehobene Rolle. De Villiers prägte das Motiv des „polnischen Klempners“.¹⁵⁷⁸ Die *Front national* war unter anderem wegen innerparteilicher Konflikte relativ zurückhaltend. Auch sollte die Abstimmung über den Verfassungsvertrag – so eine taktische Überlegung – nicht zu einer Abstimmung für oder gegen die *Front national* werden. Bruno Mégret blieb während der Kampagne im Hintergrund. Im linken Lager gelang es Jean-Pierre Chevènement nicht, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Es hatte sich eine Koalition aus der PCF, der LCR und den abtrünnigen Sozialisten herausgebildet. Vor allem Olivier Besancenot von der LCR sowie George-Marie Buffet von der PCF zählten zu den Wortführern. Arlette Laguiller von *Lutte Ouvrière* hielt sich dagegen im öffentlichen Diskurs zurück. 94 bzw. 98 Prozent der Wähler der extremen Linken und der Kommunisten lehnten beim Referendum den Verfassungsvertrag ab. Diese Ablehnung zeigte auch die gewachsene Kluft zur *classe politique*.¹⁵⁷⁹

Das Referendum bestätigt erneut die kulturelle und soziale Spaltung der französischen Gesellschaft: Bürger mit höherem oder mittlerem Bildungsniveau, europäisch, tolerant und offen gegenüber der Globalisierung standen Bürgern mit niedrigerem Bildungsniveau gegenüber, die sich vor den Effekten der Globalisierung fürchteten und dazu neigten, alles Fremde und Europa abzulehnen.¹⁵⁸⁰ 65 Prozent der Freiberufler, Führungskräfte, Manager und Geschäftsleute stimmten dem Verfassungsvertrag zu, wohingegen 67 Prozent der weniger ausgebildeten Angestellten und 79 Prozent der Arbeiter diese ablehnten.¹⁵⁸¹ 56 Prozent der PS-Wähler folgten der Linie von Fabius und lehnten den Verfassungsvertrag ab, obwohl 1992 noch 78 Prozent den Vertrag von Maastricht befürwortet hatten.¹⁵⁸²

Zu den zentralen Themen der Kampagne gehörten soziale und wirtschaftliche Fragen. Sowohl Gegner als auch Befürworter verteidigten das soziale französische Modell gegenüber dem angelsächsischen liberalen Modell. Selbst die Arbeitgeber sprachen sich in einem Appell für das französische Sozialmodell aus, das es zu bewahren gelte.¹⁵⁸³ Die Gegner des Verfassungsvertrages machten die Dienstleistungsrichtlinie zum Sinnbild für die liberale Dominanz

¹⁵⁷⁷ Vgl. Ivaldi 2006, S. 54f.

¹⁵⁷⁸ Vgl. Lequesne 2008, S. 135; vgl. auch Marchand 2006

¹⁵⁷⁹ Vgl. Ivaldi 2006, S. 55ff.

¹⁵⁸⁰ Vgl. Perrineau 2007a, S. 28

¹⁵⁸¹ Vgl. Ivaldi 2006, S. 57

¹⁵⁸² Vgl. Ivaldi 2006, S. 62; vgl. auch Le Gall 2005, S. 78ff.

¹⁵⁸³ Vgl. Lieb 2008, S. 69

in Europa. Die Richtlinie sah vor, den grenzüberschreitenden Wettbewerb im Dienstleistungsbereich zu fördern. Das Herkunftsprinzip, nach dem Bürger der Europäischen Union gemäß den rechtlichen Bedingungen ihres Heimatlandes Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten anbieten durften, gehörte zu den Kernelementen der Richtlinie. Die Debatte wurde geführt um Themen wie:

„Sozialdumping, Firmenabwanderung in Billiglohnländer, de[n] polnische[n] Klempner, der französische Arbeitsplätze durch billige Leistungsangebote vernichte oder die erwähnte, damit in Verbindung stehende und als ‚Bolkesteinrichtlinie‘ in den Sprachgebrauch eingehende europäische Dienstleistungsrichtlinie“.¹⁵⁸⁴

Während bis zum März 2005 in den Umfragen die Zustimmung zum Europäischen Verfassungsvertrag noch relativ hoch war, stieg der Anteil der Nein-Stimmen mit der Debatte um die europäische Dienstleistungsrichtlinie. Jacques Chirac erreichte eine Revision der Richtlinie und des Herkunftsprinzips, die noch im März 2005 erfolgte. Ende April – unter anderem nach Interviews von Lionel Jospin – überwog kurzfristig noch einmal das Ja. Jospins realistische Darstellung des Zustands der Europäischen Union als einer Mischung aus liberalen und sozialen Elementen, sei von der französischen Bevölkerung durchaus angenommen worden, so die Schlussfolgerung von Julia Lieb.¹⁵⁸⁵

Die Debatte um den Verfassungsvertrag wurde auch von der Erweiterung aus dem Jahr 2004 beeinflusst. Die Entwicklung der Europäischen Integration nach dem Vertrag von Nizza zeigte, dass die öffentliche Meinung einem erweiterten Europa beunruhigt bis feindselig gegenüberstand. Sie konnte die Konturen Europas nicht mehr erfassen.¹⁵⁸⁶ Die politische Elite berücksichtigte diese offenkundige Ablehnung der Erweiterung nur wenig. Nationale und soziale Motive eines *repli sur soi* fanden vor dem Hintergrund der Osterweiterung in der Ablehnung des Verfassungsvertrages zusammen:

„La demande de protection sociale, par l’Etat, entrait en contact avec la demande de protection nationale, par les frontières. La figure rhétorique du ‘plombier polonais’ assurait la jonction entre ces deux registres, d’un côté le ‚national‘, de l’autre le ‚social‘.“¹⁵⁸⁷

Besonders dramatisch aus Sicht der *Parti socialiste* war ihre mangelnde Geschlossenheit. Trotz des im Dezember 2004 durchgeführten parteiinternen Referendums entfernten sich Parteipolitiker der ersten Reihe von der demokratisch festgelegten Parteilinie. Im Mittelpunkt der Kritik stand Laurent Fabius. Olivier Duhamel, Mitglied des Europäischen Konvents, verlangte von Fabius zu erläutern, womit dieser Verfassungsvertrag es rechtfertige, die Mehrheits-

¹⁵⁸⁴ Lieb 2008, S. 68

¹⁵⁸⁵ Vgl. Lieb 2008, S. 60; 70; vgl. zu den Schwankungen bei den Wahlprognosen auch: Le Gall 2005, S. 68

¹⁵⁸⁶ Vgl. Schirmann 2008, S. 82

¹⁵⁸⁷ D. Reynie zitiert nach: Dulphy, Manigand 2007, S. 145

strömung innerhalb der PS zu spalten, die französischen Sozialisten innerhalb der europäischen Sozialdemokratie zu isolieren und das Risiko der Ablehnung des Vertrags beim Referendum in Frankreich zu erhöhen.¹⁵⁸⁸ Auf Verwunderung stieß auch die Position von Pervenche Berès, der langjährigen Vorsitzenden der Delegation der französischen Sozialisten im Europäischen Parlament. Die Vertraute von Laurent Fabius erarbeitete im Konvent gemeinsam mit Olivier Duhamel den Verfassungsentwurf und vertrat in Frankreich an der Seite von Fabius die Kampagne für das Nein. Sie begründete ihre Haltung mit der Regierungskonferenz im Juni 2004, die den ursprünglichen Verfassungsvertrag zu einem nur noch schwer zu akzeptierenden Text gemacht habe, unter anderem weil dieser nicht unter vereinfachten Bedingungen revidierbar sei.¹⁵⁸⁹

4.8.5 Organisation: Einbindung der Euroskeptiker

Die Organisation der europapolitischen Willensbildung wurde in den Jahren 2002 bis 2005 zunächst durch die Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen und anschließend durch die Spaltung bei dem Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag beeinflusst. Obwohl 2003 noch europapolitischer Elan zu beobachten war, setzte die Partei nach dem Referendum die europapolitische Debatte aus. Vor den Präsidentschaftswahlen 2007 sollte die Geschlossenheit der Partei wieder hergestellt werden. Darüber hinaus veränderte – wie bereits erwähnt – der Beitritt von zehntausenden neuen Mitgliedern die Struktur und die Debattenkultur der Partei.

Beim Kongress von Dijon im Jahr 2003 wurde eine Stärkung der Strukturen im Bereich der Europapolitik gefordert. Die Debattenbeiträge griffen alte Forderungen nach organisatorischen Reformen auf. Bernard Poignant und Gilles Savary forderten ein vom Internationales Sekretariat unabhängiges Europasekretariat. Ferner sollte in jeder Föderation ein entsprechendes Sekretariat eingerichtet und Partnerschaften mit anderen Sektionen in Europa geschlossen werden. Auch schlugen sie die Gründung eines *Institut d'études socialistes européen* vor, das als permanentes Forum für Debatten zur Verbreitung der sozialistischen Ideen über Europa beitragen könnte. Es sollten Kolloquien und thematische Treffen organisiert werden, die auch politischen Verantwortlichen aus den europäischen Nachbarländern offen stehen könnten. Die Partei sollte regelmäßig in ihren nationalen Instanzen über die Treffen des Europäischen Rats debattieren.¹⁵⁹⁰ Poignant und Savary stehen nur stellvertretend für die zahlreichen Forderun-

¹⁵⁸⁸ Vgl. Duhamel 2005, S. 157

¹⁵⁸⁹ Vgl. Berès 2004

¹⁵⁹⁰ Vgl. Contributions thématiques: Parti socialiste: l'Europe au coeur! Pour en finir avec le déficit démocratique de l'Union européenne (Gilles Savary, Bernard Poignant u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 144; vgl. hierzu auch: Olivier 2005, S. 162

gen nach einer Umwandlung der Parteienföderation der SPE in eine vollwertige Partei mit einer direkten Mitgliedschaft.¹⁵⁹¹

Die Parteimitglieder gingen jedoch von einer europäischen PS *à la française* aus, so Pierre Moscovici. Sie forderten zwar eine europäische Partei, jedoch unter der Bedingung, dass sie selbst die Mehrheit stellten.¹⁵⁹² Die französischen Sozialisten hätten Schwierigkeiten zu verstehen, dass Europa politisch nicht wie Frankreich funktioniere, so auch Henri Nallet. Vor allem würden sie Unterschiede im politischen Denken nicht verstehen. Es sei eine Form von Arroganz, aber auch Teil der französischen politischen Philosophie, die sich als universell verstehe, und aus diesem Grund die Suche nach Kompromissen erschwere.¹⁵⁹³ Auch Bernard Poignant, seit 2004 Vorsitzender der Delegation der französischen Sozialisten im Europäischen Parlament, warnte:

„Il faut qu'on se retire de la tête que le socialisme français s'imposera aux autres socialistes européens.“¹⁵⁹⁴

Die Vorsitzenden der Föderationen forderten in ihrem Debattenbeitrag, dass die Spitzenkandidaten für die Europawahlen 2004, sich wie alle Kandidaten verpflichten müssten, für die ganze Legislaturperiode ihr Mandat wahrzunehmen.¹⁵⁹⁵ Die Niederlage bei den Parlamentswahlen 2002 ließ eine ähnliche Situation wie im Jahr 1993 befürchten, als die unterlegenen Kandidaten für die Europawahlen kandidierten und auf die Rückkehr in die nationale Politik warteten. In der Rückschau gab Pierre Moscovici an, dass er 2004 nicht fürs Europäische Parlament kandidiert hätte, wenn er bei den Parlamentswahlen 2002 gewählt worden wäre. Für ihn ist es offensichtlich, dass die Zusammensetzung der französischen sozialistischen Delegation im Europäischen Parlament abhängig von Regierungs- und Oppositionsphasen ist. So handele es sich um eine Delegation der Europaexperten, wenn die PS die nationale Regierung stellt, und um eine Delegation mit politischen Schwergewichten, wenn sich die Partei in der Opposition befindet. Letztere warteten in der Regel im Europäischen Parlament auf ihre Wiederwahl auf nationaler Ebene.¹⁵⁹⁶

Trotz dieser zahlreichen Forderungen und unveränderten Routinen beeinflusste die Niederlage 2002 die inhaltlichen Debatten der Partei über Europa. Man habe viel Zeit im *Bureau national* verbracht, um über Europa zu diskutieren, so Moscovici.¹⁵⁹⁷ Allein der Anteil der Europaabgeordneten ist im *Bureau national* nach dem Parteitag von Dijon gestiegen und belebte die

¹⁵⁹¹ Vgl. Contributions thématiques: Parti socialiste: l'Europe au coeur! Pour en finir avec le déficit démocratique de l'Union européenne (Gilles Savary, Bernard Poignant u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 144; vgl. hierzu auch: Olivier 2005, S. 162

¹⁵⁹² Vgl. Rüter – Pierre Moscovici 14.09.2006

¹⁵⁹³ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

¹⁵⁹⁴ Bernard Poignant zitiert nach Olivier 2005, S. 178

¹⁵⁹⁵ Vgl. Contributions générales: La contribution des militants (les premiers secrétaires fédéraux wie Augustin Ballot, Marc Dolez, Alain Richard u.a.). In: L'hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 168.

¹⁵⁹⁶ Vgl. Rüter – Pierre Moscovici 14.09.2006; vgl. auch Moscovici 2006, S. 92

¹⁵⁹⁷ Vgl. Rüter – Pierre Moscovici 14.09.2006

europapolitische Debatte. Ferner wurde nach dem Parteitag von Dijon in den Statuten der Partei auf Wunsch der Minderheitenflügel die Möglichkeit eines parteiinternen Referendums vorgesehen, das erstmalig beim Europäischen Verfassungsvertrag angewandt wurde.¹⁵⁹⁸

Nach dem Parteitag von Dijon und dem Rücktritt Nallets übernahm Pierre Moscovici die Leitung des Internationalen Sekretariats. Moscovici war in der Regierung von Jospin Europaminister und von 1994 bis 1997 sowie seit 2004 Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Das Internationale Sekretariat wurde mit Kader Arif um einen beigeordneten Sekretär für Globalisierung erweitert. Harlem Désir war zuständig für Europa. Nach dem Parteitag von Le Mans 2005 wurde mit Benoît Hamon ein Gegner des Verfassungsvertrags in das Sekretariat eingebunden, um neben den Befürwortern – Moscovici und Désir – auch die euro-kritische Strömung in der Parteiführung zu repräsentieren. Harlem Désir übernahm das Globalisierungs-Ressort, während Pierre Moscovici die Leitung behielt.

Ähnlich wie 1987 mit der Schaffung eines beigeordneten Europasekretariats gab die Gründung eines entsprechenden Sekretariats zur Globalisierung der gewachsenen Bedeutung des Themas Ausdruck. Die innerparteiliche *Commission Europe* wurde in *Commission Europe-Mondialisation* umbenannt. Bis zum Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag trat sie regelmäßig etwa alle drei Monate zusammen. Nach dem Referendum war es nicht mehr möglich, diese *Commission* einzuberufen, da Pierre Moscovici und der neue Europasekretär Benoît Hamon kaum zusammenarbeiteten.¹⁵⁹⁹ Benoît Hamon beklagte sich über die fehlende Ausstattung seines Sekretariats, er habe sich alles selbst erarbeiten müssen. Auch gebe es eine Art Doppelstruktur, da neben Pierre Moscovici ein diesem zugeordneter Assistent ebenfalls die Europafragen verfolge.¹⁶⁰⁰

Der Parteivorsitzende François Hollande setzte also seine Strategie des Teilens und Herrschens fort und band die unterschiedlichen Strömungen in die Parteiführung ein, um auf diese Weise ein Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern. Dies führte jedoch zu einer vollständigen Blockade der Partei, in der die Vergabe einzelner Funktionen kaum noch Bedeutung hat. So ist Pervenche Berès, die für die Ablehnung des Verfassungsvertrags geworben hatte, zwar nationale Delegierte für Europafragen, jedoch spielte diese Funktion nach ihrer Aussage in der Realität keine Rolle. Auch sie konnte sich ein Jahr nach dem Referendum nicht erinnern, wann die *Commission Europe* das letzte Mal zusammengetreten war.¹⁶⁰¹

Die Blockade der innerparteilichen Willensbildung ist auch auf die gewachsene Mitgliederzahl zurückzuführen, die die Struktur und die Debattenkultur der Partei verändert hat. Zwei

¹⁵⁹⁸ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 179

¹⁵⁹⁹ Vgl. Rüter – Pierre Moscovici 14.09.2006

¹⁶⁰⁰ Vgl. Rüter – Benoît Hamon 18.09.2006

¹⁶⁰¹ Vgl. Rüter – Pervenche Berès 11.04.2006b

widersprüchliche Entwicklungen waren zu beobachten:¹⁶⁰² Einerseits sollte verhindert werden, dass das bestehende Gleichgewicht innerhalb der Partei aus den Fugen geriet. Viele Mitglieder, die der PS nach dem 21. April 2002 beigetreten waren, verließen die Partei schnell wieder, weil man sie schlecht empfangen hatte. Andererseits unternahm die Parteiführung verschiedene Initiativen, um den Beitritt zur Partei zu erleichtern. Im November 2003 schlug sie vor, den Status eines Sympathisanten zu schaffen, der sich in die Programmarbeit einbringen darf, aber nicht die üblichen Aufgaben eines Parteimitgliedes übernehmen muss. Dieser hat kein Stimmrecht beim Parteitag, bei der Wahl des Parteivorstands oder dem Präsidentschaftskandidaten. Damit reagierte die Partei auf das immer unstetere politische Engagement. In der Analyse von Marc Dolez von *Forces militantes* diente dieser Schritt jedoch dazu, die Parteiführung und nicht ihre Mitglieder zu stärken:

„On trouve un place à ceux qui veulent penser mais qui ne veulent pas militer. Le PS traite l'individualisme comme il traite le libéralisme, en s'y soumettant.“¹⁶⁰³

Nach dem Referendum über den Verfassungsvertrag erleichterte die PS den Parteibeitritt ein weiteres Mal – ein Phänomen das ebenso bei der UMP zu beobachten war. Via Internet konnten Interessierte Ende 2005 für 20 Euro der Partei beitreten. Diejenigen, die bereits eine Mitgliedschaft von sechs Monaten vorweisen konnten, durften über das sozialistische Programm sowie den Präsidentschaftskandidaten abstimmen. 80.000 neue Mitglieder traten der Partei bei, was allerdings im Parteivorstand zu Kontroversen führte. Man warf der Parteiführung vor, Parteimitglieder anzuwerben, um die Kandidatur von Ségolène Royal, die ihrerseits nicht in der Partei verankert war, zu unterstützen. Da die neuen Mitglieder keinen lokalen Sektionen zugeordnet waren, unterlagen sie nicht der Kontrolle der Parteibasis. Die Parteiführung unterstützte darüber hinaus thematische oder virtuelle Sektionen im Internet, die an keine Stadt oder Département gebunden waren. Jack Lang erinnerte daran, dass die langjährigen Parteimitglieder diejenigen seien, die das Gedächtnis und die Kultur der PS weitertragen würden.¹⁶⁰⁴

Die strukturellen Veränderungen beeinflussten auch die Debattenkultur in der Partei, die zunehmend intellektueller wurde. Lefebvre und Sawicki beschreiben die Debatte in der Sektion von Lille wie ein wissenschaftliches Seminar. Häufig eröffnete ein Experte die Sitzung, die Teilnehmer machten sich Notizen, ergriffen das Wort und seien sehr konzentriert.¹⁶⁰⁵ Die Parteimitglieder aus den unteren Schichten fühlten sich hingegen zunehmend ausgeschlossen von den Debatten über immer komplexere Themen, für die gerade die Europäische Integration als

¹⁶⁰² Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 164ff.

¹⁶⁰³ Marc Dolez zitiert nach: Lefebvre, Sawicki 2006, S. 166

¹⁶⁰⁴ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 166f.; vgl. auch Olivier 2005, S. 169

¹⁶⁰⁵ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 181

Beispiel dient.¹⁶⁰⁶ Die soziale Herkunft eines Parteimitglieds oder dessen Lebensbedingungen hatten an Bedeutung verloren. Gefragt seien zunehmend gute Argumente und die Fähigkeit, eine eigene Meinung zu entwickeln und fundiert zu begründen.¹⁶⁰⁷

„Ces expériences relèvent d'un processus de remise en cause du modèle pyramidal d'organisation et de dépassement du clivage conventionnel gauche/droite, sur un mode postmatérialiste et alternatif.“¹⁶⁰⁸

Die Konkurrenz der *présidentiable* blieb unter diesen veränderten Rahmenbedingungen jedoch nach wie vor strukturierend. Auch wenn die Debatte über den Europäischen Verfassungsvertrag zu einer Spaltung der Partei führte, so hatte sie doch keine Konsequenzen für die Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten. Selbst während des parteiinternen Referendums wurden die Lager zwischen Zustimmung und Ablehnung aus taktischen Gründen gewechselt – je nachdem, welche Position die besseren Wahlaussichten versprach.¹⁶⁰⁹ Die Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal hat sich für den Wahlkampf 2007 den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Ihre fehlende parteipolitische Verankerung durch ein langjähriges Engagement in einer Strömung oder durch die Präsentation von Anträgen bei den Parteitagen konnte sie durch die direkte und spontane Mobilisierung der Anhänger kompensieren.

„C'est précisément parce que le PS est désormais principalement une entreprise de conquête de mandats électifs, prêt à tous les ajustements tactiques pour gagner ou conserver les postes de pouvoir à tous les niveaux, qu'un nombre croissant de ses élus et de ses membres sont si attentifs aux sondages d'opinion et font passer au second plan les positions politiques prises par les candidats putatifs. (...) Tous les prétendants à l'occupation de positions ministérielles ou parlementaires (...) qui ont lié leur sort à tel ou tel leader (L. Jospin, L. Fabius, D. Strauss-Kahn, J. Lang, M. Aubry) sont si hostiles à voir émerger une candidate sans réseau consolidé au sein du parti qui a surtout reçu le soutien d'outsiders comme elle.“¹⁶¹⁰

4.8.6 Transnationales: Die französischen Sozialisten in der europäischen Isolation

In der Regierungszeit von Jospin hat die SPE den national beschränkten Handlungsspielraum der französischen Sozialisten erweitert. Auch wenn bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene und innerhalb der europäischen Sozialdemokratie die Grenzen des gemeinsamen Engagements deutlich wurden, verstärkten die französischen Sozialisten nach der Niederlage von 2002 ihr Engagement im Rahmen der SPE.¹⁶¹¹ Sie forderten nicht nur weiterhin eine Politisierung des europapolitischen Wettbewerbs sowie eine Übertragung des Rechts-Links-

¹⁶⁰⁶ Die wachsende Komplexität der Europäischen Integration und insbesondere der Verträge verdeutlicht diese Anekdote zum Lissabonner Vertrag, der 2007 nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages unterzeichnet wurde: „Im Freiburger Stadttheater gibt es eine Vorstellung, die fast Kultstatus hat: Es wird dort jeweils fünfzehn Minuten lang aus dem Lissabonner Vertrag zur Reform der Europäischen Union vorgelesen. Das ist ein großes Kunststück, weil dieser Vertrag weitgehend unlesbar ist. Kein Mensch kann daher verstehen, was da vorgetragen wird; das Publikum hält die Performance für absurdes Theater.“ Vgl. Prantl 11.02.2009

¹⁶⁰⁷ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 181; 185

¹⁶⁰⁸ Olivier 2005, S. 169

¹⁶⁰⁹ Vgl. Lefebvre, Sawicki 2006, S. 120

¹⁶¹⁰ Lefebvre, Sawicki 2006, S. 19f.

¹⁶¹¹ Vgl. Hanley 2008, S. 77

Gegensatzes auf die europäische Ebene, sondern machten die Europäische Integration zum Gegenstand der innerparteilichen Willensbildung, wie das parteiinterne Referendum über den Verfassungsvertrag zeigt:

„Ainsi, le traumatisme du 21 avril 2002, comme révélateur du décalage entre construction politique européenne et aspirations populaires, a été l’occasion pour le PS de combler des lacunes en valorisant une implication européenne citoyenne.“¹⁶¹²

Im April 2004 unterstützten die französischen Sozialisten die Wahl von Poul Nyrup Rasmussen zum Vorsitzenden der SPE. Dieser war ebenfalls Anhänger einer Politisierung der SPE und wollte den Status quo der Verständigung zwischen Konservativen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament beenden. Guiliano Amato, der von Großbritannien, Deutschland, Spanien und Italien unterstützt wurde, unterlag Rasmussen bei der Wahl. Amato hatte sich für eine Ausrichtung zur politischen Mitte und eine Allianz mit den Konservativen ausgesprochen. Die Unterstützung Rasmussens zahlte sich für die französischen Sozialisten aus. Der Posten des Generalsekretärs wurde mit Philip Cordery besetzt. Dieser hatte bis dahin die Internationale Abteilung der PS geleitet und setzte sich wie Rasmussen für eine Stärkung der SPE als europäischer Akteur ein. Die Forderung der französischen Sozialisten, dass die SPE der von Kommissionspräsident José Manuel Barroso vorgeschlagenen Europäischen Kommission nicht zustimmt, kann auch als Anzeichen der Politisierung gewertet werden.¹⁶¹³

Die Wahlniederlage hatte das transnationale Engagement der *Parti socialiste* gestärkt. Sie entwickelte auf verschiedenen Ebenen ihre internationalen Beziehungen weiter. Auf bilateraler Ebene gab es gemeinsame Erklärungen mit der SPD – wie schon 2002 oder später 2007.¹⁶¹⁴ Auch die Föderationen und Strömungen engagierten sich transnational. So entwickelten sich die internationalen Beziehungen zwischen einzelnen Föderationen, die sich häufig an Städtepartnerschaften orientieren. Auch hat sich Rolle der Föderation der Franzosen im Ausland verändert. Die schwedische Sektion der PS hat sich zum Beispiel in die dortige kommunale schwedische Sektion integriert.¹⁶¹⁵

Die einzelnen Strömungen innerhalb der Partei bauten ihre europäischen Netzwerke weiter aus und näherten sich der globalisierungskritischen Bewegung an. So nahm der Club „Soziale Republik Europa“ am Europäischen Sozialforum und 2002 erstmalig am Weltsozialforum in Porto Allegre teil. Die SPE traf ihrerseits 2004 die Entscheidung, am nächsten Sozialforum teilzunehmen.¹⁶¹⁶ Der Europaabgeordnete Harlem Désir entwickelte sich laut Laurent Olivier

¹⁶¹² Olivier 2005, S. 161

¹⁶¹³ Vgl. Olivier 2005, S. 162f.; vgl. zur Wahl von Rasmussen und Cordery als Generalsekretär auch Hanley 2008, S. 77 und Day 2007, S. 197

¹⁶¹⁴ Vgl. SPD, PS 2007; vgl. Bläsius et al.

¹⁶¹⁵ Vgl. Olivier 2005, S. 164; vgl. auch Rütter– Philip Cordery 28.03.2006

¹⁶¹⁶ Vgl. Olivier 2005, S. 167

im Europäischen Parlament zum Spezialisten für die globalisierungskritische Bewegung.¹⁶¹⁷ Er leitete das globale Forum der Parlamentarier anlässlich der Weltsozialforen und gründete im Europäischen Parlament eine parteiübergreifende Gruppe zur Globalisierung, die zu einer ersten Abstimmung über die Tobin-Steuer im Europäischen Parlament führte. Nach Ablehnung des Verfassungsvertrages forderte Désir einen neuen europäischen Konvent, der auch die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen einbeziehen sollte.¹⁶¹⁸ Die Aktivitäten Désirs blieben jedoch nur lose verbunden mit der Parteiführung und wurden in erster Linie über seine Internetseite sowie seinen Newsletter kommuniziert.¹⁶¹⁹ Trotz zahlreicher Hinweise auf ein verstärktes transnationales Engagement blieb dieses somit punktuell.

Mit der Debatte um den Europäischen Verfassungsvertrag veränderte sich das transnationale Engagement der Partei. Die Jugendorganisation der französischen Sozialisten distanzierte sich von ECOSY, der 1992 auf Initiative von Philip Cordery gegründeten Jugendorganisation der SPE. Diese wollte die Konflikte um den Europäischen Verfassungsvertrag nicht offiziell austragen. Das *Mouvement des jeunes socialistes* (MJS), das 1992 noch an der Seite von Elisabeth Guigou für den Vertrag von Maastricht geworben hatten, initiierte im November 2004 einen gemeinsamen Appell, der zu einer Änderung des Europäischen Verfassungsvertrags aufrief. Dabei wurden sie von jungen Sozialisten in Schweden, Estland, Malta und Deutschland unterstützt.¹⁶²⁰ Die Minderheitenströmungen der PS, die aus der *Gauche socialiste* hervorgegangene *Nouveau Monde* und die *Nouveau Parti socialiste* sowie die *Forces militantes*, schlossen sich der französischen Kopernikus-Stiftung (*Fondation Copernic*) an. Dieser *Think-Tank* setzte sich für ein linkes Nein zur Verfassung ein und führte Gewerkschaftler, Wissenschaftler sowie Vereins- und Parteimitglieder seit 1998 in der „Ablehnung des neoliberalen Denkens“ zusammen.¹⁶²¹

Die Debatte über den Europäischen Verfassungsvertrag sei in Frankreich nicht in ähnlicher Weise geführt worden wie in den anderen Ländern. Das Netzwerk der linken Flügel der deutschen, französischen und italienischen Sozialdemokraten habe informell ganz gut funktioniert, so Philip Cordery, Generalsekretär der SPE. Mit der Debatte über den Verfassungsvertrag sei die Zusammenarbeit jedoch ausgesetzt worden.¹⁶²² Die Gefahr einer Isolierung der französischen Sozialisten war eines der Argumente der Befürworter des Verfassungsvertrages. Die Minderheitenflügel hielten jedoch dagegen, dass die Mitglieder in den anderen sozialdemo-

¹⁶¹⁷ Vgl. Olivier 2005, S. 177; vgl. auch das Portrait von Harlem Désir auf dessen Website: www.harlemdesir.com (zuletzt abgerufen: 6.04.2009)

¹⁶¹⁸ Vgl. Désir 2005, S. 38f.

¹⁶¹⁹ „Ces activités qui s’insèrent dans un réseau personnel du député européen restent peu relayées par la direction partisane. Partiellement médiatisées par la délégation socialiste française, elles font l’objet d’une communication relativement limitée par le biais de la lettre et du site Internet personnel d’H. Désir.“ Olivier 2005, S. 177

¹⁶²⁰ Vgl. Olivier 2005, S. 166f.

¹⁶²¹ Vgl. Olivier 2005, S. 173; vgl. auch www.fondation-copernic.org (zuletzt abgerufen: 27.04.2009)

¹⁶²² Vgl. Rüter– Philip Cordery 28.03.2006

kratischen Parteien Europas nicht befragt worden seien und es innerhalb der SPE keine richtige Debatte gegeben habe, da deren Vorsitzender das Ja verteidigt habe.¹⁶²³

Die französischen Sozialisten waren neben der Arbeiterpartei Maltas die einzige Partei innerhalb der SPE, die dem Verfassungsvertrag kritisch gegenüberstand.¹⁶²⁴ Die maltesische Arbeiterpartei, die eine Kampagne gegen den Beitritt Maltas zur Europäischen Union geführt hatte, stimmte schließlich dem Verfassungsvertrag zu.¹⁶²⁵ Die ambivalente Haltung der französischen Sozialisten überraschte die europäischen Sozialdemokraten. Aus deren Sicht trug der Vertrag die Handschrift der französischen Linken mit einer Festschreibung der Grundrechte, Fortschritten bei der politischen und sozialen Integration Europas sowie den Garantien für Dienstleistungen im Bereich der Daseinsfürsorge (*services d'intérêt général*). Unverständlich war vor allem die Kritik an der Charta der Grundrechte, für die die Sozialisten sich selbst eingesetzt hatten. Im Hinblick auf den dritten Teil des Vertrags konnten die Schwesterparteien durchaus die Kritik an der noch immer schwach ausgeprägten sozialen Dimension des Vertrags verstehen, aber nicht die Zögerlichkeiten bei der Akzeptanz der Marktwirtschaft.¹⁶²⁶

Die Zustimmung zum Verfassungsvertrag beim internen Referendum im Dezember 2004 ließ die europäischen Partner vermuten, dass diese zu einem positiven Votum der französischen Bevölkerung beiträgt. Als die öffentliche Meinung in Frankreich immer skeptischer wurde, unterstützten die europäischen Sozialdemokraten die französischen Sozialisten. So setzten sich die Europaabgeordneten der SPE-Fraktion für eine Änderung der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie ein. Parteivorsitzende und Führungsmitglieder der sozialdemokratischen Schwesterparteien nahmen darüber hinaus an zahlreichen Treffen in Frankreich teil.¹⁶²⁷

Die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags schwächte die französischen Sozialisten innerhalb der europäischen Sozialdemokratie. Für die *Parti socialiste* trugen hierzu die Spaltung der Partei und die intensiv geführte Auseinandersetzung bei. Der Verfassungsgegner Jean-Luc Mélenchon beschreibt die Unversöhnlichkeit beider Lager innerhalb der Partei:

„Les animateurs du oui de gauche se sont auto-isolés avec fougue, au point de n'avoir plus aucune distance avec leur propre propagande de mots d'ordre hostiles aux tenants du non, et sans en mesurer les conséquences disproportionnées.“¹⁶²⁸

Im Gegensatz zu den französischen Sozialisten hatte die niederländische Arbeiterpartei sich geschlossen für die Zustimmung eingesetzt und hatte nicht wie die PS zur Stärkung und zum Sieg des Nein-Lagers beigetragen.¹⁶²⁹ Monique Saliou, die 2005 Delegierte der PS für Inter-

¹⁶²³ Vgl. Olivier 2005, S. 168

¹⁶²⁴ Vgl. Olivier 2005, S. 161

¹⁶²⁵ Vgl. Saliou 2005, S. 51

¹⁶²⁶ Vgl. Saliou 2005, S. 51f.

¹⁶²⁷ Vgl. Saliou 2005, S. 52f.

¹⁶²⁸ Mélenchon 2005, S. 104

¹⁶²⁹ Vgl. die Analyse zum Referendum in den Niederlanden bei Cuperus 2005

nationales und später europapolitische Beraterin von Ségolène Royal war, differenziert verschiedene Reaktionen innerhalb der europäischen Sozialdemokratie.¹⁶³⁰ Eine sei geprägt von einer Mischung aus Enttäuschung und Wut, aber auch Solidarität. Die belgischen, luxemburgischen, dänischen oder schwedischen Sozialdemokraten waren sich ihrerseits keineswegs der Zustimmung der öffentlichen Meinung sicher. Die deutschen Sozialdemokraten hatten angesichts der Linkspartei durchaus Verständnis für die französische Situation. Für die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Ost- und Mitteleuropa hingegen bestätigte sich das Bild, dass die französische Linke die Osterweiterung ablehne. Die Weltpresse habe sich über die französischen Ängste vor dem „polnischen Klemptner“ lustig gemacht, man könne sich den Tenor der Medien in Warschau oder Prag vorstellen, so Saliou.¹⁶³¹ Eine weitere Gruppe von Sozialdemokraten, wie beispielsweise die niederländische Arbeiterpartei, sah in der französischen Ablehnung eine Gelegenheit, selbst eine bedeutendere Rolle in der europäischen Sozialdemokratie zu übernehmen. Der deutsch-französische Motor für die Europäische Union hatte demnach ausgedient. Für die britische *Labour-Party* war die französische Ablehnung eine Überraschung, auf die sie mit heimlicher Zufriedenheit bzw. Indifferenz reagierte.¹⁶³² Nicht nur die französischen Sozialisten, sondern auch ihre Europavision ging geschwächt aus dem Referendum hervor: „C’est bien l’Europe à la française‘ qui a été défaite le 29 mai.“¹⁶³³

4.8.7 Fazit: Europa der Kompromisse oder Europa à la française?

Die sozialistische Partei hatte Europa zu ihrer Antwort auf die Globalisierung gemacht, jedoch hatte sie sich über die Frage gespalten, welches Europa es sein sollte. Diese Frage ist für die Partei brisant geworden, seit ihr bewusst wurde, dass sie sich mit ihrer Politik immer weiter von den unteren Schichten entfernt hatte. Henri Emmanuelli sprach auf dem Parteitag von Dijon von zwei unterschiedlichen Ausrichtungen des französischen Sozialismus. Die eine nähert sich der Sozialdemokratie an und setzt sich für Reformen im bestehenden System der Europäischen Union ein, die andere ist in der Protestkultur verankert und fordert eine grundsätzliche Neuausrichtung des Integrationsprozesses. Die Frage ist, inwieweit die Partei bereit ist, auf europäischer Ebene mit ihren sozialdemokratischen Partnern Kompromisse einzugehen oder ob sie fürchtet, dass diese Kompromissbereitschaft sie zu sozialliberalen Positionen zwingt und zur Aufgabe ihrer historischen Besonderheiten führt.¹⁶³⁴

¹⁶³⁰ Vgl. Saliou 2005, S. 54ff.

¹⁶³¹ Vgl. kritisch zur Verbindung der sozialen und der nationalen Frage, die dem demokratischen Sozialismus fern liege, auch Désir 2005, S. 31

¹⁶³² „Il y a un plan B, mais c’est le plan britannique – libéralisation, dérégulation, rapprochement avec les États-Unis – qui sert de programme à la présidence de l’Union.“ Moscovici 2005, S. 12; Vgl. zu den Differenzen zwischen dem britischen und dem französischen Modell und den Konsequenzen für die europäische Sozialdemokratie: Day 2007, S. 202f.

¹⁶³³ Moscovici 2005, S. 12

¹⁶³⁴ Vgl. Olivier 2005, S. 178

Es handelt sich um eine traditionelle Konfliktlinie zwischen Reformismus und Radikalität.¹⁶³⁵ Moscovici sieht die Gefahr, dass radikale Forderungen die PS in eine Sackgasse führen und hält die Position von Fabius oder Emmanuelli für verantwortungslos. Die einzige Lösung sei ein reformorientierter Sozialismus, dessen europapolitische Strategie die der Einflussnahme innerhalb der SPE sein müsse.¹⁶³⁶ Die entscheidende Herausforderung ist nach Marc Lazar und Jean-Pierre Rosanvallon jedoch die inhaltliche Bestimmung dieses Reformismus.¹⁶³⁷ Diese inhaltliche Bestimmung kann in der V. Französischen Republik aufgrund des Wahlsystems nicht ohne Klärung der Bündnisfrage erfolgen. Sowohl die linken Radikalen als auch die Grünen sind kein stabiler und starker Partner für die Sozialisten. Die extreme Linke hat die Protestfunktion der kommunistischen Partei übernommen und lehnt jegliche Zusammenarbeit mit der PS ab.¹⁶³⁸ Ségolène Royal schlug eine Annäherung an die politische Mitte und François Bayrou vor. Sie profitierte von den neuen Strukturen in der PS, um innerparteiliche Blockaden aufzulösen und setzte sich über die Meinung angesehener Parteimitglieder hinweg. Die Wahl von Martine Aubry zur Parteivorsitzenden im November 2008 hat die Partei jedoch wieder in einer linken Strategie geeint, wobei die Anhänger von Royal eine starke innerparteiliche Opposition bleiben. Aubrys Wahl ist Ausdruck des Festhaltens an den Traditionen und Werten der *Parti socialiste*. Die Bündnisfrage bleibt jedoch weiterhin ungeklärt.

Unbestritten ist, dass die PS im linken Lager trotz der sie bekämpfenden extremen Linken die Führungsrolle inne hat. Sie ist auch die einzige Partei mit aussichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen. Diese Gründe untermauern die These, dass Frankreich sich zu einem Zweiparteiensystem entwickelt hat, in dem die Exekutive von zwei Parteien monopolisiert und lediglich in Zeiten der Kohabitation geteilt wird.¹⁶³⁹

Nach dem Referendum über den Verfassungsvertrag hat die *Parti socialiste* Europa erneut in der politischen Debatte unterdrückt.¹⁶⁴⁰ Die Differenzen im Parteivorstand zwischen Pierre Moscovici und Benoît Hamon verdeutlichen die europapolitische Blockade. Der Prozess der Europäischen Integration verlangt vor dem Hintergrund der Osterweiterung und der neuen Rahmenbedingungen der europäischen Politikgestaltung jedoch nach innovativen Ideen und Konzepten. Für Elisabeth Guigou ist die Entscheidung aus dem Jahr 1983 zum Verbleib im Europäischen Währungssystem längst akzeptiert worden. Bei der Erweiterung der Europäischen Union handele es sich allerdings um eine Debatte, die nie entschieden worden sei: Ver-

¹⁶³⁵ Vgl. Rütter– Philip Cordery 28.03.2006; vgl. Rütter – Pervenche Berès 11.04.2006b; vgl. auch „la gauche sociale-démocrate“ und „la gauche radicale“ bzw. „la gauche du oui et du non“ bei Moscovici 2006, S. 89

¹⁶³⁶ Vgl. Moscovici 2006, S. 183; 191

¹⁶³⁷ „La question centrale qui se pose au PS est de passer d'un réformisme de méthode, désormais acquis, à un réformisme de contenu, qui reste à construire. Le deuxième point, plus inquiétant, c'est que le PS est un parti d'élus, de cadres, de profs et de fonctionnaires. Sa base sociale est aujourd'hui trop étroite pour en faire une puissance réformatrice.“ Vgl. Rosanvallon et al. 16.05.2003

¹⁶³⁸ Vgl. Grunberg 2009, S. 8

¹⁶³⁹ Vgl. Grunberg 2009, S. 5

¹⁶⁴⁰ Vgl. Moscovici 2006, S. 96

tiefung oder Erweiterung? Die wahre Frage für die Sozialisten sei heute, ob man trotz der Erweiterung weiterhin die Perspektive einer politischen Union aufrecht erhalten kann.¹⁶⁴¹

Dabei muss das eine nicht auf Kosten des anderen gehen. Vertiefung und Erweiterung sind zusammen denkbar, wenn die politischen Eliten, so die These von Christian Lequesne, nicht einen zu nostalgischen Blick auf ein Europa hätten, das seit dem Fall der Berliner Mauer nicht mehr existiere.¹⁶⁴² Die deutliche Ablehnung der Osterweiterung in Frankreich ist auch auf das mangelnde Engagement der pro-europäischen Elite zurückzuführen. Verglichen mit dem euroskeptischen und -kritischen Diskurs waren sie sehr verhalten und nicht in der Lage, eine positive Vision Europas zu entwickeln.

„L’exception française sur la question de l’élargissement est due essentiellement au manque de travail politique de conviction et de mobilisation des élites pro-européennes, qui, elles-mêmes, ont paru se désintéresser de cette question.“¹⁶⁴³

Für Henri Nallet liegt bei den politischen Eliten – ob im linken oder rechten Lager – eine große Verantwortung für die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags. Sie hätten sich lange Zeit keine Gedanken über Europa gemacht und sich vor allem nicht gefragt, welche Bedeutung die Erweiterung der Europäischen Union für die weitere Entwicklung Europas habe. Sie seien in ihrem alten Denkschema verhaftet geblieben und erstaunt gewesen, als sie gemerkt hätten, das Europa so nicht funktioniere.¹⁶⁴⁴

¹⁶⁴¹ Vgl. Rüter – Elisabeth Guigou 11.04.2006a

¹⁶⁴² Vgl. Lequesne 2008, S. 140

¹⁶⁴³ Grunberg, Lequesne 2004, S. 55

¹⁶⁴⁴ Vgl. Rüter – Henri Nallet 05.04.2006

Fazit: Die Europäisierung der *Parti socialiste* angesichts inner- und zwischenparteilicher Konflikte

„L'Europe sera sociale ou ne sera pas.“¹⁶⁴⁵ In den 1980er Jahren gelang es François Mitterrand, die Kritik am Kapitalismus zu europäisieren. Eine sozialistische Politik in Frankreich und die Fortsetzung der Europäischen Integration waren kein Widerspruch mehr, sondern wurden zusammengedacht. Europa wurde zur Zukunftsperspektive des französischen Sozialismus und die sozialistische Partei – in ihren Worten – zur ersten europäischen Partei Frankreichs. Es gab nur ein Problem: Europa wurde nicht sozial.

Der bis dato vor allem an ökonomischen Interessen und Effizienz orientierte Integrationsprozess verlor Anfang der 1990er Jahre die Zustimmung der Öffentlichkeit. Es schlug die Stunde der Parteien in Europa. Ihr Beitrag zur politischen Willensbildung wurde eingefordert und im Vertrag von Maastricht offiziell anerkannt. Die selbsterklärte erste europäische Partei Frankreichs musste die Europapolitik, die sie selbst in der Regierungsverantwortung mitgestaltet hatte, gegenüber ihren Wählern legitimieren. Dabei stellten sich jedoch einige Nebenfolgen des Integrationsprozesses heraus, die für die *Parti socialiste* eher eine Restriktion als eine Option der Europäisierung waren.

Anhand von vier Kategorien – der Programmatik, dem Parteienwettbewerb, der Organisation und den transnationalen Beziehungen – wurde untersucht, ob die *Parti socialiste* sich europäisiert hat. Mithilfe des partei- und europapolitischen Kontexts wurden die beobachteten Entwicklungen eingeordnet und die Voraussetzungen herausgearbeitet, unter denen die Partei die Europapolitik wahrgenommen hatte. Eine zentrale Voraussetzung waren, so die eingangs formulierte These, die inner- und zwischenparteilichen Konflikte.

Europäisierung der parteipolitischen Programmatik

Die Analyse der vier Kategorien hat gezeigt, dass die *Parti socialiste* sich europäisiert hat. Alle vier Kategorien zeigen Rückwirkungen der europäischen Politik auf die *Parti socialiste*. Die europapolitische Programmatik spielte auf jedem Parteitag eine Rolle. Auch anlässlich der Europawahlen entwickelte die Partei eigene Positionen, die sie seit 1984 mit den europäischen Sozialdemokraten abstimmte. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde die programmatische Arbeit der Partei aufgewertet. 1996 und 1999 fanden zwei kleine Parteitage ausschließlich zur Europapolitik statt. 2004 wurde erstmals ein parteiinternes Referendum durchgeführt, um die europapolitische Linie der Partei festzulegen.

¹⁶⁴⁵ Vgl. Manifeste socialiste pour l'élection européenne. Introduction de Laurent Fabius. In: PS Info. Le Poing et la Rose, spécial responsables, Nr. 405, 13. Mai 1989, S. 1.

Die programmatische Arbeit der *Parti socialiste* folgte dem Ziel, ein linkes Profil zu entwickeln und die politische Auseinandersetzung mit den Konservativen auf der europäischen Ebene fortzuführen. Die institutionelle Ausgestaltung Europas war gegenüber konkreten europäischen (sozialen) Politiken nur sekundär. Schon früh sprach sich die *Parti socialiste* für eine differenzierte Integration aus, die besonders ambitionierten Mitgliedstaaten ermöglichen sollte, schneller voranzuschreiten. Die Vertiefung des Integrationsprozesses war in den 1990er Jahren ein leitendes Motiv und wurde für die Sozialisten zur Voraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Union.

Der sogenannte Euro-Gaullismus der 1980er Jahre führte allerdings dazu, dass die französischen Sozialisten bei der Vertiefung der Europäischen Union an französischen Vorstellungen festhielten. Europa wurde in den Augen der Sozialisten französisch und nicht umgekehrt. So übertrug die Partei ihre gescheiterten Wirtschafts- und Sozialreformen auf die europäische Ebene, auf der die linkskeynesianische Politik fortgesetzt werden sollte. Auch hielt sie am französischen Modell des *Service public* fest. Dieses sollte auf nationaler Ebene geschützt und auf europäischer Ebene eingeführt werden. Die Konzeption der Wirtschafts- und Währungsunion widersprach hingegen der französischen Tradition der politischen Steuerung der Wirtschaft. Sie wurde zum Gegenstand der innerparteilichen Auseinandersetzung.

Indirekte Effekte der Europäisierung im Parteienwettbewerb

Rückwirkungen der europäischen Politik gab es auch im Parteienwettbewerb. Die Europawahlen sind zwar im Vergleich mit Wahlen, die zur Machtverteilung auf nationaler Ebene beitragen, zweitrangig. Sie wurden jedoch zu einer Arena für neue politische Akteure, denen bis dahin der Erfolg bei den Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen verwehrt geblieben war. 1999 und 2003 gab es zwei Initiativen der Regierungsparteien, das Wahlrecht für die Europawahlen zu ändern, um den Einzug kleinerer Parteien ins Europäische Parlament und die nationale politische Arena zu verhindern. Die Bevölkerung lehnte die *politique politicienne* der Regierungsparteien ab und beteiligte sich immer weniger an den Wahlen. Europäische Themen spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Indirekte Effekte der Europäisierung zeigen sich auch bei erstrangigen Wahlen. Seit 1984 gehört das Bekenntnis zur Europäischen Integration zum Repertoire eines jeden Präsidentschaftskandidaten. Erst ab 1997 trugen jedoch die Rückwirkungen des Integrationsprozesses zu einer indirekten Europäisierung der Wahlkämpfe bei. Der nationale Handlungsspielraum der Regierungsparteien war seit dem Vertrag von Maastricht eingeschränkt. Die Befolgung europäischer Vereinbarungen erforderte nationale Reformanstrengungen. Die Wählerschaft strukturierte sich zunehmend entlang ihrer Bereitschaft zur europäischen Öffnung bzw. natio-

nenalen Schließung und damit indirekt auch zur Europäischen Integration. Seit den Europawahlen 1984 und dem europa- und wirtschaftspolitischen Konsens der Regierungsparteien hat der rechtsextreme Le Pen mit seinen Forderungen nach nationaler Schließung politischen Erfolg. Er verkörpert den anti-universalistischen Pol der postmateriellen Konfliktlinie, die ihm 2002 sogar den Einzug in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen ermöglichte.

Begrenzte Europäisierung der Parteiorganisation

Organisatorisch hat sich die *Parti socialiste* nur in Ansätzen europäisiert. So richtete sie zwar 1987 ein Sekretariat für Europafragen und 2003 eines für Globalisierungsfragen ein. Diese organisatorischen Veränderungen trugen jedoch nicht dazu bei, die Europäisierung institutionell zu verstetigen. 1992 wurde das Europasekretariat wieder ins Internationale Sekretariat re-integriert. Auch unterlag die Arbeit in den Kommissionen des Sekretariats den politischen Schwankungen des Wahlerfolgs bzw. der Niederlagen. Die Europaabgeordneten befanden sich immer an der Peripherie der Partei. Ihre Rolle wurde zwar sukzessive aufgewertet. So nahmen sie zum Beispiel 1995 erstmals als dritte sozialistische Fraktion – neben Nationalversammlung und Senat – an den *journées parlementaires* teil. Aber bis heute müssen sie um die Anerkennung ihrer Arbeit kämpfen. Die Aufstellung der Listen für die Europawahl orientiert sich nicht an der Frage, wer die sozialistischen Interessen in Straßburg am besten vertreten hat bzw. dies in Zukunft kann. Strömungen und Regionen, Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie die nationale Oppositions- oder Regierungsphase bestimmen die Zusammensetzung der späteren Delegation im Europäischen Parlament.

Indirekt hat die Einführung direktdemokratischer Elemente die innerparteiliche Willensbildung zur Europapolitik verändert. Bis Anfang der 1990er Jahre überließ die *Parti socialiste* Mitterrand die Definition der Europapolitik. Seine Autorität und Kompetenz wurden nicht in Frage gestellt oder kontrolliert. Nach Verabschiedung des Vertrags von Maastricht verlor die Europäische Integration ihre außenpolitische Dimension und wurde Teil der Innen- und Parteipolitik. Angesichts der (innerparteilichen) Vertrauens- und Repräsentationskrise wurden die Beteiligungsrechte der Parteimitglieder ausgeweitet. Heute koexistieren die innerparteilichen Strömungen und direktdemokratischen Elemente. Die Strömungen, mit denen die Partei ihre Präsidentschaftskandidaten ausbildet, überlagern weiterhin die innerparteiliche Willensbildung. Die Einführung direktdemokratischer Elemente sowie der vereinfachte Parteibeitritt haben jedoch die Macht der Strömungen eingeschränkt. Ein potentieller Präsidentschaftskandidat kann ohne ihre Unterstützung seine Anhängerschaft direkt sammeln. Die Folgen für die europapolitische Willensbildung sind ambivalent. Die Schwächung der innerparteilichen Strömungen belebt die europapolitische Debatte. Die Einführung direktdemokratischer Ele-

mente ermöglicht zudem den Parteimitgliedern, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Strömung ihre Meinung auszubilden. Es kommt jedoch immer weniger zum organisierten Austausch von Argumenten, da die Willensbildung durch Befragungen und Abstimmungen atomisiert wird. Darüber hinaus sind die Strömungen nicht politisch außer Kraft gesetzt.

Europäisierung der transnationalen Beziehungen in den 1990er Jahren

Die transnationalen Beziehungen der Partei waren bis Anfang der 1990er Jahren keine strategische Option für die *Parti socialiste*. Mit der einsetzenden Wirtschaftskrise sowie dem zunehmend begrenzten Handlungsspielraum auf nationaler Ebene kam es jedoch zu einer strategischen Hinwendung zu Europa. Die 1992 gegründete SPE sollte helfen, den national eingeschränkten Handlungsspielraum auf europäischer Ebene wiederherzustellen. Lionel Jospin steht mit seinem Regierungsantritt für eine konsequente transnationale Strategie. Seine innenpolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit flankierte er mit einer europäischen Beschäftigungsinitiative.

Die Parteibasis klagte beständig ein, an der Politikformulierung im Rahmen der SPE beteiligt oder wenigstens über die Kongresse informiert zu werden. Die Arbeit in der SPE blieb jedoch der Parteiführung vorbehalten. Jospin machte die Erfahrung, dass innerhalb der SPE weiterhin nationale Interessen die politische Auseinandersetzung dominierten. In den 1990er Jahren kam es zu programmatischen Differenzen mit *New Labour* unter Tony Blair. Zwar hatte dieser den britischen Widerstand gegen eine europäische Sozialpolitik aufgehoben, jedoch lehnte Jospin Blairs „Dritten Weg“ für die europäische Sozialdemokratie ab. Jospin hielt an den traditionellen Werten der Sozialdemokratie und der Möglichkeit staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft fest.

Der Einfluss inner- und zwischenparteilicher Konflikte auf die Europäisierung

Die Rückwirkungen der europäischen Politik auf Programmatik, Parteienwettbewerb, Organisation und transnationale Beziehungen geben noch keine Auskunft über die Tragweite dieser Europäisierung. Unter der Voraussetzung von inner- und zwischenparteilichen Konflikten ist diese sehr fragil. Eine europäische Sozialisation konnte in diesem politischen Kontext nicht stattfinden. Selbst die Krise der Partei 2002 hat ihre fragile Europäisierung nicht beendet, sondern im Gegenteil 2005 zur Spaltung über die Europafrage geführt. Die Vermittlungsfunktion der politischen Parteien, die seit dem Ende des permissiven Konsenses in Europa an Bedeutung gewonnen hat, blieb für die *Parti socialiste* zweitrangig.

Die innerparteiliche Willensbildung zwischen Desinteresse und Kritik

Die Analyse der innerparteilichen Willensbildung hat gezeigt, dass die Debatte von der realpolitischen Entwicklung in Europa abgekoppelt wurde. Die eigentlichen Konfliktgegenstände wurden ausgeklammert, um die innerparteiliche Geschlossenheit herzustellen. Darüber hinaus war das Interesse an konkreten europapolitischen Fragen gering – das berichteten alle befragten Europasekretäre. Die Partei ließ eine doppelte Interpretation der Europapolitik gewähren. Die eine orientierte sich an der tatsächlichen Entwicklung des Integrationsprozesses, die andere an einer idealisierten Vorstellung Europas. Die Einbindung in die Regierungsverantwortung änderte den Blick der Minister und Kabinettsmitglieder auf den Integrationsprozess. Sie lernten, dass Europa viel mehr als eine politische Idee war und gemeinschaftliches Verhandeln bedeutete. Dieser Lernprozess fand an der Parteibasis nur begrenzt statt.

Die innerparteilich verhinderten Debatten wurden in der Regel auf politischer Ebene gelöst. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre versuchte Jospin, die Diskrepanz zwischen der Rhetorik und dem politischen Handeln aufzulösen. Dies gelang ihm nur bedingt – unter anderem deswegen, weil er selbst eine ernüchterte Bilanz seiner europapolitischen Erfolge zog. Der linke Flügel der Partei kritisierte die fehlende soziale Ausrichtung des Integrationsprozesses und warf Jospin vor, dass dieser vor äußeren Zwängen resigniere anstatt sozialistische Ziele zu verteidigen. Der linke Flügel forderte nicht mehr Realismus, sondern einen Schulterchluss mit den sozialen Bewegungen und den Globalisierungskritikern. In den 1990er Jahren wurde die innerparteiliche Konfliktlinie, die das CERES bzw. *Socialisme et République* repräsentierte, abgelöst. Gegenstand der Kritik war nicht mehr die Übertragung nationalstaatlicher Souveränität, sondern die fehlende soziale Ausrichtung des Integrationsprozesses.

Die zwischenparteilichen Beziehungen und der eingeschränkte Handlungsspielraum

Den Parteienwettbewerb bestritt die *Parti socialiste* vor dem Hintergrund der innerparteilichen Konflikte und der zwischenparteilichen Bündnisse. Die Vermittlung der Europapolitik unterlag im Wahlkampf den Absprachen mit Bündnispartnern, zu denen die französischen Parteien nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen gezwungen werden. Auch bei den Europawahlen konnten Bündnisabsprachen den Stimmverlust der *Parti socialiste* durch Integration konkurrierender Listen verhindern. Die *Parti socialiste* suchte ihre Bündnispartner in der Regel im linken Lager, da die Öffnung zur politischen Mitte Ende der 1980er Jahre innerparteilich kritisiert wurde und die Wählerklientel der Partei nicht mobilisiert hatte. Die Parteien im linken politischen Lager sind jedoch mehrheitlich euroskeptisch eingestellt. Die Mehrzahl der potentiellen Bündnisse fördert also die fragile Europäisierung, weil die *Parti socialiste* Formelkompromisse eingehen muss. In der Vergangenheit war dies in der Koalition

mit den Kommunisten von 1981 bis 1984, aber auch innerhalb der *Gauche plurielle* von 1997 bis 2002 der Fall.

Die Europäisierung wird zudem erschwert, weil sie die Partei immer mehr von ihrer Wählerklientel in den unteren sozialen Schichten entfernt hat. Das Referendum über den Vertrag von Maastricht offenbarte die soziale Spaltung der Gesellschaft zum ersten Mal. Die linksextremen Parteien, die sozialen Bewegungen und die Globalisierungskritiker machten sich zum Anwalt der sozialen Errungenschaften und gewannen durch eine klare Abgrenzung von der *Parti socialiste* ihre Stärke. Bei dem Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag wurde diese gewachsene Entfremdung in der *Parti socialiste* zu einem Argument für die Ablehnung des Vertrags.

Der wachsende Einfluss von Europäischer Integration und Globalisierung setzt die Regierungsparteien äußeren Zwängen aus, die – und das war ein Vorwurf der sozialen Bewegungen – sie selbst geschaffen hatten. Sie mussten die im Vertrag von Maastricht vereinbarten Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion erfüllen. Diese zwangen sie zu einer Reformpolitik, die vor allem die Angestellten des Öffentlichen Diensts im Herbst 1995 auf die Straße trieb. Die Regierungsparteien führten zwar die Europäische Integration fort, vermieden aber sowohl im rechten als auch im linken Lager, die innenpolitischen Konsequenzen der Europapolitik in den Wahlkämpfen zu thematisieren. Sie fürchteten, als machtlose Organisationen angesehen zu werden. In diesem Sinne schlossen sie sich in einem Kartell zusammen, das die Erwartungen der Wähler minimieren wollte. Sie versuchten, sich gegen die wachsenden Wahlerfolge der Parteien an den politischen Rändern des Spektrums gemeinsam zur Wehr zu setzen.

Europäisierung als Folge der Krise und Spaltung der Partei

Aus der Wahlniederlage gegen den Rechtsextremen Le Pen zog die *Parti socialiste* 2003 die Konsequenz, sich ohne Widersprüche – in Programmatik, Wahlkampf, Organisation und transnationalen Beziehungen – zu europäisieren. Sie erklärte eine europäische Föderation zu ihrem Ziel und forderte eine offene europapolitische Debatte. Die Osterweiterung der Europäischen Union und der Europäische Verfassungsvertrag wurden jedoch zur Bewährungsprobe. Der linke Flügel fürchtete, dass die Osterweiterung ein soziales Europa unmöglich mache und der Verfassungsvertrag die neoliberale Ausrichtung in den Verträgen festschreibe. Auch die Befürworter des Vertrags von Maastricht konnten die Frage nach der Fortsetzung des sozialistischen Projekts für Europa angesichts der Osterweiterung nicht mehr eindeutig bejahen.

Wurde noch 1984 ausgeschlossen, dass die Regierungsparteien bei den Präsidentschaftswahlen einen Europa-Kritiker aufstellen würden, so änderte sich 2005 die Situation. Für Laurent

Fabius war die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags eine Strategie, um seine *présidentiabilité* unter Beweis zu stellen. Der Sieg des Nein-Lagers beim Referendum bestätigte ihn, in der *classe politique* war er jedoch diskreditiert. Fabius wurde vorgeworfen, die Europapolitik seiner persönlichen Karriere zu opfern. Eine Spaltung der Partei ließ sich nicht mehr verhindern. Wie zuvor griff die Parteiführung angesichts der innerparteilichen Konflikte zu der Strategie des Teilens und Herrschens. Die Euroskeptiker wurden in die Parteiführung eingebunden und die europapolitischen Fragen der innerparteilichen Geschlossenheit geopfert. Das strategische Kalkül überlagerte die normative Überzeugung. Die Vermittlung der europäischen Politik wurde angesichts der innerparteilichen Blockaden erneut erschwert.

Für die Fortsetzung des Integrationsprozesses kann die fehlende Legitimation der europäischen Politik zu einem Problem werden. Gegenwärtig befindet sich die Europäische Union in einem „friedlichen Naturzustand“.¹⁶⁴⁶ In Zeiten der Wirtschaftskrise droht die nationale Sichtweise, die europäische Perspektive zu überlagern. Die französischen Sozialisten stehen wie in ihrem Gründungsmoment – jedoch unter veränderten Bedingungen – vor der sozialen, politischen und nationalen Frage. Die extreme Linke, die sozialen Bewegungen und die Globalisierungskritiker mahnen die Fortsetzung des Integrationsprozesses unter sozialen Vorzeichen an. Wird es der *Parti socialiste* gelingen, diese Forderungen in ihrer Politik umzusetzen, die Bewegungen zu integrieren bzw. zu marginalisieren? Die politische Frage stellt sich angesichts des gegenwärtigen politischen Systems der Europäischen Union. Ist es in seinen Grundstrukturen durch neoliberale Züge geprägt oder können die Sozialisten die Ausrichtung der europäischen Politik innerhalb des Systems verändern? Die Beantwortung der nationalen Frage verlangt von der Partei, ihr internationalistisches Erbe mit den Forderungen nach Bewahrung der sozialen Errungenschaften des Nationalstaats in Einklang zu bringen. Die fragile Europäisierung hat bereits zu einer Spaltung der Partei geführt. Nur eine konsequente Europäisierung kann der *Parti socialiste* den Weg aus der Krise weisen. Darum beginnt und schließt die vorliegende Arbeit mit einem Appell von Bernard Poignant und Gilles Savary an die Partei:

„Notre parti doit se réconcilier résolument avec le thème européen, qu’il a trop longtemps maintenu sous embargo, avec pour conséquences une sous-information chronique de ses militants et l’émergence de réflexes de repli, souverainistes ou conservateurs, en contradiction avec son histoire et ses valeurs internationalistes.“¹⁶⁴⁷

¹⁶⁴⁶ Offe 2001, S. 432

¹⁶⁴⁷ Contributions thématiques: Parti socialiste: L’Europe au coeur! Pour en finir avec le déficit démocratique de l’Union européenne (Gilles Savary, Bernard Poignant u.a.). In: L’hebdo des socialistes, 25. Januar 2003, S. 143.

Literaturverzeichnis

World Biographical Information System Online: K. G. Saur Verlag. Online verfügbar unter <http://db.saur.de/WBIS>.

Alemann, Ulrich von (2003): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. [3. Aufl.], Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 395).

Ancelovici, Marcos (2008): Social Movements and Protest Politics. In: Cole, Alistair; Le Galès, Patrick; Levy, Jonah D. (Hg.): Developments in French politics 4. Basingstoke Hampshire, New York: Palgrave Macmillan, S. 74–91.

Ardant, Philippe; Duhamel, Olivier (1991): La Dyrachie. In: Pouvoirs, H. 91, S. 5–24.

Aspinwall, Mark D.; Schneider, Gerald (2000): Same menu, separate tables. The institutionalist turn in political science and the study of European integration. In: European Journal of Political Research, H. 38, S. 1–36.

Asselain, Jean-Charles (2001): L'expérience socialiste face à la contrainte extérieure. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984. Paris: Perrin, S. 385–430.

Aucante, Yohann; Dézé, Alexandre; Sauger, Nicolas (Hg.) (2008): Les systèmes de partis dans les démocraties occidentales. Le modèle du parti-cartel en question. Paris: Presses de Sciences Po (Collection académique).

Auel, Katrin (2006): Europäisierung nationaler Politik. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): Theorien der Europäischen Integration. 1. Aufl. Wiesbaden: VS. Verl. für Sozialwiss. (UTB Politikwissenschaft, Politische Theorie), S. 293–318.

Autret, Florence (2008): Sarkozy à Bruxelles. Paris: Éd. du Seuil.

Bachelot, Carole (2008): Revisiter les causalités de l'évolution. Le PS au prisme de la cartellisation. In: Aucante, Yohann; Dézé, Alexandre; Sauger, Nicolas (Hg.): Les systèmes de partis dans les démocraties occidentales. Le modèle du parti-cartel en question. Paris: Presses de Sciences Po (Collection académique), S. 385–411.

Bacot, Paul (2008): Les partis cartellisés selon Katz et Mair. Partitocratie monopoliste d'État ou Service public de démocratie. In: Aucante, Yohann; Dézé, Alexandre; Sauger, Nicolas (Hg.): Les systèmes de partis dans les démocraties occidentales. Le modèle du parti-cartel en question. Paris: Presses de Sciences Po (Collection académique), S. 65–88.

Bangemann, Martin (Hg.) (1978): Programme für Europa. Die Programme der europäischen Parteibünde zur Europa-Wahl 1979. Bonn: Europa-Union-Verl. (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, 51).

Bartolini, Stefano (2005): Restructuring Europe; centre formation, system building and political structuring between the nation-state and the European Union. 1. Aufl. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press.

Beauvallet, Willy (2007): Profession: eurodéputé. Les élus français au Parlement européen et l'institutionnalisation d'une nouvelle figure politique et électorale (1979-2004). Thèse de doctorat. Online verfügbar unter http://urs-srv-eprints.u-strasbg.fr/299/01/BEAUVALLET_Willy_2007.pdf.

Beck, Ulrich; Grande, Edgar (2004): Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Becker, Jean Jacques; Candar, Gilles (Hg.) (2004a): Histoire des gauches en France. L'héritage du XIXe siècle. Paris: Découverte (Collection "L'espace de l'histoire", 1).
- Becker, Jean Jacques; Candar, Gilles (Hg.) (2004b): Histoire des gauches en France. XXe siècle à l'épreuve de l'histoire. Paris: Découverte (Collection "L'espace de l'histoire", 2).
- Beilecke, François (1999): Diskursive Rehabilitierung des republikanischen Modells und Neoliberalismus-Kritik in der französischen Presse seit 1990. In: Albertin, Lothar; Asholt, Wolfgang; Bock, Hans Manfred; Christadler, Marieluise; Kolboom, Ingo; Kimmel, Adolf; Picht, Robert; Uterwedde, Henrik (Hg.): Krise des republikanischen Modells. Opladen: Leske + Budrich (Frankreich Jahrbuch), S. 97–112.
- Bell, David A.; Criddle, Byron (1994): The French Socialist Party: presidentialised factionalism. In: Bell, David S.; Shaw, Eric (Hg.): Conflict and cohesion in western European social democratic parties. 1. Aufl. London u.a.: Pinter, S. 112–132.
- Bell, David Scott; Criddle, Byron (1984): The French Socialist Party. Resurgence and victory. Oxford: Clarendon Pr.
- Belot, Céline; Cautrès, Bruno (2004): L'Europe, invisible mais omniprésente. In: Cautrès, Bruno; Mayer, Nonna (Hg.): Le nouveau désordre électoral. Les leçons du 21 avril 2002. Paris: Presses de Sciences Po, S. 119–141.
- Bendel, Petra (2005): Extremismus. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. A - M. Orig.-Ausg., 3., aktualisierte und erw. Aufl. 2 Bände. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1463), S. 233–234.
- Benoit, Bertrand (1997): Social nationalism; an anatomy of French euroscepticism. Aldershot [u.a.]: Ashgate.
- Benz, Arthur (2003): Compound Representation in EU Multi-Level-Governance. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Linking EU and national governance. Oxford: Oxford Univ. Press, S. 82–110.
- Berès, Pervenche (2004): Das „Nein“ der Hoffnung. Warum die französischen Sozialisten die EU-Verfassung ablehnen. In: Dokumente, H. 6, S. 31–37.
- Bergeroux, Noel-Jean (1979): L'échéance de l'élection présidentielle de 1981 pèse déjà sur les partis. In: Le Monde, 03.04.1979, S. 1.
- Bergounioux, Alain (2001): Le Parti socialiste, parti de gouvernement. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984. Paris: Perrin, S. 691–707.
- Bergounioux, Alain (2008): L'Europe et les socialistes français. Une perspective historique. Document No. 22: Recherche socialiste, septembre 2004. In: Hohl, Thierry (Hg.): Les socialistes français et l'Europe. Documents et analyses. Dijon: Éd. Univ. de Dijon, S. 159–164.
- Bergounioux, Alain; Grunberg, Gérard (1992): Le long remords du pouvoir. Le Parti socialiste français (1905-1992). Paris: Fayard (L'espace du politique).
- Bergounioux, Alain; Grunberg, Gérard (1996): L'utopie à l'épreuve. Le socialisme européen au XXe siècle. Paris: Éd. de Fallois.
- Bergounioux, Alain; Grunberg, Gérard (2005): L'ambition et le remords. Les socialistes français et le pouvoir (1905-2005). Paris: Fayard (L'espace du politique).
- Bernard, Guillaume (2007): Un clivage pertinent. Permanences et évolutions de la droite et de la gauche. In: Bernard, Guillaume; Dusquesnoy, Éric (Hg.): Les forces politiques françaises;

genèse, environnement, recomposition ; rapport Anteios. Paris: Presses Univ. de France, S. 197–218.

Berstein, Serge (1999): Die beiden republikanischen Modelle Frankreichs im 20. Jahrhundert. In: Albertin, Lothar; Asholt, Wolfgang; Bock, Hans Manfred; Christadler, Marieluise; Kolboom, Ingo; Kimmel, Adolf; Picht, Robert; Uterwedde, Henrik (Hg.): Krise des republikanischen Modells. Opladen: Leske + Budrich (Frankreich Jahrbuch), S. 57–65.

Berstein, Serge (2001): Le programme présidentiel. Les 110 propositions. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984. Paris: Perrin, S. 77–90.

Berstein, Serge (2006): Le gaullisme. Paris: La Documentation française.

Berstein, Serge; Sirinelli, Jean-François (Hg.) (2005): Les années Giscard. Valéry Giscard d'Estaing et l'Europe, 1974-1981. Paris: A. Colin.

Bertoncini, Yves; Chopin, Thierry (2004): Le Parlement européen - un défi pour l'influence française. In: Notes de la Fondation Robert Schuman, Nr. 21.

Beyme, Klaus von (1982): Parteien in westlichen Demokratien. München: Piper (Serie Piper, 245).

Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl.

Bieber, Roland (2004): Föderalismus in Europa. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 442), S. 125–140.

Bitsch, Marie-Thérèse (2007): La construction européenne; enjeux politiques et choix institutionnels. Bruxelles [u.a.]: PIE-Lang.

Blair, Tony; Schröder, Gerhard (1999): Der Weg nach vorn für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair. 8. Juni 1999. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 7, S. 887–896.

Bläsius, Julia; Hager, Lutz; Schmidmayr, Cornélia: Ist es Zeit für einen deutsch-französischen Motor der Linken. Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Policy Briefs der Teilnehmer, www.dgap.org).

Blyth, Mark; Katz, Richard S. (2005): From Catch-all Politics to Cartelisation. The Political Economy of the Cartel Party. In: West European Politics, Jg. 28, H. 1, S. 33–60.

Bock, Hans Manfred (1992): Von der Neugestaltung der Gesellschaft zur Erneuerung sozialistischer Moral. Zum Parteitag '91 und zum Nouvel Horizon des Parti Socialiste. In: Lendemains, Jg. 17, H. 65, S. 106–116.

Bock, Hans Manfred (2005): Reformkraft für das 21. Jahrhundert. Modernisierung und Mutation in der Parti Socialiste. In: Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik; Kimmel, Adolf (Hg.): Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel ; Festschrift für Adolf Kimmel. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Frankreich-Studien, 11), S. 145–164.

Bode, Ingo (1999): Abschied vom Vorsorgestaat. Sozialpolitik und Zivilgesellschaft à la française. In: Albertin, Lothar; Asholt, Wolfgang; Bock, Hans Manfred; Christadler, Marieluise; Kolboom, Ingo; Kimmel, Adolf; Picht, Robert; Uterwedde, Henrik (Hg.): Krise des republikanischen Modells. Opladen: Leske + Budrich (Frankreich Jahrbuch), S. 121–144.

Boksenbaum, Jean-Claude (1984a): 1984, élections européennes. 3 Bände. Paris (1).

Boksenbaum, Jean-Claude (1984b): 1984, élections européennes. 3 Bände. Paris (3).

- Bossuat, Gérard (Hg.) (2003): *Inventer l'Europe; Histoire nouvelle des groupes d'influence et des acteurs de l'unité européenne*. Unter Mitarbeit von G. Saunier. Bruxelles [u.a.]: Lang.
- Bossuat, Gérard (2004): *Le Parti des Socialistes européens dans la bataille des élections européennes*. In: Martin, Pierre; Cot, Jean-Pierre; Bossuat, Gérard; Cépède Frédéric; Tulmets, Elsa; Garcia, Xavier; Candiard, Adrien (Hg.): *Les socialistes et les élections européennes 1979-2004 (Les Notes de la Fondation Jean Jaurès - Histoire de mémoire, 39)*, S. 43–68.
- Bossuat, Gérard (2005): *Faire l'Europe sans défaire la France. 60 ans de politique d'unité européenne des gouvernements et présidents de la République Française (1943 - 2003)*. Bruxelles, Bern, Berlin, Frankfurt am Main, New York, Oxford, Wien: PIE Lang (Euroclio, 30).
- Bossuat, Gérard (2007): *La culture politique des dirigeants français*. In: Bitsch, Marie-Thérèse; Loth, Wilfried; Barthel, Charles (Hg.): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*. Bruxelles: Bruylant, S. 7–26.
- Böttcher, Barbara (2006): *Wirtschaftspolitik*. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): *Europa von A bis Z*. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 384–387.
- Bouillaud, Christophe (2005): *L'eurosepticisme partisan lors des élections européennes de juin 2004. Un premier essai d'estimation et d'explication*. In: Delwit, Pascal; Poirier, Philippe (Hg.): *Parlement puissant, électeurs absents. Les élections européennes de juin 2004*. Bruxelles: Univ. de Bruxelles (Sociologie politique), S. 219–249.
- Bouvet, Laurent (2008): *Die Zukunft des Solidaritätsprinzips in der EU. Nationale oder europäische Solidarität*. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., S. 165–174.
- Boy, Daniel (Hg.) (2003): *C'était la gauche plurielle*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Braud, Maurice (2003): *Le débat sur l'Europe au Parti socialiste: en progrès, mais peut mieux faire !* In: *Recherche socialiste*, H. 176, www.temps-reels.net, zuletzt geprüft am 30.04.2009.
- Bréchon, Pierre (2004): *La France aux urnes. Soixante ans d'histoire électorale*. Éd. 2004. Paris: Documentation Française (Notes et études documentaires, 5182/83).
- Bréchon, Pierre (2005): *Les partis dans le système politique*. In: Bréchon, Pierre (Hg.): *Les partis politiques français*. Paris: La Documentation française (Les études de la documentation française), S. 7–13.
- Bréchon, Pierre (Hg.) (2008): *Les élections présidentielles en France. Quarante ans d'histoire politique*. Paris: Documentation Française (5266-67).
- Bréchon, Pierre; Denni, Bernard (2008): *L'élection dans son contexte. Candidats et forces en présence*. In: Bréchon, Pierre (Hg.): *Les élections présidentielles en France. Quarante ans d'histoire politique*. Paris: Documentation Française (5266-67), S. 21–66.
- Bréchon, Pierre; Laurent, Annie; Perrineau, Pascal (Hg.) (2000): *Les cultures politiques des Français*. Paris: Presses de Sciences Po.
- Brunet, Jean Paul (2003): *SFIO*. In: Sirinelli, Jean-François (Hg.): *Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle*. [Nouv. éd. actualisée]. Paris: Presses Univ. de France (Quadrige / Dicos poche), S. 1154–1159.
- Brunn, Gerhard (2005): *Die europäische Einigung von 1945 bis heute*. Lizenzausgabe. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 472).

- Bulmer, Simon J. (1998): New institutionalism and the governance of the Single European Market. In: *Journal of European Public Policy*, Jg. 5, H. 3, S. 365–385.
- Bulmer, Simon J. (2007): Theorizing Europeanization. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): *Europeanization. New research agendas*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 46–58.
- Bundesrepublik Deutschland: Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. GG.
- Burgess, Michael (2005): Federalism. In: Wiener, Antje; Diez, Thomas (Hg.): *European integration theory*. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press, S. 25–43.
- Caporaso, James A. (2007): The Three Worlds of Regional Integration Theory. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): *Europeanization. New research agendas*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 23–34.
- Caporaso, James A.; Keeler, John T. S. (1995): The European Union and Regional Integration Theory. In: Rhodes, Carolyn; Mazey, Sonia (Hg.): *The state of the European Union. Building a European Polity*. Boulder / Harlow: Rienner [u.a.] (*The state of the European Union*, 3), S. 29–62.
- Caron, François; Favier, Jean (1991): *Frankreich im Zeitalter des Imperialismus 1851 - 1918*. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst. (Geschichte Frankreichs / hrsg. von Jean Favier, 5).
- Cautrès, Bruno; Denni, Bernard (2000): Les attitudes des Français à l'égard de l'Union européenne, les logiques du refus. In: Bréchon, Pierre; Laurent, Annie; Perrineau, Pascal (Hg.): *Les cultures politiques des Français*. Paris: Presses de Sciences Po, S. 323–354.
- Cayrol, Roland (1995): L'univers sociopolitique des électeurs européens. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote des douze; les élections européennes de juin 1994*. Paris: Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, S. 181–202.
- Charlot, Jean (1994): *La politique en France*. Paris: Éditions de Fallois (Références).
- Charzat, Michel; Toutain, Ghislaine; Chevènement, Jean-Pierre (1977): *CERES - Strategie für den Sozialismus*. Hamburg: VSA (Reihe Positionen der Sozialisten., 1.).
- Checkel, Jeffrey T. (15.08.1998): *Social Construction and Integration*. (ARENA Working Papers, WP 98/14).
- Checkel, Jeffrey T. (1999a): Norms, Institutions, and National Identity in Contemporary Europe. In: *International Studies Quarterly*, Jg. 43, H. 1, S. 83–114.
- Checkel, Jeffrey T. (1999b): *Social Construction and Integration*. In: *Journal of European Public Policy*, Jg. 6, H. 4, S. 545–560.
- Checkel, Jeffrey T. (2001a): *Social Construction and European Integration*. In: Christiansen, Thomas; Jørgensen, Knud Erik; Wiener, Antje (Hg.): *The social construction of Europe*. London: SAGE, S. 50–64.
- Checkel, Jeffrey T. (2001b): Why comply. Social Learning and European Identity Change. In: *International Organization*, Jg. 55, H. 3, S. 553–588.
- Checkel, Jeffrey T. (2005): *International Institutions and Socialization in Europe. Introduction and Framework*. In: *International Organization*, Jg. 59, H. 4, S. 801–826.
- Christadler, Marieluise (1999): Neorepublikanismus gegen die Krise der Republik. In: Albertin, Lothar; Asholt, Wolfgang; Bock, Hans Manfred; Christadler, Marieluise; Kolboom, Ingo; Kimmel, Adolf; Picht, Robert; Uterwedde, Henrik (Hg.): *Krise des republikanischen Modells*. Opladen: Leske + Budrich (*Frankreich Jahrbuch*), S. 31–55.

- Christadler, Marie-Luise (1987): Regierungswechsel oder hegemoniale Wende in Frankreich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 6-7, S. 24–34.
- Clift, Ben (2003): *French socialism in a global era; the political economy of the new social democracy in France*. 1. Aufl. New York [u.a.]: Continuum.
- Clift, Ben (2001): The Jospin Way. In: *The Political Quarterly*, Jg. 72, H. 2, S. 170–179.
- Cohen, Élie (1998): Le débat économique. La double tentation. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote surprise; les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997*. Paris: Presses des Sciences PO, S. 77–96.
- Cohen, Samy (2007): Les acteurs de la politique étrangère. In: *Regards sur l'actualité*, H. 332, S. 17–25.
- Cole, Alistair (1996): The French Socialists. In: Gaffney, John (Hg.): *Political parties and the European Union*. 1. Aufl. London [u.a.]: Routledge, S. 71–85.
- Cole, Alistair (2000): Das französische Parteiensystem in den 90er Jahren. Wandlungstendenzen und Erklärungsmuster. In: Ruß, Sabine; Schild, Joachim (Hg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. Opladen: Leske + Budrich (Lehrtexte Politik, Aufsatzsammlung), S. 35–56.
- Cole, Alistair (2002): Understanding Jospin. In: *Modern and Contemporary France*, Jg. 10, H. 3, S. 293–296.
- Colombani, Jean-Marie (1979): M. Mitterrand demande aux Français de ne pas manquer "le rendez-vous de l'Europe et du socialisme". In: *Le Monde*, 18.05.1979, S. 10.
- Conseil Constitutionnel: *Constitution du 4 octobre 1958*.
- Crespy, Amandine (2008): Response to the Anti-Globalization Protest and Intra-Party Tactics. In: *French Politics*, H. 6, S. 23–44.
- Crozier, Michel (1970): *La société bloquée*. Paris: Éd. du Seuil (Points, 47).
- Cuperus, René (2005): Les raisons du ‚non‘ néerlandais. Anatomie du nouvel euroscepticisme de la vieille Europe. In: *La Revue socialiste*, H. 20, S. 40–49.
- Cuperus, René; Duffek, Karl; Kandel, Johannes (2001a): European Social democracy. A story of multiple third ways – an introduction. In: Cuperus, René; Duffek, Karl; Kandel, Johannes (Hg.): *Multiple Third Ways. European social democracy facing the twin revolution of globalisation and the knowledge society*. Amsterdam / Berlin / Wien, S. 13–25.
- Cuperus, René; Duffek, Karl; Kandel, Johannes (Hg.) (2001b): *Multiple Third Ways. European social democracy facing the twin revolution of globalisation and the knowledge society*. Amsterdam / Berlin / Wien.
- Dahrendorf, Ralf (1987): Das Elend der Sozialdemokratie. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Jg. 41, H. 12, S. 1021–1038.
- Day, Stephen (2005): Developing a Conceptual Understanding of Europe's Transnational Political Parties. With a Specific Focus on the Party of European Socialists. In: *Journal of Contemporary European Studies*, Jg. 13, H. 1, S. 59–77.
- Day, Stephen (2007): Die Sozialdemokratische Partei Europas - transnationale Bestrebungen, nationale Realitäten. In: Becker, Franz; Duffek, Karl; Mörschel, Tobias (Hg.): *Sozialdemokratische Reformpolitik und Öffentlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 178–207.

- Déloye, Yves (2005): Élections de second ordre. In: Déloye, Yves (Hg.): Dictionnaire des élections européennes. Paris: Economica (Collection Études politiques), S. 221–223.
- Delwit, Pascal (1995): Les partis socialistes et l'intégration européenne. France, Grande-Bretagne, Belgique. Bruxelles: Éd. de l'Univ. de Bruxelles (Collection "Etudes européennes").
- Delwit, Pascal (1996): La gauche et l'Europe. In: Lazar, Marc (Hg.): La gauche en Europe depuis 1945. Invariants et mutations du socialisme européen. Paris: Presses Univ. de France (Politique d'aujourd'hui).
- Delwit, Pascal (Hg.) (2004): Où va la social-démocratie européenne. Débats, enjeux, perspectives. Bruxelles: Éd. de l'Univ. de Bruxelles (Sociologie politique).
- Denni, Bernard (1993): Du référendum du 20 septembre 1992 sur l'union européenne aux élections législatives de mars 1993. In: Habert, Philippe; Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (Hg.): Le vote sanction. Les élections législatives des 21 et 28 mars 1993. Paris: Département d'Études Politique du Figaro [u.a.], S. 91–109.
- Désir, Harlem (2005): Puisque tout n'est pas à refaire. In: La Revue socialiste, H. 20, S. 24–39.
- Desmeuliers, Vincent (2005): Démocratie et partis politiques. L'exemple du Parti socialiste. In: Revue du MAUSS, Jg. 25, H. 1, S. 287–304.
- Devin, Guillaume (1996): L'internationalisme des socialistes. In: Lazar, Marc (Hg.): La gauche en Europe depuis 1945. Invariants et mutations du socialisme européen. Paris: Presses Univ. de France (Politique d'aujourd'hui).
- Dézé, Alexandre (2008): Le Front National. Un parti ,anticartel'. In: Aucante, Yohann; Dézé, Alexandre; Sauger, Nicolas (Hg.): Les systèmes de partis dans les démocraties occidentales. Le modèle du parti-cartel en question. Paris: Presses de Sciences Po (Collection académique), S. 369–384.
- Diez, Thomas (2001): Speaking "Europe". The politics of integration discourse. In: Christiansen, Thomas; Jørgensen, Knud Erik; Wiener, Antje (Hg.): The social construction of Europe. London: SAGE, S. 85–100.
- Diez, Thomas; Wiener, Antje (2005): Introducing the Mosaic of Integration Theory. In: Wiener, Antje; Diez, Thomas (Hg.): European integration theory. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press, S. 1–21.
- Drake, Helen (2005): France. In: Lodge, Juliet (Hg.): The 2004 elections to the European Parliament. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 109–121.
- Dray, Julien; Montebourg, Arnaud; Peillon, Vincent (2002): Le Parti socialiste doit se réformer lui-même, afin de rendre crédible sa volonté de transformer demain la société. In: Libération, 9.10.2002.
- Du Réau, Elisabeth (2001): L'engagement européen. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984. Paris: Perrin, S. 282–294.
- Du Roy, Albert (2000): Domaine réservé. Les coulisses de la diplomatie française. Paris: Ed. du Seuil.
- Duhamel, Eric (2003a): Tripartisme. In: Sirinelli, Jean-François (Hg.): Dictionnaire historique de la vie politique française au XXe siècle. [Nouv. éd. actualisée]. Paris: Presses Univ. de France (Quadrige / Dicos poche), S. 1208–1210.

- Duhamel, Olivier (1998): Dissolution ratée dans une démocratie dérégulée. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote surprise; les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997*. Paris: Presses des Sciences PO, S. 17–25.
- Duhamel, Olivier (2003b): *Pour l'Europe. Le texte intégral de la constitution expliqué et commenté*. Paris: Éd. du Seuil.
- Duhamel, Olivier (2005): *Pour l'Europe. La constitution européenne expliquée et commentée*. 2. Aufl. Paris.
- Dulphy, Anne; Manigand, Christine (2007): L'opinion française face aux élargissements. In: Bitsch, Marie-Thérèse; Loth, Wilfried; Barthel, Charles (Hg.): *Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne*. Bruxelles: Bruylant, S. 125–145.
- Duverger, Maurice (1979): Les mariages forcés. In: *Le Monde*, 06.04.1979, S. 1.
- Eder, Klaus (2003): Öffentlichkeit und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (UTB).
- Egle, Christoph (2005): Linke Rhetorik und ungelöste Probleme. Sozialdemokratische Reformpolitik in Frankreich in vergleichender Perspektive. In: Baasner, Frank; Albertin, Lothar (Hg.): *Reformpolitik in Frankreich*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Frankreich Jahrbuch, 2004), S. 81–112.
- Egle, Christoph (2006): Frankreich. In: Merkel, Wolfgang; Egle, Christoph; Henkes, Christian; Ostheim, Tobias; Petring, Alexander (Hg.): *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 197–237.
- Eising, Rainer (2003): Europäische Integration und Europäische Integration. Konzepte in der EU-Forschung. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (UTB), S. 387–416.
- Elgie, Robert; Griggs, Steven (1991): À quoi sert le PS. The influence of the parti socialiste on public policy since 1981. In: *Modern and Contemporary France*, H. 47, S. 20–29.
- Europäische Union - Amt für Veröffentlichungen: *Vertrag über die Europäische Union*.
- Favier, Jean; Martin-Roland, Michel (1991): *La décennie Mitterrand. Les épreuves (1984 - 1988)* (2).
- Favier, Pierre; Martin-Roland, Michel (1990, 1991, 1996, 1999): *La décennie Mitterrand*. Paris: Ed. du Seuil.
- Favre, Pierre (1996): La science politique française, une science à l'écart du monde. In: Léonard, Yves (Hg.): *Découverte de la science politique*. Paris (Cahiers français, 276), S. 23–30.
- Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hg.) (2003): *The politics of Europeanization*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Fenske, Hans; Mertens, Dieter; Reinhard, Wolfgang, et al. (Hg.) (2003): *Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart*. 2. Aufl., Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer Information & Wissen, 15756).
- Ferenczi, Thomas (1995): Les deux cultures de socialisme français. In: *Le Monde*, 03.02.1995.
- Ferry, Jean-Marc (1994): Die Relevanz des Postnationalen. In: Dewandre, Nicole; Lenoble, Jacques (Hg.): *Projekt Europa; postnationale Identität. Grundlage für eine europäische Demokratie*. 1. Aufl. Berlin: Schelzky, S. 30–41.

- Floch, Jacques (2004): La présence et l'influence de la France dans les institutions européennes. Herausgegeben von Délégation de l'Assemblée nationale pour l'Union européenne. Assemblée nationale. (Rapport d'information, 1594).
- Frank, Robert (2004): La gauche et l'Europe. In: Becker, Jean Jacques; Candar, Gilles (Hg.): Histoire des gauches en France. XXe siècle à l'épreuve de l'histoire. Paris: Découverte (Collection "L'espace de l'histoire", 2), S. 452–471.
- Frank, Robert (2007): Conclusion. In: Bitsch, Marie-Thérèse; Loth, Wilfried; Barthel, Charles (Hg.): Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne. Bruxelles: Bruylant, S. 467–474.
- Franklin, Mark N.; van der Eijk, Cees (2004): Potential for contestation on European matters at national elections in Europe. In: Marks, Gary (Hg.): European integration and political conflict. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press, S. 32–50.
- Friedrich, Carl J. (1964): Nationaler und internationaler Föderalismus in Theorie und Praxis. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 5, H. 2, S. 154–187.
- Friedrich, Carl J. (1968): Trends of federalism in theory and practice. London: Pall Mall P.
- Friedrich, Carl J. (1970): Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung. Eine empirische Theorie. Köln: Westdt. Verl.
- Friedrich, P. J. (1974): Die französischen Sozialisten vor der Europafrage. In: Die Neue Gesellschaft, H. 2, S. 137–141.
- Frognier, A. -P (2000): Identité et participation. Pour une approche européenne des élections européennes. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote des quinze. Les élections européennes du 13 juin 1999. Paris: Presses de Sciences Po (Chroniques électorales), S. 75–94.
- Furet, François; Julliard, Jacques; Rosanvallon, Pierre (1988): La république du centre. La fin de l'exception française. Paris: Calmann-Levy.
- Gaffney, John (1996): France. In: Lodge, Juliet (Hg.): The 1994 elections to the European Parliament. London: Pinter, S. 84–106.
- Garraud, Philippe (1978): Discours, pratiques et idéologie dans l'évolution du Parti Socialiste. In: Revue française de science politique, Jg. 28, H. 2.
- Gauche socialiste; Frankfurter Kreis (1999): Für die europäische soziale Republik. In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, H. 108, S. 12–13.
- Gerstlé, Jacques (1995): La dynamique nationale d'une campagne européenne. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote des douze; les élections européennes de juin 1994. Paris: Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, S. 203–228.
- Gerstlé, Jacques (1998): Dissolution, indifférence et rétrospection. Les vicissitudes d'une campagne de temps court. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote surprise; les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997. Paris: Presses des Sciences PO, S. 55–75.
- Gerstlé, Jacques; Neumayer, Laure; Colomé, Gabriel (2005): Les campagnes électorales européennes. ou "l'obligation politique relâchée". In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote européen 2004 - 2005; de l'élargissement au référendum français. [Paris]: Presses Sciences Po, S. 17–44.
- Giddens, Anthony (2007): Europe in the global age. Cambridge: Polity Press.
- Giering, Claus (1997): Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration. Bonn: Europa-Union-Verl. (Münchner Beiträge zur europäischen Einigung, 1).

Goetschel, Pascale; Morin, Gilles (2007): *Le Parti socialiste en France. Approches renouvelées d'un mouvement séculaire*. In: Goetschel, Pascale; Morin, Gilles (Hg.): *Le PS, nouvelles approches. Dossier. Vingtième Siècle - Revue d'Histoire, Sonderheft Nr. 4*. Paris: Presses de Sciences Po, S. 3–9.

Gordon, Philip; Meunier, Sophie (2001): *The French challenge; adapting to globalization*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.

Gourevitch, Peter (1978): *The second image reversed: the international sources of domestic politics*. In: *International Organization*, Jg. 32, H. 4, S. 881–912.

Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (2007): *Challenges of A New Research Agenda*. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): *Europeanization. New research agendas*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.

Greener, Ian (2005): *The Potential of Path Dependence in Political Studies*. In: *Politics*, Jg. 25, H. 1, S. 62–72.

Große Hüttmann, Martin; Fischer, Thomas (2006): *Föderalismus*. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): *Theorien der Europäischen Integration*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS. Verl. für Sozialwiss. (UTB Politikwissenschaft, Politische Theorie), S. 41–63.

Grosser, Alfred (1979): *L'Europe et la voix de la France*. In: *Le Monde*, 10.04.1979, S. 1.

Grunberg, Gérard (1993): *Que reste-t-il du parti d'Épinay*. In: Habert, Philippe; Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (Hg.): *Le vote sanction. Les élections législatives des 21 et 28 mars 1993*. Paris: Département d'Études Politique du Figaro [u.a.], S. 185–215.

Grunberg, Gérard (1995): *Élections européennes 1994. Le socialisme en difficulté*. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote des douze; les élections européennes de juin 1994*. Paris: Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, S. 39–73.

Grunberg, Gérard (1997): *Vers un socialisme européen*. Paris: Hachette (Questions de politique).

Grunberg, Gérard (2009): *Die ungewisse Zukunft der Sozialistischen Partei Frankreichs*. Herausgegeben von Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. (DGAP Analysen Frankreich, 1, www.dgap.org).

Grunberg, Gérard; Lequesne, Christian (2004): *France: Une société méfiante, des élites sceptiques*. In: Rupnik, Jacques (Hg.): *Les Européens face à l'élargissement; perceptions, acteurs, enjeux*. Paris: Presses de Sciences Po, S. 49–63.

Grunberg, Gérard; Schweisguth, Etienne (2003): *La tripartition de l'espace politique*. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote de tous les refus; les élections présidentielle et législatives 2002*. Paris: Presses de Sciences Po, S. 341–362.

Guérot, Ulrike (1996): *Die PS und Europa. Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten 1971 - 1995*. Bochum: Brockmeyer (Politikwissenschaftliche Paperbacks, 28).

Haas, Ernst B. (1968): *The uniting of Europe political, social, and economic forces, 1950-1957*. Stanford Calif.: Stanford University Press.

Haas, Ernst B. (1976): *Turbulent Fields and the Theory of Regional Integration*. In: *International Organization*, Jg. 30, H. 2, S. 173–212.

Haas, Ernst B. (2001): *Does Constructivism subsume Neofunctionalism*. In: Christiansen, Thomas; Jørgensen, Knud Erik; Wiener, Antje (Hg.): *The social construction of Europe*. London: SAGE, S. 22–31.

- Habermas, Jürgen (1994): Staatsbürgerschaft und nationale Identität. In: Dewandre, Nicole; Lenoble, Jacques (Hg.): Projekt Europa; postnationale Identität. Grundlage für eine europäische Demokratie. 1. Aufl. Berlin: Schelzky, S. 11–29.
- Habermas, Jürgen (2001): Warum braucht Europa eine Verfassung. Nur als politisches Gemeinwesen kann der Kontinent seine in Gefahr geratene Kultur und Lebensform verteidigen. Vortrag an der Universität Hamburg, 26.06.2001. In: Die Zeit, 2001. Online verfügbar unter http://www.zeit.de/2001/27/200127_verfassung_lang.xml.
- Habermas, Jürgen; Derrida, Jacques (2003): Die Wiedergeburt Europas. Plädoyer für eine gemeinsame Außenpolitik - zunächst in Kerneuropa. Dokumente zum Zeitgeschehen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 48, H. 7, S. 877–881.
- Habert, Philippe (1996): Le nouvel électeur. Chroniques électorales 1988 - 1993. Paris: Éd. Vinci.
- Habert, Philippe; Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (Hg.) (1993): Le vote sanction. Les élections législatives des 21 et 28 mars 1993. Paris: Département d'Études Politique du Figaro [u.a.].
- Haegel, Florence (2002): Faire l'Union. La refondation des partis de droite après les élections de 2002. In: Revue française de science politique, Jg. 52, H. 5-6, S. 561–567.
- Haegel, Florence (2004): The Transformation of the French Right. Institutional Imperatives and Organizational Changes. In: French Politics, H. 2, S. 185–202.
- Haegel, Florence; Pütz, Christine; Sauger, Nicolas (2003): Les transformations de la démocratie dans et par les partis. L'exemple de l'UDF et du RPR. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le désenchantement démocratique. La Tour d'Aigues: Éd. de l'Aube, S. 175–198.
- Hall, Peter A.; Taylor, Rosemary C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms. In: Political Studies, Jg. XLIV, H. 5.
- Hanley, David (1986): Keeping left. Ceres and the French Socialist Party ; a contribution to the study of fractionalism in political parties. Manchester: Manchester University Press.
- Hanley, David (2001): French political parties, globalisation and Europe. In: Modern and Contemporary France, Jg. 9, H. 3, S. 301–312.
- Hanley, David (2008): Beyond the nation state. Parties in the era of European integration. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Harmel, Robert; Janda, Kenneth (1994): An integrated theory of party goals and party change. In: Journal of Theoretical Politics, Jg. 6, H. 3, S. 259–287.
- Haverland, Markus (2007): Methodology. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): Europeanization. New research agendas. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 59–70.
- Hayward, Jack (2008): Französische Rückzugsgefechte gegen die Liberalisierung. In: Baasner, Frank (Hg.): 50 Jahre V. Republik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Frankreich Jahrbuch, 2007), S. 213–230.
- Hébrard, Antoine (Hg.) (2008): Who's who in France. 39. Aufl. Levallois-Perret: Who's Who in France.
- Helms, Ludger (1999): Einleitung: Parteien und ihre Fraktionen in westlichen Demokratien. In: Helms, Ludger (Hg.): Parteien und Fraktionen; ein internationaler Vergleich. Opladen: Leske + Budrich, S. 7–38.

- Helms, Ludger (2001): Die "Kartellparteien-These" und ihre Kritiker. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 42, H. 4, S. 698–708.
- Hillenbrand, Olaf (2006): Europa-ABC: Sozialcharta und Sozialprotokoll. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 445.
- Hitzel-Cassagnes, Tanja (2000): Der Europäische Gerichtshof: Ein europäisches "Verfassungsgericht". In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 52-53, S. 22–30.
- Hix, Simon; Bartolini, Stefano (2006): La politisation de l'UE : remède ou poison . Herausgegeben von Notre Europe. (Policy Paper, 19). Online verfügbar unter <http://www.notre-europe.asso.fr>.
- Hix, Simon; Lord, Christopher (1997): Political parties in the European Union. Basingstoke, Hampshire: Macmillan [u.a.] (The European Union series).
- Hoffmann, Stanley (1966): Obstinate or Obsolete. The Fate of the Nation-State and the Case of Western Europe. In: Daedalus, H. 95, S. 862–915.
- Hoffmann-Martinot, Vincent (1993): Frankreichs Parteiensystem nach den Parlamentswahlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 32, S. 10–16.
- Hoffmeister, Frank (2006): Charta der Grundrechte. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 92–96.
- Hohl, Thierry (Hg.) (2008): Les socialistes français et l'Europe. Documents et analyses. Dijon: Éd. Univ. de Dijon.
- Höhne, Roland (1992): Das Maastricht-Referendum. Europäische Zielsetzung und interne Machtkämpfe. In: Lendemains, H. 68, S. 114–126.
- Höhne, Roland (1996): Aufstand der Privilegierten oder Verteidigung des Sozialstaats. Der Sozialkonflikt vom November / Dezember 1995. In: Lendemains, H. 81, S. 107–122.
- Hollande, François (2005): Pour l'Europe. Éditorial. In: La Revue socialiste, H. 20, S. 4–5.
- Holzinger, Katharina (2005): Mehrebenensystem. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. A - M. Orig.-Ausg., 3., aktualisierte und erw. Aufl. 2 Bände. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1463).
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: British Journal of Political Science, Jg. 39, H. 1, S. 1–23.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary; Wilson, Carole J. (2002): Does Left/Right structure party positions on European Integration. In: Comparative Political Studies, Jg. 35, H. 8, S. 965–989.
- Höreth, Marcus (2008): Die Selbstautorisierung des Agenten. Der Europäische Gerichtshof im Vergleich zum U.S. Supreme Court. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Recht und Politik).
- Hüser, Dietmar (2000): Französische Parteien zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert. Aufbruch der Tradition und Grenzen des Wandels. In: Ruß, Sabine; Schild, Joachim (Hg.): Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik. Opladen: Leske + Budrich (Lehrtexte Politik, Aufsatzsammlung), S. 15–34.
- Ivaldi, Gilles (2005): Les formations d'extrême droite. Front national et Mouvement national républicain. In: Bréchon, Pierre (Hg.): Les partis politiques français. Paris: La Documentation française (Les études de la documentation française), S. 15–43.

- Ivaldi, Gilles (2006): Beyond France's 2005 Referendum on the European constitutional treaty. Second-order model, anti-establishment attitudes and the end of the alternative European utopia. In: *West European Politics*, Jg. 29, H. 1, S. 47–69.
- Jachtenfuchs, Markus (2002): *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, 9).
- Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (2003): *Regieren und Institutionenbildung*. In: Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. 2. Aufl. Opladen: Leske + Budrich (UTB), S. 11–46.
- Jaffré, Jérôme (1998): De 1995 à 1997: L'opinion publique, l'impopularité et le vote. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote surprise; les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997*. Paris: Presses des Sciences PO.
- Jaffré, Jérôme (1999): *Déficit européen, crise de droites. Les élections européennes de Juin 1999 en France*. In: *Pouvoirs*, H. 91, S. 157–177.
- Jaffré, Jérôme (2000): *Les socialistes en majesté fragile*. In: *Le Monde*, 25.11.2000.
- Jaffré, Jérôme (2003): *Comprendre l'élimination de Lionel Jospin*. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le vote de tous les refus; les élections présidentielle et législatives 2002*. Paris: Presses de Sciences Po, S. 223–247.
- Jäger, Wolfgang (1978): *Die sozialistische Partei*. In: Oberndörfer, Dieter (Hg.): *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*. Opladen: Leske + Budrich (Uni-Taschenbücher, 1), S. 35–132.
- Janicot, Laetitia (2007): *Un oligarchie républicaine. Le cumul des mandats*. In: Bernard, Guillaume; Dusquesnoy, Éric (Hg.): *Les forces politiques françaises; genèse, environnement, re-composition ; rapport Anteios*. Paris: Presses Univ. de France, S. 71–77.
- Jarreau, Patrick (1990): *Les socialistes adoptent une déclaration sur l'Europe contestée par les amis de M. Chevènement. Après cinq semaines de discussions*. In: *Le Monde*, 23.11.1990.
- Jasmut, Gunter (1995): *Die politischen Parteien und die europäische Integration. Der Beitrag der Parteien zur demokratischen Willensbildung in europäischen Angelegenheiten*. Frankfurt am Main: Lang (Europäische Hochschulschriften Reihe 2, Rechtswissenschaft, 1754).
- Jopp, Mathias; Matl, Saskia (2006): *Europäischer Verfassungsvertrag*. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): *Europa von A bis Z*. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 215–225.
- Journal Officiel de la République Française: Scrutin des élections au parlement européen*. In: *Journal Officiel*, Jg. 1979-2004.
- Jung, Sabine (1999): *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft - von den Anfängen bis heute*. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Nomos-Universitätschriften; Politik, 97).
- Katz, Richard S.; Mair, Peter (1995): *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, Jg. 1, H. 1, S. 5–28.
- Kauffmann, Pascal (2008): *Die wirtschaftliche Governance der Europäischen Währungsunion*. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., S. 271–285.
- Kauppi, Niilo (2000): *Globalization, Social Movements, and the Construction of Europe. The Example of the European Parliament Elections in France*. Center for European Studies. (Wor-

- king Paper Series, 74). Online verfügbar unter <http://www.ces.fas.harvard.edu/publications/docs/pdfs/Kauppi.pdf>.
- Kergoat, Jacques (1997): *Histoire du Parti socialiste*. Paris: Éd. la Découverte (Repères, 222).
- Kesselmann, Mark (1989): *La nouvelle cuisine en politique. La fin de l'exceptionnalité française*. In: Mény, Yves (Hg.): *Idéologies, partis politiques et groupes sociaux. Etudes réunies par Yves Mény pour Georges Lavau*, Paris 1989, S. 61-76 (Presse de la Fondation nationale des sciences politiques). [Paris]: Presses de la Fondation Nationales des Sciences Politiques, S. 61–76.
- Kiersch, Gerhard (1979): *Konflikt, Kooperation und strukturelle Dominanz: Frankreichs Sozialisten und die SPD*. In: Kiersch, Gerhard; Seidelmann, Reimund (Hg.): *Eurosozialismus. Die demokratische Alternative*. Köln: Europäische Verlagsanstalt (Basis Arbeitsergebnisse), S. 132–144.
- Kiersch, Gerhard (1982): *Nationalismus, nationale Ideen und Interessen als Bestimmungsfaktoren der französischen Europapolitik*. In: Fenner, Christian; Harbrecht, Wolfgang (Hg.): *Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß. Jahreskolloquium 1981*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Jahreskolloquium / Arbeitskreis Europäische Integration, 1981), S. 153–176.
- Kimmel, Adolf (1975): *Die Französische Präsidentenwahl vom 5. und 19. Mai 1974*. In: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 22, H. 3, S. 261–279.
- Kimmel, Adolf (1991): *Parteienstaat und Antiparteienaffekt in Frankreich*. In: *Jahrbuch für Politik*, Jg. 1, H. 2, S. 319–340.
- Kimmel, Adolf (1994): *Parteiensystem, Wahlsystem und Regierungssystem in der V. französischen Republik*. In: Link, Werner; Schütt-Wetschky, Eberhard; Schwan, Gesine (Hg.): *Jahrbuch für Politik, Sonderheft Nr. 2: Nomos*, S. 295–312.
- Kimmel, Adolf (2001): *Frankreichs republikanische Monarchie*. In: Hirscher, Gerhard (Hg.): *Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosionen in westlichen Demokratien*. München: Olzog, S. 363–387.
- Kimmel, Adolf (2004): *Welcher Wandel des Präsidialamtes in der V. französischen Republik. Zum Aufsatz von Romy Messerschmidt in Heft 2/2003 ZParl*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)*, Jg. 35, H. 1, S. 169–175.
- Kimmel, Adolf (2007): *Das französische Referendum vom 29. Mai 2005 – Nein zu Europa*. In: Baasner, Frank (Hg.): *Politik und Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften (Frankreich-Jahrbuch, 2006), S. 183–202.
- Kister, Kurt (2007): *Blairs letzter Weg*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 10.05.2007, S. 4.
- Kitschelt, Herbert (2000): *Citizens, politicians, and party cartellization. Political representation and state failure in post-industrial democracies*. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 37, S. 149–179.
- Knapp, Andrew (2004): *Parties and the party system in France. A disconnected democracy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan (French politics, society and culture series).
- Knapp, Andrew F. (1999): *Frankreich: Die "Viererbande" und die extreme Rechte. Verurteilung und Komplizenschaft*. In: Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz (Hg.): *Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*. Wien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 20).

- Knill, Christoph; Lehmkuhl, Dirk (1999): How Europe matters. Different mechanisms of Europeanization. In: European Integration online Papers (EIoP), Jg. 3, H. 7. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/1998-007a.htm>.
- Kohler-Koch, Beate (1998): Einleitung. Effizienz und Demokratie: Probleme des Regierens in entgrenzten Räumen. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.): Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft. Opladen [u.a.]: Westdt. Verl.
- Kohler-Koch, Beate (2000): Europäisierung. Plädoyer für eine Horizonterweiterung. In: Knodt, Michèle (Hg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung, 5), S. 11–31.
- Koole, Ruud (1996): Cadre, catch-all or cartel. A comment on the notion of the cartel party. In: Party Politics, Jg. 2, H. 4, S. 507–523.
- Krell, Christian (2009): In Vielfalt vereint. Die Europapolitik der britischen, deutschen und französischen Sozialdemokratie im Vergleich. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krell, Gert (2004): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen. 3., erw. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Studienkurs Politikwissenschaft).
- Kreuzer, Marcus; Stephan, Ina (1999): Frankreich. Zwischen Wahlkreishonoratioren und nationalen Technokraten. In: Borchert, Jens (Hg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien. Opladen: Leske + Budrich (Reihe Europa- und Nordamerikastudien, 5), S. 161–185.
- Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschie, Simon; Frey, Thimotheos (2006): Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: European Journal of Political Research, Jg. 45, H. 6, S. 921–956.
- Krosigk, Friedrich von (1989): Französische Außenpolitik im Spannungsfeld von Mondialismus und Europäischer Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 39, S. 35–45.
- Krosigk, Friedrich von (1993): Frankreich und die Dritte Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 32, S. 24–32.
- Kurpas, Sebastian (2008): Die Entwicklung der EU zur Bürgernation. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., S. 195–212.
- Labarde, Philippe (1994): Recevant à Liévin le soutien de M. Mitterrand: Les socialistes se préparent à s'engager derrière M. Delors. A la poursuite du temps perdu. In: Le Monde, 21.11.1994.
- Ladner, Andreas (2004): Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Ladrech, Robert (1993): Social democratic parties and EC integration. Transnational party responses to Europe 1992. In: European Journal of Political Research, Jg. 24, H. 2, S. 195–210.
- Ladrech, Robert (1994): Europeanization of Domestic Politics and Institutions. The Case of France. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 32, H. 1, S. 69–88.
- Ladrech, Robert (2000): Social democracy and the challenge of European Union. Boulder, Colo.: Lynne Rienner.

- Ladrech, Robert (2002a): Europeanization and Political Parties: Towards a Framework for Analysis. In: Ladrech, Robert (Hg.): Special Issue: Europeanization of Party Politics. Party Politics, Sonderheft Nr. 4, S. 389–404.
- Ladrech, Robert (2002b): Party of European Socialists. In: Johansson, Karl Magnus; Zervakis, Peter (Hg.): European political parties between cooperation and integration. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 33), S. 81–96.
- Ladrech, Robert (2004): Les changements programmatiques dans le parti des socialistes européens. In: Delwit, Pascal (Hg.): Où va la social-démocratie européenne. Débats, enjeux, perspectives. Bruxelles: Éd. de l'Univ. de Bruxelles (Sociologie politique), S. 53–62.
- Ladrech, Robert; Marlière, Philippe (Hg.) (1999): Social democratic parties in the European Union. History, organization, policies. Basingstoke: Macmillan [u.a.].
- Lafontaine, Oskar; Strauss-Kahn, Dominique (1999): Europa - sozial und stark. Märkte brauchen die ordnende Hand des Staates. In: Die Zeit, 14.01.1999.
- Laidi, Zaki (2001): La gauche à venir; politique et mondialisation. La Tour-d'Aigues: Éd. de l'Aube.
- Lamping, Wolfram (2008): Auf dem Weg zu einem postnationalen Sozialstaat. Die Sozialpolitik der Europäischen Union. In: Schubert, Klaus; Bazant, Ursula; Hegelich, Simon (Hg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Springer-11776 /Dig. Serial)], S. 595–622.
- Laurens, André (1979): L'échiquier politique français n'est pas suffisamment ébranlé pour connaître des profonds changements. In: Le Monde, 13.06.1979, S. 1.
- Lazar, Marc (Hg.) (1996): La gauche en Europe depuis 1945. Invariants et mutations du socialisme européen. Paris: Presses Univ. de France (Politique d'aujourd'hui).
- Le Gall, Gérard (2005): Premières réflexions ‚post 29 mai‘. Victoire d'un ‚non‘ peu européen et fortement teinté de populisme. In: La Revue socialiste, H. 20, S. 65–82.
- Lefebvre, Maxime (2007): La France et l'Europe. In: Regards sur l'actualité, H. 332, S. 27–38.
- Lefebvre, Rémi; Sawicki, Frédéric (2006): La société des socialistes. Le PS aujourd'hui. Bellecourbe-en-Bauges: Croquant (Collection Savoir/Agir de l'association Raisons d'agir).
- Lehmkuhl, Dirk (2007): Some promises and pitfalls of Europeanization research. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): Europeanization. New research agendas. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 337–353.
- Lemaire-Prosche, Geneviève (1990): Le P.S. et l'Europe. Paris: Editions Universitaires (Collection Penser la politique).
- Lepsius, M. R. (2004): Institutionen. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.): Wörterbuch zur Politik. 2., vollst. überarb. und erw. Aufl. Stuttgart: Kröner, S. 321.
- Lequesne, Christian (2008): Franzosen, Deutsche und das erweiterte Europa. Von der Angst vor der Unendlichkeit und der Notwendigkeit, sie zu überwinden. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., S. 131–140.
- Lévêque, Pierre (1997): Histoire des forces politiques en France. De 1940 à nos jours. Paris: Colin (Collection U Science politique, 3).

- Lieb, Julia (2008): Die französische Kampagne zum Referendum über eine Verfassung für Europa. Probleme mit der europäischen Wirklichkeit. In: Baasner, Frank (Hg.): Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos .
- Lindberg, Leon; Scheingold, Stuart (1970): Europe's would-be polity. Patterns of change in the European Community. Englewood Cliffs.
- Linsenmann, Ingo (2006a): Eurogruppe. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 131–133.
- Linsenmann, Ingo (2006b): Koordinierungsmethoden. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 294–297.
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives. 1. print. New York, NY: Free Press [u.a.] (International yearbook of political behaviour research, 7.1967).
- Lodge, Juliet (1996): The European Parliament and Euro-elections. In: Lodge, Juliet (Hg.): The 1994 elections to the European Parliament. London: Pinter, S. 12–39.
- Lucke, Albrecht von (2003): Europäische Identität und universalistisches Handeln. Nachfragen an Jürgen Habermas. In: Blätter für deutsche und Internationale Politik, Jg. 48, H. 7, S. 801–806.
- Luhmann, Niklas (1977): Probleme eines Parteiprogramms. In: Baier, Horst (Hg.): Freiheit und Sachzwang. Beiträge zu Ehren Helmut Schelskys. 1. Aufl. Opladen: Westdt. Verl., S. 167–181.
- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Unter Mitarbeit von André Kieserling (Hg.). Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1582).
- Mage, Tristan (Hg.) (1995a): Congrès du Parti socialiste de Liévin. Interventions. Paris (III).
- Mage, Tristan (Hg.) (1995b): Congrès du Parti socialiste de Liévin/2 ; Contributions générales, contributions thématiques, propositions de modifications statutaires. Paris (II).
- Maier, Hans (2007): Jean-Jacques Rousseau. In: Maier, Hans; Denzer, Horst (Hg.): Von John Locke bis Max Weber. 3., überarb. Aufl. München: Beck (Klassiker des politischen Denkens / hrsg. von Hans Maier und Horst Denzer, Bd. 2), S. 57–72.
- Mair, Peter (2000): The limited impact of Europe on National Party Systems. In: Goetz, Klaus H.; Hix, Simon (Hg.): Europeanised Politics. European Integration and National Political Systems. Special Issue. West European Politics, Sonderheft Nr. 4, S. 27–51.
- Mair, Peter (2004): The europeanization dimension. Review section Edited by Thomas Christiansen. In: Journal of European Public Policy, Jg. 11, H. 2, S. 337–348.
- Mair, Peter (2007): Political Parties and Party Systems. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): Europeanization. New research agendas. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 154–166.
- Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz (1999a): Die Antworten der Parteien auf Veränderungen in den Wählermärkten in Westeuropa. In: Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz (Hg.): Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 20), S. 391–401.
- Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz (1999b): Veränderungen in den Wählermärkten: Herausforderungen für die Parteien und deren Antworten. In: Mair, Peter; Müller, Wolf-

gang C.; Plasser, Fritz (Hg.): Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, 20), S. 11–29.

Mandraud, Isabelle (2003): Cinq motions, 129 500 militants et un PS à refonder. A trois semaines du congrès de Dijon, le vote des adhérents s'ouvrait, lundi 28 avril, dans une quinzaine de fédérations socialistes. Quatre textes sont en concurrence avec celui de François Hollande. Les opposants pourraient, au total, recueillir plus de 40 % des suffrages. In: *Le Monde*, 29.04.2003.

Mandraud, Isabelle (2003): Quatre lignes de fracture au sein du PS. Quelle mondialisation? quelle Europe? quelle République? quel parti socialiste? derrière ces quatre débats, une grande question: quel socialisme pour demain. In: *Le Monde*, 16.05.2003.

Manière, Philippe (2006): Député - un job à temps plein. Briefing-Paper. Institut Montaigne. Paris. (Amicus Curiae).

March, James G.; Olsen, Johan P. (1984): The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life. In: *The American Political Science Review*, Jg. 78, H. 3, S. 734–749.

March, James G.; Olsen, Johan P. (1998): The Institutional Dynamics of International Political Orders. In: *International Organization*, Jg. 52, H. 4, S. 943–969.

Marchand, Stéphane (2006): L'affaire du plombier polonais. Paris: Fayard.

Marcussen, Martin; Risse, Thomas; Engelmann-Martin, Daniela; Knopf, Hans Joachim; Roscher, Klaus (2001): Constructing Europe. The Evolution of Nation-State Identities. In: Christiansen, Thomas; Jørgensen, Knud Erik; Wiener, Antje (Hg.): *The social construction of Europe*. London: SAGE, S. 101–120.

Margairaz, Michel (2001): Les nationalisations. La fin d'une culture politique. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): *François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984*. Paris: Perrin, S. 344–384.

Marks, Gary (Hg.) (2004): *European integration and political conflict*. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Pr.

Marks, Gary; Hooghe, Liesbet; Blank, Kermit (1996): European Integration since the 1980s. State-Centric versus Multi-Level Governance. In: *Journal of Common Market Studies*, Jg. 34, S. 343–378.

Marrel, Guillaume (2005): Culmul des mandats. In: Déloye, Yves (Hg.): *Dictionnaire des élections européennes*. Paris: Economica (Collection Études politiques), S. 147–153.

Marrel, Guillaume; Payre, Renaud (2006): Des carrières au parlement. Longévité des eurodéputés et institutionnalisation de l'arène parlementaire. In: Déloye, Yves (Hg.): *La socio-histoire de l'intégration européenne*. Paris: L'Harmattan (Politique européenne / Politique européenne, 18).

Marthaler, Sally (2008): 'New' Politics for 'Old'? Value Change and the Voter-Party Relationship in France. In: *French Politics*, Jg. 6, H. 3, S. 187–213.

Martin, Pierre (2000): *Comprendre les évolutions électorales*. Paris: Presses de Science Po.

Martin, Pierre (2004): Le Parti socialiste français et les élections européennes depuis 1979. In: Martin, Pierre; Cot, Jean-Pierre; Bossuat, Gérard; Cépède Frédéric; Tulmets, Elsa; Garcia, Xavier; Candiard, Adrien (Hg.): *Les socialistes et les élections européennes 1979-2004 (Les Notes de la Fondation Jean Jaurès - Histoire de mémoire, 39)*, S. 9–22.

- Maurer, Andreas (2006): Vertrag von Nizza. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 369–373.
- Maurer, Andreas; Mittag, Jürgen (2006): Europäische Parteien. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Bonn: Europa Union Verlag (Schriftenreihe, 393), S. 168–175.
- Mayeur, Jean-Marie (1970): Léon Blum, le parti socialiste et le Front populaire. In: Revue française de science politique, Jg. 20, H. 5, S. 1021–1025.
- Méda, Dominique (1998): Le travail, une valeur en voie de disparition. Paris: Flammarion.
- Mélenchon, Jean-Luc (2005): La dimension invisible du ‚non‘. In: La Revue socialiste, H. 20, S. 98–107.
- Merkel, Wolfgang (1993): Ende der Sozialdemokratie. Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich. Frankfurt.
- Merkel, Wolfgang (2000): Der „Dritte Weg“ und der Revisionismusstreit der Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts. In: Hinrichs, Karl; Kitschelt, Herbert; Wiesenthal, Helmut; Offe, Claus (Hg.): Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften ; Claus Offe zu seinem 60. Geburtstag. Frankfurt/Main: Campus-Verl., S. 263–290.
- Merkel, Wolfgang (2001): The Third Ways of Social-Democracy. In: Cuperus, René; Duffek, Karl; Kandel, Johannes (Hg.): Multiple Third Ways. European social democracy facing the twin revolution of globalisation and the knowledge society. Amsterdam / Berlin / Wien, S. 29–62.
- Merkel, Wolfgang; Egle, Christoph; Henkes, Christian, et al. (Hg.) (2006): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Messerschmidt, Romy (2003): Vom mächtigen Superpräsidenten zum machtlosen Repräsentanten. Zum Wandel des Präsidialamtes der V. Republik und den Diskussionen um eine Verfassungsreform in Frankreich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 34, H. 2, S. 389–413.
- Messerschmidt, Romy (2005a): Fraktionen in der Nationalversammlung. Von ‚Problemkindern‘ zu verlässlichen Akteuren im französischen Regierungssystem. In: Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik; Kimmel, Adolf (Hg.): Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel ; Festschrift für Adolf Kimmel. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Frankreich-Studien, 11), S. 61–83.
- Messerschmidt, Romy (2005b): Fraktionenparlament Nationalversammlung. Entstehung und Bedeutung innerfraktioneller Geschlossenheit. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Meunier, Sophie (2004): Globalization and Europeanization. A challenge to French Politics. In: French Politics, Jg. 2, H. 2, S. 125–150.
- Milner, Susan (2005): Protection, reform and political will. France and the European social model. In: Drake, Helen (Hg.): French relations with the European Union. London: Routledge (Europe and the nation state, 8), S. 105–123.
- Milward, Alan S. (1994): The European rescue of the nation-state. 1. publ. in paperback. London: Routledge.
- Milza, Pierre (2005): Conclusion. In: Berstein, Serge; Sirinelli, Jean-François (Hg.): Les années Giscard. Valéry Giscard d'Estaing et l'Europe, 1974-1981. Paris: A. Colin, S. 243–249.

- Mittag, Jürgen (2006): Chance oder Chimäre. Grenzüberschreitende Interaktion politischer Parteien in Europa. In: Mittag, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa. 1. Aufl. Essen: Klartext (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen), S. 13–60.
- Mitterrand, François (Hg.) (1972): Changer la vie. Programme de gouvernement du Parti socialiste. S.l.: Flammarion.
- Moravcsik, Andrew (1999): Is something rotten in the state of Denmark? Constructivism and European Integration. In: Journal of European Public Policy, Jg. 6, H. 4, S. 669–681.
- Moravcsik, Andrew (2001): Constructivism and European Integration: A Critique. In: Christiansen, Thomas; Jørgensen, Knud Erik; Wiener, Antje (Hg.): The social construction of Europe. London: SAGE, S. 176–188.
- Moravcsik, Andrew (2002): In Defense of the ‚Democratic Deficit‘. Reassessing the Legitimacy of the European Union. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 40, H. 4, S. 603–634.
- Moravcsik, Andrew M. (2003): The choice for Europe. Social purpose and state power from Messina to Maastricht. Reprint. London: Routledge.
- Moreau, Jacques (1998): Les socialistes français et le mythe révolutionnaire. Paris: Hachette Littératures.
- Moreau, Patrick; Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2000): Frankreich. Opladen: Leske + Budrich.
- Moreau Defarges, Philippe (2007): Déterminants et orientations de la politique étrangère de la France. La France entre rang et Europe. In: Regards sur l'actualité, H. 332, S. 5–38.
- Morin, Gilles; Richard, Gilles (Hg.) (2008): Les deux France du Front populaire. Chocs et contre-chocs. Actes du colloque tenu à l'École Normale Supérieure (Ulm) puis aux Archives Nationales du 4 au 6 décembre 2006. Paris [u.a.]: L' Harmattan (Des poings et des roses).
- Morisse-Schilbach, Melanie (2006): Historischer Institutionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): Theorien der Europäischen Integration. 1. Aufl. Wiesbaden: VS. Verl. für Sozialwiss. (UTB Politikwissenschaft, Politische Theorie), S. 271–292.
- Moschonas, Gerassimos (2002): In the name of social democracy. The great transformation, 1945 to the present. London: Verso.
- Moschonas, Gerassimos (2005): Parti Socialiste Européen (PSE). In: Déloye, Yves (Hg.): Dictionnaire des élections européennes. Paris: Economica (Collection Études politiques), S. 530–535.
- Moscovici, Pierre (2005): L'Europe dans la tourmente. In: La Revue socialiste, H. 20, S. 10–23.
- Moscovici, Pierre (2006): L' Europe est morte, vive l'Europe! Paris: Perrin.
- Muller, Pierre (2000): L'analyse cognitive des politiques publiques. Vers une sociologie politique de l'action publique. In: Revue française de science politique, Jg. 50, H. 2, S. 189–208.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2004): Frankreichs Europapolitik. Wiesbaden: VS Verl. für Wissenschaft (Frankreich-Studien, Band 9).
- Müller-Graff, Peter-Christian (2008): Der Vertrag von Lissabon auf der Systemspur des Europäischen Primärrechts. In: Integration. Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 31, H. 2, S. 123–144.

- Müntefering, Franz (Hg.) (2008): 50 Jahre EU - 50 Jahre Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Arbeits- und Sozialrecht. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Studien aus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht, 41).
- Murswieck, Axel (1999): Professionell und regierungsorientiert: Parteien und Fraktionen in Frankreich. In: Helms, Ludger (Hg.): Parteien und Fraktionen; ein internationaler Vergleich. Opladen: Leske + Budrich, S. 99–119.
- Muxel, Anne (2005): Les abstentionnistes. Le premier parti européen. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote européen 2004 - 2005; de l'élargissement au référendum français. [Paris]: Presses Sciences Po, S. 45–76.
- Neuss, Beate (2000): Geburtshelfer Europas. Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945 - 1958. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Neuss, Beate (2007): Ernst B. Haas. In: Kailitz, Steffen (Hg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 140–145.
- Niedermayer, Oskar (2001): Die europäischen Parteienbünde. In: Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn, S. 428–446.
- Noblecourt, Michel (1997): François Hollande succède à Lionel Jospin à la tête du Parti socialiste. Il veut rajeunir et féminiser ses instances. In: *Le Monde*, 29.11.1997.
- Noblecourt, Michel (1997): Il faut faire de l'Europe une véritable république. Interview mit Jean-Luc Mélenchon. In: *Le Monde*, 17.11.1997.
- Noblecourt, Michel (1997): Le congrès qui s'est achevé dimanche à Brest a voulu donner une image d'unité. François Hollande relance la rénovation idéologique du PS; Le futur premier secrétaire du Parti socialiste il sera élu le 27 novembre s'appuie sur une large majorité. In: *Le Monde*, 25.11.1997.
- Noblecourt, Michel (1997): Les militants socialistes sont appelés à voter pour le congrès de Brest. Trois motions sont présentées au choix des adhérents du parti, celle de la coalition jospiniste et rocardienne réunie autour de François Hollande paraissant assurée d'obtenir la majorité; la Gauche socialiste espère dépasser nettement 10 % des mandats. In: *Le Monde*, 05.11.1997.
- Noblecourt, Michel (1999): Kosovo: le retour de Laurent Fabius. In: *Le Monde*, 03.04.1999.
- Noblecourt, Michel (1999): La direction du PS met la dernière main à la préparation des européennes. Ultimes discussions sur la convention nation-Europe. In: *Le Monde*, 25.02.1999.
- Noblecourt, Michel (1999): La Gauche socialiste renonce à s'opposer à la direction du PS sur la nation et l'Europe. François Hollande accepte des amendements à son projet. In: *Le Monde*, 01.03.1999.
- Noblecourt, Michel (1999): L'accord PS-MDC maintient la règle de l'unanimité parmi les Quinze. Sami Nair occupera la troisième place sur la liste commune. In: *Le Monde*, 11.03.1999.
- Noblecourt, Michel (1999): Le Parti socialiste privilégie la représentation des grandes régions dans sa liste pour les européennes. Dix nouveaux candidats du PS figurent parmi les vingt-six premiers éligibles. In: *Le Monde*, 29.03.1999.
- Noblecourt, Michel (1999): Le PS a mis la dernière main à sa liste pour les européennes. In: *Le Monde*, 30.03.1999.
- Noblecourt, Michel (2002): Julien Dray rompt avec Jean-Luc Mélenchon consacrant la scission de la Gauche socialiste; Le député de l'Essonne accuse l'ancien ministre de Lionel Jospin

- de persister dans sa volonté de liquider leur courant en voulant s'allier à Henri Emmanuelli. In: *Le Monde*, 17.09.2002.
- Noblecourt, Michel (2002): MM. Emmanuelli et Mélenchon créent le courant Nouveau Monde. In: *Le Monde*, 30.09.2002.
- Noiriel, Gérard (1986): *Les ouvriers dans la société française. XIXe - XXe siècle*. Paris: Ed. du Seuil (Collection points, 88).
- o. A. (1976): Les questions européennes au comité directeur du PS. In: *L'Humanité*, 02.02.1976.
- o. A. (1976): Parlement Européen: Robert Pontillon (PS): les socialistes votent oui. In: *Le Figaro*, 20.11.1976.
- o. A. (1977): Didier Motchane: Une cabriole européenne. In: *Le Monde*, 09.-10.01.1977.
- o. A. (1977): Pierre Joxe: L'élection du parlement européen - le débat est clos. In: *Jeudi*, 12.05.1977.
- o. A. (1979): La préparation du scrutin du 10 juin. In: *Le Monde*, 14.04.1979, S. 1.
- o. A. (1979a): Lutte ouvrière et la LCR feront campagne pour des états unis socialistes d'Europe. In: *Le Monde*, 08.05.1979, S. 12.
- o. A. (1979): M. Mitterrand dénonce "l'alliance" de l'Élysée et du PCF contre le PS. In: *Le Monde*, 09.06.1979, S. 7.
- o. A. (1979): M. Mitterrand estime qu'une séparation entre politique européenne et politique intérieure sera artificielle. In: *Le Monde*, 25.05.1979, S. 6.
- o. A. (1979b): Pierre Mauroy: Nous construisons l'Europe de la diversité. In: *Le Monde*, 08.05.1979, S. 10.
- o. A. (2001a): Débats - deuxième séance - La France et le monde. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): *François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984*. Paris: Perrin, S. 311–325.
- o. A. (2001b): Débats - troisième séance - L'impératif économique. In: Berstein, Serge; Milza, Pierre; Bianco, Jean-Louis (Hg.): *François Mitterrand. Les années du changement, 1981-1984*. Paris: Perrin, S. 506–521.
- Oeter, Stefan (2003): *Föderalismus*. In: Bogdandy, Armin von (Hg.): *Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge*. Berlin: Springer (Springer-Lehrbuch), S. 59–119.
- Offe, Claus (2001): Gibt es eine europäische Gesellschaft. Kann es sie geben. In: *Blätter für deutsche und Internationale Politik*, H. 4, S. 423–435.
- Olivier, Laurent (2005): Le parti socialiste et l'eupéanisation de l'espace de confrontation politique. Le clivage national à l'épreuve du clivage sur l'intégration européenne. In: Belot, Céline; Cautrès, Bruno (Hg.): *Vers une eupéanisation des partis politiques. Politique européenne*, Sonderheft Nr. 16. Paris: L'Harmattan, S. 157–184.
- Olsen, Johan P. (2002): The many faces of europeanization. In: *Journal of Common Market Studies*, Jg. 40, H. 5. Online verfügbar unter 921-952.
- Oppeln, Sabine von (1986): Frankeich: Sozialistische Partei. In: Meyer, Thomas; Klär, Karl-Heinz (Hg.): *Lexikon des Sozialismus*. Köln: Bund-Verl., S. 588.
- Oppeln, Sabine von (2008): Das Europäische Sozialmodell: Bilanz und Perspektiven. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): *Das kommende Europa. Deutsche und französi-*

sche Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., S. 85–104.

Oppermann, Kai (2008): Prinzipale und Agenten in Zwei-Ebenen-Spielen; die innerstaatlichen Restriktionen der Europapolitik Großbritanniens unter Tony Blair. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.

Ostheim, Tobias (2006): Europa als Handlungsraum sozialdemokratischer Politik. In: Merkel, Wolfgang; Egle, Christoph; Henkes, Christian; Ostheim, Tobias; Petring, Alexander (Hg.): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 407–455.

Panbianco, Angelo (1988): Political parties. Organization and power. Cambridge: Cambridge University Press (Cambridge studies in modern political economies).

Pappi, Franz Urban (2005): Cleavage. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. A - M. Orig.-Ausg., 3., aktualisierte und erw. Aufl. 2 Bände. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1463), S. 101–103.

Parodi, Jean-Luc (1992): La double consultation de mars 1992. A la recherche d'un modèle. In: Habert, Philippe; Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (Hg.): Le vote éclaté; les élections régionales et cantonales des 22 et 29 mars 1992. Paris: Département d'Etudes Politiques du Figaro u.a., S. 269–285.

Parti Socialiste (1992): Un nouvel horizon; projet socialiste pour la France. Paris: Gallimard.

Pennetier, Claude; Maitron, Jean (1997): Dictionnaire biographique du mouvement ouvrier français. Version CD-ROM. Paris: Éditions de l'Atelier.

Percheron, Annick (1991): Les Français et l'Europe: acquiescement de façade ou adhésion véritable. Note de recherche. In: Revue française de science politique, Jg. 41, H. 3, S. 382–406.

Perrineau, Pascal (Hg.) (1995): Le vote des douze; les élections européennes de juin 1994. Paris: Presses de la Fondation nationale des sciences politiques.

Perrineau, Pascal (Hg.) (1998a): Le vote surprise; les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997. Paris: Presses des Sciences Po.

Perrineau, Pascal (1998b): L'exception française. In: Pouvoirs, H. 87, S. 35–42.

Perrineau, Pascal (Hg.) (1999): Le vote incertain; les élections régionales de 1998. Paris: Presses des Sciences Po.

Perrineau, Pascal (2002): Le vote d'extrême droite en France. Adhésion ou protestation. In: futuribles - analyse et prospective, H. 276, S. 5–20.

Perrineau, Pascal (Hg.) (2003): Le vote de tous les refus; les élections présidentielle et législatives 2002. Paris: Presses des Sciences Po.

Perrineau, Pascal (2005a): La valse hésitation. Entre vote européen et vote national. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote européen 2004 - 2005; de l'élargissement au référendum français. [Paris]: Presses Sciences Po, S. 11–16.

Perrineau, Pascal (Hg.) (2005b): Le vote européen 2004 - 2005; de l'élargissement au référendum français. [Paris]: Presses Sciences Po.

Perrineau, Pascal (2005c): Les élections européennes de juin 2004 en France. In: Delwit, Pascal; Poirier, Philippe (Hg.): Parlement puissant, électeurs absents. Les élections européennes de juin 2004. Bruxelles: Univ. de Bruxelles (Sociologie politique), S. 21–31.

- Perrineau, Pascal (2007a): La crise de la représentation politique. In: Perrineau, Pascal; Rouban, Luc (Hg.): La politique en France et en Europe. Paris: Presses de Sciences Po (Références Fait politique), S. 15–34.
- Perrineau, Pascal (2007b): L'extrême droite en Europe. In: Perrineau, Pascal; Rouban, Luc (Hg.): La politique en France et en Europe. Paris: Presses de Sciences Po (Références Fait politique), S. 391–408.
- Perrineau, Pascal (Hg.) (2008): Le vote de rupture; les élections présidentielle et législatives d'avril - juin 2007. [Paris]: Sciences Po, Les Presses.
- Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (1993): Introduction. In: Habert, Philippe; Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (Hg.): Le vote sanction. Les élections législatives des 21 et 28 mars 1993. Paris: Département d'Études Politique du Figaro [u.a.], S. 13–19.
- Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (1995): Introduction. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote des douze; les élections européennes de juin 1994. Paris: Presses de la Fondation nationale des sciences politiques, S. 11–17.
- Perrineau, Pascal; Ysmal, Colette (1998): Introduction. In: Perrineau, Pascal (Hg.): Le vote surprise; les élections législatives des 25 mai et 1er juin 1997. Paris: Presses des Sciences PO, S. 11–15.
- Pfeifenberger, Werner (1978): Frankreichs Europapolitik. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 25, H. 4, S. 349–356.
- Pfetsch, Frank; R. (2007): Das neue Europa. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. In: The American Political Science Review, Jg. 94, H. 2, S. 251–267.
- Pina, Christine (2005): L'extrême gauche. Entre permanence et évolutions. In: Bréchon, Pierre (Hg.): Les partis politiques français. Paris: La Documentation française (Les études de la documentation française), S. 179–200.
- Pinton, Michel (1979): La préparation des élections européennes. Point de vue: Le suffrage universel perverti. In: Le Monde, 17.04.1979, S. 1.
- Poguntke, Thomas (2000): Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Poidevin, Raymond (1990): Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950. Aus einer Zwangslage geboren. In: Herbst, Ludolf (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der BRD in die westliche Welt. München, S. 257–262.
- Poirier, Philippe (2007): L'Union européenne en question. Les mouvements opposés à la "méthode communautaire" de 1979 à 2004. In: Bitsch, Marie-Thérèse; Loth, Wilfried; Barthel, Charles (Hg.): Cultures politiques, opinions publiques et intégration européenne. Bruxelles: Bruylant, S. 301–320.
- Pollack, Mark A. (2005): The New Institutionalisms and European Integration. In: Wiener, Antje; Diez, Thomas (Hg.): European integration theory. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press, S. 137–156.
- Porschlegel, Clemens (2008): Adieu 1789! Wie Europa Staat und Recht an den Wettbewerb verkauft. In: Süddeutsche Zeitung, 03.04.2008.
- Portelli, Hugues (1980a): La présidentialisation des partis français. In: Pouvoirs, H. 14, S. 97–106.
- Portelli, Hugues (1980b): Le socialisme français tel qu'il est. Paris: PUF.

- Portelli, Hugues (1983): *Le Parti Socialiste et l'I.S. (1971-1983)*. In: Portelli, Hugues (Hg.): *L'Internationale Socialiste*. Paris, S. 137–145.
- Portelli, Hugues (1998): *Le Parti socialiste*. 2. Aufl. Paris: Montchrestien (Clefs politiques).
- Prantl, Heribert (2009): *Der unverständliche Vertrag*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 11.02.2009, S. 4.
- Pütz, Christine (2004): *Parteienwandel in Frankreich. Präsidentschaftswahlen und Parteien zwischen Tradition und Anpassung*. Wiesbaden.
- Quermonne, Jean-Louis (1998): *L'adaptation de l'Etat à l'intégration européenne. Les 40 ans de la cinquième République*. In: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger*, H. 5-6, S. 1405–1420.
- Radaelli, Claudio M. (2000): *Whither Europeanization? Concept stretching and substantive change*. In: *European Integration online Papers (EIoP)*, Jg. 4, H. 8. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-008a.htm>.
- Radaelli, Claudio M. (2004): *Europeanisation: Solution or problem*. In: *European Integration online Papers (EIoP)*, Jg. 8, H. 16. Online verfügbar unter <http://eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm>.
- Radaelli, Claudio M.; Pasquier, Romain (2007): *Conceptual Issues*. In: Graziano, Paolo; Vink, Maarten Peter (Hg.): *Europeanization. New research agendas*. Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan, S. 35–45.
- Radaelli, Claudio M.; Schmidt, Vivien A. (2004): *Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological issues*. In: Radaelli, Claudio M. (Hg.): *Special issue on policy change and discourse in Europe*. *West European Politics*, Sonderheft Nr. 2. London: Cass, S. 183–210.
- Ratier, Emmanuel (Hg.) (1996): *Au coeur du pouvoir. Enquête sur le club le plus puissant de France*. Paris: Facta.
- Ray, Leonard (1999): *Measuring party orientations towards European integration. Results from an expert survey*. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 36, H. 2, S. 283–306.
- Reese-Schäfer, Walter (2007): *Politisches Denken heute. Zivilgesellschaft, Globalisierung und Menschenrechte*. 2. Aufl. München [u.a.]: Oldenbourg.
- Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (1980): *Nine second order national elections. A conceptual framework for the Analysis of European Elections Results*. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 8, H. 1, S. 3–44.
- Reinhard, Wolfgang (2003): *Vom italienischen Humanismus bis zum Vorabend der Französischen Revolution*. In: Fenske, Hans; Mertens, Dieter; Reinhard, Wolfgang; Rosen, Klaus (Hg.): *Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart*. 2. Aufl., Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer Information & Wissen, 15756), S. 241–376.
- Rémond, René; Sirinelli, Jean-François: *Frankreich im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst. (Geschichte Frankreichs, 6).
- Rey, Henri (2003): *Les représentations de la démocratie chez des militants du parti socialiste*. In: Perrineau, Pascal (Hg.): *Le désenchantement démocratique*. La Tour d'Aigues: Éd. de l'Aube, S. 199–211.
- Rhodes, Carolyn; Mazey, Sonia (Hg.) (1995): *The state of the European Union. Building a European Polity*. Boulder / Harlow: Rienner [u.a.] (*The state of the European Union*, 3).

- Richard, Gilles (2006): Droites et gauches dans la vie politique française. Réflexions sur un affrontement pluriel. In: *Vingtième Siècle - Revue d'Histoire*, Jg. 90, H. 2, S. 155–167.
- Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen. Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In: Hellmann, Gunther; Wolf, Klaus Dieter; Zürn, Michael (Hg.): *Die neuen internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, 10), S. 99–132.
- Rosamond, Ben (2001): Discourses of Globalization and European Identities. In: Christianesen, Thomas; Jørgensen, Knud Erik; Wiener, Antje (Hg.): *The social construction of Europe*. London: SAGE, S. 158–173.
- Rosanvallon, Pierre; Lazar, Marc; Généreux, Jacques (2003): Comment sortir de la panne actuelle; Pierre Rosanvallon et Marc Lazar prônent un nouveau réformisme, Jacques Généreux un retour aux sources du socialisme. In: *Le Monde*, 16.05.2003.
- Ross, George (2000): Europe Becomes French Domestic Politics. In: Lewis-Beck, Michael S. (Hg.): *How France votes*. New York [u.a.]: Chatham House Publ., S. 87–114.
- Rupnik, Jacques (2004): Introduction: Elites et opinions publiques européennes face à un moment historique pour l'Europe. In: Rupnik, Jacques (Hg.): *Les Européens face à l'élargissement; perceptions, acteurs, enjeux*. Paris: Presses de Sciences Po, S. 11–45.
- Ruß, Sabine (2000): Von der Improvisation zur Etatisierung. Die Finanzierung der französischen Parteien und Wahlkämpfe. In: Ruß, Sabine; Schild, Joachim (Hg.): *Parteien in Frankreich. Kontinuität und Wandel in der V. Republik*. Opladen: Leske + Budrich (Lehrtexte Politik, Aufsatzsammlung), S. 99–122.
- Rüther, Christina (28.09.2005): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Hintergrundgespräch. Interview mit Maurice Braud. Am 28.09.2005 in Paris.
- Rüther, Christina (18.09.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Benoît Hamon. Am 18.09.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (14.09.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Pierre Moscovici. Am 14.09.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (11.04.2006a): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Elisabeth Guigou. Am 11.04.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (17.03.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Hintergrundgespräch. Interview mit Maurice Braud. Am 17.03.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (13.03.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Gérard Fuchs. Am 13.03.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (11.04.2006b): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Pervenche Berès. Am 11.04.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (23.03.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Hugues Portelli. Am 23.03.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (7.04.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Jacques Huntzinger. Am 7.04.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (19.04.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Alain Bergounioux. Am 19.04.2006 in Paris.
- Rüther, Christina (05.04.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Henri Nallet. Am 05.04.2006 in Paris.

- Rüther, Christina (28.03.2006): L'impact de l'Europe sur le Parti socialiste. Interview mit Philip Cordery. Am 28.03.2006 in Brüssel.
- Rüther, Christina (21.09.2006): L'impact de l'Europe sur les partis de droite. Interview mit Alain Lamassoure. Am 21.09.2006 in Paris.
- Sadoun, Marc (1993): De la démocratie française. Essai sur le socialisme. Paris: Gallimard.
- Saliou, Monique (2005): Les réactions des socialistes européens. In: La Revue socialiste, H. 20, S. 50–57.
- Sauger, Nicolas (2008): Attitudes towards Europe in France. In: Cole, Alistair; Le Galès, Patrick; Levy, Jonah D. (Hg.): Developments in French politics 4. Basingstoke Hampshire, New York: Palgrave Macmillan, S. 60–73.
- Saunier, Georges (2003): François Mitterrand, un projet socialiste pour l'Europe? L'équipe européenne de François Mitterrand, 1981-1984. In: Bossuat, Gérard (Hg.): Inventer l'Europe; Histoire nouvelle des groupes d'influence et des acteurs de l'unité européenne. Bruxelles [u.a.]: Lang, S. 431–448.
- Sawicki, Frédéric (1994): Laurent Fabius. Du "Giscard de gauche" au "socialisme moderne". In: Pôle Sud: Revue de science politique, Jg. 1, H. 1, S. 35–60.
- Sawicki, Frédéric (1996): La science politique et l'étude des partis politiques. Acteurs et comportements politiques. In: Léonard, Yves (Hg.): Découverte de la science politique. Paris (Cahiers français, 276), S. 51–59.
- Sawicki, Frédéric (1997): Les réseaux du parti socialiste. Sociologie d'un milieu partisan. Paris: Belin (Socio-histoires).
- Sawicki, Frédéric (2004): Les Socialistes. In: Becker, Jean Jacques; Candar, Gilles (Hg.): Histoire des gauches en France. XXe siècle à l'épreuve de l'histoire. Paris: Découverte (Collection "L'espace de l'histoire", 2).
- Sawicki, Frédéric; Mathiot, Pierre (1999): Les membres des cabinets ministériels socialistes en France (1981-1993). Recrutement et reconversion. Caractéristiques sociales et filières de recrutement. In: Revue française de science politique, Jg. 49, H. 1, S. 3–30.
- Schäfer, Ursel (1989): Regierungsparteien in Frankreich. Die Sozialistische Partei in der V. Republik. München: Vögel (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg Historisch-sozialwissenschaftliche Reihe, 37).
- Scharpf, Fritz W. (1985): Die Politikverflechtungsfalle - Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 26, S. 323–356.
- Scharpf, Fritz W. (2002): The European Social Model. Coping with the Challenges of Diversity. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 40, H. 4, S. 645–670.
- Schenck, Guntram von (1978): Die Sozialistische Partei Frankreichs. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 25, H. 4, S. 377–389.
- Schild, Joachim (1999): Frankreich nach den Europawahlen. Parteienlandschaft in Bewegung. Herausgegeben von Deutsch-Französisches Institut. Ludwigsburg. (Aktuelle Frankreich-Analysen, 14).
- Schild, Joachim (2000): Politische Konfliktlinien, individualistische Werte und politischer Protest; ein deutsch-französischer Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Schild, Joachim (2002a): Europäisierte Nationalstaaten. Deutschland und Frankreich im europäischen Mehrebenensystem. In: Meimeth, Michael; Schild, Joachim (Hg.): Die Zukunft von

Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 11–77.

Schild, Joachim (2002b): Nationale und europäische Identitäten - komplementär oder unvereinbar. Orientierungen von Deutschen und Franzosen im europäischen Mehrebenensystem. In: Meimeth, Michael; Schild, Joachim (Hg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 81–106.

Schild, Joachim (2003): Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und in Frankreich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 3-4, S. 31–39.

Schild, Joachim (2005): Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum. In: Integration. Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, H. 3, S. 187–200.

Schild, Joachim (2008): Französische Europapolitik in einer verunsicherten Gesellschaft. Soziale Identitäten, europapolitische Präferenzen und Europadiskurse seit den 1980er Jahren. Arbeitspapiere zur Europäischen Integration. Universität Trier / Politikwissenschaft (Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre) und Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH. (2).

Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik (2006): Frankreich; Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Schirmann, Sylvain (2008): Vertiefung oder Erweiterung. In: Koopmann, Martin; Martens, Stephan (Hg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., S. 69–83.

Schmalz, Uwe (2002): Deutsche Europapolitik von 1989/90. Die Frage von Kontinuität und Wandel. In: Schneider, Heinrich; Jopp, Mathias; Schmalz, Uwe (Hg.): Eine neue deutsche Europapolitik. Rahmenbedingungen, Problemfelder, Optionen. Bonn: Europa-Union-Verl. (Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, 77), S. 15–68.

Schmidt, Vivien A. (1999): National patterns of governance under siege. The impact of the European Union. In: Kohler-Koch, Beate; Eising, Rainer (Hg.): The transformation of governance in the European Union. London: Routledge (Routledge/ECPR studies in European political science, 12), S. 155–172.

Schmidt, Vivien A. (2007): Die Bedeutung des öffentlichen Diskurses für sozialdemokratische Reformvorhaben in Europa. In: Becker, Franz; Duffek, Karl; Mörschel, Tobias (Hg.): Sozialdemokratische Reformpolitik und Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–40.

Schmitter, Philippe C. (2005): Neo-Neofunctionalism. In: Wiener, Antje; Diez, Thomas (Hg.): European integration theory. Oxford [u.a.]: Oxford Univ. Press, S. 45–74.

Scholze, Udo; Zimmermann, Detlev (1992): Der Mouvement des Radicaux de Gauche. Ein Außenseiter im französischen Parteiensystem. In: Lendemains, Jg. 17, H. 65, S. 117–121.

Schubert, Klaus (1988): Die Debatte über den ‚déclin‘. Krisenstimmung oder Mobilisierungsvorwand. In: Dokumente, H. 2, S. 104–115.

Schubert, Klaus (1989): Im Zeichen des Euro-Gaullismus. Ein neuer Pragmatismus in der französischen Europapolitik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), H. 4, S. 545–560.

Schubert, Klaus (2002): Die EU-Osterweiterung. Ein Meilenstein auf dem Weg zur (Wieder-) Vereinigung Europas. In: FORUM für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, Jg. 6, H. 2, S. 259–293.

- Schubert, Klaus (2004): Nation und Modernität als Mythen. Eine Studie zur politischen Identität der Franzosen. 1. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schultze, Rainer-Olaf (2005): Governance. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. A - M. Orig.-Ausg., 3., aktualisierte und erw. Aufl. 2 Bände. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1463).
- Schulze, Hagen (2002): Europa: Nation und Nationalstaat im Wandel. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch. Bonn: Bundeszentrale für polit. Bildung, S. 41–65.
- Schwellnus, Guido (2006): Sozialkonstruktivismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): Theorien der Europäischen Integration. 1. Aufl. Wiesbaden: VS. Verl. für Sozialwiss. (UTB Politikwissenschaft, Politische Theorie), S. 321–345.
- Seidendorf, Stefan (2008): "Die Quadratur des Kreises" oder: Wie gehen Nation und Europa zusammen. In: Baasner, Frank (Hg.): Von welchem Europa reden wir? Reichweiten nationaler Europadiskurse. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 33–54.
- Seidl, David (2005): Organisational identity and self-transformation. An autopoietic perspective. Aldershot [u.a.]: Ashgate.
- Senge, Konstanze (2006): Zum Begriff der Institution im Neo-Institutionalismus. In: Senge, Konstanze; Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften (Lehrbuch), S. 35–47.
- Söllner, Alfons (2007): Jean-Jacques Rousseau. In: Kailitz, Steffen (Hg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 405–410.
- SPD; PS (2007): Gemeinsame Erklärung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialistischen Partei Frankreichs zur Zukunft Europas. Unter Mitarbeit von Kurt Beck, Angelica Schwall-Düren und François Hollande et al. Online verfügbar unter http://www.schwall-dueren.de/fileadmin/material/texte/Downloads/Frankreich-PS-SPE/gemeinsame_erklaerung_SPD-PS-3-5.pdf.
- Steenbergen, Marco; Marks, Gary (2007): Evaluating Expert Surveys. In: European Journal of Political Research, Jg. 46, S. 347–366.
- Steffani, Winfried (1988): Parteien als soziale Organisationen. Zur politischen Parteienanalyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 19, H. 4, S. 549–560.
- Steinhilber, Jochen (2006): Liberaler Intergouvernementalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): Theorien der Europäischen Integration. 1. Aufl. Wiesbaden: VS. Verl. für Sozialwiss. (UTB Politikwissenschaft, Politische Theorie), S. 169–195.
- Stephan, Ina (2001): Aufstieg und Wandel der Parti socialiste in der Ära Mitterrand. (1971 - 1995). Opladen: Leske + Budrich (Reihe Europa- und Nordamerika-Studien, 8).
- Stroh, Astrid (2004): Die SPD im europäischen Einigungsprozeß. Organisation und innerparteiliche Willensbildung in der Europapolitik von 1979 bis 1998. Hamburg: Verlag Dr. Kovac (Schriften zur Europapolitik).
- Strohmeier, Gerd (2007): Die EU zwischen Legitimität und Effektivität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 10, S. 24–30.
- Szarka, Joseph (1999): The parties of the French "Plural Left". An uneasy complementary. Special issue: The changing French political system. In: West European Politics, Jg. 22, H. 4, S. 20–37.

- Szukala, Andrea (2003): The European Transformation of the French Model. In: Wessels, Wolfgang (Hg.): Fifteen into one?; the European Union and its member states. 1. Aufl. Manchester [u.a.]: Manchester Univ. Press, S. 216–247.
- Tacke, Veronika (2006): Rationalität im Neo-Institutionalismus. Vom exakten Kalkül zum Mythos. In: Senge, Konstanze; Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften (Lehrbuch), S. 89–101.
- Taggart, P. (1998): A touchstone of dissent. Euroscepticism in contemporary West European party systems. In: European Journal of Political Research, Jg. 33, H. 3, S. 363–388.
- Taggart, P.; Szczerbiak, A. (2001): Parties, positions and Europe. Euroscepticism in the EU candidate states of Central and Eastern Europe. (Sussex European Institute Working Paper, 46).
- Taggart, P.; Szczerbiak, A. (April 2002): The Party Politics of Euroscepticism in the EU Member and Candidate States. (Sussex European Institute Working Paper, 51).
- Timmermann, Heinz (1982): Sozialdemokratie und europäische Integration. Theoretische Voraussetzungen und politische Praxis. In: Fenner, Christian; Harbrecht, Wolfgang (Hg.): Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß. Jahreskolloquium 1981. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Jahreskolloquium / Arbeitskreis Europäische Integration, 1981), S. 81–113.
- Touraine, Alain (2005): Ein ganz besonderes Land. Frankreichs Kampf um Ja oder Nein zur EU. In: Süddeutsche Zeitung, 19.05.2005.
- Trautmann, Günter (1982): Europäische Perspektiven und EG im westlichen Kommunismus. Die internationale Wende des Eurokommunismus. In: Fenner, Christian; Harbrecht, Wolfgang (Hg.): Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß. Jahreskolloquium 1981. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Jahreskolloquium / Arbeitskreis Europäische Integration, 1981), S. 115–141.
- Tümmers, Hans J. (2006): Das politische System Frankreichs; eine Einführung. München: Beck.
- Uterwedde, Henrik (2004): Wie reformfähig ist Frankreich? In: Dokumente, H. 1, S. 66–73.
- Uterwedde, Henrik (2005): Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Vom Etatismus zur gouvernance à la française. In: Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik; Kimmel, Adolf (Hg.): Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel ; Festschrift für Adolf Kimmel. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. (Frankreich-Studien, 11), S. 165–186.
- Védrine, Hubert (1996): Les mondes de François Mitterrand. A l'Élysée 1981 - 1995. Paris: Fayard.
- Viansson-Ponté, Pierre (1972): L'unité, jusqu'au bout. In: Le Monde, 1.07.1972, S. 8.
- Vries, Catherine E. de; Edwards, Erica E. (2009): Taking Europe to its extremes. Extremist Parties and Public Euroscepticism. In: Party Politics, Jg. 15, H. 1, S. 5–28.
- Wagner, Markus (2008): Debating Europe in the French Socialist Party. In: French Politics, H. 6, S. 257–279.
- Weidenfeld, Werner (2002): Europa - aber wo liegt es. In: Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa-Handbuch. Bonn: Bundeszentrale für polit. Bildung, S. 15–40.

- Weiler, Joseph H. H. (1992): After Maastricht: Community Legitimacy in Post-1992 Europe. In: Adams, William James (Hg.): Singular Europe. Economy and polity of the European Community after 1992. Ann Arbor: Univ. of Michigan Press, S. 11–41.
- Weinlein, Alexander (2006): Viel Ärger um einen leeren Stuhl. Damals vor 40 Jahren am 27. Januar: Das Parlament unterstützt die Bundesregierung in der EWG-Krise. In: Das Parlament, Ausgabe 4, 23.01.2006.
- Weisenfeld, Ernst (1997): Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulle bis zur Gegenwart. Orig.-Ausg., 3., völlig neubearb. und aktualisierte Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1207).
- Wessels, Wolfgang (1997): An ever closer Fusion. A Dynamic macropolitical view on integration processes. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 35, H. 2, S. 267–299.
- Wessels, Wolfgang (2001): Politikwissenschaftliche Beiträge zur Integrationswissenschaft. In: Loth, Wilfried; Wessels, Wolfgang (Hg.): Theorien europäischer Integration. Opladen: Leske + Budrich .
- Wessels, Wolfgang (2003): Der Verfassungsvertrag im Integrationstrend: Eine Zusammenschau zentraler Ergebnisse. In: Integration. Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, Jg. 26, H. 4, S. 284–300.
- Wielgoß, Tanja (2002): PS und SPD im europäischen Integrationsprozess. Vergleich der Europapositionen und Analyse der Interaktionsstrukturen der französischen und deutschen Sozialdemokraten 1989 bis 2001. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges.
- Wiener, Antje (2003): Institutionen. In: Bogdandy, Armin von (Hg.): Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge. Berlin: Springer (Springer-Lehrbuch), S. 121–147.
- Wiesendahl, Elmar (2007): Maurice Duverger. In: Kailitz, Steffen (Hg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 100–104.
- Willerton, John P.; Carrier, Martin (2005): Jospin, Political Cohabitation and Left Governance. In: French Politics, Culture and Society, Jg. 23, H. 2, S. 43–70.
- Winock, Michel (1992): Le socialisme en France et en Europe. XIXe - XXe siècle. Paris: Ed. du Seuil (Collection Points histoire, 162).
- Winock, Michel (1999): La culture politique des socialistes. In: Berstein, Serge (Hg.): Les cultures politiques en France. Paris: Seuil (L'Univers historique), S. 179–214.
- Winock, Michel (2007): Le parti socialiste dans le système politique français. Rupture et intégration. In: Goetschel, Pascale; Morin, Gilles (Hg.): Le PS, nouvelles approches. Dossier. Vingtième Siècle - Revue d'Histoire, Sonderheft Nr. 4. Paris: Presses de Sciences Po, S. 11–21.
- Winock, Michel; Nickel, Séverine (2006): La gauche au pouvoir. L'héritage du Front populaire. Paris: Bayard.
- Wolf, Dieter (2006): Neo-Funktionalismus. In: Bieling, Hans-Jürgen; Lerch, Marika (Hg.): Theorien der Europäischen Integration. 1. Aufl. Wiesbaden: VS. Verl. für Sozialwiss. (UTB Politikwissenschaft, Politische Theorie), S. 65–90.
- Zandonella, Bruno (2005): Pocket Europa. EU-Begriffe und Länderdaten. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter www.bpb.de.
- Ziller, Jacques (2008): L'Union européenne. Paris: La Documentation française (Les notices).

Zürn, Michael (2005): *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance ; mit einem Nachwort zur zweiten Auflage.* 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Zweite Moderne).

Zürn, Michael; Checkel, Jeffrey T. (2005): *Getting Socialized to Build Bridges. Socialization Research between Constructivism and Rationalism, Europe and the Nation State.* In: *International Organization*, Jg. 59, H. 4, S. 1045–1079.

Anhang

1. Interviewpartner

Im Einzelnen wurden interviewt (in chronologischer Reihenfolge unter Angabe ihrer ehemaligen bzw. damaligen Funktion):

März / April 2006

Fuchs, Gérard

PS, secrétaire aux questions internationales 1990-1995

13.03.2006, Paris

Lambert, Jérôme

PS, membre de la délégation de l'AN pour l'Union européenne

14.03.2006, Paris

Portelli, Hugues

UMP, sénateur, chercheur

22.03.2006, Paris

Cordery, Philip

Secrétaire général PSE

28.03.2006, Brüssel

Bur, Yves

UMP/UDF/CDS, président du groupe d'amitié franco-allemande

05.04.2006, Paris

Nallet, Henri

PS, secrétaire aux questions européennes et internationales 1997-2003

05.04.2006, Paris

Huntzinger, Jacques

PS, secrétaire (adjoint) aux questions internationales 1981-1985

07.04.2006, Paris

Guigou, Elisabeth

PS, p. ex. ministre déléguée aux affaires européennes 1990-1993, présidente de la Délégation des socialistes français au Parlement européen 1994-1997

11.04.2006, Paris

Berès, Pervenche

PS, ancienne présidente Délégation des socialistes français au Parlement européen 1997-2004

11.04.2006, Paris

Bergounioux, Alain

PS, Secrétaire aux études, chercheur

19.04.2006, Paris

Juni / Juli 2006

Cahn, Mathieu

PS, premier secrétaire fédéral du Bas-Rhin

5.6.2006, Strasbourg

Dollat, Patrick

PS, délégué fédéral du Bas-Rhin à l'Europe (maître de conférences à l'Institut d'Études Politiques de Strasbourg)

3.6.2006, Strasbourg

Hunault, Cyril

PS, délégué fédéral du Loire-Atlantique aux questions européennes

13.7.2006, Hintergrundgespräch in Strasbourg 3.6.2006, Fragebogen per Mail

September 2006

Poignant, Bernard

PS, président de la Délégation des socialistes français au Parlement européen

11.09.2006, Brüssel

Nallet, Henri

PS, secrétaire aux questions européennes et internationales 1997-2003

13.09.2006, Paris

Moscovici, Pierre

PS, secrétaire aux questions internationales

14.09.2006, Paris

Hamon, Benoît

PS, secrétaire aux questions européennes

18.09.2006, Paris

Daul, Joseph

UMP, député européen, questions agricoles (Président du Groupe du parti populaire européen et des Démocrates européens)

20.09.2006, Brüssel

Lamassoure, Alain

UMP, questions européennes

21.09.2006, Paris

Le Drian, Jean-Yves

PS, président de la région Bretagne

27.09.2006, Paris

Hintergrundgespräche:

Braud, Maurice

PS, directeur du service des affaires internationales

28.09.2005, Paris

Braud, Maurice

PS, directeur du service des affaires internationales

17.03.2006, Paris

Salvator, Jacques

PS, secrétariat à la coordination

18.09.2006, Paris

Bordeloup, Michel

PS, responsable du service d'études, auprès d'Alain Bergounioux

22.9.2006, Paris

Cépède, Frédéric

Archiviste à l'OURS, chercheur

22.9.2006, Paris

1.2 Analyisierte Dokumente

Archive

- PS: Office Universitaire de Recherche socialiste (OURS, Paris)
- PS: Centre d'archives socialistes der Fondation Jean-Jaurès (FJJ, Paris)
- Archive de l'Assemblée nationale

Bibliotheken

- Bibliothèque de Sciences Po Paris
- Bibliothèque nationale de France, Paris

Teilnehmende Beobachtung

- Assemblée Nationale – Debatte über die Bolkestein-Direktive, 14. März 2006
- Etats Généraux du PS – Vorbereitung des Programms, 25. März 2006 in Bondy, Paris: La République pour tous
- Etats Généraux du PS – Vorbereitung des Programms, 3. Juni 2006 in Strasbourg: Politique étrangère, la France et l'Europe

Im Einzelnen wurden in den Archiven analysiert:

Parteiinterne Presse von 1971-2005 (Poing et la Rose, Poing et la Rose responsables, Vendredi, Hebdo des Socialistes, PS Info)

- Artikel mit Europabezug und Organigramme der Partei
- Analyse der Kongresse: Contributions, Motions, Débats, Motion finale
- Analyse der Conventions nationales (Internationales, de l'Europe)

Parteiinterne Dokumente:

- Dokumentsammlungen zu Europawahlen 1979, 1984, 1989, 1994 (Convention nationale de préparation en 1984 et 1989) und zu Maastricht 1992
- Bulletin du groupe parlementaire à l'AN et au Sénat (journées parlementaires)
- Comité directeur 1992 – Maastricht

2. Parteitage und Sekretäre für Internationale Beziehungen bzw. Europa

Congrès	Premier Secrétaire	Relations Internationales	Tiers-Monde	Europe	Mondialisation
Épinay 1971	F. MITTERRAND	R. PONTILLON			
Grenoble 1973	F. MITTERRAND	R. PONTILLON	D. MOTCHANE		
Pau 1975	F. MITTERRAND	R. PONTILLON	L. JOSPIN		
Nantes 1977	F. MITTERRAND	R. PONTILLON	L. JOSPIN		
Metz 1979	F. MITTERRAND	L. JOSPIN			
Valence 1981	L. JOSPIN	J. HUNTZINGER (adjoint)			
Bourg-en-Bresse 1983	L. JOSPIN	J. HUNTZINGER			
Toulouse 1985	L. JOSPIN	L. LE PENSEC			
Lille 1987	L. JOSPIN	L. LE PENSEC		P. GUIDONI	
Rennes 1990	P. MAUROY	P. GUIDONI		G. FUCHS (+ sécurité)	
Bordeaux 1992	L. FABIUS	G. FUCHS			
Le Bourget 1993	M. ROCARD	G. FUCHS	P. BERES (+ act. humanitaire)		
Liévin 1994	H. EMMANUELLI	G. FUCHS			
Élection 1995	L. JOSPIN	P. GUIDONI			
Brest 1997	F. HOLLANDE	P. GUIDONI		H. NALLET	
Grenoble 2000	F. HOLLANDE	H. NALLET			
Dijon 2003	F. HOLLANDE	P. MOSCOVICI		H. DESIR (resp. nat.)	K. ARIF
Le Mans 2005	F. HOLLANDE	P. MOSCOVICI		B. HAMON	H. DESIR

3. Wahlergebnisse der politischen Parteien der Linken seit 1973

Annee	Type	PS/MRG [PRS]	MRG [PRS]	PCF	Extrême gauche [PSU]	Divers gauche	Verts	Total gauche
1973	Législatives	20,8		21,4	3,2	0,4		45,8
1974	Présidentielle	43,3			2,7			46
1978	Législatives	25		20,6	3,3	0,8		49,7
1981	Présidentielle	26,1	2,3	15,5	3,4			47,3
1981	Législatives	37,7		16,1	1,3	0,6		55,7
1986	Législatives	31,9		9,7	1,5	1,1		44,2
1988	Présidentielle	33,9		6,9	2,4	2,1		45,3
1988	Législatives	36,1		11,2	0,4	1,4		49,1
1993	Législatives	18,5		9,1	1,8	2		29,6
1995	Présidentielle	23,2		8,7	5,4			37,3
1997	Législatives	25,7		9,9	2,5	3,4	4	45,9
2002	Présidentielle	15,9	2,1	3,4	10,6		5,3	37,3
2002	Législatives	25,7		4,8	2,8	1,1	4,5	38,9

« En 1973, le PS et les radicaux de gauche se présentent ensemble au sein de la l'union de la gauche socialiste et démocrate. Aux élections législatives suivantes, les socialistes sont alliés au Mouvement des radicaux de gauche. Aux élections présidentielles, Mitterrand est soutenu en 1974 par le PS, le PC, le MRG et le PSU. En 1981, il est soutenu par le seul PS. Après 1981, (...) le PSU disparaît pratiquement et l'extrême gauche est représentée seulement par des organisations trotskistes. En 1988, François Mitterrand est soutenu par le PS et le MRG. En 1995, Jospin est soutenu par le PS, le MRG et le MDC. En 2002, il est soutenu par le seul PS. Les Verts sont comptabilisés à gauche à partir de 1997. »

Source : BERGOUNIOUX, Alain; GRUNBERG, Gérard (2005):
L'ambition et le remords. Les socialistes français et le pouvoir (1905-2005).
Paris: Fayard (L'espace du politique), p. 394 ; 494.

4. Europawahlen : Stimmenthaltung und Ergebnisse

Abstention	1979	1984	1989	1994	1999	2004
France	39,3 %	43,3 %	51,3 %	47,3 %	53,0 %	57,2 %
Allemagne	34,3 %	43,2 %	37,6 %	40,0 %	54,8 %	57,0 %

Élections 1979	%	Sièges
Union pour la France en Europe (Veil, UDF)	27,61	25
Liste socialiste avec la participation des radicaux de gauche (Mitterrand, PS)	23,53	22
Liste présentée par le Parti communiste français (Marchais, PCF)	20,52	19
Défense des intérêts de la France en Europe (Chirac, RPR)	16,31	15

Élections 1984	%	Sièges
Union de l'opposition pour l'Europe et la défense des libertés (Veil, UDF, RPR)	43,02	41
Liste socialiste pour l'Europe (Jospin, PS)	20,75	20
Liste présentée par le Parti communiste français (Marchais, PCF)	11,2	10
Front d'opposition nationale pour l'Europe des patries (Le Pen, FN)	10,95	10

Élections 1989	%	Sièges
L'Union UDF-RPR (Giscard d'Estaing, UDF-RPR)	28,88	26
Majorité de progrès pour l'Europe (Fabius, PS, MRG)	23,61	22
Europe et Patrie (Le Pen, FN)	11,73	10
Les Verts – Europe – Écologie (Waechter, Verts)	10,6	9
Le Parti Communiste (Herzog, PCF)	7,71	7
Le centre pour l'Europe (Veil)	8,42	7

Élections 1994	%	Sièges
Union RPR-UDF (Baudis, UDF)	25,58	28
Europe solidaire (Rocard, PS)	14,49	15
La majorité pour l'Autre Europe (de Villiers, MPF)	12,34	13
Energie radicale (Tapie, MRG)	12,03	13
Contre l'Europe de Maastricht, Allez la France (Le Pen, FN)	10,52	11
Parti Communiste Français (Wurtz, PCF)	6,89	7

Élections 1999	%	Sièges
Construisons notre Europe (François Hollande; PS, MDC, PRG)	22,0	22
Rassemblement pour la France et l'indépendance de l'Europe (Charles Pasqua; MPF)	13,1	13
L'Union pour l'Europe (Nicolas Sarkozy; RPR, DL)	12,7	12
L'écologie – Les Verts (Daniel Cohn-Bendit, Verts)	9,7	9
Avec l'Europe, prenons une France d'avance (François Bayrou, UDF)	9,3	9
Bouge l'Europe (Robert Hue, PCF)	6,8	6
Chasse, Pêche, Nature, Tradition (Jean Saint-Josse, CPNT)	6,8	6
Pour une France libre, changeons d'Europe (Jean-Marie Le Pen, FN)	5,7	5
Lutte ouvrière et ligue communiste révolutionnaire (Arlette Laguiller, LO, LCR)	5,2	5

Élections 2004	%	Sièges
Et maintenant, l'Europe sociale (PS)	28,89	31
Avec l'Europe, voyons la France en grand! (UMP)	16,64	17
UDF-Europe (UDF)	11,95	11
Liste Front national soutenue par Jean-Marie Le Pen (FN)	9,81	7
L'écologie, Les Verts - Parti Vert européen (Verts)	7,4	6
Liste Philippe De Villiers	8,83	3
L'Europe oui! Mais pas celle-là! (PCF et al.)	5,24	2
Gauche diverse (Outre mer)	1,35	1

Source : BRECHON, Pierre (2004): La France aux urnes. Soixante ans d'histoire électorale. Éd. 2004. Paris: Documentation Française (5182/83) et Journal officiel de la République Française.

5. Das Referendum über den Vertrag von Maastricht und den Europäischen Verfassungsvertrag im Vergleich

Âge	Oui	Non	
18-24	44	56	
Rappel Maastricht (18-24)		50,7	49,3
25-34	45	55	
Rappel Maastricht (25-34)		47,8	52,5
35-44	39	61	
Rappel Maastricht (35-49)		50,8	49,2
45-59	38	62	
Rappel Maastricht (50-64)		52,6	47,4
60-69	56	44	
Rappel Maastricht (65 et +)		54,6	45,4
70 et +	58	42	
Profession			
Agriculteurs	30	70	
Rappel Maastricht		37,8	62,2
Artisans, commerçant, chef d'entreprise	49	51	
Rappel Maastricht		51,3	48,7
Cadre supérieur, profession libérale	65	35	
Rappel Maastricht		67,1	32,9
Profession intermédiaire	47	53	
Rappel Maastricht		62,1	37,9
Employés	33	67	
Rappel Maastricht		47,3	52,7
Ouvriers	21	79	
Rappel Maastricht		39,4	60,6
Statut professionnel			
Indépendant, patron	42	58	
Rappel Maastricht		44	56
Salarié du secteur privé	44	56	
Rappel Maastricht		49,7	50,3
Salarié du secteur public	36	64	
Rappel Maastricht		51,3	48,7
Étudiant	54	46	
Rappel Maastricht		59,3	40,7
Retraité	56	44	
Rappel Maastricht		53,7	46,3
Diplôme			
Sans	28	72	
Rappel Maastricht (Âge de fin d'études 14 et -)		46,5	53,5
BEP / CAP / CEP	35	65	
Bac	47	53	
Rappel Maastricht (Âge de fin d'études 15-16)		46,5	53,5
Rappel Maastricht (Âge de fin d'études 17-18)		47,2	52,8
Bac + 2	54	46	
Rappel Maastricht (Âge de fin d'études 19-21)		51,0	49,0
Bac + 3	64	36	
Rappel Maastricht (Âge de fin d'études 22 et +)		64,9	35,1

Proximité partisane	Oui	Non
PS	44	56
Rappel Maastricht	78	22
PC	2	98
Rappel Maastricht	18,9	81,1
Extrême gauche	6	94
Rappel Maastricht	29,8	70,2
Verts	40	60
Rappel Maastricht	57,1	42,9
UDF	76	24
Rappel Maastricht	61,4	38,6
UMP	80	20
Rappel Maastricht (RPR)	40,8	59,2
Proximité syndicale		
CGT	22	78
FO	25	75
SUD	21	79
CFDT	57	43
Ensemble		
Traité constitutionnel	45	55
Traité de Maastricht	51	49

Source : BERGOUNIOUX, Alain; GRUNBERG, Gérard (2005): L'ambition et le remords. Les socialistes français et le pouvoir (1905-2005). Paris: Fayard (L'espace du politique), p. 507f. ; IPSOS et Rappel référendum sur le Traité de Maastricht (SSU BVA - France 2 réalisé le 20 septembre 1992)

6. Öffentliche Meinung und Osterweiterung im Jahr 2003 : Pro und Contra

Élargissement	contre	en faveur		contre	en faveur
Grèce	23	65	Luxembourg	48	45
Danemark	27	63	Belgique	45	43
Espagne	15	62	Autriche	42	41
Italie	22	61	Grande Bretagne	40	38
Irlande	20	59	Allemagne	42	38
Suède	32	54	France	55	34
Finlande	36	53			
Portugal	29	52			
Pays Bas	38	50			
UE	36	47			

Source: Eurobaromètre 60 (Automne 2003), in: Rupnik 2004, p. 28

Eidesstattliche Erklärung :

Ich erkläre an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Schriften und Hilfsmittel angefertigt und die den benutzten Werken wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen kenntlich gemacht habe. Insbesondere habe ich für die Erstellung der Dissertation keine entgeltliche Hilfe von Vermittlungs- beziehungsweise Beratungsdiensten (Promotionsberatern oder anderen Personen) in Anspruch genommen.

Christina Rüther
München, im Mai 2009

Lebenslauf

Persönliches

Name **Christina Rüter**, geb. Kreimer
Adresse Veit-Stoß-Straße 11 / 80687 München
christina.ruether@ku-eichstaett.de
Geburtsdatum, -ort 13. April 1978 in Rheda-Wiedenbrück
Familienstand Verheiratet

Berufserfahrung

Seit 08/2003 **Wissenschaftliche Mitarbeiterin** an der Professur für Außenpolitik und Internationale Politik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (Prof. Dr. Klaus Schubert)

- **Koordination** des deutsch-französischen integrierten Studiengangs Politikwissenschaft zwischen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und dem Institut d'Études Politiques de Rennes (IEP), Frankreich

Schwerpunkte in der Lehre

- Deutsch-französische Beziehungen
- Deutsche und französische Europapolitik
- Deutsche Außenpolitik
- Akademische Lern- und Lehrkulturen in Deutschland und Frankreich

Wissenschaftliche Qualifikation

10/2009 **Verteidigung der Doktorarbeit (Soutenance)** vor einer deutsch-französischen Jury der KU, der Université Rennes 2 und des IEP Rennes an der KU Eichstätt-Ingolstadt

07/2009 **Mündliche Prüfung (Rigorosum)** in Politikwissenschaft, Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte sowie Journalistik an der KU Eichstätt-Ingolstadt

03/2008 **Forschungsaufenthalte in Frankreich im Rahmen des Promotionsstudiums**

09/2006 (u.a. mit Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes)

03 – 04/2006 - Recherche in Archiven und Bibliotheken in Paris und Rennes (Fondation Jean-Jaurès, Office Universitaire de Recherche Socialiste, Bibliothèque nationale de France, Bibliothèque de Sciences Po Paris et Rennes)

08 – 09/2005 - Interviews mit französischen Politikern und Wissenschaftlern in Paris, Brüssel und Strasbourg

08/2003 **Beginn des Promotionsstudiums**, Betreuer: Prof. Dr. Klaus Schubert (KU)

- Seit 09/2004 als deutsch-französisches Verfahren (**cotutelle de thèse**) in Kooperation mit der Université Rennes 2 in Frankreich, Betreuer: Prof. Dr. Gilles Richard (IEP)

Publikationen

- Fischers langer Lauf vom Straßenkämpfer zum Außenminister. Ein publizistischer Konflikt um politische Biografien und das Erbe der 68er. VDM-Verlag 2007.
- „Der Schlips von James Bond“, Artikel zum Streiflicht der Süddeutschen Zeitung. In: message – Internationale Zeitschrift für Journalismus, Nr. 2/2000.

Hochschulstudium und Schulbildung

04/1998 – 07/2003 **Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt**: Studium der Diplom-Journalistik und Politikwissenschaft – Diplom in Journalistik mit der Note 1,3

- 09/2000 – 06/2001: Studium am **Institut d'Études Politiques in Rennes**, Frankreich

08/1994 – 06/1997 Friedrich-List-Kollegscheule, Hamm: Abschluss mit der Allgemeine Hochschulreife – Abschlussnote 1,6 (Leistungskurse: Französisch und Englisch)

08/1988 – 06/1994 Städtische Realschule, Oelde: Abschluss mit der Mittleren Reife

Praktika im Bereich Journalismus und Medien

07 – 10/2002 Bertelsmann Stiftung, Mitarbeit im Projekt „Civitas – Netzwerk bürgerorientierter Kommunen“ im Schwerpunkt „Neue Medien für die Bürgerorientierung“

08 – 09/2001 Neue Westfälische, Redaktion Gütersloh

08/2000 Bayerischer Rundfunk, Redaktion „Die Abendschau“

08/1997 – 02/1998 Praktika bei Neue Westfälische, Redaktion Gütersloh; Radio WAF, Redaktion Warendorf; Westfälische Nachrichten, Redaktion Warendorf ; Die Glocke, Redaktion Oelde